



Vorwort

Die zweite Ausgabe von *historia.scribere* ist zugleich die erste reguläre Nummer der Zeitschrift. Während in der Erstausgabe Arbeiten der Studierenden der Institute für Alte Geschichte und Altorientalistik, Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie sowie Zeitgeschichte ohne Einschränkung bezüglich des Erstellungsdatums für eine Publikation angenommen wurden, gab es hier erstmals eine Begrenzung: Für eine potentielle Aufnahme in die Zeitschrift wurden lediglich Arbeiten akzeptiert, die in den vorangegangenen vier Semestern, d. h. zwischen dem Wintersemester 2007/08 und Sommersemester 2009, entstanden waren. Folge dieser Einschränkung war eine deutliche Reduktion der Einreichungen von 52 im Herbst 2008 auf 34 im November 2009. Tatsächlich zur Publikation freigegeben wurden schließlich im April 2009 35 Arbeiten und in dieser Ausgabe 28. Auffallend war in diesem zweiten Anlauf, dass die Studierenden mit der Überarbeitung der Beiträge und der Umsetzung der Gutachter/innenvorschläge sehr gefordert waren, einige nahmen im letzten Augenblick sogar von der Publikation Abstand. Dennoch ist wiederum eine ansehnliche Seitenzahl an publizierter, sehr guter studentischer wissenschaftlicher Beiträge in der Zeitschrift zu finden.

Das thematische Spektrum der eingereichten und nun publizierten Arbeiten ist so breit, wie das Fach Geschichte es erlaubt. Allerdings ist bei der Anzahl der Einreichungen ein Trend in Richtung 19. und vor allem 20. Jahrhundert mit allen Facetten von österreichischer Geschichte, über Wirtschafts- und Sozialgeschichte zu Diplomatie- und Minderheitengeschichte festzustellen. Diese zeitliche Konzentration spiegelt zum einen die Situation der Geschichtswissenschaft insgesamt wider und zeigt zum anderen auch den Einfluss der Medien auf die Interessensbildung der Studierenden. Anhaltend ist auch der Trend zu Publikationen von regionalhistorischer Bedeutung, andererseits erfreuen sich Themen rund um Afrika und dessen wechselvolle Geschichte

zunehmender Beliebtheit. Der Großteil der Arbeiten stammt aus der Phase des Studienbeginns, es handelt sich also vornehmlich um Proseminar-Arbeiten.

Weitere Zahlen zu *historia.scribere* sollen hier Platz finden: Eine mathematische Zwischenbilanz, die auch Rückschlüsse auf den Erfolg der Zeitschrift zulässt, bietet ein Blick auf die Zugriffsstatistiken. 25.672 Hits konnte *historia.scribere* im Jahr 2009 verzeichnen, Spitzenmonat war dabei der Monat März 2009 mit 4.543 Zugriffen. Nicht unerwartet sind die meisten Zugriffe einzelner neuer User/innen im November 2009 zu finden, was wohl auf den Einreichtermin Ende November als Anziehungspunkt schließen lässt. Allerdings scheinen sich auch die ersten Studienmonate (September, Oktober, November sowie Februar, März, April) in Sommer- und Wintersemestern als Monate mit hohen Zugriffsraten zu etablieren. Diese Zahlen lassen den vorsichtigen Schluss zu, dass einerseits Lehrveranstaltungsleiter/innen zu Semesterbeginn auf *historia.scribere* verweisen, wo Studierende Best Practice-Beispiel, Zitierrichtlinien und Kriterien für historisch etablierte Vorgehensweisen finden. Andererseits scheint die Homepage der Zeitschrift von Studierenden in jenen Monaten besucht zu werden, in denen sie traditionell an den Arbeiten schreiben, die zum nächsten Semesterbeginn fällig sind.

Worte des Dankes sind zahlreiche angebracht: Die Abteilung Neue Medien und Lerntechnologien der Universität Innsbruck hat eine Basissubventionierung für diese Ausgabe der Zeitschrift zur Verfügung gestellt, mit der wir erstmals zwei Studienassistent/innen für die Mitarbeit finanzieren konnten. Dafür sei gedankt! Mag.^a Monika Kleinheinz und Mag. Matthias Egger waren und sind eine unschätzbare Hilfe bei den zahlreichen Arbeitsschritten, die die Publikation der Zeitschrift erfordert. Ihnen gebührt ein herzlicher Dank für ihre Mitarbeit, ihre Flexibilität und ihre Fachkompetenz. Sie haben damit nicht nur dem Herausgeberinnenteam Arbeit abgenommen, sondern es hat sich auch gezeigt, dass die „Redaktionsstube“ einer elektronischen Zeitschrift eine Lehrwerkstatt der besonderen Art ist: Die Einschätzungen der eingereichten Arbeiten durch die Jung-Redakteur/innen haben mit denen der Herausgeberinnen in hohem Maße übereingestimmt, ihre Beurteilungen waren ungetrübt rigide, ihre schriftlichen Feedbacks zu den Arbeiten von großer Empathie getragen. Der Philosophisch-Historischen Fakultät und Dekan ao. Univ.-Prof. Dr. Klaus Eisterer danken wir für das neuerliche Sponsoring der Best Paper-Awards. Der Zeitung „Der Standard“ bekunden wir erneut, der Wagner!schen Buchhandlung in Innsbruck und dem Reisebüro TUI zum ersten Mal auf diesem Weg ebenfalls unsere Dankbarkeit für die großzügigen Sachpreise.

Der prominente Platz am Ende sei unseren Kollegen gewidmet, die sich in der Phase der Pensionierung bzw. Emeritierung befinden: Em.o. Univ.-Prof. Dr. Franz Mathis zeigte sich spontan bereit, einen Award für die Studierenden zu finanzieren. O. Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger, dessen Vorlesungen unter den Studierenden legendär sind,

subventioniert ebenfalls eine/n Nachwuchsforscher/in. Wir hoffen, nachkommenden Generationen auf diese Weise ein Stück Lehre unserer Kollegen erhalten zu können.

Die Herausgeberinnen

Gunda Barth-Scalmani, Irene Madreiter, Eva Pfanzelter

Best Paper-Awards 2010



War der Nationalsozialismus modern? Eine Debatte

Miriam Krög

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Mag.^a Dr.ⁱⁿ Ingrid Böhler

eingereicht im Semester: SS 2009

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiterin: sehr gut

Abstract

Was National Socialism modern? A Debate

This paper focuses on a controversy which stood at the centre of interest for the scientific community in the 1980s and 1990s. The dispute emerged from a new point of view concerning National Socialism and Adolf Hitler, brought up by a group of young historians. In their opinion National Socialism achieved various modernizations, statements that were heavily criticized by others. Although the topic is not discussed any longer, the described debate brought up different aspects, which are still an important part of historiography.

Einleitung

„Der Historikerstreit mag tot sein, aber die Modernisierungsdebatte lebt.“¹ Verfasst Mitte der 1990er, hat diese Zeile Bernd Weisbrods, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte in Göttingen, auch heute noch gewisse Gültigkeit. Der angesprochene Disput ist zwar überwunden, doch seine Ergebnisse wirken fort.

Dieser Arbeit liegt eben jene, meist als Modernisierungsdebatte bezeichnete Kontroverse zugrunde. Sie hatte sich bereits in den 1960ern angebahnt, ins Zentrum des geschichtswissenschaftlichen Interesses rückte sie allerdings erst im Anschluss an einen Aufsatz des deutschen Historikers Martin Broszat in der Mitte der 1980er. Streitpunkt waren jedoch vor allem die Veröffentlichungen des Publizisten und Historikers Rainer Zitelmann, in welchen der Autor Adolf Hitler und den Nationalsozialismus aus einem neuen Blickwinkel betrachtete und damit auf erhebliche Kritik stieß. Die Debatte zog sich über mehrere Jahre hin und verebte erst im Laufe der 1990er, wobei der Rückzug Zitelmanns aus der Wissenschaft wohl keine geringe Rolle spielte.

Diese Untersuchung wird mit einer Betrachtung der Begrifflichkeiten beginnen, da diese einen nicht zu unterschätzenden Faktor für die Divergenz der Ansichten darstellen. Im Anschluss wird auf Vorgeschichte und den Disput selbst eingegangen, worauf eine Darlegung der Ergebnisse folgt.

Ziel der folgenden Abhandlung ist es, die Kontroverse als solche zu beschreiben und nicht die in ihm gestellte Frage nach der Modernität des Dritten Reiches zu klären. Aus diesem Grunde wird sich die Arbeit auf einer Meta-Ebene bewegen und nur in sehr geringem Maße auf die einzelnen Inhalte eingehen.

Bezüglich der einzelnen Streitpunkte gibt es diverse Publikationen in der diese ausführlich behandelt sind. Hier ist beispielsweise Riccardo Bavajs² Werk anzuführen, in dem er sowohl auf die Debatte inklusive älterer Deutungen als auch auf die einzelnen Punkte derselben ausführlich eingeht. Dieses Buch gleicht passagenweise allerdings einer Zitatsammlung. Jens Albers Essay „Nationalsozialismus und Modernisierung“³ beschäftigt sich sowohl mit älteren Ansätzen zu diesem Thema als auch mit dem Begriff selbst. Er liefert zudem einige Daten bezüglich Modernisierung und Modernisierungspotential im Dritten Reich. Einen Überblick über die Debatte mit besonderer Berücksichtigung ihrer unmittelbaren Vorgeschichte sowie ihrer Einbettung in die Geschichtswissenschaft liefert Christof Dipper in seinem Aufsatz im

¹ Bernd Weisbrod, Der Schein der Modernität, in: Geschichte als Möglichkeit, hrsg. v. Karsten Rudolph /Christl Wickert, Essen 1995, S. 224–242, hier: S. 225.

² Ebd.

³ Jens Alber, Nationalsozialismus und Modernisierung, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 41 (1989), S. 346–365.

Kompodium der 3. Österreichischen Zeitgeschichtetage.⁴ Auch in den Werken Wolfgang Wippermanns⁵ und Ian Kershaws⁶, beide behandeln die unterschiedlichen Kontroversen bezüglich des Nationalsozialismus, findet die Modernisierungsdebatte Erwähnung. Der Standpunkt Rainer Zitelmanns und seiner Parteigänger ist aus dem Sammelband „Nationalsozialismus und Modernisierung“ ersichtlich, in welchem auch eine ausführliche Erklärung zu Zitelmanns Verständnis des Modernisierungsbegriffes zu finden ist. Martin Broszats folgenreiches „Historisierungsplädoyer“ kann in einer Sammlung seiner Beiträge, herausgegeben von Hermann Graml und Klaus-Dietmar Henke nachgelesen werden.⁷ Einen Einblick in bestimmte Aspekte aus soziologischer Sicht bietet Band 5 der Tübinger Beiträge zu Philosophie und Gesellschaftskritik.⁸

Was ist „Modernisierung?“

In Ermangelung einer allgemein gültigen Definition wurden Begriffe wie modern und Modernisierung zum wissenschaftlichen Problem. Ihre Verwendung geschah mit einer gewissen Beliebigkeit, da sie unterschiedlichen Auffassungen unterlagen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sie ob ihrer Vagheit häufig diskutiert wurden und werden.⁹

Die Protagonisten der Modernisierungsdebatte versuchten, aufgrund des Fehlens einer Definition anhand von Indikatoren zu klären, was Modernisierung sei. Wirtschaftswachstum und verbesserte soziale Aufstiegschancen werden etwa als solche Anhaltspunkte genannt. Die Deutungen bezüglich der Existenz beziehungsweise Nicht-Existenz dieser Indikatoren divergierten allerdings stark. Dies lag nicht zuletzt an der unterschiedlichen Auffassung des Modernisierungs- beziehungsweise Modernitätsbegriffs.

Eine Seite verbat sich nämlich jegliche Assoziation von derartigen Begriffen mit dem NS-Regime, da sie diese als positiv konnotiert betrachteten.¹⁰ Die Modernisierung sei als Fortschritt in Fortsetzung der Entwicklungen seit 1789 zu verstehen und aus diesem Grund gebunden an Demokratie, Emanzipation und Humanität, dem Erbe der

⁴ Christof Dipper, Zwischen „Historikerstreit“ und der Debatte über „Nationalsozialismus und die Moderne“, in: Zeitgeschichte im Wandel, 3. Österreichische Zeitgeschichtetage 1997, hrsg. v. Gertraud Diendorfer/Gerhard Jagschitz/Oliver Rathkolb, Innsbruck-Wien 1998, S. 110–121.

⁵ Wolfgang Wippermann, Umstrittene Vergangenheit. Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus, Berlin 1998.

⁶ Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg 1994².

⁷ Martin Broszat, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Nach Hitler: Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, hrsg. v. Hermann Graml/Klaus-Dietmar Henke, München 1987, S. 159–173.

⁸ Harald Welzer (Hrsg.), Nationalsozialismus und Moderne (Tübinger Beiträge zu Philosophie und Gesellschaftskritik 5), Tübingen 1993.

⁹ Bavaj, Ambivalenz, S. 9.

¹⁰ Dieser positive „Beigeschmack“ hängt wohl mit dem optimistischen Geschichtsbild des Abendlandes zusammen. Bavaj, Ambivalenz, S. 10.

Aufklärung und der Französischen sowie der Industriellen Revolution.¹¹ Wurde der Begriff im Zusammenhang mit dem Dritten Reich verwendet, folgte deshalb scharfe Kritik. Besonders, da laut Goebbels die Machtergreifung „[...] das Jahr 1789 aus der Geschichte gestrichen“¹² habe. Das Dritte Reich sei also keineswegs in seiner Tradition zu sehen. Die Deutungen dieser Gruppe, die kritisierte Zitelmanns Thesen besonders heftig, beschrieben das Regime als antimoderne Strömung, gestanden ihm höchstens eine „vorgetäuschte Modernisierung“¹³ zu.

Die andere Seite, die setzte sich zusammen aus Zitelmann und seinen Parteigängern, stellte den Zusammenhang von Nationalsozialismus und Modernisierung ausdrücklich her. Ihr Ansatz war es, diese positive „Vorbelastung“ loszuwerden, den Modernisierungsbegriff gleichsam „wertfrei“ zu betrachten. Dadurch wäre es möglich, das Hitler-Regime als modern zu verstehen, ja, seinen Protagonisten sogar modernisierende Absichten zugute zu halten.¹⁴ Der Versuch, die positive Prägung abzustreifen und den Begriff „neutral“ zu verwenden, gestaltete sich allerdings problematisch, zumal keine zufriedenstellende Definition geliefert wurde. Nach Abzug der positiven Konnotation des Begriffes, ist nämlich kaum mehr zu entscheiden, was Modernisierung „von jeder anderen Form von Wandel oder Politik“¹⁵ unterscheidet. Die Wertfreiheit des Begriffes konnte also keinen großen Beitrag zur Problemlösung leisten.

Eine dritte Gruppe von Wissenschaftlern, welche diese Thematik im Laufe der Debatte aufgeschnappt oder sich unabhängig von Broszats Appell damit befasst hatten, beschäftigte sich weniger mit der Begriffsklärung. Sie sahen die Modernisierung zwar als Wandel in Folge der „doppelten Revolution“ am Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, beurteilten diese aber äußerst ambivalent. Sie erkannten sowohl moderne als auch antimoderne Elemente im Dritten Reich. Es habe „sich gegen das Erbe von 1789 richtend“¹⁶, zwar bestimmte Tendenzen der Modernisierung bestärkt, andere jedoch modifiziert oder gar ausgeschaltet. Zusätzlich ging diese Gruppe verstärkt auf die negativen Aspekte und Begleiterscheinungen der Modernisierung ein.¹⁷ So sei etwa Auschwitz nicht „[...] die Antithese der Moderne[...]“¹⁸, sondern „[...] ihre Kehrseite in

¹¹ Klaus Hildebrand, Vorwort, in: Riccardo Bavaj, Die Ambivalenz der Moderne im Nationalsozialismus. Eine Bilanz der Forschung, München 2003, S. VII.

¹² Joseph Goebbels, Rundfunkrede vom 1. April 1933, zit. n. Bavaj, Ambivalenz, S. 50.

¹³ Hans Mommsen, Nationalsozialismus und vorgetäuschte Modernisierung, in: Der historische Ort des Nationalsozialismus, hrsg. v. Walter H. Pehle, Frankfurt/M. 1990, S. 31–46, hier S. 31.

¹⁴ Hildebrand, Vorwort, in: Bavaj, Ambivalenz, S.VII.

¹⁵ Mark Roseman, National socialism and modernisation, in: Fascist Italy and Nazi Germany, comparisons and contrasts, hrsg. v. Richard Bessel, Cambridge 1996, S. 197–229, hier S. 215.

¹⁶ Detlev Peukert, Max Webers Diagnose der Moderne (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1548), Göttingen 1989, S. 82.

¹⁷ Hildebrand, Vorwort, in: Bavaj, Ambivalenz, S. VII.

¹⁸ Welzer, Nationalsozialismus und Moderne, S. 8.

ultimativer Konsequenz“.¹⁹ Detlev Peukert etwa ist der Meinung, das NS-Regime gehöre in eine „Krankengeschichte der Moderne“.²⁰

„Gefühle“, „vorgetäuschte“ und „tatsächliche“ Modernisierung

Die seit den 1970ern auch im deutschen Sprachraum aufkommende Methode der „Oral History“ lieferte Ergebnisse, die für viele HistorikerInnen überraschend ausfielen. Es war für jene, die den Schrecken des Dritten Reiches untersuchten schwer vorstellbar, dass viele Menschen den Nationalsozialismus keineswegs so negativ betrachteten, wie man das vermutet hatte. Dies gilt besonders für dessen Anfangszeit. Der Grundtenor der Ergebnisse dieser Recherchen war, dass die ersten Jahre der NS-Zeit durchaus positiv empfunden wurden. Die Bevölkerung gewann den Eindruck, dass „der Nationalsozialismus eine Öffnung zur Zukunft bringen werde“.²¹ Als Gründe dafür wurden etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen und soziale Leistungen genannt. Deutlich verschlechtert habe sich die Situation erst nach Stalingrad und in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dieser Kontrast trat so deutlich hervor, dass manche SozialhistorikerInnen forderten, eine neue Epocheneinteilung anhand dieser Auffassung zu treffen.²²

Die positiven Empfindungen, das Hitler-Regime habe „Fortschritt“ gebracht, sind als „gefühlte Modernisierung“ zu bezeichnen, für die es zahlreiche Beispiele gibt. Sie ist der realen, hauptsächlich jedoch der „vorgetäuschten Modernisierung“ durch das NS-Regime zuzuschreiben. Diese stand im Zeichen der Kriegsvorbereitung und Propaganda, die stets darum bemüht war, das Dritte Reich als fortschrittlichen, modernen Staat darzustellen.²³ Diese Beeinflussung der Bevölkerung im Sinne des Regimes geschah hocheffizient. Die Menschen wussten etwa vom technologischem Fortschritt, dass dieser jedoch rein im Zeichen der Aufrüstung stand, war in geringerem Maße bekannt. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ging ebenso mit der Kriegsvorbereitung einher.²⁴ Doch die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit versprach für die Bevölkerung eine Besserung ihrer Situation. Auch andere reale oder versprochene sozial- und wirtschaftspolitische Leistungen trugen zum Bild der nationalsozialistischen Modernisierung bei, freilich nur bei denjenigen, denen sie nicht aus ideologischen Gründen vorenthalten blieben.²⁵

¹⁹ Ebd.

²⁰ Detlev Peukert, Zur Erforschung der Sozialpolitik im Dritten Reich, in: Soziale Arbeit und Faschismus, hrsg. v. Hans-Uwe Otto/Heinz Sünker, Bielefeld 1986, S. 123–132, hier S. 131.

²¹ Mommsen, Nationalsozialismus, S. 43.

²² Wippermann, Umstrittene Vergangenheit, S. 26.

²³ Ähnlich dem Italienischen Faschismus. Ebd., S. 24.

²⁴ Ebd., S. 26.

²⁵ Wippermann, Umstrittene Vergangenheit, S. 140.

Der verhältnismäßig geringe Protest gegen das Regime war neben den terroristischen Zügen vor allem durch überzeugende Propaganda und die integrativen Wirkungen der, zumindest zunächst so empfundenen, „Verbesserungen“ bedingt.²⁶ Solche „Fortschritte“ beziehungsweise Modernisierungen stellten sich im Nachhinein allerdings größtenteils als „Scheinmodernisierung“ heraus. Beispielsweise sank zwar die Arbeitslosenquote, dafür verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen drastisch. Ein anderes Beispiel wären soziale Wohnbauten, deren Zuwachsraten weit kleiner waren als angenommen.²⁷

Die „tatsächliche Modernisierung“ blieb also, wie Untersuchungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zeigen, meist weit hinter dem zurück, was im Dritten Reich propagiert und auch noch nach dem Krieg angenommen wurde.²⁸ Hans Mommsen bringt die Situation auf den Punkt, wenn er konstatiert, die nationalsozialistische Propaganda hätte zwar vieles von jenem vorweggenommen, was heute als Errungenschaft gilt, aber umgesetzt seien davon höchstens die destruktiven Seiten worden.²⁹

Äußerst wichtig ist es auch zwischen modernen Elementen und modernisierenden Wirkungen (direkt oder indirekt) des Nationalsozialismus zu unterscheiden.³⁰ In sämtlichen Überlegungen muss überdies das kleine Zeitfenster mit einbezogen werden. Die zwölf Jahre der NS-Herrschaft, wovon sechs zudem im Krieg liegen, sind keine ausreichend lange Zeit, um Wandlungen zu messen, da nicht geklärt werden kann, ob sie durch das Dritte Reich bedingt waren. Viele der geschehenen Modernisierungen hätten wohl auch ohne NS-Regime stattgefunden.³¹

Die Kontroverse

Die Frage danach, was Begriffe wie Modernität oder Modernisierung mit dem Dritten Reich zu tun haben, bildete den Kern der behandelten Debatte, wobei sie auch außerhalb derselben in der Geschichtswissenschaft diskutiert wurde und wird. Die Diskussion drehte sich, neben dem Versuch einer Klärung dieser abstrakten Begriffe, um zentrale Elemente der Moderne beziehungsweise Modernisierung. Sie strebte eine Klärung der Frage an ob, beziehungsweise inwieweit, Indikatoren wie beispielsweise Wirtschaftswachstum, Rationalisierung oder verbesserte soziale Aufstiegschancen³² im Nationalsozialismus vorhanden waren.

²⁶ Ebd.

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd., S. 139.

²⁹ Mommsen, Nationalsozialismus, S. 44.

³⁰ Bavaj, Ambivalenz, S. 10.

³¹ Kershaw, NS-Staat, S. 236, 265.

³² Prinz, Michael/Zitelmann, Rainer, Vorwort, in: Nationalsozialismus und Modernisierung, hrsg. v. Michael Prinz/Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. VII–XI, hier S. X.

Die deutsche Historiographie vor 1985 und Broszats „Historisierungsplädoyer“

Die Frage nach der Modernisierung im Nationalsozialismus war auch vor der eigentlichen Modernisierungsdebatte bereits Thema der Geschichtswissenschaft. Ansätze waren bereits in den 1960er und 1970er Jahren spürbar. Im Mittelpunkt solcher frühen Untersuchungen stand allerdings allein die Frage, ob das NS-Regime trotz seiner antimodernen Ideologie unbeabsichtigt eine Modernisierung herbeigeführt hatte.³³ Die Diskussion dieser Problematik kann quasi als Vorläuferin der Modernisierungsdebatte nach 1985 bezeichnet werden.

Vor der Mitte der 1980er Jahre prägte so manch andere Kontroverse das Bild.³⁴ Der Schwerpunkt der Geschichtsforschung lag auf der Theorie des „deutschen Sonderweges“ sowie den Verbrechen, die im Dritten Reich verübt worden waren. In diese Richtung zielte Martin Broszats 1985 veröffentlichtes „Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus“, in dem er verlangte, mehr auf die gesellschaftliche Normalität im Dritten Reich einzugehen um das Phänomen Nationalsozialismus besser zu verstehen.³⁵ Dies resultierte aus einer intensiven sozial-, alltags- und regionalgeschichtlichen Untersuchung des Dritten Reiches, wodurch der Blick der HistorikerInnen für bisher wenig beachtete Aspekte geschärft wurde. In der Alltagsgeschichte fallen Kosten und Verluste des Modernisierungsprozesses nämlich stärker ins Auge als aus der Vogelperspektive sozialer Theorien.³⁶ Broszat beklagte die Dämonisierung des Nationalsozialismus durch die Geschichtswissenschaft. Sie verfasste in seinen Augen distanzierende, moralisch-didaktische Betrachtungen mit entrüstem Unterton, anstatt eine historische Aufarbeitung zu versuchen. Er verlangte, dass auch die „Schubkräfte außerhalb der Ideologie und Politik“³⁷ Beachtung fänden, da sie besser verständlich machten, wie so große Teile einer zivilisierten Nation dem Nationalsozialismus verfallen konnten. Nicht alles habe den „diktatorischen und inhumanen Herrschaftszielen des Regimes“³⁸ gedient.

Der Nationalsozialismus solle historisiert, das bedeutet, mit den gleichen wissenschaftlichen Methoden untersucht werden wie andere Zeitabschnitte. Er dürfe nicht weiter gesondert behandelt, sondern müsse im Zusammenhang einer größeren evolutionären Entwicklung gesehen werden.³⁹ Broszat plädierte dafür, nicht länger „[...] von Auschwitz her die Geschichte des Dritten Reiches rückwärts aufzurollen, anstatt

³³ Alber, Nationalsozialismus und Modernisierung, S. 346.

³⁴ Bavaj, Ambivalenz, S. 1.

³⁵ Kershaw, NS-Staat, S. 352.

³⁶ Dipper, „Historikerstreit“, S. 116.

³⁷ Martin Broszat, zit. n. Dipper, „Historikerstreit“, S. 112.

³⁸ Broszat, Plädoyer, S. 172.

³⁹ Kershaw, NS-Staat, S. 322.

sie, wie das der historischen Methode entspricht, nach vorwärts zu entfalten [...]“⁴⁰ Dieser Aufsatz erntete sowohl Zustimmung als auch Kritik. In jedem Fall markierte er den Schnittpunkt zweier historiographischer Entwicklungsstränge.

Im Anschluss entstand eine Bewegung, in der verschiedene Wege beschritten wurden, die NS-Zeit, in den Worten Christof Dippers, zu „entsorgen“.⁴¹ Unter dem Banner der Historisierung gab es ab 1986 drei verschiedene umstrittene Versuche dies zu tun. Dabei handelt es sich um die vergleichende Verharmlosung, die Wiederbelebung der Präventivkriegsthese gegen Russland und die trivialisierende Verwendung der Modernisierungstheorie.⁴² Laut Dipper basiert diese Entwicklung auf dem Wunsch mancher HistorikerInnen nach einem „Schlussstrich“ unter dem Thema. Jürgen Habermas etwa meinte, die Schamesröte solle den Deutschen ausgetrieben werden und die Geschichtswissenschaft wieder einen positiven Beitrag zur deutschen Identität leisten.⁴³ Die Vertreter dieser drei Richtungen werden manchmal unter dem Begriff „Revisionisten“ zusammengefasst. Dieser Ausdruck wurde allerdings stark kritisiert⁴⁴ und ist nicht mehr aktuell.

Für und wider Zitelmanns Thesen

Rainer Zitelmanns Dissertation über Hitlers Selbstverständnis als Sozialrevolutionär war fast beendet als Broszats Historisierungsappell erschien, worauf der junge Politikwissenschaftler dieses Stichwort übernahm und sein Werk als einen Beitrag zur Historisierung des Nationalsozialismus betrachtete.⁴⁵

Zitelmann gab Broszat in seiner Argumentation recht, unterstellte ihm allerdings neben zu wenig „Normalisierung“, dass er von unausgesprochenen Formulierungszwängen noch nicht gänzlich frei sei. Er selbst verlangte einen „freieren“ Umgang mit dem Thema. Zusammen mit seinen gleichgesinnten Kollegen, insbesondere ist hier Michael Prinz zu nennen, erschienen in rascher Folge Publikationen, die auf heftige Kritik stießen.⁴⁶

Neu an Zitelmanns Ansatz war, dass er nicht nur eine Modernisierung im Dritten Reich erkannte, sondern behauptete, diese wäre intendiert gewesen. Seiner Meinung nach gab es zwei Zugänge zum Nationalsozialismus, entweder Dämonisierung oder Apologetik. Beide ließen Hitler als etwas Unbegreifliches stehen. Seine Studie über Hitlers soziale

⁴⁰ Marin Broszat, zit. n. Dipper, „Historikerstreit“, S. 113.

⁴¹ Dipper, „Historikerstreit“, S. 113.

⁴² Ebd., S. 114.

⁴³ Ebd., S. 113.

⁴⁴ Revisionismus gehört zum wissenschaftlichen Alltag, da er nichts anderes ist als ein Begriff zur Beschreibung wissenschaftlichen Wandels. Nur Revision bringt die Wissenschaft voran. Dipper, „Historikerstreit“, S. 110.

⁴⁵ Ebd., S. 116.

⁴⁶ Dipper, „Historikerstreit“, S. 116.

Ziele und Ansichten versuche sich von diesem unbegreiflichen zu entfernen und Erklärungen zu schaffen.⁴⁷ Er meinte einen logischen Zusammenhang in Hitlers sozialen und ökonomischen Ansichten zu erkennen und verstand sie im Rahmen von Hitlers Rassenideologie als modern. Hitler habe demnach einen modernen Technologie- und Industriestaat geplant. Auf Antisemitismus und Lebensraumpolitik, deren Kenntnis er voraussetzte, ging er kaum ein.⁴⁸ Das ganze Projekt Lebensraum habe „lediglich einer Beseitigung der gestörten Proportionalität von Landwirtschaft und Industrie gedient“.⁴⁹ Durch die Rassenpolitik habe der selbsternannte Sozialrevolutionär Hitler versucht, die Umwandlung der deutschen Gesellschaft zu erreichen.⁵⁰ Ein weiterer Punkt in Zitelmans Argumentation war es, wie eingangs erwähnt, den Begriff der Moderne aus normativen Verknüpfungen wie Fortschritt, humanitären Werten und Demokratisierung zu lösen und „wertfrei“ zu machen.

Hier setzte einer der wichtigsten Kritikpunkte an. Zitelmans Ansätze führten demnach leicht zu einer Perspektivenverschiebung, da sie die negativen Seiten des NS-Regimes unterbetonten. Zudem wurden sie zum Teil als methodisch und begrifflich fehlerhaft betrachtet. So sei es beispielweise problematisch Hitlers verstreute Äußerungen zu einer „sozialen Frage“ zusammenzuziehen, vor allem da dabei nicht auf den Kontext der Aussagen geachtet worden sei. Dies führe zu Überbetonung der Kohärenz und Überbewertung innerhalb der Ideologie. Auch die Reduktion der Judenvernichtung und Lebensraumgewinnung im Osten auf die Modernisierung der deutschen Gesellschaft sei inakzeptabel. Dieser Begriff werde durch den Versuch, ihn wertfrei zu machen, analytisch unbrauchbar und das Fehlen einer Definition mache es schwer zu erkennen, worin die Bedeutung der modernisierenden Elemente läge.⁵¹ Kurz gesagt, wurde Zitelmann und seinem Kreis vorgeworfen den Schrecken des Dritten Reiches mit Hinweis auf seine „moderne Sozialpolitik“ zu relativieren und zu trivialisieren.⁵²

Ergebnis

Anders als der Historikerstreit brachte diese Kontroverse die Geschichtswissenschaft inhaltlich weiter. Dies ist allerdings nur in sehr geringem Maße der Verdienst Zitelmans und seiner Parteigänger. Andere Historiker, die sich entweder unabhängig von Broszats Denkanstoß mit dem Thema der Modernisierung beschäftigten oder es in Zusammenhang mit der Auseinandersetzung aufgriffen, betonten eine neue Komponente. Ihr besonderes Augenmerk lag nämlich auf der Ambivalenz dieses Prozesses, wozu auch die modernisierungsskeptische Stimmung Ende der 1970er beigetragen

⁴⁷ Kershaw, NS-Staat, S. 353.

⁴⁸ Dipper, „Historikerstreit“, S. 116.

⁴⁹ Zitelmann, Die totalitäre Seite, S. 15.

⁵⁰ Kershaw, NS-Staat, S. 354.

⁵¹ Ebd., S. 355–358.

⁵² Wippermann, Umstrittene Vergangenheit, S. 139f.

haben mag.⁵³ Der Blick der Wissenschaft für eben diesen Aspekt wurde somit geschärft, wozu die Modernisierungsdebatte einen wesentlich Beitrag leistete. Im Anschluss an sie begann die Historiographie die gesamte deutsche Geschichte seit Ende des 19. Jahrhundert unter dem Gesichtspunkt dieser Janusköpfigkeit zu überdenken. Die Ergebnisse Zitelmanns spielen in der Historiographie hingegen kaum noch eine Rolle.⁵⁴ Ein weiterer großer Verdienst der Kontroverse ist es, dass sie das Potential einer neuen geschichtswissenschaftlichen Methode deutlich machte und damit zur Etablierung der Alltagsgeschichte als Forschungsrichtung beitrug.⁵⁵

Resümee

Man könnte im Zusammenhang mit dem Ende dieses Disputs beinahe von einem „Wenn sich zwei streiten, freut sich der Dritte“-Phänomen sprechen. Es setzte sich hier nämlich eben jene dritte Partei durch, die am wenigsten in die Debatte verstrickt war. Ihre Anschauungen waren es, die die heutige Sichtweise auf dieses Thema am meisten prägten. Nicht jede Debatte muss, wie hier vor Augen geführt wird, mit einem Kompromiss enden. Wenn auch einzelne Argumente heute kaum mehr von wissenschaftlicher Bedeutung sind, ist die Kontroverse als Ganzes dennoch aus verschiedenen Gründen als fruchtbar zu bezeichnen. Ihre Nachwirkungen sind durchaus noch präsent.

Der Verlauf dieser Kontroverse zeigt zudem eindrucksvoll, dass es möglich ist, auf der Basis des selben Quellenmaterials – ja anhand der selben Daten – zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen zu kommen. Ein Faktum, das nicht nur in der Geschichtswissenschaft berücksichtigt und im Hinterkopf behalten werden muss, denn es trägt sowohl zu Dissens als auch zu wissenschaftlichem Fortschritt bei.

An der Heftigkeit der Reaktionen im Zuge der Modernisierungsdebatte wird einmal mehr deutlich, wie problematisch die Thematik des Nationalsozialismus am Ende des 20. Jahrhunderts war und – die Behauptung darf gewagt werden – wohl auch heute noch ist.

Literatur

Alber, Jens, Nationalsozialismus und Modernisierung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 41 (1989), S. 346–365.

Bavaj, Riccardo, Die Ambivalenz der Moderne im Nationalsozialismus. Eine Bilanz der Forschung, München 2003.

⁵³ Dipper, „Historikerstreit“, S. 116.

⁵⁴ Ebd., S. 117.

⁵⁵ Kershaw, NS-Staat, S. 316.

Broszat, Martin, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Nach Hitler: Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, hrsg. v. Hermann Graml/Klaus-Dietmar Henke, München ²1987, S. 159–173.

Dipper, Christof, Zwischen „Historikerstreit“ und der Debatte über „Nationalsozialismus und die Moderne“, in: Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichische Zeitgeschichtstage 1997, hrsg. v. Gertraud Diendorfer/Gerhard Jagschitz/Oliver Rathkolb, Innsbruck-Wien 1998, S. 110–121.

Kershaw, Ian, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg 1994².

Mommsen, Hans, Nationalsozialismus und vorgetäuschte Modernisierung, in: Der historische Ort des Nationalsozialismus, hrsg. v. Walter H. Pehle, Frankfurt a. M. 1990, S. 31–46.

Peukert, Detlev, Zur Erforschung der Sozialpolitik im Dritten Reich, in: Soziale Arbeit und Faschismus, hrsg. v. Hans-Uwe Otto/Heinz Sünker, Bielefeld 1986, S. 123–132.

Peukert, Detlev, Max Webers Diagnose der Moderne (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1548), Göttingen 1989, S. 82.

Prinz, Michael/Zitelmann, Rainer, Vorwort, in: Nationalsozialismus und Modernisierung, hrsg. v. Michael Prinz/Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. VII–XI.

Rainer Zitelmann, Die totalitäre Seite der Moderne, in: Nationalsozialismus und Modernisierung, hrsg. v. Michel Prinz/Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 1–20.

Roseman, Mark, National socialism and modernisation, in: Fascist Italy and Nazi Germany, comparisons and contrasts, hrsg. v. Richard Bessel, Cambridge 1996, S. 197–229.

Weisbrod, Bernd, Der Schein der Modernität, in: Geschichte als Möglichkeit, hrsg. v. Karsten Rudolph/Christl Wickert, Essen 1995, S. 224–242.

Welzer, Harald (Hrsg.), Nationalsozialismus und Moderne (Tübinger Beiträge zu Philosophie und Gesellschaftskritik 5), Tübingen 1993.

Wippermann, Wolfgang, Umstrittene Vergangenheit, Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus, Berlin 1998.

Miriam Krög ist Studentin der Geschichtswissenschaften im 3. Semester an der Universität Innsbruck. Miriam.Kroeg@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Miriam Krög, War der Nationalsozialismus modern? Eine Debatte, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 3–14, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Kaiser Karl. Erinnerungsdiskurse bis zur Seligsprechung

Thomas Schwaiger

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: Dr. Oswald Überegger

eingereicht im: SS 2009

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiter: sehr gut

Abstract

Discourses about commemoration on Emperor Charles I. of Austria until his beatification

The following seminar-paper deals with the ambivalent history of remembrance culture towards the last emperor of Austria. While the majority of Social Democrats had almost disdained him at the beginning of the First Austrian Republic, Charles was nearly glorified in the so-called Austrian “Ständestaat” (1934–1938). With the occupation of Austria by the National Socialists the memorization fell into deep depression. After the Second World War the biggest discourses about Charles were hold around the “Habsburg-Crisis” in 1961 and his beatification in 2004.

1. Einleitung

Am 21. November 1916 ging die „Franzisco-Josephinische Ära“ in Österreich-Ungarn zu Ende. Im ungünstigsten Zeitpunkt, mitten im Geschehen des Ersten Weltkriegs, folgte der junge Erzherzog Carl Franz Joseph seinem Großonkel als Kaiser nach.¹ Doch bis heute scheint Karl in der österreichischen Öffentlichkeit wenig bekannt zu sein. Auch in Schulbüchern wird er meist nur beiläufig erwähnt.² Ist dieser Kaiser auf der Bühne der österreichischen Erinnerungskultur wirklich nur ein Nebendarsteller? Bedenkt man seine Schlüsselposition als letzter österreichischer Kaiser, so kann dies wohl kaum der Fall sein. Wie gestaltete sich dann die Erinnerung an Kaiser Karl im vorherigen Jahrhundert? Welche Diskurse wurden über diesen habsburgischen Monarchen ausgefochten?

In der folgenden Arbeit wird die Erinnerungskultur und Sicht über den letzten österreichischen Kaiser dar. Die Ausführungen behandeln den Zeitraum von seiner Thronbesteigung 1916, über das Todesjahr 1922, die Zeit der Ersten Republik, den österreichischen Ständestaat, sowie jene Sicht im Nationalsozialismus und am Beginn der Zweiten Republik, bis zur wohl größten Debatte um Kaiser Karl im Zuge der Seligsprechung 2004.

Die Quellenlage zum Leben und Wirken Kaiser Karls ist gut. Bereits in den 1920er und 1930er Jahren kamen die ersten Publikationen von Karl Werkmann³ über den Monarchen heraus. Eine große Zahl an Veröffentlichungen dazu brachte die Nachkriegszeit mit sich, in der beispielsweise 1953 der Nachlass von Hans von Zessner-Spitzenberg⁴, dem langjährigen Leiter der „Kaiser-Kar-Gebetsliga“ und Mitinitiator der Seligsprechung, herausgegeben wurde. 1968 kam mit Gordon Brook-Shepherds⁵ Biographie ein erstes Standardwerk heraus, das sich in den meisten Literaturlisten der weiteren folgenden Publikationen über den habsburgischen Kaiser findet. Zum politischen Wirken Karls erschien 1997 die Monographie Peter Brouceks⁶. Im zweibändigen Werk „Untergang oder Rettung der Donaumonarchie“, herausgegeben

¹ Alois Niederstätter, *Geschichte Österreichs*, Stuttgart 2007, S. 215.

² Zur beiläufigen Erwähnung Kaiser Karls in Schulbüchern siehe beispielhaft: Michael Eigner/Rudolf Rebhandl/Friedrich Öhl [u.a.], *Zeitzeichen – Geschichte und Kultur IV*, HLW, Linz ³2004, S. 131, 178; Helmut Hammerschmid/Petra Öller/Wolfgang Pramper, *Geschichte live 3. Geschichte und Sozialkunde, 7. Schulstufe*, Linz 2001, S. 140; Gerhard Huber/Wernhild Huber/Wolf Kowalski, *einst und heute 3*, Wien 1997, S. 123.

³ Karl Werkmann, *Der Tote auf Madeira*, München 1923; Ders., *Deutschland als Verbündeter. Kaiser Karls Kampf um den Frieden*, Berlin 1931.

⁴ Hans K. Zessner-Spitzenberg, *Kaiser Karl*, aus dem Nachlass hrsg. v. Erich Thanner, Salzburg 1953.

⁵ Gordon Brook-Shepherd, *Karl I. Des Reiches letzter Keiser. Glanz und Elend des letzten österreichischen Herrscherpaares*, Wien-München 1976.

⁶ Peter Broucek, *Karl I. (IV.). Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie*, Wien-Köln-Weimar 1997.

und bearbeitet von Elisabeth Kovacs⁷, wurde das Leben und Wirken Karls ausführlich dokumentiert. Mit der Debatte um die Seligsprechung des Monarchen erschienen auch viele weitere Publikationen über den Kaiser, wie jene von Eva Demmerle und Josef Gelmi⁸. Auch Erich Feigl's Publikation zu Karl war für die Ausführungen der Arbeit sehr hilfreich.⁹ Leider geben alle diese Werke nur sehr fragmentarisch einen Einblick in die Erinnerungskultur um Kaiser Karl. Um an Informationen diesbezüglich zu kommen, war es daher notwendig etwaige historische und zeitgenössische Zeitungen heranzuziehen¹⁰. Zudem lieferten die Publikationen von Werner Suppanz und Oswald Überegger¹¹ Informationen über die Erinnerungskultur um den Habsburger-Kaiser für den Zeitraum von 1934 bis 1945 bzw. bis ca. in die frühen 1950er Jahre. Für die Zeit der Seligsprechung stellt auch das Internet – bei aller nötigen kritischen Untersuchung und Herangehensweise – eine hilfreiche und umfangreiche Informationsquelle dar.¹² In der vorliegenden Arbeit wurde versucht diese, direkt die Erinnerungskultur betreffenden Informationsquellen mit den bruchstückhaften Angaben in den Biographien und den sonstigen Publikationen zu Kaiser Karl zusammenzufügen, um ein nachvollziehbares Bild über den letzten österreichischen Kaiser besonders aus der Sicht der Parteien und Regime zu generieren. Da vor allem in Kapitel 2.1 und 2.3 kein eindeutiges Bild aus den Quellen und der Sekundärliteratur festgemacht werden kann, bewegt sich der Autor dieser Arbeit immer wieder auf dem Boden der Spekulation. Solcher bedarf aber auch eine historische Arbeit, sofern diese gut begründet sind, denn – so meinte es wohl auch Hans Rothfels mit seinem kritischen Blick auf den Begriff „Geschichte“ – im Grunde bewegt sich der Historiker doch immer teilweise im Bereich der Spekulationen, wenn er versucht die Vergangenheit so zu generieren, dass er nicht nur die historischen Fakten auflistet.¹³

⁷ Untergang oder Rettung der Donaumonarchie? 2004, Bd. 1: Die Österreichische Frage. Kaiser und König Karl I. (IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas 1916–1922, hrsg. v. Elisabeth Kovács (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 100), Wien 2004; Untergang oder Rettung der Donaumonarchie? 2004, Bd. 2: Politische Dokumente zu Kaiser und König Karl I. (IV.) aus internationalen Archiven, hrsg. v. Elisabeth Kovács (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 100), Wien 2004.

⁸ Eva Demmerle, Kaiser Karl I. „selig, die Frieden stiften ...“. Die Biographie, Wien 2004; Josef Gelmi, Der letzte Kaiser. Karl I. (1887–1922) und Tirol, Innsbruck-Wien 2004.

⁹ Erich Feigl, „Gott erhalte ...“ – Kaiser Karl. Persönliche Aufzeichnungen und Dokumente, Wien 2006³.

¹⁰ Eine Liste der verwendeten Zeitungen findet sich im Literaturverzeichnis.

¹¹ Werner Suppanz, Österreichische Geschichtsbilder. Historische Legitimation in Ständestaat und Zweiter Republik, Wien-Köln-Weimar [u.a.] 1998; Oswald Überegger, Vom militärischen Paradigma zur „Kulturgeschichte des Krieges“? Entwicklungslinien der Österreichischen Weltkriegsgeschichtsschreibung im Spannungsfeld militärisch-politischer Instrumentalisierung und universitärer Verwissenschaftlichung, in: Zwischen Nation und Region. Weltkriegsforschung im interregionalen Vergleich, Ergebnisse und Perspektiven, hrsg. v. Oswald Überegger (Tirol im Ersten Weltkrieg 4), Innsbruck 2004, S. 34–63.

¹² Für die verwendeten Internetadressen siehe Literaturverzeichnis.

¹³ Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: *IJZ* 1 (1953), Heft 1, S. 1–8, hier S. 1.

2. Kaiser Karl. Erinnerungsdiskurse bis zur Seligsprechung 2004

Die Erinnerungskultur an Österreichs letzten Kaiser ist großen „Schwankungen“ unterworfen, die jeweils aus dem „herrschenden Zeitgeist“ und der politischen Instrumentalisierung für die jeweils eigene Sache gesehen werden müssen. Im Folgenden werde ich die wichtigsten Anschuldigungen und Auszeichnungen gegenüber Kaiser Karl und deren Auswirkungen und Beeinflussungen auf die österreichische Erinnerungskultur schildern. Die Gliederung dieses Abschnittes richtet sich im Wesentlichen nach der von Oswald Überegger für die Zwischenkriegszeit in Österreich vorgestellten chronologischen Einteilung.¹⁴

1.1. Sozialdemokratische Sicht von Kaiser Karl während dessen Regierungszeit, über die „Revolutionäre Phase“ bis ins Jahr 1922

Man kann diese Phase in etwa in zwei Abschnitte einteilen: die Zeit des „Burgfriedens“ als Phase des Abwartens und die revolutionäre und pro-deutsche Ära der österreichischen Sozialdemokratie. Erstere ist gekennzeichnet durch die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Regierung. Die Sozialdemokraten unterstützten weitgehend die Friedensinitiativen Kaiser Karls auch nach der Sixtusaffäre¹⁵ vom 9. April 1918, obwohl „die Stimmung gegen den Kaiser allgemein elend [ist], man verachtet ihn!“¹⁶ Nach der Februarrevolution im Russischen Reich wurden die Sozialdemokraten auch für die Vermittlung eines Sonderfriedens mit dem russischen Reich von der Regierung eingesetzt. Dennoch gab es über diese regierungsfreundliche Haltung Kritik in der eigenen Partei. Auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Stockholm¹⁷ wurde deutlich, dass die Demokratische Sozialistische Arbeiterpartei Österreichs (DSAPÖ) keine homogene Gruppe war. Während Victor Adler den gemeinsamen Friedenswunsch von Regierung und Sozialdemokratie betonte, ging es bei Renner um grundsätzlich deutsche machtpolitische

¹⁴ Zur Einteilung vgl.: Überegger, Vom militärischen Paradigma, S. 75, 77, 82.

¹⁵ Näheres zur Sixtusaffäre bieten: Brook-Shepherd, Des Reiches letzter Kaiser, S. 77–123; Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 255–263; Kovács, Untergang oder Rettung Bd. 1, S. 391–409; Helmut Rumpler, Kaiser Karl, die Friedensprojekte und das deutsch-österreichische Bündnis, in: Karl I. (IV.), der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie, hrsg. v. Andreas Gottsmann (Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturforum in Rom 14), Wien 2007, S. 13–22.

Eine Sammlung der Originaldokumente die „Sixtusmission“ und „-affäre“ betreffend findet sich in Kovács, Untergang oder Rettung Bd. 2, S. 168f., 179–183, 336–342.

¹⁶ August Demblin, Minister gegen Kaiser. Aufzeichnungen eines österreichisch-ungarischen Diplomaten über Außenminister Czernin und Kaiser Karl, hrsg. v. Alexander Demblin, Wien 1997, S. 80f.

¹⁷ Die Bezeichnung „Konferenz“ von Stockholm ist eigentlich nicht korrekt, weil es zu keiner Plenarkonferenz, sondern nur zu separaten Sitzungen verschiedener Delegationen kam. Die österreichische Delegation – darunter auch Karl Renner und Victor Adler – wurden am 25. und 26. Mai empfangen. Francesco Marin, Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie und die Friedensbestrebungen 1917, in: Karl I. (IV.), der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie, hrsg. v. Andreas Gottsmann (Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturforum in Rom 14), Wien 2007, S. 33–46, hier S. 38f.

Interessen, wie z.B. um Kolonien, Nutzung der Seestraßen etc., aber daneben auch um die Auflösung der Habsburgermonarchie. Otto Bauer gelang es, die Parteiflügel zu versöhnen und einen Ruck nach Links zu vollziehen.¹⁸ Das Ende des „Burgfriedens“ zeichnete sich mit der großen Not in der Getreideversorgung der Bevölkerung Ende 1917 und Anfang 1918, dem großen Arbeiterstreik vor allem im Jänner 1918 und der Russischen Oktoberrevolution ab. Der Friede von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 verhinderte eine Revolution in Österreich-Ungarn.¹⁹

Doch zeichnete sich bereits in der Stockholmer Rede Karl Renners und nach dem Ende des „Burgfriedens“ eine größere Orientierung an Deutschland und besonders an die SPD ab. Der Gedanke des Anschlusses an das Deutsche Reich erreichte nach den Großdeutschen nun auch die Sozialdemokratie. Wenngleich die Sozialdemokraten sich nicht gleich nach der Sixtusaffäre an der Propaganda gegen das Kaiserhaus beteiligten, so wäre nun der Zeitpunkt gekommen, den Kaiser als „Verräter am Bundesgenossen“, als Treuebrecher und als Lügner zu bezichtigen.²⁰ Seine Gemahlin Zita geriet wegen der Vermittlungstätigkeit ihrer Brüder und ihrer Herkunft aus dem Hause Bourbon-Parma nach der Sixtusaffäre ebenfalls in die Kritik. Sie wurde als feindliche „Italienerin“ bezeichnet.²¹ Weiters wurde unterstellt, dass Zita ihren Gemahl völlig kontrollieren würde und so maßgeblichen Einfluss auf die österreichisch-ungarische Politik übte.²²

Auch den früheren Verleumdungen, wie jene von der Ludendorffschen Propaganda und jene vom bis in die Hitlerzeit gegen Habsburg hetzenden Von dem Bussche, vermochte das österreichische Kriegspressequartier (KPQ) unter Karl Werkmann nichts entgegenzusetzen.²³ Zudem wurden jene Beschuldigungen des Militärs und der Entente²⁴ aufgegriffen und für die eigene Kampagne gegen den Kaiser verwendet. Angriffspunkte waren vor allem die von Kaiser Karl selbst so bezeichneten

¹⁸ Marin, Sozialdemokratie, S. 33–44.

¹⁹ Broucek, Der politische Weg, S. 48–51.

²⁰ Ob die „Verräteranschuldigung“ wirklich auch seitens der DSAPÖ erhoben wurden, konnte leider nicht klar festgestellt werden. Doch gab es allgemein Anschuldigungen gegen Karl als „Verräter“. Siehe hierzu „Gerichte über das Allerhöchste Kaiserhaus“, Privatarchiv Eidlitz, NL Seidler, in: Kovács, Untergang oder Rettung Bd. 2, S. 360–363, hier S. 361; Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 264; Demblin, Minister gegen Kaiser, S. 77.; Kovács, Untergang oder Rettung Bd. 1, S. 397, 647; Sophie Wöginger-Mumbauer (Redaktion), Die „Sixtus-Briefe“: War Kaiser Karl ein Verräter?, [<http://www.emperor-charles.org/de/kaiser-karl/vorurteile/sixtus-briefe.html>], o.D., eingesehen 15.5.2009; Friedrich Weissensteiner, Die österreichischen Kaiser. Franz I. – Ferdinand I. – Franz Joseph I. – Karl I., Wien 2003, S. 170; Zessner-Spitzenberg, Kaiser Karl, S. 11ff., 131.

²¹ Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 95, 108; Weissensteiner, Die österreichischen Kaiser, S. 170; Demmerle, „selig, die Frieden stiften ...“, S. 15.

²² Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 93; Demblin, Minister gegen Kaiser, S. 60.

²³ Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 95–113; Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 15.

²⁴ Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 15; Helmut Hoyer, Kaiser Karl I. und Feldmarschall Conrad von Hötzendorf. Ein Beitrag zur Militärpolitik Kaiser Karls (Dissertationen Universität Wien 70), Wien 1972, S. 130ff., 152–157; Kovács, Untergang oder Rettung Bd. 1, S. 647.

„Hauptfehler“.²⁵ die Amnestie und die gescheiterte Friedensvermittlung um die Sixtusbriefe, mit der darauffolgenden Affäre. Bereits nach der Thronfolge kamen Gerüchte auf. So bezeichnete ihn das Militär als Folge der milden Behandlung seiner Soldaten,²⁶ sowie der Amnestie vom 2. Juli 1917, der Abschaffung vom Duell und von Disziplinarstrafen im Militär²⁷ und wegen seinem Einsatz für den Frieden und seinem „schlanken, schmal gebauten, zarten, sanften Aussehen“²⁸ als Schwächling und Feigling.²⁹ Weiters verbreitet und von der sozialdemokratischen Propaganda aufgenommen wurden die Bezeichnungen Kaiser Karls als Frauenheld,³⁰ Trinker³¹ und Dummkopf.³²

Einige Sozialdemokraten – allen voran Karl Renner und Otto Bauer – forderten die Republik. Als angeblich monarchistische Kreise wieder stärker wurden, schien dies Renner für den Wahlerfolg am 16. Februar 1919 gefährlich zu sein und er forderte nun energisch die Abdankung Karls. Doch Kaiser Karl dachte nicht an Abdankung und arbeitete auch gegen einen Anschluss³³ Österreichs an das Deutsche Reich,³⁴ was aus

²⁵ Handgeschriebene Weisungen S.M. zit. n. Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 120.

²⁶ Broucek, *Der politische Weg*, S. 52; Zessner-Spitzenberg, *Kaiser Karl*, S. 33.

²⁷ Broucek, *Der politische Weg*, S. 53f.; Hoyer, Conrad von Hötzendorf, S. 155ff.

²⁸ Zessner-Spitzenberg, *Kaiser Karl*, S. 16.

²⁹ Demblin, *Minister gegen Kaiser*, S. 60; Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 15; Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 125f.; „Gerüchte über das Allerhöchste Kaiserhaus“, in: Kovács, *Untergang oder Rettung* Bd. 2, S. 361; Kovács, *Untergang oder Rettung* Bd. 1, S. 647; Zessner-Spitzenberg, *Kaiser Karl*, S. 11ff, 131.

³⁰ Zur Frauenheld-Anschuldigung siehe: Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 125; Kovács, *Untergang oder Rettung* Bd. 1, S. 645ff.; Sophie Wöginger-Mumbauer (Redaktion), *War Kaiser Karl ein Trinker und Frauenheld?*, [<http://www.emperor-charles.org/de/kaiser-karl/vorurteile/trinker-und-frauenheld.html>], o.D., eingesehen 15.5.2009.

Kaiser Karl besuchte laut Hans von Zessner-Spitzenberg, *Kaiser Karl*, S. 16, überdurchschnittlich oft Theatervorführungen, weshalb angenommen wurde, dass er unter den Schauspielerinnen Geliebte, wie z. B. Betty Fischer, Mizzi Zivecens, etc. hatte. Dieses Gerücht wurde später als „unsinnig und unwahr“ aufgegeben, weil Karl dann so viele Geliebte zugeschrieben wurden, dass es für einen Mann nicht mehr möglich wäre, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

³¹ Zur Trinker-Anschuldigung siehe: Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 94, 125; „Gerüchte über das Allerhöchste Kaiserhaus“, in: Kovács, *Untergang oder Rettung* Bd. 2, S. 360; Kovács, *Untergang oder Rettung* Bd. 1, S. 645ff.; Sophie Wöginger-Mumbauer (Redaktion), *Trinker und Frauenheld?*, [<http://www.emperor-charles.org/de/kaiser-karl/vorurteile/trinker-und-frauenheld.html>], 15.5.2009.

Die Bezeichnung Karls als Trinker wurde laut Erich Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 108f., von Max Bauer, dem Schöpfer der Ludendorffschen Propagandastrategie, gegen den Kaiser aufgebracht.

³² Zur Dummkopf-Anschuldigung siehe: Broucek, *Der politische Weg*, S. 19; Kovács, *Untergang oder Rettung* Bd. 1, S. 647.

Karl Kraus bezeichnete Kaiser Karl sogar noch 2004 bzgl. der Restaurationsversuche als „Trottel“. Michael Frank, *Der Streit um des Kaisers Art*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 2.10.2004, [<http://www.sueddeutsche.de/politik/209/353040/text/3/>], eingesehen 14.5.2009.

³³ Laut Erich Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 274–284, geht die „Anschlussverbotsklausel“ im Vertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 mitunter auf Initiativen Kaiser Karls durch die Vermittler Paul Eugène Dutasta und André Tardieu zurück. Somit war Österreich im Vertrag von St. Germain vom 10. September 1919 gezwungen, auch wider Willen der Vertreter der Übergangsregierung, als selbstständiger Staat zu bestehen.

³⁴ Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 178–186.

der Berichterstattung der Habsburgfeindlichen Zeitung „Wiener Mittag“³⁵ entnommen werden kann.³⁶

Auch Politiker der Christlich-sozialen Partei, die bereits ihren Wahlspruch von „Für Gott, Kaiser und Vaterland“ zu „Alles für Gott und unser Volk“³⁷ gewechselt hatte, forderten die Abdankung.³⁸ Am 11. November 1918 erklärte der Kaiser, dass er „auf alle Staatsgeschäfte verzichte“,³⁹ was aber keiner Abdankung gleichkam, und am 12. November 1918 rief Karl Renner vor dem Parlamentsgebäude in Wien die Republik aus. Nach angeblichen bolschewistischen Morddrohungen in Eckartsau, konnte er mit Hilfe Englands in die Schweiz ins Exil gehen. Die Regierung und das Parlament beschlossen inzwischen, durch die Gesetze vom 3. April und 30. Oktober 1919,⁴⁰ den Landesverweis und den Vermögensverlust des Habsburgers.⁴¹

Vor allem in den Sozialdemokraten nahestehenden Zeitungen nach dem Todestag Kaiser Karls kommt die negative Einstellung zum Ex-Kaiser deutlich zum Ausdruck: Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt unter anderem: „Die Habsburger und er persönlich, haben das bekommen, was sie verdienen. Ihr Schicksal ist Nemesis' Rache für ihre Taten.“⁴² Der Ausschnitt spielt vor allem auf die Schuldzuschreibung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die vielen Toten und das Elend nach dem Krieg an. Er ist hilfreiche Maßnahme zur weiteren Distanzierung von der „Katastrophe des Ersten Weltkriegs“.⁴³ Die Zeitung „Die Presse“ unterstreicht diese Schuldzuweisung: „Der Tod Kaiser Karls ruft Nostalgie hervor, für das, was wir verloren haben [...] zum Teil auch durch ihn.“⁴⁴ Weiters heißt es in der „Arbeiter-Zeitung“, dass Karl „im Wesen, Charakter, in der Begabung und den Fähigkeiten tief unter dem Mittelmaß“⁴⁵ und sein früher Tod und das Exil die Strafe Gottes wären. Mit der Verteidigung des von Kaiser Karl bereits 1917 eingeführten Mieterschutzes auf der selben Seite der Zeitung, zeigt sich auch, wie die

³⁵ Die Passage aus „Wiener Mittag“ befindet sich unter dem Punkt „9. 5. 1919“, daher wurde dies als Herausgabedatum geschlossen. Erwin Bader führt leider kein konkretes Herausgabedatum der Zeitung an. Das exakte Datum ist leider nicht eruiert. Erwin Bader, Kaiser Karl – ein Seliger. Eine Zusammenfassung historischer Ereignisse, [<http://www.paneuropa-vorarlberg.at/Kaiser%20Karl.doc>], Hörbranz 2004, eingesehen 14.5.2009, S. 19.

³⁶ Ebd.

³⁷ Für beide Zitate siehe: Gelmi, Der letzte Kaiser, S. 92.

³⁸ Bader, Zusammenfassung, [<http://www.paneuropa-vorarlberg.at/Kaiser%20Karl.doc>], 14.5.2009, S. 17; Kovács, Untergang oder Rettung Bd. 1, S. 391; Zessner-Spitzenberg, Kaiser Karl, S. 206-210.

³⁹ Weissensteiner, Die österreichischen Kaiser, S. 174.

⁴⁰ Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 508-512.

⁴¹ Kovács, Untergang oder Rettung Bd. 1, S. 648f.

⁴² Arbeiter-Zeitung, 2.4.1922 zit. n. Gelmi, Der letzte Kaiser, S. 51.

⁴³ Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 509.

⁴⁴ Die Presse, 2.4.1922 zit. n. Gelmi, Der letzte Kaiser, S. 50f.

⁴⁵ Arbeiter-Zeitung, 2.4.1922 zit. n. einem Abdruck in: Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 509.

Zur Anschuldigung des fehlenden Charakters siehe auch: Sophie Wöginger-Mumbauer (Redaktion), Mangelte es Kaiser Karl an Charakter und war er für sein Amt unvorbereitet?, [<http://www.emperor-charles.org/de/kaiser-karl/vorurteile/fehlender-charakter.html>], o.D., eingesehen 15.5.2009.

sozialen Errungenschaften des „Feindes“ vereinnahmt und als eigene Erfolge umgedeutet wurden.⁴⁶ Das „Prager-Tagblatt“⁴⁷ setzt einen anderen Schwerpunkt, indem es erklärt, dass das Streben des Monarchen nach Beständigkeit und Friede entwertet wurde durch den Verrat.⁴⁸ Es nimmt damit direkt auf die Sixtusaffäre und den Bruch mit dem deutschen Verbündeten Bezug.

1.2. Vom Vorbildherrscher zum Heiligen: Erinnerung an Kaiser Karl bis in die „Phase der konservativen Restauration“:

Nach der Wahl am 17. Oktober 1920 schieden die Sozialdemokraten aus der Regierung aus und es kam zu einer Koalition von Christlichsozialen und Großdeutschen.⁴⁹ Daher wäre es falsch in der Berichterstattung über Kaiser Karl nur die negativen Artikel DSAPÖ-naher Herausgeber anzuführen. Es gab auch genügend Zeitungen, wie z.B. in Tirol den „Allgemeine[n] Tiroler Anzeiger“ und in Ungarn die Budapester Morgenzeitung „Pester Loyd“, die den Habsburger sogar als „Held“ betitelten und ihn schon beinahe glorifizierten.⁵⁰ Das „Volksblatt“, die „Neue Zeitung“ und die „Reichspost“ zeichneten den letzten österreichischen Monarchen als zwar „in keiner Weise für seinen späteren Beruf erzogen“,⁵¹ aber als einen um Frieden bemühten Herrscher und setzten ihn damit in ein positiveres Licht.⁵² Die Koalitionspartner der Christlichsozialen, die Großdeutschen, teilten keineswegs die „Kaiser Karl-Begeisterung“. Der Philosoph und Arzt Anton Berger, der sich selbst als „Kaiserlicher“ bezeichnete,⁵³ schrieb 1922, dass das Verhalten der Deutschnationalen gegenüber dem „Ex-Kaiser schändlich und ehrlos“ wäre und beurteilte diese als Menschen, „die ihre Namen mit Kot in die Geschichte eingeschmiert haben.“⁵⁴ Doch gab es auch einige „kaisertreue“ Deutschnationale, wie etwa Johann Schober, den mehrfachen Bundeskanzler der 1920er Jahre.⁵⁵

Zunehmend positiver gestaltete sich die Erinnerung an den letzten Kaiser Österreichs in der „Phase der konservativen Restauration“. „Klingt es nicht wie eine Ironie des

⁴⁶ Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 509.

⁴⁷ In Böhmen als industriellem Herzstück der Monarchie war die Sozialdemokratie besonders stark. Lothar Hobelt, Karl I., der „Teufelspuk“ und die Deutschböhmen, in: Karl I. (IV.), der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie, hrsg. v. Andreas Gottsmann (Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturforum in Rom 14), Wien 2007, S. 47–58, hier S. 47.

⁴⁸ Der letzte Kaiser von Österreich, in: *Prager Tagblatt*, Nr. 78, 2.4.1922, S. 1–4, hier S. 1.

⁴⁹ Niederstätter, *Geschichte Österreichs*, S. 220f.

⁵⁰ Tod Kaiser Karls, in: *Allgemeiner Tiroler Anzeiger*, Nr. 76, 3.4.1922, S. 1–4, hier S. 1; König Karls Tod, in: *Pester Loyd*, Morgenblatt, Nr. 69, 2.4.1922, S. 1–8, hier S. 1.

⁵¹ Der Tod des Verbannten, in: *Die Neue Zeitung*, unabhängiges Tagblatt, Nr. 91, 2.4.1922, S. 1; Der Tod des Exkaisers Karl, in: *Volksblatt*, für Stadt und Land, Nr. 15, 9.4.1922, S. 1–2, hier S. 1.

⁵² Ebd.; sowie: Tod in der Verbannung, in: *Reichspost*, Morgenblatt, unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk, Nr. 91, 2.4.1922, S. 1–4, hier S. 1.

⁵³ Anton Berger, *Kaiser Karl I. Nekrolog*, Graz 1922, S. 13.

⁵⁴ Ebd., S. 13f.

⁵⁵ Bader, Zusammenfassung, [<http://www.paneuropa-vorarlberg.at/Kaiser%20Karl.doc>], 14.5.2009, S. 17.

Schicksals, dass der Mann, der sich als Anwalt der Demokratie⁵⁶ erwiesen, von den vermeintlichen Hütern der Demokratie noch an der Bahre verunglimpft wird?⁵⁷ So verurteilte die „Christlichsoziale Arbeiterzeitung“ 1922 den „Schimpf“ der Sozialdemokratie gegenüber dem Kaiser, der den von ihnen so propagierten Frieden aktiv suchte und somit „berufen war im Reiche der Großen und Mächtigen dieser Erde eine bedeutsame Rolle zu spielen.“⁵⁸

Die Steigerung der positiven Erinnerung an Kaiser Karl wurde mit der Errichtung des Ständestaates begonnen. Eine Aufwertung des Habsburgers suchte auch bereits 1923 der spätere Bundespräsident Wilhelm Miklas⁵⁹ für die damals wieder auflebende „Kaiser-Karl-Gebetsliga“⁶⁰ durch die Initiative zur Seligsprechung einzuleiten. Schon die beiden Publikationen von Karl Werkmann, dem Sekretär des ehemaligen Kaisers und Leiter des Kriegspressequartiers, sowie die Gründung „Habsburgtreuer Vereinigungen“, wie beispielsweise 1922/23 die „Katholisch-österreichische Landsmannschaft Maximiliana“⁶¹ ihren Beitrag zu einer positiven Erinnerung für Karl.⁶² Zudem waren die besonders negativen Stimmen gegen den letzten habsburgischen Monarchen mit dem Verbot der Sozialdemokratie am 12. Februar 1934⁶³ aus Österreich verschwunden. Kanzler Engelbert Dollfuß hob im selben Jahr die Habsburgergesetze von 1919 wieder auf.⁶⁴ Man könnte dies als ein erstes Zeichen der folgenden Verehrung dieses Kaisers ansehen, die unbestritten im Ständestaat ihren absoluten Höhepunkt erreichte: „In Kaiser Karl hatte sich ‚Österreichertum‘ in schönster Form verkörpert.“⁶⁵ Er wurde als

⁵⁶ Hier wird wohl auf die Berufung des Parlaments am 30. Mai 1917 und die politische Amnestie vom 2. Juli und jene vom 17. August 1917 Bezug genommen, welche einen neuen, demokratischeren Kurs einleiteten. Rumppler, Friedensprojekte, S. 22.

⁵⁷ Kaiser Karl – tot!, in: *Christlichsoziale Arbeiterzeitung*, Nr. 14, 8.4.1922, S. 1–2, hier S. 1f.

⁵⁸ Ebd., S. 1.

⁵⁹ Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 258; Gelmi, *Der letzte Kaiser*, S. 53; Stefanie Jeller/Katharina Spörk (Redaktion), *Lebhafte Debatte über die Seligsprechung Kaiser Karls I.*, [http://religion.orf.at/projekt02/news/0409/ne040924_karl_hintergrund_fr.htm], 30.9.2004, eingesehen 14.5.2009.

⁶⁰ Die Gebetsliga wurde bereits 1895 begründet. Die Vision Schwester Maria Vinzentias, dass Karl einmal viel leiden müsse, veranlasste sie und seinen ehemaligen Lehrer Graf Wallis und dessen Frau zur Gründung. Besonders nach dem Tod Kaiser Karls 1922 vergrößerte sich die Liga ständig. Die treibenden Kräfte der Liga während der Ersten Republik waren v. a. Baron Hans von Zessner-Spitzenberg und Emilia Gehrig. Nach der erwähnten Seligsprechungsinitiative wurde die Gebetsliga 1925 von Weihbischof Weitz als „Fromme Vereinigung“ kirchenrechtlich approbiert. Ab 1928 gab Zessner-Spitzenberg die Mitgliederzeitschrift „Kaiser-Karl-Gedächtnisjahrbuch“ heraus. Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S.257–260; Gelmi, *Der letzte Kaiser*, S. 53, 98–102.

Die weitere Entwicklung der Liga findet sich auf den folgenden Seiten dieser Arbeit. Näheres zur Gebetsliga siehe: [<http://www.emperor-charles.org/de/>], o.D., eingesehen 19.5.2009.

⁶¹ Katholisch-Österreichische Landmannschaft Maximiliana zu Wien, *Geschichte der katholischen Landsmannschaften*, [<http://www.maximiliana.at/ueber-uns/geschichte-des-koel.html>], o.D., eingesehen 19.5.2009.

⁶² Werkmann, *Tote auf Madeira*; Ders., *Deutschland als Verbündeter*.

⁶³ Niederstätter, *Geschichte Österreichs*, S. 226.

⁶⁴ Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 241.

⁶⁵ Suppanz, *Österreichische Geschichtsbilder*, S. 233.

Verteidiger gegen Reichsdeutschland, an dessen Bündnistreue Österreich-Ungarn zu Grunde gegangen war, und sozusagen als „Held für die österreichische Sache“ gesehen.⁶⁶ Insofern kann die positive Haltung gegenüber Karl und der habsburgischen Heertradition als bewusste Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus gedeutet werden.⁶⁷

Sein Friedenswille wurde ihm als Ausdruck der Klugheit angerechnet und auch vor den Anschuldigungen der Trunksucht verteidigte man den fast schon zum Heiligen stilisierten Monarchen. Mit ihm als Karl I. endete, was sein Namensvetter Karl der Große einst begonnen hatte. Damit wurde die Verbindung Österreichs mit der christlichen Reichsidee geschaffen und für die Ideologie des Ständestaates nutzbar gemacht. Eine weitere ideologische Vereinnahmung wurde mit dem Vergleich Karls als „Martyrerkaiser“ mit Dollfuß als „Martyrerkanzler“ hergestellt. Beide habe das Volk geliebt und beide hätten friedliebend ihr Leben für Österreich geopfert. Wie sehr doch diese Hochschätzung nur Vereinnahmung für die Ideologie und Glorifizierung des Ständestaates war, zeigte sich mitunter auch darin, dass aus Sicht der Regierenden der Verzicht Kaiser Karls auf die Regierungsgeschäfte zwar bedauerlicher Rechtsbruch gewesen, aber dennoch unauflösbares Faktum wäre.⁶⁸

1.3. Schwächling und Hochverräter: Nationalsozialistische Propaganda gegen Kaiser Karl in der „Phase forcierter Remilitarisierung“:

Die „Münchener Zeitung“ vom 29./30. August 1936 erzählt von den tapferen Tiroler Soldaten,

„die gegen zwei Fronten kämpften, gegen den Außenfeind und gegen den Feind und Verräter⁶⁹ [...] im Inneren, der für die Autonomie schwärmte und zum feigen Überläufer wurde.“⁷⁰

Zwar wird hier klar der „Innere Feind“ mit den Nationalitäten der k.u.k. Monarchie identifiziert, dennoch wäre dieses Zitat für Kaiser Karl aus nationalsozialistischer Sicht auch zutreffend. Wegen der Sixtusaffäre wurde er zum „Verräter am Bundesgenossen“ stilisiert.⁷¹ Man könnte mehr oder weniger sagen, dass er dadurch zum „Feind des

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Überegger, Vom militärischen Paradigma, S. 80f.

⁶⁸ Suppanz, Österreichische Geschichtsbilder, S. 233f.

⁶⁹ Die Hervorhebungen wurden vom Autor dieser Arbeit hinzugefügt.

⁷⁰ *Münchener Zeitung*, 29./30.8.1936 zit. n. Helmut Alexander, Der Dolomitenkrieg im „Tiroler“-Film, in: *Tirol und der Erste Weltkrieg* hrsg. v. Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 12), Innsbruck-Wien 1995, S. 227–254, hier S. 240.

⁷¹ In vielen der für diese Arbeit relevanten Publikationen zu Kaiser Karl wurde das Wissen der Eliten des Deutschen Reiches – zumindest von Kaiser Wilhelm II., dem Erich Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 257, aber wenig Bedeutung in der Machtausübung zuschrieb – über die Friedensverhandlungen der Sixtusbrüder

Deutschtums⁷² wurde. Der Abschnitt „der für Autonomie schwärmte und zum feigen Überläufer wurde“ ließe sich an der Idee und am Wille Karls zur Errichtung einer Art „föderalistischem Bundeskaisertum“⁷³ – wie er dies im bekannten „Völkermanifest vom 16. Oktober 1918“⁷⁴ darlegte – und mit der faktischen „Gleichwertung“ des nicht-deutschen Slawentums mit dem deutschen Volk deutlich machen. Kaiser Karls Abstieg war also tief: Vom „österreichischen Märtyrer-Kaiser“ zum Schwächling und Verräter gegenüber den Deutschen.⁷⁵

In dieser „Phase der forcierten Remilitarisierung“ kam ein weiterer möglicher Anklagepunkt gegen Kaiser Karl hinzu, nämlich sein Friedenswille und somit seine „Abneigung“ zum Krieg.⁷⁶ Dieser Punkt ist implizit schon in der Anklage bezüglich der Sixtusaffäre enthalten. Auch könnten sich die Nationalsozialisten der Gerüchte, die bereits während der Regierungszeit Karls, vor allem nach der Sixtusaffäre, entstanden waren und kursierten, bedient haben.

Hitler ordnete 1938 die erneute Enteignung und den Staatsbürgerschaftsverlust für die Habsburger an.⁷⁷ Grund dafür war neben der Stilisierung Kaiser Karls und seiner Dynastie zum Feind auch das Angebot des ehemaligen Kronprinzen Otto von Habsburg im März 1938 die Regierung Österreichs zu übernehmen um eine Machtübernahme der Nationalsozialisten zu verhindern. Zwar konnte dadurch der Anschluss nicht verhindert werden, aber dennoch eine wahrscheinlich erfolglose Widerstandserhebung gegen jene erfolgen. Das Angebot war vom Ständestaat ausgeschlagen worden. Seit 1940 wurde Otto daher von den Nationalsozialisten verfolgt.⁷⁸ Obschon diese Variante lächerlich erscheinen mag, darf nicht vergessen werden, dass die Habsburger im Ständestaat große Verehrung genossen hatten und viele Bürger hinter ihnen gestanden waren. So hatte

erwähnt. Näheres dazu bieten: Brook-Shepherd, *Des Reiches letzter Kaiser*, S. 90ff.; Broucek, *Der politische Weg*, S. 110; Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 255ff.; Kovács, *Untergang oder Rettung* Bd. 1, S. 406. Während Erich Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 255ff., davon spricht, dass die Sixtusaffäre erst von Kriegstreibern – v. a. durch die Publikation „Die Sixtusaffäre“ von Robert A. Kann und die Hetzschriften von Zarnof und die des Ludendorff-Verlags – zum „Skandal“ stilisiert wurde, gilt sie für Michael Frank, *Der Streit um Kaisers Art*, [<http://www.sueddeutsche.de/politik/209/353040/text/3/>], 14.5.2009, wohl auch aus heutiger Sicht als solche.

⁷² Brigitte Hamman, *Der 1. Weltkrieg. Wahrheit und Lüge in Bildern und Texten*, München 2004, S. 122, spricht sogar vom „Haß“ des Kaiserpaares gegenüber Deutschland, was aber zu extrem formuliert sein dürfte, denn Hans Hoyer, Conrad von Hötzendorf, S. 131, gibt z. B. an, dass Conrad von Hötzendorf dem Kaiser lediglich eine Abneigung gegenüber Deutschland unterstellt hätte.

⁷³ Brook-Shepherd, *Des Reiches letzter Kaiser*, S. 51f.; Kovács, *Untergang oder Rettung* Bd. 1, S. 645; Zessner-Spitzenberg, *Kaiser Karl*, S. 119.

⁷⁴ Völkermanifest Kaiser und König Karls vom 16. Oktober 1918, in: Kovács, *Untergang oder Rettung* Bd. 2, S. 395ff.

⁷⁵ Überegger, *Vom militärischen Paradigma*, S. 83.

⁷⁶ Folgendes Zitat von Hans Zessner-Spitzenberg, *Kaiser Karl*, S. 196, verdeutlicht dies besonders gut: „Kaiser Karl wollte aufrichtig den Frieden und darum hasste ihn jeder.“

⁷⁷ Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 511.

⁷⁸ Broucek, *Der politische Weg*, S. 245.

laut Eva Demmerle die „Kaiser-Karl-Gebetsliga“ 25.000 Mitglieder.⁷⁹ Sie wurde vielleicht auch deshalb, aber sicher wegen der österreichisch-patriotischen Ausrichtung nach dem Anschluss 1938 verboten und Baron Hans von Zessner-Spitzenberg als treibende Kraft der Liga angeblich als einer der ersten ins Konzentrationslager Dachau überführt, in welchem er am 1. August 1938 starb.⁸⁰ Neben der Gebetsliga wurde auch die dem Hause Habsburg nahestehende „Maximiliana“ verboten, aus der Autoren anti-nationalsozialistischer Publikationen kamen.⁸¹

1.4. Gemischte Gefühle: Erinnerungen an Kaiser Karl von der frühen Zweiten Republik bis zur Seligsprechung 2004

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges änderte sich das Bild von Kaiser Karl in der frühen Zweiten Republik wiederum zum – wenn auch nicht uneingeschränkt – positiven. Für die bereits vor Kriegsende formierte Österreichische Volkspartei (ÖVP)⁸² war er „ein Friedensfürst“, weil er Österreich-Ungarn aus dem Krieg führen wollte. Während die Schuld am Zusammenbruch der Donaumonarchie für die ÖVP allein das Deutsche Reich trug, hatte für die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) der Kaiser Mitschuld daran. Zwar war er für den Frieden, aber um diesen zu erreichen stellte er sich sehr ungeschickt an. Mit dem letzten österreichischen Kaiser beschäftigten sich in der frühen Nachkriegszeit eigentlich nur katholisch-konservative Autoren, was die Beurteilung Karls in ein ganz gezieltes Licht rücken ließ: Er wurde als Pazifist und „Friedenskaiser“, der an der Aggressivität des Deutschen Kaiserreiches scheiterte, dargestellt. Aus dieser Sichtweise heraus waren der Bündnisbruch nach Außen und die Reformen nach Innen edle Vorhaben.⁸³

Dennoch wurden aber die Habsburgergesetze nach 1945 nicht aufgehoben und im Interview mit Gerhard Tötschinger sprach Otto von Habsburg davon, dass er 1946 als „Unperson“ gegolten habe und dass ihn viele Leute bis heute wie einen amnestierten Verbrecher behandeln würden.⁸⁴ Inwieweit Otto und das Haus Habsburg auch in der Zweiten Republik im Verruf standen und wie wenig in den politischen Parteien getrennt wurde zwischen dem Haus Habsburg und den Nachfahren des positiv geschilderten

⁷⁹ Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 258.

Die hohe Zahl an Mitgliedern mag erstaunlich wirken, aber wird die Glorifizierung Kaiser Karls v. a. im Ständestaat bedacht, so scheint es nicht unwahrscheinlich zu sein, dass die Gebetsliga regen Zulauf bekam. Dennoch ist Skepsis geboten, zumal bei Eva Demmerle hier die Quellenangabe fehlt.

⁸⁰ Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 257–260; Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 515ff.

⁸¹ Näheres dazu siehe: Katholisch-Österreichische Landmannschaft Maximiliana, Geschichte der Landsmannschaften, [<http://www.maximiliana.at/ueber-uns/geschichte-des-koel.html>], 19.5.2009.

⁸² Niederstätter, Geschichte Österreichs, S. 238.

⁸³ Suppanz, Geschichtsbilder, S. 231f., 235; Helmut Rumpler, Friedensprojekte, S. 14f., beschreibt sehr überzeugend, dass es keine Möglichkeit für Reformen im Inneren gab ohne mit dem Bündnispartner Deutschland zu brechen.

⁸⁴ Gerhard Tötschinger (Hrsg.), Otto von Habsburg. Ein Kampf um Österreich, 1938–1945, Wien-München 2001, S. 77f.

Friedenskaisers Karl, wurde in der Debatte der sogenannten „Habsburg-Krise“ 1963 deutlich. Während die SPÖ Karl zuvor als „tollpatschigen Friedenssucher“ zeichnete, sprach sie sich nun gemeinsam mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) gegen die Einreise seines Sohnes Otto aus, obwohl dieser auf die Herrschaftsansprüche verzichtete und seine Loyalität zur Republik bekundete. Am 24. Mai 1963 erklärte der Verwaltungsgerichtshof die Landesverweisung Ottos aufzuheben. Daraufhin kam es zu einer gewaltigen, kontroversiellen öffentlichen und politischen Debatte und zu Streiks und Demonstrationen gegen Habsburg. Wegen der mehrmaligen Restaurationsversuche vor 1938, der Verantwortlichkeit der Habsburger am Ersten Weltkrieg und dem Elend danach äußerte der SPÖ-Abgeordnete Robert Uhlir, „dass man für den ‚Sproß der Habsburgerfamilie‘ nichts übrig habe.“⁸⁵ Er bezeichnete die damalige Situation als „ernsteste[n] Situation, in der sich der österreichische Staat seit seinem Wiedererstehen im Jahr 1945 befindet.“⁸⁶ Der SPÖ-Abgeordnete Karl Czernetz unterstellte Otto persönlich eine antiösterreichische Haltung. Daraufhin wurde am 4. Juli 1963 vom Nationalrat einstimmig – also auch mit den Stimmen der ÖVP – ein Bundesverfassungsgesetz zur „authentischen Auslegung“ der Habsburgergesetze verabschiedet und der Bundesregierung dafür die Kompetenz gegeben. Otto von Habsburg wurde die Einreise nach Österreich verboten und Außenminister Bruno Kreisky (SPÖ) und Innenminister Franz Olah (ÖVP) gaben die Weisung, ihm keinen Pass auszustellen. Diesen bekam er erst 1966 unter heftigen Protesten der SPÖ von der ÖVP-Alleinregierung Klaus, woraufhin er am 31. Oktober erstmals nach Österreich reiste. Seinen Besuch begleiteten Proteste und ein Streik von rund 250.000 Arbeitern am 2. November. Erst am 4. Mai 1972 wurde die „Habsburg-Krise“ zu Gunsten Ottos von Habsburg beendet.⁸⁷ Dennoch dürfte in den nachfolgenden Jahren ein negatives Echo dieser Debatte nicht verhallt sein, was sich ganz besonders im Diskurs um die Seligsprechung Karls bemerkbar machte.

Nach der Initiative zur Seligsprechung⁸⁸ von 1923 erfolgte erst am 11. Juli 1949 der Beginn des Informationsprozesses durch den Wiener Erzbischof Theodor Kardinal Innitzer und am 3. November die Einleitung des Prozesses. Ausgegangen war dieser vor allem von der Kaiser-Karl-Gebetsliga, die sich nach dem Krieg wieder neu

⁸⁵ Parlamentskorrespondenz PN0743, Die Habsburg-Krise - mehr als parteipolitische Auseinandersetzungen. Grundsatzfragen von Verfassung und Parlament im Mittelpunkt, Parlamentskorrespondenz/09/15.09.2009/Nr. 743, [http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2006/PK0743/PK0743.shtml], zuletzt geändert 11.11.2007, eingesehen 12.6.2009.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ Zur Seligsprechung einer Person bedarf es Zweierlei: eines christlich-katholischen Lebenswandels und eines von der Kirche anerkannten Wunders. Seit 1983 werden die Prozesse in drei Phasen abgehandelt: 1) Sicherung und Auswertung aller Dokumente, 2) Studium und kritische Sichtung des Materials durch die „Congregatio pro Causis Sanctorum“, 3) Beurteilung durch ein Kollegium (u.a. Historikerkommission), Einstufung des sog. „Tugendgrades“ (nach dem christlichen Lebenswandel) und Prozess über das Wunder. Letztlich entscheidet dann allein der Papst. Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 263f.

formierte. Bereits vor der Übergabe der Ergebnisse an die Ritenkongregation im Vatikan am 26. Mai 1954 warb sie in den seit 1953 wieder erscheinenden Mitgliederzeitungen für die Seligsprechung des letzten habsburgischen Kaisers.⁸⁹ Keineswegs waren in der Katholischen Kirche alle begeisterte Befürworter dieser Beatifikation. Rom war sogar eher gegen die Causa Karl, weil es eine reine Profilierung der Gebetsliga befürchtete, ohne die Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung.⁹⁰ Deshalb und wegen mangelnden Wissens über die Person des Habsburger-Kaisers⁹¹ wurde der Seligsprechungsprozess zunächst zur Seite gelegt und erst auf Drängen der österreichischen Bischofskonferenzen der 1980er Jahre wieder eingeleitet.⁹² Daher lässt sich auch die lange Prozessdauer von 50 Jahren erklären, die nach der Bestimmung des „Heroischen Tugendgrades“ Kaiser Karls im April 2002 und der Anerkennung der Wunderheilung am 20. Dezember 2003 mit einem positiven Bescheid endete.⁹³ Der Präsident der Kaiser-Karl-Gebetsliga, Bischof Kurt Krenn, kündigte bereits am 8. Mai 2004 die Seligsprechung an,⁹⁴ die am 3. November 2004 durch Papst Johannes Paul II. erfolgte.⁹⁵

Nun trat Kaiser Karl wieder verstärkt ins öffentliche Interesse. So kam es vor allem aufgrund des Seligsprechungsprozesses zu verstärkten historischen Nachforschungen und zahlreichen Publikationen zur Person Karls.⁹⁶ Viele Zeitungen zeichneten ein negatives Bild vom letzten österreichischen Kaiser und sprachen sich gegen seine Beatifikation aus. Dabei wurden von der deutschen Presse, wie z.B. vom „Stern“ und von der „Süddeutschen Zeitung“, seine Friedensbestrebungen zwar gelobt, aber als hinterrücks und ungeschickt abgetan. Negativ schilderten die beiden Blätter die Haltung des Kaisers zu Demokratie und Republik.⁹⁷ In der „Süddeutschen Zeitung“ wurde Karls

⁸⁹ Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 258ff.; Gelmi, Der letzte Kaiser, S. 53f.; Jeller/Spörk, Lebhaftige Debatte, [http://religion.orf.at/projekt02/news/0409/ne040924_karl_hintergrund_fr.htm], eingesehen 14.5.2009.

⁹⁰ Josef Gelmi, Der letzte Kaiser, S. 98-102, gibt lediglich Mitgliederzahlen für die heutigen Verhältnisse in Nord-Ost- und Südtirol (50 und 500 Mitglieder) an.

⁹¹ Dieser Wissensmangel ist mitunter auch auf die Akten Sperre (bis in die 1960er Jahre) zurückzuführen. Erst 1995 wurden die letzten Dokumente über Kaiser Karl freigegeben. Broucek, Der politische Weg, S. 233.

⁹² Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 264.

⁹³ Ebd., S. 260; Gelmi, Der letzte Kaiser, S. 54; Jeller/Spörk, Lebhaftige Debatte, [http://religion.orf.at/projekt02/news/0409/ne040924_karl_hintergrund_fr.htm], 14.5.2009.

⁹⁴ Kurt Krenn, Ankündigung der Seligsprechung des Dieners Gottes Kaiser Karl von Österreich, [http://stjosef.at/bischof.k.krenn/seligsprechung_kaiser_karl_ankuendigung.pdf], St. Pölten, 18.5.2004, eingesehen 14.5.2009.

⁹⁵ Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 260; Gelmi, Der letzte Kaiser, S. 54; Jeller/Spörk, Lebhaftige Debatte, [http://religion.orf.at/projekt02/news/0409/ne040924_karl_hintergrund_fr.htm], 14.5.2009.

⁹⁶ Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 10.

⁹⁷ Was dieser Anschuldigung entgegengesetzt werden kann siehe Fußnote 56.

Frömmigkeit als psychische Störung abgetan,⁹⁸ aber auch anderswo fand sich die Anklage der „Frömmerei und Bigotterie“.⁹⁹

Die Frage des Verrats am Bundesgenossen spielt heute in der Debatte um Kaiser Karls Friedensbestrebungen nur unterschwellig eine Rolle.¹⁰⁰ Ebenso wenig bestritt man die sozialen Erfolge und Bemühungen des Kaisers für die Bevölkerung während des Krieges,¹⁰¹ wenngleich Bedenken laut wurden, ob es angebracht sei einen Herrscher zum Seligen zu machen. Sie stellte sich zudem, weil Karl in den meisten seiner Bestrebungen gescheitert war. Die Befürworter, wie Eva Demmerle, konterten folgendermaßen: Vor Gott wäre es gleichgültig was man ist, als Kriterium für die Kirche zähle nur das vorbildlich christliche Leben.¹⁰² Größter Angriffspunkt der Seligsprechung Kaiser Karls war aber der Vorwurf, den österreichischen Gasangriff angeordnet und als Oberbefehlshaber der k.u.k. Armee diesen verantwortet zu haben.¹⁰³ Dabei stimmen die Publikationen darin überein – sogar die Karl negativ schildernden Autoren Brigitte Hamann und Hans Hoyer¹⁰⁴ – dass die Offensive vom 24. Oktober 1917¹⁰⁵ mit dem verheerendsten Giftgaseinsatz an der Italienfront von einem deutschen Offizier befehligt wurde.¹⁰⁶ Peter Broucek und Josef Gelmi erwähnen, dass diese Offensive eine eigenmächtige Entscheidung des befehlenden Offiziers der 14.

⁹⁸ Frank, Der Streit um Kaisers Art, [http://www.sueddeutsche.de/politik/209/353040/text/3/], 14.5.2009; Christian Fürst, "Alles nur Habsburger Geschichtsklitterung", in: *Stern*, 29.9.2004, [http://www.stern.de/politik/ausland/:Seligsprechung-Alles-Habsburger-Geschichtsklitterung/-530478.html], eingesehen 14.5.2009.

⁹⁹ Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 252;

Bereits Conrad von Hötzenhof kritisiert die Milde und „pfäffische Erziehung“ des Kaisers. Hoyer, Conrad von Hötzenhof, S. 130.

¹⁰⁰ Rumpler, Friedensprojekte, S. 13.

¹⁰¹ Dazu zählen u. a. die Einrichtung des „Ministeriums für soziale Fürsorge“ sowie jenes „für Volksgesundheit“, die „Verordnung über die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgütern“ (vorwiegend Nahrungsmitteln) am 24. März 1917, die leider im letzten Kriegsjahr wenig erfolgreich war, und das „Amt für Volksernährung“, die Einrichtung von sog. „Kriegsküchen“, die Einführung des Mieterschutzes, u. v. m. Vgl. und Näheres dazu: Broucek, Der politische Weg, S. 42–46.

¹⁰² Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 260f.; Jeller, Stefanie/Spörk, Katharina (Redaktion), "Kaiser Karl wird nicht als Monarch selig gesprochen", [http://stephanscom.at/artikel/a6613/], 2.10.2004, eingesehen 14.5.2009.

Eva Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 260f., widerspricht sich aber in diesem Punkt selbst, wenn sie später anführt, dass es für einen Herrscher schwerer sei ein vorbildlich christliches Leben zu führen, weil er sich für sein Volk einsetzen muss, ohne Rücksicht auf die Familie.

¹⁰³ Broucek, Der politische Weg, S. 55–63; Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 226; Frank, Der Streit um Kaisers Art, [http://www.sueddeutsche.de/politik/209/353040/text/3/], 14.5.2009; Gelmi, Der letzte Kaiser, S. 33ff.; Sophie Wöginger-Mumbauer (Redaktion), Giftgas für den Kriegsgegner?, [http://www.emperor-charles.org/de/kaiser-karl/vorurteile/giftgase.html], o.D., eingesehen 15.5.2009.

¹⁰⁴ Hamann, Der Erste Weltkrieg, S. 148; Hoyer, Conrad von Hötzenhof, S. 132.

¹⁰⁵ 12. Isonzoschlacht: Durchbruch bei Flitsch-Karfreit.

¹⁰⁶ Laut Hans Hoyer, Conrad von Hötzenhof, S. 132, und Josef Gelmi, Der letzte Kaiser, S. 35, handelte es sich dabei um die 14. deutsche Armee unter Otto von Below bestehend aus vier deutschen und drei k.u.k. Divisionen.

deutschen Armee und Karl darüber nicht informiert gewesen wäre.¹⁰⁷ Dafür spricht unter anderem, dass der Kaiser den von der Begutachtung des Einsatzes von Giftgas der deutschen Offensiven in Ypern zurückgekehrten schwärmenden k.u.k. Offizieren klar verständlich gemacht hätte, dass „an die Anwendung des Gasangriffes in der Armee nicht zu denken ist.“¹⁰⁸ Dennoch stellte Karl seit Februar 1917 die Gasangriffe – die bereits von allen Seiten durchgeführt wurden – der k.u.k. Armee an der russischen Front nicht in Frage, wenngleich er diese weder gefördert noch empfohlen hatte. In der Rede auf der Pressekonferenz vom 23. Februar 2004 sprach Peter Broucek davon, dass es wenig negative Reaktionen gegen die Seligsprechung aus Italien gab. Auch die Giftgasangriffe vom 24. Oktober 1917 wären nicht negativ thematisiert worden. Dies würde die These Peter Brouceks und Josef Gelmis bestärken und den Kaiser aus der Angeklagtenposition zumindest teilweise herausholen.¹⁰⁹

Ein weiterer Angriffspunkt war die ominöse Wunderheilung der Schwester Maria Gradowska. Sie litt angeblich an einem Unterschenkelgeschwür und venösem Kreislauf, welche nach einer Fürbitte an Kaiser Karl geheilt wurden. Diese Wunderheilung wurde von den Medien als „Krampfadernwunder“ gebrandmarkt, obwohl ihre medizinische Unheilbarkeit von einer unabhängigen Ärztekommision bestätigt wurde. Dennoch lässt wohl die horrende Menge an Seligsprechungen unter dem Pontifikat Johannes Pauls II.¹¹⁰ auch auf diese einen äußerst kritischen Blick zu.¹¹¹

Die Seligsprechung des Habsburger Kaisers betreffend herrschte eine ambivalente Stimmung in der österreichischen politischen Landschaft. Während Nationalratspräsident Andreas Kohl mit seiner Teilnahme bei der Seligsprechung und Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat mit ihrer Verteidigung der Habsburger für die generelle Zustimmung dieses Aktes seitens der ÖVP standen, witterten „Die Grünen“ und die SPÖ antirepublikanische Stimmung und SPÖ-Klubobmann Josef Cap sah in der Seligsprechung „[...] nur [eine] Habsburger Geschichtsklitterung“.¹¹² Der FPÖ-

¹⁰⁷ Gelmi, *Der letzte Kaiser*, S. 35, führt die beiden Historiker W. Kimmel und R. Schwaiger an, die das Unwissen des Kaisers nicht erwähnen. Leider konnten die beiden Vornamen nicht aufgeschlüsselt werden.

¹⁰⁸ Broucek, *Der politische Weg*, S. 58.

¹⁰⁹ Ebd., S. 55–63; Gelmi, *Der letzte Kaiser*, S. 33ff.

¹¹⁰ Zu den zahlreichen Heilig- und Seligsprechungen Johannes Pauls II. siehe für den Zeitraum von 1979 bis 1999 das fünfbandige Werk von Ferdinand Holböck und Stefan Wirth: *Die neuen Heiligen der katholischen Kirche, Stein am Rhein 1991/1992/1994/2000/2006*.

¹¹¹ Demmerle, „...selig, die Frieden stiften ...“, S. 266f.; Feigl, „Gott erhalte ...“, S. 518; Frank, *Der Streit um Kaisers Art*, [<http://www.sueddeutsche.de/politik/209/353040/text/3/>], 14.5.2009; Sophie Wöginger-Mumbauer (Redaktion), *Gab es wirklich ein Wunder?*, [<http://www.emperor-charles.org/de/kaiser-карл/vorurteile/wunder.html>], o.D., eingesehen 15.5.2009.

¹¹² Fürst, „Habsburger Geschichtsklitterung“, [<http://www.stern.de/politik/ausland/:Seligsprechung-Alles-Habsburger-Geschichtsklitterung/530478.html>], 14.5.2009.

Clubobmann Herbert Scheibner stand der Seligsprechung etwas reserviert gegenüber, verurteilte aber die negative Presseerstattung gegenüber den Habsburgern.¹¹³

3. Fazit: „Konjunkturzyklus eines Kaisers“ – Erinnerungskultur um Kaiser Karl im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert:

Nach diesen vier Unterkapiteln lässt sich zusammenfassend eine äußerst ambivalente Erinnerungskultur feststellen, die durchaus mit dem Konjunkturzyklus der freien Marktwirtschaft vergleichbar ist. In vier Punkten möchte ich diese Ähnlichkeit als Fazit aufzeigen:

- 1) Erste Depression: Bei und nach der Thronbesteigung Karls hatte wohl nur das Militär eine negative Haltung gegenüber dem jungen, reformeifrigen Kaiser. Mit der Sixtusaffäre und der darauffolgenden Propaganda erlebte die Sicht gegenüber Karl ab April 1918 ihre erste große Depression, die bis zu seinem Tod sich nicht erholt zu haben schien. Mit der Anschlussfreudigkeit Karl Renners kam auch eine starke Abneigung gegenüber Kaiser Karl in die Sozialdemokratie, die zuvor schon die Deutschnationalen erfasst hatte.
- 2) Vom Aufwärtstrend zur absoluten Hochkonjunktur: Erst die Erste Republik – die konservativen Regierungen – brachte wieder eine Aufwärtsbewegung, bis Karl seine absolute Hochkonjunktur im Ständestaat erreichte. Beinahe zum Heiligen glorifiziert stand er für das Idealbild eines „anti-deutschen“ Österreicher, der sein Leben für sein Volk geopfert hatte. Aufgrund der Habsburgfreundlichen Haltung des Regimes wurde Karl zum „Märtyrerkaiser“ stilisiert und eine klare Abgrenzung des österreichischen Ständestaates zum nationalsozialistischen Deutschland hergestellt.
- 3) Größte Depression: Mit dem Anschluss 1938 fiel die Erinnerung an den Habsburger Monarchen schlagartig in die größte Depression, die sie je erlebt hatte. Karl wurde zum Verräter und Schwächling an der „Deutschen Sache“ stilisiert und diese feindselige Haltung blieb bis 1945 bestehen. Die österreichisch-patriotischen Habsburg verehrenden Organisationen wurden aufgehoben, ihre Vertreter in die KZs eingeliefert und nach Otto von Habsburg gefahndet.
- 4) Von erneuter Prosperität zur zweiten Hochkonjunktur: In der frühen Zweiten Republik war wieder eine Erholung spürbar, wobei aber v.a. die sozialdemokratische Fraktion eine „gedämpfte“ Position gegenüber dem letzten österreichischen Kaiser einnahm. In der sog. „Habsburg-Krise“ von 1963 stimmte aber auch die ÖVP gegen eine Einreise Ottos von Habsburg. In der Debatte um die Seligsprechung war die Situation in den folgenden vier Jahrzehnten von ständigen kleineren Hochs und

¹¹³ Ebd.

Tiefs gekennzeichnet. Befürworter und Gegner waren in gleichem Maße vertreten. Hauptanklagepunkte waren v. a. die Gasangriffe der k.u.k. Monarchie unter dem Oberbefehl Kaiser Karls und das sog. „Krampfadernwunder“. Doch trotz heftiger Kritik und vieler Konflikte – auch innerhalb der Kirche – erreichte Karl den „Herosischen Tugendgrad“ und wurde am 3. November 2004 seligsprochen.

Trotz aller kontrovers geführten Debatten herrscht heute in der Forschung zumindest darüber Einigkeit, dass der junge Monarch für seine Aufgabe als Kaiser zu wenig praktisch vorbereitet war.¹¹⁴ Dennoch ruft vor allem Peter Broucek zu einer positiveren Beurteilung Kaiser Karls auf, zumal diese auch eher der Aktenlage entspreche.¹¹⁵

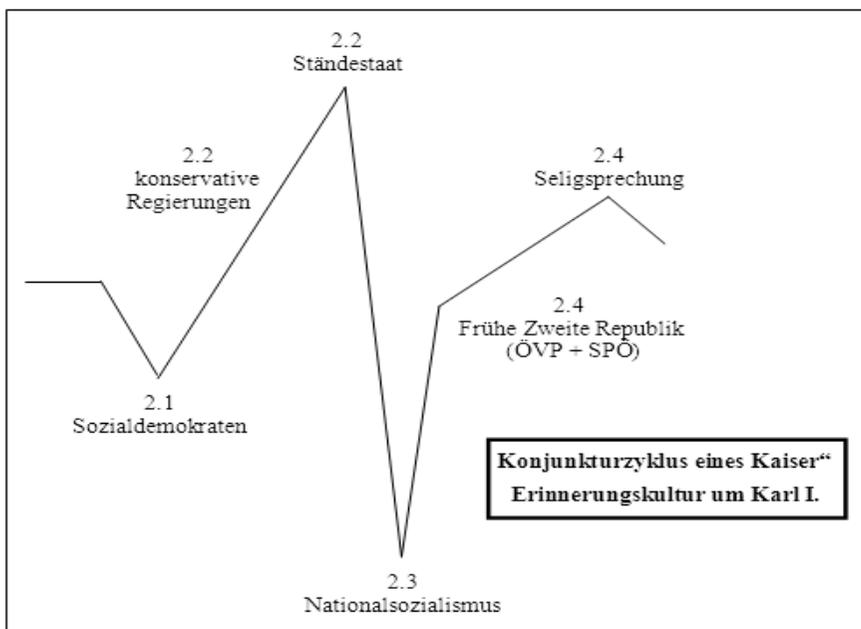


Abbildung 1: „Konjunkturzyklus der Erinnerungskultur um Kaiser Karl“¹¹⁶

4. Quellen und Literatur

Zeitungen:

Allgemeiner Tiroler Anzeiger

Christlichsoziale Arbeiterzeitung

Die Neue Zeitung

¹¹⁴ Kovács, Untergang oder Rettung Bd. 1, S. 645; Hamann, Der Erste Weltkrieg, S. 122.

¹¹⁵ Broucek, Der politische Weg, S. 234, 244.

¹¹⁶ Die Nummerierungen in der Graphik verweisen auf die Unterkapitel dieser Arbeit. Quelle der Abbildung ist die vorliegende Arbeit.

Pester Loyd

Prager Tagblatt

Reichspost

Quellenedition:

Untergang oder Rettung der Donaumonarchie? 2004, Bd. 1: Die Österreichische Frage. Kaiser und König Karl I. (IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas 1916 – 1922, hrsg. v. Elisabeth Kovács (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 100), Wien 2004.

Sekundärliteratur:

Alexander, Helmut, Der Dolomitenkrieg im „Tiroler“-Film, in: Tirol und der Erste Weltkrieg, hrsg. v. Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 12), Innsbruck-Wien 1995, S. 227–254.

Berger, Anton, Kaiser Karl I. Nekrolog, Graz 1922.

Brook-Shepherd, Gordon, Karl I. Des Reiches letzter Keiser. Glanz und Elend des letzten österreichischen Herrscherpaares, Wien-München 1976.

Broucek, Peter, Karl I. (IV.). Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie, Wien-Köln-Weimar 1997.

Demblin, August, Minister gegen Kaiser. Aufzeichnungen eines österreichisch-ungarischen Diplomaten über Außenminister Czernin und Kaiser Karl, hrsg. v. Alexander Demblin, Wien 1997.

Demmerle, Eva, Kaiser Karl I., „selig, die Frieden stiften ...“. Die Biographie, Wien 2004.

Eigner, Michael/Rebhandl, Rudolf/Öhl, Friedrich u. a., Zeitzeichen – Geschichte und Kultur IV HLW, Linz³2004.

Feigl, Erich, „Gott erhalte ...“ – Kaiser Karl. Persönliche Aufzeichnungen und Dokumente, Wien 2006³.

Gelmi, Josef, Der letzte Kaiser. Karl I. (1887–1922) und Tirol, Innsbruck-Wien 2004.

Hamann, Brigitte, Der Erste Weltkrieg. Wahrheit und Lüge in Bildern und Text, München 2004.

Hammerschmid, Helmut/Öller, Petra/Pramper, Wolfgang, Geschichte live 3. Geschichte und Sozialkunde, 7. Schulstufe, Linz 2001.

Höbelt, Lothar, Karl I., der „Teufelspuk“ und die Deutschböhmen, in: Karl I. (IV.), der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie, hrsg. v. Andreas Gottsmann (Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturforum in Rom 14), Wien 2007, S. 47–58.

Holböck, Ferdinand/Wirth, Stefan, Die neuen Heiligen der katholischen Kirche, fünfbändig, Stein am Rhein 1991/1992/1994/2000/2006.

Hoyer, Helmut, Kaiser Karl I. und Feldmarschall Conrad von Hötzendorf. Ein Beitrag zur Militärpolitik Kaiser Karls (Dissertationen Universität Wien 70), Wien 1972.

Huber, Gerhard/Huber, Wernhild/Kowalski, Wolf, einst und heute 3, Wien 1997.

Kovács, Elisabeth (Hrsg.), Untergang oder Rettung der Donaumonarchie?, Bd. 2: Politische Dokumente zu Kaiser und König Karl I. (IV.) aus internationalen Archiven (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 100), Wien 2004.

Marin, Francesco, Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie und die Friedensbestrebungen 1917, in: Karl I. (IV.), der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie, hrsg. v. Andreas Gottsmann (Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturforum in Rom 14), Wien 2007, S. 33–46.

Niederstätter, Alois, Geschichte Österreichs, Stuttgart 2007.

Rothfels, Hans, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (1953), Heft 1, S. 1–8.

Rumpler, Helmut, Kaiser Karl, die Friedensprojekte und das deutsch-österreichische Bündnis, in: Karl I. (IV.), der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie, hrsg. v. Andreas Gottsmann (Publikationen des Historischen Instituts beim Österreichischen Kulturforum in Rom 14), Wien 2007, S. 13–22.

Suppanz, Werner, Österreichische Geschichtsbilder. Historische Legitimation in Ständestaat und Zweiter Republik, Wien-Köln-Weimar [u. a.] 1998.

Tötschinger, Gerhard (Hrsg.), Otto von Habsburg. Ein Kampf um Österreich, 1938–1945, Wien-München 2001.

Überegger, Oswald, Vom militärischen Paradigma zur „Kulturgeschichte des Krieges“? Entwicklungslinien der Österreichischen Weltkriegsgeschichtsschreibung im Spannungsfeld militärisch-politischer Instrumentalisierung und universitärer Verwissenschaftlichung, in: Zwischen Nation und Region. Weltkriegsforschung im interregionalen Vergleich. Ergebnisse und Perspektiven, hrsg. v. Oswald Überegger (Tirol im Ersten Weltkrieg 4), Innsbruck 2004, S. 34–63.

Weissensteiner, Friedrich, Die österreichischen Kaiser. Franz I. – Ferdinand I. – Franz Joseph I. – Karl I., Wien 2003.

Werkmann, Karl, Deutschland als Verbündeter. Kaiser Karls Kampf um den Frieden, Berlin 1931.

Ders., Der Tote auf Madeira, München 1923. Zessner-Spitzenberg, Hans K., Kaiser Karl, aus dem Nachlass hrsg. v. Erich Thanner, Salzburg 1953.

Internetquellen:

Bader, Erwin, Kaiser Karl – ein Seliger. Eine Zusammenfassung historischer Ereignisse, [<http://www.paneuropa-vorarlberg.at/Kaiser%20Karl.doc>], Hörbranz 2004, eingesehen 14.5.2009.

Frank, Michael, Der Streit um des Kaisers Art, in: *Süddeutsche Zeitung*, 2.10.2004, [<http://www.sueddeutsche.de/politik/209/353040/text/3/>], eingesehen 14.5.2009

Fürst, Christian, "Alles nur Habsburger Geschichtsklitterung", in: *Stern*, 29.9.2004, [<http://www.stern.de/politik/ausland/:Seligsprechung-Alles-Habsburger-Geschichtsklitterung/530478.html>], eingesehen 14.5.2009.

Jeller, Stefanie/Spörk Katharina (Redaktion), "Kaiser Karl wird nicht als Monarch selig gesprochen", [<http://stephanscom.at/artikel/a6613/>], 2.10.2004, eingesehen 14.5.2009.

Jeller, Stefanie/Spörk, Katharina (Redaktion), Seligsprechung von Kaiser Karl I.: Ein mehr als 50-jähriger Prozess, [http://religion.orf.at/projekt02/news/0409/-ne040924_karl_hintergrund_fr.htm], o.D., eingesehen 14.5.2009.

Katholisch-Österreichische Landsmannschaft Maximiliana zu Wien, Geschichte der katholischen Landsmannschaften, [<http://www.maximiliana.at/ueber-uns/geschichte-des-koel.html>], o.D., eingesehen 19.5.2009.

Krenn, Kurt, Ankündigung der Seligsprechung des Dieners Gottes Kaiser Karl von Österreich, [http://stjosef.at/bischof.k.krenn/-seligsprechung_kaiser_karl_ankuendigung.pdf], St. Pölten, 18.5.2004, eingesehen 14.5.2009.

Parlamentskorrespondenz PN0743, Die Habsburg-Krise - mehr als parteipolitische Auseinandersetzungen. Grundsatzfragen von Verfassung und Parlament im Mittelpunkt, Parlamentskorrespondenz/09/15.09.2009/Nr. 743, [http://www.Parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2006/PK0743/PK0743.shtml], zuletzt geändert 11.11.2007, eingesehen 12.6.2009.

Wöginger-Mumbauer, Sophie (Redaktion), Gab es wirklich ein Wunder?, [<http://www.emperor-charles.org/de/kaiser-karl/vorurteile/wunder.html>], o.D., eingesehen 15.5.2009.

Dies., Giftgas für den Kriegsgegner?, [<http://www.emperor-charles.org/de/kaiser-karl/vorurteile/giftgase.html>], o.D., eingesehen 15.5.2009.

Dies., Heiligsprechung für Kaiser Karl I.: Der Akt liegt nun in Rom, [<http://www.emperor-charles.org/de/neuigkeiten-und-berichte/heiligsprechung-fuer-kaiser-karl-i-der-akt-liegt-nun-in-rom.html>], o.D., eingesehen 15.5.2009.

Dies., Mangelte es Kaiser Karl an Charakter und war er für sein Amt unvorbereitet?, [<http://www.emperor-charles.org/de/kaiser-karl/vorurteile/fehlender-charakter.html>], o.D., eingesehen 15.5.2009.

Dies., Die "Sixtus-Briefe": War Kaiser Karl ein Verräter?, [<http://www.emperor-charles.org/de/kaiser-karl/vorurteile/sixtus-briefe.html>], o.D., eingesehen 15.5.2009.

Dies., War Kaiser Karl ein Trinker und Frauenheld?, [<http://www.emperor-charles.org/de/kaiser-karl/vorurteile/trinker-und-frauenheld.html>], o.D., eingesehen 15.5.2009.

Thomas Schwaiger ist Student der Geschichte/Sozialkunde/Politischen Bildung (Lehramt) an der Universität Innsbruck. T.Schwaiger@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Thomas Schwaiger, Kaiser Karl. Erinnerungsdiskurse bis zur Seligsprechung, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 15–36, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.



Kriegerische Gewaltanwendung als Konstante menschlicher Existenz? Ein Essay

Claus Oberhauser

Kerngebiet: Mittelalter

eingereicht bei: tit. ao. Univ. Prof. Dr. Alois Niederstätter

eingereicht im Semester: SS 2009

Rubrik: SE-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch den LV-Leiter: sehr gut

Abstract

Warlike operations as an absolute term of human existence? An essay

The following essay claims, that war has always been an answer to or a solution for conflicts. In a crisis nobody knows, what will happen in the future. Mankind is in search for power and power is something that we demand and we would like to control. This essay analyses the terms of war. It is evident, that the structure of war has always been the same. The following pages therefore are both, analytical and polemic.

Einleitung

„Wars between clans, tribes, ethnic groups, religious communities, and nations have been prevalent in every era and in every civilization because they are rooted in the identities of people”¹, meint der 2008 verstorbene Politologe Samuel P. Huntington. Dieser geht also davon aus, dass die kriegerische Gewaltanwendung eine Konstante der

¹ Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, London 2002, S. 252 (Kriege zwischen Klans, Stämmen, ethnischen Gruppen, religiösen Gemeinschaften und Nationen waren immer schon in jeder Epoche und jeder Zivilisation auf der Tagesordnung, da sie zur Identität der Menschheit gehören).

menschlichen Existenz ist, da der Mensch danach strebt, sich von anderen zu unterscheiden.

Kriege sind, so muss man leider konstatieren, allgegenwärtig. Die Konflikte im Irak oder im Gaza-Streifen sind bis heute nicht zu lösen. Der Krieg scheint der Vater aller Dinge zu sein, wie Heraklit meinte. Wenn alle Lösungswege eine falsche Abzweigung sind, bleibt als einzige Antwort auf einen Konflikt die kriegerische Gewaltanwendung. Das Ziel einer Gesellschaft, der ganzen Welt, muss es sein, in friedlicher Koexistenz zu leben. Im Endeffekt, und das wissen wir alle, unterscheiden sich Menschen untereinander nicht aufgrund eines religiösen

Bekenntnisses, einer Herkunft oder eines Namens. Wir sind alle gleich bzw. sollten gleich sein. Dieser Gedankengang läuft auf eine Utopie hinaus. Die literarischen Auseinandersetzungen in Hinsicht auf eine Utopie haben einen gemeinsamen Nenner. In den konstruierten Welten ist ein latentes Gewaltpotenzial vorhanden. Michael Hagemeyer bringt es auf den Punkt: „In allen diesen Werken wird gezeigt, wie sich Kontrolle und Gewalt als Fürsorge und Wohlfahrt tarnen. Dies ist der totalitäre Preis des utopischen Traums der Menschheitsbeglückung.“²

In diesem Essay wird der Frage nachgegangen, ob die kriegerische Gewaltanwendung eine Konstante der menschlichen Existenz ist. Zuerst werden die Begriffe „Krieg“ und „Konflikt“ hergeleitet und voneinander abgegrenzt. Danach wird die Definition der „Natur des Krieges“ von Carl von Clausewitz näher betrachtet. In Hinsicht auf die Gewaltanwendung wird die mimetische Theorie von René Girard herangezogen und kritisch gewürdigt. Des Weiteren geht es um die Unterscheidung von transkulturellen und intrakulturellen Konflikten bzw. Kriegen. Es wird kurz dargestellt werden, welche archäologischen Funde es in Bezug auf eine Gewaltanwendung in der Urzeit gibt. Jan Assmann und sein Konzept der „mosaischen Unterscheidung“ werden zum Ausgangspunkt für eine Interpretation des „Gerechten Krieges“. Es wird auch darauf eingegangen, wie gewalttätig das Mittelalter war. Zum Abschluss werden die Thesen von Samuel P. Huntington näher erläutert.

Begriffsbestimmung: „Krieg“, „Konflikt“

Viele Menschen benutzen das Wort „Krieg“ in seiner wohl ursprünglichen Bedeutung: „Krieg ich noch etwas?“. Der Terminus „Krieg“ ist in Bezug auf seine Semantik mit dem lateinischen „petere“, also „etwas anstreben“ oder „jemanden angreifen“, zu vergleichen. Im Grimmschen Wörterbuch findet man des Weiteren, dass „Krieg“ eine Bezeichnung aus dem Bau- und Heerwesen ist. Ein Krieg ist eine Vorrichtung, eine Art

² Michael Hagemeyer, Die Protokolle der Weisen von Zion – eine Anti-Utopie oder der Große Plan in der Geschichte?, in: Helmut Reinalter (Hrsg.), Verschwörungstheorien. Theorie – Geschichte – Wirkung (Quellen und Darstellungen zur europäischen Freimaurerei 3), Innsbruck-Wien-München-Bozen 2002, S. 45–57, hier S. 49.

Seilzug.³ Das Wort Krieg ist eine mittelhochdeutsche Erfindung und war bei den Germanen nicht bekannt. Diese verwendeten das Wort „werra“, also „war“. Im Lateinischen gibt es mehrere Bezeichnungen für Krieg. Die bekannteste ist sicherlich „bellum“. Dieses Wort sollte man nicht mit „bellus“ schön vergleichen, sondern mit „duellum“, dem Zweikampf. Zu erwähnen ist sicherlich, dass im Mittelhochdeutschen oftmals das Wort „Streit“ anstatt der Bezeichnung „Krieg“ verwendet wurde. Man verbindet mit dem „Streit“ häufig einen richterlichen Entscheidungsspruch, doch das war nicht immer so. Die „Fehde“, welche kein Thema dieser Arbeit an sich sein wird, war ein Streit zwischen Parteien, um einen Konflikt zu lösen:

„Zwist und Zwietracht können auch ohne Gerichtsverfahren unmittelbar in einem Kampf mit Waffen übergehen, mit unterschiedlichen Folgen: einzelnes Treffen, einzelne Schlacht, einzelner Feldzug, lang dauerende militärische Auseinandersetzung.“⁴

Dieser kurze Streifzug durch die Begriffsgeschichte zeigt, dass ein Krieg ganz allgemein, eine Auseinandersetzung, ein Streben zweier Parteien, die sich gegenseitig negativieren, ist. Man denke nur an das Ende der Burgunder im „Nibelungenlied“. In der ersten Strophe wird verlautbart: „von küener recken strîten muget ir nû wunder hœren sagen.“⁵ Im Zentrum der Dichtung steht also der Krieg.

Eine Konfrontation ist immer auch ein Konflikt. Dieses Wort kommt vom Lateinischen „confligere“, das „zusammenschlagen“ oder „zusammenstoßen“ bedeutet. Man spricht in den Medien nicht mehr von der Konflikt-, sondern von der Gewaltbereitschaft. Jedoch ist es sicherlich nicht immer die physische Gewalt, die einen Konflikt beendet. Ohne die Konkurrenz kann es zu keinem Konflikt kommen: „Deshalb ist Konkurrenz, als Ausgangspunkt von Konflikten, ein latenter Zustand, der Konflikt hingegen ein aktueller.“⁶ Bereit zu einem Konflikt zu sein, heißt im Mittelalter – laut Martin Kintzinger – nicht, dass man sofort zu den Waffen greift, sondern, dass man in der Lage

³ Kompetenzzentrum für elektronische Erschließungs- und Publikationsverfahren in den Geisteswissenschaften an der Universität Trier, Deutsches Wörterbuch von Jakob Grimm und Wilhelm Grimm „Krieg“ [http://germazope.uni-trier.de/Projects/WBB/woerterbuecher/dwb/wbgui?word=krieg&wb=G&mode=hierarchy&lemmode=lemmasearch&lemid=GK13693&textsize=600&onlist=&query_start=1&otalhits=0&textword=&locpattern=&textpattern=&lemmapattern=&verspattern=], 2007, eingesehen 20.10.2009.

⁴ Norbert Ohler, *Krieg und Frieden im Mittelalter* (Beck'sche Reihe 1226), München 1997, S. 13.

⁵ Badische Landesbibliothek, *Nibelungen-Handschrift C*, Blatt 1R [http://www.blb-karlsruhe.de/virt_bib/nibelungen/frame.php?b=60&g=2], 14.8.2009, eingesehen 20.10.2009.

⁶ Martin Kintzinger, *Kontakt und Konflikt. Herausforderungen der Diplomatie im Spätmittelalter*, in: Oliver Auge/Felix Biermann/Matthias Müller/Dirk Schulze (Hrsg.), *Bereit zum Konflikt. Strategien und Medien der Konflikterzeugung und Konfliktbewältigung im europäischen Mittelalter* (Mittelalter-Forschungen 20), Ostfildern 2008, S. 275–297, hier S. 276.

ist auf diplomatischem Wege, also einem Regelwerk folgend, einen Konflikt auszu-tragen bzw. diesen zu beenden.⁷

Konflikte und Kriege sind eine Frage der Ehre und der Bestimmung der eigenen Identität. Zur Beilegung eines Konfliktes hat man sich zum Beispiel im Mittelalter zu Konsolidierungsgesprächen getroffen. In einem Krieg hat man eine „deditio“ ausgehandelt, während die Heere nach Hause gingen. Zur Konfliktbewältigung ist es eine Grundvoraussetzung, dass man den Gegner mit offenen Armen empfängt und mit ihm zusammen isst. Das, was ausgehandelt wurde, war ein Konsens, nach dem man sich richten sollte. Wenn man sich nicht daran hielt, also die „deditio“ missachtete und eine „seditio“ anstrebte, verstieß man gegen die Regeln des Krieges und musste damit rechnen, in einem langwierigen Krieg vernichtet zu werden. Festzuhalten ist, dass zu einem Konflikt oder Krieg auch die List und Täuschung gehören.⁸

„Vom Kriege“

Was ist ein Krieg? „Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“⁹ Von Clausewitz‘ Überlegungen über die Natur, die Theorie und die Praxis des Krieges sind bis heute gültig und können wohl kaum revidiert werden. Wichtig bei von Clausewitz sind das Mittel und der Zweck. Man verwendet als Mittel die physische Gewalt, um den Zweck, einen Gegner zu besiegen, zu erreichen.

Ein absoluter Krieg, losgelöst von den menschlichen Schwächen, zeichnet sich durch drei sich gegenseitig bedingende Wechselwirkungen aus. Die erste Wechselwirkung ist die äußerste Anwendung der Gewalt. Das Ziel ist die Vernichtung des Gegners. Es ist dabei unerheblich, ob es sich um ein gebildetes oder rückständiges Volk handelt.¹⁰ Der Einsatz der bis jetzt äußersten Gewalt war der Abwurf von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6. bzw. 9. August 1945. Haben die Verantwortlichen daraus gelernt? Nein, Atomwaffen gibt es immer noch. Dies hängt mit der zweiten Wechselwirkung zusammen: „Solange ich den Gegner nicht niedergeworfen habe, muss ich fürchten, dass er mich niederwirft, ich bin also nicht mehr Herr meiner selbst, sondern es gibt mir das Gesetz, wie ich es ihm gebe.“¹¹ Die Frage, welche sich Staaten in der heutigen Zeit stellen, ist: Warum sollen wir abrüsten, wenn es die anderen nicht machen? Dies ist eine Spirale der Gewalt, eine Aporie, da das Ziel der menschlichen Existenz grundsätzlich der Friede sein muss. Dies soll nicht bedeuten, dass alle Staaten der Welt aufrüsten und bereit zum Konflikt sind, aber man muss kritisch darüber

⁷ Kintzinger, Kontakt, S. 275–278, 285–295.

⁸ Gerd Althoff, Hinterlist, Täuschung und Betrug bei der friedlichen Beilegung von Konflikten, in: Oliver Auge [u. a.] (Hrsg.), Konflikt, S. 19–29.

⁹ Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Hamburg 2008, S. 29.

¹⁰ von Clausewitz, Kriege, S. 30f.

¹¹ von Clausewitz, Kriege, S. 32.

reflektieren, warum ein Land wie Österreich Abfangjäger braucht. Samuel P. Huntington, dessen Ansatz später noch genauer besprochen werden wird, geht davon aus, dass wir, die Bewohner der Erde, auf einen „clash of civilizations“ hinsteuern. Für ihn ist das eine Regression:

„All these developments [die Unkontrollierbarkeit der Auswirkungen der Globalisierung, C.O.] have led many to see the gradual end of the hard, ‚billiard state‘, which purportedly has been the norm since the Treaty of Westphalia in 1648, and the emergence of a varied, complex, multilayered international order more closely that of medieval times.“¹²

Huntington spricht also vom Rückfall in das dunkle Mittelalter, das in Hinsicht auf den Krieg so dunkel gar nicht war.

Die dritte Wechselwirkung ist für Clausewitz die Einschätzung und die Willensstärke, der am Krieg teilnehmenden Gegner. Man schätzt sich gegenseitig oft falsch ein. Der Gegner wird häufig größer gemacht, als er eigentlich ist. Man versucht alle möglichen Kräfte zu bündeln, um dem Gegner Paroli bieten zu können.¹³

Der Krieg wird aber in der Wirklichkeit nicht nur von diesen inhärent-mechanistischen Verfahren bestimmt, sondern auch von Menschen und ihren Fähigkeiten. Ein bewaffneter Konflikt entsteht nicht aus dem Nichts, sondern es muss längerfristige Ursachen und kurzfristige Anlässe geben, damit ein solcher ausbricht. Innerhalb eines Krieges kommt es zu Stillständen, zu Verhandlungen usw. Die Teilnehmer in einem Waffenkampf, seien sie passiv, seien sie aktiv, erleben diesen nicht als chronologisches Ereignis. Die politische Ereignisgeschichte ist, wie wir wissen, eine konstruierte Impression eines größeren historischen Geschehens und hat mit dem Erleben eines Krieges nichts zu tun. Für von Clausewitz ist der Verlauf eines Krieges etwas Zufälliges; und zwar objektiv und subjektiv. Die Feldherren reagieren auf die Entscheidungen des anderen; der eine wartet ab, der andere versucht anzugreifen: Das sind die Regeln des (ernsten) Spiels.¹⁴

Der Krieg folgt also objektiven und subjektiven „Naturgesetzen“. Von Clausewitz kommt zu dem Schluss: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“¹⁵ Die Regeln des Spiels verlangen Mittel zum Zweck. Die Politik, die Öffentlichkeit bzw. die Vertretung der Interessen, werden mit dem Mittel „Krieg“ durchgesetzt. So ergibt sich für den Krieg

¹² Huntington, Clash, S. 35 (Alle diese Entwicklungen haben manche dazu verleitet, das Ende des harten Billard-Staates zu sehen, welchen es seit dem Westfälischen Frieden 1648 gab; und diese waren der Meinung, dass man nun auf den variantenreichen, komplexen und mehrschichtigen Zustand des Mittelalter zusteure).

¹³ von Clausewitz, Kriege, S. 32f.

¹⁴ von Clausewitz, Kriege, S. 33–47.

¹⁵ von Clausewitz, Kriege, S. 47.

„zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltsamkeit seines Elements, dem Hass und der Feindseligkeit, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeugs, durch welche er dem bloßen Verstand anheimfällt“¹⁶ eine Trias.



René Girard und die mimetische Theorie

Die mimetische Theorie, welche Girard entwickelte, ist ein mögliches Erklärungsmuster für die Anwendung von Gewalt als Konfliktlösungsstrategie. Girard ist aufgrund seiner Interpretation von Mythen umstritten.¹⁷ Er interpretiert einen Mythos, welcher einen kollektiven Gewaltakt mit sich bringen kann, als oberflächliches Verständnis eines realen Vorganges. Dem Propagandisten eines Mythos geht es nicht um ein rationalistisch-hermeneutisches Verständnis seiner Aussagen, sondern um das „wilde Denken“, welches Claude Lévi-Strauss¹⁸ beschrieben hat. Das „wilde Denken“ ist eine andere Denkart: Die Wissenschaft und das „wilde Denken“ müssen sich nicht ausschließen, da sie „zwei Arten der Erkenntnis“¹⁹ sind. Der Unterschied besteht für Lévi-Strauss darin, dass der Mythos von Strukturen ausgeht, „mittels derer er die Konstruktion eines Ganzen unternimmt.“²⁰; das wissenschaftliche Denken vollzieht diesen Vorgang umgekehrt. Das „wilde Denken“ ist das Ausdrücken von Gefühlen, während in der Wissenschaft der Inhalt zählt. Ein „das wilde Denken“ bestimmendes Faktum ist, dass dieses „durch eine Vorschrift der Gegenseitigkeit“²¹ konstituiert ist. Das heißt, dass dieses Denken ganz klar den Unterschied zwischen „Gut“ und „Böse“ kennt. Man braucht, um in der Terminologie des wilden Denkens zu bleiben, konkrete

¹⁶ von Clausewitz, Kriege, S. 49.

¹⁷ Robert A. Segal, Mythos. Eine kleine Einführung (Reclams Universal-Bibliothek 18396), Stuttgart 2007.

¹⁸ Claude Lévi-Strauss, Das wilde Denken (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 14), Frankfurt am Main 1994⁹.

¹⁹ Lévi-Strauss, Denken, S. 25.

²⁰ Lévi-Strauss, Denken, S. 40.

²¹ Lévi-Strauss, Denken, S. 135.

Gegner. Diese mythologische Struktur zeigt sich anhand der Ausdifferenzierung einer Gesellschaft oder einer Kultur. Indem Menschen sich zu einer Gruppe gehörig fühlen können, müssen zuerst alle beseitigt werden, welche keinen Zutritt zum exklusiven „Verein“ haben.²²

Girards Theorie lässt sich auf eine Hauptaussage reduzieren: „Die mimetische Rivalität ist die Hauptquelle zwischenmenschlicher Gewalt.“²³ Erst in einer Krise merken die Menschen, was ihnen alles abgeht und vor allem ein anderer besitzt. Die Reziprozitäten, durch welche eine Gesellschaft funktioniert, werden von positiven (Tauschhandel usw.) zu negativen (Häme, Spott usw.). Girard spricht hierbei vom Stereotyp der Krise. Eine Kultur, die sich in einer Krise befindet, derer sie nicht mehr Herr werden kann, entdifferenziert sich.²⁴

Trifft die soeben beschriebene Situation ein, wird der zweite Stereotyp wirksam: die Anschuldigungen. Es muss jemand an unserem Unglück schuld sein. Diese Sündenböcke sind schuldig, fundamentale Verbrechen gegen die Ordnung begangen zu haben. Normalerweise wird nicht irgendjemand angeklagt, sondern eine Gruppe, die sich in der Krise verhaltensauffällig benahm und schon immer ein Dorn im Auge der Masse war. Dies ist der Stereotyp der Opferselktion, der sich durch bestimmte Zeichen bzw. Inhalte auszeichnet. Beispiele sind die Verfolgungen gegen die Juden und die Freimaurer. Um die Krise zu beseitigen, gibt es laut Girard nur eine Lösung: den Stereotyp der Gewalt. Die Sündenböcke müssen von der Bildfläche verschwinden.²⁵

Der mimetische Zyklus wird laut Girard durch die Anerkennung des Todes Jesu, der als Sündenbock für die Menschheit starb, als kathartischer Akt durchbrochen. Die Opferung ist eine Umkehrung des Sündenbockmechanismus. In den archaischen und modernen Mythen geht es darum, dass jemand an einem Missstand schuld ist. Der Tod Jesu lud auf die Christenheit die Schuld ab und der Sohn Gottes wird dadurch zum absoluten, also losgelösten Sündenbock. Nicht mehr der Sündenbock ist der Täter, sondern die, welche ihn beseitigten.²⁶

Gerade in Bezug auf Verfolgungen oder Kriege ist aber anzumerken, dass diese eben beschriebene christliche Gesinnungshaltung kaum zu finden ist. Ein Glaubensgegner ist

²² Wolfgang Palaver, Die mythische Politik der Gewalt und die biblische Botschaft der Gewaltlosigkeit. Eine politisch-theologische Auseinandersetzung mit der Problematik der Entscheidung, in: Józef Niewiadomski/Wolfgang Palaver (Hrsg.), Vom Fluch und Segen der Sündenböcke (Beiträge zur mimetischen Theorie 1), Thaur-Wien-München 1995, S. 166f.; Derselbe, René Girards mimetische Theorie. Im Kontext kulturtheoretischer und gesellschaftlicher Fragen (Beiträge zur mimetischen Theorie 6), Wien 20042, S. 233–239.

²³ René Girard, Ich sah den Satan vom Himmel fallen wie einen Blitz. Eine kritische Apologie des Christentums, München-Wien 1999, S. 26.

²⁴ René Girard, Der Sündenbock, Zürich 1988, S. 23–26.

²⁵ Girard, Sündenbock, S. 26–38.

²⁶ René Girard, Mimetische Theorie und Theologie, in: Niewiadomski/Palaver (Hrsg.), Sündenböcke, S. 15–30.

in Bezug auf Girards Theorie der mimetische Rivale der Kirche und der monotheistischen Offenbarungsreligionen. Deshalb glaubt der Verfasser dieser Arbeit nicht, dass das mimetische Begehren durch die sakrifizielle Opferung Jesu ein Ende hat, sondern, dass gerade das Ausschlussverfahren der Kirche, die grundsätzlich keinen anderen Offenbarungsglauben oder religiösen Indifferentismus neben sich duldet, die Stereotype der Opferselktion und infolgedessen der Gewalt bedient. Wenn diese, nennen wir sie, Institution wirklich von diesem Opfer und all seinen Auswirkungen beseelt wäre, hätte es nicht zur Ausstoßung und Verfolgung der Juden, Hexen oder Freimaurer und zu Kriegen kommen dürfen. Auch die Kreuzzüge hätten ad absurdum geführt werden müssen. Das heißt, dass hinter der mimetischen Theorie noch etwas anderes steckt: Das ist das Streben nach sozialer und politischer Macht, und das wird nachgeahmt. Dies ist wohl eine anthropologische Konstante.

Zur Typologie des Kriegs – „a recurring dream“

Hans-Henning Kortüm versuchte eine Typologie des Krieges aufzustellen. Er folgte dabei dem „process of intension (formation of types) and extension (the use of types of war in the discursive context) [...]“. ²⁷ Dies bedeutet, dass man von Merkmalen eines konkreten Krieges durch Intension auf einen „Idealtypus“ ²⁸ trifft, der durch die Extension auf eine historische Situation übertragen wird.

Laut Kortüm lassen sich vier weitere Gegensatzpaare finden: „public, symmetrical, regular, limited“ vs. „private, asymmetrical, irregular, total.“ ²⁹ Das heißt, dass in einigen Kriegen mehr Personen, Verbände, Staaten usw. teilnehmen als in anderen. In Hinsicht auf die Symmetrie kann und muss man konstatieren, dass Kriege eigentlich asymmetrisch sind, sonst gäbe es keinen Sieger. Je ähnlicher die Waffen und die Truppenstärke, desto symmetrischer ist ein Krieg. In Bezug auf die Regularität geht es um die Anwendung der Gewalt, also um die erste Wechselwirkung des Krieges nach von Clausewitz. Die zeitliche Perspektive wird durch die Begriffe „total“ vs. „limited“ ausgedrückt.

Man muss den Begriff „Krieg“ also in zwei Hauptkategorien unterteilen: transkulturell vs. intrakulturell. Zum Letztgenannten gehören Kriege wie der Peloponnesische, der Hundertjährige oder der Deutsch-Österreichische Krieg von 1866. Die transkulturellen

²⁷ Hans-Henning Kortüm, *Clash of Typologies – The Naming of Wars and the Invention of Typologies*, in: Hans-Henning Kortüm (Hrsg.), *Transcultural Wars. From the Middle Ages to the 21st Century*, Berlin 2006, S. 11-26, hier S. 19 (Prozess der Intension (Formation der Typen) und Extension (die Verwendung der Kriegstypen in einem diskursiven Kontext)).

²⁸ Der Idealtypus ist an sich nicht definitiv, sondern ist immer ein Prototyp, ein Modell mit unscharfen Mustern. Die Intension ist der Sinnzusammenhang einer Menge von Merkmalen. Die Extension ist die Akkommodation der Intension: Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Der Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen 19905.

²⁹ Kortüm, *Clash*, S. 24 (öffentlich, symmetrisch, regulär, limitiert vs. privat, asymmetrisch, irregulär, total).

Kriege spalten sich in interkulturelle und subkulturelle Kriege: Kriege zwischen Kulturen waren die Perserkriege, die Kreuzzüge oder auch der noch immer andauernde Irakkrieg. Subkulturelle Kriege sind zum Beispiel Bürgerkriege.³⁰

Für das Thema dieses Essays sind diese Typologien von recht großer Bedeutung. Man sieht, dass es eine Kontinuität der Muster von Kriegen gibt. Es geht um die Frage, ob sich die Menschheit weiter entwickelt hat und ob kriegerische Auseinandersetzungen ein archaisches Relikt sind. Kriege gibt es immer noch und wird es wohl immer geben. Der von der hegelschen und marxistischen Theorie geleitete Ansatz von Francis Fukuyama ist somit abzulehnen. Dieser tritt dafür ein, dass die Geschichte des Kampfes nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein Ende gefunden hat und der westliche demokratische Liberalismus die Welt friedlich vereinen wird.³¹ Die Geschichte des Krieges ist eben nicht zu Ende und man schreibt immer noch ein Kapitel nach dem anderen. Durch die Typologie von Kortüm kann man sehen, dass sich die mittelalterlichen Auseinandersetzungen von denen der Neuzeit vom Muster her kaum unterscheiden. Der Verfasser dieser Arbeit hat die antiken Beispiele dazu gefügt, um den zeitlichen Rahmen zu erweitern. Grundsätzlich muss man festhalten, dass Kriege synchron betrachtet teilweise große Unterschiede aufweisen, in einer integrativen Gesamtschau allerdings sieht man, dass die Synchronie mit der Diachronie zusammenfällt und die menschliche Existenz als eine kriegerische Gewaltanwendung zur Erreichung einer Identität – hier folgt der Verfasser der Meinung Huntingtons – interpretiert werden kann. Hierbei ist es völlig unerheblich, ob die Kriegsführenden aus höher entwickelten oder niedriger entwickelten Ländern oder Zivilisationen stammen. Im nächsten Unterkapitel werden die archäologischen Spuren des Krieges näher betrachtet. Die Typologie wird also zeitlich erweitert.

Die Urzeit und der Krieg

Wenn durch interdisziplinäre Forschungen die Geschichte der Gewalt näher beleuchtet werden kann, müssen der HistorikerInnen die Wege der Idiolatrie verlassen und sich auf einen Dialog einlassen. Gab es schon Kriege in der Frühzeit der Menschheit? Wenn ja, welche Rolle spielte die Gewalt in der Gesellschaft? Die Beantwortung dieser Fragen ist für das Thema dieser Arbeit von höchstem Interesse.

Die bis jetzt ältesten Waffen sind zwischen 300.000 und 400.000 Jahren alt und wurden in Niedersachsen gefunden. In vielen ausgehobenen Gräbern des Mesolithikums oder des Neolithikums findet man Waffen. Daraus kann man schließen, dass Waffen in den

³⁰ Kortüm, Clash, S. 26.

³¹ Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, New York 2002.

vorschriftlichen Zeiten recht wichtig waren und als Kultgegenstände mit in den Tod genommen wurden.³²

In Hinsicht auf das Neolithikum wurden einige Anlagen gefunden, die auf Kampfhandlungen hinweisen. Es liegt „nahe, daß tatsächlich schon ca. 5.000 v. Chr. Sicherheitsaspekte und die Angst vor feindlichen Angriffen die Siedlungsplatzwahl und -gestaltung durchaus mitbestimmt haben.“³³ Man sollte jedoch diese wenigen Funde richtig einordnen. Aufgrund der dünnen Besiedlungsdichte ist es in dieser Frühzeit der Menschheit wohl noch kaum zu großen kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen.

In Hinsicht auf die bildlichen Quellen bzw. Darstellungen in Höhlen lässt sich feststellen, dass bereits Krieger und Kampfhandlungen gezeichnet worden sind. Im Mesolithikum und Neolithikum sind aber Darstellungen von kämpfenden Menschen kaum vorhanden. Es gibt vereinzelte Szenen von Gruppenkonflikten. Kampfszenen findet man vermehrt erst ab der späten Bronze- und Eisenzeit. Es könnte sein, dass es sich bei diesen Darstellungen nur um einen Ritus handelt.³⁴

Es wurden auch einige vereinzelte Massengräber gefunden. Aufgrund der Untersuchung der Skelette konnte festgestellt werden, dass zum Beispiel im späten Mesolithikum (ca. 6.250 v. Chr.) im Gebiet des heutigen Bayern ein „war of extermination“³⁵ stattgefunden hat. Ein Massengrab wurde in der Großen Ofnethöhle entdeckt. Eine ganze Sippe wurde – aus welchen Gründen auch immer – ausgelöscht.³⁶

Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass sich Spuren der Gewalt in der Urzeit finden lassen; größere Kriege sind nicht anzunehmen. Von Gewaltanwendungen ist aufgrund des Quellenmaterials ohne Zweifel auszugehen. Es scheint recht deutlich zu sein, dass eine gewisse Bevölkerungsdichte vorhanden sein muss, damit Kriege ausbrechen. Die Exterminierungen in der Urzeit lassen darauf schließen, dass es größere Konflikte zwischen zwei, vielleicht auch mehreren Sippen oder Stämmen gegeben haben muss. Warum es zu diesen gewalttätigen Konflikten kam, ist für die Fragestellung nicht von großer Bedeutung. Dass ein Proto-Krieg stattgefunden hat, ist ein Indiz dafür, dass die kriegerische Gewaltanwendung auch schon ca. 6.000 v. Chr. ein nicht unbekanntes Phänomen war. Das beweist, dass der Krieg in Bezug auf die Konfliktlösungsstrategien eine anthropologische Konstante sein kann.

³² Thomas Terberger, *Konflikt und Gewalt in der Vorgeschichte – eine archäologische Spurensuche*, in: Oliver Auge [u. a.] (Hrsg.), *Konflikt*, S. 261–274, hier S. 262ff.

³³ Terberger, *Konflikt*, S. 265.

³⁴ Terberger, *Konflikt*, S. 266f.

³⁵ Kortüm, *Clash*, S. 21.

³⁶ Terberger, *Konflikt*, S. 267–271.

Jan Assmann und die mosaische Unterscheidung

„Ich möchte die Unterscheidung zwischen wahr und unwahr im Bereich der Religion die ‚mosaische Unterscheidung‘ nennen [...]. Der Raum, der durch diese Unterscheidung ‚getrennt oder gespalten‘ und dadurch zuallererst geschaffen wird, ist der Raum des jüdisch-christlich-islamischen Monotheismus. Es handelt sich um einen geistigen oder kulturellen Raum, der durch die Unterscheidung konstruiert und von den Europäern nunmehr seit fast zwei Jahrtausenden bewohnt wird“³⁷,

meint Jan Assmann in seinem bahnbrechenden Werk „Moses der Ägypter“. Die mosaische Unterscheidung ist die Spaltung einer polytheistischen Welt in eine „wahre“ und „unwahre“ Religionsgemeinschaft. Dies sieht man anhand der jüdisch-christlichen Gebote; vor allem die ersten beiden stechen ins Auge. Man soll keinen Gott neben dem einen haben und sich kein Bildnis machen. Wenn man keinen Gott außer den Allmächtigen dulden darf, kann dies beim Aufeinandertreffen (= Konflikt) mit anderen Religionsgemeinschaften zu kriegerischen Gewaltanwendungen führen. Laut Assmann ist diese Unterscheidung durch zwei Merkmale bestimmt: Konversion und Dekonstruktion.³⁸

Assmann führt diese Unterscheidung auf Echnaton (Amenophis IV.) zurück, der im 14. Jahrhundert v. Chr. in Ägypten den Polytheismus zugunsten eines Monotheismus einführte. Dies wurde jedoch von den Ägyptern nicht akzeptiert. Die wahrscheinliche historische Person Moses, die in Quellen eigentlich nicht fassbar ist, grenzte sich ähnlich wie Echnaton vom polytheistischen System ab. Er vollzog eine Konversion und machte aus dem „alten“ Glauben etwas „Neues“. Der zweite Schritt ist die Dekonstruktion. Man wendet sich gegen die „alte“ Welt bzw. Anschauung und dekonstruiert diese. Dabei ist hervorzuheben, dass dies ein schleichender Prozess ist. Man nimmt heidnische Feiertage und akkommodiert diese. So entstehen neue Besetzungen und ein neues Gedankengut, das auf dem alten aufbaut.³⁹

Evident wird die mosaische Unterscheidung in Hinsicht auf ein Phänomen, das es seit Urzeiten gibt: Idolatrie vs. Ikonoklasmus. Wenn etwas Neues entsteht, also eine „creatio ex nihilo“ vonstatten geht, blickt man auf das Erschaffene, aber eben auch auf das Nichts. Es entsteht ein Dualismus, der sich gegenseitig bedingt, in einer reziproken Wechselwirkung steht, aber eben auch zur Unterscheidung dient. Die Erschaffer bzw. der Erschaffer geht ikonoklastisch vor und die Bilder, die vorher gegolten haben,

³⁷ Jan Assmann, *Moses der Ägypter. Entzifferung einer Gedächtnisspur*, Frankfurt am Main 2007, S. 17f.

³⁸ Assmann, *Moses*, S. 17–26.

³⁹ Assmann, *Moses*, S. 47–87.

werden zerstört. Derjenige, der an das „Alte“ glaubt wird zum Götzendiener.⁴⁰ Die christliche Religion transzendierte diese Unterscheidung und machte daraus einen Kampf zwischen dem Teufel und der Menschheit, die erlöst werden will. Diese Anschauung kommt einer Verschwörung gleich. Eine Verschwörungstheorie, ein Verschwörungsmythos⁴¹, ist immer auch ein System, dessen Motor die mosaische Unterscheidung ist.

In der antiken Philosophie sowie in der jüdisch-christlichen Metaphysik lassen sich zwei einander ausschließende Weltdeutungsmuster finden: teleologisch vs. anti-teleologisch. Kurz zusammengefasst wird dadurch der Unterschied zwischen einer Notwendigkeit und dem Zufall deutlich.⁴² Platon erschuf in seinem „Timaios-Dialog“⁴³ einen Demiurgen, der als „Handwerker“ das Chaos ordnete. Das Handeln wird somit ein Mittel zum Zweck. Dies ist ein teleologisches Weltbild. Im krassen Gegensatz dazu steht das Weltdeutungsmuster Demokrits und Epikurs. Ihre Lehre vom Atomismus besagt, dass das Gute nur relativ zu sehen ist, da alles dem Prinzip des Zufalls untergeordnet ist. Dieses entspricht der Göttin Fortuna, welche durch die jüdisch-christliche Metaphysik zum Teufel wurde, der ja im Griechischen „Diabolos“ heißt, also nichts anderes als ein Verleumder und ein „Durchwühler“ des universalistisch-teleologischen Weltbildes ist. Im Vergleich dazu ist auch die Bedeutung des Wortes „Satan“ zu sehen, der in protestantischen Bibelübersetzungen oftmals „Widersacher“ genannt wird.⁴⁴

Der gerechte Krieg als mosaische Unterscheidung: „Deus vult!“

Der „gerechte Krieg“ („bellum iustum“) wurde aus einer antiken Tradition in das christliche Weltbild integriert. Für Cicero war ein Krieg dann gerecht, wenn man sich an Recht und Gesetz hielt. Die Christen standen in ihrer Frühzeit vor einem moralischen Konflikt, da der Krieg für sie eine Sünde war. Es kam zur „konstantinischen Wende“: Ein Kampf, ein Krieg sei dann gerechtfertigt, wenn man im Sinne Gottes für eine gerechte Sache kämpfe, also die Heiden als christliches Heer niederwerfe.⁴⁵

⁴⁰ Michael W. Fischer, Kunst als Verschwörung. Déjà-Vu und der ZU-Fall des Bösen, in: Helmut Reinalter (Hrsg.), Typologien des Verschwörungsdenkens (Quellen und Darstellungen zur europäischen Freimaurerei 6), Innsbruck-Wien-München-Bozen 2004, S. 129–146.

⁴¹ Claus Oberhauser, Die Freimaurerei im Verschwörungsdanken. Wie und warum Verschwörungstheorien in der Schule unterrichtet werden sollten, Dipl. Innsbruck 2009.

⁴² Ruth Groh, Verschwörungstheorien und Weltdeutungsmuster, in: Ute Caumanns/Mathias Niendorf (Hrsg.), Verschwörungstheorien. Anthropologische Konstanten – historische Varianten (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts in Warschau 6), Osnabrück 2001, S. 37–45, hier S. 37f.

⁴³ Platon, Timaeus-Timaios, hrsg. von Hans Günter Zekl, Hamburg 1992.

⁴⁴ Groh, Verschwörungstheorien, S. 39f. /Karl R.H. Frick, Das Reich Satans (Satan und die Satanisten. Satanismus und Freimaurerei – Ihre Geschichte bis zur Gegenwart 1), Wiesbaden 2006.

⁴⁵ Josef Semmler, *Belum Iustum*, in: Hans Hecker (Hrsg.), Krieg in Mittelalter und Renaissance (Studia humaniora 39), Brühl 2005, S. 41–63; Anselm Hertz, Die thomastische Lehre vom bellum iustum als ethischer Kompromiss, in: Horst Brunner (Hrsg.), Die Wahrnehmung und Darstellung von Kriegen im

Durch Augustinus wurde die Vorstellung vom „bellum iustum“ erweitert. Das Ziel einer Gesellschaft ist die Herstellung und Prolongierung des Friedens und eben nicht die Führung eines Krieges. Aber, und das ist die entscheidende Verschärfung bei Augustinus, gegenüber Heiden, Schismatiker oder Häretiker kann und muss ein Krieg geführt werden, damit die göttliche Ordnung wiederhergestellt wird. Dieses Weltbild lässt sich mit einem Satz beschreiben: „Aus diesem irdischen Staat gehen die Feinde hervor, gegen die der Gottesstaat verteidigt werden soll.“⁴⁶

Als die Karolinger an die Macht kamen, wurde der „gerechte Krieg“ zu einer „necessitas“ eines Königs. Die Karolinger, allen voran Karl der Große, erhielten das „göttliche“ Schwert von den Päpsten, um gewaltsam gegen die Heiden vorzugehen. Die Konflikte, die innerhalb des Reiches zur Legitimation der Herrschaft geführt wurden, also die intrakulturellen Kriege im Sinne der Gewaltanwendung Girards, wurden von Geistlichen verurteilt, da ein gerechter Krieg immer gegen die Feinde Gottes bzw. der Ordnung zu führen war. 841 n. Chr. fand die Schlacht von Fontenoy zwischen Lothar und seinen miteinander verbündeten Brüdern Ludwig dem Deutschen und Karl dem Kahlen statt. Dieser Krieg endete schlussendlich mit dem Vertrag von Verdun 843 n. Chr. und mit der Aufteilung des Reiches. Er war für die Bischöfe ein „gerechter Krieg“, da Lothar ungerechtfertigt nach der Macht strebte und somit den Frieden gefährdete.⁴⁷

Der Erste Kreuzzug war ein „bellum iustum“. 1095 verkündete Papst Urban II. auf der Synode von Clermont: „Deus vult!“. Gott will, dass Krieg gegen die Heiden geführt wird. Hervorzuheben ist dabei, dass der Papst zwar dazu aufrief, an einem Kreuzzug teilzunehmen, jedoch war dies ein freiwilliger Akt und man wurde grundsätzlich nicht dazu gezwungen, einen Krieg zu führen. Dieser Aufruf bedeutet auch, dass die Kirche als Quasiorganisation nun selbst Krieg führen konnte, ohne dass es im Sinne der Religion verwerflich wäre. Grundsätzlich war es erst Gratian, der aufgrund der Erfahrung in den Kreuzzügen das kirchliche Recht in Hinsicht auf den „gerechten Krieg“ verschriftlichte. Gratian verfasste um 1140 sein „Decretum“, das als Vorläufer des Kirchenrechts gilt. In diesem schrieb Gratian über den „gerechten Krieg“ in der causa 23 des zweiten Teils seiner Rechtskompilation. Der Rechtsexperte berief sich auf Isidor von Sevilla und vor allem auf Augustinus. Für Gratian war der „bellum iustum“ ein Dienst an der Gerechtigkeit. Jedes Unrecht muss niedergeschlagen, also kompensiert werden. Der gerechte Kriegsgrund ist nur auf einer Seite der Gegner

Mittelalter und in der Frühen Neuzeit (Imagines medii aevi, Interdisziplinäre Beiträge zur Mittelalterforschung 6), Wiesbaden 2000, S. 17–30.

⁴⁶ Aurelius Augustinus, Der Gottesstaat I (Buch I-VII), Salzburg 1951, S. 40.

⁴⁷ Semmler, Bellum, S. 48–61.

vorhanden. Derjenige, der Unrecht tut, wird die Strafe Gottes zu spüren bekommen. Man darf in einem bellum iustum töten, da man im Sinne Gottes handelt.⁴⁸

Den Zweiten Weltkrieg kann man aus der Sicht des Dritten Reiches als „gerechten Krieg“ bezeichnen. Adolf Hitler war davon überzeugt als Missionar Gottes aufzutreten: „So glaube ich heute im Sinne des Allmächtigen zu handeln: Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn.“⁴⁹ Hierbei wird die Formel „Deus vult“ sichtbar. Man muss sich die Wechselwirkungen von von Clauswitz vor Augen halten. Im Krieg kann es zur äußersten Gewaltanwendung kommen. In einer säkularisierten Form findet man das Konzept des Gerechten Krieges in Hinsicht auf den „war against terrorism“ als Folge des 11. Septembers 2001. Dies soll nicht bedeuten, dass George W. Bush mit Adolf Hitler gleichgesetzt wird, sondern soll verdeutlichen, dass die Struktur des Krieges sich kaum geändert hat. Die Kriege gegen Afghanistan und Irak sind eine Fortführung des Konzeptes des „gerechten Krieges“. Besonders Augenmerk ist dabei auf die Bezeichnung „Coalition of the Willing“, man beachte die Freiwilligkeit, zu legen, die im Gegensatz zur „Achse des Bösen“ steht.⁵⁰ Die mosaikartige Unterscheidung wird in diesen Bezeichnungen sichtbar.

Nach dieser kurzen Besprechung des Konzepts des „gerechten Krieges“ soll nun das Mittelalter und die Frage, wie gewalttätig diese Epoche war, im Vordergrund stehen. Man darf bei der Beschäftigung mit diesem Thema nicht den Stereotyp des „martialischen“ Mittelalters bedienen, auch wenn der „bellum iustum“ in dieser Epoche eine entscheidende Rolle spielte. HistorikerInnen müssen sich im Klaren darüber sein, dass es im Mittelalter viele Fehden gab. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass es keine staatliche und oft keine gerichtliche Obrigkeit gab, die Entscheidungen treffen konnte. Zu Beginn des Essays wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Weg von der „deditio“ zur „seditio“ recht schnell vonstatten gehen konnte. Aber nicht die Gewalt allein war die Konfliktlösungsstrategie des Mittelalters.

Die mittelalterliche Gesellschaft hatte einen großen Fundus in Hinsicht auf Zeichen, also Symbole, und ritualisierte Verhaltensweisen. Wichtig war zum Beispiel die örtliche Distanz der Gegner in einem Konflikt. Je näher sich die Gegner kamen, desto eher sprachen sie miteinander und konnten so auch friedliche Lösungen finden. Die Rolle des Vermittlers darf dabei nicht unterschätzt werden. Ein Mediator war dafür zuständig, eine friedliche Lösung bzw. einen Konsens zu finden. Heute erleben wir in unserer Gesellschaft die Renaissance des Mediators und vergessen dabei, dass dieser eine mittelalterliche Figur war. In Hinsicht auf Krieg und Frieden gibt es also in unserer

⁴⁸ Ernst-Dieter Hehl, Kirche, Krieg und Staatlichkeit im Mittelalter, in: Werner Rösener (Hrsg.), Staat und Kirche. Vom Mittelalter bis zur Moderne, Göttingen 2000, S. 17–36.

⁴⁹ Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1936¹⁷²⁻¹⁷³, S. 70.

⁵⁰ Ali A. Alawi, The Occupation of Iraq. Winning the War, losing the Peace, New Haven 2007.

Gesellschaft zwar das mittelalterliche Konzept des „gerechten Krieges“, aber eben auch den Vermittler zwischen den Streitenden.⁵¹

Des Öfteren führten die Gegner keinen Krieg an sich, sondern versuchten sich gegenseitig einzuschüchtern. Häufig wurde die Landbevölkerung angegriffen, die mit der Fehde nichts zu tun hatte, aber trotzdem leiden musste. Das Ziel war, dass eine der beiden Konfliktparteien einlenken würde. Geschah das nicht, kam es unweigerlich zur kriegerischen Gewaltanwendung. Lenkte man ein, wurden die Kapitulationsbedingungen ausgehandelt. Die „deditio“ ging Hand in Hand mit einer „satisficatio“, mit einer Genugtuung. Die „satisficatio“ hatte des Öfteren einen symbolischen Wert. Das heißt, dass zum Beispiel ein Tor einer Stadt eingerissen wurde. Danach kam es zur Versöhnung. Dieses Modell hat sicherlich einen religiösen Kern: Nach der Sünde muss man büßen, um sich wieder auszusöhnen.⁵²

Das Bild, das Althoff vom Mittelalter in Bezug auf die Einstellung zu Krieg und Frieden zeigt, widerspricht jeder Zivilisationstheorie. Einige Wissenschaftler wie Norbert Elias⁵³ oder der bereits erwähnte Francis Fukuyama gehen von Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte aus und sprechen vom Ende der Geschichte und vom Ende des Krieges, da die Zivilisationen sich in eine positive Richtung entwickeln und die kriegerische Gewaltanwendung aufgrund des Wohlstandes eingedämmt wird. Der Staat hat das Monopol der Macht und wird dafür sorgen, dass es zu keinen Kriegen mehr kommt. Der Zustand „bellum omnium contra omnes“, den Thomas Hobbes⁵⁴ beschrieb, war für einige Zivilisationstheoretiker in Hinsicht auf das Mittelalter noch gang und gäbe. Das Mittelalter ist für eine nomologisch-zivilisationstheoretische Geschichtsschreibung deshalb finster, da es keine staatliche Ordnung gab und die Macht auf mehreren Schultern verteilt lag.

Es geht in Hinsicht auf die Erforschung der kriegerischen Gewaltanwendung nicht darum, ob sich eine Zivilisation aufgrund des Wohlstandes immer mehr von der Gewalt distanziert, sondern um den Umgang einer Gesellschaft mit dem Phänomen Krieg. Wenn der Wohlstand und der Liberalismus dazu geführt hätten, dass der Krieg keine Rolle mehr spielen würde, könnte man nicht erklären, warum die Aufrüstung im Kalten Krieg, der „Ressourcenkrieg“ oder der Gerechte Kriege im Sinne des „war against terrorism“ für sich genommen nichts anderes als der Krieg, den von Clauswitz

⁵¹ Gerd Althoff, Schranken der Gewalt. Wie gewalttätig war das „finstere Mittelalter“?, in: Horst Brunner (Hrsg.), Der Krieg im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit: Gründe, Begründungen, Bilder, Bräuche, Recht (Imagines Medii Aevi. Interdisziplinäre Beiträge zur Mittelalterforschung 3), Wiesbaden 1999, S. 1–23, hier S. 15ff.

⁵² Althoff, Schranken, S. 4–23; Gerd Althoff, Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Frieden und Fehde, Darmstadt 1997.

⁵³ Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation, Zwei Bände (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 158), Frankfurt am Main 1981/82.

⁵⁴ Zur Kritik dieses Ansatzes: Lutz Geldsetzer, Bellum omnium contra omnes, in: Hecker (Hrsg.), Krieg, S. 237–258.

beschrieb und den wir von der Urzeit, im Mittelalter bis in die Neuzeit und im aktuellen Tagesgeschehen finden und finden werden, sind.⁵⁵

Huntington und der „Clash of Civilizations“

Samuel Huntington geht davon aus, dass das Ende des Kalten Krieges kurzfristig bzw. langfristig nicht das Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen bedeutet hat. Er erklärt dies mit den Entwicklungen der unterschiedlichen Zivilisationen.

Zivilisationen sind für Huntington Lebensräume, nicht nur im geographischen, sondern auch im sozialen Sinn, für Menschen, die sich vor allem in Hinsicht auf die Lebensführung und Einstellung ähneln: „Blood, language, religion, way of life“⁵⁶ sind die Determinanten einer Zivilisation, die sich über einen längeren Zeitraum herausgebildet hat. Es gab im Laufe der Geschichte immer wieder Kontakte zwischen unterschiedlichen Zivilisationen. Im Mittelalter ist hier vor allem der islamische Einfluss auf Südspanien zu nennen. Der „Clash of Civilizations“ verläuft dabei meistens nicht unblutig, sondern hat mehrere Auseinandersetzungen zur Folge. Der Konflikt, also der Zusammenstoß, kann, aber muss sich nicht zu einem Krieg auswachsen. Diese Zivilisationskonflikte waren aber bis zum Ende des Kalten Krieges, so meint Huntington, nicht die Regel. Der intrakulturelle Krieg war in Bezug auf die „longue durée“ der Entwicklung der westlichen Zivilisation vorherrschend.⁵⁷

Die westliche Zivilisation hinkte zu Beginn ihrer Entwicklung noch weit im Vergleich zu anderen hinterher. Die erste Nahtstelle in Hinsicht auf die spätere Vormachtstellung zeigte sich in der karolingischen Renaissance. Das Christentum breitete sich aus und die Religion bestimmte in Hinsicht auf die Heilsgeschichte das Leben. Der absolute Wahrheitsanspruch führte zu einer mosaikartigen Unterscheidung. Der Humanismus bzw. die Renaissance sind für Huntington für den „Rise of the West“⁵⁸ verantwortlich. Die Expansion 1492 teilte die Welt in einen Westen und Osten. Der Aufstieg des Westens ging mit kriegerischen Gewaltanwendungen einher: „The West won the world not by the superiority of its ideas or values or religion [...] but rather by its superiority in applying organized violence. Westerners often forget this fact; non-Westerners never do.“⁵⁹

In der heutigen Zeit ist es „die Rache Gottes“, die der westlichen Welt bevorsteht bzw. die am 11. September 2001 über die USA hereingebrochen ist. Es zeigt sich ein Trend

⁵⁵ Martin Dinges, Formenwandel der Gewalt in der Neuzeit. Zur Kritik der Zivilisationstheorie von Norbert Elias, in: Rolf Peter Sieferle/Helga Beuninger (Hrsg.), Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte, Frankfurt-New York 1998, S. 171–194.

⁵⁶ Huntington, Clash, S. 42 (Blut, Sprache, Religion, Lebensstil).

⁵⁷ Huntington, Clash, S. 40–50.

⁵⁸ Huntington, Clash, S. 50.

⁵⁹ Huntington, Clash, S. 51 (Der Westen gewann die Welt nicht aufgrund der Überlegenheit des Denkens oder der westlichen Werte noch der Religion [...] eher gewann der Westen aufgrund seiner militärischen Überlegenheit. Die Menschen im Westen vergessen das oft, die anderen nicht)

zur Religiosität und Spiritualität. Helmut Reinalter sieht diese Entwicklung in Bezug auf die Postmoderne ähnlich: „Die Ästhetik wird als Wirklichkeitserfahrung empfunden, die auf Dimensionen und Instanzen der Erkenntnis abzielt, in denen Geltungsanspruch, Eigenart und Ernst der diskursiven Vernunft suspendiert werden – wie Mythos, Okkultismus, Gnosis und Esoterik.“⁶⁰ Der „Clash of Civilizations“ vollzieht sich für Huntington an den Bruchstellen der Zivilisationen. Für ihn läuft alles auf einen Kampf hinaus; und zwar auf eine mosaische Unterscheidung: „[T]he West and the rest“.⁶¹

Im Allgemeinen gab und gibt es in Hinsicht auf die West-Ost (bzw. Rest-)Situation mehrere große Auseinandersetzungen der Zivilisationen. Im 5. Jahrhundert vor Christus kämpften die „Griechen“ als Vertreter der „freien Welt“ gegen die Perser.⁶² Alexander rächte sich für den Angriff. Durch die Kreuzzüge wurde das Schema durch eine religiöse Komponente erweitert. Wiederum handelte es sich hier um eine Befreiung. In den Kreuzzügen sollte das Heilige Land von den Heiden erkämpft werden. Im Kalten Krieg entwickelte sich eine säkularisierte Version der Kreuzzüge. Es war nicht mehr der Glaube, den man anderen aufzwingen wollte, sondern ein Wirtschafts- und Herrschaftssystem. Der bis jetzt letzte Konflikt ist noch nicht gelöst. Dieser begann wohl mit der Gründung des Staates Israels 1948. Dieser überdauerte den Zusammenbruch des bipolaren Systems. Der Irakkrieg, der Afghanistankrieg und der Nahostkonflikt sind bis heute ungelöste Probleme unserer Zeit.

Fazit

Wenn man sich mit dem Thema „Krieg“ beschäftigt, hat man – nach Ansicht des Verfassers dieser Arbeit – immer auch eine friedliche Beilegung eines Konfliktes als Gedanken im Hinterkopf. Warum muss man Krieg führen, um einen Konflikt zu beseitigen? Man ist in einer Aporie gefangen und eine der Parolen der Revolution von 1968 drängt sich auf: *Fighting for Peace is like Fucking for Virginity*.

Vielen Menschen, Regionen, Staaten usw., die Krieg führen, geht es um die Durchsetzung von Rechten. Der „*bellum iustum*“, der „gerechte Krieg“, ist eine Antwort auf den moralischen Konflikt des Tötens in Hinsicht auf eine Gewaltanwendung. Der Terminus „Krieg“ ist eine Erfindung des Mittelalters. Man sollte deshalb aber nicht davon ausgehen, dass gerade das Mittelalter die dunkelste und finsterste Epoche ist bzw. war. In Bezug auf eine Typologie von Kriegen lässt sich feststellen, dass sich die Menschheit kaum weiterentwickelt hat. Es gibt immer noch

⁶⁰ Helmut Reinalter, *Aufklärung als Denkprinzip*, in: Helmut Reinalter (Hrsg.), *Die neue Aufklärung (Interdisziplinäre Forschungen 7)*, Thaur-Wien-München 1997, S. 49.

⁶¹ Huntington, *Clash*, S. 33.

⁶² Heinz E. Herzog, *Der „Freiheitskampf“ der Griechen. Salamis, September 480 v. Chr.*, in: Stig Förster/Markus Pöhlmann/Dierk Walter (Hrsg.), *Schlachten der Weltgeschichte. Von Salamis bis Sinai*, München 2004/2, S. 19–31.

intra- und transkulturelle Kriege, die sich nur graduell verändert haben. Die mimetische Theorie René Girards besagt, dass die Nachahmung die Triebfeder der menschlichen Existenz ist. Es ist darauf zu achten, ob die Gründungsmythen von Gesellschaften eine gewalttätige Basis haben. Dem ist oft so: Die christliche Kulturgeschichte beginnt mit einer Kreuzigung, mit einer Gewalttat.

In Bezug auf die Urzeit fällt auf, dass man nicht sagen kann, ob es zu mehreren kriegerischen Gewaltanwendungen gekommen ist. Womit hängt dies zusammen? Es scheint, dass es ein bestimmtes Maß an Überbevölkerung vorhanden sein muss, damit Konflikte ausbrechen. Die mimetische Spirale der Gewalt beginnt sich dann zu drehen, wenn es zu Konflikten bzw. zu einer Krise gekommen ist. Die Suche nach einem Sündenbock gestaltet sich oft als eine Gewaltanwendung. Ein Krieg kann folgen.

Jan Assmann meint, dass die mosaische Unterscheidung nur dann aufgehoben werden kann, wenn man in einer liberalen polytheistisch-kosmopolitischen Einheit leben könnte.⁶³ Jedes Dogma, welches zugleich eine intolerante Einstellung gegenüber anderen ist, führt oft zu Konflikten. Um Konflikte friedlich zu beseitigen, müssen sich die Mentalitäten, also die Einstellungen, ändern. Die Aufklärung des 18. Jahrhunderts, welche sich bekanntlich zum Despotismus der Vernunft auswuchs, müsste sich als „reflexive“ postmoderne Aufklärung⁶⁴ gegen den Fundamentalismus richten. Eine kriegerische Gewaltanwendung wird nämlich immer durch statische Einstellungen, also Vorurteile und Stereotype, begünstigt.

Die kriegerische Gewaltanwendung ist de facto eine Konstante der menschlichen Existenz. In der Urzeit, in der Antike, im Mittelalter, in der Neuzeit und in der neuesten Zeitgeschichte sind Kriege eine Konfliktlösungsstrategie. Worauf wir hinsteuern, kann man noch nicht voraussagen. Es lässt sich nur hoffen, dass Carl Sandburg irgendwann Recht haben wird. In seinem Buch „The People, Yes“ fragt ein kleines Mädchen, als dieses ihre erste Truppenparade sieht: „What are soldiers?“; die Antwort: „They are for war. They fight and each tries to kill as many of the other side as he can.“ Das Mädchen denkt nach und sagt: „Sometime they’ll give a war and nobody will come.“⁶⁵ Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin ...

Quellen und Literatur

Alawi, Ali A., *The Occupation of Iraq. Winning the War, losing the Peace*, New Haven 2007.

Althoff, Gerd, *Hinterlist, Täuschung und Betrug bei der friedlichen Beilegung von Konflikten*, in: Auge, Oliver/Biermann, Felix/Müller, Matthias/Schulze, Dirk (Hrsg.),

⁶³ Assmann, Moses, S. 281f.

⁶⁴ Helmut Reinalter (Hrsg.), *Aufklärung und Fundamentalismus (Interdisziplinäre Studien 18)*, Innsbruck-Wien-Bozen 2007.

⁶⁵ Carl Sandburg, *The People, Yes*, New York 1936, S. 43.

Bereit zum Konflikt. Strategien und Medien der Konflikterzeugung und Konfliktbewältigung im europäischen Mittelalter (Mittelalter-Forschungen 20), Ostfildern 2008, S. 19–29.

Althoff, Gerd, Schranken der Gewalt. Wie gewalttätig war das „finstere Mittelalter“?, in: Brunner, Horst (Hrsg.), Der Krieg im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit: Gründe, Begründungen, Bilder, Bräuche, Recht (Imagines Medii Aevi. Interdisziplinäre Beiträge zur Mittelalterforschung 3), Wiesbaden 1999, S. 1–23.

Althoff, Gerd, Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Friede und Fehde, Darmstadt 1997.

Assmann, Jan, Moses der Ägypter. Entzifferung einer Gedächtnisspur, Frankfurt am Main 2007⁶.

Augustinus, Aurelius, Der Gottesstaat 1 (Buch I-VII), Salzburg 1951.

Badische Landesbibliothek, Nibelungen-Handschrift C, Blatt 1R [http://www.blb-karlsruhe.de/virt_bib/nibelungen/frame.php?b=60&g=2], 14.8.2009, eingesehen 20.10.2009.

Clausewitz, Carl von, Vom Kriege, Hamburg 2008.

Dinges, Martin, Formenwandel der Gewalt in der Neuzeit. Zur Kritik der Zivilisationstheorie von Norbert Elias, in: Sieferle, Rolf Peter/Beuninger, Helga (Hrsg.), Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte, Frankfurt-New York 1998, S. 171–194.

Elias, Norbert, Über den Prozeß der Zivilisation, Zwei Bände (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 158), Frankfurt am Main 1981/82.

Fischer, Michael W., Kunst als Verschwörung. Déjà-Vu und der ZU-Fall des Bösen, in: Reinalter, Helmut (Hrsg.), Typologien des Verschwörungsdenkens (Quellen und Darstellungen zur europäischen Freimaurerei 6), Innsbruck-Wien-München-Bozen 2004, S. 129–146.

Frick, Karl R.H., Das Reich Satans (Satan und die Satanisten. Satanismus und Freimaurerei – Ihre Geschichte bis zur Gegenwart 1), Wiesbaden 2006.

Fukuyama, Francis, The End of History and the Last Man, New York 2002.

Geldsetzer, Lutz, Bellum omnium contra omnes, in: Hecker, Hans (Hrsg.), Krieg in Mittelalter und Renaissance (Studia humaniora 39), Brühl 2005, S. 237–258.

Girard, René, Der Sündenbock, Zürich 1988.

Girard, René, Ich sah den Satan vom Himmel fallen wie einen Blitz. Eine kritische Apologie des Christentums, München-Wien 1999.

Girard, René, *Mimetische Theorie und Theologie*, in: Niewiadomski, Józef/Palaver, Wolfgang (Hrsg.), *Vom Fluch und Segen der Sündenböcke (Beiträge zur mimetischen Theorie 1)*, Thaur-Wien-München 1995, S. 15–30.

Groh, Ruth, *Verschörungstheorien und Weltdeutungsmuster. Eine anthropologische Vereinigung*, in: Caumanns, Ute/Niendorf, Mathias (Hrsg.), *Verschörungstheorien. Anthropologische Konstanten – historische Varianten (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 6)*, Osnabrück 2001, S. 37–45.

Hagemeister, Michael, *Die Protokolle der Weisen von Zion – eine Anti-Utopie oder der Große Plan in der Geschichte?*, in: Reinalter, Helmut (Hrsg.), *Verschörungstheorien. Theorie – Geschichte – Wirkung (Quellen und Darstellungen zur europäischen Freimaurerei 3)*, Innsbruck-Wien-München-Bozen 2002, S. 45–57.

Hehl, Ernst-Dieter, *Kirche, Krieg und Staatlichkeit im Mittelalter*, in: Rösener, Werner (Hrsg.), *Staat und Kirche. Vom Mittelalter bis zur Moderne*, Göttingen 2000, S. 17–36.

Hertz, Anselm, *Die thomasische Lehre vom *bellum justum* als ethischer Kompromiss*, in: Brunner, Horst (Hrsg.), *Die Wahrnehmung und Darstellung von Kriegen im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit (Imagines medii aevi, Interdisziplinäre Beiträge zur Mittelalterforschung 6)*, Wiesbaden 2000, S. 17–30.

Herzig, Heinz E., *Der „Freiheitskampf“ der Griechen. Salamis, September 480 v. Chr.*, in: Förster, Stig/Pöhlmann, Markus/Walter, Dierk (Hrsg.), *Schlachten der Weltgeschichte. Von Salamis bis Sinai*, München 2004², S. 19–31.

Hitler, Adolf, *Mein Kampf*, München 1936¹⁷²⁻¹⁷³.

Huntington, Samuel P., *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, London 2002.

Kintzinger, Martin, *Kontakt und Konflikt. Herausforderungen der Diplomatie im Spätmittelalter*, in: Auge, Oliver/Biermann, Felix/Müller, Matthias/Schulze, Dirk (Hrsg.), *Bereit zum Konflikt. Strategien und Medien der Konflikterzeugung und Konfliktbewältigung im europäischen Mittelalter (Mittelalter-Forschungen 20)*, Ostfildern 2008, S. 275–297.

Kompetenzzentrum für elektronische Erschließungs- und Publikationsverfahren in den Geisteswissenschaften an der Universität Trier, *Deutsches Wörterbuch von Jakob Grimm und Wilhelm Grimm „Krieg“* [http://germazope.uni-trier.de/Projects/WBB/woerterbuecher/dwb/wbgui?word=krieg&wb=G&mode=hierarchy&lemmode=lemmasearch&lemid=GK13693&textsize=600&onlist=&query_start=1&totalhits=0&textword=&locpattern=&textpattern=&lemmapattern=&verspattern=], 2007, eingesehen 20.10.2009.

Kortüm, Hans-Henning, Clash of Typologies – The Naming of Wars and the Invention of Typologies, in: Kortüm, Hans-Henning (Hrsg.), Transcultural Wars. From the Middle Ages to the 21st Century, Berlin 2006, S. 11–26.

Lévi-Strauss, Claude, Das wilde Denken (suhrkamp taschenbuch wissenschaft 14), Frankfurt am Main 1994⁹.

Oberhauser, Claus, Die Freimaurerei im Verschwörungdenken. Wie und warum Verschwörungstheorien in der Schule unterrichtet werden sollten, Dipl., Innsbruck 2009.

Ohler, Norbert, Krieg und Frieden im Mittelalter (Beck'sche Reihe 1226), München 1997.

Palaver, Wolfgang, Die mythische Politik der Gewalt und die biblische Botschaft der Gewaltlosigkeit. Eine politisch-theologische Auseinandersetzung mit der Problematik der Entscheidung, in: Niewiadomski, Józef/Palaver, Wolfgang (Hrsg.), Vom Fluch und Segen der Sündenböcke (Beiträge zur mimetischen Theorie 1), Thaur-Wien-München 1995, S. 161–177.

Palaver, Wolfgang, René Girards mimetische Theorie. Im Kontext kulturtheoretischer und gesellschaftlicher Fragen (Beiträge zur mimetischen Theorie 6), Wien 2004².

Platon, Timaeus-Timaios, hrsg. von Hans Günter Zekl, Hamburg 1992.

Reinalter, Helmut (Hrsg.), Aufklärung und Fundamentalismus (Interdisziplinäre Studien 18), Innsbruck-Wien-Bozen 2007.

Reinalter, Helmut, Aufklärung als Denkprinzip, in: Reinalter, Helmut (Hrsg.), Die neue Aufklärung (Interdisziplinäre Forschungen 7), Thaur-Wien-München 1997, S. 45–66.

Sandburg, Carl, The People, Yes, New York 1936.

Segal, Robert A., Mythos. Eine kleine Einführung (Reclams Universal-Bibliothek 18396), Stuttgart 2007.

Semmler, Josef, Belum Iustum, in: Hecker, Hans (Hrsg.), Krieg in Mittelalter und Renaissance (Studia humaniora 39), Brühl 2005, S. 41–63.

Terberger, Thomas, Konflikt und Gewalt in der Vorgeschichte – eine archäologische Spurensuche, in: Auge, Oliver/Biermann, Felix/Müller, Matthias/Schulze, Dirk (Hrsg.), Bereit zum Konflikt. Strategien und Medien der Konflikterzeugung und Konfliktbewältigung im europäischen Mittelalter (Mittelalter-Forschungen 20), Ostfildern 2008, S. 261–274.

Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft. Der Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen 1990⁵.

Claus Oberhauser studierte Geschichte und Deutsch auf Lehramt sowie Geschichte auf Diplom an der Universität Innsbruck bis zum WS 2009.

Claus.Oberhauser@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Claus Oberhauser, Kriegerische Gewaltanwendung als Konstante menschlicher Existenz? Ein Essay, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 37–58, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Der Bund der Geächteten

Über den konspirativen Charakter des Bundes und dessen politisch-sozialen Ziele im Kampf um ein geeinigtes bürgerliches Deutschland

Wörer Stefanie

Kerngebiet: Neuzeit

eingereicht bei: Univ.-Prof. Dr. Helmut Reinalter

eingereicht im Semester: SS 2009

Rubrik: SE-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiter: sehr gut

Abstract

The „Bund der Geächteten“

About the secret society's conspirative character and its political and social efforts to establish a united civil society in Germany

The secret society “Bund der Geächteten” was formed by political refugees and German early-proletarians in the 1830s. The historical development and characteristics of this society are strongly connected with the revolutionary events of the 1830s. As the July Revolution triggered a global fear of revolution, the German Confederation reacted with aggressive repression (such as e.g. censorship regulations) to secure the political status quo. Consequently, the “silenced” members of the German “intelligence” escaped abroad, amongst others to France where the “Bund der Geächteten” gradually evolved.

Einleitung

Der Bund der Geächteten und der spätere Bund der Gerechten stellen die ersten deutschen Organisationen der 1830er Jahre dar, in denen sich politische Flüchtlinge mit deutschen Frühproletariern zu einer Vereinigung zusammenschlossen.¹ Der Charakter und die Entwicklung dieser politischen Verbindungen waren dabei wesentlich durch den Verlauf und den Ausgang der deutschen bürgerlichen Oppositionsbewegung im Vormärz bestimmt worden. Der Deutsche Volksverein in Paris, welcher der Vorläufer des Bundes der Geächteten war, sowie der Bund der Geächteten selbst oder etwa das Junge Deutschland in der Schweiz stellten in diesem Zusammenhang eine Weiterentwicklung der demokratischen Volksbewegung dar, die während des revolutionären Aufschwungs der 1830er Jahre im Kampf um ein geeinigtes bürgerliches Deutschland immer mehr an Einfluss gewonnen hat.²

Vor diesem Hintergrund soll in der vorliegenden Arbeit der Bund der Geächteten genauer vorgestellt werden. Hierbei wird die Entwicklung des Bundes von seiner Genese bis zu seinem Ende nachgezeichnet, indem vor allem folgende leitende Fragestellungen berücksichtigt werden: Warum konzipierte sich der Bund der Geächteten als ein Geheimbund? Wie äußert sich der konspirative Charakter des Bundes? Welche Ziele setzte sich der Bund im Kampf um ein geeinigtes bürgerliches Deutschland?

Um einen möglichst genauen und authentischen Einblick in das Wesen, in die Organisation und die Tätigkeit des Bundes zu erhalten, werden in der vorliegenden Arbeit mehrfach Informationen aus einschlägiger Fachliteratur mit Zitaten aus den Statuten und Programmschriften des Bundes belegt. Da es sich hierbei allerdings um eine umfassende Thematik handelt, können nur die wesentlichsten Punkte herausgearbeitet werden – eine umfangreiche Darstellung würde den hierfür vorgesehenen Rahmen deutlich sprengen.

1. Die Entstehung des Bundes der Geächteten

Die Julirevolution von 1830 schlug europaweite Wellen, welche bei allen großen europäischen Herrscherhäusern eine große Revolutionsangst auslöste. Diese Angst machte auch nicht vor den Staaten des Deutschen Bundes Halt, welche im Kampf um die Bewahrung ihres status quo einen aggressiven Repressionsapparat errichteten, um

¹ Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten und der Bund der Gerechtigkeit, in: Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815–1848/49, hrsg. v. Helmut Reinalter, Frankfurt am Main-Wien 2005, S. 89–153, hier S. 89.

² Werner Kowalski, Der Bund der Geächteten (BdG) 1834–1840/41, in: Lexikon der Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) in vier Bänden (Band I), hrsg. v. Dieter Fricke/Werner Fritsch/Herbert Gottwald/Siegfried Schmidt/Manfred Weißbecker, Köln 1983, S. 210–217, hier S. 210.

jegliches oppositionelles Gedankengut zu vernichten.³ Zensur, radikale Einschränkungen der Pressefreiheit sowie ein weitgehender Polizei- und Justizterror der herrschenden Feudalklasse bestimmten den öffentlichen Alltag der Zeit und konnten letztendlich jede politische Einigungsbewegung erfolgreich unterdrücken.⁴ Trotz dieser radikalen Maßnahmen konnte das oppositionelle Gedankengut dennoch nicht vollständig ausgemerzt werden – im Gegenteil sogar: Die „mundtot“ gemachte und verfolgte Intelligenz agierte teilweise im Untergrund weiter oder floh ins Ausland, beispielsweise ins „freiere“ Frankreich (Paris), welches in der damaligen Zeit den Ruf als „Schmelztiegel“ für revolutionäre und sozialistische Ideen genoss.⁵ Frankreichs Hauptstadt war im frühen 19. Jahrhundert nicht nur ein interessanter Anziehungspunkt für die vertriebene „vormärzliche deutsche Intelligenz“⁶, sondern auch für zahlreiche deutsche Handwerkergesellen, welche sich dort aufgrund der für Gesellen vorgeschriebenen Wanderpflicht, hauptsächlich aber auch aufgrund der in den Staaten des Deutschen Bundes bedrückenden Arbeitsplatznot aufhielten. Diese Handwerkergesellen ließen sich in den Pariser Vorstädten nieder und schlossen sich schließlich zu Vereinigungen zusammen, in denen sie nun die Möglichkeit hatten, sich gemeinsam über die vorherrschenden sozialen Zustände in ihrer Heimat auszutauschen. Mit der Zeit traten diese Handwerkervereinigungen immer mehr mit deutschen politischen Emigranten in Kontakt, deren Zahl in Paris nach den Unruhen der Dreißiger Jahre rapide angewachsen war.⁷ Vor diesem Hintergrund konzipierte sich zunächst der Deutsche Volksverein, welcher der erste Verein mit politischem Zweck war, den deutsche Emigranten in der französischen Hauptstadt gründeten.⁸

1.1. Der Deutsche Volksverein

Der Deutsche Volksverein entwickelte sich aus einem bereits seit dem Jahre 1830 in Paris existierenden deutschen Gesangsverein heraus. Dieser war, angesichts der heiklen politischen Lage in den Staaten des Deutschen Bundes, Ende Februar 1832 von jungen Kaufleuten, Literaten und anderen Angehörigen der deutschen Emigration zunächst zu einer Zweigstelle des Deutschen Vaterlandsvereins zur Unterstützung der freien Presse umfunktioniert worden, welcher sich für die Liberalisierung der Presse und somit für eine umfassende Information des Volkes einsetzte. Auch wenn es vornehmlich liberale Intellektuelle und Kaufmänner waren, die diesen Verein gründeten und führten, so

³ Beatrix W. Bouvier, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung. Die Rezeption des revolutionären Frankreich in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung von den 1830er Jahren bis 1905, Bonn 1982, S. 34.

⁴ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 210.

⁵ Bouvier, Französische Revolution, S. 43.

⁶ Diese Bezeichnung wurde verwendet von: Wolfgang Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963, S. 89.

⁷ Karl Birker, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840–1870, Berlin 1973, S. 21.

⁸ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 14.

gehörten ihm doch von Anfang an auch Handwerkergelesen an, deren Zahl bis Ende des Jahres 1833 mehr und mehr anstieg, bis sie letztendlich auch den größten Teil der Vereinsführung ausmachten.

Dem ursprünglichen Zweck zufolge gab es im Vaterlandsverein keine größeren Verpflichtungen für seine Mitglieder: Wer sich in eine Subskriptionsliste, welche an verschiedenen Orten in Paris zu finden war, eingetragen und darüber hinaus einen kleinen Geldbeitrag geleistet hatte, wurde als Mitglied anerkannt. Erst mit der Umbenennung des Vereins zum Deutschen Volksverein nahm er schließlich eine engere organisatorische Struktur an.⁹

Der Volksverein erreichte potentielle Mitglieder durch das Verbreiten von Flugschriften oder durch das Abhalten von Versammlungen in den Pariser Vorstädten, in denen nicht nur die gegenwärtigen politischen Zustände, sondern auch die sozialen Missstände in den Staaten des Deutschen Bundes behandelt wurden. Doch trotz aller Bemühungen war die Tätigkeit des Volksvereins nur von kurzer Dauer. Frankreich war nämlich selbst nach der Julirevolution innenpolitisch äußerst instabil – Streiks und Demonstrationen brachten die innere Krise des Staates zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang begann die Suche nach „Sündenböcken“, die für die vorherrschenden Unruhen verantwortlich gemacht werden konnten. Der Verdacht fiel bald auf Vereine, welche als öffentliche Plattformen für Politik Unruhen auslösten und die Menschen eindeutig gegen das bestehende System aufzuwiegen schienen.¹⁰ Der französische Staat reagierte dementsprechend rigoros und setzte im April 1834 ein neues Vereinsgesetz ein, das für alle Vereinsgründungen eine explizite behördliche Genehmigung vorsah. Allen bereits bestehenden Vereinen, die nicht den behördlichen Vorstellungen entsprachen, wurde mit diesem neuen Gesetz ihr Existenzrecht entzogen und jegliche Teilnahme an den nicht zugelassenen Vereinen wurde durch das Zuchtpolizeigericht geahndet. Von diesem Zeitpunkt an konnte sich daher in Paris kein politischer Verein mehr problemlos öffentlich betätigen. Dies galt schließlich auch für den Volksverein, der sich aufgrund dieser restriktiven Vereinsgesetze selbst auflösen musste. Seine Mitglieder konnten, wenn überhaupt, nur noch in einem Geheimbund weiter agieren und wurden somit in den Untergrund gedrängt, wo sie sich letztendlich zum Bund der Geächteten zusammenschlossen.¹¹

Diese Tatsache zeigt uns, dass es kein freiwilliger Schritt der Exildeutschen war, sich in einem Geheimbund zu konstituieren – im Gegenteil sogar: Sie wurden in diese

⁹ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 14–18.

¹⁰ Detlef Lehnert, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848 bis 1983, Stuttgart 1984, S. 24.

¹¹ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 19.

Situation hineingedrängt, wie aus folgendem Ausschnitt aus dem Bundesflugblatt „Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde“¹² (1834) zu entnehmen ist:

„Eine solche Verbindung muß ‚wesentlich eine geheime‘ sein. Ich weiß es, dass in Deutschland ‚geheime‘ Verbindungen noch immer ihre Widersacher finden werden. Der offene grade Deutsche scheut das ‚Dunkel des Geheimnisses.‘ Aber wir wollen ‚keine geheimen Verbindungen, die im Dunkeln richten und schlichten, und die ihre Feinde rücklings trifft.‘ Wir Deutsche wollen eine ‚geheime‘ Verbindung nur ‚weil wir nicht öffentlich uns versammeln dürfen; weil wir die Angelegenheiten Deutschlands nicht öffentlich besprechen, weil wir nicht öffentlich drucken lassen dürfen; [...] Das ‚Geheimniß‘ ist zum Besten einer solchen Verbindung unerlässlich.“¹³

1.2. Die Herausbildung des Bundes der Geächteten

Der „radikale Flügel“ des Volksvereins organisierte sich also nach dessen Selbstauflösung neu und schloss sich zum geheimen und illegalen Bund der Geächteten zusammen.¹⁴ Wie bei seinem Vorgänger, handelte es sich dabei um einen Zusammenschluss von kleinbürgerlichen, intellektuellen Emigranten mit deutschen Handwerker-gesellen.¹⁵ Die nach Frankreich emigrierte Intelligenz fand in den Handwerker-gesellen politisch aufgeschlossene, opferwillige und einsatzbereite Kampfgefährten, welche dazu bereit waren, republikanische Flugschriften illegal in die Heimat zu schmuggeln und dort neue Kontakte zu knüpfen:

„Der patriotische Handwerker ist eine Propaganda zu Fuß, das Felleisen auf dem Rücken, ein paar Batzen in der Tasche, den Knotenstock in der Hand, wandert er von Berlin nach Constanz, von Wien nach Hamburg.“¹⁶

Die Handwerker-gesellen wiederum fanden in den Exil-Deutschen fernab von ihrer Heimat herbeigesehnte Landsleute und durch die Konfrontation mit deren Forderungen und Plänen gleichzeitig ihre politischen Lehrer. Dabei profitierten beide Fraktionen, das heißt die emigrierte deutsche Intelligenz und die deutschen Arbeiter, von diesem (Zweck-)Bündnis: Die Arbeiter wurden politisiert und in die demokratische Bewegung integriert, während die vornehmlich politisch ausgerichteten kleinbürgerlichen

¹² Die programmatischen Schriften des Bundes werden an einer anderen Stelle genauer behandelt (siehe Pkt. 3).

¹³ Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde. Gedruckt zum Vortheile geflüchteter deutscher Volksfreunde. Schloß Hambach (d. i. Paris): Dondey = Dupré Anfang 1834, Abdruck in: Hans-Joachim Ruckhäberle (Hrsg.), Frühproletarische Literatur. Die Flugschriften der deutschen Handwerker-gesellenvereine in Paris 1832–1839, Berlin-Düsseldorf-Mannheim 1977, S. 109–124, hier S. 121.

¹⁴ Höppner/Seidl-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 94f.

¹⁵ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 211.

¹⁶ Ernst Schüler, Die Regierung der Republik Bern, und die Verfolgten der Könige, Bern 1837, S. 17f., zit. nach: Höppner/Seidl-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 90.

Emigranten zunehmend für die sozialen Probleme des werktätigen Volkes sensibilisiert wurden.¹⁷

Die Benennung „Geächtete“ schien dabei durchaus treffend zu sein und ergab sich aus der politischen Situation der Bundesmitglieder (vorwiegend der werktätigen Fraktion der Verbindung): Sie waren nämlich Rechts- und Heimatlose, denen die Regierungen des Deutschen Bundes unter Androhung des Verlustes des Heimatrechts im Jänner 1835 den Aufenthalt in Frankreich, Belgien oder etwa in der Schweiz untersagten. Die Antwort auf dieses Verbot erfolgte jedoch sogleich mittels eines Flugblattes, welches klaren und entschlossenen Widerstand der „geächteten“ Arbeiter ankündigte:¹⁸

„Wir wollen nach Deutschland zurück, aber nicht einzeln und wehrlos, sondern in Masse und mit den Waffen in der Hand“.¹⁹

2. Der Aufbau des Bundes

Die Organisationsstruktur des Bundes der Geächteten war zunächst inhaltlich wie auch terminologisch von der französischen Geheimorganisation „Charbonnerie démocratique universelle“ beeinflusst worden, welche auf das Vorbild der politischen Geheimbündelei, nämlich auf die Karbonaria, zurückging und seit dem Ende der 1820er Jahre von Filippo Buonarrotti²⁰ geleitet wurde.²¹ Aufgrund dieses starken Einflusses²² der Charbonnerie besaß auch der Bund der Geächteten nach karbonaristischem Vorbild einen hierarchischen Aufbau, bestehend aus vier Stufen, die von den Mitgliedern nur in strenger Reihenfolge von unten nach oben bestiegen werden konnten.²³ Diese Stufen hießen in den ursprünglichen (karbonaristischen) Bezeichnungen von unten nach oben Hütten, Berge, Dikasterien und Nationalhütte. Nach der Verselbstständigung bzw. nach der Absonderung des Bundes von der Charbonnerie (ca. im Jahre 1836) wurden sie in Zelte, Lager, Kreislager und Brennpunkt unbenannt – wobei sich die innere Struktur nach dieser Umbenennung nicht geändert haben dürfte.²⁴

Da sich der Gründerkreis des Geheimbundes offensichtlich genau gekannt haben muss, dürfte sich der Bund der Geächteten von oben nach unten entwickelt haben. Demnach

¹⁷ Höppner/Seidl-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 90.

¹⁸ ebd., S. 98.

¹⁹ Betrachtungen eines deutschen Arbeiters über die neuesten Maßregeln der deutschen Bundesregierungen, durch welche den deutschen Handwerkern der Aufenthalt in Frankreich, Belgien und der Schweiz bei Verlust ihres Heimathrechts untersagt wird, zit. nach: Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 98.

²⁰ Filippo Buonarrotti: 1761–1837.

²¹ Bouvier, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung, S. 44.

²² Drei der ehemaligen Mitglieder des Deutschen Volksvereins und spätere Gründungs- und Führungsmitglieder des Bundes der Geächteten, Muschani, Goldschmidt und Neuber, sollen Beziehungen zur Charbonnerie gepflegt haben: Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 24.

²³ ebd.

²⁴ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 96.

muss es zuerst einen oder mehrere Zirkel von Eingeweihten gegeben haben (Lager) sowie eine Zentralbehörde (Brennpunkt). Erst die Mitglieder dieser beiden Zirkel bildeten dann die Zelte, in denen nicht bekannte Neumitglieder mit den Gründern des Bundes vereinigt wurden.²⁵ Auf horizontaler Ebene dieser „Stufenleiter“ hatten die einzelnen Gruppen keinen Kontakt zueinander, auf vertikaler Ebene erhielt jeweils ein Bevollmächtigter der höheren Leitung die Verbindung zur nächstniederen Ebene.²⁶

Diese strenge Geheimhaltung der einzelnen Grade muss man sich in diesem Kontext wohl als eine „reine Vorsichtsmaßnahme“ vorstellen – niemals sollte der Bund weder durch Absicht noch durch Unvorsichtigkeit in Gefahr gebracht werden, wie aus folgendem Ausschnitt des bereits zitierten „Aufrufs“ entnommen werden kann:

„Da aber keine Thatsache in ein so tiefes Geheimniß gehüllt sein kann, dass nicht hier und da der Schleier durch Unvorsichtigkeit, oder mit Absicht gelüftet werden könne, so muß diese Verbindung so eingerichtet sein, dass selbst Unvorsichtigkeit oder Absicht ihr nicht so zu schaden im Stande sind, dass sie dadurch gesprengt werde.“²⁷

2.1. Der Brennpunkt

An der hierarchischen Spitze des Bundes befand sich die oberste Nationalhütte bzw. der Brennpunkt, welcher in den Statuten als die „höchste gesetzgebende und vollziehende Gewalt“²⁸ festgelegt wurde. Der Brennpunkt wählte und ergänzte die allen anderen Bundesangehörigen unbekannt verbliebenen Mitglieder selbst und sah sich für das versammelte Volk verantwortlich. Er verlangte von den Mitgliedern absoluten Gehorsam, Verschwiegenheit und Opferbereitschaft und nahm sich auch das Recht heraus einzelne Mitglieder auszustoßen oder etwa mit dem Tode zu bestrafen, falls die Existenz des Bundes verraten wurde. Zudem verschwieg der Brennpunkt allen anderen Bundesmitgliedern seinen Sitz sowie auch die Namen der Mitglieder und verkehrte mit den untergeordneten Bundesteilen nur durch so genannte Bevollmächtigte.²⁹

2.2 Die Kreislager

Die zweithöchste Stufe bildeten die Kreislager, welche die ihnen untergeordneten Lager und Zelte eines Bundeskreises zu leiten hatten. Das Kreislager besaß absolute Vollmachten gegenüber den Lagern der Eingeweihten und den Zelten der Kandidaten, war aber ebenso wie diese dem Brennpunkt zu blindem Gehorsam verpflichtet. Der

²⁵ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 26f.

²⁶ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 96.

²⁷ Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 121).

²⁸ Allgemeine Statuten des Bundes der Geächteten, Paris 1834, Art.30, Abdruck in: Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 139–143, hier S. 141.

²⁹ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 212; Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 95f.

Brennpunkt ernannte die Mitglieder des Kreislagers, konnte es auflösen oder einzelne Personen daraus entfernen.³⁰ Die Mitglieder der Kreislager sowie der Sitz derselben waren allerdings nur der höchsten Behörde (dem Brennpunkt) bekannt und es war den Kreislagern strengstens verboten, ohne ausdrückliche behördliche Einwilligung des Brennpunktes Kontakt zu anderen Kreislagern aufzunehmen.³¹

2.3 Die Lager und Zelte

Die Basis der gesamten Bundeshierarchie bildeten letztendlich die Lager und Zelte, die sich in der Mehrzahl aus Handwerkergeesellen zusammensetzten. Die Mitgliederzahl der Zelte und Lager war auf drei bis zehn Personen begrenzt. Stieg die Zahl über das in den Statuten festgelegte Maximum, so wurden die Zelte bzw. Lager geteilt – die Verbindung untereinander musste in diesem Fall sofort abgebrochen werden.³²

Die Lager und Zelte waren grundsätzlich gleich aufgebaut und organisiert. Sie wählten beide halbjährlich einen Vorsteher (Präsidenten) und Beistand (Kassierer) – das Lager darüber hinaus noch zusätzlich einen Kassenführer für die Verwaltung der Mitgliedsbeiträge³³. Auch wenn der Aufbau dieser beiden Grade grundsätzlich gleich war, gilt es dennoch zu beachten, dass die „Lager der Eingeweihten“ in der Bundeshierarchie über den „Zelten der Kandidaten“ standen. Die Lager-Mitglieder waren nämlich bereits in die Bundesgeheimnisse eingeweiht und nahmen inkognito an den Zeltversammlungen teil, wo sie schließlich die Befehle des Brennpunktes durchsetzten.³⁴ Die Lager galten den Statuten zufolge als „Bewahrer der Zwecke des Bundes“, als „die Vollstrecker der gesamten Beschlüsse“, als „Ratgeber für seine inneren Einrichtungen sowie für äußere Tätigkeit“ und „Lenker seiner Kraft“³⁵. Ein Lager konnte mehrere Zelte leiten und kein Zelt konnte ohne gleichzeitigen Bestand eines übergeordneten Lagers existieren. Die Leitung der Zelte von den Lagern aus übernahmen so genannte „Bevollmächtigte“, welche sich den Zelten als „Beauftragte“ des Brennpunktes vorstellten, pünktlich die Beschlüsse des Lagers vollzogen und den höheren Bundesgraden regelmäßig Bericht erstatteten.³⁶

Die Zelte hingegen bildeten nur den vorbereitenden Grad der Verbindung und stellten somit eine Art „Pflanz- oder Prüfungsschule“³⁷ dar, in denen neugeworbene Mitglieder überprüft werden sollten. Den „einfachen“ Zeltmitgliedern wurde aus diesem Grund der

³⁰ Kowalski, *Der Bund der Geächteten*, S. 212.

³¹ Statuten des Bundes der Geächteten. Die Statuten der Lager, Art. 36–38, Abdruck in: Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S. 144–151, hier S. 148.

³² Die Statuten der Lager, Art. 16f (Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S. 145f.).

³³ Die Mitgliedsbeiträge wurden freiwillig verrichtet, sofern die zuständigen Behörden nicht für dringende Fälle eine Steuer erheben mussten: Höppner/Seidel-Höppner, *Der Bund der Geächteten*, S. 96.

³⁴ Kowalski, *Der Bund der Geächteten*, S. 212.

³⁵ Die Statuten der Lager, Art. 10ff. (Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S. 145).

³⁶ Die Statuten der Lager, Art. 13f. (Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S. 145).

³⁷ ebd., Art. 6.

hierarchische Aufbau der Organisation verschwiegen und die Zelte erhielten eigene Statuten, in denen nur von der Existenz der Zelte und von der obersten Behörde des Bundes, des Brennpunktes, die Rede war und die sich somit klar von den so genannten Lager-Statuten unterschieden.³⁸ Die Zeltmitglieder kamen regelmäßig auf dem Zimmer eines Mitgliedes zusammen, besprachen und vollzogen dabei die Neuaufnahmen, diskutierten über Freiheit und Gleichheit, über verschiedene Staatsformen und insbesondere über die Lage in Deutschland und lasen hierfür politische Schriften, vor allem die Programmschriften des Bundes und die eigens vom Bund herausgegebene Zeitschrift „Der Geächtete“, welche den Kandidaten der Zelte als Einweihungs- und Diskussionslektüre dienen sollten. Den Statuten zufolge sollten die Zelte vorwiegend die „numerische Stärke des Bundes“³⁹ mehren, wodurch das Werben von neuen Mitgliedern für die Verbindung als eine wesentliche Aufgabe der Handwerkergelesen der Zelte festgelegt wurde.⁴⁰

2.4. Eintritt in den Bund

Wenn sich jemand für den Eintritt in den Bund bereit erklärt hatte, wurde zunächst eine strenge Nachforschung über dessen (früheres) Leben sowie auch über die Einzelheiten seines „gegenwärtigen Betragens“ durchgeführt.⁴¹ Fiel diese Überprüfung gut aus, so wurde der Kandidat mit verbundenen Augen in die Zelt-Versammlung geführt und mit den Grundsätzen des Bundes bekannt gemacht.⁴² Wenn der Kandidat einwilligte, leistete er folgendes Aufnahmegelöbnis:

„Ich gelobe bei meiner Ehre: Verschwiegenheit über das Bestehen des Bundes und treuen, aufopfernden Eifer für seinen erhabenen Zweck. Mich treffe Ehrlosigkeit und Tod, wenn ich wortbrüchig werde.“⁴³

Diese Weihe als „Bundesbruder“ ermöglichte dem Kandidaten die Teilnahme an den Zelt-Versammlungen und galt gleichzeitig auch als Voraussetzung um in ein (in der Bundeshierarchie) übergeordnetes Lager aufgenommen zu werden. Vor dem Eintritt in ein Lager musste der Anwärter wiederum ein Aufnahmegelöbnis leisten:

„Ich gelobe bei meiner Ehre Verschwiegenheit über das Bestehen dieses Grades, Gehorsam seinen Gesetzen sowie den Verfügungen seinen gesetzlichen Obern und treuen aufopfernden Eifer für seinen Zweck. Mich treffe Ehrlosigkeit und Tod, wenn ich wortbrüchig werde.“⁴⁴

³⁸ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 212.

³⁹ Die Statuten der Lager, Art. 6 (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 144).

⁴⁰ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S.212.

⁴¹ Die Statuten der Lager, Art. 27 (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 147).

⁴² Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 212.

⁴³ Die Statuten der Lager, Art. 40 (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 148).

⁴⁴ Die Statuten der Lager, Art. 28 (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 147).

Falls ein Lager-Anwärter Bedenkzeit einforderte, so wurde ihm, falls er die Existenz des Bundes verraten würde, dessen Rache angedroht.⁴⁵

3. Das Programm

Nachdem sich der Bund der Geächteten konstituiert hatte, folgte derselbe bald dem Drängen der Mitglieder nach einem Programm und publizierte eine programmatische „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“, gefolgt vom „Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde“ und vom „Glaubensbekenntniß eines Geächteten“. Das politische Programm des Bundes knüpfte dabei an die jakobinische Tradition der bürgerlich französischen Revolution von 1789 und 1794 an⁴⁶ und entsprach zunächst sowohl den Vorstellungen der kleinbürgerlichen Intellektuellen, als auch derjenigen der proletarisierten Handwerkeresellen. Gleichzeitig ließen die Geächteten ihre Statuten drucken, in denen sie die Zielsetzungen ihrer geheimen Verbindung festlegten.

Die Allgemeinen Statuten des Bundes bezeichneten die Verbindung der Geächteten als „[...]ein aus deutschen Männern bestehender Bund; Deutsche sind alle der deutschen Sprache und Sitte angehörende Männer“. Der Bund sei zudem den Allgemeinen Statuten zufolge „eine wesentlich geheime Verbindung“ mit dem Zweck der „Befreiung und Wiedergeburt Deutschlands“.⁴⁷

Dieser Zweck wurde allerdings nur den Mitgliedern der niederen Grade (Zelte) mitgeteilt. In den Statuten der höheren Grade wurde unter Artikel 2 des Lager-Statuts folgender Zweck der Vereinigung definiert:⁴⁸

„Die Befreiung Deutschlands aus dem Joche schimpflicher Knechtschaft und Begründung eines Zustandes, der, soviel als Menschenvorsicht vermag, den Rückfall in Knechtschaft und Elend verhindert. Die Erreichung dieses Hauptzweckes ist nur möglich bei der Begründung und Erhaltung der sozialen und politischen Gleichheit, Freiheit, Bürgertugend und Volkseinheit zunächst in den der deutschen Sprache und Sitte angehörenden Ländergebieten, sodann aber auch bei allen übrigen Völkern des Erdkreises.“⁴⁹

Vor allem der letzte Teil dieses Artikels entspricht inhaltlich einer Grundforderung der Geächteten in ihrer „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“, in welcher sie sich in außenpolitischer Hinsicht im Kampf um die Freiheit zur brüderlichen Solidarität der

⁴⁵ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 212.

⁴⁶ ebd.

⁴⁷ Allgemeine Statuten des Bundes der Geächteten, Art. 1ff. (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 139).

⁴⁸ Max Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Erlangen⁷1972, S. 506.

⁴⁹ Die Statuten der Lager, Art. 2 (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 144).

Menschen aller Länder bekannten und jeden verabscheuten, der nur ein einziges Volk unterdrückte oder etwa zu unterdrücken versuchte.⁵⁰

3.1. „Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“

Die aus 53 Artikeln bestehende „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“⁵¹ (1834) war einem Text von Charles Antoine Teste, einem der Führer der „Société des droits de l’homme et du citoyen“, entnommen worden. Bei diesem Text handelte es sich um die „Déclaration des principes fondamentaux de la société“ aus dem „projet de constitution républicaine“ (1833), welcher schließlich von Theodor Schuster, einem führenden Kopf innerhalb des Bundes der Geächteten, übersetzt wurde.⁵²

3.2. „Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde“

Diese Flugschrift sollte zur Gründung eines über ganz Deutschland verzweigten Geheimbundes auffordern. Der Aufruf richtete den Appell „Vereinigt euch!“⁵³ nach außen, wobei sich alle Freunde der Freiheit, in jedem Bezirk, in jeder Stadt oder etwa in jedem Dorf vereinen, revolutionäre Schriften verbreiten, freiwillige Beiträge einsammeln und sich mit anderen Patrioten der benachbarten Dörfer und Städte verbünden sollten.⁵⁴ Aufgrund dieses doch sehr offenkundigen Aufrufs, ist es naheliegend, dass sich die Urheber desselben natürlich bewusst waren, dass dieser „geplante Geheimbund“ nicht lange „geheim“ bleiben würde. Dies schien sie allerdings nicht weiter zu stören, wie aus folgendem Abschnitt aus dem „Aufruf“ entnommen werden kann:

„Den deutschen Regierungen, der deutschen Polizei ist dieser Plan nichts Neues und kann ihr daher nichts verraten, da eben hier nur ein ‚Plan‘ und sonst nichts mitgeteilt ist; vielleicht aber kommt er in die Hände manches Vaterlandsfreundes, dem er den rechten Weg zeigt, auf welchem er für die Freiheit wirken kann, dem er ein Mittel an die Hand gibt, seiner Freiheitsliebe einen Wirkungskreis zu verschaffen. Gelingt dies nur hier und dort, so hat dieser Aufruf schon sein Gutes bewirkt; ist er aber imstande, den Deutschen zu beweisen, wie notwendig eine durchgreifende Verbindung, ist er vielleicht die Ursache mit, daß dereinst eine solche entsteht; so ist er vielleicht einer der Grundsteine des Tempels der Freiheit in Deutschland; denn nochmals: mit einer so

⁵⁰ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 96f.

⁵¹ Aus Platzgründen muss auf eine ausführliche Darstellung der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ verzichtet werden. Eine vollständige Auflistung der 53 Artikel findet sich unter anderem bei Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 125–130 oder bei Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 316–319.

⁵² Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 96.

⁵³ Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 123).

⁵⁴ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 211.

durchgreifenden Verbindung in Deutschland, ist der Sieg der Freiheit gesichert.“⁵⁵

Aus diesem Zitat wird ersichtlich, dass der Bund offensichtlich vollkommen von seinem Tun überzeugt war und davon ausging, dass man für den Erhalt einer besseren Ordnung „nur“ das Volk aufklären, für eine bessere Ordnung gewinnen und ihm bei der Organisation der Kräfte helfen müsste.⁵⁶

3.3. „Glaubensbekenntniß eines Geächteten“

In dieser Programmschrift wurde die Auffassung des Bundes über die politische und soziale Zukunft der deutschen Heimat erläutert. Der Bund sprach sich hierbei für die Beseitigung der absoluten und konstitutionellen Monarchie aus und forderte die Errichtung einer demokratischen Republik, in welcher die Gesamtheit der Bürger die Gesetze entwerfen und ihre Vollziehung überwachen sollte. Zudem sollte das souveräne Volk in Freiheit herrschen.⁵⁷

Weiters hielt das Programm an den politischen Grundideen von Maximilien Robespierre (1758–1794) aus dem Jahre 1793 fest. Es forderte die Herrschaft des Volkes, proklamierte eine weitreichende Vereins – und Meinungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht, Plebiszite über die Verfassung, Rechenschaftsablegung der Exekutive vor der Legislative, Verantwortlichkeit der Abgeordneten und der auf Zeit zu wählenden Beamten sowie die Besoldung aller Abgeordneten – mit dem Ziel, dass auch die „einfachen“ Bürger, welche von ihrer Arbeit lebten, an der Leitung des Staates teilnehmen könnten. Darüber hinaus erhob das Programm die Forderung auf eine Justizreform mit Geschworenengerichten sowie auf Verhältnismäßigkeit der Strafjustiz unter Ausschluss der Todesstrafe. Ferner auch das Recht auf Sicherheit jeder Einzelperson und auf Widerstand gegen Unterdrückung.⁵⁸

Neben derartigen politischen Postulaten erhoben die Geächteten auch die Forderung nach sozialökonomischen Veränderungen in Deutschland, die sich insbesondere zugunsten des arbeitenden Volkes auswirken sollten, um auch ihm die unabhängige Ausübung aller politischen Rechte und Freiheiten zu ermöglichen⁵⁹. Nach Meinung der Geächteten stellte vor allem die Unabhängigkeit des Volkes die Voraussetzung für die Ausübung der Bürgerrechte dar. Doch konstatierten sie, dass nur jener unabhängig sein könne, „dessen Dasein und Lebensunterhalt nicht wegen seiner äußeren Stellung in die

⁵⁵ Aufruf eines Geächteten an die deutschen Volksfreunde (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur , S. 122).

⁵⁶ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 92.

⁵⁷ Kowalski, Der Bund der Geächtete, S. 213.

⁵⁸ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 96f.

⁵⁹ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 213.

Hand eines Dritten gegeben ist.“⁶⁰ Gleichzeitig mussten sie aber feststellen, dass es unter den bestehenden Verhältnissen in Deutschland wohl nicht einmal einen Ansatz von Gleichheit, geschweige denn von Unabhängigkeit des Volkes gebe, wodurch die Diskussion von Unabhängigkeit oder etwa Gleichheit in ihren Augen vollkommen hinfällig sei, wenn es zu keiner Verbesserung der sozialen Lage käme:

„Aber von Unabhängigkeit reden, wo oft ein Reicher über Tausende von Arbeitern verfügt, deren Loos, ohne ihn Entblößung und Hunger ist; wo oft eine Klasse von Bevorrechteten herrscht über Schaaren geächteter Mitmenschen, mit deren Daseyn sie spielt, deren Schweiß sie verpraßt und deren Leben sie fristet durch spärlichen Taglohn oder durch die beschimpfende Gunst eines Allmosens – bei einem solchen Zustande von Gleichheit, von Unabhängigkeit reden, wäre Spott, wäre schneidender Hohn.“⁶¹

Die Geächteten sahen in der „Annäherung der Gleichheit in den äußeren Verhältnissen“⁶² die Lösung des sozialen Problems in Deutschland – ihrer Meinung nach stand das Recht auf Existenz höher als das Recht auf Eigentum. Aus diesem Gedanken wurde wiederum abgeleitet, dass die Gesellschaft das Recht habe, in Eigentumsverhältnisse einzugreifen um das Glück für alle Bürger sicher zu stellen und „das Elend zu verbannen und die Güter der Bürger der Gleichheit näher zu bringen“⁶³. Jeder Mensch müsste nämlich in ihren Augen die Mittel haben „sich auf eine leichte Weise ein Auskommen zu verschaffen, welches ihm nicht nur die Bedürfnisse des Lebens, sondern auch eine des Menschen würdige Stellung in der Gesellschaft sichert.“⁶⁴ Das Recht auf Arbeit wurde in diesem Zusammenhang als Menschen- und Bürgerrecht definiert und galt als Voraussetzung für die menschliche Würde.⁶⁵

3.4. Die Zeitschrift „Der Geächtete“

Der Bund der Geächteten wirkte nach außen sowohl durch mündliche Propaganda der Gesellen, als auch durch Flugschriften und Flugblätter. Nachdem die Bewegung eine gewisse Ausdehnung erfahren hatte, wurde auch eine eigene Zeitschrift mit dem Titel „Der Geächtete“ in Angriff genommen.

„Der Geächtete“ erschien von Juli 1834 bis Jänner 1836 in zwölf Heften zu je 48 Seiten. Diese Zeitschrift wurde mit einer Auflage von insgesamt 500 Exemplaren herausgegeben und von ca. 200 deutschen Arbeitern in Paris finanziert. Im ersten

⁶⁰ Glaubensbekenntniß eines Geächteten, Paris 1834, Abdruck in: Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 130–138, hier S. 134.

⁶¹ ebd.

⁶² ebd.

⁶³ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 97.

⁶⁴ ebd.

⁶⁵ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 96f.; Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 213.

Erscheinungsjahr kam von Juli bis Dezember 1834 jeweils ein Heft im Monat heraus – die sechs Hefte des zweiten Jahrgangs erschienen schließlich ab Februar 1835 in einem zweimonatigen und zuletzt in einem vierteljährlichen Abstand. Jedes Heft der Zeitschrift enthielt neben Aufsätzen auch einen umfangreichen Nachrichtenteil mit echten, häufig aber auch mit fingierten Korrespondenzen, in welchen zu bestimmten Tagesereignissen Stellung genommen wurden. Dadurch sollte den Mitgliedern ergänzend zum theoretischen Programm der Aufsätze ein „praktischer Anschauungsunterricht“ gegeben werden.⁶⁶ Das Motto der Zeitschrift lautete „Erlöse uns vom Übel! Amen!“⁶⁷ und war in erster Linie für Arbeiter bestimmt.⁶⁸

Die Benennung der Zeitschrift in „Der Geächtete“ war offensichtlich einer klaren Überlegung der Herausgeber gefolgt: Zum einen der Überzeugung, dass ihre Ansichten von allen geächtet würden, welche die Macht in ihren Händen hielten und zum anderen auch dem Wissen der Geächteten, dass sich diese Acht auch auf Personen erstrecken würde, die sich mutig öffentlich zu jenen Ansichten bekannten.⁶⁹

„Der Geächtete“ verfolgte eine republikanische Linie, wobei die Zeitschrift meist die Wesensart der konstitutionellen Monarchie anprangerte, welche in ihren Augen das Volk rechtlos machte. Obwohl die Zeitschrift hauptsächlich in Paris regelmäßig abonniert wurde, lässt sich eine erstaunliche Verbreitung konstatieren, wonach sie nicht nur in Paris, sondern auch in Straßburg oder etwa in der Schweiz gelesen wurde.⁷⁰ Schließlich waren es auch wandernde Gesellen, welche diese Schriften auch in Deutschland verbreiteten, wo es zuletzt auch Handwerker waren, die zwischen 1836 und 1840 Zweigstellen des Bundes im badischen, hessischen, fränkischen und norddeutschen Raum errichteten und leiteten. Obwohl die Bundesteile in Deutschland und Paris regelmäßig durch Wandergesellen oder Sendboten in Kontakt standen, bewahrten die Geächteten in Deutschland dennoch ihre Selbstständigkeit. Sie druckten aus eigener Presse unter anderem die „Erklärung“, die „Statuten“ und den „Aufruf“ nach. Ebenso stand den deutschen Verbindungen auch die von Georg Büchner (1813–1837) gegründete „Gesellschaft der Menschenrechte“ sehr nahe.⁷¹

4. Die Führung

Wie im Zuge der vorliegenden Arbeit bereits dargelegt wurde, befanden sich im Bund der Geächteten sowohl kleinbürgerliche Intellektuelle als auch proletarisierte Handwerker – zwei an sich völlig unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen,

⁶⁶ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 147f.

⁶⁷ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 98.

⁶⁸ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 147.

⁶⁹ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 98.

⁷⁰ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 148.

⁷¹ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 97ff.; Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 213f.

deren Verbindung (anfangs) durch ein gemeinsames Interesse, nämlich die Befreiung Deutschlands aus seiner misslichen politischen (und sozialen Lage), möglich gemacht wurde. Während der kleinbürgerliche Flügel allerdings immer mehr auf endgültige Realisierung der politischen Ziele des Bundes beharrte, pochte der proletarische Flügel, der zunehmend ein „Klassenbewusstsein“ herauszuentwickeln schien, auf die Umsetzung sozialer Reformen und somit auch auf die Verbesserung der sozialen Lage der niederen gesellschaftlichen Schichten. Bald schon kam es innerhalb des Bundes zu Interessenskonflikten – eine Situation, die den Bund mit der Zeit vor eine große Zerreißprobe stellte. In diesem Kontext taten sich innerhalb des Führungskreises besonders zwei Persönlichkeiten hervor, welche zwar innerhalb des Bundes den Status als „geistige Führer“ genossen, mit ihren konträren Ansichten und Ideen allerdings das Bestehen des Bundes zunehmend ins Wanken brachten: Jakob Venedey und Theodor Schuster.

4.1. Jakob Venedey

Jakob Venedey wurde am 24. Mai 1805 als Sohn eines Anwaltes in Köln geboren. Schon relativ früh brachte er seine demokratische und oppositionelle Einstellung zum Ausdruck, als er sich bereits während seines Jura-Studiums in Bonn und Heidelberg in Burschenschaften engagierte und sich auch später, neben seiner Aktivität als Anwalt in der Kanzlei seines Vaters, als politischer und wissenschaftlicher Publizist (z. B. am „Wächter am Rhein“) positiv über die demokratischen und liberalen Bewegungen seiner Zeit äußerte. 1832 nahm er am berühmten „Hambacher Fest“ teil und verbreitete anschließend die Hambacher Ideen in deutschlandweiten Reisen. Nachdem er 1833 in Mannheim wegen seiner Äußerungen im Journal „Wächter am Rhein“ verhaftet worden war, gelang ihm noch im selben Jahr die Flucht über Straßburg nach Nancy, wo er zunächst mit seinem alten Freund Gerhard Pappers zusammenlebte. Aufgrund der Verbreitung von revolutionären Ideen wurde er auch von Nancy ausgewiesen, sodass er im Dezember 1833 nach Paris kam. Dort trat er in den Deutschen Volksverein ein und engagierte sich nach dessen Auflösung in der Bundesleitung des Bundes der Geächteten.⁷² Venedey leitete seit 1835 die Redaktion des Bundesjournals „Der Geächtete“, wo er sein Gedankengut durch eine Reihe von Leitartikeln veröffentlichte.⁷³ Dazu gehörten unter anderem:

- „Deutschland, Sklave, Leibeigener, Untertan“ (Jahrgang 1, Heft 1)
- „Deutschlands größte Nationalschuld“ (Jahrgang 1, Heft 3)
- „Der Kampf für eine bessere Zukunft“ (Jahrgang 1, Heft 4 und 6)

⁷² Heinrich Best/Wilhelm Weege, Biografisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1998, S. 342f.

⁷³ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 214.

- „Die Vorboten der nahenden Krisis in Deutschland“ (Jahrgang 2, Heft 1)⁷⁴

In seinen ersten Artikeln schilderte Venedey zunächst die materielle Not und die revolutionäre Energie des Volkes, wobei er den Standpunkt vertrat, dass das Unglück der Menge der Auslöser für das revolutionäre Gedankengut darstelle und dass die notleidende Bevölkerung aufgrund dessen das Bestehende irgendwann angreifen und vernichten würde. Von seinem anfänglichen kleinbürgerlich-demokratischen Standpunkt näherte sich Venedey mit der Zeit allerdings mehr und mehr einer bourgeoisen Sichtweise an, bis er schließlich im Bundesjournal jede selbstständige Aktion der Massen für eine Verbesserung der sozialen und politischen Lage bekämpfte.⁷⁵ Er war der Meinung, dass die Republik nur durch die Wahl fähiger Minister das Elend der Bauern und Arbeiter verbessern könne und dass man die Gleichheit aller Bürger durch die Einrichtung einer Progressivsteuer wiederherstellen solle. In der Eroberung der politischen Rechte sah er den Schlüssel für soziale Verbesserungen und er liebäugelte mit einer bürgerlichen Republik amerikanischen Musters. Dafür forderte er die Abschaffung der Zivilliste der Fürsten und der, wie er sie selbst nennt, „aufgeblähten Bürokratie“ sowie auch die Auflösung der stehenden Heere.⁷⁶

Dieser Meinung stand jedoch ein anderer führender Kopf des Bundes entgegen: Theodor Schuster.

4.2. Theodor Schuster

Theodor Schuster war ein ehemaliger Privatdozent der Rechtswissenschaften in Göttingen, wo er unmittelbar nach der Julirevolution von 1830 einen Putschversuch vornahm. Er flüchtete im Anschluss nach Frankreich, wo er sich, wie Venedey, zunächst dem Volksverein anschloss und sich anschließend im Bund der Geächteten engagierte. Seit 1835 arbeitete er verstärkt am Bundesjournal mit, wo er, im Gegensatz zu Venedey, vor allem seine sozialreformerischen Ideen zum Ausdruck brachte⁷⁷, unter anderem in folgenden Artikeln:

- „Der Kampf für eine bessere Zukunft“ (Jahrgang 1, Heft 5)
- „Freiheit“ (Jahrgang 2, Heft 5)
- „Gedanken eines Republikaners“ (Jahrgang 2, Heft 2 und 3)⁷⁸

Schuster lehnte sich in seiner Konzeption stark an die Bedürfnisse der werktätigen Mitglieder des Bundes an und war darauf bedacht, auf die von der bürgerlichen

⁷⁴ ebd.

⁷⁵ ebd.

⁷⁶ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 100.

⁷⁷ Beer Max, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Erlangen 1972, S. 505.

⁷⁸ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 214.

Opposition des Bundes vernachlässigten sozialen Fragen einzugehen. Er teilte die Gesellschaft in zwei Klassen ein, wobei die Klasse der alles verzehrenden und nichts hervorbringenden Reichen der alles hervorbringenden und entbehrenden Klasse der Armen entgegenstand⁷⁹, und gab folglich dem Drängen der proletarischen Mitglieder des Bundes nach sozialen Rechten nach. Weitgehende Reformen hielt er in diesem Zusammenhang für unumgänglich und glaubte (im Gegensatz zu Venedey) nicht, dass durch die Aufhebung der feudalen Strukturen oder etwa durch die Errichtung von Republiken nach amerikanischem oder schweizerischem Vorbild die sozialen Probleme gelöst werden könnten.⁸⁰

Auch hinsichtlich des Revolutionsgedankens schienen Venedey und Schuster unterschiedlicher Meinung zu sein. Nach Schuster bringe eine Revolution nur dann einen Fortschritt, wenn sie von den Menschen unter vollständiger Kenntnis des Endzwecks unternommen oder zumindest mit einer solchen Kenntnis fortgeleitet würde:⁸¹ „Nur wer sich klar ist, wer das Ziel kennt, das er zu erreichen strebt, darf es zu erreichen hoffen.“⁸² Venedey hingegen vertrat die Ansicht, dass man erst durch eine Revolution dem Volk das nötige Bewusstsein verschaffen könne, um es zur Herrschaft zu befähigen. Das deutsche Volk müsse sich somit zunächst die Macht erkämpfen, um über die zukünftige Verfassung beraten zu können⁸³, denn „wer vor dem Kampf beraten wolle, was nach dem Sieg zu tun sei, spalte die republikanische Bewegung, lähme ihre Kraft und arbeite dem Feind in die Hände.“⁸⁴ Während Venedey von einer „Volksrevolution“ sprach, welche für ihn eine allgemeine politische Revolution eines „abstrakten“ Volkes darstellte, so hielt Schuster diesem Konzept eine „soziale Revolution“ entgegen, in der ganz klar die arbeitenden Klassen als Träger der Revolution fungieren sollten.⁸⁵

Ihre unterschiedlichen Vorstellungen einer Revolutionsstrategie resultieren wohl aus einer wiederum kontroversen Meinung über die ökonomischen Ursachen sozialer Gegensätze. Venedey sah die materielle Wurzel der Ungleichheit zwischen dem Überfluss der Reichen und der Armut der Masse im Verteilungssystem. Bei diesem stünden nämlich auf der einen Seite das Unglück und der Hunger, auf der anderen Seite jedoch der Überfluss und die Übersättigung. Schuster hingegen suchte die Ursache im

⁷⁹ ebd., S. 214.

⁸⁰ Höppner/Seidel-Höppner, *Der Bund der Geächteten*, S. 100.

⁸¹ ebd., S. 100.

⁸² Theodor Schuster, *Der Kampf für eine bessere Zukunft*, in: *Der Geächtete*. H. 5, 1834, S. 202–218, zit. nach: Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S. 52.

⁸³ Höppner/Seidel-Höppner, *Der Bund der Geächteten*, S. 100.

⁸⁴ „Der Kampf für eine bessere Zukunft. Antwort an Herrn Dr. Schuster“, *Der Geächtete*, Jg. 1, Nr. 4, S. 245ff., zit. nach: Höppner/Seidel-Höppner, *Der Bund der Geächteten*, S. 100.

⁸⁵ Theodor Schuster, *Der Kampf für eine bessere Zukunft*, in: *Der Geächtete*. H. 5, 1834, S. 202–218, zit. nach: Ruckhäberle, *Frühproletarische Literatur*, S. 52.

Eigentumsverhältnis, und zwar in der, wie er es nennt, „außerordentlichen Unverhältnismäßigkeit im Güterbesitz“⁸⁶.

Während Venedey die politische Freiheit als Voraussetzung sozialer Verbesserungen sah, beharrte Schuster auf sozialen Reformen als Garantie für Demokratie und somit auch für die Freiheit. Der Antrieb des arbeitenden Volkes sei seiner Meinung nach nämlich für die politische Befreiung wirksamer, denn ohne sie würden Gesetze über Wahlrecht oder etwa über die Pressefreiheit wirkungslos bleiben. Dem Programm einer „politischen Republik“ von Venedey, stellte Schuster schließlich das Programm einer radikalen sozialen und politischen Emanzipation der arbeitenden Klassen entgegen.⁸⁷

5. Der Zerfall des Bundes

Im vorhergehenden Kapitel wurde der Versuch angestellt, den Interessenskonflikt innerhalb der Führungsreihe der Geächteten nachzuzeichnen. Dabei fiel auf, dass sich innerhalb des Bundes ein immer größerer Riss zwischen dem bürgerlichen und proletarischen Demokratieverständnis, vor allem aber auch zwischen Inhalt und Ziel der zu verfolgenden Propaganda auftat⁸⁸ – eine Tatsache, welche schließlich unweigerlich zum Zerfall des Bundes führen musste.

5.1. Die Ursachen

Nachdem der Bund der Geächteten mehr als zwei Jahre lang unangefochten in Paris existiert hatte, kulminierten die bis Ende des Jahres 1836 stetig anwachsenden Spannungen innerhalb des Bundes in einem sukzessiven Verlassen eines Großteils der Mitglieder (vor allem des proletarischen Flügels), welche sich schließlich zu einer selbstständigen Organisation, dem Bund der Gerechtigkeit, zusammenschlossen.⁸⁹ Da der hierarchische und streng geheime Aufbau der Geächteten keine Unterredungen zwischen den Mitgliedern erlaubt und ermöglicht hatte, stellte sich der Verfall des Bundes als ein langwieriger Prozess heraus, der sich in Paris etwa seit 1835 in Zelten und Lagern unabhängig voneinander vollzog und 1836/37 seinen Höhepunkt erreichte.⁹⁰

Die Ursachen für den Zerfall des Bundes sind in der Forschung sehr umstritten und es gibt unterschiedliche Thesen, die seine Spaltung zu erklären versuchen. Zum einen geht die marxistische Geschichtswissenschaft davon aus, dass die Spaltung vor allem durch eine „Rebellion“ der proletarischen und sozialistischen Mitglieder ausgelöst worden sei, die sich selbstständig organisieren wollten. Dieser Meinung steht allerdings die These

⁸⁶ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S 100.

⁸⁷ ebd., S 100f.

⁸⁸ ebd., S. 99.

⁸⁹ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 28.

⁹⁰ Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 215f.

gegenüber, dass es sich beim Zerfall des Bundes weniger um einen Interessenskonflikt, sondern vielmehr um eine Revolte eines Teils der Mitglieder gehandelt habe, welche gegen die ihnen unbekannte, in Geheimnisse gehüllte Bundesleitung (Brennpunkt) rebelliert und eine Revision der Statuten gefordert habe.⁹¹ Hierfür gibt es zahlreiche Berichte, aus denen hervorgeht, dass sich die Zelte und Lager immer mehr dem von ihnen abverlangten absoluten Gehorsam entgegenstellten – wie beispielsweise aus folgender Aussage eines Bundesmitglieds aus dem Jahre 1834 erschlossen werden kann:

„Allein in unserem Zelt gab es anfangs Streit, weil man von uns unbedingten Gehorsam verlangte und weil die höchste Behörde für unwählbar erklärt wurde. Wir haben uns dagegen sehr aufgelehnt, da wir keinen unbedingten Gehorsam leisten wollten und dieses für widersinnig erklärten, indem es ja sonst der höchsten Behörde einfallen könnte, uns zu allem zu gebrauchen. Wir sind öfters in unseren Vorstand gedrungen, daß er hier Abhilfe schaffen soll, allein von der höheren Behörde wurde durchaus unbedingter Gehorsam verlangt.“⁹²

Im Jahre 1840 versuchte Theodor Schuster zunächst die drohende Spaltung aufzuhalten, indem er einen eigenen Bund der Deutschen gründete, um die Fraktionen wieder zu vereinen. Diese Vereinigung war jedoch äußerst kurzlebig, zumal er an der Beibehaltung der Geheimbündelei, des hierarchischen Aufbaus sowie an der Verpflichtung der Mitglieder zu blindem Gehorsam gegenüber einer auch hier unbekanntem Bundesleitung festhielt. Dies stieß bei den ehemaligen Mitgliedern deutlich auf Ablehnung – waren diese Anforderungen für sie doch entscheidende Gründe für den Ausstieg aus dem Bund der Geächteten gewesen. Nach dem Zerfall des Bundes in Paris, erlosch er schließlich auch in Deutschland im Jahre 1840.⁹³

5.2. Quellen und Rezeption

Wie aus den vorhergehenden Ausführungen ersichtlich wurde, beruhte die gesamte Organisation der Geächteten auf einer äußerst strengen Geheimhaltung – jeglicher Verrat wurde mit Ausschluss oder gar mit dem Tode bestraft. Dies macht es für heutige HistorikerInnen natürlich nicht leicht, die Aktionen des Bundes nachzuvollziehen und zu ergründen. ForscherInnen sind folglich darauf angewiesen, Informationen aus (teilweise fragwürdigen) Verhörsakten, Spitzelberichten oder etwa aus beschlagnahmten Druckschriften zu entnehmen. Aufgrund dieser schwierigen Quellenlage lassen sich bis heute viele Fragen nicht beantworten. Dazu gehört beispielsweise die Frage nach der genauen Mitgliederzahl und der Zugehörigkeit der einzelnen Mitglieder,

⁹¹ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 28.

⁹² Zentrales Staatsarchiv Merseburg, Rep. 77, Tit. 509, Nr. 47, Bd. 2, Bl. 218, zit. nach: Kowalski, Der Bund der Geächteten, S. 216.

⁹³ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 99f.

oder etwa auch die Frage nach der propagandistischen Wirkung und Resonanz, auf die in Folge eingegangen werden soll.⁹⁴

Tatsache ist, dass die politischen und sozialen Vorstellungen des Bundes (vornehmlich der beiden Herren Venedey und Schuster) anfangs noch im Bund der Gerechten aktuell waren und dort auch fortgeführt wurden – bedenke man, dass derselbe schließlich aus dem Bund der Geächteten hervorgegangen ist und anfangs größtenteils ehemalige Mitglieder aus dem Bund der Geächteten rekrutierte. Allerdings dienen den HistorikerInnen heute nicht nur Dokumente des Bundes der Gerechten als wichtige Quelle zur Erforschung der Geächteten und ihrer Resonanz, sondern es gibt noch andere Quellen, welche ihre Ideen aufgreifen. In diesem Kontext sind vor allem Handwerkerlieder zu nennen, welche zwar in ihrer Aussagekraft sehr begrenzt, aber dennoch äußerst aufschlussreich sind. In diesem Zusammenhang ist exemplarisch das „Gerhardsche Liederbuch“ aus dem Jahre 1835 zu nennen. Es handelt sich hierbei um eine Sammlung von „republikanischen Gesinnungsliedern“ der 1830er Jahre, die vornehmlich Freiheitslieder darstellen, die Freiheit als Menschenrecht postulieren und dabei immer wieder auf den „Freiheitsbund der Deutschen“ Bezug nehmen. Der Herausgeber des Liederbuchs, ein gewisser Gerhard⁹⁵, versah sein Vorwort zum Liederbuch mit den Worten „Freiheit, Gleichheit, Tugend“ – eine Formel, die immer wieder in den besagten Handwerkerliedern auftritt und auch in der Flugschrift „Glaubensbekenntniß eines Geächteten“ aufgegriffen wird, wie an folgender Stelle ersichtlich wird:⁹⁶

„Freiheit, Gleichheit, Tugend und Nationaleinheit müssen die Grundsätze sein, auf denen Deutschlands zukünftige Verfassung beruht, wenn Deutschlands Heil, das Glück der braven Deutschen gesichert sein soll.“⁹⁷

Diese Tatsache zeigt uns, dass Lieder für den Bund der Geächteten durchaus als propagandistisches Mittel gedient haben dürften und daher zunehmend auch auf Flugschriften oder Flugblättern verbreitet wurden. Wo immer Handwerker gesellen sich versammelten, wurden politische Lieder gesungen. Diese stellten somit die Basis für die eigentliche propagandistische Bearbeitung dar.⁹⁸ Reduziert auf wenige, aber doch wirksame Schlagworte, wurden die Lieder mit einer einfachen und einprägsamen Melodie versehen und auf das jeweilige Publikum abgestimmt: Sie sollten nämlich sofort und immerzu „sangbar“ sein. Wer auch immer sie zum ersten Mal hörte, sollte

⁹⁴ ebd., S. 92.

⁹⁵ Der Herausgeber des Gerhardschen Liederbuchs dürfte Venedeys alter Freund Gerhard Pappers gewesen sein: Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 144, Fußnote 21.

⁹⁶ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 199.

⁹⁷ Glaubensbekenntniß eines Geächteten (Ruckhäberle, Frühproletarische Literatur, S. 138).

⁹⁸ Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, S. 145.

mitsingen können, um somit in die gemeinschaftliche Äußerung des politischen Willens hineingezogen zu werden – was das Singen dieser Lieder augenscheinlich bedeutete.⁹⁹

Fazit

Bedingt durch die Einführung restriktiver Vereinsgesetze in Frankreich im Jahre 1834 und die darauf folgenden Selbstauflösung des Deutschen Volksvereins, sahen sich die ehemaligen Mitglieder desselben gezwungen, den Weg einer geheimen und illegalen Verbindung zu gehen. In diesem Kontext entstand der Bund der Geächteten – ein Geheimbund mit Sitz in Paris und Zweigstellen in den Staaten des Deutschen Bundes, welcher sich sowohl aus kleinbürgerlichen Intellektuellen als auch aus Handwerkergeesellen zusammensetzte. Inspiriert vom Vorbild der politischen Geheimbündelei, der Karbonaria, entschloss sich der Bund der Geächteten die für seine Existenz „sichersten“ Maßnahmen zu treffen: Hierarchischer Aufbau, absolute Anonymität, bedingungsloser Gehorsam und strenge Geheimhaltung. Diese Prinzipien wurden großgeschrieben und jeglicher Verstoß rigoros bestraft – sogar mit dem Tod. Niemand sollte die Möglichkeit oder die Gelegenheit bekommen, die Existenz des Bundes zu gefährden – sei es absichtlich oder unabsichtlich. In seiner Tätigkeit engagierte sich der Bund neben gegenwärtigen politischen auch für soziale Probleme innerhalb des Deutschen Bundes und bald schon fanden sich unter den Bundesmitgliedern zwei Persönlichkeiten, die immer mehr als Sprachrohr für die beiden Bundesfraktionen fungierten: Jakob Venedey, welcher vor allem die Interessen der kleinbürgerlichen Fraktion unterstützte, und Theodor Schuster, der dem Drängen der werktätigen Arbeiter nach sozialen Reformen nachgab und sich leidenschaftlich dafür einsetzte. Doch der Interessenskonflikt innerhalb des Bundes schien denselben mehr und mehr von innen heraus zu zersprengen und endete im Zerfall der Geächteten – ein Ereignis, das nicht mehr aufzuhalten war, denn sämtliche Versuche den Bund aufrecht zu erhalten, blieben erfolglos. Hier sei vor allem die Initiative Theodor Schusters zu nennen, der in seinem kurzlebigen „Bund der Deutschen“ versuchte, die Wogen zu glätten und die Fraktionen zu vereinen.

Tatsache ist, dass die „proletarische Fraktion“ des Bundes, geprägt von den Ereignissen der Zeit und von den Erfahrungen, welche die Handwerker als Fremdarbeiter in den französischen Werkstätten machten, allmählich ein Klassenbewusstsein entwickelte¹⁰⁰ und immer mehr eine Verselbstständigung anstrebte. Dieser Prozess wurde wohl durch die zunehmende Unzufriedenheit der Bundesmitglieder beschleunigt, welche vor allem auf deren „Unmündigkeit“ innerhalb des Bundes sowie auf die strenge Geheimhaltung und auf den absoluten Gehorsam gegenüber der (unbekannten) Bundesleitung zurückzuführen war. Der Ausstieg eines Großteils der (werktätigen) Bundesmitglieder

⁹⁹ ebd., S. 143.

¹⁰⁰ Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 91.

und ihre Verbindung zu einer eigenständigen Bewegung, dem Bund der Gerechten, war schließlich die letzte Konsequenz. Der geheime und illegale Bund der Geächteten dürfte wohl letztendlich an seiner eigenen Organisation und Geheimhaltung gescheitert sein. Nichtsdestotrotz kann an dieser Stelle abschließend angemerkt werden, dass der Bund der Geächteten in seiner Tätigkeit einiges erreicht hat. Er ging nämlich auf wichtige Fragen der Zeit ein und gab den Arbeitern darüber hinaus die Möglichkeit, sich geistig weiterzubilden:

„Leute, die früher ihre Abende im Wirtshaus und bei Dirnen zubrachten, verwenden jetzt ihre übrige Zeit auf die Ausbildung ihres Geistes, auf das Lesen guter Bücher, auf Besprechung wichtiger und großartiger Fragen der Zeit.“¹⁰¹

Daher kann man sagen, dass der Bund der Geächteten für seine Zeit wesentliche Beiträge zur Zivilisation der Menschheit und somit auch zur besseren Gestaltung der Gesellschaft geleistet hat, auf die man schließlich auch im Revolutionsjahr 1848 mit Genugtuung und Stolz zurückblicken konnte.¹⁰²

Literatur

Beer, Max, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Erlangen 1972.

Best, Heinrich/Weege, Wilhelm, Biografisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1998.

Birker, Karl, Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840–1870, Berlin 1973.

Bouvier, W. Beatrix, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung, Bonn 1982.

Höppner, Joachim/Seidel-Höppner, Waltraud, Der Bund der Geächteten und der Bund der Gerechtigkeit, in: Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815–1848/49, hrsg. v. Reinalter, Helmut, Frankfurt am Main-Wien 2005, S. 89–153.

Kowalski, Werner, Der Bund der Geächteten (BdG), 1834–1840/41, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) in vier Bänden (Band I), hrsg. v. Fricke, Dieter/Fritsch, Werner/Gottwald, Herbert/Schmidt, Siegfried/Weißbecker, Manfred, Köln 1983, S. 210–217.

Lehnert, Detlef, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848 bis 1983, Stuttgart 1984.

¹⁰¹ Brief eines Herrn Pfarrers aus Basel an einen Kommunisten in Lausanne nebst Antwort darauf..., Bern 1844, S. 15f., zit. nach: Höppner/Seidel-Höppner, Der Bund der Geächteten, S. 152.

¹⁰² ebd., S. 152.

Ruckhäberle Hans-Joachim (Hrsg.), Frühproletarische Literatur. Die Flugschriften der deutschen Handwerker-Gesellenvereine in Paris 1832–1839, Berlin-Düsseldorf-Mannheim 1977, S. 139–143.

Schieder, Wolfgang, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963.

Stefanie Wörer ist Studentin der Klassischen Philologie (Latein) und Geschichte im 7. Semester an der Universität Innsbruck: Stefanie.Woerer@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Stefanie Wörer, Der Bund der Geächteten. Über den konspirativen Charakter des Bundes und dessen politisch-sozialen Ziele im Kampf um ein geeinigtes bürgerliches Deutschland, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 59–81, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

Franz Mathis-Award 2010



Die Katholische Kirche und der Holocaust. Die Aufarbeitung des Holocaust und der instabile Weg eines verbesserten Verhältnisses zum jüdischen Volk

Thomas Schwaiger

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Priv.-Doz. Dr. Dirk Rupnow

eingereicht im: SS 2009

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiter: sehr gut

Abstract

The Catholic Church and the Holocaust. Reconciliation of the Holocaust and the unstable road to an enhanced relationship with the Jewry

The following seminar-paper is about the reconciliation with the Holocaust in official documents of the Catholic Church and the German-speaking bishops. This article should also deliver insight into the stations of improvements and declines in the dialog of the Catholic Church and the Jewry from 1945 to 2009.

Einleitung

Mit der so prägnant und tiefgründig auf den Punkt gebrachten Aussage Elie Wiesels, dass „in Auschwitz nicht das jüdische Volk, sondern das Christentum gestorben ist!“¹ scheint wohl ein Schuldeingeständnis der christlichen Kirchen – deren Gläubige zudem die meisten Täter am Holocaust ausmachten² – unumgänglich und notwendig.³

Trotz der Tatsache, dass es auch in der katholischen Kirche wenig, aber kontrovers geführte Diskussionen über die Frage ihrer eigenen Schuld in der NS-Zeit gibt, scheint doch der Holocaust für sie ein Umdenken, ja laut dem Theologen Dietmar Päschel sogar zu einem „Wendepunkt“ in der Haltung gegenüber dem Judentum.⁴

Doch wie zeigte sich diese „Wende“ im Denken und Handeln der Kirche im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert? Was hat die Kirche alles unternommen, um ein Stück weit dieses teils neue Selbstverständnis nach der Katastrophe – der „Shoa“ – gegenüber den Juden sichtbar zu machen, in den Glauben zu internieren und um Wiedergutmachung zu leisten?

Um diese Fragen zu klären werden die drei Punkte über das, was die Kirche nach dem Holocaust hätte tun müssen, abgearbeitet, die Daniel Goldhagen im dritten Kapitel über die Wiedergutmachung in seiner 2002 veröffentlichten Monographie aufgelistet hat. Darin heißt es, dass die Kirche 1. die eigenen Verfehlungen erfassen hätte müssen; 2. Genugtuung für die Opfer hätte leisten müssen; 3. nach Ursachen für die Haltung gegenüber vor allem den Juden im Holocaust, darüber innerhalb der Kirche und ihrer Lehre hätte forschen und diese abstellen müssen.⁵

Aufgrund der vielen gegensätzlichen Haltungen und der zahlreichen divergenten Forschungsergebnisse im Bezug auf die Frage nach der Schuld der Kirche am und im Holocaust wird von der Behandlung dieses Forschungsspektrums Abstand genommen. Zwar sind die Ausführungen und Ergebnisse zur Schuld der Katholischen Kirche für die Ausführungen der vorliegenden Arbeit von Bedeutung, doch würde die Behandlung auch dieser Themen den Rahmen der Proseminararbeit vollends sprengen. Besonders das so kontrovers diskutierte, ständig von der einen Seite kritisierte, von der anderen

¹ Zit. n. Birte Petersen, *Theologie nach Auschwitz? Jüdische und christliche Versuche einer Antwort* (Institut Kirche und Judentum 24), Berlin 1996, S. 53.

² Die Aufteilung der Täter des Holocaust auf die christlichen Konfessionen wird für 1938 wie folgt dargestellt: 22 % Katholiken und 45 % Protestanten. Martin Krapf, *Kein Stein bleibt auf dem anderen. Die christliche Schuld am Antisemitismus*, Neukirchen-Vluyn 1999, S. 35.

³ Ansgar Koschel (Hrsg.), *Katholische Kirche und Judentum im 20. Jahrhundert. Mit Beiträgen von Herbert Bettelheim, Ernst-Ludwig Ehrlich, Gabriel Padon, Gerhard Riegner, Herbert Smolinsky und Erich Zenger* (Religion – Geschichte – Gesellschaft, Fundamentaltheologische Studien 26), Münster 2002, S. 71.

⁴ Dietmar Päschel, *Vatikan und Shoa. Die Haltung des Heiligen Stuhls zu den Juden von der Zeit des Nationalsozialismus bis zum Heiligen Jahr 2000*, Frankfurt/M. 2007, S. 115f.

⁵ Daniel Goldhagen, *Die Katholische Kirche und der Holocaust. Eine Untersuchung über Schuld und Sühne*, Berlin 2002, S. 256.

verteidigte Schweigen vor allem Pius XII. über den Holocaust und die Frage nach einer christlich-katholisch judenfeindlichen Basis, die durch Lehre und Predigt fixiert und verbreitet, für das Entstehen des rassistisch-ideologischen Antisemitismus der NS-Zeit mitverantwortlich zu sein schien, wären dabei von größerer Bedeutung.⁶

Fest steht, dass im Holocaust nicht nur Juden getötet wurden, sondern dieser auch zahlreiche nicht-jüdische Opfer kannte. Da aber wenig bestritten und quellenmäßig gut belegt ist, dass die katholische Kirche sich für die Opfer der Aktion „T4“ („Vernichtung unwerten Lebens“) und zum Christentum konvertierter Juden einsetzte,⁷ bleibt die Hauptschuld der Kirche bei der stillschweigenden Hilfeleistungsunterlassung gegenüber dem jüdischen Volk – zumindest bis zur Deportation der römischen Juden 1943⁸ sowie von einzelnen beispielhaften geweihten und laienhaften Persönlichkeiten abgesehen, die sich für Juden einsetzten.⁹ Die Besserung der Beziehung zum Judentum wird daher nach dem Holocaust in den meisten Pontifikaten zu einem zentralen Punkt der

⁶ Nähere Informationen zum Schweigen Pius XII. und dessen Beurteilung bieten: Peter Godman, *Der Vatikan und Hitler. Die geheimen Archive*, München 2004; Goldhagen, *Kirche und Holocaust*, hier speziell Kap. 1 und 2; Klaus Gotto/Hans Günter Hockerts/Konrad Repgen, *Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz*, in: *Die Katholiken und das Dritte Reich*, hrsg. v. Klaus Gotto/Konrad Repgen, Mainz ³1990, S. 173–190, hier S. 183–188; Lothar Groppe, *Mitschuld der Kirche am Holocaust?*, [<http://www.konservativ.de/komm-mit/groppe.htm>], o.D., eingesehen 18.8.2009; Saul Friedländer, *Pius XII. und das Dritte Reich. Eine Dokumentation*, Reinbek/H. 1965 (basiert allerdings auf rein deutschen diplomatischen Quellen); Krapf, *Kein Stein bleibt auf dem anderen*, S. 42–49, 62; Klaus Kühlwein, *Warum Pius XII. schwieg. Thesen*, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pius.htm>], 21.5.2009, eingesehen 12.9.2009; José M. Sánchez, *Pius XII. und der Holocaust. Anatomie einer Debatte*, Paderborn-Wien 2003; Burkhard Schewick, *Katholische Kirche und nationalsozialistische Rassenpolitik*, in: *Die Katholiken und das Dritte Reich*, hrsg. v. Klaus Gotto/Konrad Repgen, Mainz ³1990, S. 151–171, hier 169f.; Karlen Vesper, *Kein Betriebsunfall. Als zwei Pius-Päpste schwiegen. Die Kirche und der Holocaust*, [<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/-themen/-Kirche/holocaust.html>], 5.2.2009, eingesehen 16.8.2009.

Zum Antisemitismus in der Kirche siehe: Goldhagen, *Kirche und Holocaust*, S. 24, 32–38, 52f., 94–100, 104–107, 163ff., 195, 204, 220, 230, 356f.; Krapf, *Kein Stein auf dem anderen*, Kapitel 1.2, 1.3, 1.4; Päschel, *Vatikan und Shoa*, S. 302; Petersen, *Theologie nach Auschwitz*, S. 53; Klemens Richter, *Die katholische Kirche und die Juden. Zur Entwicklung von 1945–1982*, in: *Die katholische Kirche und das Judentum. Dokumente von 1945–1982*, hrsg. von Klemens Richter, Freiburg/Br.-Basel-Wien 1982, S. 9–24, hier S. 10f.; Gustav Seibt, *Die Reue der Kirche und der Holocaust*, in: *Berliner Zeitung*, 17.3.1998, [<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1998/03/17/none/0009/index.html>], eingesehen 16.8.2009.

⁷ Godman, *Vatikan und Hitler*, S. 28; Schewick, *Kirche und NS-Rassenpolitik*, S. 160–165; Sánchez, *Pius XII. und Holocaust*, S. 54; Goldhagen, *Kirche und Holocaust*, S. 67, 84.

⁸ Kühlwein, *Warum Pius XII. schwieg*, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pius.htm>], 12.9.2009, spricht von Anweisungen seitens des Vatikans an die italienischen Priester und Ordensleute ab dem 25. Oktober 1943. Weiteres zur Hilfe Pius XII. ab 1943 in Groppe, *Mitschuld der Kirche*, [<http://www.konservativ.de/komm-mit/groppe.htm>], 18.8.2009; Sánchez, *Pius XII. und Holocaust*, S. 140.

⁹ Groppe, *Mitschuld der Kirche*, [<http://www.konservativ.de/komm-mit/groppe.htm>], 18.8.2009; Schewick, *Kirche und NS-Rassenpolitik*, S. 160–164; Gotto/Hockerts/Reppen, *Nationalsozialistische Herausforderung*, S. 188ff.; Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), *„Die Last der Geschichte annehmen“*. Wort der Bischöfe zum Verhältnis von Christen und Juden aus Anlaß des 50. Jahrestages der Novemberpogrome 1938, [[http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/-DieLastderGeschichte annehmen1988.pdf](http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/-DieLastderGeschichte%20annehmen1988.pdf)], 20.10.1988, eingesehen 12.9.2009, S. 3f.; Päpstliche Kommission für die religiösen Beziehungen zu den Juden, *Wir erinnern: Eine Reflexion über die Shoah*, inkl. Begleitschreiben Papst Johannes Pauls II., [<http://www.jcrelations.net/de/?item=1060>], 16.3.1998, eingesehen 5.9.2009.

Wiedergutmachung. Als solches wird in der vorliegenden Arbeit der Blickpunkt auf die Reue und Wiedergutmachung gegenüber dem Judentum und ein möglicherweise erfolgtes Schuldbekenntnis der Kirche zum Holocaust gerichtet.

Die Aufarbeitung des Holocaust und der instabile Weg eines verbesserten Verhältnisses zum jüdischen Volk

Im Hauptteil der Arbeit stellt sich nun die Frage, wie die katholische Kirche bis heute auf die – vom protestantischen Theologen Franklin H. Little so formulierte – „größte Glaubwürdigkeitskrise [das ist der Holocaust, d.Verf.] des Christentums“¹⁰ reagiert hat. Im Folgenden wird – gegliedert anhand der Pontifikate von Pius XII. (nach 1945) bis Benedikt XVI. (bis 2009) – den Fragen bzgl. der Aufarbeitung des Holocaust, des Schuldeingeständnisses und der Reue nachgegangen sowie wichtige Stationen der Wiedergutmachung und Distanzierung im katholisch-jüdischen Dialog erläutert.

1.1. Das Pontifikat Pius XII. (1939–1958) – erste kleine Schritte schweigend gegangen

Im Februar 1946 erhielt ein Bonner Pfarrer einen Brief von Konrad Adenauer, der folgendermaßen endete: „Alles das [Widerstand, öffentlicher Aufruf zum Protest, d.Verf.] ist nicht geschehen, und darum schweigt man am besten.“¹¹ Adenauer deutet in seinem Brief die Mitschuld der Kirche wegen ihrer Untätigkeit bei der Hilfeleistung und beim öffentlichen Protest an und beklagt zudem das immer noch anhaltende Schweigen, obwohl der Holocaust historisch vorüber und die mögliche Gefahr, die vom NS-Regime hätte ausgehen können, beseitigt waren.¹² Doch nach 1945 kommt auch aus der Kirche Kritik am Schweigen, so z. B. von der Stellvertretenden Direktorin für Ökumene und interreligiöse Angelegenheiten der katholischen Kirche der USA, Eugene Fisher.¹³ Es stellt sich die Frage, warum die Kirche und Pius XII. nach 1945 weiterhin – bezüglich der Schuldvorwürfe – schwiegen?

Erich Zenger, ein wegweisender Bibelwissenschaftler, äußerte, dass innerhalb der deutschen katholischen Kirche keine Diskussion über die Schuld am Holocaust zugelassen war. Sie verstand sich nach 1945 vielmehr als Opfer des Holocaust, denn als Täter.¹⁴ Dennoch gab es im Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 23. August 1945 ein Bedauern über die „unschuldigen verfolgten Nichtarier“¹⁵ ohne darin jedoch die

¹⁰ Littell zit. n. Krapf, Kein Stein auf anderen, S. 263; zu Adenauers Brief vgl. auch Rolf Steininger, Katholische Kirche und NS-Judenpolitik, in: *Zeitschrift für Katholische Theologie* 114 (1992), Heft 2, S. 166–179, hier S. 179.

¹¹ Brief von Adenauer zit. n. Krapf, Kein Stein auf anderen, S. 43.

¹² Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 73f.

¹³ Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 241.

¹⁴ Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 69; Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 160.

¹⁵ Zit. n. Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 68.

Schoa zu erwähnen. Dafür wurden aber die Katholiken als Helfer und Opfer in den Mittelpunkt gerückt.¹⁶

Bereits 1945 kam von den deutschen Bischöfen in der Fuldaer-Konferenz das erste Schuldeingeständnis, dass sich deutsche Katholiken schuldig gemacht hätten,¹⁷ und am Mainzer Katholikentag 1948 wurde gegen den aufkeimenden Antisemitismus in der Gesellschaft aufgerufen.¹⁸ Dies waren kleine – lobenswerte – Zeichen, doch bedeuteten sie keinesfalls schon den Abgang der Kirche von jüdenfeindlichen Elementen in ihrer Tradition.

Irving Greenberg – Theologe und orthodoxer Rabbiner – sah die Glaubwürdigkeit des Christentums durch seinen Antisemitismus auch nach 1945 bedroht, wenn die Kirche z. B. wie die Darmstädter-Konferenz 1948 den Holocaust als „Gottes Ruf zu einem jüdischen mea culpa, das zu Christus führt [...]“¹⁹ interpretierte. Das heißt der Holocaust sei das Zeichen für die Juden um Verzeihung zu bitten und sich zu Christus zu bekehren.²⁰

Auch in der Gesamtkirche war die Lage ähnlich, sodass es erst einen Anstoß von Außen bedurfte, um der Tragweite des Holocaust und des Antisemitismus überhaupt bewusst zu werden. Diesen lieferte das Buch des jüdischen Historikers und Philosophen Jules Isaac, in dem er den Antisemitismus auf die Lehren der Kirche zurückführte. In der von ihm so bezeichneten „Lehre der Verachtung“²¹ kommt Isaac auf den Gottesmordvorwurf mit der ewigen Kollektivschuld der Juden am Tod Jesu, der sich daraus ergebenden Verwerfung des jüdischen Volkes und vieles mehr zu sprechen. Themen also, die die Beziehung zwischen Judentum und Christentum seit jeher belasteten hatten. Die Diskussion um Isaacs Buch führte 1947 zur Seelisberger-Konferenz, in der Christen zusammen mit Juden Thesen ausarbeiteten, die bestimmen sollten, was nach dem Holocaust frei von Antisemitismus gelehrt werden könne, und die zur Gründung des Internationalen Rates von Christen und Juden (kurz: ICCJ) führte.²²

Auch die Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen rief 1948 zu einer Absage an den Antisemitismus auf. Im Blick auf die Gesamtkirche ist danach lange

¹⁶ Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 68.

¹⁷ Über das Verhältnis der Kirche zum Judentum. Erklärung der deutschen Bischöfe vom 28. April 1980, V. § 7, in: Die katholische Kirche und das Judentum. Dokumente von 1945–1982, hrsg. von Klemens Richter, Freiburg/Br.-Basel-Wien 1982, S. 122–150, hier S. 147f.

¹⁸ Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 69.

¹⁹ Zit. n. Petersen, Theologie nach Auschwitz, S. 56.

²⁰ Ebd.

²¹ Krapf, Kein Stein auf anderen, S. 154; Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 72f.

²² Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 72 f.; Krapf, Kein Stein auf anderen, S. 154f.; Markus Himmelbauer, Einer neuer Geist in Kirche und Gesellschaft. Die internationale Tagung „Katholische Kirche und Judentum – 40 Jahre Konzilserklärung Nostra Aetate“ zog Bilanz über christlich-jüdische Beziehungen und diskutierte Themen der zukünftigen Zusammenarbeit, [<http://www.jcrelations.net/de/?item=2588>], 1.12.2005, eingesehen 18.8.2009.

nichts erfolgt,²³ abgesehen von dem Bekenntnis einer christlichen Verbundenheit der Juden durch Christus in der päpstlichen Weihnachtsansprache von 1949. Damit rückte der Papst ein Stück weit von der jüdenfeindlich geprägten Tradition ab, doch zeigt sich darin auch ein Mangel an Sensibilität für das Selbstverständnis des Judentums.²⁴

Einen weiteren kleinen Schritt für die beginnende Abkehr von einer Verurteilung des Judentums setzte Pius XII. mit einer Änderung in der Karfreitagsliturgie. Nachdem Jules Isaac bei einer Audienz am 16. Oktober 1949 beim Papst die Bereitschaft erweckt hatte, sich antisemitischer Traditionselemente in der Liturgie zu stellen, wurde die Karfreitagsfürbitte „für die treulosen Juden“ – mit der Änderung in: „für die ungläubigen Juden“ – etwas entschärft und das seit 1570 verbotene Knien vor dem Sprechen der Fürbitte nun auch hier am 16. November 1955 eingeführt. Wenngleich nicht von großer Tragweite, so war es ein erstes Zeichen für eine Gesprächsbereitschaft mit den Juden und einer Änderungsbereitschaft auch der katholischen Tradition zugunsten der Juden.²⁵

Am 72. deutschen Katholikentag (1. bis 5. September 1949) in Mainz gelingt der deutschen Kirche ein unter dem Pontifikat Pius XII. bedeutendes Schuldeingeständnis. Darin heißt es, dass „[...] auch viele Katholiken [sic!] sich Schuld zurechnen [müssen], was an den Juden [...] vor allem ohne genügend öffentlichen Widerstand von unserer Seite geschehen ist.“²⁶

Abschließend lässt sich für die Zeit des Pontifikats Pius XII. ab 1945 zusammenfassend sagen, dass das Bewusstsein für das Ausmaß der Katastrophe des Holocaust und für die Täterschaft vieler Katholiken bei der deutschen Kirche vorhanden zu sein schien, während seitens der Amtskirche – inklusive des Papstes – noch immer Schweigen bezüglich der Verantwortlichkeit und den Ereignissen des Holocaust herrschte.

1.2. Das Pontifikat Johannes XXIII. (1958–1963) und Pauls VI. (1963–1978) – der Schritt auf die Juden zu

Nach diplomatischem Dienst als Apostolischer Delegat, besonders lange in der Türkei (1934–1944), wo er zahlreichen Juden bei der Einreise geholfen und laut Lothar Groppe

²³ Himmelbauer, *Einer neuer Geist*, [<http://www.jcrelations.net/de/?item=2588>], 18.8.2009; Goldhagen, *Kirche und Holocaust*, S. 265.

²⁴ Päschel, *Vatikan und Schoa*, S. 73f.

²⁵ Ebd., S. 74f, 90; siehe auch hierzu und für einen Abdruck der Karfreitagsfürbitte: Albert Gerhards, *Die Entwicklung der Karfreitagsfürbitte für die Juden von 1570–2008*, in: „... damit sie Jesus Christus erkennen“. *Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden*, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 15–20, hier S. 16.

²⁶ Zit. n. Steininger, *Kirche und NS-Judenpolitik*, S. 179.

für deren Rettung auch Taufscheine ausgestellt hätte, wurde Angelo G. Roncalli 1958 zum Papst gewählt.²⁷

Ein besseres Verhältnis zum Judentum und dessen Freispruch vom Gottesmordvorwurf waren für Papst Johannes XXIII. – wie für seinen bereits erwähnten jüdischen Freund Jules Isaac – ein „Lebensthema“.²⁸ Deutlich wurde dieses Bestreben zunächst in der Audienz der 130 Vertreter des United Jewish Appeal am 17. Oktober 1960. Der Papst begrüßte diese mit den revolutionären Worten: „Ich bin es, Josef, euer Bruder!“²⁹ Dies war nicht nur eine herzliche Begrüßung, sondern in seinen Worten drückte sich enge Verbundenheit aus. Es war die erste Hochschätzung eines Papstes für Juden. Die „vielleicht [...] erste Geste der Versöhnung“³⁰ – so Oberrabbiner Elio Toaff – mit dem Judentum in der Öffentlichkeit bildete dann die spontane Segnung der Juden vor der Synagoge in Rom.³¹

Weil es aber nicht nur beim Bestreben bleiben sollte, kündigte Johannes XXIII. bereits am 25. Jänner 1959 ein Konzil an, welches die Kirche ins 20. Jahrhundert führen sollte.³² Dabei war es ihm auch ein Anliegen die durch die katholisch-judenfeindliche Lehre belastete Haltung gegenüber dem Judentum zu verbessern, vor allem auf dem Hintergrund des Holocaust. Wie kann „nach Auschwitz [...] de[r] Antisemitismus praktizier[t werden]?“³³ Diese Frage von Elie Wiesel, die auch eine indirekte Anklage beinhaltet, suchte Johannes XXIII. mit einer eigenen Erklärung über das Verhältnis der Kirche zum Judentum im Konzil negativ zu beantworten. Anstoß für eine solche Erklärung gab ihm Jules Isaac bei einer Audienz am 13. Juni 1960. Isaac übergab dem Papst eine 18-Punkte-Denkschrift, in der er die Ausmerzungen des Antisemitismus in Predigt, Katechese und Unterricht forderte.³⁴

Auf welchem starken Widerstand diese Forderung innerhalb der Kirche stieß, weil laut Daniel Goldhagen viele Kirchenmänner bis in die 1960er Jahre antisemitische Parolen verbreiteten,³⁵ lässt sich auch aus der Entstehungsgeschichte der am 28. Oktober 1965

²⁷ August Franzen, Kleine Kirchengeschichte. Erweiterte Neuauflage, erweitert bis in die Gegenwart von Roland Frölich, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2006²⁴, S. 381; Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 267; Michael A. Signer, Vierzig Jahre nach Nostra Aetate: ein entscheidender Wandel aus jüdischer Sicht, in: Nostra Aetate – Ein zukunftsweisender Konzilstext. Die Haltung der Kirche zum Judentum 40 Jahre danach, hrsg. v. Hans Hermann Henrix, Aachen 2006, S. 177–199, hier S. 178; Groppe, Mitschuld der Kirche, [<http://www.konservativ.de/komm-mit/groppe.htm>], 18.8.2009.

²⁸ Himmelbauer, Einer neuer Geist, [<http://www.jcrelations.net/de/?item=2588>], 18.8.2009.

²⁹ Zit. n. Päschel, Vatikan und Shoa, S. 76.

³⁰ Toaff zit. n. ebd., S. 77.

³¹ Ebd., S. 76f.

³² Franzen, Kirchengeschichte, S. 382ff.

³³ Elie Wiesel, Geleitwort in: Krapf, Kein Stein auf anderen, o.S.

³⁴ Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 73; Päschel, Vatikan und Shoa, S. 78; Signer, Vierzig Jahre nach Nostra Aetate, S. 178f.

³⁵ Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 103f., 269.

endgültig angenommenen³⁶ „Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nicht-christlichen Religionen „Nostra Aetate“³⁷ schließen. Am 18. September 1960 beauftragte der Papst Kardinal August Bea, den Leiter des Sekretariats für die Förderung der Einheit der Christen, eine eigenständige Erklärung über das jüdische Volk auszuarbeiten. Bea suchte für die Ausarbeitung Kontakt zum Judentum, wie etwa zum Rabbiner und Religionsphilosophen Abraham Josua Heschel.³⁸

Wegen heftiger Einwände arabischer Kardinäle und der Unvorbereitetheit der Würdenträger des Konzils auf eine eigenständige Erklärung zum Judentum kam diese beinahe zu Fall. Doch konnte sie auf Initiative Kardinal Beas gerettet und ins Ökumenismusschema eingegliedert werden. Durch diese Eingliederung wäre die Verbundenheit mit dem Christentum sehr deutlich geworden, weil das Judentum auf die Ebene von protestantischen und orthodoxen Kirchen gestellt wurde. Doch gerade deswegen kam es erneut zu heftigen Protesten die immer noch nicht aufhörten, als die Erklärung in den Anhang des Ökumenismusschemas gesetzt wurde. Sie konnte in abgeschwächter Form – trotz der heftigen Versuche, sie zu Fall zu bringen – in eine eigenständige Erklärung über alle nicht-christlichen Religionen eingebettet und somit entschärft und schließlich im November 1964 grundsätzlich angenommen werden.³⁹ Koschel und Päschel erwähnen, dass eine solche Erklärung zur Beziehung zum Judentum und zur Absage des Antisemitismus auch wegen des 1963 erschienenen Werkes „Der Stellvertreter“ von Rolf Hochhuth nötig war.⁴⁰

Warum aber wird diesem Dokument so große Bedeutung in der Frage der Beziehung der katholischen Kirche zum Judentum und der des Antisemitismus in der Kirche zugemessen, dass sie selbst vom jüdischen Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg als „unglaublicher Meilenstein“⁴¹ und von Professor Rabbi Michael A. Signer als Eintritt eines „entscheidenden Wandels“⁴² wahrgenommen wird?

Wird ein Blick in die beiden letzten Kapitel des Dokuments geworfen, indem das erste Mal in einer dogmatischen Erklärung eines Konzils das Judentum behandelt wird, dann wird klar, dass nachdem Jahrhunderte lang das Trennende und Unterscheidende zwischen Christentum und Judentum zugunsten der Substitutionstheorie⁴³ herausgearbeitet

³⁶ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 84.

³⁷ Abdruck des deutschen Textes in: Karl Rahner/Herbert Vorgrimmler (Hrsg.), Kleines Konzilskompendium. Sämtliche Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils, Freiburg/Br.-Basel-Wien ³⁵2008, S. 355–360.

³⁸ Himmelbauer, Einer neuer Geist, [<http://www.jcrelations.net/de/?item=2588>], 18.8.2009; Päschel, Vatikan und Shoa, S. 78.

³⁹ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 78-84; Rahner/Vorgrimmler, Konzilskompendium, S. 349.

⁴⁰ Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 68; Päschel, Vatikan und Shoa, S. 80.

⁴¹ Zit. n. Himmelbauer, Einer neuer Geist, [<http://www.jcrelations.net/de/?item=2588>], 18.8.2009.

⁴² Signer, Vierzig Jahre nach Nostra Aetate, S. 179.

⁴³ Näheres zur Substitutionstheorie bietet: Krapf, Kein Stein auf anderen, S. 217–225.

wurde,⁴⁴ die Erklärung gerade das Gemeinsame und Verbindende stark betonte. Somit stellt es auch eine Würdigung des Judentums dar und es begann eine Annäherung an das Judentum, um „gegenseitige Kenntnis und Achtung [zu] fördern [für ein] brüderliches Gespräch.“⁴⁵

Die allgemein gehaltenen Formulierungen und die ambivalente Entstehungsgeschichte des Dokuments zeigen, wie schwierig es ist uralte Traditionen zu ändern.⁴⁶ Dennoch wurde im vierten Kapitel von „Nostra Aetate“ der Lehre von der Verworfenheit der Juden und besonders der ewig geltenden Kollektivschuld der Juden am Tod Jesu – dem sogenannten Gottesmordvorwurf – ein Ende gesetzt. Zudem wurde versprochen, die Verbreitung solcher Lehren in Katechese und Predigt zukünftig zu ahnden.⁴⁷

Laut Kurt Schubert – Gründer des Koordinierungsausschusses für christlich-jüdische Zusammenarbeit – ist die Absage an den Antisemitismus die für das Judentum bedeutsamste Aussage aus „Nostra Aetate“,⁴⁸ weil die theologischen Themen christliche Fragen, aber keine jüdischen sind.⁴⁹ Daneben ist auch das Beklagen aller Verbrechen, „die sich zu irgendeiner Zeit und von irgend jemandem gegen die Juden gerichtet haben“,⁵⁰ von Bedeutung, zumal sie die gesamte Vergangenheit mit all ihren antijüdischen Ausschreitungen und Hassparolen seitens der Kirche und alle Verantwortlichen (Hieße das auch die Würdenträger der Kirche?) betrifft.

Die Kürze und Allgemeinheit sowie einige problematische Formulierungen⁵¹ und dass es sich lediglich um eine Erklärung⁵² handelt, lassen die großen Diskrepanzen innerhalb der Kirche erkennen. Zudem zeigt das Dokument wenig Sensibilität für das jüdische Selbstverständnis⁵³ und für den israelischen Botschafter Dan Ashbel kam – trotz der Achtung für „Nostra Aetate“ – die Erklärung sehr spät.⁵⁴

Johannes XXIII. starb am 3. Juni 1963.⁵⁵ Während des Konzils noch in vollem Gange war, unternahm sein Nachfolger, Paul VI., vom 4. bis zum 6. Jänner 1964 die erste Israelreise eines Papstes in der Geschichte. Obwohl er keine sonderlichen Zeichen für

⁴⁴ Leonore Siegele-Winskewitz zit. n. Krapf, Kein Stein auf anderen, S. 82.

⁴⁵ Nostra Aetate, Nr. 4, in: Rahner/Vorgrimmler, Konzilskompendium, S. 358.

⁴⁶ Richter, Kirche und Judentum, S. 14f.; Päschel, Vatikan und Shoa, S. 87.

⁴⁷ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 84–87; Himmelbauer, Einer neuer Geist, [<http://www.jcrelations.net/de/?item=2588>], 18.8.2009.

⁴⁸ Zur Antisemitismusabsage siehe: Nostra Aetate, Nr. 4, in: Rahner/Vorgrimmler, Konzilskompendium, S. 359.

⁴⁹ Himmelbauer, Einer neuer Geist, [<http://www.jcrelations.net/de/?item=2588>], 18.8.2009.

⁵⁰ Nostra Aetate, Nr. 4, in: Rahner/Vorgrimmler, Konzilskompendium, S. 359.

⁵¹ Zu den problematischen Formulierungen: Päschel, Vatikan und Shoa, S. 87.

⁵² Eine „Erklärung“ ist in der Verfasstheit der römisch-katholischen Kirche die geringste rechtliche Form eines Konzilsdokuments, wenngleich sie auch dogmatische Aussagen beinhaltet. Raner/Vorgrimmler, Konzilskompendium, S. 26ff.

⁵³ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 88; Richter, Kirche und Judentum, S. 14f.

⁵⁴ Himmelbauer, Einer neuer Geist, [<http://www.jcrelations.net/de/?item=2588>], 18.8.2009.

⁵⁵ Franzen, Kirchengeschichte, S. 384.

die anstehende große Wende in der Haltung der Kirche gegenüber dem Judentum – die mit dem Konzil folgen sollte – setzte, wurde die Reise beim jüdischen Volk positiv aufgenommen. Vor allem deshalb, weil er die Erinnerung an die Schoa in den Reden in Israel nicht aussparte und als erster Papst öffentlich über den Holocaust gesprochen hatte.⁵⁶

Auf der Grundlage der neuen Haltung seit dem Konzil wurde 1970 der aus Laien bestehende Gesprächskreis „Juden und Christen“ gegründet⁵⁷ und mit der am 22. Oktober 1974 eingerichteten „Vatikanischen Kommission für Religiöse Beziehungen zum Judentum“ die Dialogabsicht institutionell verankert und somit der Wechsel vom Monolog zum Dialog vorbereitet. Die Institutionen arbeiteten Anleitungen für die richtige Darstellung von Juden und Judentum in der Predigt und der Katechese aus, die überarbeitet in einem eigenen Dokument vom Vatikan am 24. Juni 1985 als Anleitungsschreiben zur praktischen Umsetzung des Konzils veröffentlicht wurden.⁵⁸

Ein Bereich in dem eine dem jüdischen Volk gerechte Änderung erfolgte, war die Karfreitagsfürbitte für die Juden. Aufgrund ihres antisemitischen und missionierenden Charakters hatte Johannes XXIII. bereits vor dem Konzil einige Worte, wie „perfidis“ (treulos, ungläubig) streichen lassen.⁵⁹ Im offiziellen Buch über die Liturgie der römisch-katholischen Kirche, dem „Missale Romanum“, wurde die neue Fürbitte am 26. März 1970 in einem gänzlich anderen Charakter veröffentlicht. In der neuen Fassung würdigte die Kirche das Judentum als das Volk zu dem „Gott als erstes gesprochen hat“ und von der Missionierung Abstand genommen. Dies ist wohl die wichtigste liturgische Konsequenz aus „Nostra Aetate“.⁶⁰

Das Zweite Vatikanische Konzil führte also zu Toleranz und Anerkennung gegenüber anderen Religionen, besonders gegenüber dem Judentum.⁶¹ Der Beschluss der Änderung der Lehre – durch Ausradierung judenfeindlicher Traditionselemente – lässt wohl auf ein Schuldgefühl der katholischen Kirche gegenüber dem Judentum schließen, auch wenn sie dies nicht direkt zugab.

Doch beklagten die katholischen Theologen Erich Zenger und Ernst-Ludwig Ehrlich den geringen Erfolg bei der Bekanntmachung der theologischen Erneuerungen an der Basis und die großen Widerstände, die auch noch 1975 seitens vieler Laien und auch Wissenschaftler kamen. In vielen Kreisen der Kirche war man noch immer nicht soweit,

⁵⁶ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 81.

⁵⁷ Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 99.

⁵⁸ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 90f.

⁵⁹ Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 76.

⁶⁰ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 90.

⁶¹ Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 269; Päschel, Vatikan und Shoa, S. 87.

die eigenständige Existenz des Judentums, „die nicht darin besteht, auf den Moment der ‚Bekehrung‘ zu warten“,⁶² zu akzeptieren.⁶³

Betreffend die Schuldigkeit am Holocaust war die deutsche Kirche schon erheblich weiter gekommen, als die Amtskirche. Das wird auch im Beschluss der gemeinsamen Synode der deutschen Bistümer am 22. November 1975 deutlich, in der die Bischöfe erklärten, dass „[...] wir [gemeint sind hier wahrscheinlich die deutschen Katholiken, Hervorhebung vom Verf.] in unserem Land zu Schuldern des jüdischen Volkes geworden“ sind.⁶⁴ Eine Verpflichtung besonders der deutschen Kirche sei es dabei für bessere Beziehungen mit dem Judentum einzutreten.⁶⁵

1.3. Das Pontifikat Johannes Pauls II. (1978–2005) – Große Gesten und leise Worte

Acht Monate nach dem Pontifikatsantritt besuchte Johannes Paul II. am 7. Juni 1979 als erster Papst das Konzentrationslager Auschwitz. Am Ende seines Besuches verweilte er längere Zeit vor der Gedenktafel mit der hebräischen Inschrift und gab seiner Betroffenheit folgendermaßen Ausdruck: „An diesem Gedenkstein darf niemand gleichgültig vorübergehen.“⁶⁶ Ein erstes Zeichen für ein tieferes Beklagen der Vorfälle während der Schoa und für ein besseres Verhältnis zum Judentum?⁶⁷

In der Tat scheint die „Papstbesuch-Premiere“ in der römischen Synagoge am 13. April 1986 dies zu bestätigen. Johannes Paul II. bezeichnete die Diskriminierung der Juden und Akte gegen sie in der Geschichte als „äußerst bedauerlich“.⁶⁸ Nach der Wiederholung der Antisemitismusabsage aus „Nostra Aetate“ fügte der Papst hinzu: „von wem auch immer“.⁶⁹ Nimmt das auch die Kirche als solche von der Schuld an Verfehlungen gegenüber den Juden nicht aus?

⁶² Scharlotte Klein zit. n. Krapf, Kein Stein auf anderen, S. 115.

⁶³ Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 99f., 115; Krapf, Kein Stein auf anderen, S. 115.

⁶⁴ Erklärung der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland zum 22. November 1975, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/ErklaerungGemeinsSynodeDerBistuemer.pdf>], 22.11.1975, eingesehen 12.9.2009.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Aus der Predigt Papst Johannes Pauls II. bei der Eucharistiefeier im Konzentrationslager Auschwitz vom 7. Juni 1979, in: Vatikan und Shoa. Die Haltung des Heiligen Stuhls zu den Juden von der Zeit des Nationalsozialismus bis zum Heiligen Jahr 2000, hrsg. v. Dietmar Päschel, Frankfurt/M. 2007, S. 109–110, hier S. 109f.

⁶⁷ Hans Hermann Henrix, Einfluss und Wirkungen der Konzilserklärung Nostra Aetate, Artikel 4 in Europa, in: „... damit sie Jesus Christus erkennen“. Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 59–82, hier S. 61; Richter, Kirche und Juden, S. 23f; Päschel, Vatikan und Shoa, S. 93f.

⁶⁸ Ansprache von Papst Johannes Paul II. Bei seinem Besuch in der Synagoge von Rom am 13. April 1986, [http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/Ansprache%20JPII_Synagoge%20Rom.pdf], 13.4.1986, eingesehen 12.9.2009, S. 2.

⁶⁹ Ebd.

Am beeindruckendsten und folgenreichsten war sicherlich seine Ausführung über das Verhältnis der beiden Religionen, wenn er sagte, dass das Judentum zum „Inneren des Christentums“ gehöre und die Juden eigentlich die „bevorzugten, [...] älteren Brüder“ der Christen seien.⁷⁰ So viel Hochschätzung und Würdigung hat noch kein Papst dem Judentum entgegengebracht. Auch hob er besonders die Gemeinsamkeiten von Juden und Christen hervor. Er sprach sich gegen die Zwangsmissionierung aus, rief die Katholiken zur Umsetzung von „Nostra Aetate“ und zu beiderseitiger Versöhnung und Dialogbereitschaft auf.⁷¹

Die päpstliche Wiederholung der Worte aus „Nostra Aetate“ („von wem auch immer“) ließe einen Schluss auf die Mitschuld auch der Kirche zu. Dieser Frage der Mitschuld stellten sich die deutschsprachigen Bischöfe der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und der Schweiz 1988 im „Wort der Bischöfe“ zum Verhältnis von Christen und Juden. Nachdem die deutschen Bischöfe bereits in ihrer Erklärung vom 30. Jänner 1983 bekundet hatten, dass sie „wissen, dass es auch in der Kirche Schuld gegeben hat“ und dass es nun für die Kirche nicht um Rechtfertigung, sondern um Selbstbesinnung gehen müsse,⁷² kamen die deutschsprachigen Bischöfe im neueren Dokument zu einem klareren Schuldeingeständnis. Demnach wäre der Protest gegen das NS-Regime und dessen Gräueltaten an Juden besser gewesen, als das Schweigen, welches die Würdenträger sehr bedrücke. Nach einem Zitat des Schuldeingeständnisses der Fuldaer-Bischofskonferenz, erklärten die Bischöfe zu wissen, „dass [...] schon gar nicht alles entschuldigt werden kann.“⁷³ Zumal die „Mitverantwortung aller“ bliebe, als Schuldigkeit gegenüber den Opfern des Holocaust und wegen dem Beitrag des religiösen Antijudaismus zur erfolgreicherer Verbreitung des Antisemitismus müssten die Gläubigen „die Last der Geschichte annehmen.“⁷⁴ Beeindruckend ist, dass auch für die Kirche selbst Schuldigkeit nicht ausgeschlossen wurde. Die Bischöfe erklärten nämlich, dass diese „eine sündige und der Umkehr bedürftige Kirche“ wäre.⁷⁵ Am Ende riefen sie die Gläubigen zum Abschwören des Antisemitismus und zur persönlichen Begegnung mit Juden auf.⁷⁶

⁷⁰ Ebd., S. 2f.

⁷¹ Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 322; Henrix, Einfluss und Wirkungen, S. 62; Päschel, Vatikan und Shoa, S. 94ff.; Ansprache von Papst Johannes Paul II., [http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/-Ansprache%20JPII_Synagoge%20Rom.pdf], 12.9.2009, S. 1–5; [<http://www.osse-schalom.de/-synagoge.htm>], o.D., eingesehen 18.9.2009.

⁷² Erklärung der deutschen Bischöfe zum 30. Januar 1983, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/ErklaerungDerDtBischoefe30-1-1983.pdf>], 30.1.1983, eingesehen 12.9.2009, S. 1.

⁷³ Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), „Die Last der Geschichte annehmen“, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/DieLastderGeschichteannehmen1988.pdf>], 12.9.2009, S. 6.

⁷⁴ Ebd., S. 6f.

⁷⁵ Ebd., S. 7.

⁷⁶ Ebd., S. 4–11; Steininger, Kirche und NS-Judenpolitik, S. 179; Henrix, Einfluss und Wirkungen, S. 67.

In der Erklärung der deutschen Bischöfe zum 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz vom 23. Jänner 1995 wird die Schuldhaftigkeit der Kirche am Holocaust, mit der Formulierung „Versagen und Schuld der damaligen Zeit haben auch eine kirchliche Dimension“ endgültig klargestellt.⁷⁷

Im Blick auf die Amtskirche kam es schon ein Jahr vor der Erklärung der deutschen Bischöfe zum Austausch von Botschaftern zwischen dem Vatikan und dem Staat Israel. Was für die vatikanische Zeitung „Civiltà Cattolica“ 1897 undenkbar war, nämlich den Juden die heiligen Plätze oder gar Jerusalem als Hauptstadt zu geben, wurde mit Gründung des Staats Israel 1948 Realität.⁷⁸ Der katholisch-jüdische Dialog war von der Vorenthaltung der Anerkennung des jüdischen Staates belastet. Bereits beim Synagogenbesuch Papst Johannes Pauls II. forderte der römische Oberrabbiner Elio Toaff die Anerkennung seitens der Kirche. Am 30. Dezember 1993 wurde – gegen den Willen des Staatssekretariats (eine Art „Außenministerium“ des Vatikans) und Vertretern der Kurie – der Grundlagenvertrag verabschiedet.⁷⁹ Während Koschel erwähnt, dass es der Kirche dabei um die Mitwirkung am Friedensprozess im Nahen Osten ging, war die Anerkennung für Merkeley reines Kalkül, weil es in den 1990er Jahren allmählich peinlich wurde, „die einsame christliche Stimme in einem muslimischen Chor“⁸⁰ zu sein.⁸¹ Dennoch stellt sich bei einer Entscheidung für die zweite Deutung die Frage, warum sich die Kirche im Grundlagenvertrag für die Bekämpfung des Antisemitismus verpflichten hätte sollen.⁸²

Bereits vor der Anerkennung Israels seitens der Kirche und auch vor der beeindruckenden Erklärung der deutschen Bischöfe von 1988 forderte die amerikanische katholische Kirche 1987 in ihren Leitlinien „Within Context“ zur Umsetzung des neuen Bewusstseins aus *Nostra Aetate* und einer richtigen Darstellung des Judentums in Unterricht, Katechese und Predigt zur Aufarbeitung der Geschichte des kirchlichen Antijudaismus auf. Das Bistum Aachen übernahm 1989 mit der Übersetzung dieses Werks ins Deutsche – mit dem Titel „Christen und Juden. Von den Wurzeln her begreifen.“ – diese Forderung.⁸³

⁷⁷ Henrix, Einfluss und Wirkungen, S. 67.

⁷⁸ Himmelbauer, Einer neuer Geist, [<http://www.jrelations.net/de/?item=2588>], 18.8.2009.

⁷⁹ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 96f.; Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 86f.; Vesper, Kein Betriebsunfall, [<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Kirche/holocaust.html>], 16.8.2009.

⁸⁰ Zit. n. Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 316.

⁸¹ Ebd.; sowie: Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 86f.

⁸² Grundlagenvertrag vom 30. Dezember 1993, Art. 2, § 1, in: Katholische Kirche und Judentum im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Ansgar Koschel (Religion – Geschichte – Gesellschaft 26), Münster 2002, S. 141–143, hier S. 142.

⁸³ Katechetisches Institut des Bistums Aachen (Hrsg.), Christen und Juden von den Wurzeln her verbunden. Leitlinien, Kriterien, Anregungen und Empfehlungen für die Verkündigung, die Erwachsenenbildung und den Religionsunterricht, Aachen 1989, Vorwort sowie S. 4, 44.

Als das Dokument „Wir erinnern. Eine Reflexion über die Schoa.“ am 16. März 1998 erschien, war darin keine objektive Aufarbeitung der Schuld des christlichen Antijudaismus am Holocaust beinhaltet. Allein schon die großen Widerstände Roms gegen die Urfassung des Dokuments machten eine solche Aufarbeitung und ein großes „*mea culpa*“ unmöglich. Darin hieß es schon im ersten Kapitel, dass der NS-Antisemitismus die judenfeindliche Einstellung der Christen nutzte und einkalkulierte und das zweite Kapitel brachte das Eingeständnis der Mitverantwortung an der Schuld gegenüber Juden.⁸⁴ Doch wäre dies umso notwendiger gewesen, wenn bedacht wird, dass sich die deutsche katholische Kirche bereits 1988 und 1995 zu ihrer Schuld bekannt hatte.⁸⁵

Dennoch weist das Dokument Betroffenheit angesichts der Gräueltaten im Holocaust auf. So heißt es z. B., dass die Schoa niemandem gleichgültig sein könne. Die Kirche gestand darin auch ein, dass die „Geschichte der Beziehung zwischen Juden und Christen [...] leidvoll“ gewesen wäre und die Bilanz der 2000-jährigen Geschichte „negativ“ ausfiele.⁸⁶ Auch wenn viele Katholiken sich für Juden einsetzten,⁸⁷ bedauere die Kirche „zutiefst alle Fehler und die Schuld dieser Söhne und Töchter“ die Hilfe verwehrten.⁸⁸ Trotz dieses Bedauerns konnte sich die Kirche nicht zu ihrer eigenen Schuldigkeit bekennen. Diese wurde sogar deutlich zurückgewiesen, wenn es hieß, dass der „Antisemitismus [...] seine Wurzeln außerhalb des Christentums“ gehabt hätte und die Kirche nicht Täterin, sondern selbst Opfer des NS-Terrors gewesen sei.⁸⁹ Auch wenn das Dokument Anteilnahme an jüdischem Leid und jüdischer Trauer, neben einer Verurteilung des Antisemitismus in schönster Metaphorik,⁹⁰ aufweist, so ist es wohl eher ein Rechtfertigungsschreiben als ein Schuldeingeständnis.⁹¹

Zudem ist am römischen Widerstand, v. a. jenem der Kurie, an der Urfassung und aus vielen Aussagen des Dokuments selbst wohl zu folgern, dass auch nach „*Nostra Aetate*“ die antijüdische Einstellung in der Kirche weitergelebt haben dürfte. Wie sonst könnte die Aussage erklärt werden, dass die Kirche nichts zum Antisemitismus der NS-Zeit

⁸⁴ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 98f.

⁸⁵ Henrix, Einfluss und Wirkungen, S. 64.

⁸⁶ Päpstliche Kommission für die religiösen Beziehungen zu den Juden, Wir Erinnern, [<http://www.jcrelations.net/de/?item=1060>], 5.9.2009.

⁸⁷ Ganz besonders hervorgehoben wurden hier Erzbischof Faulhaber, Bischof von Preysing und der Berliner Propst Lichtenberg. Ebd.; Siehe dazu auch: Henrix, Einfluss und Wirkungen, S. 66.; Päschel, Vatikan und Shoa, S. 101f.

⁸⁸ Päpstliche Kommission für die religiösen Beziehungen zu den Juden, Wir Erinnern, [<http://www.jcrelations.net/de/?item=1060>], 5.9.2009.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ „Der giftige Samen des Antijudaismus und Antisemitismus darf niemals im Herzen der Menschen Wurzeln schlagen.“ Ebd.

⁹¹ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 98–102; Henrix, Einfluss und Wirkungen, S. 63–66; Seibt, Die Reue der Kirche, [<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1998/0317/none/0009/-index.html>], 16.8.2009.

beigetragen habe?⁹² Martin Krapf – ein katholischer Theologe – erläutert wie sinnlos doch diese Argumentation ist, da die Täter im Holocaust zu 94 % Christen waren. Die Äußerung Kardinal Ruinis, dass die Schuld am Holocaust die Aufklärer, wie Voltaire und Kant, trügen, berücksichtigt nicht, dass auch diese von der christlichen Kultur – somit auch vom Antijudaismus – geprägt waren.⁹³ David Kertzer sieht den kirchlichen Antijudaismus als „einen der wichtigsten Architekten des Antisemitismus“,⁹⁴ wie auch der jüdische Theologe und Rabbi Eliezer Berkovits die Unmöglichkeit des Holocausts ohne christlichen Antijudaismus aufzeigt.⁹⁵ Besonders anschaulich zeigt auch Daniel Goldhagen in seinem Bildvergleich auf, dass der kirchlich-christliche Antijudaismus den Nährboden für den neuzeitlichen Antisemitismus bereitete.⁹⁶ Dem schließen sich die Studien über die Kanzelpredigten in der Geschichte der katholischen Kirche von Walter Zwi Bachera und die Aussagen von Leonore Siegele-Wenschkewitz an.⁹⁷ Der deutsche Judaist Hermann Greive schreibt, dass die heutige übliche Unterscheidung zwischen dem „älteren Religionsstandpunkt [Antijudaismus, d.Verf.] und dem modernen Rassestandpunkt [Antisemitismus, d.Verf.] vielleicht logisch-plausibel, aber historisch-analytisch unzureichend“⁹⁸ sei, und bringt die verschiedenen Sichtweisen und Argumentationsstränge damit auf den Punkt.

Das Dokument löste nach seiner Erscheinung heftige Proteste unter Juden und Christen aus, besonders von Seiten Israels.⁹⁹ Doch gab es auch bereits vor 1998 mit dem Aufstellen von Kreuzen und der Einrichtung eines Klosters der acht barfüßigen Karmeliten im Konzentrationslager Auschwitz eine Belastung des christlich-jüdischen Dialogs.¹⁰⁰ Der amerikanische Theologe A. Roy Eckart verurteilte die von ihm so bezeichnete „Christianisierung von Auschwitz“¹⁰¹ und Goldhagen sieht darin jenes Verständnis der Kirche, nur Opfer des Holocaust gewesen zu sein, das auch in „Wir erinnern“ deutlich hervorscheint.¹⁰² Die Auflösung der vom Vatikan bestellten christlich-jüdischen Historikerkommission, die das Verhalten Pius XII. im Holocaust untersuchte, brachte eine weitere Ernüchterung in der Beziehung zwischen der Kirche und dem Judentum. Sie zeigte erneut auf, wie wenig die Kirche bereit war ihre Vergangenheit objektiv aufzuarbeiten und Fehler einzugestehen.¹⁰³

⁹² Päschel, Vatikan und Shoa, S. 98–102.

⁹³ Krapf, Kein Stein auf anderen, S. 79, 94f., 330.

⁹⁴ Zit. nach Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 107.

⁹⁵ Petersen, Theologie nach Auschwitz, S. 53.

⁹⁶ Für den Bildvergleich siehe: Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 220f.

⁹⁷ Krapf, Kein Stein auf anderen, S. 79ff.

⁹⁸ Zit. nach ebd., S. 78.

⁹⁹ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 109.

¹⁰⁰ Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 318f.; Päschel, Vatikan und Shoa, S. 98.

¹⁰¹ Zit. nach Krapf, Kein Stein auf anderen, S. 266.

¹⁰² Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 319.

¹⁰³ Ebd., S. 79, 259f.

In großen Schritten näherte sich nun das Heilige Jahr 2000. Für einen würdigen Eintritt in das neue Jahrtausend müsse die Kirche die „Lasten auch der Schuld der Vergangenheit auf ihre Schultern [...] nehmen“¹⁰⁴, so heißt es im von der „Internationalen Theologischen Kommission“ ausgearbeiteten Dokument „Erinnern und Versöhnen. Die Kirche und die Verfehlungen in ihrer Vergangenheit.“ Nachdem das vorherige Dokument in den meisten Punkten für viele Juden und Christen enttäuschend war, wurde von diesem Dokument eine objektive Vergangenheitsaufarbeitung und ein klares Schuldbekenntnis auch von der Kirche selbst erhofft, zumal der Name und diese erste Aussage viel versprechend schienen. Doch mit der Veröffentlichung am 22. Februar 2002 kam die Ernüchterung. Die Kirche gestand in dem Dokument zwar erneut die Fehler der Katholiken, jedoch nicht jene der „Organisation Kirche“ selbst ein. Dennoch zeigte es für die Kirche ein Eingeständnis moralischer Verantwortung für ihre Gläubigen.¹⁰⁵ Durch die „Reinigung des [gemeinsamen] Gedächtnisses“ wolle sie Gewaltvorstellungen und Ressentiments von jüdischer und christlicher Seite überwinden.¹⁰⁶ Dort wo es über das Verhältnis zwischen Juden und Christen und den Beitrag des kirchlichen Antijudaismus zur Entstehung des Antisemitismus geht, brachte das Schreiben jedoch nur den Wortlaut von „Wir erinnern“.¹⁰⁷ Das heißt, dass trotz der Proteste nach dem ersten Dokument „Wir erinnern“ diese so umfassende – 41 Seiten lange – Erklärung keinen Fortschritt in Vergangenheitsbewältigung und Schuldauflösung der Gesamtkirche brachte.¹⁰⁸ Dennoch war es das erste Mal, dass die Kirche zum Heiligen Jahr eine Gewissensforschung über mögliche Verfehlungen – die der Papst gegen den Widerstand der Kurie vorangetrieben hatte¹⁰⁹ – durchführte. Fraglich bei dieser Premiere blieb, wie ehrlich es die Kirche wohl mit der Aufarbeitung meinte.¹¹⁰ Dazu bedarf es auch dem Blick auf die weiteren geplanten und gesetzten Worte und Taten im Jahr 2000.

„Wir sind zutiefst betrübt über das Verhalten aller, die im Laufe der Geschichte deine Söhne und Töchter leiden ließen. Wir bitten um Verzeihung und wollen uns dafür einsetzen, daß echte Brüderlichkeit herrsche mit dem Volk des Bundes.“¹¹¹

Dies war die vierte der sieben Vergebungsbitten, die Johannes Paul II. am ersten Fastensonntag (12. März 2000) in Rom sprach. Es war das erste Mal, dass ein Papst um

¹⁰⁴ Internationale Theologische Kommission, *Erinnern und Versöhnen. Die Kirche und die Verfehlungen in ihrer Vergangenheit*, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/ErinnernundVersoehnen.pdf>], 22.2.2000, eingesehen 12.9.2009, S. 3.

¹⁰⁵ Ebd., S. 6f.

¹⁰⁶ Ebd., S. 2, 26.

¹⁰⁷ Ebd.; Zur Frage der Verfehlungen gegenüber den Juden vgl. ebd., S. 30.

¹⁰⁸ Päschel, *Vatikan und Shoa*, S. 103ff.

¹⁰⁹ Henrix, *Einfluss und Wirkungen*, S. 63.

¹¹⁰ Päschel, *Vatikan und Shoa*, S. 108f.

¹¹¹ Zit. n. ebd., S. 106.

Verzeihung für die Gräueltaten gegen die Juden bat. Darin findet sich auch der Wunsch nach einer intimen Beziehung mit den jüdischen Brüdern und das Versprechen einen Beitrag dafür zu leisten.¹¹² Für Martin Krapf ist es anmaßend seitens des Christentums um Verzeihung zu bitten, weil es eine unmissverständliche Einforderung von Buße beim Volk nie gegeben hat.¹¹³

Den Höhepunkt des Heiligen Jahres bildete die Nahostreise des Papstes vom 21. bis 26. März 2000. Bevor er nach Israel kam, besuchte er Ägypten, Jordanien und Syrien, wo er laut Daniel Goldhagen der antisemitischen Rede von Präsident Hafiz al-Assad nicht widersprach.¹¹⁴ Warum dies geschehen bzw. nicht geschehen ist, lässt sich heute kaum noch eruieren. Klar bleibt aber, dass die christliche Heilslehre, der zufolge der Mensch das Heil nur durch Christus erreichen könne, sehr schwer mit der Anerkennung von Heilswegen anderer Religionen, wie in „Nostra Aetate“ geschildert, vereinbar scheint. Blickt man auf der einen Seite auf dieses Konzilsdokument sowie die Gesten und Dialogbereitschaft von Johannes XXIII. und Johannes Paul II., auf der anderen Seite auf das kirchliche Schreiben „Dominus Jesus“¹¹⁵ und die Aussage „Außerhalb der Kirche kein Heil“¹¹⁶ im Katechismus der Katholischen Kirche, scheint wohl ein Widerspruch zwischen gesetzten Gesten und Taten und der christlichen Lehre zu bestehen? Doch auch die „Christozentrik“ in „Nostra Aetate“ legt nahe, dass es Heil ohne Christus nicht geben kann.¹¹⁷

In Israel besuchte der Papst die Gedenkstätte Yad Vashem (23. März). Seine Rede war geprägt von Gedenken und persönlicher Betroffenheit über den Holocaust. Das Erinnern und die Betrübnis der Kirche erfolgten nicht aus politisch-taktischen Motiven, sondern vom Gebot der Nächstenliebe motiviert. Dabei betonte der Papst das „unermessliche geistliche Erbe“ zwischen den beiden Religionen und rief zu einer Zukunft ohne antijüdische und antichristliche Vorurteile auf.¹¹⁸ Nach seiner Rede traf er einige Holocaust-Überlebende, darunter auch eine jüdische Frau, welcher der Priester

¹¹² Ebd.

¹¹³ Krapf, Kein Stein auf anderen, S. 264.

¹¹⁴ Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 320f.

¹¹⁵ Ebd., S. 345.

¹¹⁶ Kap. 2, Art. 9, Abs. 3, III, § 846 „Außerhalb der Kirche kein Heil“, in: Katechismus der Katholischen Kirche. Neuübersetzung ins Deutsche aufgrund der Editio typica Latina 1997, München 2005, S. 252.

¹¹⁷ Nostra Aetate, Nr. 2.4, in: Rahner/Vorgrimmler, Konzilskompendium, S. 356, 359.

¹¹⁸ Ansprache während der Stunde der Erinnerung in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/AnspracheYadVashem.pdf>], 23.3.2000, eingesehen 12.9.2009, S. 1f; außerdem dazu: Päschel, Vatikan und Shoa, S. 106f.; für die audiovisuelle Aufzeichnung der Rede siehe: Pope John Paul II Speaks about the Holocaust, Yad Vashem, [http://www.youtube.com/watch?v=qXA5BztXaA8&feature=Playlist&p=5FCA59B0363CD41D&index=1&playnext=2&playnext_from=PL], 23.3.2000, eingesehen 5.9.2009, Länge: 3:09 Min.

Wojtila als Mädchen nach der Rückkehr aus dem Konzentrationslager zu überleben geholfen hatte.¹¹⁹

Den Höhepunkt der Reise bildete sicher der Besuch der Klagemauer. Demütig hat Johannes Paul II. dort jenen Zettel mit der Vergebungsbitte vom 12. Februar 2000 in eine Ritze der Westmauer des ehemaligen Jerusalemer Tempels gesteckt. Dieses Bild ging um die Welt als der Inbegriff von Sühnebereitschaft. Für Herbert Bettelheim hatte der „Mensch Wojtila [...] Papst Johannes Paul II. in den Schatten gestellt“¹²⁰ und auch die israelische Zeitung Ha Aretz (Hebr. für: die Erde; das Land) sah im Klagemauerbesuch des Papstes eine große Geste. Sie schrieb folgendes:

„Es war die Krönung seines Papsttums, das glorreiche Ergebnis der Arbeit von zwei Jahrzehnten der Versöhnung, der Aussöhnung vielleicht zwischen Juden und Katholiken, und es waren nicht die Juden, die er um Vergebung bat, sondern seinen und ihren Gott.“¹²¹

Für den Theologen und Professor Herbert Smolinsky blieb nur zu hoffen, dass die Reise „nicht ein Blitzlicht [in der Geschichte des jüdisch-christlichen Dialogs, d.Verf.] [war], [...] das wieder verschwindet.“¹²²

Es ist wohl berechtigt, wenn Dieter Päschel ausführt, dass trotz der hohen Wertschätzung und Achtung des Judentums auch in den beiden Dokumenten, die Gesten, wie die „Vergebungsbitte an der Jerusalemer Westmauer [den Wunsch nach Besserung der Beziehungen] mehr [hat] verdeutlichen können, als es die Vatikanischen Dokumente zu erreichen in der Lage waren.“¹²³ Dennoch brachte auch das Heilige Jahr substantiell keinerlei Fortschritte.¹²⁴

1.4. Das Pontifikat Benedikts XVI. (seit 2005) – Ungeschick und leiser Rückfall?

Genau vier Monate nach seiner Wahl zum Papst besuchte Benedikt XVI. am 19. August 2005 deutsche Juden in der Kölner Synagoge. Die deutschen Juden waren vom Holocaust besonders betroffen, weil sie von Anfang an in den Einflussbereich des NS-Regimes gefallen waren. Der neue Papst wollte den Weg seines Vorgängers weitergehen.¹²⁵ Gelang im das auch in dieser Rede zum Ausdruck zu bringen? Zum einen gab er zu, dass die Geschichte der Beziehung zwischen Juden und Christen –

¹¹⁹ Audiovisuelle Aufzeichnung des Treffens: Pope John Paul II Meets Holocaust Survivors At Yad Vashem, [<http://www.youtube.com/-watch?v=CatGtrfqjJE&feature=PlayList&p=5FCA59B0363CD41D&index=2>], 23.3.2000, eingesehen 5.9.2009, Länge: 4:06 Min.

¹²⁰ Zit. n. Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 112.

¹²¹ Zit. n. ebd.

¹²² Zit. n. ebd., S. 113.

¹²³ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 109.

¹²⁴ Ebd., S. 108f.

¹²⁵ Grusswort von Papst Benedikt XVI. bei seinem Besuch in der Synagoge von Köln, [http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/BenediktXVI_Synagoge_Koeln.pdf], 19.8.2005, eingesehen 12.9.2009, S. 1.

auch in Köln – „schmerzlich“ gewesen sei. Auch äußerte er, dass „die fürchterlichen Geschehnisse von damals [...], unablässig die Gewissen wecken, Konflikte beenden und zum Frieden ermahnen“ müssten.¹²⁶ Es müssten alle Formen und Zeichen des Antisemitismus für die Kirche „Grund zur Sorge und zur Wachsamkeit“ sein.¹²⁷ Mit den Worten seines Vorgängers¹²⁸ bestätigte er die enge Verbundenheit zwischen Christentum und Judentum durch Christus. Weiters heißt es, dass es zwar schon Früchte der Beziehungen gegeben hätte, so zum Beispiel die Zusammenarbeit in den Bibelwissenschaften, dass aber noch vieles getan werden müsse, um sich gegenseitig besser kennen zu lernen.¹²⁹ Anders jedoch als bei Johannes Pauls Rede am 13. April 1986 hob Benedikt am Ende der Rede – neben einigen Gemeinsamkeiten – die Unterschiede zwischen den beiden Religionen markant hervor, die es zu respektieren gelte und die nicht übergangen werden könnten.¹³⁰ Der Rabbiner Michael A. Signer sieht in der Rede herzliche und auch respektvolle Worte, aber keinen Fortschritt für die Beziehungen von Judentum und Christentum.¹³¹ Zudem scheint die eher bürokratische Sprache des neuen Papstes weniger Dialogbereitschaft auszudrücken, als es die offene und sehr persönliche von Johannes Paul II. getan hatte. Der Synagogenbesuch war eher ernüchternd, zumal Benedikt die Unkündbarkeit des göttlichen Bundes mit Israel nicht erwähnt hatte.¹³²

Ernüchterung wird auch deutlich, wenn die Rede Benedikts XVI. anlässlich seines Israelbesuchs am 11. Mai 2009 in Yad Vashem betrachtet wird. In einer sehr kühlen, trockenen Sprachhaltung drückt der Papst sein Mitgefühl für die Opfer aus.¹³³ Der Rest der Rede ist im Grunde eine Erläuterung der symbolischen Bedeutung des Wortes „Namen“ mit oftmaligem Rückgriff auf das Alte Testament.¹³⁴ Keineswegs ist sie vergleichbar mit jener von persönlichen Erfahrungen und Betroffenheit strotzenden Rede und dem gefolgten Treffen mit Holocaustopfern von Johannes Paul II. Leider sparte Benedikt XVI. erneut die Rolle der Kirche im Holocaust und ihre Mitschuld am

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Ebd., S. 2.

¹²⁸ „Wer Jesus Christus begegnet, begegnet dem Judentum.“ Johannes Paul II. zit. n. ebd.

¹²⁹ Ebd., S. 2f.

¹³⁰ Ebd., S. 3.

¹³¹ Michael A. Signer, Wenn ein Gebet kein Segen ist, in: „... damit sie Jesus Christus erkennen“. Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 78–90, hier S. 79.

¹³² Günther Ginzel, Vorwärts, wir gehen zurück, in: „... damit sie Jesus Christus erkennen“. Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 36–46, hier S. 43.

¹³³ Für die Sprachhaltung siehe die audiovisuelle Aufzeichnung: Pope Benedict XVI Speaks at Yad Vashem Holocaust Museum, [http://www.youtube.com/watch?v=W-gIF6Z-e4E&feature=Playlist&p=5FCA59B0363CD41D&index=0&playnext=1], 11.5.2009, eingesehen 5.9.2009, Länge: 6:14 Min.

¹³⁴ Ansprache von Papst Benedikt XVI. in der Gedenkstätte „Yad Vashem“ in Jerusalem, [http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/ANSPRACHE_BENEDIKT_XVI_Yad%20_VaShem.pdf], 11.5.2009, eingesehen 12.9.2009.

Entstehen des Antisemitismus aus, obwohl er vor der Veröffentlichung des Dokuments „Erinnern und versöhnen“ im Jahr 2000 vor der Presse erklärt hatte, dass der Antijudaismus den Holocaust „erleichtert“ hätte.¹³⁵ Auch beim Synagogenbesuch und beim noch symbolträchtigeren Besuch des Konzentrationslagers Auschwitz 2006 bedauerte er die Gräueltaten gegenüber dem jüdischen Volk, gab aber nicht im Geringsten zu erkennen, dass die Kirche Mitverantwortung trüge. Die Rede von Auschwitz scheint in ihrer Formulierung eher sogar die Opferrolle der Kirche zu unterstreichen.¹³⁶

Benedikt XVI. besuchte auch das historische Museum von Yad Vashem – wie sein Vorgänger – nicht, weil dort das Handeln Pius XII. als ungenügend dargestellt wird. Der Papst hält wohl an dem umstrittenen Heiligsprechungsprozess Pius XII. fest. Dieser sorgt somit für keine wirkliche Entspannung der Belastung im jüdisch-christlichen Dialog und der Beziehung zwischen Vatikan und Israel. Die Süddeutsche Zeitung nennt diesen Besuch in Yad Vashem vielleicht zu recht den „heiklen Höhepunkt“ der päpstlichen Israelreise.¹³⁷

Doch war die vorangetriebene Heiligsprechung Pius XII. keinesfalls die einzige Hürde zur Verbesserung des Dialogs. Der Israelbesuch folgte einigen ungeschickten Aktionen des Papstes und der Kirche, von denen die zwei Aufsehen erregendsten hier genannt werden sollen.

Die gute Absicht des Papstes, die abgespaltene Pius-Bruderschaft wieder in den Schoß der Kirche zurückzuführen,¹³⁸ löste eine heftige Debatte in den Medien aus. Vor allem als bekannt wurde, dass unter deren Bischöfen auch der Holocaust-Leugner Richard Williamson war. Im Februar 2009 verurteilte Benedikt XVI. klar die Aussagen des Bischofs und äußerte sich klar zur Schoa: Der Hass und die Verachtung, wie sie im Holocaust deutlich wurden, wären ein „Verbrechen gegen Gott und gegen die Menschheit“ gewesen und die Kirche habe die Pflicht jede Form des Antisemitismus

¹³⁵ Zit. n. Seibt, Die Reue der Kirche, [<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1998/0317/none/0009/index.html>], 16.8.2009.

¹³⁶ Auszug aus der Rede in Auschwitz 2006: Signer, Wenn ein Gebet kein Segen ist, S. 79 f.; siehe hierzu auch: John T. Pawlikowski, Wir müssen die Stagnation im katholisch-jüdischen Verhältnis überwinden!, in: „... damit sie Jesus Christus erkennen“. Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 149–159, hier S. 151f.

¹³⁷ Hans-Jürgen Jakobs (Redaktion), Holocaust: Papst spart Rolle der Kirche aus. Benedikt XVI. in Yad Vashem, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.5.2009, [<http://www.sueddeutsche.de/politik/594/468161/text/>], eingesehen 18.8.2009.

¹³⁸ Zur Intention des Papstes und seinem Bedauern des medialen Aufsehens vgl.: Brief seiner Heiligkeit Papst Benedikts XVI. an die Bischöfe der katholischen Kirche. In Sachen Aufhebung der Exkommunikation der vier von Erzbischof Lefebvre geweihten Bischöfe, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/-BriefBenediktBischoefeExkommunikation.pdf>], Vatikan, 10.3.2009, eingesehen 18.9.2009.

„zutiefst und unwiderruflich“ zurückzuweisen.¹³⁹ Nach der Erklärung kündigte er die Israelreise an. Diese wurde besonders von amerikanischen Juden ausdrücklich begrüßt.¹⁴⁰ Die Juden beteiligten sich auch großteils nicht an den heftigen Attacken der Presse gegen die Kirche bezüglich der Rehabilitierung der Pius-Bruderschaft. Sie waren seit Beginn des Pontifikats „papstfreundlich“. So verteidigten sie Benedikt XVI. bei seinem Pontifikatsantritt gegen die Beschimpfungen, wie etwa jene von Karlen Vespers: „einmal Hitlerjunge – immer Hitlerjunge“,¹⁴¹ die diese noch 2009 verwendete.¹⁴² Bezüglich der Diskrepanzen zwischen Judentum und Christentum äußerte der Papst, dass es eben in jeder „Familie“ zu Spannungen käme.¹⁴³ Ob er und die Kirche die Beziehung zum Judentum wirklich als familiäres Verhältnis, oder eher als patriarchalische Überlegenheit der christlichen Herren ansah, ist seit der Promulgation der Karfreitagsfürbitte für die Juden im alten Ritus am 4. Februar 2008¹⁴⁴ äußerst fraglich.

Dabei spielt eigentlich nur der erste Teil der neuen Karfreitagsfürbitte eine Rolle, in dem wieder das Heil des Menschen an der Erkenntnis Jesu Christi festgemacht und für die Juden darum gebetet wird.¹⁴⁵ Der jüdische Theologe Günther Ginzel sieht darin einen Rückschritt hinter die Erklärung „Nostra Aetate“, wo der Heilsweg der Juden ohne Christus anerkannt worden wäre. Für ihn wurden die Juden durch diese Fürbitte zu Gottgläubigen zweiter Klasse degradiert, die sich wenn schon nicht zu Jesus, dann wenigstens zu Gott bekennen.¹⁴⁶ Für Michael A. Signer und den katholischen Theologen Hans Peter Heinz wird in der neuen Fürbitte die Gültigkeit der Beständigkeit des Bundes in Frage gestellt und für Signer betone sie eher die „Feindschaft“ der beiden Religionen.¹⁴⁷

Auch die 2005 veröffentlichte Erklärung des „Gesprächskreises Juden und Christen“ anerkannte, dass das Heil des Judentums ohne den Glauben an Christus möglich wäre.

¹³⁹ Jochen Wegner (Chef-Redaktion), Papst: Holocaust darf nie vergessen werden, in: *focus*, 12.2.2009, [http://www.focus.de/politik/ausland/kirchen-papst-holocaust-darf-nie-vergessen-werden_aid_370478.html], eingesehen 18.8.2009.

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Vesper, Kein Betriebsunfall, [<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Kirche/holocaust.html>], 16.8.2009.

¹⁴² Ginzel, Vorwärts, wir gehen zurück, S. 43.

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ Neue Belastungen der Christlich-jüdischen Beziehungen. Stellungnahmen des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) zur Karfreitagsfürbitte „Für die Juden“ in der Fassung für den außerordentlichen Ritus von 2008, in: „...damit sie Jesus Christus erkennen“. Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 10–14.

¹⁴⁵ Abdruck der Fürbitte in: Gerhards, Entwicklung der Karfreitagsfürbitte, S. 20; hiezu auch: Neue Belastungen der Christlich-jüdischen Beziehungen, S. 10.

¹⁴⁶ Ginzel, Vorwärts, wir gehen zurück, S. 36ff., 44f.

¹⁴⁷ Signer, Wenn ein Gebet kein Segen ist, S. 87f.; Hans Peter Heinz, So darf die Kirche nicht beten, in: „...damit sie Jesus Christus erkennen“. Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 126–133, hier S. 131.

Der Gesprächskreis sei „enttäuscht und bestürzt“ über den Rückschritt. Durch die Gleichwertung der beiden Formen (2008 und 1970) wurde das gewachsene Vertrauen zwischen Katholiken und Juden beschädigt. Der Gesprächskreis bat vergeblich um die alleinige Zulassung der Form von 1970 um wieder jüdische Dialogpartner zu finden.¹⁴⁸ Die Fürbitte löste Besorgnis von Christen und Juden gleichermaßen aus, sodass es zu Protesten von beiden Seiten kam. Die italienische Rabbinervereinigung drohte sogar mit der Aussetzung des Dialogs, aber auch christliche Organisationen übten Kritik am Vatikan wegen der Zulassung der neuen Karfreitagsfürbitte im alten Ritus.¹⁴⁹

Warum hat Benedikt XVI. diese Neufassung der Karfreitagsfürbitte erlaubt, wo er doch nach seiner Wahl die große Bedeutung des Dialogs hervorhob?¹⁵⁰ Ginzler sieht die „Aufbruchstimmung“ im jüdisch-christlichen Verhältnis als beendet an. Für ihn habe der Generationenwechsel in der Kirche, das heißt, dass die meisten Katholiken auch in den Führungsspitzen den Holocaust selbst nicht mehr miterlebt haben, „den Elan gebremst.“¹⁵¹ Und es scheint, als ob traditionelle Strömungen in der Kirche stärker dem Papst entgegenkommen würden und Benedikt XVI. selbst ein Liebhaber des alten Ritus und der Tradition sei.¹⁵² Selbst vorsichtige und zurückhaltende jüdische Anfragen bezüglich einer Änderung der Fürbitte wurden unbeantwortet gelassen. Warum beharrt die Amtsleitung der Kirche auf dieser Fürbitte, deren Abschaffung viele fordern und die in der Praxis ohnehin wenig verwendet wird? Für Ginzler und Heinz hat die Kirche im Holocaust geschwiegen, und schweigt jetzt wieder, „weil sie in der Theologie gefangen war, die jetzt zurückzukehren droht.“¹⁵³ Die Kirche nimmt die Anfragen weder ernst, noch ist sie bemüht etwas zu ändern.¹⁵⁴ Der Wortlaut von 1970 scheint wegen seiner freundschaftlichen, nicht-traditionellen Formulierung nicht ins Bild des Papstes und der Kurie zu passen.¹⁵⁵ Zumal die Versöhnung zwischen Judentum und Christentum für den vormaligen Kardinal Joseph Ratzinger – laut seinem Buch „Die Vielfalt der Religionen und der Eine Bund“ – nur durch Christus stattfinden könne.¹⁵⁶ 2005 tadelte Benedikt auch Kardinal Avery Dulles nicht, der in einem Vortrag in Washington D.C. die Gültigkeit des jüdischen Gottesbundes als ungelöst darstellte.¹⁵⁷ Auch mit dem Israelbesuch konnte der Papst keine Bresche in die Mauer der christlich-jüdischen Distanziertheit schlagen, die seit dem Ende des 20. Jahrhunderts zusehends aufgebaut

¹⁴⁸ Neue Belastungen der Christlich-jüdischen Beziehungen, S. 12f.

¹⁴⁹ Pawlikowski, Wir müssen die Stagnation überwinden, S. 155.

¹⁵⁰ Signer, Wenn ein Gebet kein Segen ist, S. 78.

¹⁵¹ Ginzler, Vorwärts, wir gehen zurück, S. 39.

¹⁵² Heinz, So darf die Kirche nicht beten, S. 126; Ginzler, Vorwärts, wir gehen zurück, S. 39.

¹⁵³ Ginzler, Vorwärts, wir gehen zurück, S. 40, 44; Heinz, So darf die Kirche nicht beten, S. 127, 132.

¹⁵⁴ Ginzler, Vorwärts, wir gehen zurück, S. 46; Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 248.

¹⁵⁵ Signer, Wenn ein Gebet kein Segen ist, S. 84.

¹⁵⁶ Joseph Ratzinger, Die Vielfalt der Religionen und der Eine Bund, Hagen 1998, S. 19f., 38f., 85; hiezu auch: Signer, Wenn ein Gebet kein Segen ist, S. 85ff.

¹⁵⁷ Pawlikowski, Wir müssen die Stagnation überwinden, S. 151.

wurde. Die Diskrepanzen, die zwischen der Verbreitung und Förderung der traditionellen Lehre und den Aussagen zum Dialog mit dem Judentum im Pontifikat Benedikts XVI. vorhanden sind, lassen keine eindeutige Richtung des Papstes erkennen.

Auch in der deutschen katholischen Kirche gibt es kein einheitliches Bild auszumachen. Während die meisten Bischöfe die Zurücknahme der neuen Karfreitagsfürbitte abweisen und diese verteidigen, führte Bischof Gebhard Fürst für die Diözese Rottenburg-Stuttgart den 9. November – den Tag der Reichspogromnacht – als regelmäßigen kirchlichen Gedenktag in den liturgischen Kalender ein, um die „geschwisterliche Verbundenheit und Solidarität“ gegenüber den jüdischen Brüdern zu versichern.¹⁵⁸ Er bekannte darin auch, dass viele „Eliten Deutschlands“ gefehlt haben.¹⁵⁹ Dies ist ein weiteres der vielen Zeichen und Worte der deutschen Kirche nach dem Holocaust, wengleich eine christliche liturgische Feier für die Verbundenheit zum Judentum wenig Sensibilität für jüdisches Selbstverständnis beweist.

Fazit

Es bleibt zu fragen, ob sich wirklich in der Grundeinstellung so vieles geändert und ob die Kirche aus der „Verwurzelung“ im Antisemitismus herausgefunden hat?¹⁶⁰

Zurückblickend auf die drei Eingangs gestellten Fragen, lässt sich folgendes aus der Entwicklung der Kirche nach dem Ende des Holocaust bis heute sagen:

- 1) Mit dem Eingestehen eigener Verfehlungen hat sich die Kirche sehr schwer getan. Während die Amtskirche unter dem Pontifikat von Pius XII. weiter schwieg, bekannte sich die deutsche katholische Kirche schon 1945 zu den Verfehlungen ihrer Gläubigen. Bis heute blieb es aber beim Eingeständnis der Schuld von vielen Katholiken, ohne dass ein klares Schuldbekenntnis der Kirche selbst folgte. Zwar gab es Andeutungen einer Mitschuld der Kirche am Holocaust, wie etwa das wiederholte „von wem auch immer“¹⁶¹ in der Synagogenrede von Papst Johannes Paul II. 1986 oder die Aussage vom Präsidenten der Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum Kardinal Edward I. Cassidy, dass unter „Söhnen und Töchtern“ wir alle in der Kirche gemeint seien.¹⁶² Dass die Kirche versagt hat, ist angesichts der Lehre der Kirche und insbesondere des Unfehlbarkeitsdogmas für

¹⁵⁸ Gebhard Fürst, Die Shoa – bitterste Herausforderung für den Glauben an einen treuen Gott. Bischof Fürst zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/BischoFuerstzum9.Nov.2008.pdf>], 4.11.2008, eingesehen 12.9.2009, S. 2.

¹⁵⁹ Ebd., S. 1f.; Heinz, So darf die Kirche nicht beten, S. 132; Ginzel, Vorwärts, wir gehen zurück, S. 46.

¹⁶⁰ Ginzel, Vorwärts, wir gehen zurück, S. 45.

¹⁶¹ Ansprache von Papst Johannes Paul II., [http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/-Ansprache%20JPII_Synagoge%20Rom.pdf], 12.9.2009, S. 3.

¹⁶² Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 71.

Papst und Kirche nicht zulässig.¹⁶³ Diese Sichtweise ist immer noch elementar, wengleich die dogmatische Konstitution „Lumen Gentium“ des Zweiten Vatikanischen Konzils diese teilweise einschränkt, wenn es heißt, die Kirche sei „zugleich heilig und stets der Reinigung bedürftig“.¹⁶⁴ Für den katholischen Theologen Karl Rahner ist die Kirche „eine sündige Kirche – das ist eine Glaubenswahrheit.“¹⁶⁵ Die deutschsprachigen Bischöfe haben diesen Passus des Zweiten Vatikanischen Konzils aufgenommen und sind in ihrer Erklärung zum Verhältnis von Christen und Juden „Die Last der Geschichte annehmen“ 1988 zu einem umfassenderen Schuldeingeständnis gekommen, in der sie auch den Anteil der kirchlichen Lehre an der Ausbreitung des Antisemitismus erläutern.¹⁶⁶ Wann sich die Amtskirche als mitverantwortlich am Holocaust, wegen des jahrhundertelangen Schürens von Vorurteilen, die auch Nährboden für den Antisemitismus waren, bekennen wird, ist noch nicht absehbar.

- 2) Wird die Frage der Genugtuung der Kirche gegenüber dem Judentum betrachtet, muss zunächst zwischen materieller, politischer und moralischer Wiedergutmachung unterschieden werden. Für die materielle Wiedergutmachung leistete die deutsche katholische Kirche individuelle Entschädigungen besonders für die Zwangsarbeiter in kirchlichen Werken und zahlte bis zu 2,5 Millionen US-Dollar in den deutschen Entschädigungsfond ein.¹⁶⁷ Zur politischen Wiedergutmachung gehörte vor allem die Anerkennung des jüdischen Staates Israel, die allerdings, wie Botschafter Ashbel es gesagt hatte, mit dem Jahr 1993/1994 sehr spät kam.¹⁶⁸ Auch hat die Kirche das Vermächtnis des Antijudaismus, der auch seinen Beitrag zur Entstehung des Holocaust geleistet hatte, wiedergutzumachen. Alle Päpste seit Johannes XXIII. haben dem Antisemitismus abgeschworen und ein Versprechen zur Bekämpfung des Antisemitismus – das sich verbindlich im Grundlagenvertrag von 1993 findet¹⁶⁹ – abgelegt. Ein zur moralischen Wiedergutmachung gehöriges Schuldbekenntnis seitens der Gesamtkirche gab es, wie bereits oben erwähnt, nicht. Für die Reumütigkeit der Kirche für die Vergehen ihrer gefehlten Gläubigen und für die Anteilnahme am Leid der jüdischen Opfer geben besonders die großzügigen Gesten Johannes XXIII. und jene Johannes Pauls II. mit seinen brüderlichen und

¹⁶³ Ebd., S. 71f.; Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 337, 382.

¹⁶⁴ Dogmatische Konstitution über die Kirche „Lumen Gentium“, Kap. 1, Nr. 8, in: Kleines Konzilskompendium. Sämtliche Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils, hrsg. von Karl Rahner/Herbert Vorgrimmler, Freiburg/Br.-Basel-Wien ³³2008, S. 123–196, hier S. 131; Siehe hierzu auch: Päschel, Vatikan und Shoa, S. 118f.

¹⁶⁵ Zit. n. Päschel, Vatikan und Shoa, S. 120.

¹⁶⁶ Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), „Die Last der Geschichte annehmen“, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/DieLastderGeschichteannehmen1988.pdf>], 12.9.2009, S. 6–9.

¹⁶⁷ Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 283ff.

¹⁶⁸ Himmelbauer, Einer neuer Geist, [<http://www.jcrelations.net/de/?item=2588>], 18.8.2009.

¹⁶⁹ Grundlagenvertrag, Art. 2, § 1, in: Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 142.

respektvollen Worten in der Synagoge und in Yad Vashem Zeugnis. Dennoch werden alle diese bereits geleisteten Wiedergutmachungsversuche dem Ausmaß der Schuld wohl nur ungenügend gerecht.¹⁷⁰

- 3) Obwohl die Kirche ihre Beeinflussung des neuzeitlichen Antisemitismus durch den kirchlichen Antijudaismus abstreitet,¹⁷¹ hat sie bereits vieles getan, um dessen Ausbreitung in der Kirche zu erschweren und verlangsamen. Dazu zählen auch die päpstlichen bzw. bischöflichen Bekenntnisse zur Absage und Bekämpfung des Antisemitismus und die entsprechenden Änderungen in Katechese¹⁷² und Liturgie¹⁷³. Die Theologen Erich Zenger und Ernst-Ludwig Ehrlich weisen aber darauf hin, dass vieles aus „Nostra Aetate“ und den gefolgten Veränderungen bei der Basis, das heißt im Kirchenvolk, noch nicht angekommen ist. Um beständig zu sein, benötigen die vom Antijudaismus gereinigten Anschauungen eine Verwurzelung in der Basis.¹⁷⁴ Leider hat die Einführung der neuen Karfreitagsfürbitte nach altem Ritus einer „judenfreundlicheren Liturgie“ wieder einen Rückschlag versetzt. Auch deutet sich unter dem sehr traditionsbewussten Papst Benedikt XVI. eine Stagnation des Dialogs zwischen Juden und Katholiken an, der mit äußerstem Einsatz von Johannes XXIII. und Johannes Paul II. betrieben und gefördert wurde, was umso bedauerlicher scheint, da Benedikt seine erste Enzyklika über die göttliche, menschliche und „kirchliche“ Liebe verfasst hat.¹⁷⁵ Es scheint, als ob die Bereitschaft zur Änderung von Katechese und von Formulierungen in Lehre und Liturgie sowie die Erfolge und Intensität des Dialogs sehr abhängig von der Einstellung des jeweiligen Papstes sind. So können die Thesen Päschels und Henrix' wohl bestätigt werden, wonach die Versöhnung ein persönlicher Verdienst Johannes XXIII. und Johannes Paul II. ein „Glücksfall für das katholisch-jüdische Verhältnis“ waren.¹⁷⁶

Quellen und Literatur

Gedruckte Literatur:

¹⁷⁰ Goldhagen, Kirche und Holocaust, S. 262.

¹⁷¹ Päpstliche Kommission für die religiösen Beziehungen zu den Juden, Wir erinnern, [http://www.jcrelations.net/de/?item=1060], 5.9.2009.

¹⁷² Hierzu siehe beispielhaft: Katechetisches Institut des Bistums Aachen (Hrsg.), Christen und Juden. Von den Wurzeln her begreifen. Leitlinien, Kriterien, Anregungen und Empfehlungen für die Verkündigung, die Erwachsenenbildung und den Religionsunterricht, Aachen 1989.

¹⁷³ Siehe hierzu beispielhaft: Gerhards, Entwicklung der Karfreitagsfürbitte, S. 15–20.

¹⁷⁴ Koschel, Kirche und 20. Jahrhundert, S. 100, 115.

¹⁷⁵ Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Enzyklika DEUS CARITAS EST von Papst Benedikt XVI. an die Bischöfe, an die Priester und Diakone, an die gottgeweihten Personen und alle Christgläubigen über die christliche Liebe (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 171), Bonn 2006.

¹⁷⁶ Päschel, Vatikan und Shoa, S. 77; Henrix, Einfluss und Wirkungen, S. 61.

Aus der Predigt Papst Johannes Pauls II. bei der Eucharistiefeier im Konzentrationslager Auschwitz vom 7. Juni 1979, in: Vatikan und Shoa. Die Haltung des Heiligen Stuhls zu den Juden von der Zeit des Nationalsozialismus bis zum Heiligen Jahr 2000, hrsg. v. Dietmar Päschel, Frankfurt/M. 2007, S. 109–110.

Dogmatische Konstitution über die Kirche „Lumen Gentium“, in: Kleines Konzilskompodium. Sämtliche Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils, hrsg. von Karl Rahner/Herbert Vorgrimmler, Freiburg/Br.-Basel-Wien ³⁵2008, S. 123–196.

Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nicht-christlichen Religionen „Nostra Aetate“, in: Kleines Konzilskompodium. Sämtliche Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils, hrsg. von Karl Rahner/Herbert Vorgrimmler, Freiburg/Br.-Basel-Wien ³⁵2008, S. 355–360.

Franzen, August, Kleine Kirchengeschichte. Erweiterte Neuauflage, erweitert bis in die Gegenwart von Roland Frölich, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2006²⁴.

Friedländer, Saul, Pius XII. und das Dritte Reich. Eine Dokumentation, Reinbek/H. 1965.

Fürst, Gebhard, Die Shoa – bitterste Herausforderung für den Glauben an einen treuen Gott. Bischof Fürst zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/BischoFuerstzum9.Nov.2008.pdf>], 4.1.2008, eingesehen 12.9.2009.

Gerhards, Albert, Die Entwicklung der Karfreitagsfürbitte für die Juden von 1570-2008, in: „... damit sie Jesus Christus erkennen“. Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 15–20.

Ginzel, Günther, Vorwärts, wir gehen zurück, in: „... damit sie Jesus Christus erkennen“. Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 36–46.

Godman, Peter, Der Vatikan und Hitler. Die geheimen Archive, München 2004.

Goldhagen, Daniel, Die Katholische Kirche und der Holocaust. Eine Untersuchung über Schuld und Sühne, Berlin 2002.

Gotto, Klaus/Hockerts, Hans Günter/Reppen, Konrad, Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz, in: Die Katholiken und das Dritte Reich, hrsg. v. Klaus Gotto/Konrad Reppen, Mainz ³1990, S. 173–190.

Grundlagenvertrag vom 30. Dezember 1993, in: Katholische Kirche und Judentum im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Ansgar Koschel (Religion – Geschichte – Gesellschaft, Fundamentalth theologische Studien 26), Münster 2002, S. 141–143.

Heinz, Hans Peter, So darf die Kirche nicht beten, in: „... damit sie Jesus Christus erkennen“. Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 126–133.

Henrix, Hans Hermann, Einfluss und Wirkungen der Konzilserklärung Nostra Aetate, Artikel 4 in Europa, in: Nostra Aetate – Ein zukunftsweisender Konzilstext. Die Haltung der Kirche zum Judentum 40 Jahre danach, hrsg. v. Hans Hermann Henrix, Aachen 2006, S. 59–82.

Katechetisches Institut des Bistums Aachen (Hrsg.), Christen und Juden von den Wurzeln her verbunden. Leitlinien, Kriterien, Anregungen und Empfehlungen für die Verkündigung, die Erwachsenenbildung und den Religionsunterricht, Aachen 1989.

Katechismus der Katholischen Kirche. Neuübersetzung ins Deutsche aufgrund der Editio typica Latina 1997, München 2005.

Krapf, Martin, Kein Stein bleibt auf dem anderen. Die christliche Schuld am Antisemitismus, Neukirchen-Vluyn 1999.

Neue Belastungen der Christlich-jüdischen Beziehungen. Stellungnahmen des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) zur Karfreitagsfürbitte „Für die Juden“ in der Fassung für den außerordentlichen Ritus von 2008, in: „... damit sie Jesus Christus erkennen“. Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 10–14.

Päschel, Dietmar (Hrsg.), Vatikan und Shoa. Die Haltung des Heiligen Stuhls zu den Juden von der Zeit des Nationalsozialismus bis zum Heiligen Jahr 2000, Frankfurt/M. 2007.

Pawlikowski, John T., Wir müssen die Stagnation im katholisch-jüdischen Verhältnis überwinden!, in: „... damit sie Jesus Christus erkennen“. Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 149–159.

Petersen, Birte, Theologie nach Auschwitz? Jüdische und christliche Versuche einer Antwort (Institut Kirche und Judentum 24), Berlin 1996.

Rahner, Karl/Vorgrimmler Herbert (Hrsg.), Kleines Konzilskompendium. Sämtliche Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils, Freiburg/Br.-Basel-Wien³⁵2008.

Ratzinger, Joseph, Die Vielfalt der Religionen und der Eine Bund, Hagen 1998.

Richter, Klemens, Die katholische Kirche und die Juden. Zur Entwicklung von 1945–1982, in: Die katholische Kirche und das Judentum. Dokumente von 1945–1982. Mit

Kommentaren von Ernst Ludwig Ehrlich und Erich Zenger, hrsg. v. Klemens Richter, Freiburg/Br.-Basel-Wien 1982, S. 9–24.

Sánchez, José M., Pius XII. und der Holocaust. Anatomie einer Debatte, Paderborn-Wien 2003.

Schewick, Burkhard, Katholische Kirche und nationalsozialistische Rassenpolitik, in: Die Katholiken und das Dritte Reich, hrsg. v. Klaus Gotto/Konrad Repgen, Mainz³1990, S. 151–171.

Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Enzyklika DEUS CARITAS EST von Papst Benedikt XVI. an die Bischöfe, an die Priester und Diakone, an die gottgeweihten Personen und alle Christgläubigen über die christliche Liebe (Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 171), Bonn 2006.

Signer, Michael A., Vierzig Jahre nach Nostra Aetate: ein entscheidender Wandel aus jüdischer Sicht, in: Nostra Aetate – Ein zukunftsweisender Konzilstext. Die Haltung der Kirche zum Judentum 40 Jahre danach, hrsg. v. Hans Hermann Henrix, Aachen 2006, S. 177–199.

Signer, Michael A., Wenn ein Gebet kein Segen ist, in: „... damit sie Jesus Christus erkennen“. Die neue Karfreitagsfürbitte für die Juden, hrsg. v. Walter Homolka/Erich Zenger, Freiburg/Br.-Basel-Wien 2008, S. 78–90.

Steininger, Rolf, Katholische Kirche und NS-Judenpolitik, in: *Zeitschrift für Katholische Theologie* 114 (1992), Heft 2, S. 166–179.

Über das Verhältnis der Kirche zum Judentum. Erklärung der deutschen Bischöfe vom 28. April 1980, abgedruckt in: Die katholische Kirche und das Judentum. Dokumente von 1945–1982, hrsg. v. Klemens Richter, Freiburg/Br.-Basel-Wien 1982, S. 122–150.

Internetquellen:

Ansprache von Papst Benedikt XVI. in der Gedenkstätte „Yad Vashem“ in Jerusalem, [http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/-ANSPRACHE_BENEDIKT_XVI_Yad%20VaShem.pdf], 11.5.2009, eingesehen 12.9.2009.

Ansprache von Papst Johannes Paul II. Bei seinem Besuch in der Synagoge von Rom am 13. April 1986, [http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/-Ansprache%20JPII_Synagoge%20Rom.pdf], 13.4.1986, eingesehen 12.9.2009.

Ansprache während der Stunde der Erinnerung in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/AnspracheYadVashem.pdf>], 23.3.2000, eingesehen 12.9.2009.

Brief seiner Heiligkeit Papst Benedikts XVI. an die Bischöfe der katholischen Kirche. In Sachen Aufhebung der Exkommunikation der vier von Erzbischof Lefebvre geweihten Bischöfe, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/-BriefBenediktBischoefeExkommunikation.pdf>], Vatikan, 10.3.2009, eingesehen 18.9.2009.

Erklärung der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland zum 22. November 1975, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/-ErklaerungGemeinsSynodeDerBistuemer.pdf>], 22.11.1975, eingesehen 12.9.2009.

Groppe, Lothar, Mitschuld der Kirche am Holocaust?, [<http://www.konservativ.de/-komm-mit/groppe.htm>], o.D., eingesehen 18.8.2009.

Grußwort von Papst Benedikt XVI. bei seinem Besuch in der Synagoge von Köln, 19.8.2005, [http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/-BenediktXVI_Synagoge_Koeln.pdf], eingesehen 12.9.2009.

Himmelbauer, Markus, Einer neuer Geist in Kirche und Gesellschaft. Die internationale Tagung „Katholische Kirche und Judentum – 40 Jahre Konzilerklärung Nostra Aetate“ zog Bilanz über christlich-jüdische Beziehungen und diskutierte Themen der zukünftigen Zusammenarbeit, [<http://www.jcrelations.net/de/-?item=2588>], 1.12.2005, eingesehen 18.8.2009.

Internationale Theologische Kommission, Erinnern und Versöhnen. Die Kirche und die Verfehlungen in ihrer Vergangenheit, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/ErinnernundVersoehnen.pdf>], 22.2.2000, eingesehen am 12.9.2009

Jakobs, Hans-Jürgen (Redaktion), Holocaust: Papst spart Rolle der Kirche aus. Benedikt XVI. in Jad Vaschem, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.5.2009, [<http://www.sueddeutsche.de/politik/594/468161/text/>], eingesehen 18.8.2009.

Kühlwein, Klaus, Warum Pius XII. schwieg. Thesen, [<http://www.klaus-kuehlwein.de/pius.htm>], 21.5.2009, eingesehen 12.9.2009.

Osse Schalom, Papst Johannes Paul II.: Ansprache beim Besuch der Großen Synagoge Roms 13. April 1986 [<http://www.osse-schalom.de/synagoge.htm>], eingesehen 18.9.2009

Päpstliche Kommission für die religiösen Beziehungen zu den Juden, Wir Erinnern: Eine Reflexion über die Shoah, inkl. Begleitschreiben Papst Johannes Pauls II., [<http://www.jcrelations.net/de/?item=1060>], 16.3.1998, eingesehen am 5.9.2009.

Pope Benedict XVI Speaks at Yad Vashem Holocaust Museum, [<http://www.youtube.com/watch?v=W-gJF6Z-e4E&feature=Playlist&p=5FCA59B0363CD41D&index=0&playnext=1>], 11.5.2009, eingesehen 5.9.2009, Länge: 6:14 Min.

Pope John Paul II Meets Holocaust Survivors At Yad Vashem, [http://www.youtube.com/watch?v=CatGtrfjJE&feature=PlayList&p=5FCA59B0363D41D&index=2], 23.3.2000, eingesehen 5.9.2009, Länge: 4:06 Min.

Pope John Paul II Speaks about the Holocaust, Yad Vashem, [http://www.youtube.com/watch?v=qXA5BztXaA8&feature=PlayList&p=5FCA59B0363CD41D&index=1&playnext=2&playnext_from=PL], 23.3.2000, eingesehen 5.9.2009, Länge: 3:09 Min.

Seibt, Gustav, Die Reue der Kirche und der Holocaust, in: *Berliner Zeitung*, 17.3.1998, [http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/-1998/0317/none/0009/index.html], eingesehen 16.8.2009.

Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), „Die Last der Geschichte annehmen.“ Wort der Bischöfe zum Verhältnis von Christen und Juden aus Anlaß des 50. Jahrestages der Novemberpogrome 1938, [http://www.klaus-kuehlwein.de/pdf/DieLastderGeschichteannehmen1988.pdf], 20.10.1988, eingesehen 12.9.2009.

Vesper, Karlen, Kein Betriebsunfall. Als zwei Pius-Päpste schwiegen. Die Kirche und der Holocaust, [http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Kirche/-holocaust.html], 5.2.2009, eingesehen 16.8.2009.

Wegner, Jochen (Chef-Redaktion), Papst: Holocaust darf nie vergessen werden, in: *focus*, 12.2.2009, [http://www.focus.de/politik/ausland/kirchen-papst-holocaust-darf-nie-vergessen-werden_aid_370478.html], eingesehen 18.8.2009.

Thomas Schwaiger ist Student der Geschichte/Sozialkunde/Politischen Bildung (Lehramt) an der Universität Innsbruck. T.Schwaiger@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Thomas Schwaiger, Katholische Kirche und Holocaust: Aufarbeitung und katholisch-jüdischer Dialog, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 85–114, [http://historia.scribere.at], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

Rolf Steininger-Award 2010



Empire Building During the Cold War – Attempt of a Definition

Philipp Strobl

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Günter Bischof

eingereicht im Semester: WS 2009

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch den LV-Leiter: sehr gut

Abstract

After the end of World War II, the European imperialist powers conceded their leading function in constructing the world's policy to the Soviet Union and the United States. For the next 45 years, the world was shaped by their struggle. The following essay tries to find an answer to the question whether both superpowers built up empires in that time.

Introduction

This essay questions, whether both superpowers of the second half of the twentieth century built up empires. The challenge in this issue lies in the circumstance that both powers represented different anti-imperialist models of economic development and that the flowering time of both started with the end of the so-called imperialistic era. Nevertheless, we find the attribution "empire" very often used these days with regard to both the United States and the former Soviet Union; but that term is often used too rashly.

One of the first goals of this essay is to find the most fitting definition of the word empire find an answer to the paper's inquiry.

The first section establishes a definition. In that part, the term "empire" should be defined. The example of Great Britain should also show, what a typical empire looked like. Section two examines the United States. Section three is about the Soviet Union. In these sections, the definition should be applied in order to find out, whether the both Cold War superpowers fit the term "empire". The last section is about drawing a conclusion from the essay's empirical material. Finally, an answer to the main question of the paper should be found.

The "Typical" Empire

What is a "typical" empire? What does it look like? Answers on these questions have to be found before a response to the basic inquiries of the essay can be given. Various reference books offer numerous definitions. A very fitting definition was provided by the diplomatic historian Paul Schroeder in a speech he gave at a meeting of the American Historical Association in January 2009.

"[...] empire means political control exercised by one organized political unit over another unit separate from and alien to it. Many factors enter into empire – economics, technology, ideology, religion, above all military strategy and weaponry – but the essential core is political: the possession of final authority by one entity over the vital political decisions of another. This need not mean direct rule exercised by formal occupation and administration; most empires involve informal, indirect rule. But real empire requires that effective final authority, and states can enjoy various forms of superiority or even domination over others without being empires."¹

According to Schroeder, a "real empire" has at least two main attributes. One of the most important characteristics is the **exertion of political control** of one political unit over another. Influences from economics, technology, ideology, religion and above all military, strategy and weaponry can be important for the empire building process, but a "real empire" requires effective political control. This has not to be implicit in the form of direct rule, but an empire in its traditional sense needs **one effective final authority** (direct or indirect). Very often, the empire building process is accompanied by military expansion and the extension of authoritarian power at home.²

¹ Paul Schroeder, Is the U.S. an Empire?, [<http://hnn.us/articles/1237.html>], o.D., eingesehen 17.11.2009.

² Charles S. Maier, Among Empires. American Ascendancy and its Predecessors, Cambridge-London 2006, S. 7.

Probably the best example for a global empire is the 19th century British Empire. This worldwide imperial structure was ruled by an effective political center of power, located in its capital London, which was also the financial center of the world. According to the economic historian Niall Ferguson, British policy makers “aspired not just to export the idea of free trade, of free markets, but more than that, they sought to export the institutions social, ultimately also political institutions”.³ A specific characteristic of the British Empire was that it expanded its political power and also its political structures to subordinated countries. Usually, it did that by means of military power. The inhabitants of the countries within the British Empire could feel the access of the “effective final authority”. They were aware that they lived in the Empire.

The “US - Empire”

The “imperialistic” development of the United States was very different from that of Great Britain. Similar to the British Empire, the United States was from its inception an interventionist power that based its foreign policy on territorial expansion.⁴ But unlike the European imperial powers, the United States had a “new and revolutionary message” – free men and free enterprise. To solve the question whether the United States built up an empire it can be very helpfully to look back at the early phase of the country’s expansion. According to historian Odd Arne Westad, most Americans of the late 18th and the early 19th century shared a reluctance to accept one of the main conditions for empire building – centralized political power.⁵ But especially the 19th century brought the United States her most important territorial gains. Nevertheless, America avoided to be seen as an empire in that time, because she treated all people in her country as equals. There was no privileged center of power with a “superior” population as it was London within the British Empire, and there were also no legal differences between the residents, at least official. American expansion from the Atlantic to the Pacific allegedly produced just a big and influential country rather than an empire.⁶

With the end of World War two, American influence in world affairs was predominant. The United States came out of the war by far the strongest military power. By 1955, for example, Washington’s soldiers were stationed in about 450 bases within 36 countries.⁷

³ Niall Ferguson, Is the U.S. an Empire in Denial? A Lecture by Niall Ferguson, [http://www.fpa.org/topics_info2414/topics_info_show.htm?doc_id=193437], o.D., eingesehen 18.11.2009.

⁴ Odd Arne Westad, *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge-New York-Melbourne 2005, S. 9.

⁵ Westad, *Global Cold War*, S. 11.

⁶ Maier, *Among Empires*, S. 31.

⁷ Geir Lundestad, Empire by Invitation? The United States and Western Europe 1945–1952, in: *Journal of Peace Research* 23 (1986), S. 263–277, hier S. 265.

Nearly every nation looked to America at least for economic assistance. Especially the Europeans, more than others, attempted to influence the Americans in the direction of taking greater, not lesser, interest in their affairs.⁸ After seven terrible years of war and devastation, the great civilizations of Western and Central Europe were at the end of their tether. They needed not only American economic assistance but also American military help, especially with respect to the expansion of the Soviet Union.

American policy makers on the other hand also knew that the prosperity of their country depended to a large extent on transatlantic prosperity.⁹ They helped because they had to secure markets and the enormous potential of the Western European political economy against the fast expanding Soviet “empire” with its planned economy. Along with economic and military help and the revitalization of the trade, came the opening of the Western European markets for American products and the growing influence of American popular culture and lifestyle. But unlike most empires, including the British, this development was not a one-way street. It merely allowed a modernization of the European society. After the modernization and recovery process on the “old continent” was finished, America, unlike the most other empires, was also open for European influences.¹⁰ The relationship between the United States and her allies was often a relationship of mutual influence.

At the end of World War two, the United States therefore rather appeared as “defender of modernistic developments and progress” (consumer society, free markets) than as creator of an empire in the usual sense of the word. That was mainly because Washington’s interests were focused on other, more modern fields like free trade and markets for which a big international market with high purchasing power is required rather than a smaller imperialistic market controlled by one country. According to different economic theories, economic development and worldwide trade relations often are opponents of empires.¹¹ As historian Victoria de Gracia mentions, the United States showed massive presence in that time in order to defend a “market empire” – a modern empire without frontiers, ruled by the pressure of its markets and the persuasiveness of its models.¹² This modern “Market Empire” was rather an idea (global trade, consumerism) than an empire in the usual sense with a power center, clear defined borders, and subordinated countries.

⁸ Lundestad, *Empire by Invitation*, S. 268.

⁹ Jeremi Suri, *Henry Kissinger and the American Century*, Cambridge 2007, S. 55.

¹⁰ Richard Pells, *Not like Us. How Europeans have loved, hated, and transformed American Culture since World War II*, New York 1997, S. 313.

¹¹ Maier, *Among Empires*, S. 48.

¹² Victoria de Gracia, *Irresistible Empire. America’s Advance through Twentieth-Century Europe*, Cambridge-London 2005, S. 3.

What also speaks against American Empire building is the circumstance that the biggest part of the so-called “western world” was composed of several autonomous coordination units enjoying juridical equality (status, sovereignty, rights, and international obligations). According to Maier, foreign territories that are directly controlled by the United States did not really have “the scope needed to suggest an empire”.¹³ Within her alliance system, the United States did not rule over subordinates, as an imperial power would do. In the international state community, America was rather a “primus inter pares”, a first among equals. As Schroeder pointed out, the use of the term “hegemony” is more suitable to describe the role and function of the United States within the Western World during the Cold War.¹⁴

Although it had the possibility after World War two, the United States did not build up a formal empire in the basic definition of the paper of the word. But the situation changed after the end of the Cold War and especially after the terror attacks of 9/11/2001. At the moment, the United States is a “wannabe empire”, according to Schroeder.¹⁵

With the break-up of the Soviet Union, the enormous military machine America kept around the world to contain its counterpart, lost its purpose. But instead of dismantling the outsized and expensive army, the Pentagon continued to advance its global military presence and build new advanced weapon systems that could project American power on land and sea and in the air anywhere on the globe within hours of a new threat.¹⁶ With the invasion of Iraq, without a UNO resolution and against the will of most of its political partners, the Bush government pushed the United States more and more towards the building of an “American empire”. For Schroeder the Bush Doctrine “proclaims unquestionably imperialist ambitions and goals”. He sees all indications for the erection of a “formal empire” in Iraq through “conquest, occupation, and indefinite political control”.¹⁷

The “SU - Empire”

Similar to the United States, the Soviet Union actually represented an anti-imperialistic ideology. From the very beginning of the Soviet state, communists tried to undermine the Western empires by setting up rebellions in the Third World against colonialism.¹⁸ For many of those in the Third World who opposed foreign domination, the Russian

¹³ Maier, *Among Empires*, S. 66.

¹⁴ Paul Schroeder, *Is the U.S. an Empire?*

¹⁵ Paul Schroeder, *Is the U.S. an Empire?*

¹⁶ Günter Bischof, *Empire Discourses: The „American Empire“ in Decline?*, in: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen* 2 (2009), S. 14–23, hier S. 18.

¹⁷ Paul Schroeder, *Is the U.S. an Empire?*

¹⁸ Westad, *Global Cold War*, S. 51.

revolution also had been a signal event: not only did the Soviets want to set up a new state of their own that did away with colonial oppression and ethnic domination, but they also promised to support all movements worldwide that had the same aim.¹⁹

The anti-imperialistic Soviet state still became a real empire due to one single person – the dictator Joseph Stalin. He came to power in 1924 as successor of Wladimir Illjitsch Lenin, the Soviet Union's first leader. After getting rid of all possible opponents, he began a dramatic campaign of rapid collectivization and industrialization.²⁰ During that time, he began with the intensive extension of authoritarian power in his country – according to Maier, one of the main conditions for empire building.²¹

In 1939, Stalin started the “imperialistic expansion” of his country with the conclusion of the so-called Non-aggression-pact, on August 23. In a secret additional protocol, the two powers Germany and the Soviet Union decided the division of Poland “by the line of the rivers Narev, Vistula and San”, and the partition of Eastern Europe in two spheres of influence.²² Stalin was a very suspicious nature who avoided trusting other persons. After the unexpected German invasion, his suspicion against others heightened dramatically. “The Nazi attack confirmed us that outsiders wanted to destroy us, to annihilate us physically”, the later Soviet foreign minister Eduard Shevardnaze remembered forty years later.²³

Stalin was determined never to let that happen again. He therefore decided to protect his country, and if nothing else, himself by a security belt of dependent satellite states. He proposed the British foreign secretary Anthony Eden (a few months after the start of the German attack) a plan of a new post war Europe again divided into spheres of influence.²⁴ But because of the uncertain war outcome, western official's recognition of Stalin's imperial territorial claim should have to wait until the conclusion of the so-called “percentage agreement” between Great Britain and the Soviet Union in the fall of 1944. From then on, the West had to accept the “accomplished fact” that there was a future “informal, if not even formal” sphere of influence in Eastern Europe.²⁵

After the worsening of the East-West relations and the American dropping of the atomic bomb, Stalin more and more began to close his security belt against western influences. In order to assuage his reinforced feeling of menace, Stalin adopted his

¹⁹ Westad, *Global Cold War*, S. 51.

²⁰ Melvyn P. Leffler, *For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War*, New York 2007, S. 14.

²¹ Charles S. Maier, *Among Empires. American Ascendancy and its Predecessors*, Cambridge-London 2006, S. 7.

²² Yale Law School, *The Avalon Project*, [http://avalon.law.yale.edu/20th_century/addsepro.asp], o.D., eingesehen 1.12.2009.

²³ Leffler, *Soul of Mankind*, S. 379.

²⁴ Vojtech Mastny, *The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years*, New York-Oxford, S. 16.

²⁵ Mastny, *Stalin Years*, S. 20.

imagination of a security belt in his neighborhood into a Soviet empire dependent on the Kremlin.²⁶ Until 1949 he transformed all European countries occupied by his army into communist one-party-states based on the model of the Soviet Union. To step up his influence the subordinated countries, the Soviet dictator rebuilt the institution of the COMINFORM (Communist Information Bureau) in 1947.²⁷ By early 1950, Stalin's empire building was finished. The actual anti-imperialistic Soviet Union had created a "classical empire" with a powerful "center" (Moscow) that ruled over several subordinated states by means of military pressure. All of her successors were preoccupied with the maintenance of that enormous behemoth, whose only aim was the saturation of Stalin's insatiable craving for security. The price of being one of the world's vastest empires finally was the distension of the limited means of the country that ended in the disaggregation of the Soviet Union 40 years later.

Conclusion

Were the United States or the Soviet Union empires? In the end, the answer to that depends on the definition. According to the interpretation chosen above, there is an easy answer in the case of the Soviet Union and a more difficult one in the case of the United States. The Soviet Union was an empire because she had all the formal structures and competences that are necessary for it. She had, for example, a powerful center, which controls the subordinated periphery by means of military pressure. The ruler in the Kremlin could dictate the policy for the whole empire. One good example therefore is the Marshall Plan, when Stalin ordered his subordinates not to participate although most of them wanted to accept American help.

In the case of the United States, the answer is not as easy. America was a powerful, highly armed country that played an important role in defining the politics of the Western world. But unlike Moscow, Washington was a first among equals. The United States had democratic allies not subordinates. She had to convince her allies rather than dictating her orders. Therefore, America did not built up an empire during the Cold War. The term "hegemony" is more fitting to describe the role and function of the United States within the Western World during that time.

²⁶ Mastny, *Stalin Years*, S. 16.

²⁷ Mastny, *Stalin Years*, S. 30.

Bibliography

Bischof, Günter, Empire Discourses: The „American Empire“ in Decline?, in: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen* 2 (2009), S. 14–23.

De Gracia, Victoria, *Irresistible Empire. America's Advance through Twentieth-Century Europe*, Cambridge–London 2005.

Ferguson, Niall, Is the U.S. an Empire in Denial? A Lecture by Niall Ferguson, [http://www.fpa.org/topics_info2414/topics_info_show.htm?doc_id=193437], o.D., eingesehen am 18.11.2009.

Leffler, Melvyn P., *For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War*, New York 2007.

Lundestad, Geir, Empire by Invitation? The United States and Western Europe 1945–1952, in: *Journal of Peace Research* 23 (1986), S. 263–277.

Charles S. Maier, *Among Empires. American Ascendancy and its Predecessors*, Cambridge-London 2006.

Mastny, Vojtech, *The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin years*, New York-Oxford 1996.

Pells, Richard, *Not like Us. How Europeans have loved, hated, and transformed American Culture since World War II*, New York 1997.

Schroeder, Paul, Is the U.S. an Empire?, [<http://hnn.us/articles/1237.html>], o.D., eingesehen 17.22.2009.

Suri, Jeremi, *Henry Kissinger and the American Century*, Cambridge 2007.

Westad, Odd Arne., *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge-New York-Melbourne 2005.

Yale Law School, *The Avalon Project*, [http://avalon.law.yale.edu/20th_century/addsepro.asp], o.D., eingesehen 1.12.2009.

Philipp Strobl ist an der Universität Innsbruck in das PhD Programm (Geschichte) inskribiert. Von 2008 bis 2009 war er Stipendiat des SFB Himat. Seit 2009 Forschungsätigkeit als „Botstiper fellow“ an der University of New Orleans zum Thema Migrationsgeschichte. P.Strobl@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Philipp Strobl, Empire, Empire building during the Cold War – Attempt of a Definition, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 117–125, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

**Nominierungen für den
Best Paper-Award 2010**



Die Teilung Tirols (1918–1922)

Rainhard Domanegg

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Dr.ⁱⁿ Eva Pfanzelter

eingereicht im Semester: WS 2008/09

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch die LV-Leiterin: sehr gut

Abstract

Tyrol's Division (1918-1922)

At the beginning of November 1918 Italy and Austria-Hungary signed the armistice agreement, where the Danube Monarchy accepted the military occupation of the Trentino and southern Tirol. South-Tirol became a zone of occupation and received an Italian military administration. The continuously changing, short-living Italian governments adopt early measures of Italianization. This paper examines, what measures of denationalization roman politics adopted during the years 1918 to 1922, that is, before the takeover of the Fascists and Benito Mussolini, in order to accomplish the political and socio-cultural division of the Tirol.

Einführung

Als am 3. November 1918 zwischen Italien und Österreich-Ungarn in Padua das Waffenstillstandsabkommen geschlossen wurde, stimmte die Donaumonarchie der militärischen Besetzung des Trentino und südlichen Tirol zu. Im Glauben an die Vorläufigkeit dieser Maßnahme wurde von österreichischer Seite der Brenner als Demarkationslinie anerkannt. Südtirol wurde als Besatzungszone unter italienische

Militärverwaltung gestellt. Die italienischen Truppen besetzten den südlichen Teil Tirols bis zum Brenner innerhalb einer Woche: Am 10. November standen sie am Brenner, am 23. November in Innsbruck.¹ Der Schock in der Bevölkerung über die Besetzung saß tief, obwohl die Besetzung nicht völlig unerwartet und überraschend zu Stande kam, denn bereits seit der Jahrhundertwende trat der Trientner Irredentismus offen zu Tage und die Trientner Bemühungen im Wiener Parlament, eine Autonomie für die italienische Minderheit innerhalb der Donaumonarchie zu erreichen, wurde vielfach durch Tiroler Einspruch verhindert. Der Londoner Geheimvertrag, der im Falle eines Kriegseintrittes Italiens an der Seite der Entente die Brennergrenze versprach, war zu Kriegsende durchwegs bekannt.²

Welche konkreten Entwicklungen die Jahre 1918–1922, gekennzeichnet durch die Besetzung des südlichen Tirols bis zum Brenner, der Friedensvertrag von St. Germain-Laye, die Militär- und Zivilverwaltung bis zur Annexion Südtirols durch Italien und die weiteren Maßnahmen der italienischen Regierung bis zum Jahr 1922 setzte, bilden den Rahmen dieser vorliegenden Arbeit bilden. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, in welcher Form schon in den liberalen, schwachen Nachkriegsregierungen Italiens bis zur faschistischen Machtergreifung am 28. Oktober 1922 längst Italianisierungsmaßnahmen in Südtirol stattfanden.

1. Besetzung Südtirols und die Militärverwaltung

Mit der Besetzung des südlichen Tirol nach dem Waffenstillstandabkommen wurde für die Besetzungszonen Trient und Südtirol eine Militärverwaltung eingesetzt, da diese Gebiete rechtlich immer noch zur Donaumonarchie gehörten und somit besetztes Territorium des Kriegsgegners darstellten. Die Militärverwaltung bzw. Militärregierung unter General Guglielmo Pecori Giraldi³ (1856–1941), die insgesamt neun Monate bis zum 31. Juli 1919 amtierte und ihren Sitz in Trient hatte, ging – genauso wie die italienische Regierung – ambivalent in ihren Maßnahmen zur Verwaltung der besetzten, mehrheitlich von Deutschsprachigen bewohnten Gebiete zwischen Salurn und Brenner um. General Pecori Giraldi wird sowohl von italienischen als auch von deutschen Historikern durchwegs positiv in seiner Tätigkeit dargestellt.⁴ In deren Analysen

¹ Umberto Corsini, Die Zeit der Militärregierung und des zivilen Generalkommissariats. November 1918 bis Oktober 1922, in: Umberto Corsini/Rudolf Lill, Südtirol 1918–1946, Bozen 1988, S. 45–114, hier S. 51f.

² Rolf Steininger zitiert Auszüge des Londoner Geheimvertrags nach der Zeitung „Neue Freie Presse“, die das genannte Abkommen am 22.02.1918 veröffentlichte. Darin heißt es: „Beim kommenden Friedensschluss soll Italien erhalten: Das Gebiet des Trentino, ganz Südtirol bis zu seiner natürlichen geographischen Grenze, als welche der Brenner anzusehen ist.“ Zit. n.: Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Innsbruck [u.a.] 1999, S. 16.

³ Guglielmo Pecori Giraldi wurde 1926 vom faschistischen Regime wegen seiner Verdienste im Ersten Weltkrieg zum Marschall von Italien und 1929 zum Senator auf Lebenszeit ernannt.

⁴ Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert, Innsbruck [u.a.] 1997, S. 17. Auch die aktuelle Veröffentlichung von Andrea Di Michele unterstreicht die durchwegs positive Haltung Pecori-Giraldis während

werden vielfach die Anweisungen Pecori Giraldi als umsichtig und klug beschrieben, wobei der Gegensatz zur italienischen Regierung und zu Kreisen der Trienter Irredentisten unterstrichen wird. Für den 4. November 1918 wies der italienische Ministerpräsident Vittorio Emanuele Orlando (1860–1952) an, dass Ettore Tolomei (1865–1952) das „Ufficio di preparazione per il trattamento del germanismo cisalpino“⁵ von Rom nach Bozen verlegte. Als Tolomei am 14. d.M. in Trient eintraf und die weitere Vorgehensweise mit General Pecori Giraldi abklären wollte, kam es zu einem offenen Konflikt zwischen den beiden, zumal rechtlich nicht eindeutig feststand, wer weisungsbefugt war: Noch vor dem Rücktritt Ettore Tolomeis im September 1919 musste das „Ufficio“ sein Scheitern eingestehen, denn die Differenzen zwischen der neuen Regierung unter Ministerpräsidenten Francesco Saverio Nitti (1868–1953) und Tolomei traten offen zutage.⁶

Italien versuchte, sich nach Möglichkeit bis zum Friedensschluss und damit bis zur endgültigen, politischen Lösung bezüglich der Besatzungszone südlich des Brenners an internationale Bestimmungen wie die Haager Landkriegsordnung von 1907 zu halten.⁷ Rom legte großen Wert darauf, tunlichst jeden Unmut in der Bevölkerung zu vermeiden, „Säuberungen“ innerhalb der öffentlichen Verwaltung wie Justiz, Schule und politische Gemeinden zu unterlassen und die sprachliche Minderheit zumindest nicht offiziell zu unterdrücken, damit die italienischen Interessen bei den Friedensverhandlungen nicht vereitelt würden.⁸ Trotz dieser Taktik von Seiten der italienischen Regierung begann Tolomei sein Werk: Er vertrat den Standpunkt, dass „man [...] Südtirol möglichst noch vor Beginn der Pariser Friedenskonferenz ein zumindest äußerlich italienisches Gepräge geben [müsse], um die Annexion zu rechtfertigen.“⁹ Obschon General Pecori Giraldi Ettore Tolomei und sein Amt in Bozen kaltstellte, verdeckt dies aber nicht seine Absicht, Südtirol zu entnationalisieren.¹⁰

seiner Amtszeit als General der Militärverwaltung im Bezug auf die deutsche Minderheit in der Besatzungszone. Andrea Di Michele, Die unvollkommene Italianisierung. Politik und Verwaltung in Südtirol 1918–1943 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 28), Innsbruck 2008, S. 47–65.

⁵ In deutscher Übersetzung lautet die Bezeichnung „Kommissariat für Sprache und Kultur für das Hochsch“.

⁶ Di Michele führt dies auf den besonderen Zwiespalt zurück, dass zum einen die Militärverwaltung einziges Weisungsrecht hatte, weil es sich im Trentino und Südtirol um eine Besatzungszone handelte, zum anderen aber das vom italienischen Ministerpräsidenten Orlando eingesetzte Amt vom Militär ignoriert, was zeigt, dass das Militär seine Kompetenzen bezüglich Gewaltentrennung deutlich überschritt. Di Michele, Italianisierung, S. 53f.

⁷ Die Haager Landkriegsordnung besagt in Art. 43, dass eine Besatzungsmacht das öffentliche Leben und die öffentliche Ordnung wieder herzustellen hat, Plünderungen zu unterbinden und das Privateigentum der Bevölkerung zu schützen sei (Art. 46f).

⁸ Di Michele, Italianisierung, S. 17.

⁹ Stefan Lechner, Annexion. Schock der Entfremdung, in: Gottfried Solderer (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert in Südtirol, Bd. 2: 1920–1929. Faschistenbeil und Hakenkreuz, Bozen 2000, S. 12–39, hier S. 26.

¹⁰ Michael Gehler, Tirol im 20. Jahrhundert. Vom Kronland zur Europaregion, Innsbruck [u.a.] 2008, S. 95.

Die Besatzungszone südlich des Brenners wurde hermetisch von der ehemaligen Donaumonarchie abgeriegelt: Die Einfuhr österreichischen Geldes wurde verboten, obwohl die Krone weiterhin das öffentliche Zahlungsmittel blieb. Der Briefverkehr nach Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und in die Türkei – die ehemaligen Kriegsgegner der Alliierten – wurde unterbunden, Briefe aus diesen Ländern nicht ausgeliefert und der restliche Briefverkehr zensuriert. Der Waren- und Personenverkehr über den Brenner wurde vollständig eingestellt. Ebenso wurde die Presse einer strikten Zensur unterstellt.¹¹

Auf der Ebene der Verwaltung setzte Pecori Giraldi auf Kontinuität, d.h. dass möglichst viele k. k. Beamte im Verwaltungsbereich belassen wurden, um die gut funktionierende Verwaltung aufrecht zu erhalten. Der General hatte deutliche Engpässe im Bereich des Personals zu verzeichnen, sodass er in seinen vier Berichten, die er der italienischen Regierung während der neunmonatigen Militärverwaltung übersandte, immer wieder um Aufstockung des Personals ersuchte.¹² Während massive Entlassungen bei den Eisenbahnarbeitern stattfanden, weil sie traditionell zu den sozialistischen Stammwählern zählten und somit politische Motive zur Entlassung führten, kam im Verwaltungsbereich eine schonendere Strategie zur Anwendung: Wer freiwillig seinen Dienst quittierte, durfte nach Österreich zurückkehren, die anderen konnten den Dienst auf Provinz-, Bezirks- und Gemeindeebene fortsetzen, sofern sie nicht aus politischen Gründen entlassen wurden. Während Bürgermeister und Gemeinderäte im Amt bleiben durften,¹³ ersetzte die Militärverwaltung die Bezirkshauptmänner mit italienischen Kommissaren. Julius Perathoner war der einzige Bürgermeister, der vor der faschistischen Machtergreifung in Rom seines Amtes enthoben wurde.¹⁴

Schritt für Schritt konnte noch unter der Militärregierung die Italianisierung vorangetrieben werden: Die Banken wurden mit italienischem Kapital gedeckt, da durch das Verbot der Einfuhr von Kronen und durch die verlorenen Kriegsanleihen eine Zahlungsunfähigkeit der einheimischen Banken drohte. Ab dem 10. April 1919 – also noch vor Abschluss des Friedensvertrages in St. Germain-en-Laye – wurde die italienische Lira zum einzigen offiziellen Zahlungsmittel in Südtirol. Der Umtauschwert von Kronen in Lira betrug 100:40, wobei der Umtauschwert vor dem Krieg bei 100:105 betragen hatte. Insofern ist verständlich, dass es Einbußen von bis zu 60% gab

¹¹ Rolf Steininger, Südtirol. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck [u.a.] 2003, S. 9.

¹² Di Michele's These ist, dass der General zum Abfassen der Berichte jeweils verschiedene Personen beauftragte. Di Michele, Italianisierung, S. 29.

¹³ Zu Gemeinderatswahlen kam es in Südtirol erst am 15. und 22. Jänner 1922. Und zwar wurde nach dem italienischen Gemeindewahlrecht gewählt. Lechner, Annexion, S. 39.

¹⁴ Di Michele, Italianisierung, S. 32–46. Dr. Julius Perathoner rief 1918 den Südtiroler Nationalrat ins Leben, der nach seinen Ansichten das alleinige Weisungsrecht an die Sicherheits- und Verwaltungsbehörden haben sollte. Verständlicherweise wurde dieses Gremium von der Militärregierung nicht geduldet und im Jänner 1919 aufgelöst.

und dadurch rund 100 Millionen Lire an Südtiroler Ersparnissen bzw. Geldwert vernichtet wurden.¹⁵

Durch die Schließung des Personenverkehrs am Brenner drohten dem Fremdenverkehr- und Tourismussektor empfindliche Verluste.¹⁶ Ein besonders Kampffeld stellte aber die Schule dar: Die italienische Verwaltung ließ alle deutschen Schulen bestehen, sorgte aber umgehend dafür, dass die italienischen Schulen, welche vor oder während des Krieges geschlossen worden waren, erneut ihren Betrieb aufnahmen. Zudem organisierte sie freiwillige Abendkurse, an denen italienische Offiziere als Lehrkräfte unterrichteten. Gleichzeitig mussten alle Bürgermeister an das Kommissariat melden, wie viele italienische Familien in ihren Gemeinden lebten, um genaue Zahlen darüber zu erhalten, in welchen Gemeinden italienische Schulen und Kleinschulen eröffnet werden sollten. Die ladinischen Schulen wurden in italienische umgewandelt. Dazu schreibt Andrea Di Michele:

„Pecori Giraldi und seine Mitarbeiter [ließen] während der neun Monate, in denen in Südtirol eine Militärregierung bestand, immer große Umsicht und Zurückhaltung walten. Gegenüber der einheimischen Bevölkerung legten sie sogar großen Respekt an den Tag. Von Seiten der Militärbehörden gab es keine Anstalten, in das bestehende ethnische Gleichgewicht einzugreifen oder den örtlichen Verwaltungsapparat aufzulösen.“¹⁷

Eine fragwürdige Schlussfolgerung, zumal der Autor anschließend selbst Einschränkungen vornehmen muss, in welchen diese Umsichtigkeit keineswegs zur Anwendung kam: So z.B. durften deutschsprachige Einheimische in der öffentlichen Verwaltung keine Führungsrollen übernehmen. Auch in der Schule begann allmählich eine Art Italianisierung noch während der Militärregierung.¹⁸

2. Friedensvertrag von St. Germain und Annexion Südtirols

Bei den Friedensverhandlungen in St. Germain-en-Laye wollte Italien durch geschicktes Taktieren sowohl Maximalpositionen in Bezug auf die Adriafrage¹⁹ als auch in Bezug auf die Südtirolfrage erzielen. Das italienische Verhandlungsteam unter der Leitung von Ministerpräsident Vittorio Emanuele Orlando und Außenminister Sidney Costantino Sonnino spielte dabei zunehmend eine Außenseiterrolle und sah sich

¹⁵ Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin. 1919–1939, Wien [u.a.] 1980, S. 121.

¹⁶ Zur Lage und Entwicklung des Tourismus in Südtirol: Josef Rohrer, Reflex der Zeitenwende, in: Gottfried Solderer (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert in Südtirol, Bd. 2: 1920–1929. Faschistenheil und Hakenkreuz, Bozen 2000, S. 178–193.

¹⁷ Di Michele, Italianisierung, S. 64.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Die Adriafrage behandelte die Grenzziehung zwischen dem neu gegründeten Staat Jugoslawien und dem Königreich Italien. Diese blieb in den Friedensverhandlungen offen und wurde erst 1920 im Vertrag von Rapallo gelöst.

international mehr und mehr isoliert. Dennoch gelang ihnen die Zuteilung Südtirols an Italien – der Weg zur Annexion war geebnet, denn die Südtiroler, Nordtiroler und z.T. österreichischen Protestnoten an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und an die Alliierten blieben ungehört.²⁰ Der Friedensvertrag mit Österreich wurde am 6. September 1919 von den Alliierten diktiert. Die österreichische Nationalversammlung stimmte dem Vertrag unter Abwesenheit der Tiroler Abgeordneten und mit der denkwürdigen Rede von Eduard Reut-Nicolussi mit 97 zu 23 Stimmen zu; vier Tage später unterzeichnete Karl Renner den Vertrag in Paris, der die Zuteilung Südtirols an Italien besiegelte.²¹

Dies bedeutete auch das Ende aller angedachten Alternativen wie z.B. der Selbstbestimmung oder einer Selbstverwaltung mit einer Südtiroler Nationalversammlung. Manche hofften außerdem ernsthaft darauf, als neuer Kanton der Schweiz angegliedert zu werden oder mit dem restlichen Tirol einen unabhängigen Staat zu bilden, der als neutraler Staat unter internationaler Aufsicht eine Art Pufferzone zwischen Italien und dem Deutschen Reich bilden sollte.²²

Als nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags in St. Germain-en-Laye die Annexionsdekrete im italienischen Parlament vorbereitet wurden, versuchte eine deutsche Delegation aus Südtirol mit Ministerpräsident Francesco Saverio Nitti um eine Autonomie für Südtirol zu verhandeln. Die Delegation gehörte dem „Deutschen Verband“ an, der sich aus den zwei stärksten deutschen Parteien Südtirols im Oktober 1919 konstituierte: der katholischen „Tiroler Volkspartei“ und der „Freiheitlichen Partei“. Nach Rolf Steininger standen die Chancen, eine Autonomie für Südtirol zu erhalten unter Ministerpräsident Nitti und Francesco Salata²³ (1876–1944) nicht schlecht, da besonders Salata sich stark für eine Autonomie der neuen Provinzen einsetzte. Jedoch auf Betreiben von Trienter Irredentisten und deren Intervention in Rom wurde die Autonomie für Südtirol allerdings erfolgreich verhindert. Genauso wurde Südtirol verwehrt, eine eigenständige Provinz zu bilden, um wenigstens innerhalb dieser eine sprachliche Mehrheit zu haben.

Am 10. Oktober 1920 wurde das Annexionsdekret von König Viktor Emanuel II. unterzeichnet. Lediglich die sozialistische Partei Italiens stimmte im Parlament gegen die Annexion, sie opponierte schon 1918 vehement gegen die Angliederung einer

²⁰ Di Michele, *Italianisierung*, S. 67.

²¹ Michael Gehler, *Eduard Reut-Nicolussi und die Südtirolfrage 1918–1958. Streiter für die Freiheit und die Einheit Tirols*, Bd. 1: Biographie und Darstellung (Schlern-Schriften 333/1), Innsbruck 2007, S. 35f. Reut-Nicolussi im Wortlaut: „Es wird jetzt in Südtirol ein Verzweiflungskampf beginnen, um jeden Bauernhof, um jedes Stadthaus, um jeden Weingarten. Es wird ein Kampf sein mit allen Waffen des Geistes und mit allen Mitteln der Politik.“

²² Othmar Parteli, *Südtirol. 1918 bis 1970 (Geschichte des Landes Tirol 4,1)*, Bozen [u.a.] 1988, S. 25f.

²³ Francesco Salata beteiligte sich an den Verhandlungen zu den Friedensverträgen in Paris, trug maßgeblich zum Abschluss des Vertrages von Rapallo bei und leitete das italienische „Zentralamt für die neuen Provinzen“. Steininger, *Südtirol im 20. Jahrhundert*, S. 41.

ethnischen Minderheit an das italienische Staatsgebiet. Im Dekret vom 10. Oktober 1920 wurden Südtirol und das Trentino zu einer einzigen Provinz zusammengefasst; ab März 1921 trug diese als offizielle Bezeichnung Venezia Tridentina. In Süd- und Nordtirol wurde durch einen Aufruf der Parteien dieser Art und die damit zusammenhängende Verhinderung des Selbstbestimmungsrechtes verurteilt und Südtirol als Opfer des Friedensdiktates von St. Germain-en-Laye gesehen. In der Tageszeitung „Der Tiroler“ erschien am 10. Oktober 1920 als Titelseite ein gemeinsamer Aufruf der drei deutschen Parteien (Sozialdemokraten, Tiroler Volkspartei und Deutsch-Freiheitlichen Partei) an die Südtiroler Bevölkerung. Dort steht:

„Südtirol ist das Opfer des Friedensvertrages geworden, der uns trotz des feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrechtes von unseren Volksgenossen losreißt. [...] Wir Südtiroler haben die unerschütterliche Hoffnung, daß der Tag kommen wird, an welchem uns Gerechtigkeit und weitschauende Politik die nationale Gerechtigkeit bringen werden.“²⁴

Auffallend an diesem Aufruf ist der völlige Verzicht auf Gewalt und die Hoffnung auf eine Revision des Unrechts auf dem politischen Wege.

3 Von der Annexion bis zur faschistischen Machtergreifung in Rom

3.1 Umstrukturierungen im Bereich des öffentlichen Lebens (1920–1922)

Im August 1921 passierte die „Lex Corbino“, die den Namen „Aufbau italienischer Grundschulen in anderssprachigen Regionen“ trug, das römische Parlament. Das Gesetz verbot italienischsprachigen Vätern, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken. Dies hatte zur Folge, dass sämtliche Familien mit italienisch klingenden Namen kurzerhand zu Italienern erklärt und deshalb verpflichtet wurden, ihre Kinder in italienische Schulen zu schicken. Italienische Schulen konnten ab einer Zahl von zwölf Kindern eröffnet werden, obwohl das italienische Gesetz die Einrichtung von Schulen bei mindestens 40 Kindern vorsah. Italienischsprachige Lehrer/innen wurden durch bessere Bezahlung ermuntert ihren Dienst in Südtirol aufzunehmen.²⁵

Die Unterbindung des Personenverkehrs nach Nordtirol hatte auch für die kirchliche Leitung der Diözese Brixen verheerende Folgen, zumal sich diese vom Bodensee bis

²⁴ Der Tiroler, 10.10.1920.

²⁵ Di Michele, Italianisierung, S. 95–103. Eine sehr eigenartige Bilanzierung der „Lex Corbino“ findet sich bei Di Michele: „Man kann jedoch nicht behaupten, dass das Corbino-Gesetz die Existenz der deutschen Minderheit wirklich bedrohte. Auch ist es nicht zutreffend, dass seine eigentliche Zielsetzung in der Italianisierung der deutschen Schüler bestand.“ Ebd., S. 101. Rolf Steininger beurteilt das genannte Gesetz völlig anders: „Sie versuchten, so viele Familien wie möglich der italienischen Nationalität zuzuweisen, um somit deren Kinder zum Besuch der italienischen Schule zu verpflichten [...] 49 deutsche Volksschulen [des Südtiroler Unterlandes] wurden geschlossen, die deutschen Schulkinder mussten italienische Schulen besuchen. Gegen Eltern, die sich weigerten, wurden Strafverfahren eingeleitet; Proteste in Rom blieben ergebnislos.“ Steininger, Südtirol, S. 13.

Kärnten erstreckte. Für drei Jahre konnte keine Bischofsernennung erfolgen, weil der italienische Staat auf die Wahl des Kandidaten Einfluss nahm. So übernahm der Priester Franz Schmid als Diözesanadministrator von 1918 bis 1921 formal die Leitung des Brixner Kirchensprengels. Am 10. April 1921 wurde Johannes Raffl zum Bischof ernannt, nachdem der Weihbischof der Diözese Brixen und Generalvikar von Vorarlberg, Sigismund Waitz, von der italienischen Regierung wegen seiner offen antiitalienischen Haltung abgelehnt worden war. Der Klerus konnte entscheiden, ob er im italienischen oder im österreichischen Teil der Diözese verbleiben wollte.²⁶ Im Gegensatz zu Di Michele's These, dass der Klerus geschlossen antiitalienisch gesinnt war, spricht die Tatsache, dass mancher Priester aus freier Wahl von Nordtirol in den Südtiroler Teil der Brixner Diözese wechselte und somit wohl kaum eine antiitalienische Haltung gehabt haben konnte.²⁷

Die Herz-Jesu-Feier des Jahres 1919 fand wegen eines offiziellen Verbotes von Seiten der Militärverwaltung nicht statt. Bei jener des Jahres 1920, die zu einer beeindruckenden Demonstration der Einheit Tirols wurde, kam es zu einigen Zwischenfällen von Seiten der Behörden.²⁸

3.2 Die erste Option: Die Frage nach der Staatsbürgerschaft

Das Friedensabkommen von St. Germain sah vor, dass Personen, die in einer Gemeinde der Donaumonarchie ihren Wohnsitz hatten, automatisch zur Staatsbürgerschaft im Nachfolgestaat gelangen. Für die italienischen Provinzen aus dem Vielvölkerstaat kam eine Sonderregelung zur Anwendung: Alle Personen, die nicht in diesen Gebieten geboren worden waren, oder das Heimatrecht nach dem 24. Mai 1915 in einer dieser Gemeinden erworben hatten, blieben von dieser Regelung ausgeschlossen. Als 1921 die Regelung dieser Frage in Angriff genommen wurde, hatten vor allem 200 Lehrer/innen, die außerhalb Südtirols geboren worden waren, aber im südlichen Tirol ihren Dienst versahen, keine realistischen Perspektiven. Um den Zusammenbruch des Schulsystems zu verhindern, wurde die strenge Linie des italienischen Zivilkommissars Luigi Credaro nicht umgesetzt.

Die Verwaltungs-, Post- und Gerichtsbeamten, sowie die Eisenbahner sahen sich mit einer anderen Realität konfrontiert, denn die Verweigerung der Staatsbürgerschaft bedeutete für sie das Ausscheiden aus dem öffentlichen Dienst. Sowohl die italienische, als auch die deutschsprachige Seite in Südtirol behinderte und verweigerte aus politischen Gründen teilweise den Erwerb der italienischen Staatsbürgerschaft. Auf der Ebene deutschsprachiger Gemeindeinstitutionen nutzten politische Konkurrenten dies

²⁶ Josef Gelmi, *Geschichte der Kirche in Tirol. Nord-, Ost- und Südtirol*, Innsbruck [u.a.] 2001, S. 366.

²⁷ Di Michele, *Italianisierung*, S. 62f. Ebenso Gelmi, *Geschichte*, S. 368.

²⁸ Gelmi, *Geschichte*, S. 369.

dazu, sich unliebsamer, sozialdemokratischer Konkurrenten zu entledigen.²⁹ Die endgültige Lösung der Frage bezüglich der Staatsbürgerschaft wurde erst in den 50er Jahren des 20. Jh. geregelt.

3.3. Der Blutsonntag und der Marsch auf Bozen

Bereits in den Jahren 1920 und 1921 sorgten im Trentino und im Südtiroler Unterland die Säuberungen von altösterreichischen Symbolen, wie z.B. die Doppeladler, von Seiten faschistischer Gruppen für Aufsehen bei der deutschsprachigen Bevölkerung. Am 16. Februar 1922 gründete der aus Apulien stammende Achille Starace (1889–1945) den Bozner Ableger der „Fasci di combattimento“. Am Morgen des 24. Aprils 1921 trafen sich Fasci-Verbände am Bozner Bahnhof, um den Trachtenumzug zur Eröffnung der Bozner Messe zu stören. Der Umzug sollte eine Demonstration zur Tiroler Einheit sein, fand doch am selben Tag in Nordtirol die Volksabstimmung über den Anschluss Tirols an das Deutsche Reich statt. In den Messehallen standen Wahlurnen bereit, damit auch die Südtiroler Bevölkerung an der Abstimmung teilnehmen konnte. Der Trientner Zivilkommissar Luigi Credaro – durch die Amtskollegen der Nachbarprovinzen schon längst darüber informiert – unternahm nichts zur Unterbindung der drohenden Aktion der Faschisten. Immerhin erreichten diese organisierten Gruppen (400 Teilnehmer) mit Handgranaten und Pistolen bewaffnet Bozen. Der Südtiroler Lehrer Franz Innerhofer, der am Trachtenumzug teilgenommen hatte, verlor dabei sein Leben, weitere 50 Südtiroler erlitten in diesem Zusammenhang Verletzungen. Die Faschisten entwendeten und vernichteten die Abstimmungsurnen. Erst dann schritt das Militär ein und gewährte den faschistischen Schlägertrupps freies Geleit zum Bahnhof. Die Täter wurden nie gefasst und deshalb strafrechtlich nie zur Verantwortung gezogen.³⁰

Ein weiterer trauriger Höhepunkt wurde am 1. Oktober 1922 mit dem Marsch auf Bozen erreicht: Die schwachen Regierungen unter den italienischen Ministerpräsidenten Ivanoe Bonomi und Luigi Facta (1921–1922) konnten den aufstrebenden Faschisten nichts mehr entgegensetzen, sodass die in Bozen und Meran gut organisierten Faschisten kein Problem hatten, ultimative Forderungen an die jeweiligen Gemeinden zu stellen. Die Gemeinde Meran kam den Forderungen nach zweisprachigen Straßenschildern, Hissen der italienischen Flagge am Gemeindeamt und der Zuweisung einer Kirche für die italienische Bevölkerung nach. In Bozen widersetzte sich Bürgermeister Julius Perathoner den faschistischen Forderungen strikt. Nach Ablauf des Ultimatums am 30. September 1922 setzten die Faschisten gewaltsam ihre

²⁹ Lechner, *Annexion*, S. 34. Dieses politische Mittel wurde vor allem von Trient aus unterstützt, da es dort eine verhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit unter Akademikern gab, die nun eine Chance sahen, in Südtirol Arbeit zu finden, zumal sie die deutsche Sprache beherrschten. Di Michele, *Italianisierung*, S. 24–32, hier S. 25.

³⁰ Gehler, *Reut-Nicolussi*, S. 44ff.

Anliegen durch: Unter Beteiligung der höchsten Vertreter der faschistischen Partei formierten sich aus den norditalienischen Provinzen faschistische Verbände mit rund 1.200 Personen, die am 1. Oktober nach Bozen kamen. Credaro wusste um die bevorstehende Gewaltaktion und forderte die Amtskollegen der Nachbarprovinzen auf, die Verbände aufzuhalten, was aber nicht mehr gelang. Die Elisabethschule wurde gewaltsam besetzt, das Gemeindeamt (von 180 Carabinieri bewacht, die aber keinen Widerstand leisteten) gestürmt und der gesamte Gemeinderat des Amtes enthoben – Julius Perathoner war aber schon am 24. September 1922 durch ein königliches Dekret entlassen worden, um die Faschisten zu beruhigen. In der Stadtgemeinde wurde endlich die Büste des italienischen Königs aufgestellt, die italienische Flagge gehisst und Augusto Guerriero als kommissarischer Verwalter eingesetzt, was Luigi Credaro sofort bestätigte.³¹

Schlussbemerkung

Die Bewertung der Italianisierungsmaßnahmen von Seiten der italienischen Regierungen der Jahre 1918 bis 1922, der Militär- und Zivilverwaltung und italienischer Personen des öffentlichen Lebens fällt bei den HistorikerInnen durchwegs unterschiedlich aus.³² Häufig wird General Guglielmo Pecori Giraldi positiv dargestellt, auch die liberalen Regierungen Italiens (1918–1922) werden meist positiv eingestuft, ohne dabei zu vergessen, dass nicht selten ein Zwiespalt zwischen Rom und den Militär- und Zivilkommissaren vor Ort im Bezug auf die Südtirolpolitik herrschte.

Natürlich ist die Politik der ersten vier Jahre positiv zu bewerten, wenn sie in Relation zu den nachfolgenden, faschistischen Jahren 1923–1945 gesetzt wird. Ob dies aber zulässig ist, ist fragwürdig, denn im Bereich der Freiheit und der Würde der Person und einer Sprachgruppe darf nicht ein relativer Maßstab angesetzt werden. Die genannten Werte gelten entweder nicht oder sind absolut. Unter dieser Rücksicht lassen sich zahlreiche Verletzungen der Grundrechte der deutschsprachigen Minderheit bereits seit der der Besetzung des südlichen Teils von Tirol durch italienische Truppen bis zur Machtergreifung der Faschisten in Rom feststellen. Italianisierungsversuche fanden bereits zu jener Zeit statt, obwohl diese sicher unauffälliger und weniger radikal vonstattengingen als in den darauffolgenden Jahren der faschistischen, gewaltsamen Entnationalisierungspolitik in Südtirol. Als umsichtige Politik wird es die Bevölkerung ohnehin nicht verstanden haben, wenn Ettore Tolomei Bahnhöfe mit italienischen Ortsnamen beschildern ließ, wenn gewaltsam alle Symbole der Habsburgermonarchie entfernt wurden, wenn deutsch- und ladinischsprachige Eltern ihre Kinder

³¹ Stefan Lechner, Der Marsch auf Bozen, in: Gottfried Solderer (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert in Südtirol, Bd. 2: 1920–1929. Faschistenbeil und Hakenkreuz, Bozen 2000, S. 40–71, hier S. 47.

³² Hierbei sind die z.T. divergierenden Positionen der in dieser Arbeit genannten Historiker wie Rolf Steininger, Andrea Di Michele, Othmar Parteli, Stefan Lechner und Leopold Steurer genannte, die teilweise nicht frei von politischen Couleurs sind.

gezwungenermaßen durch die *Lex Corbino* in italienische Schulen schicken mussten, wenn die Krone noch vor der Annexion eingezogen und nur mehr die Lira als Zahlungsmittel zugelassen wurde. Die leidvolle Frage nach der Staatsbürgerschaft, die Abschiebungen von politisch nicht erwünschten Personen, der eingeschränkte Waren-, Post- und Personenverkehr über den Brenner hat einzelne Südtiroler und Südtirolerinnen betroffen – insofern dürfte mehr Umsichtigkeit angebracht sein in der relativen Beurteilung der damaligen italienischen Politik und der schleichenden Italianisierung Südtirols, die sich schon ab 1918 feststellen lässt.

Literatur

Corsini, Umberto, Die Zeit der Militärregierung und des zivilen Generalkommissariats. November 1918 bis Oktober 1922, in: Umberto Corsini/Rudolf Lill, Südtirol 1918–1946, Bozen 1988, S. 45–114.

Di Michele, Andrea, Die unvollkommene Italianisierung. Politik und Verwaltung in Südtirol 1918–1943 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 28), Innsbruck 2008.

Gehler, Michael, Eduard Reut-Nicolussi und die Südtirolfrage 1918–1958. Streiter für die Freiheit und die Einheit Tirols, Bd. 1: Biographie und Darstellung (Schlern-Schriften 333/1), Innsbruck 2007.

Gehler, Michael, Tirol im 20. Jahrhundert. Vom Kronland zur Europaregion, Innsbruck [u.a.] 2008.

Gelmi, Josef, Geschichte der Kirche in Tirol. Nord-, Ost- und Südtirol, Innsbruck [u.a.] 2001.

Lechner, Stefan, Annexion. Schock der Entfremdung, in: Solderer Gottfried (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert in Südtirol, Bd. 2: 1920–1929. Faschistenbeil und Hakenkreuz, Bozen 2000, S. 12–39.

Lechner, Stefan, Der Marsch auf Bozen, in: Solderer Gottfried (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert in Südtirol, Bd. 2: 1920–1929. Faschistenbeil und Hakenkreuz, Bozen 2000, S. 40–71.

Parteli, Othmar, Südtirol. 1918 bis 1970 (Geschichte des Landes Tirol 4,1), Bozen [u.a.] 1988.

Rohrer, Josef, Reflex der Zeitenwende, in: Solderer Gottfried (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert in Südtirol, Bd. 2: 1920–1929. Faschistenbeil und Hakenkreuz, Bozen 2000, S. 178–193.

Steininger, Rolf, Südtirol im 20. Jahrhundert, Innsbruck [u.a.] 1997.

Steininger, Rolf, Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Innsbruck [u.a.] 1999.

Steininger, Rolf, Südtirol. Vom ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck [u.a.] 2003.

Steurer, Leopold, Südtirol zwischen Rom und Berlin. 1919–1939, Wien [u.a.] 1980.

Der Tiroler, 10.10.1920.

Rainhard Domanegg ist Student der Geschichte im 5. Semester an der Universität Innsbruck, Absolvent der Diplomstudien Katholische Fachtheologie und Christliche Philosophie an der Universität Innsbruck. Rainhard.Domanegg@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Reinhard Domanegg, Die Teilung Tirols (1918–1922), in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 129–140, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Das Bild der Perser bei Isokrates

Gebhard Bendler

Kerngebiet: Alte Geschichte

eingereicht bei: Univ.-Prof. Robert Rollinger

eingereicht im WS 2007/08

Rubrik: SE-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiter: sehr gut

Abstract

The Image of the Persians in the Literature of Isocrates

The following seminar-paper examines the image the Greek orator Isocrates created of the Persians. His speeches illuminate how the construction of identities in the political discourse of the 4th century before Christ was implemented. By the use of stereotypes Isocrates conveys a negative image of the Persians which on the contrary serves to produce a positive image of the Greeks and in consequence social cohesion.

Einleitung

Dieser Seminararbeit liegt die Aufgabenstellung zu Grunde, das Perserbild des Isokrates zu analysieren. Perserbild? Dieser Begriff bedarf einer näheren Betrachtung, verknüpft mit einigen Überlegungen. Zunächst ist ein Bild, das jemand zeichnet, egal auf welcher darstellerischen Ebene – sei es in der bildenden Kunst, in der Literatur und sogar in der Wissenschaft – ein subjektiver Eindruck, eine individuelle Wahrnehmung des Schöpfers dieses Bildes von einer tatsächlichen oder fiktiven Realität. Damit aber noch nicht genug, hat der Schöpfer verschiedene Intentionen ein bestimmtes Bild zu

vermitteln. In den Fällen, von denen soeben die Rede ist, wird davon ausgegangen, dass das Bild, die Aussage für einen Rezipientenkreis bestimmt ist. Das heißt, der Schöpfer will also damit etwas kommunizieren. Ein Schriftsteller zum Beispiel, der provozieren und/oder durch seine Texte gesellschaftlich etwas verändern will, wird sich anderer Mittel bedienen und ein anderes Bild zeichnen als einer, der bloß unterhalten und/oder der Ästhetik genügen will.¹ Die Intention bestimmt also das Bild. Wenn Isokrates ein abschätziges, hasserfülltes Bild von den Persern zeichnet, so muss nach der Intention des Autors gefragt werden,² um dieses Bild differenzierter betrachten und besser verstehen zu können. Was wollte Isokrates? Der Rhetor Isokrates wollte seinem Beruf entsprechend in erster Linie rhetorisch glänzen, aber diese rhetorische Brillanz sollte in seinen Reden nicht rein um ihrer selbst willen kreierte werden, sondern auch gleich praktischen Nutzen mit sich bringen, weshalb Isokrates seines Erachtens notwendige politische Forderungen aufs Tapet brachte. Bei den in dieser Arbeit hinsichtlich des isokratischen Perserbildes untersuchten Reden beabsichtigt Isokrates, sein Publikum zu überzeugen und möglichst viele Griechen vor seinen Karren zu spannen. Dafür werden alle rhetorischen Register gezogen. Kurzum: Es handelt sich dabei um politische Propagandareden, denen es keineswegs an zuspitzender Polemik und weit ausladenden Hyperbeln ermangelt. Dessen muss sich der oder die Forschende bewusst sein bei der Analyse des isokratischen Perserbildes, sonst gerät man in Gefahr jede rhetorische Übertreibung des Rhetors als fixe Meinung misszuverstehen.

Damit ist auch schon die zweite Instanz im Blick: der Rezipient, der dieses vermittelte Bild wiederum nur subjektiv fassen kann. Jeder einzelne Rezipient als Individuum kommt aus einem gewissen Sozialisationskontext, aus einer bestimmten Epoche mit bestimmten Wertvorstellungen, bestimmtem Zeitgeist sowie entsprechendem Weltwissen und dadurch bedingter Weltanschauung. Die Perspektiven, aus denen das Bild betrachtet wird, basieren auf diesen verschiedenen Geisteshaltungen und variieren deshalb bereits stark auf synchroner Ebene einer Gesellschaft und erst recht auf diachroner Ebene.

Das Bild von den Persern, welches Isokrates zeichnet und es in dieser Arbeit zu erforschen gilt, ist also ein Bild im Wandel. Ein Bild, das in jeder bisherigen Epoche ein bisschen anders – um die Metapher nicht verblassen zu lassen – gesehen wurde und das von jedem Rezipienten, jedem Forscher, etwas anders gesehen wurde und wird und

¹ Mit dem Rezipientenkreis bei Isokrates beschäftigt sich: Sylvia Usener, Isokrates und sein Adressatenkreis. Strategien schriftlicher Kommunikation, in: Wolfgang Orth (Hrsg.), Isokrates. Neue Ansätze zur Bewertung eines politischen Schriftstellers, Trier 2003, S. 1834; Dieselbe, Isokrates, Platon und ihr Publikum. Hörer und Leser von Literatur im 3. Jahrhundert v. Chr (ScriptOralia 63), Tübingen 1994.

² Weiterführend dazu: Klaus Bringmann, Zweck und Voraussetzungen der isokratischen Redeliteratur, in: Wolfgang Orth (Hrsg.), Isokrates. Neue Ansätze zur Bewertung eines politischen Schriftstellers, Trier 2003, S. 7–17.

infolgedessen verschiedenartig eingeordnet wurde und wird. Dies muss man vor allem im Umgang mit der Sekundärliteratur im Auge haben, denn die sehr stark von nationalpolitischem Denken geprägte wissenschaftliche Literatur des 19. Jahrhunderts (Eduard Meyer, Karl Julius Beloch...) bildet auch noch das Substrat der Literatur des 20. Jahrhunderts und bei genauerer Betrachtung ertappt man immer wieder eingeflossene Reste dieser „nationalen“ Denkmuster und deren Rhetorik. Die Perserkriege, die im 19. Jh. zu nationalen Befreiungskriegen hochstilisiert wurden und mit den damaligen Entwicklungen in Europa gleichgesetzt wurden, sind eben auch ein zentrales Element der Panhellenismus-Politik von Isokrates, die für sein Perserbild eine wichtige Rolle spielt und noch Gegenstand dieser Arbeit wird. Deshalb ist gerade auch im Umgang mit der Sekundärliteratur zu Isokrates und seiner Politik ebenso Vorsicht geboten und manches muss wohl aus heutiger Sicht revidiert bzw. differenziert werden. Wenn sich diesbezüglich im Laufe dieser Arbeit die Frage ergeben haben sollte, warum immer wieder Jüthner und dessen beinahe 100 Jahre altes Werk „Hellenen und Barbaren“ herangezogen wird, sei dies folgendermaßen begründet: Nach wie vor gilt dieses Werk im Großen und Ganzen als *communis opinio* unter den ForscherInnen und daher als Standardwerk, was die Hellenen-Barbaren-Antithese angeht. Nur wenige Punkte mussten bisher revidiert bzw. relativiert werden, worauf diese Arbeit, falls die ihr zugrunde liegende Fragestellung betroffen ist, auch Bezug nimmt.

Ein weiterer Punkt, der schon angesprochen wurde, aber noch genauer unter die Lupe genommen werden muss, ist die Sprache. Viele von Isokrates verwendete Begriffe haben in ihrer Abstraktheit eine große thematische Ausdehnung und unterliegen deshalb oft einer schwer fassbaren Mehr- bzw. Vieldeutigkeit. Es sind heterogene Kollektionen, die unterschiedliche Eindrücke hervorrufen, je nachdem von welcher Seite aus man sie beleuchtet. Man sieht sich also nicht immer mit präzisen, konkreten Formulierungen konfrontiert, die nur eine mögliche Lesart zulassen. Manchmal überstrahlt der rhetorische Glanz den Inhalt und es wird gleich wie in der Politik heutzutage viel geredet (geschrieben), aber wenig gesagt, wodurch der Kern der Aussage oftmals nicht greifbar wird. Diese schön verpackte Schwammigkeit neigt bei genauerem Blick unter anderem auch zu Widersprüchlichkeiten, die die Interpretationsmöglichkeiten vermehren und eine einhellige und eindeutige Meinung zum Perserbild des Isokrates als unmöglich erscheinen lässt. Zudem kommen noch die altgriechische Sprache und unsere zeitliche und natürlich auch sprachliche Distanz zu ihr hinzu. Ein Österreicher denkt nun einmal in den Kategorien der gegenwärtigen deutschen Sprache und ist gezwungen der Fremdsprache seine „muttersprachlich“ geprägten Denkschemata überzustülpen und zu übersetzen. Viele Begriffe sind niemals exakt übersetzbar, weil es in unserer Sprache, in unserem Denken kein Pendant dazu gibt. Jede auch noch so akribische Übersetzung ist unweigerlich schon eine Interpretation und deshalb wertend. Wenn hier das Bild des Isokrates behandelt wird, gilt es dies zu bedenken. Aus diesen Gründen kann meine Darstellung eben auch „nur“ ein persönliches Bild von vielen zum

isokratischen Perserbild sein, das mit allen gebotenen Mitteln der Intersubjektivität untersucht wird. Es ist also ein Bewertungsversuch, der zur bisherigen, in dieser Arbeit zu erörternden Forschungsdiskussion beitragen soll.

Bevor an das eigentliche Thema, das Bild der Perser bei Isokrates, herangetreten wird, ist es nötig die methodologische Vorgehensweise darzulegen. Die Frage stellt sich: Welche Schriften des Rhetors kommen für die Darstellung seines Perserbildes besonders in Betracht, in welcher zeitlichen Reihenfolge wurden sie verfasst und welche Probleme knüpfen sich daran? Besonders markant treten die Perser in den Quellen Panegyrikos und Philippos in Erscheinung, weshalb die Untersuchung dieser beiden Reden am besten geeignet ist für die Darstellung des Perserbildes. Außerdem muss eine Eingrenzung gemacht werden, um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sehr zu sprengen. Auch die große zeitliche Distanz (ca. 34 Jahre) zwischen den beiden Reden ist von Bedeutung, stellt aber in diesem Fall kein Problem dar, denn in beiden Reden wird an und für sich dasselbe Perserbild vermittelt, was ein Beweis dafür ist, dass Isokrates seiner Meinung über die Perser die längste Zeit seines Lebens treu blieb. Zum besseren Allgemeinverständnis wird vorher noch eine biographische Skizze von Isokrates erstellt, dann das Menschenbild des Isokrates im Kontext seiner Zeit beleuchtet sowie auf die von ihm propagierte Politik des Panhellenismus, in der der Perserhass ein konstituierendes Element darstellt, eingegangen.

Allgemeines

1.1. Kurzbiographie Isokrates'

Die biographischen Daten zu Isokrates, welche zur Verfügung stehen, entstammen hauptsächlich seinem eigenen Werk, vor allem aus der Rede XV, der Antidodis, die sehr viel Autobiographisches enthält. Des Weiteren gibt es die Überlieferung des in hellenischer Zeit an der Bibliothek von Alexandria tätig gewesenen Hermippos aus Smyrna³, die in allen späteren biographischen Arbeiten der Antike über Isokrates Aufnahme fand, so vor allem bei Dionysios aus Halikarnassos⁴ und darüber hinaus z.B.

³ * 289/277 v. Chr.; † 208/204 v. Chr., griechischer Biograph und Philosoph., Verfasser biographischer Arbeiten. Vgl. Hans Gärtner, Hermippos 2, in: Der Kleine Pauly, Bd. 2, Stuttgart 1967, Sp. 1079.

⁴ * ca. 54 v. Chr.; † ca. 8 n. Chr., griechisch-sprachiger römischer Rhetor, Schriftsteller und Geschichtsschreiber.

bei Pseudo-Plutarch, Philostratos⁵, Zosimos⁶ sowie im byzantinischen Lexikon der Suda.⁷

Isokrates erblickte 436 v. Chr. als Sohn einer gewissen Hedyto und des wohlhabenden Flötenfabrikanten Theodoros im attischen Demos Erchia das Licht der Welt.⁸ Aufgrund der guten finanziellen Situation seines Vaters war es ihm möglich eine hervorragende Ausbildung in den damaligen Standardfächern Rhetorik und Philosophie bei bedeutsamen Lehrern wie Prodikos von Keos und höchst wahrscheinlich auch Gorgias von Leontinoi – wie der römische Rhetoriktheoretiker Quintilian überzeugend behauptet – zu absolvieren. Beide Lehrer sollen, wie aus dem Pseudo-Plutarch hervorgeht, auf einem Epitaph an Isokrates' Grabmal abgebildet gewesen sein.⁹

Im Zuge des Peloponnesischen Krieges verarmte die Familie und nun profitierte Isokrates von seiner ausgezeichneten Ausbildung, denn in Athen wurden „Ghostwriter“, so genannte Logographen, gesucht. Dabei handelte es sich um professionelle Gerichtsredenschreiber, die flammende Verteidigungsschriften für die Angeklagten ausarbeiteten, die die Angeklagten dann mehr oder weniger auswendig gelernt selbst vor dem Justiztribunal präsentieren mussten. Damals konnte der Angeklagte nämlich noch nicht auf einen Anwalt für seine Verteidigung zurückgreifen, er war gänzlich sich selbst bzw. dem Geschick seines Redenverfassers überlassen. Isokrates widmete sich dieser Tätigkeit ab ca. 403 v. Chr.¹⁰ und er verstand es offensichtlich überzeugende Plädoyers zu schreiben, denn er arbeitete sich schnell zum begehrtesten Gerichtsredenschreiber Athens neben Lysias empor, wovon noch sechs erhaltene Reden (XVI–XXI) zeugen.¹¹ Bald schon hatte er mit dieser Arbeit offensichtlich genügend Geld lukriert, um 390 v. Chr.¹² eine eigene Rednerschule begründen zu können, die ihm noch großes Ansehen sowie Wohlstand bringen sollte und knapp über 50 Jahre unter seiner Leitung stand. Die später erlangte Bedeutung vieler Absolventen spricht eine eindeutige Sprache für die Wichtigkeit seiner Institution; unter ihnen befanden sich beispielsweise Politiker wie Timotheos und Lykurgos oder die attischen Redner Isaios und Hypereides

⁵ * um 165/170; † zwischen 244 und 249, Sophist.

⁶ spätantiker Historiker, schrieb Ende des 5. Jahrhunderts und am Anfang des 6. Jahrhunderts ein Geschichtsbuch mit dem Titel *Historia nea* (Neues Geschichtswerk).

⁷ Michael Weißenberger, Isokrates, in: *Der Neue Pauly* 5 (1998), Sp. 1138–1143, hier Sp. 1138; Hans Gärtner, Isokrates, in: *Der Kleine Pauly* II (1967), Sp. 1467–1471, hier Sp. 1467.

⁸ Ebd.

⁹ Kai Brodersen, Einführung, in: *Isokrates. Sämtliche Werke*, Bd. I, Reden I–VIII, grieChr./dt., hrsg. und übers. von Christine Ley-Hutton/Kai Brodersen, Stuttgart 1993, S. 1–5, hier S. 1–3.

¹⁰ Weißenberger, Isokrates, Sp. 1138; Gärtner, Isokrates, Sp. 1467.

¹¹ Kai Brodersen, Einführung, S. 1–3.

¹² Karl Münscher, Isokrates, in: *Paulys Real-Encyclopädie der classischen Altertumswissenschaft* IX, 2 (1916), Sp. 2146–2227, hier Sp. 2181.

sowie die Historiographen Theopompos und Ephoros.¹³ Isokrates Pädagogik zielte auf die Praxis ab, was sich auch in seiner Kritik an der platonischen Philosophie manifestierte: Da dem Menschen sicheres Wissen nicht möglich sei, bleibe Philosophie immer spekulativ, weshalb ihr nicht mehr als propädeutische Bedeutung zukommen könne. Darüber hinaus decke sie nur einen Teil der nötigen Bildung ab.¹⁴ Isokrates pädagogisches Programm, das er auch mit dem Begriff Philosophie betitelte, bedeutete – auf einen einfachen Nenner gebracht – die Vereinigung rhetorischer mit philosophischer Bildung: Wohlklang und formale Vollendung der Sprache in Verbindung mit praktischer Lebensklugheit.¹⁵

Isokrates wirkte nicht etwa durch ein Lehrbuch der Rhetorik, nein, er lehrte seine Schüler durch sprachlich elaborierte Musterreden, die innerhalb der Schule als Beispiele dienten. Natürlich waren diese so genannten epideiktischen Reden nicht nur leere ästhetische Worthülsen mit ausschließlicher formalen Anspruch, auch inhaltlich sollten sie einen politischen Bildungsauftrag erfüllen, indem sie auf aktuelle politische Themen eingingen und diese – manchmal mehr, manchmal weniger – historisch zu erklären versuchten. Außerhalb des schulischen Kontexts, in der Öffentlichkeit, fanden die Reden als „journalistische“ Kommentare zum politischen Geschehen große Aufmerksamkeit und natürlich war diese durchaus „marketingstrategisch“ beabsichtigte breite öffentliche Präsenz seiner Publikationen äußerst werbewirksam für den Besuch seiner Schule. Bei keiner seiner Reden handelte es sich um tatsächlich live vorgetragene Referate, sondern nur um schriftliche Ausführungen, die als Art Flugschriften veröffentlicht wurden. Denn wie Isokrates selbst in der autobiographisch gehaltenen Antidosis-Rede vorgab, wäre er von der Natur mit einer sehr schwachen Stimme ausgestattet worden und zudem durch Schüchternheit charakterisiert, was ihn von öffentlichen Auftritten und einer politischen Karriere Abstand nehmen hatte lassen. Aufgrund der Tatsache der gezielten Veröffentlichung und massiven Verbreitung seiner politischen Traktate wurde Isokrates bereits von der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts zu Recht mit der Etikette „erster politischer Publizist Europas“¹⁶ versehen. Kurz nach der Schlacht von Chaironeia 338 v. Chr., die Philipp II. von Makedonien, der für Isokrates als größter politischer Hoffnungsträger galt, gegen die Griechen führte und für sich entschied, starb Isokrates im sehr hohen Alter von 98 Jahren.¹⁷ Angeblich soll

¹³ Weißenberger, Isokrates, Sp. 1139–1142.

¹⁴ August Burk, Die Pädagogik des Isokrates (Studien zur Geschichte und Kultur des Altertums 12, H. 3/4), Würzburg 1923; Eino Mikkola, Isokrates. Seine Anschauungen im Lichte seiner Schriften, Helsinki 1954, S. 196–210.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Zu dieser Kategorisierung: Josef Kessler, Isokrates und die panhellenische Idee, Rom ²1965, S. 2f.

¹⁷ Zum gesamten letzten Abschnitt siehe: Georg Misch, Isokrates' Autobiographie, in: Friedrich Seck (Hrsg.), Isokrates (Wege der Forschung CCCLI), Darmstadt 1976, S. 189–215, hier S. 190–200; Karl Münscher, Isokrates, in: Paulys Real-Encyclopädie der classischen Altertumswissenschaft IX, 2 (1916), Sp.

er an den Folgen eines Hungerstreiks zu Tode gekommen sein, allerdings dürfte diese zweifellos märtyrerische Geschichte mit höchster Wahrscheinlichkeit dem Reich der Mythen und Legenden zuzuordnen sein, wie die Forschung mittlerweile mit zahlreichen schlagenden Argumenten vor Augen geführt hat.¹⁸

1.2. Das allgemeine Menschenbild zur Zeit des Isokrates

Hippokrates von Kos (ca. 460–370 v. Chr.) bzw. ein so genannter Pseudohippokrates schrieb in seiner Schrift über Luft-, Wasser- und Ortsverhältnisse, dass die klimatischen und geographischen Begebenheiten den Charakter der Menschen beeinflussen und formen würden. Jeder Unterschied zwischen den einzelnen Ethnien, sei es in kultureller Hinsicht oder in anthropologischer, ist seiner Meinung nach darauf begründet. Dieser Gedanke weiter gesponnen impliziert unweigerlich den Schluss, dass der Mensch nur von seiner Umwelt, seiner Umgebung, also von rein äußerlichen Einflüssen bestimmt wird und nicht schon im Vorhinein, das heißt von Natur aus, determiniert ist. Ergo gibt es keinen natürlichen und daher auch keinen elementaren, grundsätzlichen Unterschied zwischen den einzelnen Ethnien und ihren Menschen. Freilich wurde die modern anmutende Conclusio zu diesem Gedankengang noch nicht dementsprechend von Hippokrates ausformuliert, aber damit war der Weg für andere geebnet. Die anderen waren dann einige Sophisten, die die bahnbrechende und revolutionäre Lehre von der Freiheit und Gleichheit aller Menschen in der griechischen Welt verbreiteten.¹⁹ Antiphon, ein früher Exponent des Sophismus, vertrat beispielsweise in seiner Schrift „Über die Wahrheit“ eine noch für seine Mitmenschen ungehörige These, indem er schreibt: „Von Natur aus sind wir alle in jeder Hinsicht gleichermaßen geschaffen ebenso Barbaren wie Hellenen zu sein.“²⁰ Um diesen Satz zu bekräftigen, berief man sich auf die prinzipiell gleiche körperliche Konstitution jedes einzelnen Menschen, jeder Mensch verfüge über die grundsätzlich identische physische Basis, also über denselben Körperbau usw. Die Unterschiede, die darüber hinaus aufträten, subsumierte man unter dem Schlagwort *nómos*; gemeint sind damit gewisse kulturelle Vereinbarungen, die eine Gemeinschaft trifft, soziale Konventionen, die in einer Gesellschaft eingegangen werden, gesellschaftliche Normen, die historisch gewachsen sind und Gesellschaften von anderen unterscheiden, aber in keiner Weise als

2146–2227; Brodersen, Einführung, S. 1–3; Uwe Walter, Isokrates, in: Kai Brodersen (Hrsg.), Große Gestalten der griechischen Antike. 58 historische Portraits von Homer bis Kleopatra, München 1999, S. 193–200.

¹⁸ Ausführlich dazu: Benno von Hagen, Isokrates und Alexander, in: Friedrich Seck (Hrsg.), Isokrates (Wege der Forschung CCLI), Darmstadt 1976, S. 19–39, hier S. 21–26.

¹⁹ Julius Jüthner, Hellenen und Barbaren. Aus der Geschichte des Nationalbewusstseins (Das Erbe der Alten, Neue Folge VIII), Leipzig 1923, S. 15f.

²⁰ Zit. nach Jüthner, Hellenen, S. 17.

naturbedingt aufgefasst werden dürfen (z.B. Sprachen, Religionen, Gesetze, Bräuche, Sitten...).²¹

Wie war das Verhältnis des Isokrates zur Sophistik?

Isokrates stand schon frühzeitig mit den Ideen der Sophisten in Verbindung, zumal er bei ausgewiesenen Sophisten Unterricht genoss.²² An vorderster Stelle sei hier Gorgias erwähnt. Ebenso wenig sucht man in seinen Publikationen lange nach Beweisen für seine gute Kenntnis der Sophistik. In einer Textstelle der Rede Helena setzt er es sogar als Selbstverständlichkeit voraus, dass auch seiner Hörer- bzw. Leserschaft die sophistischen Schriften bekannt sind, indem er provokant rhetorisch fragend schreibt: „Wer aber ist so wenig informiert, daß er nicht wüßte: Protagoras und die anderen Sophisten, die zu seiner Zeit lebten, hinterließen uns solche Schriften und noch viel gekünsteltere als diese.“²³

Isokrates wird zwar von manchen Forschern und sogar von Zeitgenossen noch als Sophist kategorisiert, da er, gleich wie Sokrates, ursprünglich aus diesem Lager kommt, aber seine Positionen wandelten sich und decken sich nur teilweise mit der sophistischen Schule. Aussagekräftig dazu ist vor allem seine sehr kritische 13. Rede, die den bezeichnenden Titel *Gegen die Sophisten*²⁴ trägt. Was das Menschenbild des Isokrates anbelangt, so hat er sich von den modernen Thesen gewisser Sophisten, wie Hippias, Antiphon oder Alkidamas, die eine einsame Außenseiterrolle einnahmen, nicht überzeugt gefühlt. Er vertrat eine konservativere Position: Sein Menschenbild war ein biologistisch-deterministisches²⁵, nach heutigem Verständnis ein rassistisches, das sich mit damals modernen Anschauungen kreuzt und deshalb teilweise Widersprüche aufwirft. So wird er als Pädagoge beispielsweise nicht müde, die Wichtigkeit der Erziehung zu betonen²⁶ und ist sich durchaus bewusst, wie in manchen Textstellen anklingt, dass Menschen durch ihr Milieu verdorben werden können und durch ihre Erziehung, ihre Sozialisation, wie im Falle der Perser, gewisse Verhaltensmuster

²¹ Jüthner, *Hellenen*, S. 17–24.

²² Burk, *Die Pädagogik*, S. 24f.

²³ Isokrates oratio X Helena 2. Alle Übertragungen isokratischer Texte aus: Isokrates. *Sämtliche Werke*, Bd. I: Reden I–VIII, grieChr./dt., hrsg. und übers. von Christine Ley-Hutton/Kai Brodersen, Stuttgart 1993 und Bd. II: Reden IX–XXI. Briefe. Fragmente, grieChr./dt., hrsg. und übers. von Christine Ley-Hutton/Kai Brodersen, Stuttgart 1997.

²⁴ Dazu ausführlich: Christoph Eucken, *Isokrates. Seine Positionen in der Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen Philosophen*, Berlin-New York 1983, S. 5–43.

²⁵ Isokr. or. VII Areopag. 74f. darin werden die Athener mit dem attischen Grund und Boden, der nicht nur besondere Pflanzen, sondern auch besondere Menschen hervorbringt, in Verbindung gebracht. „Sie [die Athener] hätten keine dieser Leistungen vollbracht, wenn sie den anderen nicht so sehr durch ihre natürlichen Anlagen überlegen gewesen wären.“ Siehe ebenso or. XII Panath. 163.

²⁶ Z.B. Isokr. or. XV Antid. 293f.

einnehmen. Schlussendlich bleibt aber doch noch die Abstammung (Herkunft) das determinierende Element, welches keine Erziehung der Welt auslöschen könne. Ein kulturloser Barbar werde immer ein kulturloser Barbar bleiben, genauso wie ein Sklave zum Sklavesein geboren sei. Sein Menschenbild und damit auch sein Perserbild steht im Großen und Ganzen im Mainstream der damaligen Zeit. Der ältere Zeitgenosse Sokrates und dessen Schüler Platon denken ähnlich und der wesentlich jüngere Aristoteles tritt sogar mit einem noch radikaleren, aus heutiger Sicht menschenverachtenden Menschenbild in Erscheinung.²⁷ Da logischerweise das Menschenbild des Isokrates sein Perserbild bedingt und vice versa, wird die folgende Analyse des Perserbildes, das er in den zwei Texten Panegyrikos und Philippos zeichnet, nicht nur Aufschluss darüber geben, wie Isokrates über die Perser schrieb und dachte, sondern auch darüber, wie er den Menschen an sich einschätzt.

1.3. Der Panhellenismus als maßgeblicher Motor des Perserhasses

Unter Panhellenismus, einem nicht unumstrittenen Begriff mit gewissen semantischen Schwächen, versteht man in der Altertumswissenschaft die Umfassung bzw. Zusammenfassung alles Griechischen. Gemeint ist damit weder vor noch zur Zeit des Isokrates, wie fälschlicherweise oft angenommen, die Forderung, die diversen Stadtstaaten in einem großen Einzelstaat aufgehen zu lassen, sondern nur, dass sich die Stadtstaaten aufgrund ihrer kulturellen Gemeinschaft in einem politischen Bündnis zusammenfinden, eine Einheit eingehen und somit neben größerer außenpolitischer Stärke vor allem Frieden fänden.²⁸ Warum kein Einzelstaat gewollt wurde? Die Intellektuellen, die das panhellenische Programm repräsentierten, hatten durchaus soviel politischen Realitätssinn, um zu verstehen, dass die Forderung nach einem Einzelstaat zu weit gegangen wäre und deshalb zu wenig Anhänger gefunden hätte.²⁹ Zugegeben, jeder Vergleich mit der Gegenwart hinkt und man muss sich hüten vor undifferenzierten Assoziationen mit den diversen Pan-Bewegungen des 19. Jahrhunderts, aber zur besseren Illustration scheint ein Vergleich mit dem Beispiel der EU geeignet. Die EU ist ebenso kein Einzelstaat, sondern ein Staatenbund prinzipiell gleichwertiger Staaten, der durch eine übergeordnete europäische Gemeinschaftsidee zusammengefasst wird. Die Absicht der politischen Väter der heutigen EU bestand nach den zwei verheerenden Weltkriegen des 20. Jahrhundert vor allem darin – Parallelen zu Hellas scheinen hierin auf –, eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, um eine dauerhafte Friedenssicherung zu gewährleisten. Auch im alten Griechenland

²⁷ Dazu ausführlich: Eucken, Isokrates; Jüthner, Hellenen, S 19–45.

²⁸ Gerhard Dobesch, Der panhellenische Gedanke im 4. Jh. v. Chr. und der „Philippos“ des Isokrates. o.O. 1968, S. 3–28.

²⁹ Dobesch, Der panhellenische Gedanke, S. 3f.

bekämpften sich die einzelnen Poleis untereinander, was Panhellenisten wie Isokrates in Zukunft verhindern wollten.

„Als ‚panhellenische Einstellung‘ wollen wir es also bezeichnen, wenn die hellenische Nation und das Hellenische nicht nur als Werte erscheinen, sondern man sich auch bewußt ist, daß die Nation aus einer reich differenzierten Vielfalt einzelner Staaten besteht, und man sich bemüht, diesem Tatbestand, daß Hellas weit mehr Wertvolles umfaßt als nur die eigene Polis, Rechnung zu tragen.“³⁰

Nach heutigem Wissensstand können wir davon ausgehen, dass ein kulturelles Gemeinschaftsgefühl, eine Art Nationalbewusstsein, wobei der moderne Nationenbegriff nicht treffsicher für die damaligen griechischen Verhältnisse ist, zur Zeit des Isokrates und auch schon davor existierte.³¹ Nun stellt sich die Frage, wann dieses Zusammengehörigkeitsgefühl entstand und woher es kam. Panhellenische Tendenzen sind zumindest in bescheidener Form in der intellektuellen sowie adeligen Elite des Landes schon in archaischer Zeit wahrnehmbar, allerdings keineswegs auf politischer Ebene.

Mit den Perserkriegen trat ein Wandel ein. Durch die Bedrohung nicht nur der Freiheit und des Territoriums, sondern vor allem dessen Überbau, der griechischen Kultur und Eigenart, änderten sich die innenpolitischen Bedingungen grundlegend. Ein Gemeinschaftstrend setzte ein, um eine Konzentrierung der politischen und militärischen Macht zu ermöglichen und dem Feind gemeinsam Paroli bieten zu können. Mit dem „gemeinsamen“ Feind verdichtete sich das Gemeinschaftsgefühl zu einer noch nie da gewesenen Intensität, die nach weiteren Gemeinsamkeiten darüber hinaus suchen ließ und diese auch fand bzw. nötigenfalls konstruieren musste, wodurch eine wahrhafte Kettenreaktion im Zusammengehörigkeitsbewusstsein ausgelöst wurde. So erlebte das politische Panhellenentum seine größte Entfaltung zwischen der Schlacht von Marathon und dem Regierungsende Kimmons.³²

Diese Zeit war identitätsstiftend für die griechische „Nation“ und in diesem Fall dürfte der vielfältig konnotierte Begriff am ehesten zutreffen. In der auf Kimmon folgenden Zeit verschwand der „nationale“ Geist zusehends und es können daher auch kaum mehr panhellenischen Bestrebungen ausgemacht werden. Das alte Wertesystem war in

³⁰ Ebenda, S. 10.

³¹ Hermann Bengtson, Hellenen und Barbaren, Gedanken zum Problem des griechischen Nationalbewusstseins, in: Karl Rüdinger, Unser Geschichtsbild, München 1954, S. 25–37; Hans Schaefer, Das Problem der griechischen Nationalität, in: X^e Congrès International des Sciences Historiques. Relation VI, Rom 1955, S. 677–734.

³² Hans Diller, Die Hellenen-Barbaren-Antithese im Zeitalter der Perserkriege, in: Grecs et Barbares, Entretiens sur l'Antiquité Classique VIII, Genève 1962, S. 37–68.

Vergessenheit geraten und an dessen Platz trat die hegemoniale Polispolitik, bedacht auf Eigeninteressen.³³

Mit dem Peloponnesischen Krieg, in dem sich die hellenische Staatenwelt gegenseitig bekämpfte, war diese Politik auf dem Höhepunkt angelangt und es setzte ein Rollback bei den griechischen Intellektuellen ein. Frei nach dem Motto „So kann es nicht weiter gehen!“ knüpften sie an die glorreichen „nationalen“ Zeiten der Perserkriege an und versuchten diese den Menschen wieder in Erinnerung zu rufen und politisch zu nutzen. Die radikale, egozentrische Polispolitik widerstrebte vor allem dem Kreis der gemäßigten Sophisten, die einen Ausweg aus der extremen, engstirnig und kleinräumig agierenden Polisodeologie suchten und in einem größeren kulturellen Kontext, in einer übergeordneten „Kulturnation“ aufgehen wollten. Bedingt war dies mitunter durch die Heimatlosigkeit dieser Pädagogen, die wie Wanderprediger durch Hellas zogen und ihren Unterricht feilboten und deshalb keine engere Beziehung zu einer einzelnen Polis entwickelten.³⁴ Einer der prominentesten Vertreter dieser philosophischen Richtung war Gorgias, der mit seinen panhellenistischen Schriften auch als Vater des jüngeren panhellenistischen Programms galt und nachfolgenden Panhellenismus propagierenden Rednern, wie Andokides, Lysias und vor allem Isokrates, dem bedeutendsten panhellenischen Ideologen in dieser Runde, als Vorbild diente.

Das gesamte Werk Isokrates' verkörpert diese Ideologie, in seinen Reden unternimmt er den Versuch, seine Zuhörerschaft für diese Idee zu begeistern und zu gewinnen. Die Reden richten sich – bis auf ein paar Ausnahmen – in ihrer Anrede auch nicht an eine einzelne Polis, sondern an alle Hellenen. Charakteristisch für diese Ideologie der griechischen Einigung und Eintracht ist die Abgrenzung und Kontrastierung der beiden Kulturräume Persien und Griechenland, die bei Isokrates schon zumindest begrifflich auf Asien und Europa ausgedehnt werden.³⁵ Der Panhellenismus läßt sich am Gegensatz zu Persien auf, er benötigt ein sich markant von den Griechen unterscheidendes, ihnen möglichst gegensätzliches Perserbild. Der hochstilisierte gemeinsame Perserhass, der sich seit der Beendigung der Perserkriege stark reduziert hatte und nun wieder heraufbeschworen wurde, sollte als verbindender Klebstoff zwischen den verschiedenartigen griechischen Poleis fungieren. Die Prämisse sollte etwa lauten:

³³ Siehe auch Klaus Bringmann, Studien zu den politischen Ideen des Isokrates (Hypomnemata 14), Göttingen 1965, S. 19–27.

³⁴ Dobesch, Der panhellenische Gedanke, S. 3–28.

³⁵ Z.B. Isokr. or. IV Paneg. 187: „[...] falls wir den Krieg, den wir jetzt miteinander führen, gegen die Bewohner des Festlandes [Perser] richten und den Wohlstand von Asien nach Europa bringen.“ Oder ebenda 179: „Da die gesamte Erde unter der Sonne in zwei Teile geteilt ist, in den, der Asien heißt, und in den, der Europa heißt [...]“. Dazu vertiefend: Arnaldo Mamigliano, L'Europa come concetto politico presso Isocrate e gli Isocratei, in: *Revista di filologia e d'istruzione classica* N. S. 11 (1933), pp. 447–487, dt. Übersetzung von Marianne Gaul, Europa als politischer Begriff bei Isokrates und den Isokrateern, in: Friedrich Seck (Hrsg.), *Isokrates*, Darmstadt 1976, S. 128–138.

Wenn uns sonst wenig gemein ist, dann zumindest der gemeinsame Feind und der Hass auf ihn. Ein gemeinsamer Krieg gegen die Perser sollte das identitätsstiftende Element schlechthin werden; Blut und Eisen sollte die „Nation“ zusammenschweißen und ihr zu Eintracht verhelfen – wie noch so oft in der weiteren Geschichte. Abschließend muss betont werden, dass diese Ideologie im Widerspruch zur politischen Realität jener Zeit stand, denn die Politiker waren opportunistisch genug und durchaus bereit Bündnisse mit den „Barbaren“ einzugehen, um ihrer Polis zu mehr Macht in Griechenland zu verhelfen. Der Panhellenismus war zu jener Zeit noch ein von einzelnen Intellektuellen getragenes Phänomen, genauso wie ein gewisser „Nationalismus“ damaliger Ausprägung von intellektueller Natur war und am vollkommensten auf kultureller Ebene, wie z.B. in der Literatur, vollzogen wurde; nur in diesem Bereich kann man tatsächlich vorbehaltlos von „nationaler Einigung“ im modernen Wortsinn sprechen.³⁶

Die erste Schrift des Isokrates, in der jene panhellenische Ideologie präsentiert und beworben wird, ist der Panegyrikos, der im Folgenden behandelt wird und auf das Bild der Perser hin untersucht wird.

Textanalyse

1.4. Panegyrikos

Der Panegyrikos erschien im Jahre 380. Isokrates gibt an, die Rede in Olympia vorgetragen zu haben; das heißt, sie muss im Rahmen einer Olympienfeier präsentiert worden sein. Das Erscheinungsjahr erschließt sich aus zwei in der Rede angesprochenen Geschehnissen (Paneg. 126, 141), die zur gleichen Zeit passierten. Zum realen Vortrag durch den Rhetor wurde der Panegyrikos nicht konzipiert, was aber nicht ausschließt, dass er eventuell vorgelesen wurde. Zumindest wurde er jedenfalls in schriftlicher Form bei diesem Anlass herausgegeben, soviel ist gewiss.³⁷

Als *Panegyrikos* (lat. Panegyricus) wurde in der Antike eine prunkvolle Rede, die aus einem festlichen Anlass gehalten wurde, bezeichnet. Aus Griechenland sind neben diesem Festvortrag von Isokrates auch noch Reden von Lysias überliefert, die man mit „Panegyrikos“ betitelte. Im Römischen Reich erfuhr der Begriff dann einen kleinen

³⁶ Eine interessante Arbeit zu dieser gesamten Thematik und ihrer Auswirkung unter Alexander d. G. lieferte Jakob Seibert, 'Panhellenischer' Kreuzzug, Nationalkrieg, Rachezug oder makedonischer Eroberungskrieg? – Überlegungen zu den Ursachen des Krieges gegen Persien, in: Wolfgang Will (Hrsg.), Alexander der Große, Bonn 1998, S. 5–58.

³⁷ Isokrates, Panegyrikos. Mit Einleitung, Erläuterungen und textkritischen Bemerkungen, hrsg. von Max Mühl, Bamberg 1960, S. 3f (Vorbereitungsheft).

Bedeutungswandel: Nun verstand man unter einem Panegyricus vor allem lobende Reden zur Ehrung eines Herrschers wie des römischen Kaisers.³⁸

Bis herauf in die heutige Zeit zeichnete sich wiederum eine geringfügige inhaltliche Änderung des Begriffs ab. So versteht man im heutigen Sprachgebrauch unter dem selten verwendeten Terminus Panegyrik eine undistanzierte, lobhudelnde und anbiedernde Schmeichelrede. Aber auch schon in der Antike wurde die adjektivische Form dieses Ausdrucks mit einem negativen Sinngehalt versehen, denn der Historiker und Rhetoriklehrer Dionysios von Halikarnassas bezeichnete damit einen auf bloße Effekthascherei bedachten, demagogischen Stil, der versucht, die Hörschaft zu blenden und aufzuhetzen.³⁹

Beim Durchlesen des isokratischen Panegyrikos wird schnell deutlich, dass jene Bedeutung, mit der Dionysios von Halikarnassas das Adjektiv panegyrisch versah, diesen Text hervorragend charakterisiert und den Nagel damit auf den Kopf trifft. Beim Panegyrikos des Isokrates handelt es sich um eine tendenziöse, propagandistische Schrift, die mit Hilfe ihrer rhetorischen Elaboriertheit versucht, das Publikum zu verführen bzw. exakter für sein politisches Ziel, die Einigung Griechenlands, zu gewinnen. Historische Fakten, die seine Argumentation stützen sollen, werden darin dem propagandistischen Zweck untergeordnet und deshalb unausgewogen gewichtet und bewusst einseitig interpretiert respektive missinterpretiert. Wovon handelt der Panegyrikos?⁴⁰

Das Programm seiner Rede verkündet Isokrates im Proömium: Krieg gegen Persien, Einigung aller Hellenen (Paneg. 3). Isokrates drückt damit an sich nichts Neues aus, er ist nicht der erste, der diese Gedanken fasst und publiziert. Schon sein Lehrer Gorgias versucht in seinem „Olympikos“ die Hellenen zur Einheit und zu einem gemeinsamen Feldzug gegen die Perser zu motivieren und auch Lysias hatte bereits dieselben Ideen unter das Volk gebracht.⁴¹ Dass deren Werke Isokrates als Vorlage dienten und er sogar einzelne Passagen aus dem Epitaphios von Lysias wortwörtlich übernahm, weist Edmund Buchner in seiner Untersuchung des Panegyrikos⁴² überzeugend nach.

Sieben Jahre vor Erscheinen des Panegyrikos, im Jahre 387, wurde der Friede des Antalkidas, auch Königsfriede genannt, zwischen den verfeindeten Poleis Sparta und

³⁸ Konrat Ziegler, Panegyrikos, in: Der Kleine Pauly IV, Sp. 455ff.

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Dazu auch bezüglich der Stilistik vertiefend: Friedrich Seck, Die Komposition des „Panegyrikos“, in: Derselbe (Hrsg.), Isokrates, Darmstadt 1976, S. 353–371; trotz des hohen Alters brauchbarer Überblick von: Drerup, Engelbert, Epikritisches zum Panegyrikos des Isokrates, in: *Philologus* 54 (1895), S. 636–653.

⁴¹ Kessler, Isokrates und die panhellenische Idee, S. 7f.

⁴² Edmund Buchner, Der Panegyrikos des Isokrates. Eine historisch-philologische Untersuchung (Historia Einzelschriften, H. 2), Wiesbaden 1958.

Athen unter Vermittlung Persiens ausgehandelt. Die Bedingungen stellte der persische Großkönig Artaxerxes, dem die Hegemonie über alle griechischen Städte Kleinasiens sowie das vorgelagerte Klazomenai und Zypern zugesprochen wurde. Sparta, welches im korinthischen Krieg die Oberhand in Griechenhand gewinnen konnte, wurde zum Exekutor dieses Friedensabkommens bestimmt, was praktisch bedeutete, dass es die Vorherrschaft über Griechenland erhielt.⁴³

Schlaglichtartig weist dieses Ereignis auf den politischen Tiefstand der hellenischen Staatenwelt hin, an dessen Überwindung Isokrates mit seinem Panegyrikos beizutragen sucht. Mit Erscheinen dieser Rede steht Sparta so gut wie auf dem Gipfel seiner Machtentfaltung, es hatte die mittlerweile seit dem Friedensschluss vergangenen sieben Jahre gut dazu nützen können.⁴⁴ Zweifellos ist dieses Faktum dem feurigen athenischen Patrioten ein Dorn im Auge. Mit hinreißendem Pathos richtet er einen Appell zur Tat an alle Hellenen und ruft sie auf zur Einigung. Wie die Einigung erfolgen soll, ist für Isokrates klar: Sparta soll seine Hegemonie abgeben und sie mit Athen teilen. Im darauf folgenden Abschnitt des Panegyrikos werden zahlreiche Gründe angeführt, warum Athen das Vorrecht gegenüber Sparta auf die Führung zustehen würde. Groß und breit werden darin Athens Vorzüge dargelegt und vor allem historisch zu begründen versucht, was nicht ohne Verzeichnungen der geschichtlichen Fakten geschieht. Athen könne auf die älteste Geschichte innerhalb der griechischen Poleiswelt zurückblicken, sie seien nach allgemeiner Auffassung das erste Volk gewesen, weshalb ihnen auch die erste Führungsposition in Griechenland zustehen müsse.⁴⁵ In diesem Zusammenhang erörtert er auch anschließend die Reinheit der athenischen Abstammung und gibt ihr damit eine physische Basis:

„Denn wir bewohnen unsere Polis nicht, nachdem wir andere daraus vertrieben oder sie als eine von Menschen verlassene eingenommen oder uns etwa als Gemisch aus vielen Völkern zusammengefunden hätten. Im Gegenteil, wir sind von so guter und vornehmer Herkunft, daß wir die Polis, von der wir unseren Ursprung haben, die ganze Zeit über ohne Unterbrechung inne hatten und daß wir ihr, da wir Autochthonen sind, die gleichen Namen geben können wie unseren engsten Verwandten.“⁴⁶

Aus dieser Feststellung der rassischen Unvermischtheit der Athener, die – wie aus einer anderen Stelle deutlicher hervorgeht – bis auf die Götter zurückreicht, und der damit verbundenen Behauptung, dass die Athener das erste Volk Griechenlands waren, leitet

⁴³ Karl-Wilhelm Welwei, *Das klassische Athen. Demokratie und Machtpolitik im 5. und 4. Jahrhundert*, Darmstadt 1999, S. 274–285; Hermann Bengtson, *Griechische Geschichte*, München⁵ 1977, S. 269–277.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Zur athenischen Kultur im Panegyrikos: Eucken, *Isokrates*, S. 165–171.

⁴⁶ Isokr. or. IV Paneg. 32.

Isokrates eine kulturelle Vorreiterrolle Athens ab. Die Strahlkraft der athenischen Kultur erleuchtete von dort ausgehend den Rest der Hellenen. Ergo sei hellenische Kultur in ihrem Ursprung immer gleichzusetzen mit athenischer Kultur, weshalb der Führungsanspruch Athens auf jeden Fall gerechtfertigt sei.

Aus dieser zitierten Textpassage, die mit zahlreichen anderen im Einklang steht, lässt sich das isokratische Menschenbild erahnen. Unschwer ist daraus zu erkennen, dass Isokrates kein Vertreter der von Teilen der sophistischen Bewegung propagierten *Gleichheit aller Menschen* ist. Völker können dieser Passage nach geschlossene Einheiten, von den Göttern geschaffen und seither unvermischt und dadurch unverfälscht, sein, was folglich heißt, sie sind von Natur aus, so wie sie sind, also prädestiniert und damit anders als die anderen, in welcher Weise auch immer. Aus moderner Sicht haben wir es hier zweifellos mit einem Vertreter von Rassismus zu tun und diese Sicht der Dinge bestimmt in Folge auch das Perserbild des Isokrates, welches hier noch näher erforscht werden wird.

Folgt man den Thesen des Isokrates weiter, kommt man zu nachstehender Schlussfolgerung: genuine kulturelle Leistungen stehen in direkter Verbindung zur griechischen Abstammung; Bildung ist ein entscheidendes Merkmal des Hellenentums. Damit schafft Isokrates eine kollektive hellenische Identität, welche weit über die gemeinsame Herkunft hinausreicht. Er versucht eine Kulturgemeinschaft zu bilden, zu konstruieren, in der Athen aufgrund ihrer vermeintlich herausragenden kulturellen Leistungen die Führungsrolle zugesprochen bekommt. Durch die Verknüpfung von Kulturfähigkeit mit hellenischer Herkunft kommt es gleichzeitig zu einem konsequent vollzogenen Ausschluss der Barbaren aus dem griechischen Kulturkreis.⁴⁷

Naturgemäß „definiert sich jede menschliche Gemeinschaft durch eine Festlegung von Grenzen: ‚Hier und das sind wir, dort und das die anderen‘; denn man kann nicht bestimmen, wer man ist, ohne zugleich zu implizieren, wer man nicht ist“⁴⁸. Bei Isokrates aber kommt nun das rassische Element verstärkt zum Tragen, die Trennung zwischen Hellenen und Barbaren ist keine willkürliche bzw. politisch oder dergleichen bestimmte, sondern eine naturgegebene und somit ist sie unüberwindbar.⁴⁹ Ein Naturgesetz quasi. Diese Ideologie lässt sich aus dem Panegyrikos herausfiltern, zu diesem Schluss kommt auch Edmund Buchner.⁵⁰

⁴⁷ Dieter Grieser-Schmitz, Kulturbestimmte politische Vorstellungen des Isokrates, in: Wolfgang Orth (Hrsg.), Isokrates. Neue Ansätze zur Bewertung eines politischen Schriftstellers, Trier 2003, S. 111–127.

⁴⁸ Ebenda, S. 122.

⁴⁹ Vgl. ebenda.

⁵⁰ Edmund Buchner, Der Panegyrikos des Isokrates.

Noch einmal zusammenfassend: Der natürliche Primat Athens basiert auf ihrer kulturellen Vorreiterrolle, durch die kulturelle Potenz konnte sie den anderen Poleis „Wohltaten“ erweisen, für die ihr ganz Griechenland zu Dank verpflichtet sein muss. Athen beansprucht ihren Führungsanspruch natürlich nur über die griechischen Poleis, nur ihnen erbrachte sie besagte Wohltaten. Der Gedankengang des Isokrates mit der kulturbestimmenden Aufgabe Athens erstreckt sich explizit über Griechenland und nicht darüber hinaus, Barbaren oder überhaupt die restlichen Völker der Welt waren damit nicht gemeint, sie befanden sich klar außerhalb des von der Ideologie Isokrates' konstituierten Kulturraumes und konnten auch nicht durch Erziehung und Akkulturation darin aufgehen, denn die Barbaren beispielsweise waren ja laut Isokrates von Natur aus Feinde und diese natürliche Barriere konnte nicht überwunden werden.⁵¹

In Paneg. 28–50 werden unter den wichtigen Wohltaten der Athener für die anderen Hellenen, vor allem die einstige Überbringung der Feldfrüchte und der Mysterien betont, weshalb die meisten anderen Poleis nach wie vor den Athenern

„Jahr für Jahr als Erinnerung an jene Wohltat aus längst vergangener Zeit die Erstlingsfrüchte des Getreides [schicken]. Denjenigen Poleis aber, die diesem Brauch nicht nachkommen, hat die Pythia schon oftmals aufgetragen, ihren Teil an Früchten zu entrichten und unserer Polis gegenüber die althergebrachten Bräuche zu erfüllen. Was aber ist glaubwürdiger als das, wofür die Gottheit selbst ihre Stimme erhebt, worin viele Griechen einer Meinung sind, worin die alten Erzählungen gegenwärtige Bräuche bestätigen und wiederum heutige Ereignisse mit den Erzählungen der Menschen aus jener Zeit übereinstimmen?“⁵²

Die Barbaren sind von der Teilnahme an den religiösen Feierlichkeiten ausgenommen, wie neben dieser sich eindeutig auf die Hellenen beschränkenden Passage, besonders auch in Paneg. 157 ersichtlich wird, wo Isokrates seine bis zum Hass sich ausweitende Abneigung gegen die Perser kundtut:

„Auf Grund dieses Hasses gegen die Perser verkünden die Priester aus den beiden Priestergeschlechtern der Eumolpiden und Keryken bei der Einweihung in die Mysterien auch alle anderen Barbaren, sie von der Teilhabe an den heiligen Zeremonien auszuschließen, wie sie es für Mörder tun.“⁵³

⁵¹ Dazu wird im Verlauf der Arbeit noch detaillierter Stellung genommen. Die folgenden Ausführungen basieren auf: Grieser-Schmitz, Kulturbestimmte Vorstellungen, S. 122ff.

⁵² Isokr. or. IV Paneg. 31.

⁵³ Isokr. or. IV Paneg. 157.

„Die Vergabe der Feldfrüchte und Mysterien begründet den kulturellen Primat Athens auf höchstem, religiös-mythologischem Niveau“⁵⁴, woraus – für jedermann ersichtlich – unabdingbar die Führungsrolle im symmachialen Kreis resultiert. Auch zeigen diese zwei Textausschnitte, dass hier die Rede von allen Griechen ist – die Betonung liegt auf allen –, die Barbaren jedoch explizit ausgegrenzt werden. Dies gilt klarerweise auch für den Rest der Verdienste, die Athen für die anderen Poleis leistete, der Anteil daran wird nur den Hellenen zugestanden. Damit wird ein hellenischer Kulturraum geschaffen und automatisch eine scharfe Trennlinie zwischen den zwei Kulturräumen Griechenland und Persien gezogen.⁵⁵

Dieser Diagnose widerspricht auch nicht die Stelle Paneg. 50, die zu kontroversen Diskussionen in der Forschung geführt hat und von einigen Forschern als eine Öffnung der scheinbar unüberwindbaren Grenze zwischen Griechen und Barbaren interpretiert wurde:

„Unsere Polis hat nun auf dem Gebiet intellektueller und rhetorischer Fähigkeiten alle anderen Menschen soweit zurückgelassen, daß die Schüler Athens Lehrer der anderen geworden sind, und Athen hat es fertig gebracht, daß der Name ‘Hellene’ nicht mehr eine Bezeichnung für ein Volk, sondern für eine Gesinnung zu sein scheint und daß eher ‘Hellene’ genannt wird, wer an unserer Bildung, als wer an unseren gemeinsamen Abstammung teilhat.“⁵⁶

Zu den verschieden gelagerten Deutungen dieser Stelle:

Meistens wurde diese Textstelle so aufgefasst, dass Isokrates damit die unüberwindbare Barriere zwischen Persern und Griechen aufzuheben versucht und einen Barbaren, der über griechische Bildung verfügt, auch als Hellenen anerkennt. Man war geneigt dazu, die in jener Zeit vereinzelt wahrnehmbaren Tendenzen hin zu einem dezent auftretenden Kosmopolitismus auch Isokrates zuzuschreiben.

Julius Jüthner war mit seinem Werk „Hellenen und Barbaren“⁵⁷ 1923 der Erste, der dieser Interpretation widerspraChr. Er begründete dies damit, dass nicht nur der Kontext, in den diese Stelle eingebettet ist und in dem ausschließlich von Athen und den anderen Poleis, nie aber von den Barbaren die Rede sei, eine andere Sprache spreche und konträr dazu stehe, sondern in glasklarer Art und Weise auch das isokratische Gesamtwerk. Er wies darauf hin, dass in einer Textpassage einer anderen

⁵⁴ Dieter Grieser-Schmitz, Kulturbestimmte politische Vorstellungen, S. 123.

⁵⁵ Zum athenischen Kulturaufstieg siehe Christoph Eucken, Zum Konzept der *πολιτικοί λόγοι* bei Isokrates, in: Wolfgang Orth (Hrsg.), Isokrates. Neue Ansätze zur Bewertung eines politischen Schriftstellers, Trier 2003, S. 34–42, hier S. 38f.

⁵⁶ Isokr. or. IV Paneg. 50.

⁵⁷ Jüthner, Hellenen, S. 35ff.

Rede (Isokr. or. XV Antid. 293) deutlich werde, dass Isokrates den Barbaren allgemein die Fähigkeit zur Bildung und Redekunst abspreche.

Es handle sich also hier nicht um den Gegensatz zwischen Hellenen und Barbaren, sondern um die Gegenüberstellung von Hellenen, die aufgrund ihrer „gemeinsamen Abstammung“⁵⁸ so bezeichnet würden, und den Hellenen, die an „unserer Bildung“ teilhaben, gemeint sei damit nicht wie üblich verstanden eine allgemeine hellenische, sondern die alles überragende, beispielhafte attische Bildung. Jüthner sah hier Isokrates als patriotischen athenischen Regionalisten, und tatsächlich gibt die im gesamten Panegyrikos und vor allem in diesem das Zitat umschließenden Abschnitt vorliegende „athenzentrische“ Argumentation allen Anlass zu dieser Sichtweise. Insofern könne sich Jüthners Meinung nach, das Possessivpronomen „unserer“ nur auf Isokrates’ Heimatpolis Athen beziehen, die ja vor allem im kulturellen Sinne eine Vorbildfunktion innehatte. Folglich dürfe sich also erst Hellene nennen, wer von den übrigen Hellenen die beispielgebende, visionäre attische Bildung erfährt. Die Barbaren seien laut Jüthner darin sicherlich nicht inkludiert, sondern ausschließlich der griechische Kulturraum. Gerade deshalb, weil hier die Athener als die eigentlichen Hellenen definiert würden, werde Athen weit über das restliche Griechenland gestellt⁵⁹, wie es ja eben der Absicht Isokrates’ im gesamten ersten Teil des Panegyrikos entspricht. Diejenigen Griechen, die beanspruchen würden, das wahrhafte Hellenentum zu verkörpern, müssten demnach zuerst die Stationen der musterhaften attischen Bildung durchlaufen.

Zusammenfassend: Die griechische Herkunft alleine genüge Jüthner zufolge nicht, um als Hellene zu gelten, man wird als Grieche ausschließlich ein Hellene, wenn man die Erziehung Athens genossen hat, ansonsten bleibt man ungebildet und gehört somit auch quasi als Grieche zur Gruppe der primitiven Barbaren.⁶⁰ Bei dieser Textstelle handelt es sich „also nicht um eine Ausdehnung des Begriffes ‘Hellene’ auf Barbaren mit griechischer Kultur [...], sondern im Gegenteil um eine Einengung auf Griechen mit attischer Bildung [...]“⁶¹

Nach Erscheinen dieses Buches wurde Jüthner von einem anderen Isokratesforscher, nämlich Max Mühl, für diese Sicht der Dinge in seinem Buch „Die antike Menschheitsidee in ihrer geschichtlichen Entwicklung“⁶² kritisiert. Mühl begab sich wieder auf die Linie der bisherigen Interpretation der Stelle, die darin den Kosmopoliten Isokrates ausmacht, der die Schranken zwischen Barbaren und Griechen beseitigen möchte. In diesem Sinne schrieb Mühl, dass darin der ethnographische Terminus „hellenisch“ zu

⁵⁸ Isokr. or IV Paneg. 50.

⁵⁹ Jüthner, Hellenen, S. 37.

⁶⁰ Ebd., S. 34–37.

⁶¹ Jüthner, Hellenen, S. 36.

⁶² Max Mühl, Die antike Menschheitsidee in ihrer geschichtlichen Entwicklung, Leipzig 1928.

einem Kulturbegriff ausgedehnt werde, und damit sozusagen die Einleitung der hellenischen Epoche vollzogen sei.

„Isokrates ist über die strenge Absperrung des Griechentums bereits hinausgekommen. Schon wird die griechische Kultur unter dem Gesichtspunkte ihres universalen Charakters betrachtet. Die Idee einer von griechischem Wesen genährten und durchtränkten universalen Kulturgemeinschaft wird hier zum ersten Male angedeutet.“⁶³

Diese Kontroverse wurde in den nächsten Jahrzehnten weitergeführt⁶⁴, es fanden sich allerdings immer mehr Wissenschaftler⁶⁵, die sich auf die Seite Jüthners schlugen. Edmund Buchner überdachte und überarbeitete jedoch in seiner 1958 erschienen Untersuchung die Exegese Jüthners noch einmal und bildete sich folgenden Reim auf Paneg. 50:

„Er [Isokrates] ist also an dieser Stelle kein Kosmopolit und kein Vorbereiter des Hellenismus, er ist auch kein chauvinistischer Anhänger seiner eigenen Polis; er erweist sich auch hier als Hellene. Trotzdem enthält diese Stelle den Keim zu etwas Neuem, und zwar insofern, als Isokrates hier die *παίδευσις* [Bildung] und die *φύσις* [Herkunft, Natur] gegenüberstellt und das Schwergewicht auf die *παίδευσις* legt, die sich im Gegensatz zur *φύσις* erwerben lässt.“⁶⁶

Buchner verlässt hier nicht den Kurs Jüthners, er renoviert und differenziert diesen nur geringfügig. Auch für ihn steht es außer Zweifel, dass er an dieser Stelle die konventionellen Grenzen zwischen Hellenen und Barbaren nicht verwischt und keineswegs den Barbaren die Möglichkeit eingeräumt wird, sich durch attische Bildung in Hellenen zu verwandeln.⁶⁷ Dieser Argumentationslinie, die von Jüthner initiiert und von Buchner modifiziert wurde, schließen sich auch die neuesten Publikationen⁶⁸ zu Isokrates an.

⁶³ Ebd S. 35.

⁶⁴ Jüthner schrieb einen Aufsatz, um Mühl zu widersprechen und präziserte deshalb noch einmal seine Thesen: Julius Jüthner, Isokrates und die Menschheitsidee, in: *Wiener Studien* 47 (1929), S. 26–31, abgedr. auch in: Friedrich Seck (Hrsg.), *Isokrates*, Darmstadt 1976, S. 122–127.

⁶⁵ Z.B. Gisela Schmitz-Kahlmann, *Das Beispiel der Geschichte im politischen Denken des Isokrates* (Philologus Supplementband 31, H. 4), Leipzig 1939, S. 67f.; Hans Erich Stier, *Grundlagen und Sinn der griechischen Geschichte*, S. 381, Anm. 22; Wolf Steidle, *Redekunst und Bildung bei Isokrates*, in: *Hermes* 80 (1952), S. 257–296, hier S. 277, Anm. 4; Hermann Bengtson, *Hellenen und Barbaren*, S. 31; Ders., *Griechische Geschichte von den Anfängen bis in die römische Kaiserzeit*, München⁵1977, S. 276f.

⁶⁶ Edmund Buchner, *Der Panegyrikos des Isokrates*, S. 64.

⁶⁷ Ebd, S. 62–65; Ders., *Zwei Gutachten für die Behandlung der Barbaren?*, in: Friedrich Seck (Hrsg.), *Isokrates*, Darmstadt 1976, S. 216–226, hier S. 217f., Anm. 10.

⁶⁸ Dieter Grieser-Schmitz, *Kulturbestimmte politische Vorstellungen des Isokrates*, in: Wolfgang Orth (Hrsg.), *Isokrates. Neue Ansätze zur Bewertung eines politischen Schriftstellers*, Trier 2003, S. 111–127.

Die Stelle ist gewiss gänzlich auf die Griechen zugeschnitten, wie sich aus dem Kontext deutlich ersehen lässt, in dem in der Tat nur von den hellenischen Poleis und der Sonderrolle Athens die Rede ist. Eine Auslegung in Richtung „kultureller Weltoffenheit des Isokrates“ würde mit dessen politischem Weltbild kollidieren, das auf der griechischen Kulturdominanz basiert, die noch gemehrt werden soll durch die Unterwerfung und Ausbeutung Asiens. Den Barbaren wird als Nicht-Hellenen keinesfalls zugestanden ein Teil des ethnisch und kulturell hermetisch abgegrenzten griechischen Kulturraumes zu werden, sie sind nicht befähigt dazu, eigenständige, originale Kultur zu schaffen, ihnen gelingt höchstens die Nachahmung und insofern trennt sie dadurch ein Graben von den Griechen, denen gegenüber sie deshalb minderwertig erscheinen. Isokrates übergeht dabei die von intellektuellen Vorgängern durchaus erkannten positiven Einflüsse des östlichen Kulturraumes und geht soweit, dass er überhaupt die Kulturfähigkeit der Barbaren negiert.⁶⁹

Genug von diesem Exkurs in die Forschungsdiskussion zu Paneg. 50 und wieder zurück zur Textgrundlage, in der sich weitere Belege für die antipersische Haltung Isokrates' finden und zur Untermauerung der Thesen Jüthners, Buchners sowie anderer und der obigen Ausführungen herangezogen werden. Untersuchungsgegenstand ist nach wie vor der erste Teil des Panegyrikos: Isokrates pocht auf die griechische Einigung unter athenischer Führung, wofür zahlreiche Vorzüge Athens angeführt werden. In Paragraph 122 teilt er abermals einen Seitenhieb an das mächtige Sparta, die größte Konkurrenz Athens, aus, um Athen in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Isokrates betont darin, es sei die Schuld der Spartaner, dass die Ionier soviel Leid von den Persern erdulden müssten, und verweist damit natürlich auf die Schmach des Königsfriedens, der die ionischen Städte in Kleinasien dem Perserkönig zusprach und zugleich Sparta mit persischer Unterstützung zu mehr Macht verhalf. Er fährt fort:

„Jetzt aber kümmern sie [die Spartaner] sich überhaupt nicht um die Ionier, obwohl diese in einen so schlimmen Zustand der Unterdrückung geraten sind. Denn nicht genug damit, daß sie ihre Abgaben zahlen und zusehen müssen, wie ihre Akropolen von Feinden besetzt werden, zusätzlich zu dem allgemeinen Unglück muß auch noch jeder persönlich eine schlimmere Behandlung erdulden als die bei uns für Geld gekauften Sklaven. Keiner von uns nämlich mißhandelt seine Sklaven so, wie die Barbaren freie Menschen züchtigen.“⁷⁰

Diese Passage stellt ein krass antipersisches Bild zur Schau: Die Perser misshandeln demzufolge freie Bürger mehr als die Griechen ihre Sklaven. Gewiss handelt es sich bei diesem antithetisch aufgebauten Vergleich im letzten Satz um polemisierende

⁶⁹ Siehe dazu auch: Grieser-Schmitz, Kulturbestimmte politische Vorstellungen, S. 125.

⁷⁰ Isokr or. IV Paneg. 123.

rhetorische Zuspitzung, obgleich jedoch das Wissen darum die Aussage auch nicht wesentlich entschärft.

In der Folge wettet er noch ein wenig gegen das Verhalten der Spartaner, die mit den Persern gemeinsame Sache machen würden, um ihre Macht zu vergrößern. Die meiste Empörung rief bei ihm hervor, dass diejenigen, die die Hegemonie beanspruchen würden, „tagtäglich gegen die Griechen ins Feld ziehen, mit den Barbaren aber ein Bündnis auf alle Ewigkeit [Hervorhebungen durch G.B.] geschlossen haben.“ Auch in dieser Formulierung Isokrates’ sticht der nicht zu verkennende rhetorisch-provokante Aspekt seiner Ausführung ins Auge, die mit der Beschreibung der Realität wenig gemein hat und hier stark aufbauschende, hyperbolische Züge annimmt, denn natürlich hat Sparta kein „Bündnis auf alle Ewigkeit“ mit den Barbaren geschlossen und schon gar nicht „tagtäglich“ die übrigen Griechen angegriffen. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie sehr Tatsachen hier dem rhetorischen Zweck untergeordnet und dadurch verzeichnet und verdreht werden. Bei der Untersuchung dieses Gegenstandes muss man sich sehr wohl dessen bewusst sein, mit welcher literarischen Gattung man hier konfrontiert wird und welche Auswirkungen dies auf die Sprache und welche Auswirkung wiederum Sprache auf den Inhalt hat. Isokrates wollte mit dieser politischen Rede überzeugen, er wollte überreden und um jemanden zu überreden, sind andere sprachliche Mittel nötig und zulässig als in einer bloßen Beschreibung von nüchternen Tatsachen.

Mit Paragraph 129 kommt endlich der Themenwechsel im Panegyrikos; Isokrates verlässt nun die auf mehr als der Hälfte der Rede abgehandelte Frage der Einigung, die in einem Lobpreis auf Athen mündet, und spricht über sein zweites Hauptanliegen, den panhellenischen Krieg gegen die Perser. Im Zuge dessen rücken auch die Perser bzw. Barbaren näher in den Blickwinkel Isokrates’. Ressentiments und rhetorisch-propagandistisch instrumentalisierte Vorurteile greifen mehr und mehr Platz und schon im Paragraph 131 findet sich ein Affront gegen die Perser. Isokrates tadelt zum wiederholten Male die Lakedaimonier und wirft ihnen die Vergeudung ihrer militärischen Kräfte gegen die Bundesbrüder vor, „obwohl es in ihrer Macht läge, nach Schlichtung der Feindseligkeiten zwischen uns, alle Barbaren zu Periöken⁷¹ von ganz Griechenland zu machen.“⁷²

⁷¹ Als Periöken bezeichnete man Mitglieder der spartanischen Gesellschaft, die im Umland der Stadt Spartas lebten und zwar über persönliche Freiheit, allerdings aber über weniger Rechte verfügten, kein politisches Mitspracherecht besaßen und keine spartanischen Frauen ehelichen durften. Bürger zweiter Klasse quasi. Vgl. Detlef Lotze, Bürger zweiter Klasse: Spartas Periöken. Ihre Stellung und Funktion im Staat der Lakedaimonier, in: Walter Ameling/Klaus Zimmermann (Hrsg.), Bürger und Unfreie im vorhellenistischen Griechenland. Ausgewählte Aufsätze von Detlef Lotze, Stuttgart 2000, S. 171–183.

⁷² Isokr. or. IV Paneg. 131.

Isokrates fordert hier also indirekt auf, die Barbaren zu Untertanen, zu Untergebenen von „ganz Griechenland“ zu machen. Diese Forderung widerspricht, oder vorsichtiger formuliert, untermauert nicht gerade die erörterte Interpretation Mühls und Konsorten von Paneg. 50, die darin einen Isokrates sieht, der es dem Barbaren ermöglichen wolle an hellenischer Bildung und Kultur teilzuhaben und den Griechen dadurch ebenbürtig zu werden.

In Paneg. 133 spinnt Isokrates den Gedanken weiter, dass durch die momentanen Verhältnisse, die herrschenden Zwistigkeiten in Griechenland, soviel aufs Spiel gesetzt werde, „obwohl wir einen großen Besitz in Sicherheit genießen könnten“⁷³, wenn wir daran dächten, anstatt das eigene Land zu verwüsten „Asien auszubeuten.“ Diese Idee vom „großen Besitz“ in Asien und der Ausbeutung der asiatischen Schätze zieht sich wie ein roter Faden durch den Panegyrikos (z.B. Paneg. 133, 166, 187 und 182: Der Krieg wird den Kriegsbegeisterten Vorteile bringen, weil „die sich großen Reichtum von den Feinden holen werden.“⁷⁴) und ebenso durch den Philippos, wie noch gezeigt werden wird.

Daran anknüpfend greift Isokrates den regierenden persischen Großkönig Artaxerxes II. an:

„Denn er [der persische Großkönig] hat geschafft, was keiner seiner Vorfahren je vermocht hat: Wir und die Lakedaimonier haben zugelassen, daß der Großkönig Herr über Asien ist, und bei der Übernahme der griechischen Poleis ist er mit solch unumschränkter Selbstherrlichkeit vorgegangen, daß er die einen zerstören, in anderen Befestigungen einrichten konnte. All dies ist aber nicht seiner Macht, sondern unserer Unvernunft zu verdanken“⁷⁵

Der König besitzt demnach also keine Stärke, es liegt – zugespitzter formuliert – nur an der Dummheit der Griechen, dass ganz Asien dem Großkönig unterliegt und sie die ionischen Städte im Zuge des Königsfriedens ihm überließe. Dies impliziert den logischen Schluss: Wären die beiden Großpoleis Sparta und Athen klüger und arbeiteten zusammen, würde die Realität eine andere sein und nicht ganz Asien dem Perserkönig unterstellt sein. Einzig und alleine sie hätten also die Mittel und Möglichkeiten, die politische Wirklichkeit zu verändern, den Perserkönig lässt man außen vor, er hätte nicht die Macht als Akteur aufzutreten, quasi nur der Zufall, nur Glück hat ihm ganz Persien in die Hände fallen lassen. Er ist nur eine Randfigur auf dem Spielfeld der Politik, die gestaltenden und entscheidenden Spielzüge machen die Griechen. Folgert man weiter, gelangt man unweigerlich zum Fazit: Niemand könnte

⁷³ Isokr. or. IV Paneg. 133.

⁷⁴ Isokr. or. IV Paneg. 182.

⁷⁵ Isokr. or. IV Paneg. 137.

einem geeinten Griechenland Paroli bieten, schon gar nicht das Perserreich. Belege für diese Suprematieideologie finden sich noch ausreichend bei Isokrates⁷⁶.

Damit jedoch noch nicht genug, wird der Perserkönig in dieser Stelle auch verunglimpft, indem Isokrates ihm „unumschränkte Selbstherrlichkeit“ im Umgang mit den ionischen Poleis zum Vorwurf macht. Für Isokrates stellt der persische Monarch den selbstgefälligen, unterdrückerischen Tyrannen par excellence dar, der absolut eigenmächtig und rücksichtslos seine Regierungsgeschäfte leitet.

In den folgenden Paragraphen führt er den Gedankengang bezüglich der geringen momentanen Macht Persiens weiter aus und betont die günstige Gelegenheit für einen Kriegszug. Seine Argumentation geht dann in Paragraph 142 soweit, dass er den Persern jegliche militärische Fähigkeit aberkennt, denn nur mit Hilfe der hervorragenden griechischen Söldner und Heerführer könne der Großkönig überhaupt militärische Operationen durchführen. Es werden zahlreiche Beispiele aus der jüngeren Geschichte für die Begründung der Schwäche aufgelistet. Isokrates kommt auch auf den Zug der 10 000 zu sprechen, bei dem ein griechisches Söldnerheer von 10 000 Mann und das Heer der Satrapie des Kyros, des jüngeren Bruders vom regierenden Artaxerxes II., gegen Persien ins Feld zogen. Es ging dabei um Thronstreitigkeiten, der jüngere Kyros wollte nämlich seinen älteren Bruder vom Thron stürzen, was er mit Hilfe der Griechen versuchte. Das Heer erwies sich den Truppen des Artaxerxes als überlegen, aber als schließlich in einer Schlacht unerwartet Kyros selbst fiel, fand die Absicht Kyros auf den Thron des Artaxerxes zu befördern ein jähes Ende. Der Rückzug der griechischen Söldner stieß kaum auf Gegenwehr der verschiedenen Satrapen und so waren am Ende fast keine Verluste zu verzeichnen.

„In der Tat, man braucht sich weder vor dem Heer fürchten, das mit dem Großkönig in der Gegend umherzieht, noch vor der Tapferkeit der Perser selbst. Denn jene Soldaten, die mit Kyros weiter ins Landesinnere zogen, haben deutlich gemacht: Die Perser selbst sind um keinen Deut tüchtiger als die Leute an der Küste Asiens. [...] Als sich aber nach dem Tod des Kyros alle Bewohner Asiens zusammentaten, kämpften die Perser trotz günstiger Voraussetzungen so wenig ruhmvoll, daß sie allen, die sonst immer die Tapferkeit der Perser gepriesen haben, keinen Grund mehr dafür geben.“⁷⁷

So kommentierte Isokrates das Geschehen. Seine Einschätzung ist natürlich wieder polemisierend, hyperbolisierend, propagandistisch überspitzt, das sieht man deutlich an der Formulierung, dass sich „alle Bewohner Asiens zusammentaten“ und „kämpften“, was freilich rhetorische Übertreibung ist und keineswegs der Realität entsprach, aber

⁷⁶ Z.B. Isokr. or. XV Antid. 293–294; Isokr. or. VII. Areop. 75.

⁷⁷ Isokr. or. IV Paneg. 145f.

dennoch ist die Beurteilung der politischen und militärischen Lage Persiens, der relativen Schwäche, nicht komplett aus der Luft gegriffen. Jedenfalls wird abgesehen davon den Persern kriegerische Untüchtigkeit, ja indirekt Feigheit attestiert, was wohl kaum zutrif.

In Paragraph 147 diffamiert er erneut den Großkönig:

„Dennoch waren die Perser ihnen so sehr unterlegen, daß der Großkönig sich in der gegenwärtigen Lage keinen Rat mehr wusste und kein Vertrauen mehr in die seine eigene Streitmacht setzte, sondern ohne Skrupel die Anführer der Hilfstruppen ergreifen ließ, obwohl sie unter dem Schutz eines Waffenstillstandes waren, um durch einen solchen Rechtsbruch das Heer zu verwirren, und es vorzog, sich an den Göttern zu versündigen, anstatt offen einen Kampf mit den Griechen zu riskieren. Sein hinterhältiger Plan jedoch mißlang [...].“⁷⁸

Der Großkönig war also hilflos und hierauf zeigt sich die Skrupellosigkeit und feige Hinterhältigkeit des Tyrannen: Er hält sich nicht an die Abmachung, was suggeriert, dass er ein unzuverlässiger, unberechenbarer Mensch ohne Rückgrat und Ehrverständnis sein muss, nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht. Dann wird das religiöse Element noch hinzugefügt: Er begeht lieber eine Sünde an den Göttern, als im gerechten, fairen Kampf sich zu beweisen, wie es sich für ehrenvolle Männer geziemen würde.

Der Vorwurf, sich gegen die Götter zu stellen, sie zu missachten, was auch als verachten ausgelegt werden könnte, wiegt schwer. Der Barbarenkönig hält sich also nicht an die Gesetze der Götter, er hat also keine Moral, keinen Sinn für gottgewollte Gerechtigkeit, ist ein Frevler, ein Ketzer, der die Gottlosigkeit lebt. Die Religion wird also hier offensichtlich als Ausschlusskriterium aus dem griechischen Kulturkreis instrumentalisiert; im Sinne wir Griechen hier ehren die Götter, die von griechischer Seite aus betrachtet als einzig wahre Götter ihre Gültigkeit haben; die dort drüben hingegen tun dies nicht und sind deshalb ungläubige „Haiden“.

Dass Religion eines der elementarsten Bestandteile einer Kulturgemeinschaft ist, Kultur stiftet, bestimmt und deren Grenzen definiert, hat die Geschichte der Menschheit bisher konstant demonstriert. In gewissen Zeiten und Gesellschaften war und ist nach wie vor Religion der höchste Wert im sozialen Gefüge. Ist dies der Fall, eignet sich die Instrumentalisierung religiöser Gefühle hervorragend für Propagandazwecke und auch für die Legitimation eines Krieges gegen „Ungläubige“. Beispiele dafür finden sich unzählige in der Geschichte und leider auch in der Gegenwart. Der Intellektuelle Isokrates ist sich dieser Wirkung wohl auch bewusst und zieht dieses Register, um

⁷⁸ Ebd 147.

möglichst viele für die vermeintliche Notwendigkeit eines Krieges gegen die Perser zu überzeugen.

Dass Isokrates Humor hat und mit zynischem Hohn und Spott nicht hinterm Zaun hält, beweist der anschließende Paragraph 148: Trotz der Verfolgung und Bedrohung durch Tissaphernes, eines persischen Heerführers, und seiner Reiterei während ihres langen Marsches zurück in die griechische Heimat „legten sie [die Griechen] ihren Weg zurück, als hätten sie Geleitschutz erhalten. Denn am meisten fürchteten sie die weite Öde des Landes, für das größte Glück hielten sie es, wenn sie auf eine möglichst große Zahl von Feinden stießen.“⁷⁹

Damit gibt er die Perser vollkommen der Lächerlichkeit preis und würdigt ihre militärischen Fähigkeiten noch mehr herab als in den Passagen zuvor. Im nächsten Paragraph wird der provokante Sarkasmus weitergeführt und die Rolle des Perserkönigs im Zug der 10.000 boshaft in einem Vergleich auf die Schippe genommen:

„Obwohl jene griechischen Soldaten nicht zu einem bloßen Plünderungszug ausgezogen waren und auch nicht bloß ein Dorf besetzt hatten, sondern gegen den Perserkönig selbst angetreten waren, legten sie ihren Heimweg in größerer Sicherheit zurück als Gesandte, die zum Perserkönig kommen, um Freundschaft mit ihm zu schließen.“⁸⁰

Dann setzt er dem spöttisch Geäußerten die Krone aufs Haupt: „Somit ist, wie mir scheint, die Schlawheit und Feigheit der Perser an allen Orten unter Beweis gestellt.“⁸¹ Nach all den Andeutungen im Vorfeld nimmt er sich nun kein Blatt mehr vor den Mund und bezeichnet die Perser direkt als träge und furchtsam. Im Folgenden sucht Isokrates Gründe dafür; die fehlende Tapferkeit könne ja schließlich nicht von ungefähr kommen:

„Denn wer so aufwächst wie die Perser und so regiert wird, kann weder irgendeine andere Form von Tugend besitzen noch in den Schlachten ein Siegeszeichen über die Feinde errichten. Wie nämlich könnte bei der Lebensweise der Perser ein fähiger Feldherr oder ein tüchtiger Soldat auftreten? Der größte Teil ihrer Leute ist ja eine ungeordnete Masse, unerfahren in schwierigen Situationen, ohne Kraft für den Krieg, zur Knechtschaft besser erzogen als die Sklaven bei uns. Die Leute unter ihnen aber, die größtes Ansehen genießen, haben in ihrem Leben noch nie Prinzipien der Gleichheit praktiziert, noch nie eine soziale Gesinnung oder Engagement für die Polis gezeigt, sondern waren ihr Leben lang gegenüber den einen gemein und

⁷⁹ Isokr. or. IV. Paneg. 148.

⁸⁰ Ebd. 149.

⁸¹ Ebd.

arrogant, gegenüber den anderen sehr devot – ein Verhalten, das den Charakter eines Menschen am meisten verderben dürfte. Ein Leben lang verwöhnen sie wegen ihres Reichtums ihren Körper mit Luxus, aufgrund ihrer Monarchie aber sind sie in ihrer Seele unterwürfig und äußerst furchtsam, sie finden sich beim Königspalast ein, werfen sich vor Ehrfurcht zu Boden und zeigen in jeder Beziehung eine kleinmütige Gesinnung: Vor einem Sterblichen fallen sie auf die Knie, reden ihn als Gott an, die Götter aber achten sie weniger als die Menschen. Diejenigen unter den Persern, die an die Küste ziehen, die sogenannten Satrapen, machen ihrer Erziehung alle Ehre, sie bleiben bei ihren Gewohnheiten, indem sie sich Freunden gegenüber treulos, Feinden gegenüber feige geben, einerseits unterwürfig, andererseits arrogant dahinleben, die Bundesgenossen verachten, den Feinden aber schöntun.⁸²

In diesem Textauszug kommen viele Aspekte des isokratischen Perserbildes sehr konzentriert zur Sprache. Schuld an der persischen Feigheit, Tugendlosigkeit und am militärischen Unvermögen sei die Erziehung, die Sozialisation in der tyrannisch-monarchischen Staats- und Regierungsform. Hier zeigt sich ein Widerspruch zu seinem ansonsten biologistisch-deterministisch argumentierten Antiperserbild.

Isokrates wirft dem persischen Volk vor, ein chaotischer Haufen, ohne Erfahrung zu sein, dem es an „Kraft für den Krieg“ fehle. Der nächste Punkt, den Isokrates noch im gleichen Satz einbringt, wurde schon vorher von ihm thematisiert, und zwar hielt er den Persern vor, dass sie die Ionier schlechter behandeln würden als die Griechen ihre Sklaven. Hier knüpft er direkt daran an, wenn er sagt, dass die Perser zur Knechtschaft besser erzogen seien als die Sklaven bei den Griechen. Er deutet damit die Dichotomie Freiheit – Unfreiheit an. Die Griechen verfügen grundsätzlich über die Freiheit, die Perser hingegen nicht, sie sind Knechte, Sklaven des Königs, ohne freien Willen, ohne freie Gedankenausübung.

Die Elite des Landes klagt er einerseits an wegen ihrer angeblichen Untertänigkeit gegenüber ihren Herrscher und andererseits wegen des herablassenden, überheblichen Verhaltens gegenüber denjenigen, die in der Hierarchie unter ihnen sind. Soziale Egalität, soziale Gerechtigkeit sowie soziales Engagement – übertragen in diese moderne Terminologie könnte es sich dabei tatsächlich um den Wahlslogan einer gegenwärtigen Partei handeln – sei ihnen ein Fremdwort.

Isokrates überhöht dadurch das politische System in Griechenland. Die Griechen mit ihrer gepriesenen Freiheit, die sich auch daraus resultierend im Denken, der Philosophie und in der kulturellen Leistungsfähigkeit äußert, sind den Persern voraus und überlegen.

⁸² Isokr. or. IV. Paneg. 150ff.

Dass aber der hier von Isokrates gebrauchte Begriff Gleichheit und die unterschwellig anklingende griechische Freiheit, die im Philippus dann mehrmals konkret angesprochen wird⁸³, in Griechenland ebenso wenig ausreichend realisiert war, bedarf wohl keiner näheren Erörterung.

Des Weiteren wird den Persern angelastet: Mit ihrer engen, unterwürfigen, insgesamt niedriger entwickelten Gesellschaftsform frönen sie dem Luxus, sie gebärden sich nach außen üppig und übermäßig, schwelgen im schnöden Materialismus und sind in ihrer Oberflächlichkeit ausschließlich auf Äußerlichkeiten, auf Körperlichkeit fixiert. Innere Werte, Geist, Bildung, die höheren und eigentlichen menschlichen Werte, zählen für sie nicht. Dieses Klischee wiederholt sich auch im Philippus, in dessen Analyse noch darauf eingegangen wird.

Gerade wegen der Konditionierung durch die Monarchie sind sie so eingeschüchtert, so ängstlich, so „furchtsam“, so devot, kurz: so bedauerliche Kreaturen. Was sind devote Menschen? Assoziationen sind schnell parat: fern gesteuert, ohne persönlichen Willen, ohne Selbstbewusstsein, ohne Selbstwertgefühl, unmündig, schwach wie Kinder. Isokrates bietet mittels seiner subtilen Rhetorik noch genügend Raum für unterschwellige, hintergründige Botschaften. Kurz vor Ende des Zitats kommt der Seitenhieb auf die theokratische persische Monarchie mit ihrem Gottkönig, vor dem sich die Perser „kleinmütig“, also eingeschüchtert respektive feige, niederwerfen. Wie schon zuvor kommt der Vorwurf der Gottlosigkeit hier wieder zum Vorschein, denn den wahren Göttern bringen sie keine Achtung entgegen, stattdessen verkennen sie unsinnigerweise den menschlichen König als Gott. Die Satrapen bezeichnet er als „Freunden gegenüber treulos“, „Feinden gegenüber feige“ und wie zuvor die gesamte Oberschicht des Landes als auf der einen Seite „unterwürfig“ gegenüber oben und „arrogant“ gegenüber den Untertanen. Es muss sich um einen üblen Menschenschlag halten, lautet der Subtext zwischen den Zeilen, denn die Tatsache, dass sie ihre eigenen Bundesgenossen, ihre eigenen Landsleute abschätzig behandeln und im Gegenzug den Feinden Honig ums Maul schmieren, beweist alles.

Im Folgenden bringt Isokrates manipulativ eingesetzte Beispiele aus der jüngeren Geschichte Griechenlands, die dieses vermittelte Bild stützen sollen.

Es schließt sich ein Reigen rhetorischer Fragen an, deren Ziel es offenbar ist, den Hass weiter zu schüren und das Volk aufzuwiegeln für den Krieg. Die letzten drei davon seien hier zitiert:

„Wem von uns haben sie denn noch nichts angetan? Zu welchem Zeitpunkt haben sie einmal mit ihren Anfeindungen gegen die Griechen aufgehört? Was

⁸³ Isokr. or. V Phil. 104, 139.

in unserem Land ist ihnen nicht feind – ihnen, die es wagten, im früheren Krieg die Sitze der Götter und die Tempel zu plündern?⁸⁴

Abermals konfrontiert der Rhetor die Rezipienten mit dem Gottesfrevl der Perser und er fährt fort: Aus folgendem Grund verdienen auch die Ionier Lob:

„Wenn irgend jemand an den niedergebrannten Tempeln etwas änderte oder sie gar wieder restaurieren wollte, wie sie früher waren, verfluchten sie ihn, nicht etwa aus Mangel an Material – nein diese Tempel sollten für die Nachwelt ein Mahnmal für barbarische Gottlosigkeit sein und keiner sollte den Menschen vertrauen schenken, die es gewagt hatten, solche Frevel gegenüber den Heiligtümern der Götter zu verüben.“⁸⁵

Blickt man in der Geschichte weiter voraus zu Philipp und Alexander wird bewusst, welche zentrale Rolle dieser persische Affront gegen die Religion in der Rechtfertigung des Perserkrieges zugewiesen werden wird. Auf dem Kongress in Korinth präsentiert Philipp sein Vorhaben eines Kriegszuges gegen das Achämenidenreich, das von seinem Sohn Alexander in die Tat umgesetzt werden wird als einen späten Vergeltungsschlag für die eineinhalb Jahrhunderte zurückliegenden Offensiven des Xerxes und Dareios. Zur Legitimation wird als Hauptgrund das persische Vergehen an den griechischen Heiligtümern angegeben; dieser Frevel an den Göttern müsse unbedingt endlich gerächt werden. Diese Argumentation hatte propagandistisch also zweifelsohne Biss, sonst wäre sie nicht eingesetzt worden. Offenkundig tritt Propaganda immer lügenbehaftet bzw. einseitig verzeichnend in Szene; in diesem Fall trifft letzteres zu, denn die Perser hatten natürlich auch ihre Gründe für den damaligen Einmarsch in Griechenland, sie rechtfertigten ihr Handeln als Vergeltung für den ionisch-attischen Angriff auf Sardeis. Dieses Faktum wird von der griechisch-makedonischen Propaganda selbstverständlich ausgeklammert.⁸⁶

Mit Paragraph 157 kommt die Passage, welche eingangs dieses Kapitels schon ausschnittsweise zitiert wurde und anhand derer die kulturelle Dichotomie Griechen-Perser erläutert wurde. Isokrates schreibt darin, dass nicht ohne Grund der Hass gegen die Perser bestehe und sie deshalb wie die Mörder von den eleusinischen Mysterien ausgeschlossen seien. Die Gründe für den von Isokrates beschworenen allgemeinen Perserhass wurden in dieser Arbeit soeben ausführlich wiedergegeben.

Isokrates setzt seine Tirade fort:

⁸⁴ Isokr. or. IV Paneg. 155.

⁸⁵ Ebd 156.

⁸⁶ Michael Weißenberger, Isokrates und der Plan eines panhellenischen Perserkrieges, in: Wolfgang Orth (Hrsg.), Isokrates. Neue Ansätze zur Bewertung eines politischen Schriftstellers, Trier 2003, S. 95–110, hier S. 103f.

„Wir verspüren den Barbaren gegenüber von Natur aus eine solche Feindseligkeit, daß wir uns auch bei den Geschichten aus alter Zeit am liebsten mit dem Troianischen und dem Perserkrieg beschäftigten, da man in diesen Geschichten vom Unglück der Barbaren hören kann.“⁸⁷

„Von Natur aus“. Wir haben es demzufolge mit einem Axiom der Natur zu tun, das unverrückbar, unveränderbar ist. Die Feindschaft ist also keine politisch bzw. kulturell bedingte, sie ist nicht durch historische Kausalketten entstanden und gewachsen, sondern sie hatte schon immer Bestand. Sie ist nicht anerzogen, die Kinder kommen quasi damit auf die Welt, es handelt sich dabei um ein genetisch verankertes Phänomen.

In Paragraph 159 wird dieser Gedanke weitergesponnen, indem begründet wird, warum die Epen Homers über den Troianischen Krieg, der ihm als Ahnherr aller Kriege gegen Barbaren bzw. Perser gilt, der Jugend vermittelt werden:

„Unsere Vorfahren wollten die Kunst Homers bei musischen Wettkämpfen und in der Erziehung der jüngeren Generation deshalb geschätzt wissen, damit wir durch wiederholtes Hören der Epen uns den Haß einprägen, der zwischen uns besteht [...]“⁸⁸

Die Griechen sollen sich den Hass einprägen, der besteht. Das heißt soviel wie, es ist ihre Pflicht, den Hass, der zweifelsohne naturgemäß vorhanden ist, nicht zu vergessen. Impliziert wird, dass jede weitere Generation darauf achten sollte, dieses genetische Merkmal des Perserhasses zu pflegen.

An diese – für unseren heutigen Geschmack – rassistische Gesinnung knüpft Paragraph 184 unmittelbar an:

„Gegen wen muss man denn seinen Groll richten, wenn man nicht völlig mutlos ist, sondern [wie es Isokrates bei den Griechen voraussetzt] ein beträchtliches Maß an Tapferkeit besitzt? Doch gegen diejenigen Menschen, die sich mit einem Herrschaftsanspruch umgeben haben, der alles menschliche Maß übersteigt, obgleich sie weniger wert sind als die vom Schicksal vernachlässigten Herrschaften bei uns.“⁸⁹

Die Perser sind minderwertig, Untermenschen, wie Gerold Walser den griechischen Originalwortlaut φύσει πολέμιοι übersetzt.⁹⁰ Untermenschen darf keine derartig übermäßige, übertriebene Machtausdehnung zustehen, die geradezu in paradoxer Weise

⁸⁷ Isokr. or IV Paneg 158.

⁸⁸ Ebd 159.

⁸⁹ Isokr. or IV Paneg. 184.

⁹⁰ Walser, Hellas und Iran, S. 119.

weit über jedes menschliche Ziel hinausschießt. Abgesehen davon stellt ein Krieg gegen Untermenschen kein ethisches Legitimationsproblem dar.

Er wiederholt die rhetorische Frage noch einmal leicht variiert: „Gegen wen muß man denn in den Krieg ziehen, wenn man zugleich die Götter ehren, aber auch den eigenen Vorteil nicht außer acht [sic!] lassen will?“⁹¹

Die Antwort:

„Doch gegen solche Menschen, die natürliche Feinde – und zwar schon seit altersher – sind, die sehr viel Besitz angehäuft haben, aber am wenigsten in der Lage sind, für das Ihre zu kämpfen. Die Perser sind es doch, auf die all diese Punkte zutreffen.“⁹²

Die Feindschaft liegt im Erbgut, sie ist naturgegeben, unumstößlich. Auch taucht zum wiederholten Male die Stereotype des gewaltigen Reichtums der Perser auf und der Aspekt eines „heiligen Krieges“ den Göttern zu ehren klingt an.

Parallel dazu auch eine Stelle einer anderen Rede, und zwar des Panathenaikos:

„[...] sie [die griechischen Vorfahren] glaubten nämlich, von den Kriegen sei zunächst der notwendigste und gerechteste der Krieg, der mit der gesamten Menschheit gegen die Aggression wilder Tiere geführt werde, an zweiter Stelle aber stehe der Krieg, der mit den Griechen gegen die Barbaren – unsere natürlichen Feinde [Hervorhebung durch den Autor] und eine beständige Bedrohung für uns – geführt werde.“⁹³

Bezeichnend ist daran auch die Nennung der Barbaren in einem Atemzug mit den wilden Tieren. Die Barbaren werden dadurch, wenn auch nicht direkt, mit Tieren verglichen bzw. zumindest in Verbindung gebracht und ihnen widerfährt somit eine Abwertung. Wie z.B. eine Schlange der natürliche Feind einer Maus ist, so wird hier der Barbar zum natürlichen Feind des Griechen verzerrt. Niemand würde einen biologisch notwendigen Überlebenskampf gegen einen natürlichen Feind in Frage stellen. In der Antidosisrede findet sich ein ähnlicher Vergleich, darin unterscheidet er Mensch und Tier hinsichtlich der menschlichen Fähigkeit zu denken und rhetorisch zu glänzen und hängt daran gleich an, dass darin auch der Hauptunterschied zwischen Griechen und Barbaren liege.⁹⁴ Durch den angeblichen Mangel dieser (menschlichen) Fähigkeiten werden sie auf eine niedrigere Stufe des Menschseins gestellt.

⁹¹ Isokr. or. IV Paneg. 185.

⁹² Ebd.

⁹³ Isokr. or. XII Panath. 163.

⁹⁴ Isokr. or. XV Antid. 293–294.

1.5. Philippos

Im Jahre 346⁹⁵ verfasste Isokrates eine Rede an Philipp, den König der Makedonen, der für Isokrates den größten politischen Hoffnungsträger für die Realisierung seines panhellenischen Programms inklusivem Perserfeldzug darstellte. In Paragraph 16 fasst Isokrates knapp die Zielsetzung seiner Rede zusammen:

„Ich will dir nämlich den Rat erteilen, die Führung in einer Vereinigung aller Griechen zu übernehmen und den Feldzug gegen die Barbaren zu leiten. Überredung ist gegenüber den Griechen vorteilhaft, Zwang auszuüben ist im Hinblick auf die Perser von Nutzen: Dies ist, in groben Umrissen dargestellt, der Inhalt meiner Rede.“⁹⁶

Diese zwei Anliegen, eine Einigung aller Griechen und ein darauf folgender gemeinsamer Kriegszug gegen Persien, sind prinzipiell dieselben Forderungen, die auch schon im Panegyrikos gestellt wurden, und sich wie ein roter Faden durch das Lebenswerk des Isokrates ziehen und seine Ideologie charakterisieren. Seit der Abfassung des Panegyrikos sind allerdings etliche Jahre vergangen und die politischen Voraussetzungen haben sich verändert. Der Dominanz Spartas wurde bereits 371 durch die Macht Thebens in der Schlacht von Leuktra ein Ende gesetzt. Aber auch die Thebaner verloren bald mit dem Tod ihres hervorragendsten Feldherrn Epameinondas in der Schlacht von Mantinea, 362, ihre nur kurz andauernde Führungsrolle.⁹⁷ Und mit Philipp von Makedonien betrat darauf ein neuer Machtfaktor die politische Bühne Griechenlands, der Schritt für Schritt seine Herrschaft ausdehnen konnte. Nun, am Lebensabend des Isokrates, schien endlich mit Philipp der Mann gefunden zu sein, der seine politische Utopie Realität werden lassen könnte. Der ehrgeizige Plan Hellas zu einen und den gesamten Orient zu unterwerfen und einem hellenischen Reich einzuverleiben, benötigte eine gedankliche Weiterführung: Was sollte mit den Barbaren unter hellenischer Führung geschehen? Wie sollten sie regiert werden? Welche Art von Behandlung ihnen widerfahren? Laut Jüthner standen sich in Intellektuellenkreisen zwei politische Richtungen gegenüber: die „alte konservativ-nationalistische“ und die „freiheitlich-humane der Sophisten“⁹⁸.

Isokrates soll in dieser Frage zu Letzterer gehört haben und demzufolge Philipp geraten haben – wie es Julius Jüthner ausdrückt – „eine Politik im Sinne des neuen Huma-

⁹⁵ Isokrates. Sämtliche Werke, Bd. I, Reden I–VII, grieChr./dt., hrsg. und übers. von Christine Ley-Hutton/Kai Brodersen, Stuttgart 1993, S. 183.

⁹⁶ Isokr. or. V Phil. 16.

⁹⁷ Detlef Lotze, Griechische Geschichte, München ⁶2004, S. 374–385.

⁹⁸ Julius Jüthner, Hellenen, S. 32.

nitätsgedankens einzuschlagen“⁹⁹, wenn er am Ende seiner Rede an Philipp abschließend schreibt:

„Ich glaube, du mußt den Hellenen ein Wohltäter, den Makedonen ein König und möglichst vielen Barbaren ein Lenker sein [...].“¹⁰⁰ So die Übersetzung der Textstelle von Jüthner in seinem Werk „Hellenen und Barbaren“. Im Anschluss vergleicht er diesen Ratschlag Isokrates’ an Philipp mit jenem Aristoteles’ an Philipps Sohn Alexander in Bezug auf die Behandlung der Barbaren nach deren Unterwerfung. Der Ratschlag, den Aristoteles später Alexander dem Großen erteilt, steht für Jüthner und auch für Bengtson¹⁰¹, der dieselbe Argumentationsrichtung wie Jüthner einschlug, in krassem Gegensatz zu jenem Isokrates’ und ist somit eindeutig der ersten der beiden oben genannten politischen Strömungen, der „konservativ-nationalistischen“, zuzuordnen.

Aristoteles’ Ratschlag, sein Gutachten im Umgang mit den Persern fiel folgendermaßen aus: Er empfahl dem jungen Monarchen Alexander, gegenüber den Hellenen als Führer, gegenüber den Barbaren hingegen als Gewaltherrscher aufzutreten. Um die Ersteren solle er sich wie um Verwandte oder Freunde sorgen, mit Letzteren aber wie mit Pflanzen oder Tieren umgehen.¹⁰²

Aristoteles ist damit zweifellos ein Vertreter des nationalistischen, rassistischen Vorurteils der Hellenen gegenüber den Barbaren, wohingegen Isokrates mit seiner moderateren und toleranteren Einstellung, die sich besonders in den Worten äußere „du mußt [...] möglichst vielen Barbaren ein Lenker [Hervorhebung Bandler] sein“, sich auf die „freiheitlich-humane“ Linie der Sophisten begeben, zu denen Vordenker wie Hippias, Antiphon oder Alkidamas zählen und die mit ihrer modernen Meinung, alle Menschen sind von Natur aus gleich, eine notorische Außenseiterrolle in jener Zeit einnahmen.

Erstaunlicherweise steht diese Argumentationslinie im Widerspruch zu Jüthners restlichen Befunden, die er aus dem isokratischen Werk gewinnen konnte und Isokrates keineswegs ein – um seine Wortwahl beizubehalten – „freiheitlich-humanes“ Attest ausstellt. Warum lässt also gerade die Stelle or. Phil. 154 Isokrates die Möglichkeit offen, Isokrates als Repräsentanten des „neuen Humanitätsgedankens“ der Sophisten wahrzunehmen?

⁹⁹ Ebd S. 33.

¹⁰⁰ Isokr. or.V Phil. 154; Übersetzung von Julius Jüthner, Hellenen, S. 33.

¹⁰¹ Hermann Bengtson, Die Bedeutung der Eingeborenenbevölkerung in den hellenistischen Oststaaten, in: Die Welt als Geschichte 11 (1951), S. 135–147.

¹⁰² Vgl. Michael Landmann, Philosophische Anthropologie: Menschliche Selbstdeutung in Geschichte und Gegenwart, Berlin-New York⁵1982, S. 19.

Der Knackpunkt in der Argumentation Jüthners und Bengtsons findet sich Buchner¹⁰³ zufolge in der Übersetzung des Wortes ἀρχεῖν. Jüthner und Bengtson¹⁰⁴ übersetzen beide das griechische Wort mit dem deutschen *Lenker* und nicht, wie es an dieser Stelle laut Buchner von Isokrates gemeint war und somit richtig wäre, mit *Herrscher* bzw. sogar *Gewaltherrscher*. Bei genauerer Untersuchung des isokratischen Werkes wird ersichtlich, dass Isokrates zwischen den beiden griechischen Termini für Lenker und Herrscher sehr genau differenzierte. Hätte er *Lenker* gemeint, würde man wohl eher den Begriff ἡγεμὸν vorfinden. Außerdem spricht das Gesamtwerk Isokrates' in seinem allgemeinen Inhalt gegen eine Auslegung des Wortes als *Lenker*, wie in der Analyse des Perserbildes anhand or. IV Paneg. und einer Passage aus or. XII Panath. bereits nachgewiesen wurde, in welchen die Perser z.B. als „natürliche Feinde“ bezeichnet wurden. Diese beiden Reden und ebenso der Rest des Philippos stehen also diametral zur Übersetzung Jüthners und dessen Interpretation derselben, wie in weiterer Folge durch die Analyse von Textstellen des Philippos noch nachgewiesen werden soll.

Schon gleich zu Beginn seiner Rede, in Paragraph 9, stellt Isokrates die essentiellen Punkte seiner panhellenischen Programmatik, die – wie er selbst anführt – eine Wiederholung der im Panegyrikos geäußerten sind, klar:

„Als ich bei mir solche Überlegungen anstellte, kam ich zu der Erkenntnis, Athen werde nur dann Frieden wahren, wenn die größten griechischen Poleis den Entschluss faßten, nach Beilegung ihrer Feindseligkeiten untereinander, den Kriegsschauplatz nach Asien zu verlegen und die Gewinne, die sie sich jetzt von den Griechen holen wollen von den Barbaren einzutreiben.“¹⁰⁵

Aus dem letzten Teil dieser Ausführungen lässt sich unschwer ein imperialistischer Impetus entnehmen, der mit der stereotypen Meinung gekoppelt ist, in Asien herrsche übermäßiger Reichtum. Denn nur dort lassen sich Gewinne eintreiben, wo auch wirklich etwas zu holen ist, und dass dies in Asien der Fall sei, suggeriert diese Stelle eindeutig.

Dieses Thema, welches bereits aus dem Panegyrikos sehr gut bekannt ist, zieht Isokrates bis hin zum Ende seiner Rede konsequent durch, an mehreren Stellen tritt es hervor und wird noch deutlicher, da direkt angesprochen, z.B. in Paragraph 126: „Wir bekriegen uns selbst wegen unbedeutender Bagatellen, obwohl wir ohne jede Gefahr die Macht und den Reichtum der Perser besitzen könnten.“¹⁰⁶

¹⁰³ Edmund Buchner, Zwei Gutachten für die Behandlung der Barbaren, in: *Hermes. Zeitschrift für Klassische Philologie* 82 (1954), S. 378–384.

¹⁰⁴ Hermann Bengtson, Die Bedeutung der Eingeborenenbevölkerung, S. 135.

¹⁰⁵ Isokr. or. V Phil. 9.

¹⁰⁶ Isokr. or. V Phil. 126.

Auch gleich im Anschluss, in Paragraph 130, wird dieser Gedanke noch einmal wiederholt:

„weil ich stets mit den Mitteln, die mir zur Verfügung stehen, unablässig gegen die Barbaren zu Feld gezogen bin. [...] andererseits versuchte ich für meine Sache Menschen zu gewinnen, die, wie ich hoffte, den Griechen am ehesten helfen, den Barbaren aber ihren gegenwärtigen Wohlstand nehmen konnten.“¹⁰⁷

Und zwei Paragraphen später schon wieder: „Bedenke ferner, wie schändlich es ist, mit anzusehen, wie es Asien besser geht als Europa, wie die Barbaren wohlhabender sind als die Griechen [...]“.“¹⁰⁸

Isokrates versucht in diesen Textbeispielen durch das rhetorische Stilmittel der Wiederholung immer vehementer zu sticheln und Hass zu schüren, indem er Neid provoziert. Das Leitmotiv „Reichtum der Perser“ (und die damit verbundene Schmach und Ungerechtigkeit für die Griechen) wird zu Beginn der Rede nur angedeutet und zum Schluss hin immer markanter inszeniert und deutlich zur Sprache gebracht und durch diese repetitive, steigernde Weise eingehämmert, indoktriniert. Wie es im obigen Textauszug im letzten Satz anklingt, ist es nicht nur ein Unding, sondern ja gerade der Natur zuwider, dass es Asien besser gehe als Europa. Das steht zwar nicht dezidiert geschrieben, wird aber unterschwellig vermittelt, und dass die Barbaren Untermenschen und natürliche Feinde seien, steht ja bereits im Panegyrikos und an anderen Stellen des isokratischen Werkes geschrieben.¹⁰⁹

In dieses ahistorische Klischee des asiatischen Wohlstandes passt auch folgendes den Persern zugewiesenes Merkmal, welches in einem ganzen Katalog von Vorurteilen, die noch zur Sprache kommen werden, eingebettet ist: Die Barbaren, die als „von ihrer üppigen Lebensweise verdorben gelten“¹¹⁰.

Offenbar bilden die Basis des isokratischen Perserbildes der sagenumwobene übermäßige Reichtum des Kroisos und dessen legendäre Schatzkammer sowie der nicht minder märchenhafte Überfluss der Städte in Ionien, die zur Zeit Isokrates' alles andere als reich waren; all diese realitätsfernen Topoi hatten Aufnahme in die attische Literatur des 5. Jahrhunderts gefunden, worin anscheinend auch die historischen Bezugspunkte Isokrates' zu suchen sind.¹¹¹

Die Arbeit verlässt nun das Feld des angeblichen persischen Reichtums, von dem ohnehin schon im Panegyrikos reichlich die Rede war, und wendet sich den noch

¹⁰⁷ Isokr. or. V Phil. 130.

¹⁰⁸ Isokr. or. V Phil. 132.

¹⁰⁹ Isokr. or IV Paneg. 184; or. XII Panath. 163.

¹¹⁰ Isokr. or. V Phil. 124.

¹¹¹ Walser, Hellas und Iran, S.121f.

ausständigen Analysemöglichkeiten des Philppos in Bezug auf das isokratische Perserbild zu, die noch relativ zu Beginn der Rede zu finden sind.

In Paragraph 16, der am Eingang dieses Kapitels schon in anderem Zusammenhang zitiert wurde, stellt Isokrates Griechen und Perser gegenüber. Man achte auf den zweiten Satz im Zitat:

„Ich will dir nämlich den Rat erteilen, die Führung in einer Vereinigung aller Griechen zu übernehmen und den Feldzug gegen die Barbaren zu leiten. Überredung ist gegenüber den Griechen vorteilhaft, Zwang auszuüben ist im Hinblick auf die Perser von Nutzen [...]“. ¹¹²

Auch im Panegyrikos und im dritten Brief, der mittlerweile von den meisten Wissenschaftlern für echt gehalten wird, entdeckt man korrespondierende Stellen. In der bereits erwähnten Passage Paneg. 131 heißt es:

Die Lakedaimonier könnten „nach Schlichtung der Feindseligkeiten zwischen uns, alle Barbaren zu Periöken von ganz [...] Griechenland machen.“ ¹¹³

Im Brief 3 steht unter Paragraph 5 geschrieben:

„Glaube, daß Dein Ruhm dann unübertrefflich und Deiner Leistungen würdig sein wird, wenn Du die Barbaren dazu gezwungen hast, den Griechen als Heloten ¹¹⁴ zu dienen [...]“. ¹¹⁵

In Kontext gebracht mit diesen beiden Textpassagen wird ersichtlich, was Isokrates mit dieser schwammigen, unkonkreten Empfehlung in Philippus 16 gemeint haben könnte, in welche Richtung der auf die Perser auszuübende „Zwang“ gehen könnte. Unpräzise, teils sogar widersprüchliche Vorschläge im Zusammenhang mit der Durchführung des Perserkrieges und der Behandlung der Perser danach zu erteilen, ist symptomatisch für die gesamte Rede (das trifft auch schon auf den Panegyrikos zu). Isokrates will offensichtlich Philipp nur in eine gewisse Richtung lenken, ihm nur ein offenes Paket an Möglichkeiten offerieren und ihm, dem höchst erfahrenen Politiker und Feldherrn, nicht schulmeisterhaft und besserwisserisch Verbindlichkeiten irgendeiner Art

¹¹² Isokr. or. V Phil. 16.

¹¹³ Isokr. or. IV. Paneg. 131.

¹¹⁴ Heloten waren im Gegensatz zu den Periöken unfreie Mitglieder der spartanischen Gesellschaft und infolgedessen noch eine Stufe tiefer in der Hierarchie. Es handelte sich dabei um die früheren Bewohner des spartanischen Gebiets, welche von den Spartanern im Zuge ihrer Einwanderung um 1000 v. Chr. versklavt wurden. Ihnen wurde von den Spartiaten ein Stück Land übertragen, das sie für diese bewirtschafteten und dessen Erträge sie zur Hälfte abgeben mussten. Heloten waren Sklaven im Staatsbesitz und durften als solcher im Prinzip weder verkauft noch freigelassen werden. Vgl. Olivia Pavel, Die Helotenfrage in der Geschichte Spartas, in: Karl Christ (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986, S. 317–326.

¹¹⁵ Isokr. epist. 3 An Philipp 3.

aufdrängen.¹¹⁶ So sagt der Rhetor ja selbst in Phil. 104, dass er Kritik einheimen würde, wenn er, der militärische Laie, „es wagte, dir [Philipp] Ratschläge zu erteilen, der du die meisten und größten Erfolge im Krieg erzielt hast.“

Zurück zum in Philippos 16 verwendeten Wort „Zwang“. „Zwang“ passt in die semantische Kategorie: Herrschaft, Gewaltherrschaft.¹¹⁷ Dies waren – wie erwähnt – die zwei deutschen Worte mit denen Buchner den Terminus ἀρχεῖν in Philippos 156 übersetzt hat. Von einem „freiheitlich-humanen“ Isokrates, der Philipp rät den Barbaren ein toleranter „Lenker“ „im Sinne des neuen Humanitätsgedankens“ zu sein, wie Jüthner es formulierte, ist in Philippos 16 und den 2 korrespondierenden aus den anderen Texten keine Spur. Er will die Barbaren zu Untergebenen, am liebsten zu Sklaven degradieren.

Im Paragraph 86 greift Isokrates das Beispiel des spartanischen Königs Agesilaos auf, der einst mit nur geringem griechischen Rückhalt gegen die Perser kämpfte und scheiterte. Daraus zieht Isokrates seine Lehren:

„Man darf, will man eine richtige Entscheidung treffen, erst dann gegen den Großkönig in den Krieg einen Feldzug unternehmen, wenn man die Griechen vorher miteinander versöhnt und dem momentan bei ihnen herrschenden politischen Wahnsinn ein Ende gesetzt hat.“¹¹⁸

Diese Passage lässt sich dahingehend auslegen, dass man den Großkönig nicht unterschätzen sollte. Was zeigt, dass doch ein gewisser Respekt vor den Persern bestanden hat – wenn auch nur in kriegerischer Hinsicht.

Gleich daran anschließend spricht Isokrates – wie auch schon im Panegyrikos – den Zug der 10 000 an, bei dem eine griechische Streitmacht unter der Führung von Klearchos gegen Persien zog, um Kyros dem Jüngeren bei der Besteigung des persischen Throns zu unterstützen. Gerade dieser Zug soll Philipp als ermunterndes Beispiel dienen, denn trotz der Erfolglosigkeit hat er viel über die momentane Beschaffenheit des Perserreiches gelehrt:

„Denn es herrscht Übereinstimmung darin, daß sie im Kampf die gesamte Streitmacht des Großkönigs so völlig besiegt haben, wie wenn sie mit den Frauen der Perser die Schlacht ausgetragen hätten.“¹¹⁹

Hier findet sich vom vorher angesprochenen militärischen Respekt keine Spur mehr. Isokrates verspottet in diesem Vergleich – ähnlich wie im Panegyrikos – das Heer des

¹¹⁶ Dobesch, *Der panhellenische Gedanke*, S.140f.

¹¹⁷ Zu einer ähnlichen Feststellung kommt auch Dobesch, siehe ebenda, S. 138.

¹¹⁸ Isokr. or. V Phil. 88.

¹¹⁹ Ebd 90.

Großkönigs auf deftigste, unzimperlichste Art und Weise. In einer absolut patriarchalisch geprägten Gesellschaft muss dieser höhnische Seitenhieb noch wesentlich stärkere Wirkung gezeigt haben, als wir heutzutage als Mitglieder einer zusehends von beiden Geschlechtern bestimmten Gesellschaft in der Lage sind uns vorzustellen.

In Fortsetzung dieses Abschnitts finden sich noch mehrere mit dem Panegyrikos identische Argumentationsmuster. Zum Beispiel wird abermals der Großkönig als unzuverlässiger, heimtückischer Tyrann ohne Rückgrat dargestellt, der handelt, wie es ihm beliebt und sich an keine Versprechen hält und sogar trotz anders lautender Abmachung hinterhältige Morde an griechischen Heerführern begeht und dadurch gegen die Götter frevelt.¹²⁰ Die Rede ist wie bereits in Panegyrikos 147 vom Zug der 10 000 und der Tötung des griechischen Feldherrn Klearchos sowie anderer (Siehe dazu S. 162f. dieser Arbeit.).

Im Gegensatz zum Panegyrikos appelliert Isokrates im Philippos öfter und stärker an ein kollektives Gedächtnis, der Mythos wird als Legitimationsgrund für den Krieg verwendet. So heißt es in Paragraph 115 an Philipp gerichtet:

„Bedenke, daß ich dich nun zu einem Unternehmen ermuntere, das dazu führen wird [...] zusammen mit den Griechen gegen Leute in den Krieg zu ziehen, die zu bekämpfen Pflicht der Nachkommen des Herakles ist.“

Ein Krieg gegen die Perser wird zur historischen Pflicht. Das Erbe der Väter muss gepflegt werden und somit implizit auch der Perserhass. Das identitätstiftende kollektive Erinnern wird noch häufiger zum Einsatz gebracht, z.B. unter Phil. 119, 137 und besonders 144. Hintergründig wird damit vermittelt, dass eine Feindschaft schon von altersher bestanden hat, quasi schon immer da war und völliger Normalzustand ist. Sozusagen sollten die „guten“ Traditionen nicht vernachlässigt werden. Gemeinsame, wenn auch bisweilen konstruierte Geschichte als konstituierendes Element jeder Gemeinschaft!

Unter Paragraph 124 wird schließlich zusammenfassend den Persern ein Katalog von schlechten Eigenschaften aufgezählt:

„Denn während unter den Barbaren, die bei uns für verweichlicht, kriegsunerfahren und von ihrer üppigen Lebensweise verdorben gelten, Männer aufgetreten sind, die beanspruchten, über Griechenland zu herrschen, hat kein Grieche auch nur daran gedacht uns zu Herren über Asien zu machen.“

¹²⁰ Isokr. or. V Phil. 91.

Bei dieser negativen Kollektion handelt es sich um dasselbe Destillat, welches bereits im Panegyrikos gewonnen wurde. Der Philippos bringt, was das Perserbild anbelangt, wenig Neues und ist im Großen und Ganzen nur die Wiederholung derselben stereotypen Feindbilder und propagandistischen Argumentationsschemata des Panegyrikos. Von einem „freiheitlich-humanen“ Isokrates, der fordert den Persern ein „Lenker“ zu sein, findet sich auch in diesem Zitat nichts, wenn hier die Rede von Griechen als „Herren über Asien“ ist.

Aus dem Kontext der gesamten Rede und des Panegyrikos wird ersichtlich, dass Isokrates eher nicht zur „freiheitlich-humanen“ Gruppe gerechnet werden kann und seine Ansichten keineswegs wesentlich milder ausfallen als jene des „konservativ-nationalistischen“ Aristoteles, der die Perser ebenso mit rigider Strenge beherrschen will. Jüthners Einschätzung diesbezüglich, die auf einer fehlerhaften oder besser zu freien Übersetzung basiert, muss wohl revidiert werden.

Abschließend an dieser Stelle noch die neueste deutsche Übersetzung von Christine Ley Hutton des zusammenfassenden Schlussappells an Philipp, mit dem die Rede endet:

„Gegenüber den Griechen mußt du dich als guter Freund zeigen, über die Makedonen mußt du als König regieren, über die Barbaren aber mußt du in möglichst großer Zahl herrschen. Tust du dies, so wird dir die ganze Menschheit dankbar sein: Die Griechen für die empfangenen Wohltaten, die Makedonen, wenn du wie ein König und nicht wie ein Tyrann herrscht, alle anderen Völker aber, wenn sie, vom Joch der Barbaren befreit, den Schutz der Griechen genießen dürfen.“¹²¹

Sie übersetzt ebenso *herrschen* und lässt damit keinen Raum für vielfältige Interpretationen. Im zweiten Teil des Zitats wird noch einmal deutlicher, mit welcher Abscheu Isokrates den Persern gegenübersteht, denn alle betroffenen Ethnien wären froh, von der Tyrannei der Perser endlich befreit zu werden. Angesichts dessen scheint ein allzu zimperlicher Umgang mit den besiegten Persern nicht als sehr wahrscheinliChr.

Resümee

Julius Jüthner erstellt zusammenfassend aus den diversen literarischen Quellen der attischen Schriftsteller des 5. Jahrhunderts folgendes Perserprofil:¹²²

„Dem Barbaren mangelt die geistige Schulung, und er ist daher roh und ungebildet, abergläubisch, ungeschickt, unverständig und dumm. In sozialer

¹²¹ Isokr. or. V Phil. 112.

¹²² Jüthner, Hellenen, S. 8f.

Hinsicht steht er weit unter dem Hellenen, ist unzivilisiert, im Verkehr ungastlich und menschenfeindlich, gesetzlos und daher selbst ein Knecht ohne Rechtsschutz. Dem entsprechen dann seine moralischen Eigenschaften. Er ist einerseits sklavisch und feige, andererseits leidenschaftlich, zügellos und in jeder Hinsicht übertrieben (z.B. auch in der Trauer), ferner verwegen, jähzornig, ja wahnsinnig, daher andern gegenüber wild, rau, grausam, gewalttätig, mordlustig, dann treulos, unzuverlässig und lügnerisch, desgleichen schwelgerisch, gefräßig, geldgierig, kurz, in jeder Beziehung unmoralisch.“

Jüthner setzt erläuternd fort:

„Es ist klar, daß wir hier einer Konstruktion gegenüberstehen, die allerdings aus Einzelbeobachtungen zusammengesetzt ist, deren Ergebnis aber einen Kollektivbegriff, einen Typus in der Art der Charaktere Theophrasts darstellt, der offenbar das Gegenstück zu dem Idealbild eines Hellenen liefern soll. Wie dieses mit Intelligenz, Kultur, und Zivilisation, mit Freiheitsliebe und ihrem heilsamen Gegengewicht, der griechischen Sophrosyne, ausgestattet wird, so wird jener mit allen Gebrechen und Lasten versehen, die diesen Tugenden entgegengesetzt sind.“

Dieses von Jüthner gewonnene Konzentrat der Literatur des 5. Jahrhunderts trifft auch noch weitgehend auf die von Isokrates im 4. Jahrhundert verfassten Schriften zu, wie sich aus der vollzogenen Analyse ersehen lässt. Er dürfte also für die Zeichnung seines Perserbildes reichlich aus diesem karikierenden Quellenschatz geschöpft haben. Isokrates bildet aber damit keine Ausnahme, denn auch die klassischen Philosophen jener Zeit halten an diesem Perserbild fest und wollen nichts von relativierenden Tendenzen mancher Sophisten wissen. Auch zahlreiche ausgewogenere historiographische Werke, wie Xenophons Anabasis, wären Isokrates damals schon zur Verfügung gestanden und wurden auch anscheinend von ihm gelesen, aber Aufnahme in seine Überzeugungsreden fanden diese Erkenntnisse – wahrscheinlich bewusst – nicht, denn sie hätten den propagandistischen Zweck wohl nicht erfüllt.¹²³

Trotz unterschiedlicher Gewichtungen und Formulierungen im Einzelnen hat Isokrates in den knapp 50 Jahren seiner Publikationstätigkeit nie daran zweifeln lassen, dass in dem zu erobernden Reich die Griechen Herrscher, die Nichtgriechen Untertanen, Heloten, Sklaven und dergleichen sein sollen, wozu sie durch die Natur bestimmt seien. Die Option einer Kulturverschmelzung erschließt sich aus dem Werk nicht, es wird angestrebt die unterjochten Ionier zu befreien und den Lebensraum der Hellenen in imperialistischer Manier nach Osten auszudehnen, um der Land- sowie Ressourcen-

¹²³ Walser, Hellas und Iran, S. 118.

knappheit auf Griechenland zu entrinnen und die damit verbundenen sozialen Probleme nach Osten umzulenken. Nicht nur hielt er den Krieg gegen eine aus seiner Sicht minderwertige Lebenswelt für gerechtfertigt und absolut notwendig ohne Alternative, sondern er war auch davon überzeugt, dass er aufgrund der Überlegenheit der Griechen nur zu gewinnen sein könne. Es würde den Barbaren durch die griechische Besitzergreifung nur genommen, was eigentlich rechtmäßig den Griechen zustehen würde und was die Barbaren ohnehin nicht vermögen, kulturell zu prägen. Diese aus heutiger Sicht geradezu rassistisch anmutenden Einschätzungen des Isokrates dürfen aber nicht mit den heutigen Maßstäben einer auf Rassismus sensibel reagierenden, zu politischer Korrektheit erzogenen Gesellschaft gemessen werden.¹²⁴

Eine Unterwerfung Besiegter war nach damaliger Auffassung sehr wohl rechtens und widerstrebte keineswegs der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung. Krieg an sich wurde ja noch bis vor die zwei verheerenden Weltkriege des 20. Jahrhunderts mit wesentlich weniger kritischen Augen betrachtet und barg für viele Hoffnungen. Was auffällt, ist die Kontinuität der rhetorischen Mittel von Propaganda. Im Wesentlichen hat sich bis herauf in die heutige Zeit nicht viel an der Sprache der Propaganda verändert. Parallelen zur jüngsten Geschichte und Gegenwart drängen sich bei der Lektüre des isokratischen Werkes zuhauf auf. Zwar muss bei historischen Vergleichen Vorsicht geboten sein, denn die Umstände der verschiedenen Zeitalter haben sich grundlegend geändert und die Geschehnisse werden dadurch schwer vergleichbar. Aber mutet es nicht schlicht befremdend an, wenn z. B. die nationalsozialistische Ideologie über 2000 Jahre später einen Feldzug nach Osten gegen „Untermenschen“ propagiert, der teilweise mit gleichen Argumenten wie in der Antike begründet wird? Isokrates bringt auch gehäuft das Schlagwort Freiheit ein, das die Griechen von den Persern unterscheidet, bei denen angeblich das Gegenteil herrscht.¹²⁵ Woran erinnert uns diese Dichotomie? Welcher Politiker wurde vor allem im Jahr 2003 nicht müde, gebetsmühlenartig die Freiheit zu predigen, die von der demokratischen westlichen Welt gegen eine islamistisch-tyrannische Welt verteidigt werden müsse und durch einen vermeintlich gerechten Krieg gegen den Irak gesichert werden sollte? Das sind nur zwei markante Beispiele, die beliebig fortsetzbar wären und lehren, dass man aus Geschichte doch vieles lernen könnte! Die Betonung liegt auf könnte.

Quellen

Isokrates. Sämtliche Werke, Bd. I, Reden I–VIII, grieChr./dt., hrsg. und übers. von Christine Ley-Hutton/Kai Brodersen, Stuttgart 1993.

¹²⁴ Grieser-Schmitz, Kulturbestimmte politische Vorstellungen, S. 126.

¹²⁵ Isokr. or. V Phil 104, 139.

Isokrates. Sämtliche Werke, Bd. II, Reden IX–XXI. Briefe. Fragmente, grieChr./dt., hrsg. und übers. von Christine Ley-Hutton/Kai Brodersen, Stuttgart 1997.

Literatur

Bengtson, Hermann, Die Bedeutung der Eingeborenenbevölkerung in den hellenistischen Oststaaten, in: *Die Welt als Geschichte* 11 (1951), S. 135–147.

Derselbe, Griechische Geschichte von den Anfängen bis in die römische Kaiserzeit, München ⁵1977.

Derselbe, Hellenen und Barbaren, Gedanken zum Problem des griechischen Nationalbewusstseins, in: Karl Rüdinger (Hrsg.), *Unser Geschichtsbild*, München 1954, S. 25–37.

Bringmann, Klaus, Studien zu den politischen Ideen des Isokrates (Hypomnemata 14), Göttingen 1965.

Derselbe, Zweck und Voraussetzungen der isokratischen Redeliteratur, in: Wolfgang Orth (Hrsg.), *Isokrates. Neue Ansätze zur Bewertung eines politischen Schriftstellers*, Trier 2003, S. 7–17.

Buchner, Edmund, *Der Panegyrikos des Isokrates. Eine historisch-philologische Untersuchung* (Historia Einzelschriften, H. 2), Wiesbaden 1958.

Derselbe, Zwei Gutachten für die Behandlung der Barbaren?, in: Friedrich Seck (Hrsg.), *Isokrates*, Darmstadt 1976, S. 216–226.

Burk, August, *Die Pädagogik des Isokrates* (Studien zur Geschichte und Kultur des Altertums 12, H. 3/4), Würzburg 1923.

Diller, Hans, Die Hellenen-Barbaren-Antithese im Zeitalter der Perserkriege, in: Hans Schwabl (Hrsg.), *Grecs et Barbares, Entretiens sur l'Antiquité Classique VIII*, Genève 1962, S. 37–68.

Dobesch, Gerhard, *Der panhellenische Gedanke im 4. Jh. v. Chr. und der „Philippos“ des Isokrates*. o.O. 1968.

Drerup, Engelbert, Epikritisches zum Panegyrikos des Isokrates, in: *Philologus* 54 (1895), S. 636–653.

Eucken, Christoph, *Isokrates. Seine Positionen in der Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen Philosophen*, Berlin-New York 1983.

Derselbe, Zum Konzept der *πολιτικοί λόγοι* bei Isokrates, in: Wolfgang Orth (Hrsg.), *Isokrates. Neue Ansätze zur Bewertung eines politischen Schriftstellers*, Trier 2003, S. 34–42.

Gärtner, Hans, Hermippos 2, in: Der Kleine Pauly II (1967), Sp. 1079.

Derselbe, Isokrates, in: Der Kleine Pauly II (1967), Sp. 1467–1471.

Grieser-Schmitz, Dieter, Kulturbestimmte politische Vorstellungen des Isokrates, in: Wolfgang Orth (Hrsg.), Isokrates. Neue Ansätze zur Bewertung eines politischen Schriftstellers, Trier 2003, S. 111–127.

Hagen, Benno von, Isokrates und Alexander, in: Friedrich Seck (Hrsg.), Isokrates (Wege der Forschung CCLI), Darmstadt 1976, S. 19–39.

Jüthner, Julius, Hellenen und Barbaren. Aus der Geschichte des Nationalbewusstseins (Das Erbe der Alten, Neue Folge VIII), Leipzig 1923.

Derselbe, Isokrates und die Menschheitsidee, in: *Wiener Studien* 47 (1929), S. 26–31, abgedr. auch in: Friedrich Seck (Hrsg.), Isokrates, Darmstadt 1976, S. 122–127.

Kessler, Josef, Isokrates und die panhellenische Idee, Rom 1965 (Nachdruck der ersten Aufl. Paderborn 1911).

Lotze, Detlef, Bürger zweiter Klasse: Spartas Periöken. Ihre Stellung und Funktion im Staat der Lakedaimonier, in: Walter Ameling/Klaus Zimmermann (Hrsg.), Bürger und Unfreie im vorhellenistischen Griechenland. Ausgewählte Aufsätze von Detlef Lotze, Stuttgart 2000, S. 171–183.

Derselbe, Griechische Geschichte, München ⁶2004.

Mamigliano, Arnaldo, L'Europa come concetto politico presso Isocrate e gli Isocratei, in: *Revista di filologia e d'istruzione classica* N. S. 11 (1933), S. 447–487, dt. Übersetzung von Marianne Gaul, Europa als politischer Begriff bei Isokrates und den Isokrateern, in: Friedrich Seck (Hrsg.), Isokrates, Darmstadt 1976, S. 128–138.

Mikkola, Eino, Isokrates. Seine Anschauungen im Lichte seiner Schriften, Helsinki 1954.

Misch, Georg, Isokrates' Autobiographie, in: Friedrich Seck (Hrsg.), Isokrates (Wege der Forschung CCCLI), Darmstadt 1976, S. 189–215.

Mühl, Max, Die antike Menschheitsidee in ihrer geschichtlichen Entwicklung, Leipzig 1928.

Derselbe (Hrsg.), Isokrates. Panegyrikos. Mit Einleitung, Erläuterungen und textkritischen Bemerkungen, Bamberg ²1960, S. 3f. (Vorbereitungsheft).

Münscher, Karl, Isokrates, in: *Pauly's Real-Encyclopädie der classischen Altertumswissenschaft* IX, 2 (1916), Sp. 2146–2227.

Pavel, Olivia, Die Helotenfrage in der Geschichte Spartas, in: Karl Christ (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986, S. 317–326.

- Schaefer, Hans, Das Problem der griechischen Nationalität, in: X^e Congrès International des Sciences Historiques. Relation VI, Rom 1955, S. 677–734.
- Schmitz-Kahlmann, Gisela, Das Beispiel der Geschichte im politischen Denken des Isokrates (Philologus Supplementband 31, H. 4), Leipzig 1939.
- Seck, Friedrich, Die Komposition des „Panegyrikos“, in: Derselbe (Hrsg.), Isokrates, Darmstadt 1976, S. 353–371.
- Seibert, Jakob, ‚Panhellenischer‘ Kreuzzug, Nationalkrieg, Rachefeldzug oder makedonischer Eroberungskrieg? – Überlegungen zu den Ursachen des Krieges gegen Persien, in: Wolfgang Will (Hrsg.), Alexander der Große, Bonn 1998, S. 5–58.
- Steidle, Wolf, Redekunst und Bildung bei Isokrates, in: *Hermes* 80 (1952), S. 257–296.
- Stier, Hans Erich Grundlagen und Sinn der griechischen Geschichte, Stuttgart 1945.
- Usener, Sylvia, Isokrates, Platon und ihr Publikum. Hörer und Leser von Literatur im 3. Jahrhundert v. Chr (ScriptOralia 63), Tübingen 1994.
- Dieselbe, Isokrates und sein Adressatenkreis. Strategien schriftlicher Kommunikation, in: Wolfgang Orth (Hrsg.), Isokrates. Neue Ansätze zur Bewertung eines politischen Schriftstellers, Trier 2003, S. 18–34.
- Walser, Gerold, Hellas und Iran, Darmstadt 1984.
- Walter, Uwe, Isokrates, in: Kai Brodersen (Hrsg.), Große Gestalten der griechischen Antike. 58 historische Portraits von Homer bis Kleopatra, München 1999, S. 193–200.
- Weißberger, Michael, Isokrates, in: Der Neue Pauly 5 (1998), Sp. 1138–1143.
- Derselbe, Isokrates und der Plan eines panhellenischen Perserkrieges, in: Wolfgang Orth (Hrsg.), Isokrates. Neue Ansätze zur Bewertung eines politischen Schriftstellers, Trier 2003, S. 95–110.
- Welwei, Karl-Wilhelm, Das klassische Athen. Demokratie und Machtpolitik im 5. und 4. Jahrhundert, Darmstadt 1999.
- Ziegler, Konrat, Panegyrikos, in: Der Kleine Pauly IV, Sp. 455–457.

Gebhard Bendler studierte von 2004 bis 2009 Geschichte, Spanisch und Deutsch an den Universitäten Innsbruck, Valladolid (E) und Regensburg (D).

Gebhard.Bendler@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Gebhard Bendler, Das Bild der Perser bei Isokrates, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 141–183, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.



Creating Consumers – Globalgeschichte der Teilzahlung bis 1939

Philipp Strobl

Kerngebiet: Wirtschafts- und Sozialgeschichte

eingereicht bei: Andrea Ellmeier

eingereicht im Semester: SS 2009

Rubrik: Varia

Benotung dieser Arbeit durch die LV-Leiterin: sehr gut

Abstract

Creating Consumers – A global History of Early Installment's Development

The following paper is about one of the main means that allowed introducing mass consumer societies in some countries of the world in the late 19th century. Ironically, it was the proliferation of installment and the getting into debts of broad parts of the population which allowed incredible increases in the supply of goods and the creation of an affluent society. By describing the development of installment in its early phase, this work wants to challenge the widespread view that consumerism and at least consumer credits were American inventions.

Einleitung

Reichtum und Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten – dies sind zweifellos die wichtigsten Ziele jeder Nationalökonomie. Doch wie kommt es so weit? Was ist nötig, um eine „ideale Einkommensstruktur“ zu erlangen, bei der anstatt weniger reicher und vieler armer Menschen der Großteil der Bevölkerung in gesicherten Verhältnissen lebt?

Mögliche Antworten darauf sind zahlreich. Die einen erscheinen plausibler, die anderen wiederum weniger. Eine der Grundannahmen ist, dass eine Volkswirtschaft zunächst Unternehmen benötigt, die in erster Linie Waren produzieren und dann Menschen beschäftigen.¹ Durch die Anstellung in Betrieben, und die dadurch lukrierten Gehälter bekommen die Mitarbeiter schließlich die Möglichkeit, ihr Geld wieder in verschiedene Waren zu investieren, womit sie als Konsumenten in Erscheinung treten. So bildet sich, vereinfacht gesagt, ein Kreislauf aus Unternehmern (Arbeitgebern, Produzenten) und Arbeitern (Arbeitnehmer, Konsumenten), bei dem jeder Teilnehmer von dem anderen profitiert aber gleichzeitig auch von ihm abhängig ist. Je mehr Einwohner eines Staates in diesen Kreislauf eingebunden sind, desto näher kommt eine Volkswirtschaft dem „Idealbild“ einer „perfekten Einkommensstruktur“.

Dieser Aufsatz hat das Ziel, sich mit einem der Mittel auseinanderzusetzen, mit dem es einigen Volkswirtschaften im ausgehenden 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelungen war, Reichtum und Wohlstand für breitere Massen zu erreichen, der Teilzahlung. So verblüffend es im ersten Moment auch klingen mag, die Möglichkeit der Teilzahlung sowie die Vergabe von Krediten und die Verschuldung von Konsumenten hatten und haben einen äußerst bedeutenden Anteil an der Zunahme des allgemeinen Wohlstandes sowie an der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Gütern, die das Leben vereinfachen. Konsumgüter wie Kühlschränke, Fernseher, Radios, Waschmaschinen, Geschirrspüler, Autos oder Bügeleisen kamen nicht zuletzt durch den Kauf auf Raten in die Haushalte. Die meisten Konsumenten waren zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Produkte noch sehr einkommensschwach und hätten ohne Ratenzahlung gar keine Möglichkeit zum Kauf gehabt.² Gleichzeitig wurde durch neu geschaffene Absatzmärkte der Kundenkreis erweitert und somit eine erhöhte Produktion gewährleistet.³ Dies hatte wiederum die Beschäftigung neuer Mitarbeiter zur Folge, welche dann auch wieder das „Heer der Konsumenten“ vergrößerten.

Ziel dieser Arbeit soll nicht nur die Beleuchtung eines lokalen Marktes sein. Die Geschichte der Teilzahlung sowie die gesamte Konsumgeschichte überhaupt zeigen

¹ James O’Leary, Consumption as a Factor in Postwar Employment, in: *The American Economic Review* 35 (1945), Heft 2, S. 37–55, hier S. 37.

² Hansjoachim Bleise, Geschichte der Teilzahlung, in: *Handbuch der Teilzahlungswirtschaft*, hrsg. v. Wirtschaftsverband der Teilzahlungsbanken, Frankfurt 1959, S. 29–48, hier S. 32.

³ Bleise, Teilzahlung, S. 32.

vielmehr, dass es sich dabei nicht ausschließlich um ein Phänomen handelt, dass sich zuerst in Amerika ausgeprägt hatte und dann nach Europa transferiert wurde. Massenkonsum und seine dazugehörenden „Werte und Institutionen“, zu denen auch die Teilzahlung zählt, waren vielmehr in Amerika und Europa relativ gleichzeitig entstanden und hatten sich durch neue Entwicklungen ständig gegenseitig beeinflusst.⁴ Im Gegensatz zu den meisten Werken zum Thema wird in dieser Arbeit daher versucht, eine Art kompakte „Globalgeschichte der Teilzahlung bis zum zweiten Weltkrieg“ zu bieten, in der die Entwicklungen auf beiden Kontinenten beschrieben werden soll.

Die frühe Geschichte der Teilzahlung ist trotz ihres hohen Stellenwerts für die Entwicklung unserer modernen Konsumgesellschaft leider noch absolut unzureichend erforscht. Will man sich mit dem Thema beschäftigen, hat man gleich zu Beginn mit dem großen Problem zu kämpfen, über zu wenig aussagekräftige Literatur zu verfügen. Im Bereich der deutschsprachigen Forschung lassen sich beispielsweise lediglich ein einführendes Kapitel des Volkswirtes Hansjoachim Bleise im Handbuch der Teilzahlungswirtschaft⁵ sowie ein moderneres Werk von Johannes Bär zur „Teilzahlungswirtschaft im Wandel der Zeit“⁶ ausfindig machen. Im englischsprachigen Raum sieht es zwar etwas besser aus, das Thema scheint hier aber auch noch nicht ausgiebig behandelt worden zu sein. Neben einem sehr informativen Werk von Lendol Calder mit dem Titel „Financing the american dream. A cultural history of consumer credit“⁷, das das Standardwerk überhaupt zum Thema darstellt, stützt sich diese Arbeit auch noch auf ein Buch der amerikanischen Historikerin Lizabeth Cohen mit dem Titel „A Consumers' Republik“.⁸ Hier wird allerdings nur peripher auf die Teilzahlung bis 1939 eingegangen. Die Hauptinformationen zu dieser Arbeit entstammen allerdings verschiedenen amerikanischen Fachzeitschriftenbeiträgen, welche im Literaturverzeichnis zu finden sind.

Um einen besseren Überblick gewährleisten zu können, wurde dieser Artikel in vier Teile gegliedert. Das erste Kapitel wird sich mit der frühen Geschichte der Teilzahlung befassen und versuchen, die Zahlung auf Raten so weit wie möglich zurückzuverfolgen. Teil zwei der Arbeit beschäftigt sich mit dem Einsetzen des „Teilzahlungsbooms“ im 19. Jahrhundert. Das dritte Kapitel handelt von der Zwischenkriegszeit, in der bereits intensiv auf die Möglichkeit der Teilzahlung zurückgegriffen wurde. Der abschließende Teil dieser Arbeit wird schließlich versuchen, ein kurzes Fazit zu der großen Fülle an

⁴ Marie-Emanuelle Chessel, From America to Europe. Educating Consumers, in: *Contemporary European History* 11 (2002), Heft 1, S. 165–175, hier S. 167.

⁵ Bleise Teilzahlung, S. 29–48.

⁶ Johannes Bär, Teilzahlung im Wandel der Zeit. Von der Kreditanstalt für Verkehrsmittel AG zur Diskont und Kredit AG 1924–1951, München 2000.

⁷ Lendol Calder, *Financing the American Dream. A Cultural History of Consumer Credit*, Princeton 1999.

⁸ Lizabeth Cohen, *A Consumers' Republik. The Politics of Mass Consumption in Postwar America*, New York 2003.

neu gewonnen Informationen zu geben. Hier werden allerdings auch die Folgen der Einführung von Krediten für Konsumenten erläutert werden.

Langsame Entwicklung – Anfänge der Teilzahlung

Kauf, aber besonders auch Tausch auf Raten gibt es wahrscheinlich seit Menschengedenken. Ein kleines Beispiel dafür geben Verkäufe oder Lieferungen von Saatgut bei den frühen altorientalischen Stadtkulturen, die von den Käufern in mehreren Teilbeträgen zurückerstattet werden konnten. Erste wirklich als Teilzahlung erkennbare Geschäfte lassen sich in der römischen Antike ausmachen. So berichtet der Althistoriker Robert Pöhlmann, dass der römische Geschäftsmann Gaius Crassus, ein Zeitgenosse Julius Caesars, durch große Spekulationsgeschäfte Grundstücke und Häuser erwarb, welche er zunächst parzellierte und schließlich in Form der Teilzahlung wieder veräußerte.⁹

Im Laufe des Mittelalters nahm mit dem Anstieg des Handels und dem Aufblühen des Städtewesens auch die Möglichkeit der Zahlung auf Raten zu. Besonders die kapitalintensiven Handelsgeschäfte mit Wein, Wolle und Kleidung wurden zu einem Großteil mit Hilfe von Krediten finanziert.¹⁰ Ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Verbindlichkeiten wurde auch schon mit Hilfe der Teilzahlungstechnik in mehreren Raten zurückbezahlt.¹¹ Zu dieser Zeit waren Kredite sowie Teilzahlung großteils noch den Handelstreibenden vorbehalten. Untersuchungen von Akten mit Schuldverschreibungen zeigten jedoch, dass daneben private Konsumenten bereits bei ihren Händlern „in der Kreide standen“. ¹² Dies lässt sich mit der so genannten Praxis des „Borgkaufs oder dem Anschreiben“ erklären, bei der ein Händler seinen Kunden Waren aushändigte, die erst später in Raten oder auf einmal bezahlt werden konnten.¹³

Möglich war dies nur, da im überschaubaren Rahmen kleinerer Städte und Dörfer jeder Händler die Vermögensverhältnisse seiner Kunden kannte und das Risiko somit überschaubar war. Die Zahlung auf Raten entwickelte sich im Laufe des Mittelalters und der frühen Neuzeit auch für Konsumenten allmählich zu einer „festen Verhaltensweise“ im Warenverkehr.¹⁴

⁹ Robert Pöhlmann, *Die Überbevölkerung der antiken Großstädte im Zusammenhang mit der gesamten städtischen Zivilisation*, Leipzig 1884, S. 88ff.

¹⁰ M. Postan, *Credit in Medieval Trade*, in: *The Economic History Review* 1 (1928), Heft 2, S. 234–261, hier S. 239.

¹¹ Bleise, *Teilzahlung*, S. 30.

¹² Postan, *Medieval Trade*, S. 239.

¹³ Bleise, *Teilzahlung*, S. 31.

¹⁴ Bleise, *Teilzahlung*, S. 31.

Waren für das Volk – Der „Boom“ der Teilzahlung im 19. Jahrhundert

Das ausgehende 18. Sowie das 19. Jahrhundert brachte der Menschheit die so genannte industrielle Revolution und damit schließlich auch weitreichende und alle Bereiche des Lebens umfassende Veränderungen: Menschliche oder tierische Arbeitskräfte wurden durch Maschinen ersetzt. Als Folge konnten in kürzerer Zeit viel mehr Waren produziert werden, wodurch der Preis um ein Vielfaches sank. Erstmals wurde ein breites Angebot an Produkten einer großen Konsumentenschicht zugänglich gemacht.

Durch die Massenproduktion wurden die Produzenten allerdings auch gezwungen, die bisher lokalisierten Märkte um völlig neue Absatzmärkte in neuen Kundenschichten zu erweitern.¹⁵ Der Mensch wurde in dieser Zeit immer mehr zum Konsumenten und so wiederum zu einem bedeutenden Machtfaktor. Nicht zuletzt setzte nun auch ein Wandel in der Bevölkerungsstruktur ein. Menschen wurden von stetig wachsenden Städten mit ihren zahlreichen neuen Arbeitsmöglichkeiten angezogen. Die Gruppe derer, die nicht mehr als Selbstversorger auftraten vergrößerte sich. Zu Beginn dieser Entwicklung, im angehenden 19. Jahrhundert, lebten im so genannten „Mutterland der Teilzahlung“, den Vereinigten Staaten von Amerika rund 90 Prozent der Einwohner in ländlichen Gebieten. Etwa 75 Prozent aller Einwohner bestritten ihren Lebensunterhalt in dieser Zeit in der Lebensmittelproduktion.¹⁶ Die Entwicklungen im 19. Jahrhundert veränderten dies grundlegend. 90 Jahre später lebten schon über 35 Prozent der US-Bürger in urbanen Gebieten. Im Jahre 1920 waren es bereits mehr als 50 Prozent. In diesem Jahr überstieg auch die Zahl der Industriearbeiter erstmals die der Beschäftigten in der Landwirtschaft.¹⁷

Die Verschiebung der Bevölkerung in Richtung Stadt stellte aber nur den ersten Schritt in Richtung Konsumgesellschaft dar. Durch lange, zumeist nicht regulierte Arbeitszeiten sowie ein allgemein niedriges Lohnniveau waren breite städtische Schichten zunächst gar nicht in der Lage, neue industriell erzeugte Produkte zu erwerben. Besser regulierte Arbeitszeiten mussten sich die Arbeitnehmer erst langwierig erkämpfen. Für den Zugang zu neuen Waren sorgten die Unternehmen jedoch selbst, indem sie ab den 1850er Jahren begannen, ihre Waren einem breiten Publikum auf Raten anzubieten.

Da die Geschäfte nun nicht mehr im kleinen vertraulichen Rahmen der mittelalterlichen oder frühneuzeitlichen Kleinstädte zwischen Handwerker/Händler und Käufer abgewickelt wurden, trat nun an die Stelle des ungedeckten „Buchkredites“ eine vertraglich

¹⁵ Bleise, Teilzahlung, S. 32.

¹⁶ Federal Reserve Bank of Boston (Hrsg.), Credit History. The Evolution of Consumer Credit in America, [<http://www.bos.frb.org/educations/ledges/ledges04/sprsum/credithistory.htm>], o.D., eingesehen 21.04.2009.

¹⁷ Federal Reserve Bank of Boston (Hrsg.), Credit History.

vereinbarte Abdeckung der Kaufpreissumme durch eine „dingliche Sicherung“.¹⁸ Die verkaufte Ware ging also erst mit Bezahlung der letzten Rate in den Besitz des Käufers über. Nach dem Wirtschaftshistoriker Robert A. Lynn hatte der Käufer außerdem bei Abschluss des Vertrages in der Regel eine Anzahlung zu leisten.¹⁹

Dies war in den 1850er Jahren gängige Praxis, obwohl die Idee der Teilzahlung mit rechtlich abgesichertem Eigentumsvorbehalt noch einige Jahrzehnte älter war. Lynn erkannte die Vorläufer dieses Systems beispielsweise in der Praxis amerikanischer Immobilienfirmen und des Staates, Grundstücke sowie Gebäude über einen Teilzahlungskredit anzubieten (z.B. Harrison Act von 1800).²⁰

Im Jahre 1853 begann mit der Firma J.H. Manny schließlich auch ein Hersteller industriell gefertigter Waren, die Teilzahlung als Form der Kaufpreisbegleichung zu akzeptieren. Der amerikanische Produzent landwirtschaftlicher Maschinen konnte ab der Einführung dieser Zahlungsmethode einen enormen Anstieg der Nachfrage verzeichnen. Betrug die Zahl der hergestellten Maschinen in den Jahren 1850 bis 1852 noch 125 Stück, wurde nach der Einführung der Teilzahlung im Vergleichszeitraum 1853 bis 1855 die Produktion auf 10.036 Stück erhöht.²¹ Das Beispiel Manny machte rasch Schule. Bereits ein Jahr später begannen zahlreiche andere Landmaschinenhersteller wie J.S. Wright oder Cyrus Hall McCormick's Reaper ihre Waren auf Ratenzahlung anzubieten. Das neue System war so erfolgreich, dass Kreditangebote innerhalb weniger Jahre zum Standard in der Branche wurden.²²

Durch den amerikanischen Nähmaschinenhersteller Isaac M. Singer kam die Teilzahlung im Jahre 1856 schließlich zu den amerikanischen, britischen und vier Jahre später auch zu den deutschen Privatkonsumenten.²³ Dank industrieller Produktion war der Preis von Nähmaschinen in dieser Zeit bereits stark gesunken, Kosten von 20 bis 55 Dollar pro Stück stellten aber trotzdem für die meisten Haushalte eine zu hohe Summe dar, um sie auf einmal aufzubringen.²⁴ Wie zuvor schon bei den landwirtschaftlichen Geräten war die Ratenzahlung auch im Bereich der Nähmaschinen ein „voller Erfolg“. Alleine in Deutschland wurden beispielsweise bis zu zwei Drittel der verkauften Maschinen der 1890er Jahre bereits über Ratenzahlung veräußert.²⁵

Es dauerte wiederum nicht lange, bis andere Branchen dem Beispiel der Textilmaschinenindustrie folgten. So begannen in den 1850er und 1860er Jahren besonders Unter-

¹⁸ Bleise, Teilzahlung, S. 32.

¹⁹ Robert A. Lynn, Installment Credit Before 1870, in: *The Business History Review* 31 (1957), Heft 4, S. 414–424, hier S. 414.

²⁰ Lynn, Installment Credit, S. 415.

²¹ Lynn, Installment Credit, S. 416.

²² Lynn, Installment Credit, S. 417.

²³ Bleise, Teilzahlung, S. 33.

²⁴ Lynn, Installment Credit, S. 418.

²⁵ Bleise, Teilzahlung, S. 33.

nehmen aus dem Bereich der amerikanischen Klavier- und Piano- sowie der Möbelindustrie ihre Waren über die neue Zahlungsmethode anzubieten.²⁶

In den 1850er Jahren begann außerdem eine weitere interessante Entwicklung mit der Gründung so genannter „Abzahlungsbasare oder Warenkredithäuser“.²⁷ In diesen Geschäften konnten Konsumenten erstmals Kleidung auf Kredit erwerben und diese in Wochen oder Monatsraten abbezahlen. Auf dem Gebiet des späteren deutschen Reiches wurde das System zuerst von dem Hamburger Kaufmann Alex Friedländer im Jahre 1849 eingeführt.²⁸ Er verzichtete bei der Kreditvergabe sogar gänzlich auf Sicherheiten und konnte somit neue Kundenschichten erreichen. Die Folge war ein regelrechter „Ansturm“ auf seine Geschäfte. Innerhalb kürzester Zeit fanden sich etliche Geschäftsleute, die ihn kopierten und das Sortiment um Möbel und andere Ausstattungsgegenstände erweiterten. Nach den beiden Kriegen von 1866 sowie 1871 und der Gründung des Deutschen Reichs nahm die Zahl der Geschäfte stetig zu, so dass hier bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges bereits über 1.500 existierten.²⁹ Neben Warenkredithäusern begünstigte die Form der Teilzahlung schon vor 1914 die Entstehung von Versandhäusern, die sich ebenfalls dieser Technik bedienten.

Bis zum Ersten Weltkrieg verlief die Entwicklung in Europa und Amerika in etwa ähnlich, obwohl die Teilzahlung in den Vereinigten Staaten etwas früher Fuß fassen konnte und deshalb dort ein kleiner Vorsprung in Akzeptanz und Breite der Anwendung gegeben war. Durch den Krieg und seine katastrophalen Folgen kam das Teilzahlungsgeschäft in Europa nahezu zur Gänze zum Erliegen. Die meisten Abzahlungsgeschäfte gerieten in Schwierigkeiten und mussten ihren Betrieb entweder einstellen oder sehr hohe Verluste hinnehmen, da durch die Umstellung auf Kriegswirtschaft viele Privatkredite nicht mehr zurückgezahlt werden konnten.³⁰

“The decade when the use of household’s credit exploded” – Teilzahlung in der Zwischenkriegszeit

Wie die Wirtschaftshistorikerin Martha L. Olney treffend beschrieb, brachten die 1920er Jahre zumindest in Amerika eine „explosionsartige“ Zunahme der Verwendung von Privatkrediten. Ein Großteil davon war im Bereich der Teilzahlung angesiedelt.³¹ Dies lag unter anderem an den zahlreichen neuen Erfindungen dieser Zeit. Beispielsweise waren nun so revolutionäre Dinge wie Telefone, Radios, Kühlschränke,

²⁶ Lynn, *Installment Credit*, S. 419.

²⁷ Bleise, *Teilzahlung*, S. 34.

²⁸ Bleise, *Teilzahlung*, S. 34.

²⁹ Bleise, *Teilzahlung*, S. 34.

³⁰ Bleise, *Teilzahlung*, S. 36.

³¹ Martha L. Olney, *When your Word is not Enough: Race, Collateral, and Household Credit*, in: *The Journal of Economic History* 58 (1998), Heft 2, S. 408–431, hier S. 409.

Staubsauger und vieles mehr einem breiten Publikum zugänglich. Ermöglicht wurde dies vor allem durch die Erschließung der Haushalte mit elektrischem Strom. Beispielsweise hatten um das Jahr 1900 nur rund acht Prozent aller amerikanischen Wohnsitze Zugang zur Elektrizität, am Ende der 1920er Jahre waren es hingegen schon über 68 Prozent.³²

Die Zunahme der Haushalte mit Zugang zu Strom ermöglichte also eine große Nachfrage nach zahlreichen neuen elektrischen Geräten. Da das Lohnniveau der meisten Bürger nach wie vor jedoch sehr gering war, mussten die neuen Produkte fast ausschließlich über Kredite finanziert werden. Nun war die erste „große Stunde der Teilzahlung“ gekommen. Erstmals überwogen die Käufe auf Raten die der Barzahler in vielen Bereichen. Im Jahre 1930 beispielsweise wurden rund 75 Prozent der amerikanischen Waschmaschinen, in etwa 65 Prozent der Staubsauger, knappe 75 Prozent der Radios sowie über 80 Prozent der Grammophone auf Basis der Teilzahlung verkauft.³³ Ähnlich sah es abseits der Elektroindustrie aus. 25 Prozent des verkauften Schmucks, 60 bis 75 Prozent aller Fahrzeuge sowie rund 90 Prozent aller verkauften Möbelstücke verließen die amerikanischen Geschäfte auf Grund einer Ratenzahlungsvereinbarung.³⁴ Trotz ihres kriegsbedingten Rückstandes begannen auch die europäischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätsanbieter ihre Netze und Kundenstöcke zu erweitern. Dabei traten sie zumeist gleichzeitig als Anbieter elektrischer Geräte auf. Die Berliner Elektrizitätswerke „Bewag“ sowie der örtliche Gasanbieter „Eltgas GmbH“ konnten in den 1920er Jahren einen jährlichen Absatz von mehreren Millionen elektrischen Apparaten erreichen.³⁵ Dies war besonders in der krisengebeutelten Nachkriegszeit nur durch die Gewährung von Teilzahlungskrediten möglich.

In dieser Zeit begann aber auch eine Revolution auf dem Werbemarkt einzusetzen. Da trotz der Möglichkeit der Teilzahlung noch viele Menschen zögerten, ihr Geld für die neuen Produkte auszugeben, nutzten Unternehmen nun zunehmend die Massenmedien, um Konsumenten mit einer wahren „Flut von Werbeanzeigen“ zu überschütten.³⁶ Hierbei kam ihnen zu gute, dass mit dem Radio, einer weiteren äußerst erfolgreichen Erfindung, eine hervorragende zusätzliche Basis für Werbeeinschaltungen geboten war. Am Ende der 1920er Jahre verfügten bereits 39 Prozent aller amerikanischen Haushalte zumindest über ein Radio.³⁷

Auch in dieser Periode gab es wiederum eine dominierende Branche im Teilzahlungsbereich. Galt für die Vorkriegszeit noch die Nähmaschine als „Schrittmacher

³² Federal Reserve Bank of Boston (Hrsg.), Credit History.

³³ Calder, American Dream, S. 201.

³⁴ Calder, American Dream, S. 201.

³⁵ Bleise, Teilzahlung, S. 37.

³⁶ Federal Reserve Bank of Boston (Hrsg.), Credit History.

³⁷ Federal Reserve Bank of Boston (Hrsg.), Credit History.

des Abzahlungsbereichs³⁸, war es in der Zeit nach dem Krieg wohl unumstritten die Automobilindustrie. Diese war bis zum Jahr 1920 zu einem beachtlichen Wirtschaftsfaktor herangewachsen und bis dahin noch größtenteils ohne Teilzahlungsfinanzierung für Konsumenten ausgekommen. Im Jahre 1900 betrug die Summe aller Kraftfahrzeuge in den Vereinigten Staaten beispielsweise noch rund 8.000 Stück, 20 Jahre später hatte sich diese Zahl bereits auf über 8.100.000 Stück erhöht.³⁹ Um den Verkauf noch weiter anzukurbeln, griffen nun auch die Automobilhersteller auf die Möglichkeit der Teilzahlung zurück.

Zur Deckung des enormen Kapitalbedarfs der hochpreisigen Fahrzeuge mussten allerdings eigene Finanzierungsfirmen gegründet werden. Prinzipiell gab es zu dieser Zeit zwei Arten solcher Unternehmen. Zum einen waren dies unabhängige zumeist lokale Finanzierungsunternehmen, die teilweise schon Erfahrung in der Branche hatten. Andererseits gründeten die großen Automobilhersteller eigene Tochterunternehmen, die ausschließlich der Finanzierung der verkauften Autos dienten.⁴⁰ Der große Unterschied zwischen den beiden Unternehmenstypen bestand in Akzeptanz und Reichweite ihres Wirkens. Insgesamt gab es zwar im Jahre 1925 bereits 1.500 solcher Firmen in den Vereinigten Staaten. Der überwiegende Teil der Finanzierungen wurde aber über die wenigen Gesellschaften der Autohersteller getätigt, die den großen Vorteil hatten, landesweit tätig sein zu können.⁴¹

Zu den ersten Autoproduzenten, die sich der Finanzierung ihrer Produkte zuwandten, gehörte John Willys, der im Jahre 1915 zu diesem Zweck die „Guaranty Securities Company“ (G.S.C) gründete.⁴² „General Motors“ (GM) folgte 1919 mit der Gründung der „General Motors Acceptance Corporation“ (GMAC).⁴³ Henry Ford hatte sich zunächst jahrelang gegen diese Art der Finanzierung gewehrt, musste allerdings 1928 den Wünschen des Marktes nachgeben und ebenfalls eine firmeneigene Finanzierungsgesellschaft, die „Universal Credit Corporation“ gründen.

Auf dem deutschen Markt erschienen KFZ-Finanzierungsgesellschaften erstmals mit der Expansion der GMAC nach Europa im Jahre 1925. Erstes heimisches Unternehmen war die „Allgemeine Finanzierungs AG“ mit Sitz in Rüsselsheim, die von der „Adam Opel AG“ gegründet wurde. Als allgemeiner Finanzierer der restlichen Autohersteller

³⁸ Bleise, Teilzahlung, S. 33.

³⁹ Federal Reserve Bank of Boston (Hrsg.), Credit History.

⁴⁰ Martha L. Olney, Credit as a Productio-Smoothing Device. The Case of Automobiles 1913–1938, in: *The Journal of Economic History* 49 (1989), Heft 2, S. 377–391, hier S. 382.

⁴¹ Olney, Credit, S. 377.

⁴² Olney, Credit, S. 382.

⁴³ John P. Watkins, Corporate Power and the Evolution of Consumer Credit, in: *Journal of Economic Issues* 34 (2000), Heft 4, S. 909–932, hier S. 917.

wurde 1926 schließlich die „Kreditanstalt für Verkehrsmittel AG“ mit Sitz in Berlin geschaffen.⁴⁴

Da die Barzahlung bei Automobilen bislang nur den Besserverdienern möglich gewesen war, eröffnete sich nun vor allem den Empfängern mittlerer Einkommen die neue Welt der Mobilität.⁴⁵ Die Möglichkeit der Teilzahlung wurde auch in dieser Branche eifrig genutzt. Im Jahre 1920 finanzierte GMAC noch Fahrzeuge im Wert von 25,7 Millionen Dollar. Bereits neun Jahre später war der Finanzierungsbedarf auf über 400,8 Millionen Dollar angestiegen.⁴⁶ Am Ende der 1920er Jahre wurden schließlich bereits 60 bis 70 Prozent aller Autoverkäufe der Vereinigten Staaten auf dem Weg der Teilzahlung getätigt.⁴⁷

Interessant ist dabei das Vorgehen der kreditgebenden Firmen. Kunden mussten beim Autohändler eine Ratenzahlung unterschreiben, welche dieser dann an die Finanzierungsgesellschaft weiterverkaufte. Die Hauptaufgabe bestand also im Aufkauf der von den Händlern abgeschlossenen Teilzahlungsverträge. Das Hauptrisiko lag in dieser Zeit noch bei den Händlern, da sie im Falle der Zahlungsunfähigkeit ihrer Kunden zwar das Auto zurückerhielten, dafür aber auch die Raten weiter zahlen mussten.⁴⁸

Ein erster großer „Dämpfer“ wurde der zunehmenden Verwendung der Teilzahlung mit der großen Wirtschaftskrise von 1929 und ihren Folgen erteilt. Durch „eingefrorene Außenstände, wertlose Zessionen und enorme Umsatzrückgänge“ mussten viele Kreditinstitute ihre Zahlungen einstellen oder zumindest drastisch reduzieren.⁴⁹ Für Länder wie Deutschland sollte dieser Rückgang schließlich so bedeutend sein, dass er bis in die 1950er Jahre nicht mehr aufgeholt werden konnte.⁵⁰

Fazit

Die schrecklichen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges warfen Europa in vielen Bereichen zurück. Besonders deutlich wird dies auch beim Massenkonsum und dessen Finanzierung. In Amerika, das von den Auswirkungen beider Kriege zumindest im eigenen Land verschont blieb war, entwickelten sich die Konsumgesellschaft kontinuierlich weiter. So lebten im Jahre 1950 bereits über 64 Prozent der US-Bevölkerung in

⁴⁴ Bleise, Teilzahlung, S. 37.

⁴⁵ Federal Reserve Bank of Boston (Hrsg.), Credit History.

⁴⁶ Charles E. Persons, Credit Expansion 1920 to 1929 and its Lessons, in: *The Quarterly Journal of Economics* 45 (1930), Heft 1, S. 94–130, hier S. 114.

⁴⁷ Calder, American Dream, S. 201.

⁴⁸ Olney, Credit, S. 380.

⁴⁹ Bleise, Teilzahlung, S. 40.

⁵⁰ Bleise, Teilzahlung, S. 40.

den urbanen Zentren des Landes.⁵¹ Im Jahre 1920 waren es noch rund 50 Prozent und im Jahre 1890 sogar nur 35 Prozent gewesen.⁵² Was in Amerika vor dem Krieg geschah, sollte Europa danach in beschleunigter Form durchleben. Bereits nach einigen Jahren des Wiederaufbaus wird es mit der amerikanischen Konsumgesellschaft gleichziehen.

Blicken wir nun kurz auf die Anfangsphase der Teilzahlung zurück. Im ausgehenden 19. Jahrhundert begann sich die Welt grundlegend zu verändern. Massenproduktion, Maschinisierung und Elektrifizierung brachten neue Produkte hervor, die breiten Bevölkerungsschichten das Leben stark vereinfachten. Das Problem zu der Zeit war jedoch, dass weite Teile der Bevölkerung noch nicht genügend Mittel hatten, um sich mit diesen neuen Produkten versorgen zu können. Da Unternehmen allerdings immer mehr Waren zu immer günstigeren Preisen herstellten, welche innerhalb der begrenzten herkömmlichen Konsumentenschicht nicht mehr absetzbar waren, mussten sie unweigerlich ihre Kundenstöcke erweitern. Eines der Hauptmittel dafür war die Finanzierungsform der Teilzahlung, bei der mit dem „zukünftigen Einkommen von Konsumenten“ spekuliert wurde. Da bis dahin breite Kreise der Bevölkerung noch nicht als potentielle Kunden gesehen worden waren, eröffneten sich den Unternehmen schier unbegrenzte neue Absatzmärkte. Die große Landflucht dieser Zeit und die damit verbundene Bevölkerungsverschiebung vom Land (Selbstversorger) zur Stadt (Lohnempfänger und dadurch Konsumenten) tat noch ihr Übriges, um die potentielle Kundengruppe der Unternehmen drastisch ansteigen zu lassen.

Der dramatische Anstieg der Teilzahlungsgeschäfte in den 1920er Jahren sollte die Welt schließlich nachhaltig verändern. Die Produktion zahlreicher, preiswerter Elektrogeräte verlangte eine flächendeckende Elektrifizierung Europas und Amerikas. Hierdurch vereinfachte sich erstmals auch für breite Schichten das Leben spürbar. Gleichzeitig wurde durch die Entdeckung der breiten Masse als potentielle Käuferschicht ein bedeutender Absatzmarkt geschaffen. Durch die wachsende Nachfrage stieg auch der Personalbedarf der Unternehmen. Dies führte zu einer höheren Beschäftigungsrate in Bereichen außerhalb der Landwirtschaft und somit zu unserer heutigen Wohlstandsgesellschaft.

Die Einführung der Teilzahlung erklärt sich also einerseits mit dem Wunsch der Unternehmen nach einer Erweiterung ihrer Absatzmärkte sowie dem Verlangen der Konsumenten nach neuen Produkten. Andererseits kann darin auch der erfolgreiche Versuch erkannt werden, Konsumenten zu disziplinieren. Unternehmen bekamen schließlich für ihre Waren nicht einfach nur Geld, sie erhielten zusätzlich noch etwas

⁵¹ Gustav Fochler-Hauke (Hrsg.), *Der Fischer Weltatmanach 1960. Zahlen – Daten – Fakten*, Frankfurt 1959, S. 168.

⁵² Federal Reserve Bank of Boston (Hrsg.), *Credit History*.

sehr wertvolles – einen Anspruch auf Teile des zukünftigen Einkommens ihrer Kunden.⁵³ Dies führte nach dem Wirtschaftshistoriker John P. Watkins schließlich dazu, dass die Konsumenten nicht mehr völlig frei in ihrer Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit waren, da sie nun auch die Rückzahlung ihrer Verbindlichkeiten berücksichtigen mussten.⁵⁴

Literatur

Bär, Johannes, Teilzahlung im Wandel der Zeit. Von der Kreditanstalt für Verkehrsmittel AG zur Diskont und Kredit AG 1924–1951, München 2000.

Bleise, Hansjoachim, Geschichte der Teilzahlung, in: Wirtschaftsverband Teilzahlungsbanken (Hrsg.), Handbuch der Teilzahlungswirtschaft, Frankfurt 1959, S. 29–48.

Calder, Lendol Financing the American dream. A Cultural History of Consumer Credit, Princeton 1999.

Chessel, Marie-Emanuelle, From America to Europe. Educating Consumers, in: *Contemporary European History* 11 (2002), Heft 1, S. 165–175.

Cohen, Lizabeth, A Consumers' Republic. The Politics of Mass Consumption in Postwar America, New York 2003.

Federal Reserve Bank of Boston (Hrsg.), Credit History. The Evolution of Consumer Credit in America, [[http://www.bos.frb.org/educations/ledges/ledges04/sprsum/credit history.htm](http://www.bos.frb.org/educations/ledges/ledges04/sprsum/credit%20history.htm)], o.D., eingesehen 21.04.2009.

Fochler-Hauke, Gustav (Hrsg.), Der Fischer Weltalmanach 1960. Zahlen–Daten–Fakten, Frankfurt 1959.

Lynn, Robert A., Installment Credit before 1870, in: *The Business History Review* 31 (1957), Heft 4, S. 414–424.

O'Leary, James, Consumption as a Factor in Postwar Employment, in: *The American Economic Review* 35 (1945), Heft 2, S. 37–55.

Olney, Martha L., Credit as a Production-Smoothing Device. The Case of Automobiles 1913–1938, in: *The Journal of Economic History* 49 (1989), Heft, S. 377–391.

Olney, Martha L., When your word is not enough: Race, Collateral, and Household Credit, in: *The Journal of Economic History* 58 (1998), Heft 2, S. 408–431.

Persons, Charles E., Credit Expansion 1920 to 1929 and its Lessons, in: *The Quarterly Journal of Economics* 45 (1930), Heft 1, S. 94–130.

⁵³ Watkins, Corporate Power, S. 909.

⁵⁴ Watkins, Corporate Power, S. 909.

Pöhlmann, Robert, Die Überbevölkerung der antiken Großstädte im Zusammenhang mit der gesamten städtischen Zivilisation, Leipzig 1884.

Postan, M., Credit in Medieval Trade, in: *The Economic History Review* 1 (1928), Heft 2, S. 234–261.

Watkins, John P., Corporate Power and the Evolution of Consumer Credit, in: *Journal of Economic Issues* 34 (2000), Heft 4, S. 909–932.

Philipp Strobl ist an der Universität Innsbruck in das PhD Programm (Geschichte) inskribiert. Von 2008 bis 2009 war er Stipendiat des SFB Himat. Seit 2009 Forschungsätigkeit als „Botstiper fellow“ an der University of New Orleans zum Thema Migrationsgeschichte. P.Strobl@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Philipp Strobl, Creating Consumers – Globalgeschichte der Teilzahlung bis 1939, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 185–197, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

Rubrik Proseminar-Arbeiten



Alkoholkultur im Wandel der Zeit. Veränderung des Trinkverhaltens alkoholischer Getränke im 19. Jahrhundert in den Gebieten des Deutschen Kaiserreiches

Amoser Marcel

Kerngebiet: Wirtschafts- und Sozialgeschichte

eingereicht bei: Dr.ⁱⁿ Maria Heidegger

eingereicht im Semester: WS 2008/09

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiterin: sehr gut

Abstract

Alcohol culture in the course of time

The following seminar paper deals with the alcohol culture in areas of the German Empire in the 19th century. The change of social perception of alcohol consumption during the century is one of the main focuses. Therewith, the influence of different temperance- and abstinence movements, which were founded as a result of the social perception of a changed alcohol culture, are examined. The interdependency between this social phenomenon and the exogenous factors such as politics and economics play a vital role in the change of alcohol drinking behaviour and will consequently be treated in this paper.

Einleitung

Das 19. Jahrhundert war in jeglicher Hinsicht ein Zeitabschnitt voller Veränderungen. In diesem Kontext braucht es nicht zu verwundern, dass, von den teilweise revolutionären Neuerungen beeinflusst, ebenfalls ein Wandel des Trinkverhaltens bezüglich alkoholischer Getränke einsetzte. Dieser vollzog sich im deutschsprachigen Raum jedoch nicht homogen, sondern äußerst heterogen. Dies spiegelt sich in regional, schicht- und geschlechterspezifischen sowie urban-agrarischen unterschiedlichen Entwicklungen wieder. Die Arbeit soll den Wandel der Trinkkultur während des 19. Jahrhunderts unter der notwendigen Berücksichtigung äußerer Einflussfaktoren darstellen. Dazu gehören Ökonomie, Staat und kulturbedingte Mentalität, die, und das gilt es zu berücksichtigen, niemals isoliert, sondern unter gegenseitiger Beeinflussung den Wandel von Trinksitten zu verantworten hatten.

Zusätzlich soll die gesellschaftliche Wahrnehmung des Alkoholkonsums und dessen Wandel Berücksichtigung finden, der sich durch zunehmende Problematisierung der Trinkerei äußerte.

In diesem Kontext sind die diversen Mäßigkeits- und Abstinenzvereine zu untersuchen, die einen wichtigen Beitrag bezüglich der Einstellung zum Alkohol leisteten. Sie stellen Indikatoren dar anhand derer ein verschärftes Problembewusstsein bezüglich des Konsums geistiger, also alkoholischer, Getränke in der deutschen Gesellschaft ersichtlich wird. Obwohl die Veränderung der Trinkkultur von fließenden Übergängen gekennzeichnet war und sich nicht überall zur selben Zeit vollzog, soll der Untersuchungszeitraum dennoch in zwei Abschnitte eingeteilt werden, mit der „1848er-Revolution“ als Zäsur. Somit wird im ersten Teil der Arbeit auf die Zeit des Vormärz eingegangen, die von Zeitgenossen mit dem negativbehafteten Terminus „Brantweinpest“ versehen wurde und in der die Tätigkeiten der ersten Mäßigkeitsbewegungen einzuordnen sind.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit dem Zeitraum der zunehmenden Industrialisierung bis zum Ende des 19. Jahrhunderts und den daraus resultierenden Veränderungen, wodurch der Alkoholkonsum wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gelangte und für die Initialzündung der zweiten deutschen Mäßigkeits- bzw. Abstinenzbewegung sorgte.

Das Untersuchungsgebiet beschränkt sich dabei auf den Raum des 1871 gegründeten Deutschen Kaiserreiches, wobei der Fokus aus quellenbedingten Gründen auf das Königreich Preußen gelegt werden soll.

1. Forschungsstand

Literatur zum Alkoholkonsum im 19. Jahrhundert gibt es relativ viel, wobei sich die Arbeiten meist auf dieselben Quellen stützen. Dazu gehören zeitgenössische Statistiken und Aussagen von bildungsbürgerlichen und klerikalen Zeitzeugen. Der Fokus der Arbeiten richtet sich bis auf eine Ausnahme immer auf den Alkoholkonsum der unteren Gesellschaftsschichten. Dies war sicherlich auch quellenbedingt nicht anders möglich, da die Quellen von Leuten aus höher gestellten Gesellschaftsschichten stammten und somit der eher einseitige Fokus auf das für problematisch erachtete Trinkverhalten der Unterschichten gelegt wurde. Einzig Heinrich Tappe versuchte in seiner 1994 erschienenen Dissertation¹ ein etwas differenzierteres Bild der Vergangenheit zu erstellen und auch höhere Schichten mit einzubeziehen, wobei die Untersuchung aufgrund quellenbedingter Grenzen nur annäherungsweise erfolgen konnte. Dennoch stellt sein Werk einen sehr wichtigen Beitrag zur Alkoholforschung im 19. Jahrhundert dar. Erwähnenswert ist auch, dass Tappe die Entwicklung des Brauereiwesens näher beleuchtet sowie den Alkoholkonsum und dessen Entwicklung auch regional, so weit wie möglich, präzise ausdifferenziert.

Weitere wichtige Werke stellen die Bücher „Alkohol und Zivilisation“² und „Die Macht der Trunkenheit“³ von Hasso Spode dar. In seinen überaus genauen Darstellungen befasst er sich nicht nur mit dem Alkoholkonsum im 19. Jahrhundert, sondern spannt den Bogen weitaus größer und bezieht auch das Mittelalter ein. Er ist dann besonders genau, wenn es um die verschiedenen Vertreter der Ärzteschaft oder Mäßigkeits- bzw. Abstinenzvereine und deren Schriften sowie Ideologien geht, die vom veränderten Umgang mit Alkohol bzw. moderneren medizinischen Wissen zeugen.

Ein weiteres wichtiges Werk speziell für die zweite Mäßigkeits- und Abstinenzbewegung stellt „Die Antialkoholbewegung in den deutschsprachigen Ländern (1860–1930)“⁴ von Cordula Hölzer dar. Dabei handelt es sich um eine detaillierte Auseinandersetzung mit den bedeutendsten Vereinen, deren Wirken und wichtigsten Vertretern.

Zum Einstieg in die Thematik ist das Buch „Das Paradies, der Geschmack und die Vernunft“⁵ von Wolfgang Schivelbusch interessant, um einen groben Überblick über

¹ Heinrich Tappe, Auf dem Weg zur modernen Alkoholkultur. Alkoholproduktion und Temperenzbewegung in Deutschland vom frühen 19. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg (Studien zur Geschichte des Alltags, 12), Stuttgart 1994.

² Hasso Spode, Alkohol und Zivilisation. Berausung, Ernüchterung und Tischsitten in Deutschland bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1991.

³ Hasso Spode, Die Macht der Trunkenheit. Kultur- und Sozialgeschichte des Alkohols in Deutschland, Opladen 1993.

⁴ Cordula Hölzer, Die Antialkoholbewegung in den deutschsprachigen Ländern (1860–1930) (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, 376), Frankfurt a. M., Bern, New York u.a. 1988.

⁵ Wolfgang Schivelbusch, Das Paradies, der Geschmack und die Vernunft, Frankfurt a. M. 1990.

die Genussmittel und deren Entwicklungen in der Neuzeit zu erhalten. Für mehr ist das Werk jedoch gänzlich ungeeignet, da es die teils hochkomplexen Sachverhalte der Trinkkultur nur anreißt bzw. stark vereinfacht. So werden zeitgenössische Aussagen unreflektiert übernommen um mit diesen die Trinkmuster absolut undifferenziert zu rekonstruieren. Diese starke Simplifizierung resultiert sicherlich aus der populärwissenschaftlichen Ausrichtung dieses Werkes.

2. Alkoholkonsum bis zur „1848er Revolutuion“

2.1 Im Zeichen des Branntweins – Bedingungen für die Veränderungen des Trinkverhaltens

Der Literatur sind Schilderungen von erhöhtem Alkoholkonsum in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zu entnehmen, speziell im Bezug auf den Branntwein. Nach den napoleonischen Kriegen kam es in weiten Teilen des deutschsprachigen Raumes zu einer drastischen Veränderung des bevorzugten Alkohols breiter Gesellschaftsteile zu Gunsten des Branntweins.⁶ Dabei gab es verschiedene Faktoren, die diesen Trend beeinflussten.

Der erste wichtige Faktor, der den Wandel im Trinkverhalten beeinflusst hat, wurde von der Obrigkeit gelegt. Durch die Initiierung der Gewerbefreiheit in Preußen im Jahre 1810 wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine erhöhte Anzahl von Brennereien geschaffen. Zusätzlich förderte der Staat mit einer Maischraumsteuer die Verbindung von Brennereien mit der Landwirtschaft, wodurch es zur Verlagerung der zuvor meist städtischen Brennereibetriebe auf das Land kam.⁷

Die ländliche Brennerei war äußerst rentabel, da ein Ausscheidungsprodukt des Brennvorgangs, die Schlempe, ein außerordentlich wichtiges Futter für das Vieh darstellte. Aus der folgenden Intensivierung der Viehmast resultierte ein Anstieg des Düngers, womit wiederum eine intensivere Nutzung der Getreideanbauflächen einherging. Die enge Verbindung der Landwirtschaft mit der Branntweinbrennerei vor allem in Ostpreußen sorgte für ständige Überproduktion und somit ein erhöhtes Angebot an Branntwein.⁸

Voraussetzung für diese Entwicklung war die Kartoffel, die ein verändertes Konsumverhalten begünstigte. Sie war nicht nur äußerst billig und leicht verfügbar, sondern konnte auch in Gebieten mit eher schwierigen Bodenverhältnissen angebaut werden. Die Etablierung des Kartoffelschnapses auf breiter Ebene war ebenso wegen der zunehmenden Technisierung des Brennereibetriebes möglich. So wurde dieser Trend

⁶ Spode, Alkohol und Zivilisation, S. 132.

⁷ Tappe, Weg, S. 37, 40f.

⁸ Ebd. S. 42f, 47.

durch bessere Destillationstechniken und vermehrten Einsatz von Maschinen begünstigt.⁹

Einen weiteren Faktor stellte der Prestigewert des Branntweines dar, der zuerst aufgrund des Preises allein gehobenen Kreisen vorbehalten war. Nun, durch die erleichterte und vor allem günstigere Verfügbarkeit, kam es zur Nachahmung der bürgerlich-elitären Trinksitten.¹⁰ Zusätzlich wurde der Konsum von der Annahme gestärkt, dass Branntwein nährende und stärkende Kraft inne habe bzw. einen erheblichen medizinischen Nutzen bringe.¹¹ Außerdem wurde es bald üblich, einen Teil des Lohnes mit Schnaps auszubezahlen (Trucksystem).¹² Der Wandel in Ausmaß und Art der präferierten Getränke äußerte sich auch im Rückgang des Bierkonsums. Traditionell war eigentlich das Bier fester Bestandteil der Kultur in den meisten Gebieten des später entstandenen Deutschen Kaiserreiches, und eine wichtige Grundlage der Ernährung. Jedoch blieben in den Brauereien lange die Innovationen aus, wodurch das Bier preislich nicht mit dem Branntwein mithalten konnte. Auch in qualitativer Hinsicht konnte das Bier immer weniger überzeugen. So kam es zur Verdrängung des Bieres durch den Branntwein als Alltagsgetränk. Ausnahme bildete dabei der bayrische Raum, wo man auf den alten traditionellen, also Bier konsumierenden Trinkgewohnheiten beharrte.

Schlussendlich könnte auch der aus der Aufklärung resultierende Verlust der Religion als Trostspender ausschlaggebend für einen vermehrten Verbrauch von Branntwein gewesen sein. Durch die Entkräftung religiöser Welterklärungsschemata entstand demnach ein Sinnstiftungsvakuum. Das trist gewordene Leben in Armut entbehrte der Erklärung durch einen transzendentalen Willen. Der nunmehr anomische Zustand nährte das Verlangen nach Berausung um der kalten, rationalen, Realität zu entgehen. Der Branntwein stellte hierfür ein geeignetes Mittel dar.¹³

2.2 Problematisierung des Alkoholkonsums und die ersten Mäßigkeitsbewegungen

Die veränderten Trinksitten hatten zur Konsequenz, dass die oberen Gesellschaftsschichten das Konsummuster der unteren Schichten vermehrt als problematisch erachteten. So war von einer „Branntweinpest“¹⁴ im Kontext eines „Elendsalkohol-

⁹ Spode, Macht, S. 158f.

¹⁰ Spode, Alkohol und Zivilisation, S. 162f.

¹¹ Hasso Spode, Alkoholika (Bier, Spirituosen, Wein), in: Genussmittel. Ein kulturgeschichtliches Handbuch, hrsg. v. Thomas Hengartner/Christoph Maria Merki, Frankfurt, New York 1999, S. 25–81, hier S. 57.

¹² Hölzer, Antialkoholbewegung, S. 14f.

¹³ Alfred Heggen, Alkohol und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Eine Studie zur deutschen Sozialgeschichte (Einzelveröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin, 64), Berlin 1988, S. 74f.

¹⁴ Zeitgenössisch, übertriebener Terminus, vgl. Heggen, Alkohol und Gesellschaft, S. 80.

konsums“ die Rede. Dieser Begriff war jedoch nicht nur ein Zeugnis für zunehmenden Alkoholgenuss der breiten Masse, sondern vielmehr eine von der oberen Gesellschaftsschicht geprägte Beurteilung bzw. Sichtweise des Alkoholkonsums.¹⁵ Der Alkoholverbrauch wurde zunehmend problematisiert, was jedoch nicht unbedingt zu bedeuten hat, dass mehr getrunken wurde.¹⁶ Außerdem wurde parallel zum Aufstieg des Branntweins der Bierkonsum gedrosselt, wodurch sich die Annahme eines absolut gestiegenen Alkoholverbrauchs relativiert.¹⁷ Eine der wenigen statistischen Erhebungen dieser Zeit aus dem Königreich Preußen wies allgemein auf eine zwei bis dreifache Erhöhung des Branntweinkonsums in den 30er bzw. 40er Jahren des 19. Jahrhunderts hin. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die Statistik auf den Maischraumsteuereinnahmen beruhte, die sich auf den Rohstoff und nicht auf den Schnaps an sich bezog und die meisten Betriebe durch technische Errungenschaften mehr Ertrag erzielen konnten, als vom Staat angenommen. Somit kann die Statistik nur grobe Tendenzen aufzeigen, wobei es auch Schätzungen gab, die von einer Verzehnfachung ausgingen. Der angenommene durchschnittliche Alkoholverbrauch lag bei 40 Litern bzw. 60 Litern in Bezug auf die männliche Bevölkerung.¹⁸

Aufgrund dieser Problemstellung soll hier nicht weiter darauf eingegangen werden, ob der Vormärz wirklich mit dem Begriff „Branntweinpest“ passend charakterisiert wurde, sondern vielmehr als Abschnitt wachsender Beschäftigung mit dem Thema Alkoholmissbrauch und einer allgemeinen Veränderung der Trinksitten gesehen werden.

Für Zeitgenossen war klar, dass Branntwein zur sozialen und gesundheitlichen Verelendung des Individuums in einem hohen Maße beitrug bzw. überspitzt ausgedrückt, für den Pauperismus verantwortlich war.¹⁹ In zahlreichen Schriften wurde die moralische Verwerflichkeit des Spirituosenkonsums angeprangert. Dieses Phänomen beschränkte sich nicht nur auf das Gebiet des späteren Deutschen Kaiserreiches. So wird in der „Österreichischen Populären Gesundheitszeitung“ das Laster des Alkoholkonsums thematisiert. Der Artikel spiegelt dabei nicht nur die zunehmende Problematik des Alkoholkonsums wieder, sondern ebenso das zeitgenössische Wissen bezüglich Symptome, Trinkertypen und Folgen des übermäßigen Alkoholmissbrauchs. So wurden Leute unterschieden, die wegen des scheinbar gesundheitlichen Nutzens, und jene, die aufgrund der narkotischen Wirkung Alkoholika tranken. Die verwerflichste Gruppe von Trinkern seien jene, die bis zur Besinnungslosigkeit konsumieren. Das Außerkraftsetzen der Vernunft, die den Mensch erst zu einem solchen mache, wäre

¹⁵ Tappe, Weg, S. 104f.

¹⁶ Ebd., S. 113f.

¹⁷ Spode, Alkohol und Zivilisation, S. 137.

¹⁸ Spode, Macht, S. 160ff.

¹⁹ Tappe, Weg, S. 148f.

dabei besonders schlimm.²⁰ Charakteristisch für diese Zeit ist der Bezug auf das individuelle Versagen, das zur Trunksucht führe. Demnach wurde Alkoholismus als ein selbstverschuldetes Laster betrachtet. So heißt es „[...] ein Trunkenbold [sei] der lasterhafteste unter den Lasterhaften“, da dieser „[...] [sich] selbst seines Verstandes [be]raubt“ und somit „[...] der größten Verbrechen fähig [sei] [...]“.²¹ Die Quelle veranschaulicht, dass in dieser Zeit der übermäßige Alkoholkonsum ein Thema öffentlichen Interesses war. Meist wurden untere Gesellschaftsschichten als die, von diesem Problem üblicherweise betroffenen, dargestellt. Die einseitige Ausführung der Zeitgenossen hat wiederum etwas mit deren Hintergrund zu tun. Schließlich waren es Angehörige der Ober- und Mittelschicht, die solche Texte verfassten und waren darauf erpicht, sich von den Lastern des „Paupers“ abzugrenzen und somit Trunksucht als ein Problem der armen Leute zu stilisieren.²² Die Schriften weisen auch einen stark religiösen Bezug auf. Dies ist aus der dauernden Beschreibung der Lasterhaftigkeit der Trunksucht ersichtlich. Hinzu kamen ständige moralische Belehrungen und Aufforderungen zu christlicher Frömmigkeit. Auch die in den 1830er Jahren formierten ersten Mäßigkeitsvereine waren von diesem Bild geprägt. Dies überrascht kaum, da die Initiatoren der Vereine vor allem protestantisch-pietistische Geistliche waren.²³ Die Gründung der Vereine ging einher mit dem geschärften Problembewusstsein bezüglich des Branntweinkonsums. Die stark konfessionelle Ausrichtung hatte zur Folge, dass sich deren Mitglieder vor allem aus dem Kleinbürgertum sowie Kleinbauern rekrutierten. Mit dem aufgeklärten Weltbild der bürgerlichen Mittel- und Oberschichten war der kirchliche Pietismus nicht vereinbar.²⁴ Die Organisation der Vereine war meist auf eine lokale bzw. regionale Ebene beschränkt und auch dort nur lose zusammenhängend. Eine übergeordnete nationale Struktur fehlte.²⁵ Allein die bloße moralische Überzeugung sollte laut Ideologie der Vereine zum mäßigen Alkoholkonsum führen. Als Hauptbestreben galt der Kampf gegen den Branntwein, der in den Augen der Organisationen für die Armut und das Elend der unteren Gesellschaftsschichten verantwortlich war.²⁶ Somit war der Bier- und Weinkonsum in Maßen durchaus legitim.

²⁰ Trunksucht, Entstehung derselben und ihre Grade, in: *Populäre österreichische Gesundheits-Zeitung*, Nr. 20, 7. Juli 1830, S. 79f.; Trunksucht, Entstehung derselben und ihre Grade, in: *Populäre österreichische Gesundheits-Zeitung*, Nr. 21, 10. Juli 1830, S. 81f.

²¹ *Populäre österreichische Gesundheits-Zeitung*, 7. 7. 1830, S. 79.

²² Spode, Alkohol und Zivilisation, S. 144ff.

²³ Ebd., S. 140, 145.

²⁴ Tappe, Weg, S. 163, 170f.

²⁵ Ebd., S. 159f.

²⁶ Spode, Macht, S. 139f.

Der Verein der Alkoholgiftgegner stellte diesbezüglich einen Extremfall dar. So galten gegorene Getränke als gesund und von Gott gegeben, gebrannte Alkoholika im Gegensatz dazu als giftig und vom Teufel in die Welt geschickt.²⁷

Viele Gegner der Mäßigkeitsbewegung empfanden diese Haltung zu Bier und Wein als Heuchelei, da sich die Verfechter der Mäßigung selbst dem Trunke ergeben würden, eben halt mit gegorenen Getränken.²⁸ Da vor allem der Bierkonsum eine lange Tradition hatte spiegelt dieser das traditionelle Trinkverhalten wider. So kann die Forderung alte Konsummuster beizubehalten als eine Demonstration gegen die Modernisierung der Trinkgewohnheiten gesehen werden. Somit wären dann die Mäßigkeitsvereine gegen die Moderne gerichtete Verfechter der alten, konservativen Ordnung gewesen. Die Bewegung galt auch als ein Instrument der Obrigkeit, die den unteren Schichten den Branntwein wegnehmen wolle, obwohl, und darin liegt auch gleich ein weiterer Grund ihres Scheiterns, die Mäßigkeitsbewegungen aufgrund ihrer Auffassung, Erfolg durch bloße moralische Belehrung und den Glauben zu erreichen, nicht politisch motiviert waren.²⁹ Ein weiterer Schwachpunkt der Vereine war das fehlende Angebot von Alternativen. Es wurde zwar propagiert, auf Bier bzw. Wein umzusteigen, jedoch war dies aufgrund der fehlenden Verfügbarkeit und des viel zu hohen Preises unmöglich. Ohne Alkohol auszukommen war sicherlich auch keine Alternative, da der Konsum alkoholischer Getränke fester Bestandteil der Kultur war (ja auch immer noch ist) und somit große instrumentale wie auch soziale Bedeutung hatte.

Deshalb war auch der Vorschlag der Mäßigkeitsvereine, Wasser anstelle von Alkohol zu trinken, nicht umsetzbar.³⁰ Die Mitgliedschaft der Bewegungen wurde mit einem öffentlichen Mäßigkeitsegelübde, das in einer feierlichen Zeremonie abgelegt wurde, vollzogen.³¹ Die meisten der mehr als 1200 Vereine waren im nördlich- und östlichen deutschsprachigen Raum tätig.³² Erst in den 1840er Jahren beteiligte sich auch die katholische Kirche an den Mäßigkeitsbewegungen. Deren Zentrum war Posen und Schlesien mit geschätzten 400.000 bis 600.000 Mitgliedern.³³ Wegen der Mängel in der Organisation, der mangelnden politischen Aktivität, der stark religiös fixierten moralisierenden Ideologie und der fehlenden Unterstützung durch die einflussreichen Mittel- und Oberschichten zerfielen die diversen Vereine in der Revolutionsphase des Jahres 1848.³⁴

²⁷ Spode, Alkohol und Zivilisation, S. 143.

²⁸ Ebd., S. 154f.

²⁹ Tappe, Weg, S. 187f.

³⁰ Spode, Macht, S. 169.

³¹ Tappe, Weg, S. 162.

³² Spode, Alkoholika, S. 57.

³³ Tappe, Weg, S. 178f.

³⁴ Tappe, Weg, S. 186–189.

Inwieweit die Propaganda der Vereine wirklich erfolgreich zur Abwendung vom Branntwein führte, bzw. das Gelübde bei den Mitgliedern auch praktische Anwendung fand, bleibt dahingestellt. In einer Hinsicht waren die Mäßigkeitsvereine jedoch erfolgreich, nämlich für den Prestigegewinn des Bieres und die negative Einstellung gegenüber Branntwein in den Köpfen der Menschen.³⁵ Dies allein reichte jedoch nicht für einen erneuten Wandel des Trinkverhaltens aus. Ein solcher vollzog sich erst in der Kombination anderer Einflussfaktoren. Nach der Revolution 1848 verschwand zunächst die Problematik des Alkoholkonsums aus dem öffentlichen Blickpunkt, obwohl sowohl der Branntweinkonsum als auch der Bierkonsum unaufhörlich anstiegen. Jetzt wäre der Ausdruck „Branntweinpest“ vielleicht passender für diese Zeit gewesen, jedoch gab es kein öffentliches Interesse mehr an diesem Problem. Grund hierfür waren innen- und außenpolitisch wichtigere Themen, wie die „Deutsche Frage“. Erst als diese in Form des deutschen Kaiserreiches gelöst wurde, war der Alkoholkonsum wieder vermehrt im Blickfeld öffentlichen Interesses.³⁶ Dies zeigt wiederum, dass die Begrifflichkeit „Branntweinpest“ nicht darauf schließen lässt, dass wirklich ein nie da gewesenes Konsumhoch vorhanden war, sondern vielmehr das Interesse der Öffentlichkeit zum Thema Alkohol zunahm. Deshalb gibt es in einer Zeit, in der der Konsum nochmals um ein vielfaches anstieg, auch keine groß angelegte Problematisierung, da eine solche nicht unbedingt vom Verbrauch an sich, sondern vielmehr von anderen Themen bzw. Ereignissen abhängig war.

3. Alkoholkonsum bis zur Jahrhundertwende

3.1 Bier als Nationalgetränk – Veränderung des Trinkverhaltens und die Bedingungen dafür

Obwohl die erste Welle der Mäßigkeitsvereine eher erfolglos blieb und nach kurzer Zeit unterging, hat sie in einem Punkt bleibenden Eindruck hinterlassen: dem Prestigegewinn des Bieres. Aufgrund der Massenkompabilität des Branntweines kam es in vornehmen städtischen Kreisen zur Rückbesinnung an das traditionelle Bier. Wobei dieser Trend nicht allein mit Propaganda entstehen konnte, sondern vielmehr durch die verbesserte Qualität des Bieres. Von Bayern ausgehend kam es zur qualitativen Aufwertung des Bieres durch neue Gärungsmethoden, wodurch das geschmacklich bessere und prestigeträchtigere untergärige Lagerbier im städtischen Milieu immer größere Verbreitung fand.³⁷ Die elitären Schichten konnten sich mit diesem Getränk wieder von den Proletariern absetzen, die sich das Bier nicht leisten konnten. Somit kam es zum starken Wachstum des Bier- wie auch des Branntweinverbrauchs. Letzterer Trend kam

³⁵ Spode, *Alkoholika*, S. 58.

³⁶ Heggen, *Alkohol und Gesellschaft*, S. 112, 118.

³⁷ Spode, *Alkoholika*, S. 40.

durch die Einfuhr des Branntweinsteuergesetzes 1887 zum Stillstand. Die enorme Erhöhung der Branntweinsteuer sollte dem Staat nicht nur höhere Einnahmen garantieren, sondern auch gegen die ständige Überproduktion und den einhergehenden Preisverfall vorgehen. Gerade der zuletzt erwähnte Aspekt wurde nicht verwirklicht, da der Staat immer noch die Verbindung von Brennerei und Landwirtschaft förderte und aufgrund der Dringlichkeit ausreichender Schlempe weiterhin zu viel produziert wurde. Resultat der Steuererhöhung war jedoch ein aufgrund der enormen Verteuerung einsetzender Rückgang des Branntweinkonsums um fast 40 %.³⁸ Parallel dazu kam es zu erheblichen Neuerungen im Brauereiwesen durch die Pasteurisierung, die für längere Haltbarkeit des Bieres sorgte, welches schließlich größere Verbreitung durch das Abfüllen in Flaschen erlangte.³⁹ Dieser Trend, der den Wandel des Trinkverhaltens zu Gunsten des Bieres förderte, vollzog sich zuerst in Brauregionen und Städten. Am Land blieb noch längere Zeit der Branntwein Alltagsgetränk, nicht zuletzt wegen der engen Verbindung mit den Brennereien und dem Glauben bezüglich der medizinischen Wirkung des Schnapses.⁴⁰ In den sukzessiv entstandenen Industriebetrieben kam es ebenfalls lange noch zum Gebrauch von Branntwein während der Arbeitszeit. Diese ländliche Sitte wurde von den Leuten während der Industrialisierung in die Stadt und in die Fabrik transportiert. Anfangs unterstützten die Unternehmer den Konsum des Schnapses durchaus, da sie der Überzeugung waren, dass dieser die Leistungsfähigkeit der Arbeiter steigerte.⁴¹ Erst nach und nach wurde bekannt, dass genau das Gegenteil der Fall war. So wurden immer mehr Repressivmaßnahmen unternommen, um gegen die alten Trinksitten vorzugehen. Schließlich kam es zur Verlagerung des Alkoholkonsums vom Arbeitsplatz in die Freizeit und in die Schänke, sowie zur Verdrängung des Branntweins durch das Bier. Die Bedingungen für diesen Wandel des Trinkverhaltens können nur zum Teil mit den Bestrebungen der Unternehmer erklärt werden. Ebenso wichtig war das Angebot preisgünstiger Alternativen wie Kaffee, Mineralwasser, Milch, Tee u. a. am Arbeitsplatz, sowie die intensive Aufklärung, die wiederum mit einem erhöhten medizinischen Wissen einherging.⁴² Schließlich vollzog sich auch in den Köpfen der Arbeiter ein Wandel, da allmählich die bürgerlichen Ideale bezüglich eines nüchternen, vernünftigen und vorausschauenden Menschen griffen. Diese wurden verlangt, da dadurch die Leistungsfähigkeit und somit die Produktivität angehoben werden könne.⁴³ Zu sehen ist diese Auffassung auch aus dem Blickpunkt der zunehmenden internationalen Konkurrenz und dem Bestreben, sich gegenüber den anderen Ländern zu profilieren. Dies galt ebenso für das Heer, bei dem Nüchternheit als eine

³⁸ Tappe, Weg, S. 206, S. 210f.

³⁹ Ebd., S. 226.

⁴⁰ Ebd., S. 240.

⁴¹ James S. Roberts, Drink and Industrial Work Discipline in 19th Century Germany, in: *Journal of Social History* 15 (1981), Nr. 1, S. 15–38, hier S. 25f.

⁴² Ebd., S. 28f.

⁴³ Heggen, Alkohol und Gesellschaft, S. 128, 134.

Grundvoraussetzung angesehen wurde, um die deutsche Nation zur globalen Hegemonialmacht zu erheben. Also kann man die Bestrebungen der Nüchternheit schon im Kontext des Rüstungswettkampfes und eines sich anbahnenden zukünftigen Konfliktes betrachten.⁴⁴

Als nächster Schritt galt es, den Konsum der Arbeiterschaft in den Gaststätten bzw. Schnapskasinos zu dezimieren, da dieser als problematisch angesehen wurde, weil die Arbeiter meist an Lohn- und Festtagen zu exzessiv tranken und somit am nächsten Tag nur mangelhaft ihre Arbeit verrichten konnten, wenn sie nicht überhaupt „blau“ machten.⁴⁵ Hier ist wiederum die enge Verbindung der Alkoholfrage mit der Wohnungsfrage ersichtlich. Schließlich erfüllte der Alkoholkonsum in Geselligkeit ein wichtiges soziales Bedürfnis, welches ein essentielles Element nicht nur der deutschen Kultur darstellte. Die Gaststätte war zudem Ort politisch motivierter Diskussionen bzw. Versammlungen.⁴⁶ Der Konsum zu Hause war aufgrund der schlechten Wohnverhältnisse selten. So wurde die Konsumtion im Gasthaus erst durch bessere Wohnverhältnisse und ein zunehmendes Angebot an Versammlungsräumen zurückgedrängt.⁴⁷ Es kam zu einer erneuten Änderung des Trinkverhaltens, von der Kneipe ins Private und vom exzessiven zum gemäßigten Trinken.⁴⁸ Zweifelsohne vollzog sich der Wandel mit regionalen und urban-peripheren Unterschieden. Generell war im ausgehenden 19. Jahrhundert eine Problematisierung des Alkohols in der Arbeiterschaft im Fokus des öffentlichen Interesses und wurde in einem engen Zusammenhang mit der Industrialisierung gesehen. So waren veränderte Lebensbedingungen, Vereinsamung, harte Arbeit, mangelhafte Wohnverhältnisse und Entlohnung sowie niedere Lebensstandards für die zeitgenössische Ursachenforschung Hauptgründe für erhöhten Alkoholkonsum.⁴⁹ Wobei wiederum an dieser Stelle zu erwähnen ist, dass die zunehmende Problematisierung des Alkoholkonsums, im speziellen im Bezug auf die Arbeiterschaft, weniger etwas mit dem tatsächlich höheren Verbrauchsniveau zu tun hatte, sondern vielmehr mit den Ansprüchen der Nüchternheit. Diese wurde als wichtig erachtet, damit sich die deutsche Industrie gegenüber ausländischer Konkurrenz positiv hervorheben könnte, um der deutschen Nation somit zu Ruhm zu verhelfen.

Zeitgenössische statistische Erhebungen haben jedoch gezeigt, dass auch elitärere Schichten einen nicht minder großen Alkoholkonsum zu verzeichnen hatten wie die

⁴⁴ Spode, Alkohol und Zivilisation, S. 171.

⁴⁵ Roberts, Drink, S. 30.

⁴⁶ Franz J. Brüggemeier/Lutz Niethammer, Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie. Aspekte der Arbeiterwohnungsfrage im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg, in: Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, hrsg. v. Jürgen Reulecke/Wolfhard Weber, Wuppertal ²1978, S. 135–177, hier S. 158ff.

⁴⁷ Spode, Alkohol und Zivilisation, S. 197f.

⁴⁸ Tappe, Weg, S. 365.

⁴⁹ Heggen, Alkohol und Gesellschaft, S. 84f.

Arbeiterschaft, jedenfalls bis zu einer gewissen Einkommensgrenze.⁵⁰ In den privilegierten Schichten war es jedoch so, dass ein gewisser Alkoholkonsum sozial akzeptiert wurde, ebenso der gelegentliche Exzess.⁵¹ Außerdem wurde Alkohol in jenen Kreisen zunehmend im privaten Bereich konsumiert und war deshalb auch weniger im öffentlichen Blickpunkt als die Arbeiterschaft mit ihrem Verzehr geistiger Getränke im Gasthaus.⁵² Einen durchaus zu erwähnender Aspekt stellt auch der Verbrauch berausender Getränke durch Kinder und Jugendliche dar, der noch zur Jahrhundertwende in manchen Gegenden durchaus üblich war.⁵³

3.2 Die zweite Mäßigkeits- und Abstinenzbewegung im Vergleich zur ersten

Die zweite Mäßigkeits- und Abstinenzbewegung war ein Resultat aus einem wieder stärker werdenden Problembewusstsein bezüglich des Alkoholkonsums. Dieses entsprang nicht, wie bei der ersten Welle, einem veränderten Trinkverhalten oder einem höheren Konsum der Bevölkerung, da zur Blütezeit der Vereine, bereits ein Abwärtstrend des für besonders problematisch erachteten Branntweinkonsums durch die staatlichen Repressionsmaßnahmen spürbar war. Vielmehr war deren Entstehung Resultat der industrialisierungsbedingten veränderten Normenvorstellungen für die Arbeiterschaft, in der die alten Trinksitten keinen Platz mehr finden durften. Einher geht deren Entstehung auch mit einem veränderten Gesundheitssinn großer Bevölkerungsteile. Das Wissen bezüglich des Alkohols, über dessen Wirkung und Folgen stieg zunehmend an.⁵⁴ So entstand bereits 1883 der „Deutsche Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke“ kurz DVMG. Ziel der Organisation war es, gegen unmäßigen Alkoholverbrauch im Allgemeinen und gegen Branntweinkonsum im Speziellen vorzugehen. Anders als die Vereine der ersten Bewegung wies der DVMG von Beginn an stärkere und flächendeckendere Organisationsstrukturen auf. Sein Wirken spiegelte sich auf mehreren Ebenen wieder. Es wurde, zwar relativ erfolglos, versucht, mit Hilfe staatlicher Gesetzgebung die Verfügbarkeit der Alkoholika einzuschränken. Des Weiteren fokussierte er sein Wirken auf Präventiv- und Nachsorgemaßnahmen. Dazu gehörte die Aufklärung mittels wissenschaftlich fundierter Schriften, Vorträge, Alternativangebote und Einrichtungen zur Trinkerfürsorge. Außerdem wurde die Trunksucht nun vielmehr als eine Krankheit angesehen und nicht mehr als ein Laster- bzw. individuelles moralisches Versagen.⁵⁵ Ein Rückgang des Alkoholkonsums wurde also mit Hilfe von Aufklärung, Alternativangeboten und

⁵⁰ Tappe, Weg, S. 275.

⁵¹ Heggen, Alkohol und Gesellschaft, S. 22.

⁵² Tappe, Weg, S. 267.

⁵³ Karl-Heinz Reuband, Konstanz und Wandel im Alkoholgebrauch Jugendlicher, in: Jugend und Alkohol. Trinkmuster, Suchtentwicklung und Therapie, hrsg. v. Herbert Berger/Aldo Legnaro/Karl-Heinz Reuband, Stuttgart, Berlin, Köln u.a. 1980, S. 22–42, hier S. 29f.

⁵⁴ Spode, Alkohol und Zivilisation, S. 173f.

⁵⁵ Tappe, Auf dem Weg, S. 281, 284f.

Therapien angestrebt und nicht mit moralischer Belehrung. Der religiöse Pietismus der ersten Bewegung war ebenfalls verschwunden. Anhänger dieses Vereines rekrutierten sich vor allem aus der bürgerlichen Ober- und Mittelschicht und 1913 konnte der DVMG 41000 Mitglieder aufweisen.⁵⁶

Da der Anspruch auf Mäßigkeit aufgrund des Wissens um die Schädlichkeit des Alkohols vielmals nicht mehr genügte, entstanden um 1883 auch diverse Abstinenzvereine, die Totalabstinenz von geistigen Getränken forderten. Dies galt im besonderen Maße für ehemals der Trunksucht Verfallene, da nur die uneingeschränkte Enthaltensamkeit sicherstellen könnte, dass der Alkoholiker nicht rückfällig würde.⁵⁷ Mäßiger Konsum würde allmählich für das Abgleiten in die Trunksucht sorgen.⁵⁸ Der Fokus dieser Vereine lag auf der Errettung von Süchtigen und Aufklärungskampagnen.⁵⁹ Zu diesem Zweck wurden eigene Trinkerasyile eingeführt mit unterschiedlichen Therapieprogrammen für die Süchtigen.⁶⁰ Mitglieder rekrutierten sich vor allem aus den unteren Gesellschaftsschichten. Da viele Mitglieder ehemalige Trinker waren, war der Zulauf aus elitäreren Schichten eher gering, aufgrund der Angst vor einer Statusminderung.⁶¹ Außerdem empfanden die oberen Gesellschaftsschichten ihren Konsum als überaus mäßig. Deshalb fanden sie es unnötig, sich der Totalabstinenz zu verschreiben.⁶² Die wichtigsten Verbände waren der Guttemplerorden mit einem freimaurerisch geprägten Logensystem, diverse Blaukreuzvereine und der katholische Kreuzbund. Insgesamt gab es im Deutschen Kaiserreich um die 40 Vereine, die meist nur Abspaltungen von den oben genannten Organisationen darstellten. Die Anzahl der „Abstinenzler“ überstieg die Zahl der Mäßigkeitsanhänger im Jahre 1913 um das Dreifache. Nichtsdestotrotz waren die Vereine in ihrer Größe von ca. 200.000 erwachsenen und 150.000 jugendlichen Mitgliedern, gemessen an der Gesamtbevölkerung, eher marginal.⁶³ Im Gegensatz zum DVMG waren die Abstinenzvereine sehr wohl religiös geprägt, jedoch anders als die erste Bewegung waren sie gegenüber wissenschaftlichen Schriften nicht verschlossen. Viele Mitglieder waren von der „rasenhygienischen Degenerationstheorie“ überzeugt. Demnach würde Alkohol zur Schädigung des Erbguts und schließlich zum Verfall des deutschen Volkes führen. Aus diesem Grunde sollte durch Prävention und Therapie gegen den Alkohol vorgegangen werden, mit dem Ziel der Totalabstinenz. Die Bekehrungen sollten sich jedoch nicht an den Bodensatz der Gesellschaft richten, da dieser sowieso, gemäß dem Postulat, nur

⁵⁶ Spode, Alkohol und Zivilisation, S. 171f.

⁵⁷ Hölzer, Antialkoholbewegung, S. 22f.

⁵⁸ Hölzer, Antialkoholbewegung, S. 37.

⁵⁹ Tappe, Weg, S. 313, 315.

⁶⁰ Hölzer, Antialkoholbewegung, S. 46.

⁶¹ Tappe, Weg, S. 311.

⁶² Spode, Macht der Trunkenheit, S. 232.

⁶³ Tappe, Weg, S. 354f.

„der Starke und Gesunde soll überleben und sich fortpflanzen“, entsprechend der Selektion, „ausgerottet“ werden soll. Vertreter dieser äußerst radikalen Auffassung waren unter anderem Auguste Forel⁶⁴ und Alfred Ploetz⁶⁵, Mitglieder des Guttemplerordens.⁶⁶ Obwohl die Abstinenzvereine mehr Beitritte als der DVMG verzeichnen konnten, fehlte ihnen die Schubkraft akademischer bzw. elitärer oder prominenter Mitglieder, da sich solche meist dem Abstinenzgedanken verschlossen. Da auch noch viele Beigetretene ehemalige Alkoholiker waren und es ihnen somit an gesellschaftlichem Prestige fehlte, konnte die Abstinenzbewegung nicht effizient politisch agieren.⁶⁷ Zusätzlich wurden die meisten Vereine, ebenso wie viele der ersten Phase, nach ausländischem Vorbild gegründet und hatten demnach einen schlechten Status, da es gerade in dieser Zeit eine große Fixierung auf die eigene Kultur und den eigenen Staat gab und somit alles Ausländische verpönt war. Auch auf die Unterstützung des Staates konnten die äußerst radikalen Vereine nicht hoffen, da die breite Masse nur Spott und Hohn für den Abstinenzgedanken übrig hatte.⁶⁸ Dies zeigt wiederum, wie tief verwurzelt der Konsum berauschender Mittel in der deutschen Kultur war, wobei es jedoch nicht heißt, dass die Vereine keine Errungenschaften verzeichnen konnten. Durch ihre Aufklärungsarbeit und die daran gekoppelte intensiviertere medizinische Forschungsarbeit sowie der Förderung von Alternativangeboten zum Alkohol trugen sie maßgeblich zu einem veränderten Gesundheitsbewusstsein und einem anderen Umgang mit Alkohol bei.⁶⁹ Natürlich konnte die Veränderung des Trinkverhaltens nicht bloß durch solche Tätigkeiten einsetzen. Auch die ökonomischen Bedingungen der Zeit, gekoppelt mit staatlichen Maßnahmen und verändertem individuellem Bewusstsein spielten eine tragende Rolle.

Fazit

Alles in allem vollzog sich im 19. Jahrhundert ein Wandel des Trinkverhaltens in zweifacher Hinsicht. Zum einen kam es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgrund staatlicher, ökonomischer und technischer Bedingungen zur Zunahme des Brannt-

⁶⁴ Psychiater und Gründer der ersten Guttemplerloge in der Schweiz, vgl. Vera Koelbing-Waldis, Forel, Auguste, in: *Historisches Lexikon der Schweiz* 3 (2005), [<http://hls-dhs-dss.ch/textes/d/D14365.php>], eingesehen 17. 3. 2010.

⁶⁵ Vorreiter der Rassenhygiene, postulierte eine strenge Selektion bei der Partnerwahl zur Gewährleistung bestmöglicher biologischer Auslese, vgl. Hans-Peter Kröner, Ploetz, Alfred Julius, in: *Deutsche Biographie* 20 (2001), S. 549, [http://www.deutsche-biographie.de/artikelNDB_n20-549-01.html], eingesehen am 17. 3. 2010.

⁶⁶ Spode, *Alkohol und Zivilisation*, S. 182ff.

⁶⁷ Tappe, *Weg*, S. 360.

⁶⁸ Ebd., S. 352f.

⁶⁹ Ebd., S. 361.

weinkonsums bei der ländlichen und kleinbürgerlichen Gesellschaft und parallel dazu zur Zurückdrängung des Bieres. Gefördert wurde dieser Trend durch das Trucksystem und den zahlreichen Vorstellungen bezüglich des gesundheitsfördernden Nutzens des Branntweins. Als Resultat des veränderten Trinkverhaltens kam es zu einem erstarkten Problembewusstsein bürgerlicher Mittel- und Oberschichten. Quellenaufzeichnungen übermitteln das Bild einer Zeit extremer Alkoholexzesse, die mit dem Terminus „Branntweinpest“ versehen wurde. Die rigorose Darstellung muss jedoch, relativiert werden, da in den Jahrzehnten danach wesentlich mehr konsumiert wurde. Die Mäßigkeitsvereine in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren ein Resultat des veränderten Problembewusstseins dieser Zeit. Aufgrund organisatorischer Mängel, ihren streng pietistischen Normen und dem Glauben, allein durch moralische Belehrung das Individuum vom Branntwein loszureißen waren diese jedoch nicht erfolgreich. Einfluss hatten die Vereine lediglich bezüglich des Prestigegewinnes von Bier und der gleichzeitigen Abnahme des Ansehens von Branntwein. Schließlich ging die Bewegung in den Wirren der „48er- Revolution“ unter. Eine flächendeckende Abkehr vom Branntwein setzte erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein. Wiederum waren es mehrere ausschlaggebende Faktoren, die für den Wandel verantwortlich waren. Die erhöhte Branntweinsteuer, die Technisierung und die sowohl quantitativen als auch qualitativen Verbesserungen des nunmehr leichter erhältlichen, prestigeträchtigeren Bieres, erhöhtes medizinisches Wissen und das Einsetzen bürgerlicher Ideale am industriellen Arbeitsplatz waren wichtige Aspekte tief greifender kultureller Veränderungen. Dieser Trend vollzog sich aufgrund finanzieller Voraussetzungen als erstes in den elitären Kreisen, dann in den „Unteren“. Auch vollzog sich der Wandel zuerst in der Stadt und in industriellen Ballungszentren und erst allmählich am Land. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts bzw. zu Beginn des 20. Jahrhunderts löste das Bier den Branntwein flächendeckend als Alltagsgetränk ab, der Konsum bei der Arbeit verlagerte sich auf die Freizeit und je nach Einkommens- und Familiensituation verlagerte sich der Genuss alkoholischer Getränke von der Gaststätte ins Private. Außerdem wurde allgemein gemäßiger und weniger häufig exzessiv getrunken. Einen Beitrag dazu leisteten zweifelsohne die verschiedenen Mäßigkeits- und Abstinenzvereine gegen Ende des 19. Jahrhunderts, deren Gründung abermals Resultat zunehmender Problematisierung des Alkoholkonsums vor allem der Arbeiterschaft darstellte. Deren Wirken äußerte sich in Präventivmaßnahmen wie Aufklärungen und Etablierung von Alternativangeboten, sowie der Errichtung von Trinkerheilstätten. Basis des Schaffens bildeten dabei wissenschaftliche Erkenntnisse und nicht mehr die Religion.

Die Trinkkultur in den deutschsprachigen Ländern war zwar immer noch nicht homogen, so divergierte weiterhin die Menge und Art des Alkohols von Region zu Region bzw. Schicht zu Schicht. Eines aber war überall gleich, nämlich die tiefe kulturelle Verankerung des Alkohols und dessen große Bedeutung, sei es zum medizinischen, geselligen oder narkotischen Gebrauch.

Quellen

Trunksucht, Entstehung derselben und ihre Grade, in: *Populäre österreichische Gesundheitszeitung*, Nr. 20, 7. Juli 1830, [<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=pog&datum=18300707&zoom=2>], eingesehen 17.2. 2008.

Trunksucht, Entstehung derselben und ihre Grade, in: *Populäre österreichische Gesundheitszeitung*, Nr. 21, 10. Juli 1830, [<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?apm=0&aid=pog&datum=18300710&zoom=2>], eingesehen 17. 2. 2008.

Literatur

Brüggemeier, Franz J./Niethammer, Lutz, Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie. Aspekte der Arbeiterwohnungsfrage im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter*, hrsg. v. Reulecke, Jürgen/Weber, Wolfhard, Wuppertal 1978, S. 135–177.

Heggen, Alfred, Alkohol und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Eine Studie zur deutschen Sozialgeschichte (Einzelveröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin, 64), Berlin 1988.

Hölzer, Cordula, Die Antialkoholbewegung in den deutschsprachigen Ländern (1860–1930) (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, 376), Frankfurt a. M., Bern, New York u.a. 1988.

Koelbing-Waldis, Vera, Forel, Auguste, in: *Historisches Lexikon der Schweiz* 3 (2005), [<http://hls-dhs-dss.ch/textes/d/D14365.php>], eingesehen 17. 3. 2010.

Kröner, Hans-Peter, Ploetz, Alfred Julius, in: *Deutsche Biographie* 20 (2001), S. 549, [http://www.deutsche-biographie.de/artikelNDB_n20-549-01.html], eingesehen am 17. 3. 2010.

Reuband, Karl-Heinz., Konstanz und Wandel im Alkoholgebrauch Jugendlicher, in: *Jugend und Alkohol. Trinkmuster, Suchtentwicklung und Therapie*, hrsg. v. Berger, Herbert/Legnaro, Aldo/Reuband, Karl-Heinz, Stuttgart, Berlin, Köln u.a. 1980, S. 22–42.

Roberts, James S., Drink and Industrial Work Discipline in 19th Century Germany in: *Journal of Social History* 15 (1981), Nr. 1, S. 25–38, [<http://www.jstor.org/stable/3787311>], eingesehen 29.10.2008.

Schivelbusch, Wolfgang, *Das Paradies, der Geschmack und die Vernunft*, Frankfurt a.M. 1990.

Spode, Hasso, Alkohol und Zivilisation. Berausung, Ernüchterung und Tischsitten in Deutschland bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1991.

Spode, Hasso, Alkoholika (Bier, Spirituosen, Wein), in: Genussmittel. Ein kulturgeschichtliches Handbuch, hrsg. v. Hengartner, Thomas/Merki, Christoph Maria, Frankfurt, New York 1999, S. 25–81.

Spode, Hasso, Die Macht der Trunkenheit. Kultur- und Sozialgeschichte des Alkohols in Deutschland, Opladen 1993.

Tappe, Heinrich, Auf dem Weg zur modernen Alkoholkultur. Alkoholproduktion und Temperenzbewegung in Deutschland vom frühen 19. Jahrhundert bis zum 1. Weltkrieg (Studien zur Geschichte des Alltags, 12), Stuttgart 1994.

Marcel Amoser ist Student der Soziologie im 2. und der Geschichte im 5. Semester an der Universität Innsbruck. Marcel.Amoser@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Marcel Amoser, Alkoholkultur im Wandel der Zeit. Veränderung des Trinkverhaltens alkoholischer Getränke im 19. Jahrhundert in den Gebieten des Deutschen Kaiserreiches, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 201–217, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Moral Bombing. Relevanz – Kriegsrecht – moralische Legitimität

Marcel Amoser

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: Mag.^a Dr.ⁱⁿ Astrid von Schlachta

eingereicht im Semester: WS 2008/09

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiterin: gut

Abstract

Moral Bombing. Relevance – Martial Law – Moral Legitimacy

In the following paper the tactic moral bombing of Great Britains Royal Air Force during the Second World War will be analysed. The topic will be classified into the categories of relevance, martial law and moral legitimacy. In the outcome, it will be shown, that the employed tactic could be seen as a consequence of the self-dynamic war. This self-dynamic was characterised by an increasing level of the intensity. At the same time one could notice a decreasing level of the inhibition threshold as far as the involved countries representatives are concerned. Furthermore, the superfluity of the tactic and its moral doubtfulness is treated, in order to abandon the partial opinion that Germany was the only country which committed war crimes.

Einleitung

Der Zweite Weltkrieg war gekennzeichnet durch äußerste Gräueltaten und einer nie da gewesenen Intensität. Diese resultierte aus einem im Krieg immer größer werdenden Hass auf die Kontrahenten und den immer ausgereifteren technologischen Möglichkeiten der Kriegsführung. So entwickelte sich auch die anfangs noch relativ unbedeutende Luftwaffe im Verlauf des Krieges zu einem immer stärker werdenden Instrument der Kriegsführung. Mit zunehmender Dauer des Krieges stieg ebenfalls die Kompetenz der Luftwaffe aller im Krieg beteiligten Mächte. Das persönlich zu ertragende Leid schürte den Drang nach Vergeltung. Die Hemmschwelle für inhumaneres Vorgehen sank, je länger der Krieg währte. Das sukzessive Auflösen ethischen Normengefüges führte schließlich in Verbindung mit technischen Innovationen zu einer erhöhten Kriegsintensität. Leidtragende dieser Entwicklung waren die Zivilisten der kontrahierenden Mächte. Besonders Großbritannien führte den Luftkrieg mit enormer Vehemenz. Deshalb soll sich diese Arbeit auch mit der im Zweiten Weltkrieg von der britischen Luftwaffe praktizierten Taktik des moral bombings auseinandersetzen. Die Darstellung soll dabei nicht die Kriegsschuld bzw. -verbrechen des nationalsozialistischen Regimes relativieren, sondern die stark simplifizierende Konstruktion von den „guten“ Alliierten im Kampf gegen das „böse“ Deutschland, um es überspitzt auszudrücken, ausdifferenzieren. Da die nationalsozialistischen Verbrechen, so schrecklich sie auch waren, hinreichend Erwähnung fanden, soll an dieser Stelle der Blick aus einer anderen Perspektive erfolgen und die Legitimität der britischen Kriegsführung, im speziellen das moral bombing einer kritischen Reflexion unterworfen werden. Eingangs werden die Voraussetzungen für die Durchführung der Vorgehensweise aufgezeigt, des weiteren deren Entwicklung im Verlauf des Krieges. Schlussendlich wird die militärische Relevanz der Taktik hinsichtlich der britischen Zielsetzung, damit den Krieg entscheiden zu können, untersucht. Vom militärischen Kalkül abwendend soll des weiteren die Frage der kriegsrechtlichen und moralischen Legitimität der britischen Luftkriegsführung untersucht werden. Am Ende wird noch ein Blick auf die verschiedenen interessenspolitischen Aspekte geworfen, die für die Durchführung des moral bombing von Relevanz gewesen sein könnten.

1. Forschungsstand

Der Luftkrieg im Zweiten Weltkrieg wurde in zahlreichen Werken aufgearbeitet. Sehr lange war jedoch eine kritische Reflexion der alliierten Kriegsführung aufgrund der implementierten Kollektivschuld Deutschlands ein Tabuthema. Erst in den letzten Jahren wurden vermehrt Werke veröffentlicht, die sich dieses Themas annahmen. Als Standardwerk kann dabei sicherlich das Buch „Der Brand. Deutschland im

Bombenkrieg 1940–1945¹ von Jörg Friedrich gezählt werden. In seiner umfassenden Darstellung finden bei ihm nicht nur der Kriegsverlauf aus der Perspektive der deutschen und britischen Luftwaffe Platz, sondern ebenfalls die waffentechnischen und taktischen Entwicklungen, sowohl hinsichtlich der Offensiv-, als auch Defensivkraft beider Seiten. Schließlich geht der Autor ebenfalls auf die Auswirkungen der Bombardements und deren individuelle Wahrnehmung durch Zivilisten ein. Negativ ist jedoch die äußerst unübersichtliche und nicht unbedingt zweckdienliche Gliederung des Werkes. Kontrovers ist ebenfalls seine kritische Darstellung von Winston Churchill bzw. dessen Rolle im Kontext der britischen Luftkriegsführung.

Ein weiteres wichtiges Werk stellt das Buch „Die Moral des Bombenterrors“² von Lothar Fritze dar. Die Relevanz des Werkes erschließt sich weniger aus seiner chronologisch geordneten Abhandlung des Bombenkrieges, sondern vielmehr durch die Untersuchung der britischen Taktik des moral bombing hinsichtlich seiner moralischen aber auch kriegsrechtlichen Legitimität.

Eine detaillierte Allgemeindarstellung des Luftkrieges bietet das schon ältere Werk „Der Luftkrieg über Deutschland“³ von Franz Kurowski. Besonders ausführlich ist das Werk, wenn es um die einzelnen im Krieg geflogenen Angriffe der deutschen und britischen Luftwaffe geht. Inhaltlich wird dabei der Fokus auf die Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und Deutschland gelegt. Negativ anzumerken sind jedoch die häufigen Aufzählungen von bloßen Ereignissen und Zusammensetzungen der Luftwaffe. Störend sind auch manche Bezeichnungen, die eine Parteinahme des Autors zu Deutschland suggerieren und sicherlich vermieden hätten werden sollen. So ist es unpassend, wenn der Autor Großbritannien ständig als den Feind tituliert, anstatt eine neutrale Bezeichnung zu verwenden. Trotz der unnötig wertenden Aussagen ist das Werk dennoch interessant. So stellt es eine äußerst gehaltvolle Aufbereitung der Thematik dar. Notwendig ist allerdings, sich der deutschen Gesinnung des Autors bewusst zu sein, und das Buch demnach unter der notwendigen Distanzierung von der persönlichen Haltung des Verfassers, zu betrachten.

3. Moral Bombing unter militärischen Gesichtspunkt

3.1 Der Weg zum Moral Bombing

Am 3. September 1939 trat Großbritannien in den Krieg ein. Anfangs fand die Luftwaffe noch zur Unterstützung der Bodentruppen Verwendung. Auf der britischen Seite kristallisierte sich jedoch mit dem Antritt Winston Churchills als Premierminister im

¹ Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München ⁶2003.

² Lothar Fritze, Die Moral des Bombenterrors. Alliierte Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg, München 2007.

³ Franz Kurowski, Luftkrieg über Deutschland, Düsseldorf 1977.

Mai 1940 das Vorgehen des strategischen Luftkrieges heraus.⁴ Dies bedeutete Angriffe der Luftwaffe nicht an der Front, sondern direkt im Hinterland des Feindes. Zu diesem Zeitpunkt sollte die feindliche Zivilbevölkerung offiziell noch geschont werden, was folglich eine Beschränkung der Angriff auf rein militärische Ziele, wie Kasernen, Flugplätze, Häfen usw. bedeutete.⁵ Zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass die Royal Air Force (RAF) in der ersten Kriegsphase nur über begrenzte Kapazitäten verfügte und demnach keine effizienten Angriffe gegen Deutschland fliegen konnte.⁶ Demgegenüber stand die deutsche Luftwaffe, die den Briten große Verluste zufügte. Zwischen August 1940 und Mai 1941 kam es zu einer deutschen Großoffensive auf britische Städte, der so genannten „Luftschlacht um England“. Erst als die deutsche Luftoffensive aufgrund der Ostfront beendet wurde, da die militärischen Güter dort vorrangig Verwendung finden sollten, entspannte sich die Situation für England.⁷ Auch den amerikanischen Lend and Lease-Lieferungen⁸, die seit Mai 1941 zur Unterstützung der britischen Kräfte fungierten hatten, kam eine nicht unerhebliche Bedeutung in der Überwindung der für die Briten kritischen Anfangsphase zu, zählten doch zu den Transporten nicht nur finanzielle Mittel, sondern ebenfalls Kriegsgüter, wie Flugzeuge und Schiffe. Die Lieferungen waren anfangs vor allem von Wichtigkeit, weil dadurch eine Fokussierung auf die Flugzeugindustrie ermöglicht wurde. So wurden Kriegsgüter wie Panzer vermehrt von den USA bereitgestellt.⁹ Aufgrund dieser Unterstützung konnte sich die RAF erholen. In weiterer Folge war es Großbritannien sogar möglich seine Luftwaffe auszubauen.¹⁰ Die Angriffe der RAF konnten jedoch immer noch nicht effizient durchgeführt werden. Die Gründe dafür waren zum einen die mangelnde Navigation, daraus resultierende Zielungenauigkeit in Kombination mit schwerfälligen und somit leicht zu treffenden Bombern sowie der überwiegende Einsatz von Sprengbomben, die keine großen Schäden anrichteten. Hinzu kam noch eine hohe Verlustquote, die während der Angriffe, durch deutsche Jäger- und Flakabwehr, verursacht wurde.¹¹ Wegen dieser Defizite bahnte sich ein Kurswechsel an. Grundlage dessen war die, bereits 1928 erstellte „Trenchard-Doktrin“, die vom britischen Luftmarshall Hugh Trenchard entwickelt wurde. Dieses Prinzip sah Angriffe auf die feindliche

⁴ Franz Kurowski, Das Massaker von Dresden und der anglo-amerikanische Bombenterror 1944–1945, Berg 1995, S. 38f.

⁵ Fritze, Moral, S. 47, 50.

⁶ Friedrich, Brand, S. 78f.

⁷ Kurowski, Massaker, S. 41, 48.

⁸ Lieferungen von Kriegsgütern die von den USA an Kontrahenten der Achsenmächte gingen. Die Güter wurden verliehen oder verpachtet und mussten nicht sofort bezahlt werden. Grundlage war das am 18. 2. 1941 verabschiedete Leih- und Pachtgesetz., vgl. Verena Krüger, Lend-Lease-Act, in: Alpen-Adria Universität Klagenfurt, [<http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php/Lend-Lease-Act>], o. D., eingesehen 20. 3. 2010.

⁹ Gerhard Schreiber/Bernd Stegemann/Detlef Vogel, Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der „non belligeranza“ Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten (Das deutsche Reich und der zweite Weltkrieg 6), Stuttgart 1984, S. 518ff., 523.

¹⁰ Kurowski, Luftkrieg, S. 136.

¹¹ Friedrich, Brand, S. 21, 30ff.

Zivilbevölkerung vor, um eine Kriegsentscheidung herbei zu führen. Die ständigen Bombardements der feindlichen Städte sollten eine demoralisierende Wirkung auf das Volk der Kontrahenten haben und dadurch den Krieg entscheidend verkürzen.¹² Aus dieser Doktrin resultierte die britische Taktik des moral bombing als eine spezielle Form des Flächenbombardements. Neuer Mann an der Führungsspitze der britischen Bomberstreitkräfte („Bomber Command“) wurde am 22. Februar 1942 Arthur Harris^{13, 14} Diese neue Vorgehensweise war eine logische Konsequenz aus dem Unvermögen, genaue Punktzielangriffe zu fliegen. So meinte Arthur Harris, die RAF müsse alles angreifen, um wenigstens etwas zu treffen.¹⁵ Nun stellte auch die Zivilbevölkerung, im speziellen die Industriearbeiterschaft, die für die Produktion militärischer Güter verantwortlich war, ein militärisches Ziel dar. Somit war für Großbritannien deren Dezimierung erstrebenswert und im weiteren Verlauf auch kriegsentscheidend, da dadurch nicht nur die humanitären Ressourcen Deutschlands schwinden, sondern ebenso die Wahrscheinlichkeit steigen würde, dass das demoralisierte deutsche Volk sich gegen das eigene Regime wenden und es im weiteren Verlauf auch noch stürzen könnte.¹⁶ Außerdem konnte die RAF ihre eigene Verlustrate niedriger halten, da es bei den nunmehr vorrangig nachts stattfindenden Flächenbombardements nicht mehr nötig war, die Bombenlast so tief wie möglich über den feindlichen Gebieten abzuwerfen. Schließlich mussten die Bomben kein punktuell Ziel mehr treffen sondern eine breite Fläche, die aus größerer Höhe anvisiert werden konnte.¹⁷ Die Hemmschwelle, die wider einer Durchführung der Taktik hätte fungieren können, sank auf Seiten der britischen Regierung aufgrund der deutschen Angriffe auf englische Städte, die viele Opfer forderte und den Wunsch nach Vergeltung bzw. Hass gegen das deutsche Volk, das als Kollektiv verantwortlich für die Taten seines Regimes gemacht wurde, schürte.¹⁸

¹² Friedrich, Brand, S. 68.

¹³ Auch „Bomber Harris“ genannter Marshall der RAF; nach dem Zweiten Weltkrieg äußerst kontrovers diskutierte Persönlichkeit, aufgrund der konsequenten Bombardierung deutscher Städte unter seiner Leitung, die zahlreiche zivile Opfer zur Folge hatte; in seinem Buch „Bomber Offensive“ versuchte Harris seine Luftkriegsführung zu rechtfertigen in dem er ihr einen entscheidenden Nutzen bezüglich einer Verkürzung des Krieges zusprach; vgl. Who's Who. The People-Lexicon, o.D., [http://www.whoswho.de/templ/te_bio.php?PID=1938&RID=1], eingesehen 20. 3. 2010.

¹⁴ Kurowski, Massaker, S. 51.

¹⁵ Jochen Bölsche, So muss die Hölle ausgesehen haben, in: Als Feuer vom Himmel fiel. Der Bombenkrieg in Deutschland, hrsg. v. Stephan Burgdorff/Christian Habbe, Hamburg 2003, S. 18–39, hier S. 30.

¹⁶ Fritze, Moral, S. 61ff.

¹⁷ Ebd., S. 50.

¹⁸ Ebd., S. 65f.

3.2 Durchführung

Im März 1942 fand der erste britische Angriff mit der neuen Taktik des moral bombing statt. Ziel war die Stadt Lübeck.¹⁹ Die ersten Angriffe waren noch relativ unausgereift, so kam es erst im Verlauf des Krieges zur „Perfektionierung“ der Durchführung dieser Art des Flächenbombardements. Durch neue Erfahrungswerte, die aus der praktischen Anwendung des moral bombing resultierten und zunehmende, auf diese Taktik zugeschnittene technische Errungenschaften, konnte das Potential voll ausgeschöpft werden, wobei damit die größtmögliche Einäscherung der bombardierten Stadt und die Dezimierung der dort ansässigen Zivilbevölkerung gemeint ist.²⁰ Es entwickelte sich schließlich folgendes Vorgehen: Als erstes markierten so genannte „Pathfinder“ Flugzeuge das Zielgebiet mit leuchtenden Markierungsbomben. Danach folgte die erste Angriffswelle, in der die schweren „Blockbuster“ – Sprengbomben zum Einsatz kamen. Durch die von diesen Bomben erzeugte Druckwelle wurden Dächer von Häusern abgetragen und Fenster zerstört. Als nächstes folgten Brandbomben, die in die offen gelegten Gebäude eindringen konnten und durch die dort vorherrschende Sogwirkung ihr volles Zerstörungspotential entfalten konnten. Schließlich folgten meist noch weitere Sprengbombenabwürfe, die Löscharbeiten behindern sollten, wobei einige Sprengkörper mit Zeitzündern versehen wurden, um zusätzliche Schäden nach der eigentlichen Bombardierung zu verursachen.²¹ Ziel dieser Angriffe war dabei stets das meist mittelalterliche Stadtzentrum, da sich dieses, durch seine Bauweise, mit sich eng aneinander befindenden Gebäuden, schmalen Gassen und hölzernen Baustoffen, als besonders leicht entflammbar herausstellte und so eine größtmögliche Vernichtung herbeigeführt werden konnte.²² In Ausnahmefällen konnte sogar ein Feuersturm entfacht werden, der noch mehr Zerstörung anrichtete und kaum einzudämmen war. Jedoch war die Entstehung eines Feuersturms aufgrund seiner klimatischen Abhängigkeit kaum kalkuliert herbeizurufen.²³ Voraussetzung für die Durchführung dieser Taktik waren die seit Ende 1941 bei den Briten Verwendung findenden viermotorigen Bomber, speziell des Typs „Lancaster“ und eine reibungslose Funknavigation, die die Briten mit dem Gerät „Gee“ seit Ende 1941 besaßen bzw. dem Funknavigationsgerät „Oboe“, welches kurze Zeit später in den britischen Begleitjägern des Typs „Mosquito“ überwiegend Verwendung fand.²⁴ Auch die Entwicklung der abgeworfenen Bomben und deren spezielles Mischverhältnis trugen zur bestmöglichen Durchführung des moral bombing bei.²⁵ Diese Errungenschaften sorgten auch für eine stetig steigende Intensität

¹⁹ Kurowski, Massaker, S. 51.

²⁰ Friedrich, Brand, S. 85, 92.

²¹ Bölsche, Hölle, S. 31f.

²² Friedrich, Brand, S. 23.

²³ Ebd., S. 109, 113.

²⁴ Kurowski, Luftkrieg, S. 181f.

²⁵ Bölsche, Hölle, S. 31f.

des Krieges bzw. für eine Erhöhung der deutschen Opferzahlen. Waren es Anfang der Auseinandersetzungen „nur“ einige Hundert zivile Opfer, die ein Luftangriff forderte, waren es gegen Ende hin einige Tausend. Relativ lange konnte die deutsche Defensivkraft, bestehend aus Flak und Jägern, noch einige Erfolge im Abwehrkampf erzielen, jedoch wurden diese immer geringer. Ende 1944 konnten die britischen Luftangriffe schließlich fast ungehindert durchgeführt werden. Die Gründe hierfür lagen darin, dass weder genügend Flugzeuge bzw. Treibstoff noch Piloten auf der deutschen Seite vorhanden waren, um den britischen Geschwadern annähernd Paroli bieten zu können.²⁶ Die sukzessive Intensivierung des Krieges basierte auf immer größer werdenden Hass auf die verfeindete Nation und förderte den Groll erst recht. Somit bildete der Krieg eine Spirale der Gewalt, dessen Nährstoff der gegenseitige Hass und Wunsch nach Vergeltung für die individuellen Verluste, die es zu ertragen galt, war. Das moral bombing war Ausdruck dieser Dynamik.

3.3 Resultat im Vergleich zur Zielsetzung

Relevant für die Betrachtung des moral bombing ist dessen Wirksamkeit im Bezug zur Zielsetzung. Die Briten strebten mit dieser Taktik einen schnell zu erreichenden Sieg an, mit kleinstmöglichen eigenen Verlusten. Seit der Konferenz in Casablanca, die im Januar 1943 stattfand, verschärfte sich die Zielsetzung, da es nunmehr galt, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zu erreichen.²⁷ Die Relevanz der britischen Taktik wurde jedoch schon nach geraumer Zeit in Frage gestellt, da sich herausstellte, dass die Moral der deutschen Zivilbevölkerung nicht so leicht zu brechen war. Vielmehr war es so, dass durch die dauernden Angriffe der Hass auf die Angreifer beim deutschen Volk immer größer wurde und sich der Zusammenhalt noch mehr verstärkte. Hinzu kam noch, dass die Nationalsozialisten die Bombardements für ihre Zwecke instrumentalisieren konnten um an Legitimität zu gewinnen.²⁸ Wenn es also in Deutschland einen kollektiven Trend gegen das eigene Regime gegeben hätte, wäre durch das moral bombing diesem entgegen gewirkt worden. Somit lässt sich feststellen, dass gerade das Gegenteil der angestrebten Wirkung der Fall war. Obwohl auch die britische Regierung die Unwirksamkeit dieser Luftwaffentaktik kannte, wurde sie dennoch bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges durchgeführt. Auch bezüglich der Reduktion der eigenen Verluste war das moral bombing nicht unbedingt die beste Art der Luftkriegsführung, da die britischen Opferzahlen durch die bis in die zweite Hälfte des Jahres 1944 hinein weitestgehend intakte Defensivkraft Deutschlands ziemlich hoch waren.²⁹

²⁶ Kurowski, Luftkrieg, S. 300.

²⁷ Fritze, Moral, S. 122.

²⁸ Ebd., Moral, S. 88–91.

²⁹ Friedrich, Brand, S. 91, 107.

Natürlich lässt sich argumentieren, dass durch die Luftangriffe der Notwendigkeit einer noch verlustreicheren Bodenoffensive entgegen gewirkt wurde, obwohl eine solche bekanntermaßen dennoch durchgeführt werden musste. Jedoch stellt sich dabei die Frage, ob es nicht andere Taktiken für die britische Luftwaffe gegeben hätte, die zum einen zielführender und zum anderen schonender, sowohl für die Angreifer als auch für die Angegriffenen, gewesen wäre. Alternativen wären zum Beispiel bei der amerikanischen Vorgehensweise zu finden gewesen, da diese mit ihren Punktzielangriffen auf militärische bzw. industrielle Güter nicht nur die deutsche Zivilbevölkerung geschont haben, sondern ebenfalls hemmender auf die deutsche Kriegsproduktion gewirkt haben.³⁰ Wenn überhaupt, dann war es diese Taktik, die schließlich eine kriegsentscheidendere Wirkung hinterließ. Ein solches Vorgehen wäre im Verlauf des Krieges durchaus von der RAF durchführbar gewesen, da wegen den technologischen Entwicklungen relativ genaue Angriffe möglich waren und somit eben jene Begründung der mangelnden Treffergenauigkeit, die ein Argument für die Durchführung des moral bombing war, außer Kraft gesetzt wurde.³¹ Die Relevanz der alliierten Luftangriffe auf Deutschland lässt sich jedoch allgemein als eher klein beurteilen, da auch die deutsche Kriegsindustrie bis ins Jahr 1944 hinein eine enorme Produktion verbuchen konnte und somit auch die amerikanischen Angriffe „nur“ dazu beitrugen, dass die deutsche Kriegsindustrie nicht noch effizienter war.³² Die wirklich ausschlaggebenden Gründe für die Niederlage Deutschlands waren vielmehr die häufigen taktischen Fehler, die Überschätzung der eigenen Stärke und die im Vergleich zu den Alliierten nicht mehr konkurrenzfähigen Kapazitäten hinsichtlich Technologie, so wie humanitärer und industrieller Ressourcen der Nationalsozialisten.³³

4. Moral Bombing und seine moralische und kriegsrechtliche Legitimität

4.1 Moral Bombing und Kriegsrecht

Da das moral bombing nun hinsichtlich seiner militärischen Relevanz beleuchtet wurde, soll im folgenden auf die kriegsrechtliche bzw. moralische Legitimität dieser Taktik eingegangen werden. Zur Zeit des Zweiten Weltkrieges gab es noch keine bindende Verordnung bezüglich der Luftkriegsführung. Einzig in der Liste der Kriegsverbrechen der Haager Landkriegsordnung wurde festgehalten, dass die Bombardierung unverteidigter Städte, sinnlose Verwüstung und Zerstörung, systematischer Terror und Quälerei der Zivilbevölkerung, verboten sei.³⁴ Unter diesem Aspekt müssten die

³⁰ Fritze, Moral, S. 101f.

³¹ Ebd., S. 51.

³² Christian Habbe, Mit dem Rechen des Todes, in: Als Feuer vom Himmel fiel. Der Bombenkrieg in Deutschland, hrsg. v. Stephan Burgdorff/Christian Habbe, Hamburg 2003, S. 151–161, hier S. 154.

³³ Habbe, Rechen, S. 158ff.

³⁴ Kurowski, Massaker, S. 27.

britischen Flächenbombardements auf Deutschland eindeutig als kriegsrechtlich illegitim gewertet werden, da Zivilisten das eigentliche Ziel darstellten. Somit kann man sagen, dass die Briten gegen das Kriegsrecht verstießen. Demgegenüber hielt sich das nationalsozialistische Regime zumindest in der Anfangsphase des Krieges bei seinen Angriffen auf britische Städte an die Regeln der Kriegsführung, sofern sie vorhanden waren. Folglich richteten sich die Angriffe gegen militärische Ziele, wie Hafenanlagen. Die Intention des Angreifers spielte jedoch für die betroffene Zivilbevölkerung keine Rolle, da die Bomben so oder so auch Wohngebiete trafen, ob nun absichtlich oder nicht. Abgesehen davon verstieß jedoch Deutschland grundsätzlich gegen das Recht, Krieg zu führen, da es als Angreifer ohne einen legitimen Grund agierte.³⁵ Am Anfang des Krieges waren die britischen Angriffe durchaus noch als kriegsrechtlich legitim zu erachten. Dies änderte sich mit dem moral bombing. Lange jedoch postulierte die britische Regierung einen offiziellen Kurs, der nicht in erster Linie die Dezimierung der Zivilbevölkerung zum Ziel hatte. So wären die Angriffe immer gegen militärische Ziele gerichtet gewesen, die allerdings ebenso Industriearbeiter sein konnten.³⁶ Hinzu kommt noch, dass nach Auffassung der Verfechter des moral bombing die bloße Tötung der Zivilbevölkerung einen kriegsentscheidenden Nutzen bringe. Somit wurde auch in diese Richtung argumentiert um die Angriffe zu legitimieren. Außerdem konnte das Vorgehen gerechtfertigt werden, da die deutschen Städte durch Flak- und Jagdabwehr verteidigt waren und laut Haager Landkriegsordnung nur der Angriff auf unverteidigte Städte illegitim wäre. Auch unter der Annahme, dass die Bombardements durch diese breite Auslegung des Begriffes des militärischen Zieles zulässig gewesen wären, ließe sich die letzte alliierte Luftoffensive „Thunderclap“ nicht rechtfertigen. Zu diesem Zeitpunkt war nämlich die Defensivkraft Deutschlands weitestgehend außer Kraft und der Krieg eigentlich schon entschieden. Die Angriffe hatten somit keinerlei kriegsentscheidende Wirkung.³⁷ Krasser Höhepunkt dieser letzten Offensive waren die Angriffe auf Dresden am 13. und 14. Februar 1945. Die Stadt besaß keinerlei Verteidigung und war hinsichtlich ihrer militärischen Relevanz unbedeutend. Dennoch wurden in insgesamt vier Angriffswellen von den Briten eine Bombenlast von 2.659 Tonnen abgeworfen und von den Amerikanern insgesamt 771 Tonnen. Der Angriff kostete vermutlich 60.000 Menschen das Leben, wobei es Schätzungen gibt, in denen die Rede von bis zu 245.000 Toten ist. Genaue Angaben sind bis heute nicht möglich, da viele Opfer bis zur Unkenntlichkeit verbrannten bzw. regelrecht zu Staub zerfielen. Hinzu kam noch, dass sich eine undefinierbare Anzahl an Flüchtlingen von der Ostfront zum Zeitpunkt der Bombardements in Dresden aufhielt.³⁸ Aufgrund der enormen Zerstörung, die von den Alli-

³⁵ Fritze, Moral, S. 80f.

³⁶ Ebd., S. 252.

³⁷ Friedrich, Brand, S. 107f.

³⁸ Kurowski, Massaker, S. 117ff.

ierten Streitkräften an diesem Tag verursacht wurde, kam es dazu, dass sich Premier Winston Churchill von der Vorgehensweise des „bomber command“ distanzierte.³⁹ Bis zu diesem Zeitpunkt war Churchill ein Befürworter des moral bombing. Er zog sogar in Erwägung, biologische und chemische Waffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung einzusetzen.⁴⁰ Wegen den, bis zum Ende des Krieges durchgeführten, Flächenbombardements hätten sich Winston Churchill, aber auch Arthur Harris und der Chef der RAF, Charles Portal, eigentlich als Kriegsverbrecher vor einem Kriegsgericht verantworten müssen, jedoch kam es dazu nicht. Dies erweckt den Eindruck, dass es eigentlich irrelevant ist, welche Gräueltaten im Krieg diverse Entscheidungsträger zu verantworten haben, so lange sie am Ende des Krieges auf der Seite des Siegers stehen. Da man sich als Sieger nicht vor dem Verlierer, der die Kollektivschuld zu tragen hat, rechtfertigen muss und in der glücklichen Situation ist, die eigenen Verstöße gegen das Kriegsrecht zu ignorieren, weil man selbst die Anklagebank bestellt.

4.2 Moral Bombing und Moral

Die kriegsrechtliche Legitimität des moral bombing war also nicht gegeben. Jedoch stellt sich ebenso die Frage, ob dies unter moralischen Gesichtspunkten möglicherweise als legitim anzusehen ist. Denn auch kriegsrechtlich unzulässige Angriffe können unter bestimmten Voraussetzungen moralisch durchaus vertretbar sein. Eine moralische Akzeptanz kann aber nur dann vorherrschen, wenn gewisse Rahmenbedingungen gegeben sind. So muss die Frage gestellt werden, ob dieses Vorgehen wirklich notwendig, verhältnismäßig und zweckmäßig war.⁴¹

Der Aspekt der Notwendigkeit des moral bombing war nicht gegeben, da es keine Beweise dafür gibt, die belegen, dass genau diese Taktik notwendig war, um Deutschland entgegenzutreten, wobei vor allem die Operation „Thunderclap“ absolut keiner strategischen Erforderlichkeit mehr entsprach. Es hätte, wie schon erwähnt, alternative Vorgehensweisen, wie Punktzielangriffe, gegeben, die unter Umständen besser geeignet gewesen wären, das gewünschte Ziel schneller und vor allem „humaner“ zu erreichen. Die Notwendigkeit, aufgrund technischer Defizite weiterhin Flächenbombardements beizubehalten, traf ebenfalls nicht zu.⁴² Dass es der RAF möglich war, auch Punktzielangriffe zu fliegen, bewiesen die Anschläge auf die Edertalsperre in Hessen und die Möhnetalsperre in Nordrhein-Westfalen am 16. Mai 1943. Bei dieser schließlich

³⁹ Kurowski, Massaker, S. 104f.

⁴⁰ Jochen Bölsche, Die Frage der Moral, in: Als Feuer vom Himmel fiel. Der Bombenkrieg in Deutschland, hrsg. v. Stephan Burgdorff/Christian Habbe, Hamburg 2003, S. 132–136, hier S. 132.

⁴¹ Fritze, Moral, S. 83.

⁴² Ebd., Moral, S. 99, 102f.

durchaus erfolgreichen Operation wurden spezielle Bomben höchst präzise abgeworfen, um die anvisierten Dämme zu zerstören.⁴³

Die Frage der Zweckmäßigkeit ist das nächste Argument für das moral bombing. Wenn diese Art des Flächenbombardements die beste Möglichkeit gewesen wäre, den gewünschten Zweck, also die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, zu erreichen, könnten die Angriffe unter diesem Blickwinkel, als moralisch legitim gewertet werden. Jedoch war diese Vorgehensweise, wie bereits erwähnt, nicht effizient genug, den gewünschten Zweck zu erfüllen.⁴⁴

Die Verhältnismäßigkeit der Angriffe kann als nicht gegeben bezeichnet werden. Weder die britischen Verluste noch die von Deutschland waren im Verhältnis zur Wirkung des moral bombing gerechtfertigt. Allein die RAF hatte Verluste von 44% zu verzeichnen und 50% der Kriegskosten wurde für die Luftwaffe eingesetzt, für eine Taktik, die, in Relation gesehen, ein solches Aufgebot kaum als akzeptabel erscheinen lassen konnte.⁴⁵ Die Verluste auf Seiten Deutschlands betragen, so weit feststellbar, um die 410.000 Tote. Auch wenn die Bombardements als legitime Repressalien auf die deutschen Angriffe gegen Großbritannien gesehen werden, ist der Aspekt der Verhältnismäßigkeit nicht gegeben, da die deutschen Luftangriffe mit insgesamt 60.000 Opfern, ungleich weniger Verluste forderten.⁴⁶ Natürlich ist es grundsätzlich äußerst bedenklich, wenn man Angriffe auf Nichtkombattanten damit rechtfertigt, dass die kontrahierende Nation solche ebenso durchgeführt hat, in denen es zu einer Dezimierung der Zivilbevölkerung gekommen ist. Von diesem Aspekt einmal abgesehen, hätte ein Vergeltungsschlag jedoch wenigstens der Verhältnismäßigkeit entsprechen sollen. Dies war aber keineswegs gegeben. Vielmehr war es so, dass die britischen Angriffe immer mehr zivile Opfer forderten und von Deutschland aus ab Mai 1941 aufgrund der Ostfront kaum Angriffe gegen Großbritannien geflogen wurden. Es wurden zwar die, unter kriegsrechtlichen Gesichtspunkt, illegalen V1 und V2 Raketen ab 1944 eingesetzt, die großen Schaden in britischen Städten anrichteten. Jedoch waren die Flächenbombardements der Briten dennoch von ungleich höherer Intensität geprägt.⁴⁷ Natürlich soll diese Darstellung die von den Nationalsozialisten verursachten Schäden und Opfer in Großbritannien nicht als wenig oder gar irrelevant erscheinen lassen. Es soll dadurch aber aufgezeigt werden, dass der Aspekt der Verhältnismäßigkeit, der unter bestimmten Umständen Angriffe auf Deutschland als Repressalien hätte moralisch legitimieren können, nicht gegeben war.

⁴³ Kurowski, Luftkrieg, S. 237f.

⁴⁴ Fritze, Moral, S. 85, 88.

⁴⁵ Ebd., Moral, S. 119.

⁴⁶ Kurowski, Luftkrieg, S. 355f.

⁴⁷ Friedrich, Brand, S. 130ff.

5. Erklärungsmodelle für die Durchführung des Moral Bombing

Das moral bombing war weder unter militärischen, noch unter kriegsrechtlichen, noch unter moralischen Gesichtspunkten als sinnvoll bzw. legitim zu erachten. Es gibt jedoch verschiedene Ansätze, die versuchen zu erklären, warum die Taktik dennoch bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges durchgeführt wurde. So sei die Schonung der deutschen Industrie eine Konsequenz des Misstrauens gegenüber der Sowjetunion gewesen. Die Ostfront sollte demnach so lange aufrecht erhalten werden, bis Großbritannien einen angemessenen Beitrag zum Kriegsende geleistet hat. Diese Überlegung ist im Kontext der Nachkriegsplanung zu sehen, denn es sollte verhindert werden, dass die Sowjetunion zu große Ansprüche auf Einfluss stellen könnte. Deswegen sollte Deutschland so lange wie möglich den sowjetischen Vorstoß aufhalten. Dies würde erklären, warum erst in der zweiten Jahreshälfte 1944 Offensiven gegen die deutsche Luftwaffe und Treibstoffdepots in intensiver Form geflogen wurden, da zu dieser Zeit bereits die westalliierten Bodentruppen auf dem Vormarsch waren und somit von ihnen ein relevanter Kriegsbeitrag geleistet wurde, der den Anspruch auf Einfluss in den Nachkriegsgebieten sicherstellte.⁴⁸ Eine groß angelegte Offensive gegen deutsche Flughäfen und deren Treibstofflager wäre sicher schon früher möglich gewesen und hätte wahrscheinlich zu einer Verkürzung des Krieges beigetragen, da eine solche die deutsche Kriegsproduktion stärker geschwächt hätte. Ein weiteres Erklärungsmodell, das sich weniger auf die Schonung der deutschen Industrie, sondern vielmehr auf die Durchführung des moral bombing im Allgemeinen bezieht, ist jenes, dass die britischen Angriffe als Machtdemonstration gegenüber der Sowjetunion zu verstehen sind. Dies würde erklären, warum in den letzten Kriegsmonaten, in denen die deutsche Verteidigung kaum mehr vorhanden war, weitere Angriffe mit größter Intensität durchgeführt wurden. Durch die Entfachung eines Feuersturms und die vollständige Zerstörung von Städten unter größtmöglicher ziviler Verlustrate konnte man gegenüber der Sowjetunion Stärke zeigen.⁴⁹ So kam es dazu, dass in den letzten fünf Monaten des Krieges noch 20 % der insgesamt im Krieg eingesetzten Bombenlast abgeworfen wurde.⁵⁰ Außerdem konnte durch die Einäscherung Deutschlands, ebendieses als machtpolitischer bzw. ökonomischer Konkurrent ausgeschaltet werden. Dieser Aspekt, der die nationalen Interessen Großbritanniens als Grund für die Durchführung des moral bombing stilisiert, spielte möglicherweise auch eine Rolle in der britischen Vorgehensweise.⁵¹

⁴⁸ Fritze, Moral, S. 100f.

⁴⁹ Bölsche, Hölle, S. 34f.

⁵⁰ Kurowski, Massaker, S. 152.

⁵¹ Fritze, Moral, S. 144.

Schluss

Die Durchführung des moral bombing kann als eine Konsequenz aus der Dynamik des Krieges heraus gesehen werden, in der ein immer größer werdender Hass zwischen den kontrahierenden Mächten entstand und somit im selben Maße die Hemmschwelle für noch brutalere Vorgehensweisen sank. Der Grundstock für die Taktik wurde jedoch bereits vor dem Zweiten Weltkrieg durch die „Trenchard-Doktrin“ gesetzt. Unter rein militärischen Vorzeichen kann die Taktik nicht als kriegsentscheidend angesehen werden, da sie das gewünschte Ziel nicht erreichte. Auch kriegsrechtlich kann die Taktik nicht als legitim gesehen werden, da die Angriffe der Haager Landkriegsordnung widersprachen, die die Schonung von Nicht-Kombattanten vorschrieb. Unter dem moralischen Kalkül kann das moral bombing ebenfalls als nicht zu rechtfertigen angesehen werden, da weder die Verhältnismäßigkeit noch die Zweckmäßigkeit oder die Notwendigkeit gegeben war, diese spezielle Form der Flächenbombardements durchzuführen. Was bleibt, ist eine enorme Zahl an zivilen Personen, die ohne einen nachvollziehbaren Grund getötet wurden und die Problematik, dass jener Personenkreis, der sich für die Durchführung dieser kriegsverbrecherischen Taktik verantwortlich zeichnete, dafür nicht zur Rechenschaft gezogen wurde. Auch hat sich die britische Regierung bis heute nicht für ihr Vorgehen im Zweiten Weltkrieg entschuldigt. Somit wird also jene bis heute noch offiziell als rechtens angesehen. Das Bild des nationalsozialistischen Deutschlands, das sich alleinig Kriegsverbrechen zu Schulden kommen gelassen hatte, herrscht auch heute noch in den Köpfen der meisten Menschen. Kritik an der britischen Vorgehensweise gilt immer noch für viele als tabu. Dies wäre aber enorm wichtig, um sich von einem Schwarz-Weiß gefärbten Verständnis des Zweiten Weltkrieges zu trennen. Es sollen dabei auf keinen Fall die begangenen Gräueltaten auf beiden Seiten gegeneinander hochgerechnet oder gar relativiert werden. Vielmehr soll dadurch ein differenzierteres Geschichtsbild entstehen und nicht mehr eines, das von den Siegern des Zweiten Weltkrieges erstellt wurde.

Literatur

Bölsche, Jochen, So muss die Hölle ausgesehen haben, in: Als Feuer vom Himmel fiel. Der Bombenkrieg in Deutschland, hrsg. v. Burgdorff, Stephan/Habbe, Christian, Hamburg ²2003, S. 18–39.

Bölsche, Jochen, Die Frage der Mode, in: Als Feuer vom Himmel fiel. Der Bombenkrieg in Deutschland, hrsg. v. Burgdorff, Stephan/Habbe, Christian, Hamburg ²2003, S. 132–136.

Friedrich, Jörg, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München ⁶2003.

Fritze, Lothar, Die Moral des Bombenterrors. Alliierte Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg, München 2007.

Habbe, Christian, Mit dem Rechen des Todes, in: Als Feuer vom Himmel fiel. Der Bombenkrieg in Deutschland, hrsg. v. Burgdorff, Stephan/Habbe, Christian, Hamburg 2003, S. 151–161.

Krüger, Verena, Lend-Lease-Act, in: Alpen-Adria Universität Klagenfurt, [<http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php/Lend-Lease-Act>], o. D., eingesehen 20. 3. 2010.

Kurowski, Franz, Der Luftkrieg über Deutschland, Düsseldorf 1977.

Kurowski, Franz, Das Massaker von Dresden und der anglo-amerikanische Bombenterror 1944–1945, Berg 1995.

Schreiber, Gerhard/Stegemann, Bernd/Vogel, Detlef, Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der „non belligeranza“ Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten (Das deutsche Reich und der zweite Weltkrieg, 6), Stuttgart 1984.

Who's Who. The People-Lexicon, o.D., [http://www.whoswho.de/templ/te_bio.php?PID=1938&RID=1], eingesehen 20. 3. 2010.

Marcel Amoser ist Student der Soziologie im 2. und der Geschichte im 5. Semester an der Universität Innsbruck. Marcel.Amoser@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Marcel Amoser, Moral Bombing. Relevanz – Kriegsrecht – moralische Legitimität, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 219–232 [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.



Uganda im Krieg. Ursachen – Verlauf – Folgen

Marcel Amoser

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Dr. Thomas Spielbüchler

eingereicht im Semester: WS 2008/09

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiter: sehr gut

Abstract

Uganda at war

The following seminar paper is about the civil war in Uganda between 1981 and 1986. The importance of old cleavages as root causes for the civil war and their role in the course of the conflict are laid bare. Especially the factor of ethnicity, in combination with the weak government, destabilized the state and counteracted a national identification. Furthermore, this paper investigates the importance of the military forces for Uganda's leadership as the basis of their power. After the analysis of the conflict, the paper focuses on the years after the civil war. Consequently the question will arise if new circumstances could be set to construct a collective national identity which would overcome the old

cleavages in order to realize a solid state free of corruption, marginalization and violence.

Einleitung

Afrika macht immer wieder als ein Kontinent voller Krisenherde auf sich aufmerksam. Auch in Uganda gab es mehrere Konflikte, die massive ökonomische, infrastrukturelle und humanitäre Schäden zur Folge hatten. Diese Arbeit behandelt den von 1981 bis 1986 andauernden Bürgerkrieg in Uganda und die Rolle der historisch gewachsenen Konfliktpotentiale in diesem Krieg sowie deren Auswirkungen auf die Etablierung eines stabilen Staates. Es wird gezeigt, wie vor allem ethnische und regionale Diskrepanzen, gepaart mit persönlichen Interessen, immer wieder der Bildung eines nationalen Bewusstseins entgegen wirkten und den Staat destabilisierten. Die ersten beiden Kapitel haben dabei die Wurzeln der Spannungen, die in der Kolonialzeit zu finden sind, und deren Zuspitzung in den Folgeeregierungen zum Inhalt, da dieser Aspekt für das Verständnis des Bürgerkrieges von zentraler Bedeutung ist. Kapitel 3 befasst sich schließlich mit dem Bürgerkrieg selbst. Es wird dargestellt, dass das fehlende Nationalbewusstsein und das dafür vorhandene ethnische Zugehörigkeitsgefühl, als Resultat der historisch gewachsenen Diskrepanzen enormen Einfluss auf den Verlauf und die Intensität des Krieges hatten. In diesem Kontext muss auch die Stellung des Militärs Beachtung finden, da es, geprägt von Ethnizität¹, seit jeher das wichtige Standbein einer Regierung in Uganda darstellte und entscheidend zum Ausgang des Bürgerkrieges beitrug.

In Kapitel 4 wird schließlich ein Blick auf das Nachkriegsuganda geworfen und die Rolle des neuen Regimes in Bezug auf einen stabileren Staat, der alte gesellschaftliche Bruchlinien bzw. Missstände überwinden und dafür effektiv ein Nationalbewusstsein schaffen kann, untersucht.

1. Forschungsstand

Der Bürgerkrieg in Uganda von 1981–1986 fand bisher eher wenig Beachtung. Historische Arbeiten befassen sich mehr mit der Kolonialzeit des Staates. Auch das Regime Idi Amins stellt relativ häufig Gegenstand von Analysen dar, aufgrund der unfassbaren Gräueltat während seiner Amtszeit. Der Krieg im Luwero-Dreieck, einem

¹ Begriff bezieht sich auf das Denken in ethnischen Kategorien, vgl. Carola Lentz, Ethnizität, in: Das Afrika-Lexikon. Ein Kontinent in 1000 Stichwörtern, hrsg. v. Jakob E. Mabe, Stuttgart 2001, S. 161–164.

Gebiet nordwestlich der Hauptstadt Kampala, das entlang der Hauptstraßen nach Bombo und Kiboga bzw. dem Kafufluss verläuft, wird zwar gerne dargestellt, jedoch äußerst oberflächlich und nur zweckmäßig, um die Machtübernahme Musevenis darzustellen. Besondere Beachtung findet in der Forschungsliteratur vor allem das Museveni-Regime selbst, also dessen Wirken, Neuerungen, Regierungsprogramm und Rolle als Prototyp der Demokratie in Afrika. Der Bürgerkrieg wird in der Dissertation „'War came to our place' – Der Krieg im Luwero-Dreieck“ von Franz Schubert sehr detailliert herausgearbeitet. Ansonsten gibt es nur die subjektiven Darstellungen des Krieges „Sowing the Mustard Seed: The Struggle for Freedom and Democracy in Uganda“ und „What Is Africa's Problem?“ von Yoweri Museveni selbst und „Museveni's Long March from Guerrilla to Statesman“ vom ehemaligen National Resistance Army (NRA)-Mitglied Ondoga Ori Amaza. Aufgrund der stark subjektiven Ausrichtung der Werke sind diese jedoch nur bedingt zur Rekonstruktion des Bürgerkrieges geeignet. Die meisten Informationen dieser Arbeit beziehen sich auf diverse Aufsätze, da umfassende Monographien zum Thema bislang fehlen.

2. Ursachen, Verlauf und Folgen des Bürgerkrieges

2.1. Entstehung der Konfliktpotentiale

Dem Bürgerkrieg in Uganda gingen zahlreiche Spannungen voraus, die sich mehr und mehr zuspitzten. Die Wurzeln dieser sind bis in die Kolonialzeit zurück zu verfolgen. 1894 wurde Uganda zum britischen Protektorat.² Der Staat Uganda umfasste aufgrund willkürlicher Grenzziehungen über vierzig verschiedene ethnische Gruppen. Eine solche Vielfalt an Völkern, die in kultureller, sprachlicher und ideologischer Hinsicht höchst unterschiedlich sind, ist zwangsläufig niemals eine positive Voraussetzung für einen Staatswerdungsprozess. Die Politik der Kolonialherren erhöhte das Konfliktpotential um ein Vielfaches.³

So wurde von Anfang an die ethnische Gruppe der Baganda, aus dem im Süden Ugandas gelegenen Königreich Buganda, bevorzugt behandelt. Diese sollte quasi als verlängerter Arm der Briten die Kolonie unter Kontrolle halten. Der Plan war, den Süden für wirtschaftliche und administrative Zwecke zu nützen, somit wurde dort neben einem breiten Verwaltungsapparat und einer Infrastruktur auch die Wirtschaft aufgebaut. Der Norden, mit der vorrangig dort lebenden ethnischen Gruppe der Acholi, war im Gegen-

² Frank Schubert, „War came to our place“. Eine Sozialgeschichte des Krieges im Luwero-Dreieck, Uganda 1981–1986, Diss., Hannover 2005, S. 27.

³ Nicola Wiebe, Uganda Keine gewöhnliche Demokratie. Politik und Institutionswandel in transitionstheoretischer Perspektive (1886–1996), Hamburg 1998, S. 69.

satz dazu ein Arbeitskräftedepot für den Süden.⁴ Diese regionalen Diskrepanzen sorgten dafür, dass sich die durch ethnische Faktoren vorherrschende Kluft zwischen Nord und Süd vergrößerte. Da die Briten ihre Macht in der Kolonie absichern wollten, sorgten sie dafür, dass sich die ugandische Armee aus möglichst ungebildeten Leuten aus dem Norden rekrutierte, die wiederum von britischen Offizieren geleitet wurden. Somit waren administrative Aufgaben und Wirtschaft in den Händen Bugandas und die Armee überwiegend in jenen der Acholi. Durch die Förderung ethnischen Bewusstseins wurden seitens der Briten Stereotype erzeugt, die einen Verfremdungseffekt zwischen Nord und Süd nach sich zogen. Bei Zweitgenanntem galt die Auffassung, Leute aus dem Norden seien unkultiviert und ungebildet, und der Norden erhob sich selbst über den Süden durch seine Rolle im Militär. Um diese Auffassung zu verstärken, wurden von den Kolonialherren Gerüchte in die Welt gesetzt, dass aufgrund von natürlichen Voraussetzungen die Baganda für die Verwaltung besser geeignet seien, und das Volk der Acholi, als so genanntes *martial tribe*, für den Militärdienst idealer sei.⁵ Dieses Gedankengut manifestierte sich in den Köpfen der Ugander und hatte zur Folge, dass sich Großbritannien nicht sorgen musste, dass sich die Kolonie geschlossen gegen ihre Besatzer richtete, da die Diskrepanzen zwischen den einzelnen Völkern so groß waren.

Ein weiter Effekt war auch, dass dadurch die Bildung eines nationalen Bewusstseins in Uganda enorm erschwert wurde und künftige Krisenherde entstanden sind. Das Land war nicht nur wegen dieser Aspekte gespalten, sondern auch religiös, da der Süden mehrheitlich katholisch war, der Norden hingegen protestantisch bzw. islamisch, wobei die Religionszugehörigkeit nicht deckungsgleich mit der ethnischen Zugehörigkeit war, sondern vielmehr einem konfessionellen „Fleckerlteppich“ glich.⁶

2.2. Verschärfung der Konfliktpotentiale bis zum „overkill“

Nach der Unabhängigkeit Ugandas am 9. Oktober 1962 kam es zu freien Wahlen, in denen die Verbindung von Parteien und ethnischer Zugehörigkeit schon ganz klar ersichtlich war. Dieser Aspekt zeugt auch davon, dass sich die Bevölkerung in Uganda ethnisch definierte und nicht nationalstaatlich. Diese Problematik äußerte sich dahingehend, dass das eigentlich geplante Mehrparteiensystem aufgrund von interparteilichen Streitigkeiten nicht funktionieren konnte. Schließlich kam es zu einem stark zentralistischen Einparteiensystem des Ugandas Peoples Congress (UPC) unter Ministerpräsident Milton Obote. Der UPC war vom Norden geprägt und bestand überwiegend aus nördlichen Völkern, im speziellen Langi und Acholi. Zentrales Motiv der

⁴ Walter Schicho, Handbuch Afrika 3, Frankfurt a. M., 2004, S. 289f.

⁵ Schubert, War, S. 43–46.

⁶ Wiebe, Uganda, S. 70f.

Partei war es, gegen die immer noch vorhandenen Sonderrechte von Buganda vorzugehen. So wurde der König von Buganda durch militärische Interaktion vertrieben, zahlreiche Bagandi getötet und deren Privilegien aufgehoben, sowie alle anderen Parteien neben dem UPC verboten.⁷

Dadurch nahm das Konfliktpotential zwischen Nord und Süd noch mehr zu. Das Militär war für den Machterhalt des UPC von zentraler Bedeutung und genoss somit quasi einen unantastbaren Status. Als Obote jedoch versuchte, die Macht des Militärs einzudämmen, und immer mehr Angehörige seines Volks, der Langi, in eigenen Spezialeinheiten zu rekrutierten, kam es 1971 zum Putsch durch den Oberbefehlshaber der Armee, Idi Amin⁸ und zur Flucht Milton Obotes nach Tansania. Die folgende Militärdiktatur Amins war gekennzeichnet von Gewalt, Korruption, Misswirtschaft und ethnischen Säuberungen, vor allem gegen die Acholi, die dafür sorgten, dass die staatliche Stabilität kaum mehr vorhanden war und die ethnische Problematik weiter zunahm.

Vor allem die vorgenommenen Ausweisung der wirtschaftlich wichtigen Asiaten hatte schwere ökonomische Folgen für das Land, da diese der wirtschaftlichen Ober- und Mittelschicht angehörten und den überwiegenden Teil des Groß- und Einzelhandels, sowie der Industrie, kontrollierten. Sie verfügten somit über ein enormes wirtschaftliches Wissen das Amins Sympathisanten, die den Besitz der Asiaten bekamen, fehlte. Anstatt sich dieses Wissen anzueignen wurde auf kurzfristige Bereicherung gesetzt.

1979 wurde Idi Amin von tansanischen Soldaten und ugandischen Exilpolitikern gestürzt.⁹ Zwischen 1979 und 1981 gab es insgesamt drei Übergangsregierungen, die sich jedoch nicht halten konnten. Der Grund dafür war, dass die Exilpolitiker, die in der Regierung waren, aus unterschiedlichen Regionen kamen und somit unterschiedliche Ziele verfolgten, so waren es erneut die alten gesellschaftlichen Bruchlinien, die für staatliche Instabilität sorgten. Am Ende kam es im Dezember 1980 zu „freien“ Wahlen, in denen Milton Obote mit der UPC durch Wahlbetrug abermals an die Macht kommen konnte. Dies war der konkrete Auslöser für die Eskalation der Konflikte, sprich den Bürgerkrieg.¹⁰

⁷ Wiebe, Uganda, S. 60ff.

⁸ Schubert, War, S. 56f.

⁹ Schicho, Handbuch, S. 300–303; Der Spiegel 37 (1972), S. 81.

¹⁰ Wiebe, Uganda, S. 63.

2.3. Bürgerkrieg in Uganda

Als Erstes muss darauf hingewiesen werden, dass der Begriff Bürgerkrieg, im Sinne eines, zwischen Angehörigen desselben Landes ausgetragenen bewaffneten staats-internen Konflikts, nur für die Perspektive von außen tragbar ist, da nur aus diesem Blickwinkel betrachtet, Uganda einen in sich geschlossenen Staatsapparat darstellte. Die subjektive Wahrnehmung der ugandischen Bevölkerung unterschied sich jedoch von dieser Auffassung, da regionale Fokussierung über nationale Identifikation dominierte. So wurde der Konflikt nicht als ein innerstaatlicher wahrgenommen.¹¹ Der Aspekt hatte wiederum großen Einfluss auf die Intensität des Krieges, da in der Auffassung der im Krieg beteiligten Interessensgruppen quasi gegen einen „Fremdkörper“ in der eigenen Region gekämpft wurde und nicht gegen Angehörige des eigenen Staates.¹² Dieses Faktum, gepaart mit dem historisch gewachsenen Diskrepanzen zwischen Nord und Süd, sorgte für besondere Gewalttätigkeit im Krieg, unter der die Zivilbevölkerung enorm leiden musste.

Es gab im ganzen Land Rebellengruppen, die sich aufgrund des Wahlausgangs und aus Angst bevorstehender Marginalisierung dazu entschlossen, militärisch gegen die neue Regierung vorzugehen. So gab es im West-Nile-Distrikt die Uganda National Rescue Front (UNRF), in der sich vor allem Amin-Anhänger mobilisierten, in Buganda die Uganda Freedom Army (UFA), deren Ziel es war, das alte monarchistische Regime und die Sonderrechte wiederherzustellen, und die National Resistance Movement (NRM) mit dem militärischen Arm der NRA, die unter der Leitung von Yoweri Museveni stand und ihre Anhängerschaft anfangs vor allem aus dem Ankolegebiet im Süd-Westen Ugandas bezog.¹³ Der Fokus liegt hier auf der NRA, da sich diese Gruppe schlussendlich als die wichtigste herauskristallisieren sollte.

Das Kriegsgeschehen konzentrierte sich sehr bald auf den Süden Ugandas, auf das Gebiet des Luwero-Dreiecks, welches nordwestlich der Hauptstadt Kampala liegt. Die NRA bekam dort die Unterstützung von vielen Bagandi, da diese sehr negativ gegenüber Obote eingestellt waren. Nur teilweise war die ethnische Zugehörigkeit ausschlaggebend für die Solidarisierung mit der NRA, da deren Offiziere aus dem südwestlich von Buganda gelegenen traditionellen Königreich Ankole stammten, und somit von den Bagandi ebenfalls als Fremdkörper angesehen wurden.¹⁴ Ethnische Identifikation spielte somit bei der Rekrutierung nur eine marginale Rolle, obwohl seitens

¹¹ Zachary Lomo/Lucy Hovil, Behind The Violence: Causes, Consequences And The Search For Solutions To The War In Northern Uganda, in: Refugee Law Project Working Paper No. 11, February 2004, S. 12.

¹² Schubert, War, S. 141.

¹³ Schubert, War, S. 76–79.

¹⁴ Schubert, War, S. 141f.

der NRA durchaus versucht wurde, den Zusammenhalt der Bantu sprechenden Völker zu propagieren.¹⁵

Unterstützung bekam die NRA von der Bevölkerung auch wegen des brutalen Verhaltens der disziplinelosen Regierungsarmee Uganda National Liberation Army (UNLA) im Luwero-Gebiet. Die Gründe für das gewalttätige Vorgehen lagen in der Auffassung die Zivilisten seien potentielle Guerillakämpfer und im historisch gewachsenen Groll gegenüber den Bagandi. Aufgrund der mangelnden Organisation der Regierung hätte Obote, auch wenn er es gewollt hätte, gegen die Gräueltaten seiner Armee nichts unternehmen können. Hinzu kam noch, dass die UNLA für seinen Machterhalt notwendig war. Disziplinelosigkeit, Gräueltaten und Plünderungen wurden somit nicht sanktioniert. Schließlich hatte Obote sogar Interesse an einem möglichst brutalen Vorgehen seiner Armee, da er dadurch, so glaubte er, die Zivilbevölkerung vor der Unterstützung der NRA abschrecken könnte.¹⁶

Unabhängig davon, welche Gründe für die Brutalität der UNLA verantwortlich waren, sorgte diese nicht nur für die Unterstützung der NRA, sondern führte auch zur Vergrößerung des Nord-Süd-Konflikts und zur Abnahme des Vertrauens in den Staat, wodurch staatliche Identifikation und Überwindung ethnischer und regionaler Identifikationsmuster in weite Ferne rückten.

Anfangs war die NRA eine äußerst kleine Rebellengruppe, die primär die Versorgung mit Nahrung und Waffen sowie Rekrutierung von Kämpfern zur Aufgabe hatte, deshalb schenkte die Regierung dieser Gruppe auch nicht so viel Aufmerksamkeit.¹⁷ Durch die Guerillataktik, Anschläge zu verüben und daraufhin gleich wieder in der Versenkung zu verschwinden, demotivierten die Rebellen die Soldaten der UNLA, da diese den Feind nicht effizient angreifen konnten. Die daraus resultierende Frustration bekam wiederum die Zivilbevölkerung zu spüren.¹⁸

1983 startete dann eine Großoffensive der Regierung im Luwero-Dreieck gegen die NRA. In diesem Kontext erhöhte sich die militärische Präsenz, kam es zu Zwangsumsiedelungen der Zivilbevölkerung in Internierungslager und zur Vernichtung der Anbaugelände (System der Verbrannten Erde), mit dem Ziel, einen Keil zwischen die Zivilbevölkerung und die NRA zu treiben, um sie, vom Nachschub getrennt, ausbluten zu lassen. Dieses System zeigte Wirkung und die NRA musste sich in ihre Hochburg Singo zurückziehen, jedoch war es der Regierung nicht möglich, die Rebellengruppe

¹⁵ Schubert, War, S. 154f.

¹⁶ Schubert, War, S. 102, 108.

¹⁷ Schubert, War, S. 80.

¹⁸ Schubert, War, S. 163f.

endgültig zu zerschlagen.¹⁹ Die Taktik wurde auf Empfehlung nordkoreanischer Offiziere, die Obote bei der Ausbildung seiner Truppen halfen, angewandt.²⁰

Bald darauf profitierte jedoch die NRA von ethnischen Spannungen innerhalb der UNLA, nachdem deren Oberbefehlshaber David Oyite-Ojok verstarb. Die Acholi fühlten sich von den Langi benachteiligt. Sie warfen Obote vor, nur als Kanonenfutter an die vorderste Front geschickt zu werden und bei Beförderungen benachteiligt zu werden. Dies war für die Acholi im Kontext ihrer Rolle als *martial tribe* untragbar. Hierbei zeigt sich, dass die Stereotype und die Selbstwahrnehmung der einzelnen Ethnien, die durch die britische Kolonialpolitik erzeugt worden waren, immer noch präsent waren und entscheidend auf den Verlauf des Konfliktes einwirkten. Bald kam es zu ersten Meutereien der Acholi und zu bewaffneten Auseinandersetzungen gegen die Langi. Im Gegensatz dazu nahmen die Angriffe gegen die NRA ab.

Die Regierung konnte diesem Trend nicht effektiv entgegen wirken, da sie abhängig vom Militär war und somit auf dieses keine Einflussmöglichkeiten entfalten konnte. Die Situation spitzte sich zu, indem Obote einen Langi zum Nachfolger des verstorbenen Oberbefehlshabers ernannte, obwohl eigentlich ein Acholi legitimer Nachfolger hätte werden sollen. Außerdem konnte die Versorgung der UNLA und deren Bezahlung nicht mehr aufrechterhalten werden, wodurch der Regierung die Armee noch mehr entglitt.

Die ethnischen Differenzen in der UNLA verschärfen sich zunehmend und die Soldaten waren mehr damit beschäftigt sich selbst zu bereichern und die Zivilbevölkerung zu tyrannisieren, als gegen die NRA vorzugehen. Schließlich mündeten die Konflikte in einem Putsch der Acholi, nicht zuletzt, da das Gerücht umging, dass Obote einen Völkermord an den Acholi plane. Neuer Präsident wurde Tito Okello.²¹ Aufgrund der internen Differenzen in der UNLA, welche die Ohnmacht der Regierung in der Durchsetzung staatlicher Ordnung und deren Kontrolle über die Armee offenbarte, konnte sich die NRA parallel dazu erholen. Es gelang ihr wieder, effektive Rekrutierungen vorzunehmen und die Nachschubsituation zu verbessern.²²

Die neue Regierung unter Tito Okello versuchte sich mit den diversen Rebellengruppen zu einigen, und so kam es mit der NRA zu einem Friedensschluss in Nairobi, der jedoch bald seitens der Rebellen gebrochen wurde.

¹⁹ Schubert, War, S. 81.

²⁰ Der Spiegel 35 (1984), S. 102.

²¹ Schubert, War, S. 86f, 91.

²² Schubert, War, S. 87.

Schlussendlich konnte sich die NRA durchsetzen und am 29. Januar 1986 wurde Museveni neuer Präsident von Uganda.²³ Der NRA gelang die Machtübernahme, da das Obote-Regime durch interne Auseinandersetzungen zerbrach. Die Gründe dafür lagen wiederum in den historisch bedingten ethnischen Differenzen und der fehlenden Regierungsgewalt über das Militär, weshalb die Errichtung eines stabilen Staates nicht möglich war. Die Okello-Regierung verlor gegen die NRA aufgrund der fehlenden Organisation und des zerbröckelten undisziplinierten bzw. ineffizienten Heeres.

2.4. Das neue Regime unter Yoweri Museveni

Museveni konnte zwar an die Macht kommen, jedoch war Uganda gekennzeichnet von staatlicher Instabilität, zerstörter Infrastruktur, hoher Inflation, Misswirtschaft und zerstrittener Völker. Letzteres äußerte sich in der Fortsetzung des Krieges im Norden des Landes, da die Acholi aus Angst vor Marginalisierung Widerstand gegen die neue Regierung leisteten. Die Fronten wechselten. Nun waren es die Bagandi, die im Norden Rache wegen der Taten der UNLA nahmen und auf äußerst brutale Weise die Zivilbevölkerung terrorisierten. Die NRA war jetzt der Aggressor in einem ihm feindlich gesinnten Land.

Es gab seitens der neuen Regierung zwar Bestrebungen, gegen die ethnischen Fokussierungen in Heer und Regierung vorzugehen, indem sie z. B. verschiedene Ethnien in einem nationalen Heer miteinbezog, jedoch konnten die alten Identifikationsmuster nicht vollends überwunden werden.²⁴ Nicht zuletzt, da zwar offiziell Integration und breitere Machtverteilung seitens des neuen Regimes betrieben wurde, um seine Herrschaft zu legitimieren, jedoch die wichtigsten Positionen bzw. Entscheidungen weiterhin in den Händen der NRA lagen und somit die NRA Elite und das Militär die herrschende Macht blieb.²⁵ So gab es zwar Bestrebungen, um der ethnischen Fokussierung in Parteien entgegenzuwirken, in dem man eine so genannte „Kein-Parteien“-Regierung installierte, in der theoretisch die gesamte Bevölkerung repräsentiert war und die im weiteren Verlauf effizient gegen Korruption, Menschenrechtsverletzungen und sonstige Gesetzesübertretungen vorgehen sollte.²⁶ Diese jedoch war im Endeffekt nur ein Deckmantel, um internationale Legitimation zu erhalten und zu verschleiern, dass sich bis auf eine andere Herrscherelite nichts Grundlegendes in Uganda geändert hatte.

²³ Wiebe, Uganda, S. 64f.

²⁴ Theodore McLauchlin, Civil War and State Building in Uganda, McGill University, Paper prepared for presentation at the Annual Meeting of the International Studies Association, San Francisco, March 27–30, 2008, S. 30.

²⁵ Amii Omara-Otunnu, The Struggle for Democracy in Uganda, in: The Journal of Modern African Studies 30 (1992), No. 3, S. 443–463, hier S. 461ff.

²⁶ Rachel Flanary/David Watt, The State of Corruption. A Case Study of Uganda, in: Third World Quarterly 20 (1999), No. 3, S. 515–536, hier S. 517.

Menschenrechtsverletzungen, staatliche Repression, Vetternwirtschaft und Korruption waren weiterhin an der Tagesordnung. Viele, die in irgendeiner Weise Kritik am Regime verübten, wurden entweder inhaftiert oder kamen auf mysteriöse Weise ums Leben.²⁷ Deshalb konnte auch kein Nationalbewusstsein entstehen, das wichtig für einen stabilen Staat wäre, da sich die Völker immer noch nicht als Ugander identifizierten, sondern entlang ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Die Spaltung zwischen Nord und Süd konnte immer noch nicht überwunden werden.²⁸

Schluss

Die Kolonialmächte sorgten durch die unglückliche Grenzziehung dafür, dass viele verschiedene Ethnien in einen limitierten staatlichen Raum gefasst wurden. Dadurch entstand großes Konfliktpotential, welches durch die Kolonialpolitik der Briten noch verstärkt wurde und somit einem stabilen Staat mit einem Volk, das sich national identifiziert, enorm entgegengewirkt hat.

Die Folgeregerungen förderten die ethnische bzw. regionale Kluft und schwächten den Staat zusätzlich noch durch ihre Regierungspolitik. Die angestauten Probleme entluden sich schließlich in einem Bürgerkrieg, in dem die alten ethnischen Diskrepanzen den Verlauf und die Intensität des Konfliktes drastisch beeinflussten. Fehlende nationale Identifikationsmuster und historisch gewachsener Hass sorgten für äußerste Brutalität der großteils aus dem Norden stammenden Regierungsarmee gegen die Bevölkerung im Süden. Dies sorgte wiederum dafür, dass Teile der von den Marginalisierungen Betroffenen, die NRA unterstützten. Schließlich nahmen die ethnischen Spannungen auch entscheidenden Einfluss im Ausgang des Krieges, da wegen diesen die Regierungsarmee zerfiel und sich die NRA durchsetzen konnte. Die Museveni-Regierung hatte in der Folge jedoch ebenfalls mit denselben Problemen zu kämpfen wie die vorherigen. Die Bestrebungen nationaler Einheit und Stabilität konnten noch immer nicht realisiert werden, nicht zuletzt wegen der Gewalt im Norden, der schlechten Wirtschaft und der fortlaufenden Korruption. Die Menschen definierten sich immer noch entlang ethnischer Grenzen. Identifikation entlang nationaler Linien wäre jedoch eine unabdingbare Voraussetzung für einen stabilen Staat.

²⁷ Omara-Otunnu, *The struggle*, S. 448–451.

²⁸ Zachary Lomo/Lucy Hovil, *Behind The Violence: Causes, Consequences And The Search For Solutions To The War In Northern Uganda*, in: *Refugee Law Project Working Paper No. 11*, February 2004, S. 13.

Literatur

Der Spiegel 35 (1984), S. 102, [<http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/53/00/dokument.html?titel=Pl%C3%B6tzlicher+Tod&id=13510035&top=SPIEGEL&suchbegriff=uganda+pl%C3%B6tzlicher+tod&quellen=&qcrubrik=natur>], eingesehen 18. 11. 2008.

Der Spiegel 37 (1972), S. 81, [<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42842812.html>], eingesehen am 11. 03. 2010.

Flanary, Rachel/Watt, David, The State of Corruption. A Case Study of Uganda, in: *Third World Quarterly* 20 (1999), No. 3, S. 515–536, [<http://www.jstor.org/stable/3993319>], eingesehen 29. 10. 2008.

Lentz, Carola, Ethnizität, in: *Das Afrika–Lexikon. Ein Kontinent in 1000 Stichwörtern*, hrsg. v. Mabe, Jakob E., Stuttgart 2001, S. 161–164.

Lomo, Zachary/Hovil Lucy, Behind The Violence: Causes, Consequences And The Search For Solutions To The War In Northern Uganda, in: *Refugee Law Project Working Paper No. 11*, February 2004, [http://www.refugeelawproject.org/working_papers/RLP.WP11.pdf], eingesehen 23. 2. 2009.

McLauchlin, Theodore, Civil War and State Building in Uganda, McGill University, Paper prepared for presentation at the Annual Meeting of the International Studies Association, San Francisco, 27.–30. 3. 2008, [http://www.allacademic.com/meta/p254446_index.html], eingesehen am 13. 11. 2008.

Omara-Otunnu, Amii, The Struggle for Democracy in Uganda, in: *The Journal of Modern African Studies* 30 (1992), No. 3, S. 443–463, [<http://www.jstor.org/stable/161167>], eingesehen 29. 10. 2008.

Schicho, Walter, *Handbuch Afrika 3*, Frankfurt a. M. 2004.

Schubert, Frank, “War came to our place”. Eine Sozialgeschichte des Krieges im Luwero-Dreieck, Uganda 1981–1986, Diss., Hannover 2005.

Wiebe, Nicola, *Uganda – Keine gewöhnliche Demokratie. Politik und Institutionswandel in transitionstheoretischer Perspektive (1886–1996)* (Berliner Studien zur Politikwissenschaft 1), Hamburg 1998.

Marcel Amoser ist Student der Soziologie im 2. und der Geschichte im 5. Semester an der Universität Innsbruck. Marcel.Amoser@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Marcel Amoser, Uganda im Krieg. ursachen – Verlauf – Folgen, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 233–244 [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Hungersnöte in Tirol und ihre Bedeutung in Tiroler Geschichtsdarstellungen

Florian Baumgartner

Kerngebiet: Wirtschafts- und Sozialgeschichte

eingereicht bei: Dr.ⁱⁿ Maria Heidegger

eingereicht im Semester: SS 2009

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiterin: sehr gut

Abstract

Famines in Tyrol and their Reception in Tyrolean History

The following paper examines the main famines, which occurred in Tyrolean History. The first part describes the variety of reasons and effects; the second part analyzes the public consciousness about that issue surveying various books about Tyrolean history.

Einleitung

Trotz der jüngsten Wirtschaftskrise, die derzeit weltweit zu der größten Depression seit dem Zweiten Weltkrieg zu führen scheint, müssen wir uns in Mitteleuropa um unsere Nahrungsversorgung keine Sorgen machen – im Gegenteil: es wird eher noch zu viel produziert. Ein „Katastrophensommer“ mit Hagel oder Maifrost führt zwar nach wie vor zu Ernteaussfällen – die Konsumenten merken dies jedoch entweder gar nicht oder nur in Form milder Preissteigerungen.

Der Grund für die beinahe wetterunabhängige Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung in der heutigen Zeit liegt in den modernen Transportmöglichkeiten, die das Risiko von Dürren und Überschwemmungen, von Pilzbefall oder anderen Ernteaufschlägen auf eine große Wirtschaftsregion streut: den Schengenraum, in dem Produkte ohne Barrieren transportiert werden können. Aber auch die internationalen Transport- und Handelsverbindungen sind derart ausgebaut, dass exotische Früchte und argentinisches Rindfleisch beinahe selbstverständlich in den Supermärkten angeboten und gekauft werden. Dennoch ist es kein Geheimnis, dass in großen Teilen der Welt Hunger ein riesiges Problem darstellt.¹ Alle modernen Hungerkatastrophen wären jedoch durch umsichtige Politik und ethische Grundsätze vermeidbar, wie auch Al Imfeld treffend formuliert:

„Hungersnöte fallen ganz selten unter Katastrophen im üblichen Sinn. Sie sind von anderen gewollt, von Menschen gemacht; sie sind Folgen falscher Politik oder Interesselosigkeit.“²

Auch an den letzten Hungersnöten in Tirol³ – jeweils während und nach den beiden Weltkriegen – ist eindeutig der Mensch schuld. Die letzte Hungerkatastrophe, die hier von der Natur verursacht wurde, ereignete sich 1845, als große Kälte und Feuchtigkeit die Ernte nicht nur in Tirol, sondern in ganz Europa vernichteten.⁴ Diese war nur eine von vielen zum Teil verheerenden Hungersnöten, von welchen die Bevölkerung regelmäßig heimgesucht wurde. Die besondere Anfälligkeit für Hungersnöte liegt nicht zuletzt in der ungünstigen agrarischen Situation im Land: Getreide gedeiht nur bis zu gewissen Höhen, steile Hänge sind schwer zu bearbeiten und in größeren Höhen ist die Zeit zwischen Aussaat und Ernte sehr begrenzt. Ein früher Wintereinbruch führte meist zu schweren Ernteeinbußen oder -ausfällen. Aber auch zu Zeiten ertragreicher Ernte war Tirol nie in der Lage sich selbst zu versorgen, sondern auf Nahrungsmittelimporte angewiesen. Vor allem Brotgetreide musste (vorwiegend aus Bayern und Oberitalien) importiert werden.⁵ Diese Importabhängigkeit besteht bis heute!

Es soll noch darauf hingewiesen werden, dass oft ein beträchtlicher Unterschied der Versorgungslage bei den vor allem auf Subsistenzwirtschaft ausgerichteten Bauern und den auf externe Nahrungszufuhr angewiesenen Arbeitern, Bergknappen, städtischen

¹ Einen Überblick über die Welternährungslage gibt Jean Ziegler, der Sonderberichterstatter der UNO-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung in Jean Ziegler, *Wie kommt der Hunger in die Welt? Ein Gespräch mit meinem Sohn*, München 2000; demnach litten 1999 weltweit ca. 828 Mio. Menschen an chronischer Unterernährung und es verhungerten ca. 30 Mio. Menschen.

² Vorwort in: Josef Nussbaumer/Guido Rüthemann/Al Imfeld, *Schwere Hungerkatastrophen seit 1845* (Geschichte & Ökonomie 13), Innsbruck-Wien-München 2003, S. 7.

³ Tirol bezeichnet in der Folge meist GesamtTirol, nach 1918 das österreichische Bundesland Tirol.

⁴ Josef Nussbaumer, *Vergessene Zeiten in Tirol – Lesebuch zur Hungergeschichte einer Europäischen Region*, Innsbruck-Wien-München 2000, S. 73.

⁵ Ebd., S. 7.

Bewohnern – den Konsumenten – bestand. Das betrifft vor allem Zeiten mit großer Teuerung. In Hungerjahren, die auf Grund von Naturkatastrophen über Tirol hereinbrachen, traf es jedoch sowohl die bäuerliche, als auch die nichtbäuerliche Gesellschaft gleichermaßen. In diesem Sinne sind auch die Beschreibungen in dieser Arbeit zu verstehen. Außer bei Sonderfällen wird deshalb auf diesen Umstand nicht mehr hingewiesen werden.

Im Folgenden soll ein exemplarischer Überblick über die gravierendsten Hungersnöte in Tirol seit dem Mittelalter und deren Ursachen gegeben werden. Im Anschluss werden traditionelle, aber auch moderne Gesamtdarstellungen der Geschichte Tirols daraufhin untersucht, welche Rolle die Hungergeschichte einnimmt, wie viel Raum ihr gegeben wird und ob dieser auch der Bedeutung des Hungers als geschichtlichem und politischem Faktor Rechnung trägt.

Soviel vorweg: Sara Millmann und Robert W. Kates trafen den Kern der Rolle des Hungers in der Geschichte, – und auch in der Tiroler Geschichte – recht gut, als sie meinten:

„The hungry rarely write history, and historians are rarely hungry.”⁶

Teil I: Ein Überblick über die Tiroler Hungersnöte

1. Heuschreckenplagen als Verursacher von Hungersnöten

Was heute unvorstellbar ist, trat bis ins 19. Jahrhundert immer wieder ein: Große Heuschreckenplagen suchten Tirol heim. Eine der frühesten Aufzeichnungen einer solchen Plage im Tiroler Raum stammt aus dem Jahr 1338. Andreas Simeoner, ein Bozner Geschichtsschreiber, berichtet von einer wahrhaft biblischen Plage: Die Sonne soll sich verdunkelt haben, so dicht seien die Schwärme gewesen, die von „Osten her, aus Asien nach unserm Festland“⁷ zogen. Sie fraßen beinahe alles, was sich ihnen darbot, angeblich „zerkäuten [sie] auch den Frauen ihre Röcke und Mäntel.“⁸ Heute können diese Schädlinge leicht durch Insektenbekämpfungsmittel im Zaum gehalten werden, früher war man diesen gefräßigen Tieren jedoch beinahe hilflos ausgeliefert. Mit Besen und Stöcken versuchten die Menschen mit vereinten Kräften, die Heuschrecken zu vertreiben – das nützte natürlich nur wenig. In der Not griffen sie zu heute fast schon komisch anmutenden Mitteln: In Kaltern soll der Pfarrer die Plage ohne Zweifel für eine Strafe Gottes gehalten haben und forderte deshalb zu öffentlichen Andachten auf. Weiters wurde ein Gericht eingesetzt, welches die „Untaten“ der

⁶ Sara Millman/Robert W. Kates, *Towards Understanding Hunger*, in: *Hunger in History*, hrsg. v. Lucile F. Newman, Oxford 1990, S. 3–24, hier S. 22.

⁷ Andreas Simeoner, *Die Stadt Bozen*, Bozen 1890, S. 166.

⁸ Nussbaumer, *Vergessene Zeiten*, S. 26.

Heuschrecken behandelte und folgendes Urteil verhängte: Der Pfarrer soll die Heuschrecken mit einem „Exorzismus [...] und Bannesworten verfluchen, verbannen und vermaledeien“⁹ – was laut der Überlieferung auch geholfen habe.

Weitere Heuschreckenplagen gab es auch noch nach dem Mittelalter, beispielsweise 1547, 1612, 1693, 1749, mit bereits geringeren Auswirkungen sogar noch 1869.¹⁰

2. Preisanstiege von Getreide in der frühen Neuzeit

Die Teuerungen von Getreide in der Frühen Neuzeit ist ein Phänomen, das in ganz Mitteleuropa zu beobachten ist; Tirol, in seiner Abhängigkeit von Zukäufen, traf es dabei besonders hart. Als Beispiel für die Krisenanfälligkeit sei hier die Situation im Jahre 1529 genannt: Bis zu diesem Jahr war Tirol über Ausfuhrverbote von Tiroler Getreide und Import von bayrischen und schwäbischen Überschüssen ausreichend versorgt gewesen. Die Türkenbelagerung Wiens brachte Tirol jedoch in eine schlechte Lage: Die Zufuhr von Getreide aus Innerösterreich war versiegt, und überdies wurde das österreichische Entsatzheer mit bayrischem Getreide versorgt und die Zufuhr nach Tirol beendet, mehr noch, Mitte Oktober wurden sogar Ausfuhrverbote aus Bayern erlassen!¹¹ Die Getreidepreise in Tirol stiegen daraufhin an und es wurden strengste Ausfuhrverbote und Aufzeichnungspflicht von Getreidebeständen erlassen.¹² Mit dem Sieg über die Türken bei Wien gegen Ende des Jahres war die schlimmste Hungergefahr gebannt; die Abhängigkeit stellte in der instabilen Lage jedoch weiterhin ein Problem dar.

Die zunehmende Verschärfung der Lage gerade im 16. Jahrhundert hängt in Tirol aber vor allem mit der Blüte des Bergbaus in Schwaz (mit 20 000 Einwohnern damals größte Stadt Tirols¹³), Rattenberg und Kitzbühel zusammen. Hier gab es in Tirol erstmals größere Menschenmassen, die selbst keine Lebensmittel erzeugten und daher von den ansässigen Bauern oder aber über Importe versorgt werden mussten. Zwar erwirtschafteten u. a. der Vinschgau und das Pustertal regelmäßig Überschüsse, aber Nordtirol und auch die Weinbaugebiete Südtirols mussten extern versorgt werden.¹⁴ Nicht zuletzt wegen der meist sicheren Ernten im Vinschgau pflegten die dortigen Händler und Bauern regelmäßig Tauschgeschäfte mit dem benachbarten Graubünden, weshalb

⁹ Simeoner, Bozen, S. 168.

¹⁰ Nussbaumer, *Vergessene Zeiten*, S. 30f., mit kurzen Berichten.

¹¹ Vgl. dazu: Josef Fischer, *Tirols Getreidepolitik von 1527 bis 1601*, Innsbruck 1919, S. 6f. Diese Monographie erschien übrigens ausgerechnet 1919, einem Jahr, in welchem kriegsbedingt bitterster Hunger in Tirol herrschte! Sie ist offenbar das einzige Werk, das sich explizit mit der Hungerthematik am Beginn der Neuzeit auseinandersetzt. Darüber hinaus scheint der Autor akribisch recherchiert zu haben, v.a. in den sogenannten *Missiven an Hof*.

¹² Ebd., S. 8.

¹³ Josef Fischer, *Studien zur Getreidepolitik Tirols im 16. Jahrhundert*. In: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche* 42 (1918) Heft 3/4, S. 118.

¹⁴ Ebd., S. 118f.

einige Male seitens der Tiroler Landesfürsten¹⁵ Ausfuhrverbote speziell für diesen Landesteil erlassen oder wenigstens Handelshemmnisse eingeführt wurden. Ganz verhindern ließ sich die Ausfuhr jedoch nie.¹⁶ Besonders in Mangeljahren hatten Wucherer Hochkonjunktur – ein Phänomen, das sich bis heute durchzieht.¹⁷ Dreh- und Angelpunkt des Tiroler Getreidemarktes war zu der Zeit die Stadt Hall, deren Aufgabe die „Bildung des Angebots im großen“¹⁸ war, d.h. das bayrische und schwäbische Getreide gelangte meist über den Stapelplatz Hall in die Zielorte. Diese Marktkonzentration stellte für die Innsbrucker Regierung eine wesentliche Vereinfachung bei der Überwachung der Getreidepreise dar,¹⁹ denn meist wurde ein Höchstpreis festgesetzt, um den Handwerkern und Bergarbeitern einen leistbaren Kaufpreis zu garantieren. Das Problem von Fixpreisen war jedoch, dass der Getreideexport nach Tirol in schlechten Jahren nicht lukrativ genug war. Die Lieferungen blieben in diesen Fällen bald aus und um überhaupt noch Händler anzuziehen, wurden die Preise in weiterer Folge freigegeben.²⁰ Damit konnte oft eine Notversorgung erreicht werden, auch wenn es der Innsbrucker Regierung teuer zu stehen kam; nicht selten musste sie zumindest einen Teil der zusätzlichen Kosten tragen, da sich die Bevölkerung die astronomischen Preise nicht mehr leisten konnte. Bei der schlimmsten Hungersnot von 1569–72 wurde sogar fast der gesamte Einkauf vom Land durchgeführt und auch bezahlt.²¹

Abgesehen von den bereits angesprochenen Jahren 1569–72 war auch die Zeit von 1550–52 eine äußerst karge und von Teuerungen und Hungersnöten geprägt. Die schlechte Ernte in Österreich, Bayern und Oberitalien im Jahr 1550 führte zu Versorgungsengpässen. Der Verkauf nach Tirol lohnte sich nur unter großer Preissteigerung. So kletterte der Preis für ein Star²² Roggen innerhalb von zwei Jahren von 21 Kreuzern (kr) 1549 auf 36 kr, vereinzelt sogar 44–48 kr!²³ 1552 „herrschte Hungersnot und der Wucher nahm überhand.“²⁴ Der Roggenpreis betrug an die 50 kr, Weizen sogar 1

¹⁵ Um 1530 war das Ferdinand I.

¹⁶ Fischer, Getreidepolitik, S. 17: Beispielsweise hätten etliche „Welsche“ im Vintschgau im Mangeljahr 1533 Getreide aufgekauft, was aber nicht zu steuern gewesen wäre.

¹⁷ Die Nahrungsmittelbörse in Chicago lenkt heute den Weltmarktpreis vieler Lebensmittel. Dabei greifen die Spekulanten zu Mitteln wie künstlicher Verknappung durch Zurückhalten von Vorräten, um den Preis in die Höhe zu treiben oder plötzlichem Überschwemmen des Marktes, um die Preise einbrechen zu lassen. Dazu: Ziegler, *Wie kommt der Hunger in die Welt?*, S. 56–60.

¹⁸ Fischer, *Studien*, S. 122.

¹⁹ Ebd., S. 123, 131.

²⁰ Ebd., S. 133.

²¹ Ebd., S. 127.

²² Ein Star ist ein Hohlmaß für Trockenwaren und entspricht in etwa 30–35 Liter. Wahrscheinlich ist bei Fischer der 1525 bestimmte „Tiroler Star“ gemeint, ursprünglich der Rattenberger „alte Star“, er beträgt 30,704 Liter. Ein Star Roggen wiegt ungefähr 22kg. Siehe dazu auch Wilhelm Rottleuthner, *Alte lokale und nichtmetrische Gewichte und Maße und ihre Größen nach metrischem System*, Innsbruck 1985, S. 66.

²³ Fischer, *Getreidepolitik*, S. 44, 47f.

²⁴ Ebd., S. 49.

Gulden (fl). Trotzdem reichte das Angebot nicht aus, weshalb im Frühjahr 1552 Unruhen unter den Schwazer Bergknappen ausbrachen.²⁵ Die Lage entspannte sich über den Sommer, da nördlich der Alpen eine allgemein gute Ernte verzeichnet wurde. 1568/69 dauerte der Winter ungewöhnlich lange, wodurch die Saat erheblichen Schaden erlitt. Die zu erwartende Missernte ließ die Preise wiederum steigen, denn nicht nur in Tirol, auch in Bayern und Oberitalien wurden schlechte Ernten befürchtet, eine Angst, die sich bewahrheiten sollte. Aus Schwaben und dem Elsass konnte ein Teil des benötigten Getreides um teures Geld erworben werden und auch aus Böhmen und Innerösterreich wurde importiert. Die Zufuhr konnte jedoch bei weitem nicht den Ernteausfall ersetzen, deshalb betrug der Preis für Roggen gegen Ende 1569 bereits 54 kr!²⁶ Die Not verschärfte sich im Frühjahr 1570. Bei den „Hofkästen“ in Hall und Innsbruck wurde Getreide an das hungernde Volk verteilt, was einen riesigen Ansturm zufolge hatte. Noch schlimmer war die Lage in Südtirol. Hier war die Hungersnot

„bei dem gemainen mann [...] so groß und übermäßig, daß aus solcher nott die leut, jungs und alts, gar schwach, machtlos, leidig und betrieht umbheergeen, essen die hingeworffnen krautstangen, die noch vom ferndigen jar in den gärten befunden werden, item das ploß kraut, das in den wisen waxt, ja die ponen, die man heur gepaut, graben si zu essen widerumben aus, auch die gruschen essen sie gleich also roch aus der handt.“²⁷

Auch in diesem Jahr war die Ernte missraten, Bayern kam jedoch, obwohl selbst schwer getroffen, für die Versorgung der Tiroler Bergwerke auf. Mit dem gelieferten Getreide kamen diese jedoch kaum aus, viele Bergleute „lagen krank oder gingen in Elend und Armut herum“.²⁸ Der Not noch nicht genug – die Ernte im Jahr 1571 fiel im gesamten süddeutschen Raum und den Habsburgischen Ländern erneut katastrophal aus, sodass Tirol aus Bayern und Innerösterreich kaum Getreide erwarten durfte. So musste Erzherzog Ferdinand im Sommer jenes Jahres feststellen, dass die „Hofkästen“ und Bergwerke leer stünden, und man bereits die herannahende Hungersnot voraussehen könne.²⁹ Durch intensive Bemühungen konnten über diplomatische Missionen in Venedig und Mantua einige tausend Säcke Weizen gekauft werden, womit eine notdürftige Versorgung der Bevölkerung hergestellt wurde.³⁰

1572 war die Hungersnot mit der Ernte beendet. Weitere lokale Missernten in den Folgejahren in den Nachbarländern Tirols hielten die Getreidepreise jedoch stets auf hohem Niveau, auch als 1573 in Tirol ein Überschuss geerntet wurde. Eine angedachte

²⁵ Fischer, Getreidepolitik, S. 50.

²⁶ Ebd., S. 75.

²⁷ Missiven an Hof 1570, Bl.216, zit. n. Fischer, Getreidepolitik, S. 76.

²⁸ Fischer, Getreidepolitik, S. 83.

²⁹ Ebd., S. 85.

³⁰ Ebd., S. 88f.

Reform der Getreidepolitik – die Landesführung überlegte den öffentlichen Ankauf von Kornvorräten zu Zeiten niedriger Preise – scheiterte vor allem an den von den Mangeljahren überstrapazierten Landesfinanzen.

Die Inflation in diesem Jahrhundert bedeutete für die Bergarbeiter und Handwerker einen nicht unerheblichen Einschnitt. Denn während zu Beginn des Jahrhunderts die Preise für Roggen noch bei 15-20 kr lagen, kamen sie um 1600 auf 60 kr. Gleichzeitig blieben jedoch die Löhne für die Arbeitnehmer die ganze Zeit gleich, das heißt, für die gleiche Getreidemenge hatten sie drei- bis viermal so lange zu arbeiten.³¹ Der Grund für den dauerhaften Anstieg der Preise wird in der Bevölkerungszunahme gesehen, der die landwirtschaftliche Produktion nicht nachkam. Im Gegenteil, durch die sogenannte „kleine Eiszeit“ sanken sogar die Ernteerträge.³² Die Nöte um 1570 sind die extreme Ausformung dieser allgemeinen Tendenz.

3. Kälteperioden und extreme Naturereignisse; der Ausbruch des Tambora im Jahr 1816 als Auslöser für Hunger

Das 17. Jahrhundert war von Wetterkapriolen gekennzeichnet. Zudem führten Währungsturbulenzen 1622 zu extremer Inflation (ca. 400%).³³ Heuschreckenplagen, Pest, Kälte oder Hitze, Überschwemmungen, früher Schneefall, Truppendurchzüge und andere Katastrophen suchten die Tiroler heim.³⁴ Eine sinnvolle Maßnahme, welche die Regentin Maria Theresia im 18. Jahrhundert durchsetzen wollte – nämlich die Einrichtung von öffentlichen Getreidespeichern, die für Notzeiten vorsorgen sollten – scheiterte am Widerstand der Stände. Der Versuch zielte nämlich auch daraufhin ab, den Kapitalabfluss ins Ausland (v.a. Bayern) wegen der notwendigen Lebensmittelkäufe zu vermindern, weshalb die geplanten Getreidekästen nur mit österreichischem und ungarischem Getreide befüllt werden sollten. Dies lehnten die Stände wegen der höheren Einkaufskosten (man bedenke die langen Transportwege), befürchteter Probleme mit den verschmähten Bayern und dem Argument, es müsse sinnvollerweise ein Getreidekontingent für drei Jahre erworben werden, was 1,5 Millionen Gulden kosten würde, ab.³⁵

In den Jahren 1815–1817 ereignete sich nicht nur in Tirol eine der schlimmsten Hungerkatastrophen der Neuzeit. Auf der ganzen Welt berichteten Zeugen von ärgsten Wetterkapriolen und klimatischen Widrigkeiten. In einigen Gegenden der USA sollen im Juni 1816 über 15 cm Schnee gefallen sein, im August wären lediglich 3°C gemes-

³¹ Nussbaumer, *Vergessene Zeiten*, S. 38f.

³² Ebd., S. 39f.

³³ Ebd., S. 45, Abb. 8.

³⁴ Eine umfassende, aber lange nicht vollständige Auflistung der Mangeljahre in diesem Jahrhundert bei Nussbaumer, *Vergessene Zeiten*, S. 43–49.

³⁵ Ebd., S. 54 f.

sen worden.³⁶ In Tirol war bereits der Sommer 1815 äußerst kühl und regenreich,³⁷ aber noch schlimmer kam es 1816, wie der Bozner Chronist Simeoner berichtet:

„1816 [...] war ein sehr *großes* Unglücksjahr, es war ein *Hungerjahr*. Gleichzeitige Historiker haben nicht Worte genug, um das Elend, um die Noth und die Armuth zu schildern, die in diesem Jahre [...] herrschten.“³⁸

Bis Mitte Mai konnte die Vegetation wegen Frost und Schneefall nicht zu wachsen beginnen. Im Juni fiel wieder Schnee, der Juli war durchwegs feucht und im September fiel bereits der erste Frost in die Täler ein. Im Raum Innsbruck soll es während des gesamten Sommers lediglich sieben schöne Tage gegeben haben.³⁹ Die zu erwartende Missernte 1816 trieb den Getreidepreis erneut in schwindelerregende Höhen. In Bozen kostete ein Star Weizen bereits 7 fl.⁴⁰ Auch in der Kufsteiner Gegend stieg der Preis auf das Drei- bis Achtfache. Im Frühjahr 1817, dem Höhepunkt der Hungersnot und Teuerung kosteten in Innsbruck Kartoffeln acht- bis neunmal so viel wie gewöhnlich,⁴¹ und der Weizenpreis in Bozen stieg auf bis zu 11 fl,⁴² denn auch das Frühjahr 1817 ließ keine klimatische Besserung erkennen. Am 25. April stießen die Öztaler während ihres Kreuzgangs nach Stams im Inntal auf über drei Meter hohe Schneewächten.⁴³ Die Auswirkungen der daraus resultierenden Fehlernten waren katastrophal: Da auch aus dem ebenfalls schwer getroffenen Bayern keine Hilfe zu erwarten war, mussten Wurzeln und Kräuter unter die Nahrung gemischt werden, Heu wurde gesotten und gegessen, wo noch eines vorhanden war,⁴⁴ das „Brot wurde immer kleiner, teurer und schlechter, war schließlich nur aus Kleie gebacken und mit gehackten Brennesseln und Heublumen, mit Erbsen, Kastanien, gemahlenern Wicken und gestoßenen Baumrinden gestreckt“.⁴⁵ Dabei wurden nicht selten auch bedenkliche Zutaten beigemischt, die zusammen mit den Mangelerscheinungen angeblich sogar zu Halluzinationen⁴⁶ und neben dem üblichen „stinkenden Athem, Wackeln der Zähne, unterträgliche[n]

³⁶ Josef Nussbaumer, Als ein Vulkanausbruch (1815) bei den „Antipoden“ zu einer Hungersnot (1816/17) in Tirol führte, Innsbruck 1996, S. 1.

³⁷ Klaus Fischer, Das Hungerjahr 1816/17 in Tirol und der Ausbruch des Vulkans Tambora. Ein Beispiel der Wirksamkeit großer Vulkanausbrüche auf das Klimasystem Erde, in: *Der Schlern* 73 (1999), Heft 1, S. 5. Im Juni soll es 21, im Juli sogar 24 Regentage gegeben haben.

³⁸ Simeoner, Bozen, S. 861. Hervorhebungen wie in der Vorlage.

³⁹ Fischer, Hungerjahr 1816/17, S. 6.

⁴⁰ Simeoner, Bozen, S. 862.

⁴¹ Nussbaumer, Vulkanausbruch, S. 4.

⁴² Simeoner, Bozen, S. 864.

⁴³ Rudolf Sinwel, Das Hungerjahr 1816/17, in: *Tiroler Heimatblätter* 16 (1938), S. 200. Elf Fuß, wie sie Sinwel anführt, sind ca. 3m.

⁴⁴ Simeoner, Bozen, S. 863.

⁴⁵ Sinwel, Hungerjahr, S. 198.

⁴⁶ Piero Camporesi, Das Brot der Träume. Hunger und Halluzinationen im vorindustriellen Europa, Frankfurt am Main 1990, S. 10f.

Magenschmerzen [und] Faulfieber“ auch zu „wahrer Wut und Tod“⁴⁷ geführt haben sollen. Die im Zitat erwähnte „wahre Wut“ ist wohl nicht zuletzt ein Hinweis auf die Bewusstseinsveränderungen, welche die Zutaten der „Brote“ hervorgerufen haben könnten.⁴⁸ Das „unreine“, mit allerlei Zusatzstoffen gestreckte Brot trat dem italienischen Kulturhistoriker Piero Camporesi zufolge im vorindustriellen Europa stets im Gefolge der Armut auf. Die betäubende Wirkung gewisser Ingredienzien – u. a. Tollkorn (schwarzer Kümmel), gemahlene Hanfkörner, Schlafmohn oder Mutterkorn – war dabei oft nicht nur Nebenwirkung sondern auch ein durchaus gewollter Effekt, um der „Situation am Rande eines menschenunmöglichen Lebens in einen rauschhaften und paranoiden Zustand [zu] entkommen.“⁴⁹

Soziale Einrichtungen wurden für viele Menschen zur Existenzgrundlage: So wurden in fast allen größeren Städten Tirols sogenannte „Rumford’sche Suppen- und Speiseverteilungsanstalten“⁵⁰ eingerichtet, welche die Ärmsten – das waren in Bozen täglich bis zu achthundert Menschen⁵¹ – mit Suppen aus Wasser, Sauerbier, geriebenen Kartoffeln und Brot versorgten.

Was war aber der Grund für diese weltweiten Katastrophen? Diese ereigneten sich nicht zufällig durch eine Laune des Weltklimas; die Ursache liegt im Ausbruch des Vulkans Tambora in Südostasien, nahe der Insel Java vom 5. April bis zum 15. Juli 1815. Die Eruption war dermaßen heftig, dass Zeugen die Explosionen noch 2.000 km weit entfernt für Schüsse hielt, in ca. 1.000 km Entfernung wurden sie für nahes Kanonenfeuer gehalten. Ferner wurden enorme Mengen aus Asche und Bims gefördert und die Eruptionssäule ist mit 60–70 km Höhe von anderen Ausbrüchen seit Beginn von Aufzeichnungen unerreicht. Der Auswurf wird auf mindestens 150 km³ geschätzt. Die hinaus geschleuderten Aschepartikel verfinsterten den Himmel in einem Umkreis von mehr als 750 km bis nachfolgende Regengüsse die Luft reinigten.⁵² Eine weltweite Klimarelevanz erhielt der Ausbruch jedoch – wie in den 1980er Jahren nachgewiesen werden konnte – nicht durch den Auswurf von Staubpartikeln, sondern von Schwefelsäuretröpfchen, die viel länger in der Atmosphäre verweilen und Sonnenlicht absor-

⁴⁷ Ein Zeitzeuge, zit. n. Sabine Veits-Falk, „Zeit der Noth“. Armut in Salzburg 1803-1870, Salzburg 2000, S. 47.

⁴⁸ Ebd., S. 53.

⁴⁹ Camporesi, Brot der Träume, S. 10. Camporesi entwirft ein düsteres Bild der Armut in v. a. italienischen Städten, aber besonders auch am Land. In beeindruckender Weise spricht er von ausgemergelten, „mumienartigen“ Gestalten, die auf Stöcken gestützt durch die Straßen ziehen (S. 24f.), von „kollektiven Schwindelanfällen“ (S.155f.), Anwendung von Schlafmohn schon bei Kleinkindern (S. 160) und die dadurch entstehende transzendente und von dämonisch-diabolisch-magischen Halluzinationen durchsetzte Lebenswelt der armen Bevölkerung.

⁵⁰ Sinwel, Hungerjahr, S. 199. Vorbild war Benjamin Thompson Graf von Rumford, der 1790 in München eine solche Armenauspeisung eingeführt hatte. Siehe dazu: Fischer, Hungerjahr 1816/17, S. 7.

⁵¹ Fischer, Hungerjahr 1816/17, S. 7.

⁵² Daten aus ebd., S. 9–11.

bieren und streuen.⁵³ Die verminderte Sonneneinstrahlung führte zu einem weltweiten Absinken der Temperaturen, mit teilweise verheerenden Auswirkungen – wie etwa in Tirol.

Nachdem gegen Ende des Frühjahrs 1817 die Getreidepreise noch einmal fast ins Unermessliche gestiegen waren, stellte sich doch trotz des langen Winters gegen Ende Mai ein günstiges Wetter ein und die Ernte dieses Jahres durfte – auch im Vergleich zu Normaljahren – als reich bezeichnet werden.⁵⁴

4. Die Natur schlägt noch einmal zu

Die Jahre 1845–47 waren die letzten Hungerjahre in Tirol, die von der Natur verursacht wurden. Seitdem hat es zwar noch weitere Hungersnöte gegeben (Kapitel 5), an all diesen war jedoch der Mensch schuld.

Im Jahr 1845 kam es zu mehreren Katastrophen: Überschwemmungen an der Etsch, ein zuerst heißer und trockener Sommer mit viel Hagel und darauffolgende schwere Regenfälle und Überschwemmungen vor allem in Nordtirol, Kartoffelkrankheit und Viehseuchen trugen zu allgemeinen Missernten bei.⁵⁵ Die Getreidepreise stiegen wie gewohnt auf ein Vielfaches an – hatte ein Star Weizen 1841 noch 147 kr gekostet, so waren es 1847 bereits 288 kr.⁵⁶ 1847 war das Getreide so knapp, dass es aus Böhmen importiert werden musste – die Grenzen zu Bayern waren jedoch sowohl für Ein- als auch Ausfuhr von Getreide geschlossen, somit konnten die Lebensmittel nicht auf dieser Transitstrecke geliefert werden. Bewegende Bittschriften der Reuttener an Kaiser Ferdinand verhallten offenbar in den kaiserlichen Kanzleien. Sie hatten ihn gebeten, er möge doch seinerseits die Grenzen zu Bayern öffnen, um damit auch Bayern zur Öffnung seiner Grenzen zu Tirol zu bewegen.⁵⁷ Da das Getreide auf der anderen Seite der Grenze angeblich um 60 bis 70 Prozent billiger war, blühte der Schmuggel. Bis zu vierzig Männer überschritten regelmäßig die Grenzen und überrumpelten die Grenz-wachen. Eine erste Lösung erreichte der Franziskanerpater Accursius Gärtner, der beim bayrischen König Ludwig I. vorsprach und um 24 Scheffel⁵⁸ Roggen, zwölf Scheffel Weizen und vier Scheffel Gerste bat – was er auch erhielt! Auch eine Bürgerdelegation hatte Erfolg: Ludwig gewährte die abgabenfreie Ausfuhr von wöchentlich 1.000

⁵³ Fischer, Hungerjahr 1816/17, S. 12ff. Die Forschungsdiskussion um die Klimarelevanz großer Vulkanausbrüche, insbesondere des Tambora, wird hier ausführlich dargelegt. Die späte Erkenntnis – immerhin konnte eine Auswirkung erst nach 1980 nachgewiesen werden – verwundert doch sehr.

⁵⁴ Während Sinwel sich in seiner Beschreibung der Ernte vor Überschwang kaum zu halten vermag, betont Simeoner das Hochwasser, das Bozen 1817 heimgesucht haben soll; die Ernte sei ausreichend gewesen. Fest steht, dass die Ernte 1817 der Hungersnot ein Ende bereitete.

⁵⁵ Nussbaumer, Vergessene Zeiten, S. 74f.

⁵⁶ Ebd., S. 75.

⁵⁷ Ebd., S. 77.

⁵⁸ Der bayrische Scheffel umfasst ca. 220 Liter.

Scheffeln Getreide ins Außerfern. Diese großzügige Hilfe blieb den Reuttenern im Gedächtnis. Als 1851 der bayrische König nach Reutte zu Besuch kam, wurde er mit großem Jubel willkommen geheißen – ganz im Gegensatz zum Nachfolger Ferdinands, Kaiser Franz Joseph, den die Außerferner in „eisiger Atmosphäre“ empfangen.⁵⁹

5. Hungersnot und Krieg – das 20. Jahrhundert

Einige Entwicklungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts hatten große Fortschritte in der Bekämpfung der Armut und des Hungers gebracht: Die ersten Sozialgesetze waren in Cisleithanien erlassen,⁶⁰ effizientere Anbaumethoden und ertragreichere Getreidezüchtungen verwendet⁶¹ und Erfolge bei der Suche nach Konservierungstechniken erzielt worden. Besonders hervorzuheben ist eine revolutionäre Neuerung im Gütertransport – die Eisenbahn. Sie vereinfachte die Transportmöglichkeiten und verkürzte die Lieferzeiten um ein Vielfaches. Alleine durch den Wegfall der bisher üblichen Straßenzölle wurden Lieferungen um einiges billiger. Der größte Vorteil war jedoch, dass nun schneller auf Versorgungsengpässe reagiert werden konnte. War der Transport von Getreide aus Böhmen nach Tirol 1847 noch eine halbe Weltreise gewesen, voll Risiken und Mühsal, so konnte hier die Eisenbahn zuvor Ungeahntes leisten und innerhalb kürzester Zeit große Mengen an Bedarfsgütern herbeischaffen.

Trotz der technischen und agrarischen Neuerungen und Errungenschaften traten im 20. Jahrhundert in Österreich und besonders in Tirol Hungersnöte auf. Diese waren nun eindeutig vom Menschen verursacht – sie waren direkte oder indirekte Folgen zweier verheerender Weltkriege und von verfehlter Politik.

Der Erste Weltkrieg

„Hunger begleitet als siamesischer Zwilling des Krieges diesen seit je,⁶² meint Josef Nussbaumer und im Falle des Ersten Weltkrieges lässt sich das in der Tat beobachten. Mit Beginn der Kriegshandlungen 1914 setzte in der gesamten Monarchie ein dramatischer Rückgang der agrarischen Produktion ein. In Tirol sank der Weizenertrag in den Jahren 1913–16 von 181.100 auf 109.000 Zentner, die Heu- und Grummeternte halbierte sich beinahe. Noch drastischer fiel der Rückgang bei den dringend notwendigen Lebensmittelimporten aus. Innerhalb von nur vier Jahren seit 1913 waren die Importe

⁵⁹ Nach Nussbaumer, *Vergessene Zeiten*, S. 78f.

⁶⁰ Eingeführt wurden in der „Ära Taaffe“ u. a. Schutzbestimmungen für Kinder und Frauen, ein Krankenkassenwesen, reglementierte Arbeitszeiten. Dazu auch: Kurt Ebert, *Die Anfänge der modernen Sozialpolitik in Österreich*, Wien 1975.

⁶¹ Beispielsweise wurde die Brache über die Einführung neuer Kulturpflanzen und durch einen Fruchtwechselzyklus ersetzt. Vgl. auch: Roman Sandgruber, *Die Agrarrevolution in Österreich*, in: *Österreich-Ungarn als Agrarstaat*, hrsg. v. Alfred Hoffmann, Wien 1978, S. 193–271, hier S. 210f.

⁶² Nussbaumer, *Vergessene Zeiten*, S. 81.

aus Ungarn um drei Viertel zurückgegangen.⁶³ Grund dafür ist in erster Linie eine selbstgefällige und realitätsfremde Militärpolitik, eine verfehlte Agrar- und Preispolitik und rücksichtslose Requisitionen von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Maschinen seitens des Militärs. Im Folgenden eine kleine Auswahl von Gründen für den Einbruch der Lebensmittelproduktion:

Die Mobilisierung und der Arbeitskräftemangel. Hatte sich die Monarchie im Juli 1914 mit der Kriegserklärung an Serbien noch Zeit gelassen, da viele Soldaten auf Ernteurlaub waren, leistete man sich diesen „Luxus“ in der Folge nicht mehr, vielmehr wurde danach getrachtet, den durch die Mobilmachung entstandenen Arbeitskräftemangel durch Vermittlung von Schülern, Studenten, später auch Kriegsgefangenen und -invaliden aufzuwiegen. Die Vorbehalte gegenüber Fremden am Hof dürften aber meist so groß gewesen sein, dass dieser Versuch im wahrsten Sinne des Wortes kaum Früchte einbrachte.⁶⁴

Militär hat Priorität. Die Handelsblockade der Entente zeigte in Tirol nicht nur hinsichtlich der Importe von Kolonialgütern (z.B. Reis) Wirkung, sondern verursachte unter anderem Knappheit bei Kunstdünger. Ammoniakprodukte konnten in der Monarchie nur begrenzt hergestellt werden und diese Ressourcen wurden in erster Linie vom Heer benötigt. Die Produktion von Kunstdüngern wurde hingegen nicht als vorrangig angesehen. In Tirol sank der Verbrauch 1918 auf weniger als die Hälfte des Vorkriegsniveaus, weshalb die Böden wegen der schwachen Düngung einen geringeren Ertrag abwarfen.⁶⁵ In der Not florierten Ersatzprodukte; eifrig wurde Knochenmehl gesammelt, das Kunstdünger jedoch nur unzureichend ersetzen konnte.⁶⁶ Auch bei der Nahrungsversorgung genoss das Militär gegenüber der Zivilbevölkerung Vorteile. Mit reichlich finanziellen Mitteln ausgestattet konnten sie örtliche Preise hinauf treiben, so dass Lebensmittel für die ansässige Bevölkerung unerschwinglich wurden. Oft wurden Lebensmittelvorräte auch kurzerhand beschlagnahmt.⁶⁷ Die Zivilbevölkerung erhielten Lebensmittelkarten und die Bezugsmengen waren streng rationiert,⁶⁸ das Heer erhielt jedoch weiterhin Fleisch.⁶⁹ Auch landwirtschaftliche Maschinen, Leiterwagen und Zugtiere wurden oft formlos und kurzfristig für militärische Zwecke requiriert.⁷⁰

Militärische Manöver im Hinterland. Ein Beispiel für die Rücksichtslosigkeit der selbstherrlichen Militärführung sind Übungsmanöver von Truppen auf bestellten Fel-

⁶³ Gerhard Prassnigger, Hunger in Tirol, in: Tirol und der erste Weltkrieg, hrsg. v. Klaus Eisterer/Rolf Steininger, Innsbruck–Wien 1995, S. 179–210, hier S. 180.

⁶⁴ Prassnigger, Hunger, S. 181.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Nussbaumer, Vergessene Zeiten, S. 88.

⁶⁷ Ebd., S. 89.

⁶⁸ Vgl. dazu: Prassnigger, Hunger, S. 184f.

⁶⁹ Nussbaumer, Vergessene Zeiten, S. 89.

⁷⁰ Prassnigger, Hunger, S. 182.

dern. Das rief jedoch auch Protest hervor. In einem Brief an das k. u. k. Militärkommando beschwert sich der Landeskulturrat für Tirol über diese Vorgangsweise, die „angesichts der bestehenden Verhältnisse gewiß geeignet sein [muß], geradezu Erbitterung hervorzurufen.“⁷¹

Kontraproduktive Preisreglements. Die Politik der Preisregulierungen dürfen sicher als verfehlt bezeichnet werden. Zwar muss man den damals entscheidenden Behörden zugute halten, dass sie wegen fehlendem und später schlechtem Datenmaterial – Landwirte, Gemeinden und Regionen gaben ihre Ernteerträge meist zu niedrig an, um nicht zu viel abliefern zu müssen⁷² – ihre Entscheidungen auf der Basis von schlechten bzw. falschen Statistiken und Schätzungen fällen konnten.⁷³ Die festgelegten Höchstpreise für Getreide waren jedoch viel zu niedrig angesetzt und kaum lukrativ für die Landwirte, während auf der anderen Seite wegen des großen Fleischbedarfs bei der Armee und der gleichzeitigen Heurequirierungen dringender Futtermittelbedarf bestand. Das eigentliche Abfallprodukt Kleie war plötzlich so begehrt, dass der Preis absurderweise über jenem von vollwertigem Getreide zu liegen kam!⁷⁴ In der Folge wurde auch Getreide als Futtermittel verwendet, anstatt es einer hungernden Bevölkerung zu verkaufen, da es sich einfach nicht mehr lohnte. Ähnliches lässt sich für die Milchlieferungen feststellen. Sie gingen innerhalb der Kriegsjahre stark zurück, in Innsbruck von ursprünglich 27.000 Liter auf geschätzte 14.000 Liter pro Tag 1918.⁷⁵ Einerseits fehlten entsprechendes Kraftfutter und geschultes Personal an den Höfen, andererseits waren die Preise am Markt zu niedrig. Bei steigenden Produktions- und Futtermittelkosten verlagerte sich das Engagement der Bauern auf Subsistenzwirtschaft und der weit lukrativeren Produktion von Fett und Käse. Milch konnte als Futtermittel oft rentabler verwendet werden als im Verkauf,⁷⁶ denn wegen eines von der Militärverwaltung erlassenen Kälberschlachtverbots mussten zusätzliche Rinder gefüttert werden. Überdies musste die notwendige Reduktion des Viehstandes vor dem Winter somit oft mit wertvollen Milchkühen bewerkstelligt werden!⁷⁷ Die Höchstpreispolitik hatte aber auch abgesehen von der Eigenproduktion negative Auswirkungen. Der Preis für 100 kg ungarisches Mehl ab dem Bahnhof Innsbruck lag bei 73,82 Kronen, der erlaubte Höchstpreis in Tirol aber bei 73,70 Kronen.⁷⁸ Die Einfuhr von Getreide war somit einfach nicht rentabel.

⁷¹ Zit. n. Nussbaumer, *Vergessene Zeiten*, S. 91.

⁷² Prassnigger, *Hunger*, S. 185.

⁷³ Vgl. dazu auch: Matthias Rettenwander, *Stilles Heldentum? Wirtschafts- und Sozialgeschichte Tirols im Ersten Weltkrieg*, Innsbruck 1997, S. 211.

⁷⁴ Ebd., S. 93.

⁷⁵ Ebd., S. 290.

⁷⁶ Prassnigger, *Hunger*, S. 183.

⁷⁷ Rettenwander, *Heldentum*, S. 292.

⁷⁸ Ebd., S. 200.

Die Folgen waren für alle Bevölkerungsteile schlimm. Am Land fühlten sich die Bauern ausgenutzt und produzierten oft für Preise unter den Selbstkosten. Die Stadtbewohner und Nahrungskonsumenten hingegen kritisierten das „kurzfristige Gewinnstreben“ der Landwirte und appellierten, „im Sinne der christlichen Nächstenliebe die notwendigen Lebensmittel für die von der Preissteigerung besonders betroffenen unteren und mittleren Bevölkerungsschichten zur Verfügung zu stellen.“⁷⁹ 1915 blieb die Ernte weit unter den ohnehin pessimistischen Schätzungen, 1916 wurden die Mehlzuweisungen an die Bezirke um 20% bis 30% gesenkt.⁸⁰ In dieser angespannten Lage erhielten Kinder und strategisch wichtige Personengruppen (Bahnbeamte, Bergarbeiter, etc.) etwas größere Mengen als die restliche Bevölkerung. 1917 führte die Statthalterei Kartoffel- und Getreiderequirierungen durch, um die Innsbrucker mit Nahrungsmitteln versorgen zu können. Die Lage besserte sich dadurch aber kaum. Einsetzende Zerfallssymptome der Monarchie und die zunehmende Abschottung der anderen Kronländer ließen zudem die dringend notwendigen Importe versiegen. Versprochene Lieferungen aus Bayern, Oberösterreich, Ungarn und der Ukraine kamen entweder viel zu spät, nur teilweise oder gar nicht an.⁸¹ Die Versorgung der Stadtbevölkerung lag durchschnittlich bei 40% bis 50%, bei der nichtproduzierenden Landbevölkerung sogar lediglich bei 20% bis 30% der ohnehin niedrig angesetzten Ernährungsquote.⁸² Im Frühjahr 1918 gab es in Innsbruck elf Tage keine Brotversorgung.⁸³ Ab dieser Zeit kam es auch verstärkt zu Demonstrationen, Hungerrevolten und Plünderungen von Lebensmittelmagazinen. Dabei lässt sich feststellen, dass in den Klagen und Vorwürfen gegenüber der Verteilungspolitik stets ein Gefühl der Benachteiligung gegenüber anderen Volksgruppen zum Ausdruck kam. Trentiner Frauen meinten, dass ihnen aus Hass Lebensmittel vorenthalten würden – im Gegensatz zu den ihrer Meinung nach gut versorgten Bewohnern der (deutschsprachigen) Städte Bozen, Meran und Innsbruck.⁸⁴ Ähnliches lässt sich aus der Kufsteiner Gegend vernehmen, wo sich die Leute beschwerten, dass in Wien und Innsbruck die volle Quote ausgegeben worden wäre, und sich fragen, ob denn „die Bevölkerung in Kufstein weniger in [sic!] Kriege geleistet [hat] als Innsbruck und Wien“.⁸⁵ Weit verbreitet war in Tirol die Meinung, Wien habe die stets kaisertreuen und opferbereiten

⁷⁹ Rettenwander, Heldentum, S. 288.

⁸⁰ Ebd., S. 206f.

⁸¹ Ebd., S. 217f.

⁸² Ebd., S.218.

⁸³ Josef Fontana, Vom Neubau bis zum Untergang der Habsburgermonarchie (1848-1918), in: Geschichte des Landes Tirol, Bd. 3: Die Zeit von 1848 bis 1918, hrsg. v. Josef Fontana [u.a.], Bozen-Innsbruck-Wien 1987, S. 492.

⁸⁴ Prassnigger, Hunger, S. 192.

⁸⁵ Bezirkshauptmannschaft Kufstein an die Statthalterei, 21. 8. 1918, zit. n. Prassnigger, Hunger, S. 193.

Tiroler nicht adäquat „belohnt“ sondern vernachlässigt. Stattdessen habe man das Getreide in separatistische slawische Gebiete geliefert.⁸⁶

In der Nachkriegszeit setzten sich die Proteste und die Nahrungsmittelknappheit fort; Plünderungen von Lebensmittelgeschäften und -depots, Überfälle auf Lebensmitteltransporte und Klostermagazine waren dabei keine Seltenheit. Arbeiterorganisationen forderten Maßnahmen gegen die Lebensmittelknappheit, zur Steigerung der Milchzufuhr, zur Bekämpfung des Wuchers, Bestrafung des Schleichhandels und zur gerechten Verteilung der Lebensmittel. Die Mengen auf den Lebensmittelkarten sollten endlich eingelöst werden.⁸⁷ Auch auf dem Land gab es Probleme. Feldfrüchte wurden in der Not vermehrt gestohlen und Äcker dadurch nicht selten verwüstet. Um solche Delikte zu verhindern, wurden Soldaten zur Bewachung von Feldern eingesetzt. Doch selbst vor diesen waren die bewachten Güter nicht sicher; um ihren eigenen Hunger zu stillen, bedienten sie sich an Feldfrüchten und ließen Pferde und Kühe auf den Feldern weiden.⁸⁸ Die Demonstrationen zeigten auch Wirkung. Als am 14. Juli 1919 bei einem Generalstreik Arbeiter zum Landhaus zogen und ihre Forderungen deponierten, gab Landeshauptmann Schraffl bekannt, dass die geforderten Strafverfolgungen bei Lebensmitteldelikten durchgeführt würden,⁸⁹ und auch internationale Aufmerksamkeit wurde Tirol durch die Proteste zuteil. Aus Holland, Deutschland, der Schweiz, Italien und den USA kamen Hilfslieferungen an.⁹⁰ Die Lage blieb jedoch angespannt – vor allem für die ärmere Bevölkerung.

Die Zwischenkriegszeit

Nach 1919 war zwar der Krieg zu Ende, der Hunger blieb vor allem bei ärmeren Schichten bestehen. Die wirtschaftliche Situation in Österreich verschlechterte sich nach einer kurzen Erholungsphase bis 1922 in der Folgezeit rapide, was anhand dreier Punkte und deren Auswirkungen auf die Ernährungssituation ausgeführt werden soll: a) Die Krone erfuhr eine massive Entwertung, während die Reallöhne von Arbeitern stetig sanken; b) die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an; und c) die soziale Absicherung war ungenügend.

Hyperinflation und Reallohnverlust: Bereits während des Ersten Weltkrieges waren die unregelmäßig gestiegenen Lebensmittelpreise um bis auf das Zwanzigfache gestiegen – die Löhne jedoch durchschnittlich nur um das Sechs- bis Achtfache. 1920 erhöhten sich die Preise für einige Bedarfsgegenstände sogar um das Zweihundertfache, während

⁸⁶ Rettenwander, Heldentum, S. 220.

⁸⁷ Nussbaumer, Vergessene Zeiten, S. 101f. Teilweise forderte die hungrige Bevölkerung sogar, wenigstens ein Viertel der eigentlich zustehenden Menge zu erhalten.

⁸⁸ Prassnigger, Hunger, S. 195f.

⁸⁹ Nussbaumer, Vergessene Zeiten, S. 101.

⁹⁰ Ebd., S. 103.

Arbeitern lediglich Lohnsteigerungen um das Zwanzig- bis Dreißigfache, Festbesoldeten sogar um lediglich das Zehn- bis Zwanzigfache gewährt wurden.⁹¹ In jenem Jahr stellten Arbeiterverbände etliche Lohnforderungen an die Arbeitgeber, die auch meist erfüllt wurden. Ab 1921 kann die inflationäre Preisentwicklung tatsächlich als Hyperinflation bezeichnet werden; monatliche Preisanstiege von 60% und mehr belasteten die Bevölkerung schwer. Tatsächlich stieg der Preis für Mehl von 32 Kronen im Jänner 1921 auf 6800 Kronen am Ende des Jahres 1922!⁹² Die Löhne hielten bei diesen Steigerungsraten nicht mit; 1914 hatte ein Tischlergehilfe 29 Kronen erhalten, im Dezember 1923 „stolze“ 331.152 Kronen. Der Realwert verminderte sich in dieser Zeit jedoch. Im Vergleich erhielt er um ca. 5% weniger Brot, 10% weniger Mehl, 60% weniger Eier und um ca. ein Drittel weniger Schweineschmalz und Butter.⁹³ Der Gegenwert für Arbeitskraft war so gering, dass es Familien gab, in welchen neben den Eltern auch die Kinder arbeiteten und die sich trotzdem kaum ein armseliges Essen finanzieren konnten.⁹⁴ Das Wort „Hungerlohn“ darf hier wohl im wahrsten Sinne des Wortes verstanden werden.

Anstieg der Arbeitslosigkeit: Dieses Problem trat nach den Hyperinflationen ab 1925 in noch gemäßigter Form auf. Doch die 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise hinterließ auch in Tirol ihre Spuren. Die Arbeitslosigkeit stieg auf ca. 15% im Jahr 1930⁹⁵ und weiter auf ca. 25% im Jänner 1933.⁹⁶ Grund für die rasant steigenden Arbeitslosenzahlen war die Schließung einer großen Zahl von Fabriken, wobei besonders Branchen wie Zement- und Metallindustrie betroffen waren. Diese konzentrierte sich in Tirol vor allem auf die Gebiete um Wörgl, aber auch Wattens und Schwaz. Im Landtag schilderte ein Wörgler Sozialdemokrat die Situation:

„Unter anderen Gemeinden ist besonders das Industriedorf Kirchbichl im Unterinntal [...] besonders schwer von der Wirtschaftskrise heimgesucht. Z.B. zählt Kirchbichl, das Industriedorf der Perlmooser, heute unter insgesamt 3000 Einwohnern nahezu 400 Arbeitslose, mit den Familienangehörigen sind rund 1000 in den Elendszustand der Arbeitslosigkeit hineingerissen.“⁹⁷

⁹¹ Rettenwander, Heldentum, S. 311.

⁹² Nussbaumer, Vergessene Zeiten, S. 108.

⁹³ Ebd., S. 111, Tabelle 7.

⁹⁴ Die Nahrung bestand im Großen und Ganzen aus verschieden zubereiteten Kartoffeln oder Polenta, sonntags Knödeln, ebd., S. 112.

⁹⁵ Barbara Künz, Aspekte der Arbeitslosigkeit in der Zwischenkriegszeit am Beispiel Tirols, phil. Dipl. Innsbruck 1998, S. 12.

⁹⁶ Ruth Kleon-Praxmarer, Die Tiroler Arbeiterschaft in der Weltwirtschaftskrise, phil. Dipl. Bozen–Innsbruck 1990, S. 61.

⁹⁷ Stenographische Berichte des Tiroler Landtages, 11. Dezember 1931, zit. n. Kleon-Praxmarer, Tiroler Arbeiterschaft, S. 15f.

1932 wurde in Kirchbichl das letzte Werk des dortigen Monopolarbeitgebers Perlmooser AG geschlossen, wodurch dort nahezu sämtliche Arbeiter ohne Beschäftigung waren.⁹⁸

Soziale Abfederung? Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, die keine Unterstützung erhielten, betrug ständig ca. 1500 Personen,⁹⁹ eine Folge der restriktiven Sozialpolitik. Eine Arbeitslosenunterstützung erhielt nach der Bestimmung des vielfach novellierten Arbeitslosenversicherungsgesetzes nur, wer „arbeitslos, arbeitsfähig und arbeitswillig“¹⁰⁰ war. Wer diese Bedingungen erfüllte und bereits zwanzig Wochen gearbeitet hatte, erhielt die Arbeitslosenunterstützung ca. 20 bis 30 Wochen lang. Nach deren Auslaufen konnte um eine außerordentliche Notstandshilfe angesucht werden, für die jedoch besondere Bedürftigkeit nachgewiesen werden musste und die bewusst karitativen Charakter besaß, weshalb es auch keinen Rechtsanspruch gab.¹⁰¹ Als überaus großes Problem, besonders für Tirol, erwies sich die Tatsache, dass lediglich die Hälfte der Arbeitnehmer eine Arbeitslosenversicherung besaßen. Landwirtschaftliche Hilfskräfte waren von der Versicherung ausgeschlossen.¹⁰²

Im Gegensatz zur Hungerkrise im Ersten Weltkrieg, die eine Mangelkrise war, beruht der Hunger in der Zwischenkriegszeit auf sozialen Gegensätzen. Die hungernden Menschen bildeten eine soziale Schicht, die aus dem Teufelskreis von katastrophalen Arbeitsverhältnissen und schlechten Löhnen, Arbeitslosigkeit und mangelhaften sozialstaatlichen Hilfen nicht entkommen und sich meist nur die allernotwendigsten Lebensmittel leisten konnte. Verbraucht wurden in erster Linie Schwarzbrot, Kartoffeln, Mehl, Maisgries, Kaffeersatz und billige Fette. Ca. 40% der Arbeitslosenhaushalte konnten sich gar kein Fleisch leisten, über 80% nicht einmal Butter.¹⁰³ Die täglich verbrauchten Kalorienmengen lagen in Innsbrucker Arbeitslosenhaushalten mit 2.215 unter den vom Völkerbund bestimmten Mindesttagesration von 2.400 Kalorien.¹⁰⁴ Besonders in Großfamilien wurden die Tagessätze unterschritten; bei mehr als fünf Familienmitgliedern blieben lediglich 1724 Kalorien pro Person übrig.¹⁰⁵

⁹⁸ Ebd., S. 16.

⁹⁹ Nussbaumer, *Vergessene Zeiten*, S. 115, Abb. 16.

¹⁰⁰ Otto Winter, *Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe*, Innsbruck 1935, zit. n. Kleon-Praxmarer, *Tiroler Arbeiterschaft*, S. 66.

¹⁰¹ Kleon-Praxmarer, *Tiroler Arbeiterschaft*, S. 66f.

¹⁰² Ebd., S. 72f. Die Schaffung von „rein ländlichen Gemeinden“, die keine Arbeitslosenbeiträge zahlen mussten, war der Grund für den Ausschluss der Landarbeiter. Viele Gemeinden hatten sich, um Geld zu sparen, als „rein ländliche Gemeinde“ gemeldet.

¹⁰³ Ebd., S. 90.

¹⁰⁴ Ebd., S. 91. Mit Kalorien sind damals übliche Nahrungsverbrauchseinheiten (NVE) gemeint; für einen erwachsenen Mann war eine NVE eine Kalorie, für eine erwachsene Frau ca. 0,8-0,86 Kalorien, für Kinder je nach Alter zwischen 0,2 und 0,8 Kalorien, ebd., Anm. 99.

¹⁰⁵ Ebd., S. 92.

Auch diese Hungerkrise ist eine, die vom Menschen verursacht beziehungsweise der zu inkonsequent und nachlässig entgegengetreten wurde. Damit ist sie in Tirol aber nicht die einzige im 20. Jahrhundert; denn auch bei der darauffolgenden – und bis heute vorerst letzten – Hungerkatastrophe ist eindeutig dem Menschen selbst die Schuld zu geben.

Zweiter Weltkrieg und Nachkriegsjahre: Die Hungerproblematik in den Jahren 1942–48

Mit dem Anschluss an Deutschland und den ersten Kriegsjahren ging die Arbeitslosigkeit und damit der Hunger in Tirol stark zurück – für die Kriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten wurden viele Arbeitskräfte gebraucht. Tatsächlich konnte das Regime die Arbeitslosigkeit innerhalb von acht Monaten bis Dezember 1939 auf 2,4% senken. Ein Jahr zuvor war die Arbeitslosigkeit noch bei 24,7% gelegen!¹⁰⁶ In den Monaten Juli und August 1938 sank die Arbeitslosigkeit um jeweils ca. 50% im Vergleich zum Vormonat ab.¹⁰⁷ Im Sommer 1938 trat zudem ein, was keiner zuvor für möglich gehalten hätte: Es herrschte ein Mangel an Facharbeitern! Das deutsche Regime kannte die verheerende Ernährungslage aus dem Ersten Weltkrieg nur zu gut und wusste, dass nicht zuletzt deshalb der Krieg verloren gegangen war; mit einer unzufriedenen, ausgelaugten und rebellischen Bevölkerung war den gemeinsamen Anstrengungen jeglicher Boden entzogen. Dieser Fehler sollte nicht wiederholt werden und das Regime rief zur „Erzeugungsschlacht“ auf.¹⁰⁸

Am 28. August 1939 (drei Tage vor Kriegsbeginn) führten die Nazis eine zentralisierte Lebensmittelwirtschaft ein, wobei die Verteilung und Rationierung der Lebensmittel wie schon im Ersten Weltkrieg mittels entsprechender Karten realisiert wurde.¹⁰⁹ Im Gegensatz zur damaligen Situation konnten die angegebenen Mengen jedoch eingehalten werden. Die Produktionen wurden gezielt gestützt beziehungsweise durch Vorschriften und Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern annähernd auf Vorkriegsniveau gehalten.¹¹⁰ Vor allem musste dazu die Modernisierung der bis dahin äußerst rückständigen und von Kleinbetrieben geprägten Tiroler Landwirtschaft vorangetrieben werden, und zwar auf mehreren Ebenen: Straßen und Seilwege wurden bis in entlegene Gebiete gebaut, der Besitz gefestigt,¹¹¹ um die Bauern an ihren Höfen zu halten. Weiters sollte eine Produktionssteigerung durch die Entschärfung bzw. die Abschaffung von Zöllen und Steuern auf Düngemittel, Futtermittel und landwirt-

¹⁰⁶ Horst Schreiber, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol*, Innsbruck 1994, S. 38.

¹⁰⁷ Ebd., S. 36, Tabelle 7.

¹⁰⁸ Ebd., S. 154.

¹⁰⁹ Nussbaumer, *Vergessene Zeiten*, S. 124.

¹¹⁰ Ebd., S. 124f.

¹¹¹ Unter anderem wurden Maßnahmen zur Entschuldung vorgenommen, da viele Höfe überschuldet waren. Vgl. Schreiber, *Nazizeit*, S. 153f.

schaftliche Maschinen sowie durch Beihilfen und die Förderung von Investitionen stattfinden.¹¹² Bis 1942 funktionierte die Versorgung im Großen und Ganzen recht gut. Doch dann mehrten sich die Beschwerden über die Herabsetzung der Lebensmittelrationen einerseits, über schlechtere Qualität und gestrecktes Brot andererseits. Der Unzufriedenheit trat das Regime mit einer rigoroseren Produktions- und Einfuhrlenkung entgegen und konnte somit noch einmal für eine kurzfristige Entspannung sorgen, was in der Bevölkerung „wesentlich enthusiastischer aufgenommen [wurde] als damalige Sondermeldungen über militärische Erfolge.“¹¹³

Der Grund für den Rückgang der Lebensmittelproduktion¹¹⁴ war im Wesentlichen der sprunghaft angestiegene Arbeitskräftebedarf im nichtagrarischen Sektor. Außerdem waren Landarbeiter eine sozial wie gesellschaftlich benachteiligte Gruppe. Schlechte Wohnverhältnisse, kaum Heiratsmöglichkeiten und die harte und lange Arbeit bei Löhnen, die sich fallweise sogar unter der Arbeitslosenunterstützung befanden,¹¹⁵ machten diese Verdienstmöglichkeit zunehmend unattraktiv. Daher begannen viele, sich nach alternativen Arbeitsplätzen umzusehen, die es in Industrie oder auf den Baustellen gab. Durch die zunehmende Landflucht, stiegen daraufhin die Löhne für Landarbeiter um 30–50% an, was jedoch viele Landwirte wiederum enorm belastete. Bei Bergbauern machten Lohnkosten bereits 40% des Gesamtaufwandes aus, auf der anderen Seite reichten diese Gehälter aber auch nicht aus, die Abwanderungsbewegung zu unterbinden.¹¹⁶ Gauleiter Hofer erkannte das bedrohliche Szenario bereits 1939, als er über die Lage in der Landwirtschaft berichtete:

„Vielfach fehlen heute schon die [...] notwendigen Arbeitskräfte. Dabei werden Löhne gefordert, die der Bauer des Alpenlandes nicht mehr bezahlen kann, ohne von der Substanz zu zehren. Trotzdem liegen die Löhne noch weit unter den Beträgen, die von Industrie und Gewerbe gezahlt werden. Wenn es durch Sofortmaßnahmen nicht gelingt, die Landflucht abzustoppen, ist mit einem bedeutenden Rückgang der Erzeugung, insbesondere der Milchwirtschaft zu rechnen [...].“¹¹⁷

Die Antwort der Nationalsozialisten, die das Problem erkannt hatten, könnte typischer für dieses Regime nicht sein. Zum einen wurde die Propagandamaschinerie ange-

¹¹² Ebd., S. 154.

¹¹³ Schreiber, *Nazizeit*, S. 127.

¹¹⁴ Bedauerlicherweise erwähnt Nussbaumer dies in seinem sonst so hervorragenden Werk „Vergessene Zeiten“ an keiner Stelle; lediglich das Faktum des gerade tobenden Kriegs anzuführen scheint bei einer Arbeit dieses Umfangs zu wenig tief gehend. Schreiber behandelt die Gründe jedoch sehr detailliert.

¹¹⁵ Schreiber, *Nazizeit*, S. 162f.

¹¹⁶ Ebd., S. 163.

¹¹⁷ Gauleiter Hofer an Reichskommissar Knissl, 24. 1. 1939. Archiv der Republik, Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Karton 107/2260/5, zit. n. Schreiber, *Nazizeit*, S. 164.

worfen, das Leben auf dem Land über die Maßen gelobt und an die Pflicht des Bauern gegenüber der „Volksgemeinschaft“ appelliert, da die Arbeit des Bauern und Landarbeiters ein „Ehrendienst am deutschen Volk“ sei.¹¹⁸ Zum anderen wurden Maßnahmen zur spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen von Landarbeitern, wie Erholungsurlaube auf Kosten des Reichs, professionelle Ausbildung in einer Lehre und Zuschüsse für Landarbeiterwohnungen 1939 erlassen.¹¹⁹ In jenem Jahr wurden zur Ernte schließlich u. a. 400 Jungen der Hitlerjugend und 250 Mädchen des Bundes deutscher Mädchen, die in den Schulferien zum Ernteeinsatz und Landdienst gerufen wurden, mobilisiert.¹²⁰ Aber auch 400 Studenten der Universität Innsbruck – ca. 70% aller damals Immatrikulierten – waren im Sommer 1939 auf Ernteeinsatz.¹²¹ Mit Berufswechselverboten, Meldepflicht von Arbeitslosen und ähnlichen Erlässen hatte die NS-Verwaltung wahrscheinlich das brauchbarste Mittel zur Kontrolle des Arbeitsmarktes in der Hand: die Repression.¹²² Trotz der dem Regime bekannten Probleme hatte dieses die Versorgungskapazitäten überschätzt. In den letzten beiden Kriegsjahren sanken die Rationen von den ursprünglichen 2.600 Kalorien pro Person im Jahr 1939 auf 1.700 und weiter auf 1.500 im Jahr 1945, womit die Versorgungslage doch noch besser war als am Ende des Ersten Weltkriegs.¹²³ Die Nazi-Devise der „verbrannten Erde“ wurde auch bei den Lebensmittelvorräten angewandt und, um noch einmal die Bevölkerung für den „Volkssturm“ zu motivieren, die letzten Vorräte aufgebraucht. 1945 stand die Tiroler Bevölkerung nicht nur vor ihren zerbombten Häusern, auch die Lebensmittelversorgung lag in Trümmern.

Die Nachkriegszeit: Die Lage im Sommer 1945 präsentierte sich tatsächlich äußerst kritisch. Die Lebensmittelrationen für Erwachsene betragen etwa 900 Kalorien pro Tag, Jugendliche und Kinder erhielten ca. 1.000,¹²⁴ wobei die Nahrungsmittel zudem noch von schlechter Qualität und unausgewogen waren. Am Speisezettel standen Kartoffel und Brot, ein wenig Fett und Fleisch, dazu Trockeneier und -milch.¹²⁵ Gesundheitliche Auswirkungen der Unterernährung traten vor allem bei Kleinkindern und alten Menschen auf; trotz „allgemeiner Abmagerung“ verkraftete der Durchschnitt der Bevölkerung diese Phase der Unterernährung jedoch ziemlich gut.¹²⁶ Die Eigenversorgungskapazitäten Tirols lagen im Jahr 1945 lediglich bei 440 Kalorien pro Person

¹¹⁸ Schreiber, Nazizeit, S. 164.

¹¹⁹ Schreiber, Nazizeit, S. 165.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Ebd., S. 166.

¹²² Ebd., S. 167.

¹²³ Nussbaumer, Vergessene Zeiten, S. 127.

¹²⁴ Josef Nussbaumer, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Tirols (Tiroler Wirtschaftsstudien 42), Innsbruck 1992, S. 43, Tabelle 6.

¹²⁵ Klaus Eisterer, Hunger und Ernährungsprobleme in Tirol aus der Sicht der französischen Besatzungsmacht 1945/46, in: Österreich und die Sieger: 40 Jahre 2. Republik – 30 Jahre Staatsvertrag, hrsg. v. Anton Pelinka/Rolf Steininger, Wien 1986, S. 189–204, hier S. 197.

¹²⁶ Ebd.

und Tag, was neben dem Arbeitskräftemangel auch an der schlechten Ernte lag, die durch Wetterkapriolen wie z.B. Schneefall im Mai teilweise vernichtet wurde.¹²⁷ Die Folgejahre waren hingegen äußerst trocken, was im Jahr 1947 in einigen Gebieten einen 50%igen Ernteausfall bei Kartoffeln und im Oberinntal sogar einem Ausfall von 75% der Grummeternte bedeutete.¹²⁸ Daneben fehlten besonders Schädlingsbekämpfungs- und Düngemittel. Erschwerend kamen in den ersten Nachkriegsmonaten die Schäden an der (Bahn-)infrastruktur und die schlechte Ernährungslage in großen Teilen Europas hinzu. Die fehlenden Lebensmittel konnten somit nur mühevoll und zu geringen Mengen ins Land gebracht werden. Große Verdienste um die Versorgung der Tiroler Bevölkerung in der Nachkriegszeit leistete der französische Oberkommandierende General Béthouart, dem das Wohlergehen der Bewohner „seiner“ Besatzungszone am Herzen lag. Zuerst scheiterten seine Versuche, Lebensmittel aus der französischen Besatzungszone in Deutschland nach Tirol und Vorarlberg bringen zu lassen, an der Bürokratie der verschiedenen Besatzungsmächte.¹²⁹ Frankreichs Wirtschaft lag darüber hinaus selbst am Boden und konnte eigentlich kaum zusätzliche Reserven mobilisieren. Daher wandte sich Béthouart an die Amerikaner, deren österreichischer Oberkommandierender General Clark im Sommer 1945 zusagte, die französisch besetzten Gebiete bis zum Dezember mitzuversorgen.¹³⁰ Eigentlich sollte Österreich für die Kosten der Nahrungsmittelbeschaffung selbst aufkommen, da die USA österreichische Schillinge jedoch nicht annahmten und Österreich keine Devisen besaß, übernahm Frankreich die Kosten der amerikanischen Lebensmittelimporte von geschätzten 20 Mio. Dollar pro Jahr.¹³¹ Die amerikanische Versorgung des französischen Sektors sollte zwar im Dezember 1945 auslaufen, Béthouart konnte sie aber noch bis Jänner des Folgejahres verlängern. Da aber auch die Monate Februar und März mit diesen Lieferungen bestritten werden mussten, wurden die Kalorienmengen von Dezember bis März stark eingeschränkt.¹³² Die Anstrengungen der französischen Besatzungsmacht geschahen aber nicht nur aus Mitleid und Nächstenliebe; die Franzosen sahen durchaus auch das Konfliktpotential, das in einer steigenden Unzufriedenheit über die Ernährungslage schlummern kann. Als es zu Arbeitsniederlegungen wegen zu geringer Nahrungsversorgung kam, „alarmierte sie das so sehr, daß sie daraufhin alles unternahmen, um eine Erhöhung der Kaloriensätze zu erreichen“.¹³³

Im Frühjahr 1946 übernahm die UN Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) die Nahrungsversorgung aller österreichischen Besatzungszonen, ein

¹²⁷ Nussbaumer, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Tirols, S. 38.

¹²⁸ Nussbaumer, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Tirols, S. 38.

¹²⁹ Eisterer, Ernährungsprobleme 1945/46, S. 192f.

¹³⁰ Ebd., S. 194.

¹³¹ Ebd.

¹³² Ebd., S. 198.

¹³³ Ebd., S. 198.

Umstand, den Österreich der Moskauer Deklaration und der damit verbundenen Streichung von der Liste der feindlichen Staaten zu verdanken hatte. Allerdings besserte sich die Versorgung nicht wirklich und die Kaloriensätze für Normalverbraucher schwankten nach wie vor zwischen 1.000 und 1.200 Kalorien,¹³⁴ was großen Unmut unter den Tirolern auslöste. Die UNRRA mache viel Propaganda, fahre nur herum, verteile jedoch nichts, so die verbreitete Meinung.¹³⁵ Im Sommer 1946 wurde die Koordinierung der Lebensmittelpolitik gesamtösterreichisch vom Bundesminister für Volksernährung übernommen. Die Lebensmittelbewirtschaftung – also Vorschriften von Kontingenten für Bauern, Ausgabe mittels Karten und Festsetzung von Preisen – war zwar in den ersten Nachkriegsjahren unumgänglich, wurde aber seit 1948 eher zum Klotz am Bein einer sich erholenden Landwirtschaft. So sanken oft mit dem Ende der „Bewirtschaftung“ von bestimmten Lebensmitteln die Preise erheblich und das Angebot stieg sogar an!¹³⁶

Erst in den Jahren 1949/50 kann von einer Normalisierung der Lebensmittelversorgung gesprochen werden. 1949 endete die Bewirtschaftung von Brot, Anfang der 1950er Jahre gab es vor allem noch Knappheit an Fetten. Butter war erst ab 1952 in ausreichenden Mengen vorhanden.¹³⁷ Seit dieser Zeit jedoch leben die Tiroler ohne Mangel, mehr noch, seit 1950 erleben sie eine nie dagewesene Epoche des Überflusses.

Teil II: Die Rolle der Hungersnöte in Darstellungen der Tiroler Geschichte

Wie auf den vorangegangenen Seiten erläutert wurde, hat quer durch die Geschichte nichts so sehr den Alltag vieler Tiroler bestimmt und geprägt, wie die Sorge um die Beschaffung des „täglichen Brots“. Dennoch scheint die Thematik in Geschichtswerken kaum präsent, solange man nicht ein Buch wie „Vergessene Zeiten“ in die Hände bekommt. Die Hungersnöte des 20. Jahrhunderts dürften noch am ehesten im kollektiven Bewusstsein verblieben sein, doch die Zeit davor wird meist von großen Persönlichkeiten – Landeshelden wie Landesfürsten – und großen politischen Ereignissen überstrahlt. Der Reichtum des Landes durch Silber- und Erzabbau und die „großen Söhne“, die Tirol in Kunst, Kultur und Wissenschaft hervorgebracht haben werden gerühmt und das Landlibell und Kaiser Maximilian glorifiziert. All das muss auch seinen Platz einer umfassenden Geschichtsdarstellung Tirols haben, aber sollte die Lebensweise der „gemeinen Tiroler“ im Mittelalter, 16. Jahrhundert, in der Zwischenkriegszeit nicht ebenso behandelt werden? Vielleicht fällt dabei auf, dass die Vergangenheit nicht nur glorreich war, nicht nur ein Zeitalter, als es noch Helden gab,

¹³⁴ Ebd., S. 200.

¹³⁵ Nussbaumer, *Vergessene Zeiten*, S. 131.

¹³⁶ Vgl. dazu: Nussbaumer, *Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Tirols*, S. 3957 und ein konkretes Beispiel: Die Bewirtschaftung von Eiern und deren ungewollte Folgen – auch bei Eiern fiel der Preis nach dem Ende der Bewirtschaftung, ebd., S. 42.

¹³⁷ Ebd., S. 45f.

sondern auch eines, in dem der tägliche Kampf ums Überleben in harter Arbeit und ärmlichsten Verhältnissen fernab jeglicher Romantik Normalität war.

Auf den folgenden Seiten werden einige Tiroler Geschichtsdarstellungen daraufhin untersucht, welchen Platz die Sozialgeschichte, und im Speziellen der Hunger einnimmt, wobei sehr unterschiedliche, neuere und ältere, umfassende und kurze Werke herangezogen wurden:

Alois Lechthaler: *Geschichte Tirols* (1980), ein vielfach neuaufgelegtes Werk von ca. 150 Seiten in sprachlich unterhaltsamem Stil verfasst. Ein weiteres relativ kompaktes Buch mit 300 Seiten ist Josef Riedmanns *Geschichte Tirols* (1988b). Vielfach als *das* Standardwerk zur Tiroler Geschichte angesehen¹³⁸ ist die vierbändige „Geschichte des Landes Tirol“ (1986), wobei sich den einzelnen Epochen unterschiedliche renommierte Historiker gewidmet haben. Folgende Kapitel werden untersucht: Josef Riedmann: *Das Bundesland Tirol (1918–1970)*; Josef Fontana: *Vom Neubau bis zum Untergang der Habsburgermonarchie (1848–1918)*; Josef Fontana: *Von der Restauration bis zur Revolution*; Georg Mühlberger: *Absolutismus und Freiheitskämpfe*; Rudolf Palme: *Frühe Neuzeit*. Ein in Tirol verbreitetes Werk – es liegt bereits die 10. Auflage vor – der jüngeren Vergangenheit ist Michael Forchers *Tirols Geschichte in Wort und Bild* (2006). Für das 20. Jahrhundert schließlich ist vor kurzem eine umfassende Monografie erschienen: Michael Gehler: *Tirol im 20. Jahrhundert – vom Kronland zur Europaregion* (2009). Die Liste ist natürlich in keinster Weise vollständig, gibt aber einen guten Querschnitt von verbreiteten Standardwerken ab.

1. Mittelalter und frühe Neuzeit

Erwähnungen schlechter Ernährungslagen im Mittelalter in Tirol sind in den gesichteten Werken äußerst selten. Erst die Probleme des 16. Jahrhunderts fanden Einzug in die Geschichtsdarstellungen. **Lechthaler** spricht „Hochwasserkatastrophen im Wipptal, ausgesprochene Mißernten, Ausbruch von Seuchen und Hungersnöten in einzelnen Landesteilen und Erdbeben“ an, die „eine gedrückte Stimmung“ geschaffen hätten.¹³⁹ Die Getreideknappheit wird an späterer Stelle kurz in Zusammenhang mit den notwendigen Importen aus Bayern und dem politischen Druckmittel der Getreidesperren thematisiert.¹⁴⁰ Über das Jahr 1622 meint er im Zusammenhang mit den Auswirkungen des 30jährigen Kriegs auf Tirol, dass die Tiroler „für Bargeld weder

¹³⁸ Vgl. dazu: Literaturverzeichnis in: Michael Forcher, *Tirols Geschichte in Wort und Bild*, Innsbruck–Wien ¹⁰2006, S. 437. Die Geschichte sei wohl die „aktuellste, ausführlichste und verlässlichste Darstellung und jedermann zu empfehlen.“ Außerdem ist es die einzige mit vollständigem wissenschaftlichem Apparat, also insbesondere Endnoten, die bei allen anderen fehlen.

¹³⁹ Alois Lechthaler, *Geschichte Tirols*, Innsbruck-Wien ⁴1980, S. 74.

¹⁴⁰ Ebd., S. 80.

Getreide noch Fleisch, weder Schmalz noch Wein erhalten“ hätten.¹⁴¹ Die Preise der Lebensmittel hätten sich verdoppelt und verdreifacht, während die Löhne niedrig geblieben seien, was eine starke Verarmung des Landes hervorgerufen hätte.¹⁴² **Riedmann** widmet in seiner „Geschichte Tirols“ zu jeder Epoche ein Unterkapitel der Wirtschaftsentwicklung und den sozialen Verhältnissen, wobei vor allem auf die wirtschaftlichen Entwicklungen eingegangen wird, der Bogen aber durchaus zur Sozialgeschichte gespannt wird. So führt er die Übervölkerung in den ländlichen Gebieten in Zusammenhang mit der Realteilung und den dadurch entstehenden sozialen Schwierigkeiten an,¹⁴³ aber auch die stark wachsende Bevölkerung in den Bergbauzentren. Die Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln habe nicht immer zu deren Zufriedenheit funktioniert.¹⁴⁴ Die Landwirtschaft sei auf Selbstversorgung ausgerichtet gewesen, weshalb der Bevölkerungsanstieg Tirol von Lebensmittelimporten abhängig gemacht habe. Die Tiroler Regierung jedoch „trachtete mit einigem Erfolg danach, [...] sich abzeichnenden Notsituationen entgegenzuwirken.“¹⁴⁵ **Forcher** erwähnt die Probleme, die mit der Blüte des Bergbaus einhergingen, mit keinem Wort. Die Abhängigkeit Tirols von Lebensmittelimporten findet in einem Nebensatz im Zusammenhang mit dem daraus entstehenden unliebsamen Kapitalabfluss ins Ausland Platz in diesem Werk.¹⁴⁶ Ein Hinweis auf die Armut, die in Tirol zu dieser Zeit herrschte, ist auch noch in einem Abschnitt über Auswanderung und Saisonarbeit zu entdecken.¹⁴⁷ Dafür finden wir bei **Palme** sogar eine Doppelseite,¹⁴⁸ die sich mit Bevölkerungsfuktuation und explizit mit Hunger im 16. Jahrhundert beschäftigt. Der Zusammenhang zwischen Auswanderung wegen der Übervölkerung, Getreidemangel und das Problem der steigenden Getreidepreise sowie die Sonderposition des Vinschgaus als Kornkammer, die Einfuhrpolitik der Regierung, die Ausfuhrverbote und die Wucherkontrolle werden hier schlüssig erläutert. Schließlich behandelt **Palme** noch namentlich die Hungersnöte der Jahre 1568/69 bzw. 1571 und die Explosion der Getreidepreise. Auch in den darauffolgenden Kapiteln über die Landwirtschaft und vor allem in jenem über den Niedergang des Bergbaus werden Aspekte gestreift, die in dieser Arbeit behandelt wurden.¹⁴⁹ An späterer Stelle wird die im 17. Jahrhundert „jetzt schon sehr galoppierende Inflation“ angeführt, allerdings unter dem Blickwinkel der Bauern, die darunter kaum zu leiden hatten, da sie sich zum großen Teil selbst

¹⁴¹ Ebd., S. 84.

¹⁴² Lechthaler, *Geschichte Tirols*, S. 84.

¹⁴³ Josef Riedmann, *Geschichte Tirols*, Wien ²1988, S. 131.

¹⁴⁴ Ebd., S. 126.

¹⁴⁵ Ebd., S. 130.

¹⁴⁶ Forcher, *Tirols Geschichte*, S. 183.

¹⁴⁷ Ebd., S. 186.

¹⁴⁸ Rudolf Palme, *Frühe Neuzeit*, in: *Geschichte des Landes Tirol*, Bd. 2: Die Zeit von 1490 bis 1848, hrsg. v. Josef Fontana/Rudolf Palme/Josef Riedmann [u.a], Bozen-Innsbruck-Wien 1986, S. 3–289, hier S. 116f.

¹⁴⁹ **Palme**, *Frühe Neuzeit*, S. 123f.

versorgten.¹⁵⁰ Die Inflation thematisiert Palme noch einmal in einem eigenen Kapitel. In diesem werden gleich mehrere Gründe für die Preisexplosion im 17. Jahrhundert angeführt: die Münzsteigerung von 1622, die Importprobleme, das Profitstreben von Händlern, Wirten und Bäckern. Auch die Lösungsversuche der Landesregierung werden behandelt: Teilweise wurden Löhne in Naturalien beglichen, (kaum wirksame) Höchstpreise erlassen und Münzen neu geprägt, um die Währung zu stabilisieren, Getreide aus Bayern, Ostösterreich oder Kärnten importiert. Auch die Selbsthilfe der Bevölkerung, die beispielsweise im Oberinntal auf Tauschhandel umstieg, führt Palme an.¹⁵¹ **Mühlberger**, der im selben Sammelband die Zeit von 1665 bis 1814 behandelt, beschäftigt sich ebenfalls eingehend mit den sozialen Problemen und Verhältnissen: einerseits mit den Folgen der Kriege der Habsburger in Form von Truppendurchzügen und Lebensmittelteuerungen,¹⁵² andererseits mit der generellen Verarmung des Landes, die mit dem Niedergang des Bergbaus einherging. Da heißt es: „Zu wiederholten Malen, von Ständen und auch von den Regierungsorganen, wurde Tirol als armes Land bezeichnet.“¹⁵³ Mühlberger streicht ebenfalls noch einmal heraus, dass die Tiroler Landwirtschaft nicht in der Lage gewesen sei, die Bevölkerung zu ernähren und führt auch einige Gründe dafür an.¹⁵⁴

2. Späte Neuzeit

Die Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts bleibt bei **Riedmann** beinahe unberührt.¹⁵⁵ **Lechthaler** hingegen erwähnt auf wenigen Zeilen zumindest die Hungerkatastrophe von 1817 und die Einführung der Kartoffel als großen Fortschritt in der Volksernährung.¹⁵⁶ Die sozialgeschichtlichen Ausführungen von **Fontana**, der in der bereits genannten „Geschichte des Landes Tirol“ den Zeitabschnitt von 1814 bis 1848 behandelt, fallen weitaus dürftiger aus als jene von Palme und Mühlberger. So ist schon bezeichnend, dass Fontana im Gegensatz zu diesen beiden kein eigenes Kapitel der Sozialgeschichte widmet; lediglich die wirtschaftliche Entwicklung dieser Zeit findet Eingang in seine Darstellung. Dennoch erwähnt Fontana zumindest die Hungersnot von

¹⁵⁰ Ebd., S. 195.

¹⁵¹ Palme, Frühe Neuzeit, S. 210f.

¹⁵² Georg Mühlberger, Absolutismus und Freiheitskämpfe, in: Geschichte des Landes Tirol, Bd. 2: Die Zeit von 1490 bis 1848, hrsg. v. Josef Fontana/Rudolf Palme/Josef Riedmann et al., Bozen–Innsbruck–Wien 1986, S. 290–582, hier S. 339.

¹⁵³ Ebd., S. 404.

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Kapitel Wirtschaftsentwicklung Riedmann, Geschichte Tirols, S. 203–206. Warum Riedmann die Sozialgeschichte in diesem Jahrhundert in Tirol im Gegensatz zu allen anderen Epochen weglässt, ist eigentlich nicht nachvollziehbar.

¹⁵⁶ Lechthaler, Geschichte Tirols, S. 122.

1817 – zwar zuerst nur kurz in einem Nebensatz,¹⁵⁷ später jedoch im Kapitel über Land- und Forstwirtschaft etwas ausführlicher: „außergewöhnliche Kälteeinbrüche, Fröste und Schneefälle“ hätten die Ernte zwischen 1814 und 1817 fast zur Gänze vernichtet.¹⁵⁸ In der Folge wird auf die bekannten Probleme der Realteilung, alternative Verdienstmöglichkeiten der Bauern, Auswanderung, verschiedene Ackerwirtschaften und den Aufstieg der Kartoffel als Volksnahrungsmittel eingegangen. Am Ende dieser Ausführungen stellt Fontana noch einmal fest, dass Tirol „trotz seiner Vielfalt an Kulturen und Wirtschaftsformen [...] im Vormärz als ein armes Land [galt]. Der Not hätte einigermäßen begegnet werden können [...]“.¹⁵⁹

3. Das 20. Jahrhundert

Lechthaler beschreibt die Situation der Soldaten im Ersten Weltkrieg, die „bei brennendem Durst und mangelhafter Versorgung mit Lebensmitteln“ einem mächtigen Feind entgegengerückt seien.¹⁶⁰ Über den Hunger als kriegsentscheidendes Problem lässt er sich nur insofern aus, dass er die Blockade der Entente in diesem Zusammenhang erwähnt.¹⁶¹ Die Nahrungsmittelknappheit um 1945 ist **Lechthaler** gerade ein kurzer Satz wert.¹⁶² **Riedmann** führt die Diskrepanz zwischen Löhnen und Nahrungsmittelpreisen sowie die Kürzung der Nahrungsrationen an, was zu Hungerdemonstrationen und Streiks geführt habe.¹⁶³ Für die Zeit des Zweiten Weltkriegs spricht er zwar die soziale und wirtschaftliche Not allgemein recht ausführlich an, die angespannte Ernährungssituation benennt er nur kurz.¹⁶⁴ Im Gegensatz zur Neuzeit ist die Hungerproblematik zur Zeit des Ersten Weltkriegs bei **Fontana** hervorragend dokumentiert, ja sogar in so ausführlicher und umfassender Weise, dass das Kapitel über „Kriegswirtschaft und Ernährungsprobleme“¹⁶⁵ fast als alleinige Literaturgrundlage für das Kapitel in dieser Arbeit dienen hätte können. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, die Rücksichtslosigkeit der Militärs, Einführung des Mischbrots, Meinungsverschiedenheiten zwischen Städtern und Bauern, Flurdiebstähle, das „System der Systemlosigkeit“¹⁶⁶ des Wiener Wirtschaftsministeriums, das von Willkür, Schlamperei und Unvermögen dominiert war und die katastrophalen Folgen

¹⁵⁷ Josef Fontana, Von der Restauration bis zur Revolution, in: Geschichte des Landes Tirol, Bd. 2: Die Zeit von 1490 bis 1848, hrsg. v. Josef Fontana/Rudolf Palme/Josef Riedmann [u.a.], Bozen-Innsbruck-Wien 1986, S. 583–760, hier S. 632.

¹⁵⁸ Fontana, Restauration bis Revolution, S. 634.

¹⁵⁹ Fontana, Restauration bis Revolution, S. 637.

¹⁶⁰ Lechthaler, Geschichte Tirols, S. 137.

¹⁶¹ Ebd., S. 136.

¹⁶² Ebd., S. 147.

¹⁶³ Riedmann, Geschichte Tirols, S. 199.

¹⁶⁴ Ebd., S. 235.

¹⁶⁵ Fontana, Monarchie, S. 486–493.

¹⁶⁶ Ebd., S. 493.

für die Tiroler Ernährungssituation – all dies und noch viel mehr wird hier in vorbildlicher Weise für den Leser aufbereitet.

In den Kapiteln über das 20. Jahrhundert findet man nun auch bei **Forcher** einige Hinweise auf Hungerzeiten. Zu Ende des Ersten Weltkrieges habe wegen knappen Lebensmitteln „ein Großteil der Bevölkerung in drückender Not“ gelebt,¹⁶⁷ Soldaten seien „demoralisiert und hungrig“ von der Südwestfront gekommen.¹⁶⁸ Die Ernährungslage und die allgemein schlechte Lage der Nachkriegszeit sei ein Grund für Anschlussforderungen an Deutschland gewesen¹⁶⁹ – mehr ist an dieser Stelle nicht zu erfahren. Bezüglich der Lage im Zweiten Weltkrieg schreibt Forcher über das Jahr 1942, niemand habe echten Hunger leiden müssen.¹⁷⁰ Die schlechte Lage in den Folgejahren geht in den Beschreibungen der Bombenangriffe unter. Lediglich auf die Not der Nachkriegsjahre wird noch einmal eingegangen, nahezu beiläufig heißt es zuerst: „die amerikanische [...] Lebensmittelhilfe und die [...] der Vereinten Nationen (UNRRA) waren entscheidend.“¹⁷¹ Einen Absatz darunter ist dann doch noch von einer „katastrophale[n]“ Ernährungslage die Rede.¹⁷²

Knapp, aber durchaus sinnvoll und schlüssig behandelt **Gehler** die Versorgungslage während des Ersten Weltkriegs.¹⁷³ Alle wichtigen Punkte werden angeführt, besonders auf das Versagen der Behörden der Monarchie und das Gefühl der Benachteiligung im Trentino wird hingewiesen. Ernährungsfragen während der Naziherrschaft lässt Gehler gänzlich weg; lediglich die Versorgung nach dem Krieg ist ihm einige Sätze wert. Zwar lässt er die Verdienste der selbst angeschlagenen französischen Besatzungsmacht in dieser Hinsicht weg,¹⁷⁴ aber er schildert doch die täglichen Sorgen der Nachkriegszeit – zermürbendes Schlange-Stehen, Hamstern, Schleichhandel usw. – auf einer Seite.¹⁷⁵

Riedmann hat 1988 nicht nur die Monografie über die gesamte Geschichte Tirols herausgegeben, sondern auch den Beitrag zur umfangreichen „Geschichte des Landes Tirol“ über den Abschnitt 1918-1970 und das Bundesland Tirol geliefert. In dieser umfangreichen Abhandlung – sie umfasst ca. 700 Seiten – spricht er auch ausführlich und in eigenen Kapiteln die soziale Entwicklung und insbesondere die Ernährungs-

¹⁶⁷ Forcher, Tirols Geschichte, S. 299.

¹⁶⁸ Ebd., S. 301.

¹⁶⁹ Forcher, Tirols Geschichte, S. 309.

¹⁷⁰ Ebd., S. 354.

¹⁷¹ Ebd., S. 370.

¹⁷² Ebd.

¹⁷³ Michael Gehler, Tirol im 20. Jahrhundert – vom Kronland zur Europaregion, Innsbruck ²2009, S. 51ff. Zweieinhalb Seiten für diese Thematik in einem derart umfangreichen Werk (500 Seiten) über die Geschichte des 20. Jahrhunderts sind dennoch ein wenig dürftig.

¹⁷⁴ Kapitel über französische Besatzung in Gehler, Tirol im 20. Jahrhundert, S. 234ff.

¹⁷⁵ Ebd., S. 240.

situation an, wie zum Beispiel die Not in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg,¹⁷⁶ Arbeitslosigkeit¹⁷⁷ und die Probleme der Landwirtschaft,¹⁷⁸ sowie die Aufrufe der Nazis, Lebensmittel zu sparen,¹⁷⁹ die Landflucht¹⁸⁰ sowie recht umfangreich die Versorgung nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Besatzungsmächte.¹⁸¹

4. Hunger – nur ein Nebenschauplatz der Tiroler Geschichte?

Die Durchsicht der ausgewählten Werke zur Tiroler Geschichte bestätigt eigentlich die Vermutung, dass der Geschichte des Hungers meist nur der Stellenwert einer Randnotiz eingeräumt wird. Die umfangreiche mehrbändige Ausgabe zur „Geschichte des Landes Tirol“ liefert noch eine hinreichend ausführliche Sozialgeschichte und Geschichte des Hungers mit. Doch bereits der ebenfalls nicht gerade kleine Bildband „Tirols Geschichte in Wort und Bild“ und Gehlers „Tirol im 20. Jahrhundert“ enttäuschen diesbezüglich auf der ganzen Linie. Die beiden kürzeren Gesamtdarstellungen der Geschichte Tirols von Riedmann und Lechthaler untermauern lediglich, was bei den beiden ebengenannten deutlich wird. Die Sozialgeschichte und insbesondere die Geschichte des Hungers wird gerne übergangen, vermutlich mit der Absicht, das am wenigsten Wichtige wegzulassen, um den Rahmen kompakter Darstellungen nicht zu sprengen.

Es ist durchaus wichtig, dass regionale Wirtschafts- und Politikgeschichte geschrieben und immer wieder neu geschrieben wird. Im Falle Tirols ist dies auch ausreichend oft geschehen. Dennoch sollte die Leserschaft nach der Lektüre einer allgemeinen, umfassenden Geschichte Tirols eine Idee davon haben, mit welchen heute unvorstellbaren Alltagssorgen die Menschen des Landes Tirol noch bis vor 60 Jahren nicht selten zu kämpfen hatten! Ein kurzer Hinweis, Tirol habe als armes Land gegolten, kann doch nicht die Not und das Elend tausender hungriger Menschen vor Augen führen! Eine allgemeine, umfassende Geschichte Tirols hat die Pflicht, auch auf diese Umstände hinzuweisen. Ein erster Schritt in diese Richtung, Geschichte der Armut, des Hungers, des alltäglichen Lebens noch mehr in das Bewusstsein auch der (Regional-)Historiker zu heben mag eine umfassende Sozialgeschichte des Landes Tirol liefern, die ein Desiderat der Forschung darstellt und deren Abfassung eine große

¹⁷⁶ Josef Riedmann, Das Bundesland Tirol (1918-1970), in: Geschichte des Landes Tirol, Bd. 4/II: Die Zeit von 1918 bis 1970, hrsg. v. Josef Fontana/Rudolf Palme/Josef Riedmann et al., Bozen–Innsbruck–Wien 1988, S. 777–1463, hier S. 804–807, 909f.

¹⁷⁷ Ebd., S. 914f.

¹⁷⁸ Ebd., S. 916–921. Er behandelt hierbei noch einmal die Folgen der zentralen Bewirtschaftung nach 1918.

¹⁷⁹ Riedmann, Bundesland Tirol, S. 1068.

¹⁸⁰ Ebd., S. 1155.

¹⁸¹ Ebd., S. 1199, 1206 und 1254-1257.

Lücke schließen würde. Das hier vielzitierte Werk „Vergessene Zeiten“ von Josef Nussbaumer kann vielleicht ein Ansporn sein, noch genauer hinzusehen.

Schluss

Hunger ist leider kein Nebenschauplatz, keine Randnotiz der Tiroler Geschichte, sondern durchzieht diese wie ein roter Faden; oft unbemerkt Randgruppen, oft die Konsumenten in Form astronomischer Preise, oft die gesamte Bevölkerung in Naturkatastrophen, Kriegen und verfehlter und selbstherrlicher Politik treffend, er ein steter Begleiter vieler Tiroler, ein Begleiter, der sich seit 60 Jahren in unseren Breiten praktisch verabschiedet hat, ein Begleiter, der deshalb fast in Vergessenheit geraten ist.

Leider ist der Hunger aber auf der Welt noch immer zugegen und in Regionen mit Mangelversorgung kann man nach wie vor beinahe dieselben Ursachen und Mechanismen beobachten, wie sie auch bei früheren Hungersnöten in Tirol zum Tragen kamen. Die Welt muss sich diesem Problem stellen, damit es auch in diesen Ländern der Vergangenheit angehören kann. Die Historikerzunft jedoch kann ihren Teil dazu beitragen, indem sie vergangene Hungersnöte analysiert und die Wirkungen politischer und militärischer Entscheidungen, klimatischer Gegebenheiten und Naturkatastrophen näher untersucht und entsprechende Schlüsse zieht. Ein großer Auftrag, aber heute ist er dringlicher als je zuvor.

Literatur

Camporesi, Piero, Das Brot der Träume. Hunger und Halluzinationen im vorindustriellen Europa, Frankfurt am Main 1990.

Ebert, Kurt, Die Anfänge der modernen Sozialpolitik in Österreich, Wien 1975.

Eisterer, Klaus, Hunger und Ernährungsprobleme in Tirol aus der Sicht der französischen Besatzungsmacht 1945/46, in: Österreich und die Sieger: 40 Jahre 2. Republik – 30 Jahre Staatsvertrag, hrsg. v. Pelinka, Anton/Steininger, Rolf, Wien 1986, S. 189–204.

Fischer, Josef, Studien zur Getreidepolitik Tirols im 16. Jahrhundert, in: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche* 42 (1918), Heft 3/4, S. 115–134.

Fischer, Josef, Tirols Getreidepolitik von 1527 bis 1601, Innsbruck 1919.

Fischer, Klaus, Das Hungerjahr 1816/17 in Tirol und der Ausbruch des Vulkans Tambora. Ein Beispiel der Wirksamkeit großer Vulkanausbrüche auf das Klimasystem Erde, in: *Der Schlern* 73 (1999), Heft 1, S. 5–22.

Fontana, Josef, Von der Restauration bis zur Revolution, in: Geschichte des Landes Tirol, Bd. 2: Die Zeit von 1490 bis 1848, hrsg. v. Fontana, Josef/Palme, Rudolf/Riedmann Josef [u.a.], Bozen-Innsbruck-Wien 1986, S. 583–760.

Fontana, Josef, Vom Neubau bis zum Untergang der Habsburgermonarchie (1848–1918), in: Geschichte des Landes Tirol, Bd. 3: Die Zeit von 1848 bis 1918, hrsg. v. Fontana, Josef/Palme, Rudolf/Riedmann Josef [u.a.], Bozen-Innsbruck-Wien 1987, S. 3–529.

Forcher, Michael, Tirols Geschichte in Wort und Bild, Innsbruck-Wien ¹⁰2006.

Gehler, Michael, Tirol im 20. Jahrhundert. Vom Kronland zur Europaregion, Innsbruck ²2009.

Kleon-Praxmarer, Ruth, Die Tiroler Arbeiterschaft in der Weltwirtschaftskrise, phil. Dipl. Bozen-Innsbruck 1990.

Künz, Barbara, Aspekte der Arbeitslosigkeit in der Zwischenkriegszeit am Beispiel Tirols, phil. Dipl. Innsbruck 1998.

Lechthaler, Alois, Geschichte Tirols, Innsbruck-Wien ⁴1980.

Mühlberger, Georg, Absolutismus und Freiheitskämpfe, in: Geschichte des Landes Tirol, Bd. 2: Die Zeit von 1490 bis 1848, hrsg. v. Fontana, Josef/Palme, Rudolf/Riedmann Josef [u.a.], Bozen-Innsbruck-Wien 1986, S. 290–582.

Millman, Sara/Kates, Robert W., Towards Understanding Hunger, in: Hunger in History, hrsg. v. Newman, Lucile F., Oxford 1990, S. 3–24.

Nussbaumer, Josef, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Tirols (Tiroler Wirtschaftsstudien 42), Innsbruck 1992.

Nussbaumer, Josef, Als ein Vulkanausbruch (1815) bei den „Antipoden“ zu einer Hungersnot (1816/17) in Tirol führte, Innsbruck 1996.

Nussbaumer, Josef, Vergessene Zeiten in Tirol. Lesebuch zur Hungergeschichte einer Europäischen Region, Innsbruck–Wien–München 2000.

Nussbaumer, Josef/Rüthemann, Guido/Imfeld, Al, Schwere Hungerkatastrophen seit 1845 (Geschichte & Ökonomie 13), Innsbruck–Wien–München 2003

Palme, Rudolf, Frühe Neuzeit, in: Geschichte des Landes Tirol, Bd. 2: Die Zeit von 1490 bis 1848, hrsg. v. Fontana, Josef/Palme, Rudolf/Riedmann Josef [u.a.], Bozen-Innsbruck-Wien 1986, S. 3–289.

Prassnigger, Gerhard, Hunger in Tirol, in: Tirol und der Erste Weltkrieg, hrsg. v. Eisterer, Klaus/Steininger, Rolf, Innsbruck-Wien 1995, S. 179–210.

Rettenwander, Matthias, *Stilles Heldentum? Wirtschafts- und Sozialgeschichte Tirols im Ersten Weltkrieg*, Innsbruck 1997.

Riedmann, Josef, *Das Bundesland Tirol (1918-1970)*, in: *Geschichte des Landes Tirol*, Bd. 4/II: *Die Zeit von 1918 bis 1970*, hrsg. v. Fontana, Josef/Palme, Rudolf/Riedmann Josef [u.a.], Bozen-Innsbruck-Wien 1988, S. 777–1463.

Riedmann, Josef, *Geschichte Tirols*, Wien ²1988.

Rottleuthner, Wilhelm, *Alte lokale und nichtmetrische Gewichte und Maße und ihre Größen nach metrischem System*, Innsbruck 1985.

Sandgruber, Roman, *Die Agrarrevolution in Österreich*, in: *Österreich-Ungarn als Agrarstaat*, hrsg. v. Alfred Hoffmann, Wien 1978, S. 193–271.

Schreiber, Horst, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol*, Innsbruck 1994.

Simeoner, Andreas, *Die Stadt Bozen*, Bozen 1890.

Sinwel, Rudolf, *Das Hungerjahr 1816/17*, in: *Tiroler Heimatblätter* 16 (1938), S. 198–200.

Veits-Falk, Sabine, *„Zeit der Noth“. Armut in Salzburg 1803–1870*, Salzburg 2000.

Ziegler, Jean, *Wie kommt der Hunger in die Welt? Ein Gespräch mit meinem Sohn*, München 2000.

Florian Baumgartner ist Lehramtsstudent der Geschichte und Mathematik und Masterstudent der Technischen Mathematik an der Universität Innsbruck.

F.Baumgartner@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Florian Baumgartner, *Hungersnöte in Tirol und ihre Bedeutung in Tiroler Geschichtsdarstellungen*, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 245–275, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Josephinische Kirchenreform in Vorderösterreich. Die Reaktion der Vorarlberger Bevölkerung

Tobias Bilgeri

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: Dr.ⁱⁿ Ellinor Forster

eingereicht im Semester: SS 2009

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiterin: sehr gut

Abstract

The church reforms of Joseph II in Vorderösterreich. The reaction of the people in Vorarlberg

The following proseminar-paper is about the church reforms of Joseph II and the reaction of the people in Vorderösterreich. The paper examines peoples resistance against these reforms. It will especially have a focus on the reasons why people were unsatisfied. In addition to that the paper deals with the means of the struggle against the commands, it explains which role the government officials and the clergy played and how Joseph II responded to the reaction of the people.

Einleitung

Bereits zur Mitte des 18. Jahrhunderts vollzog sich in der Habsburger-Monarchie ein gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, politischer und geistiger Wandel.¹ Im Zuge dessen waren die Monarchen gezwungen in diesen Bereichen Neuerungsmaßnahmen einzuleiten. Das führte bereits unter der Landesfürstin Maria Theresia zu einer starken Reformpolitik, die ihr Sohn Joseph II. nach ihrem Tod fortführte. Ein erheblicher Teil seiner Reformen betraf die Kirche. Über 6.000 Bestimmungen wurden vom Landesfürst erlassen, um das Verhältnis zwischen Staat und Kirche neu zu ordnen. Sein Ziel war es, die Kirche unter staatliche Gewalt zu bringen.²

Viele dieser Weisungen Josephs II. wirkten sich aber nicht nur auf den Klerus aus, sondern auch auf die Bevölkerung, und hier besonders auf die Bevölkerung im ländlichen Raum. Unter anderem sollten religiöse Volksbräuche stark eingeschränkt werden. Die Abschaffung einiger religiöser Riten traf die Menschen besonders hart, denn diese bestimmten seit den Maßnahmen der Gegenreformation ihren Lebensrhythmus. Die Umgestaltung führte somit fast unweigerlich zu Widerstandsbestrebungen in der Bevölkerung.

In den folgenden Ausführungen soll es genau um diese Widerstandsbestrebungen gehen, die die Verordnungen aus dem Zentrum in der Peripherie auslösten. Der Begriff Zentrum wird hier nach Herfried Münkler als Zentrale verstanden, die die Weisungen verordnete, jedoch keine Macht besaß, um die Änderungen selbst durchzuführen. Diese Entscheidungsgewalt oblag den verantwortlichen Zwischeninstanzen in der Peripherie, auf die sich die Zentrale verlassen musste.³ Nach diesen Überlegungen werden im Folgenden die Begriffe Zentrum und Peripherie verwendet, um die beiden Positionen zu bezeichnen. Es soll nun darum gehen, wie sich die Menschen gegen die Umsetzung der Reformbestimmungen wehrten und mit welchen Mitteln sie kämpften. Um die Reaktionen der Bevölkerung in der Peripherie aber verstehen zu können, empfiehlt es sich zuerst auf die Josephinische Kirchenreform im Allgemeinen einzugehen. Es sollen die Absichten, die im Zentrum mit den Neuerungen bezweckt wurden, gezeigt werden und die Weisungen, die den Unmut der Bevölkerung besonders provozierten, genauer beleuchtet werden. Daneben soll die Rolle bereits erwähnter Zwischeninstanzen, den Beamten, betrachtet werden. Es soll dabei auch darum gehen, welche Rolle die Seelsorger spielten. Abschließend sollen die Folgen des Widerstandes gegen die

¹ Helmut Reinalter, Aufgeklärter Absolutismus und Josephinismus, in: Der Josephinismus. Bedeutung, Einflüsse und Wirkungen, hrsg. v. Helmut Reinalter, Frankfurt am Main 1993, S. 11–21, hier S. 11.

² Joachim Köhler, Habsburgische Kirchenpolitik in Vorderösterreich, in: Vorderösterreich nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers? Die Habsburger im deutschen Südwesten, hrsg. v. Württembergischen Landesmuseum Stuttgart, Stuttgart 1999, S. 225–235, hier S. 231f.

³ Herfried Münkler, Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005, S. 43.

Reformbestimmungen erörtert werden und es soll dargestellt werden, welche Reaktion der Widerstand in der Peripherie im Zentrum auslöste.

Für die Recherche der vorliegenden Untersuchung dienten grundlegende Werke zu den Reformen Josephs II. und zur Vorarlberger Geschichte. Als erstes zu nennen ist eine Monographie zur Geschichte Vorarlbergs von Benedikt Bilgeri⁴, der die Ereignisse zwischen 1780 und 1790 aus Sicht der Vorarlberger, also aus Sicht der Peripherie, genau beschrieben hat. Etwas konträr zu Benedikt Bilgeri steht eine monographische Darstellung der Vergangenheit Vorarlbergs von Karl Heinz Burmeister.⁵ Er betrachtet die Ereignisse des späten 18. Jahrhunderts aus Sicht des Zentrums und sieht die Reformen Josephs II. als bahnbrechend für den Fortschritt der damaligen Gesellschaft, von dem die Menschen heute noch profitieren würden. Weiters zu nennen ist eine Studie von Eva Kimminich⁶, die sich mit dem Thema „Religiöse Volksbräuche im Räderwerk der Obrigkeit“ beschäftigt hat und eine weitere landesgeschichtliche Aufarbeitung Vorarlbergs von Reinhold Bernhard.⁷ Ebenfalls nennenswert ist eine Monografie von Hans Hollerweger⁸, die speziell auf die Reform des Gottesdienstes zur josephinischen Zeit eingeht und ein Artikel aus einem Aufsatzband zur Ausstellung „Vorderösterreich – nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers?“ über die habsburgische Kirchenpolitik in Vorderösterreich von Joachim Köhler⁹.

1. Die Josephinische Kirchenreform

a. Absichten und Ziele hinter den Reformplänen

Joseph II. war schon in seiner Jugend mit aufklärerischem Gedankengut konfrontiert worden und entwickelte sich so zu einem Landesfürst, der diese Ideen mit aller Kraft umsetzen wollte. Fortschritt und Wohlstand für die Bevölkerung in den habsburgischen Erblanden waren die obersten Ziele. Die traditionelle Form der religiösen Ausübung konnte mit diesem Denken aber nicht vereinbart werden. Überdies konnte sich die Regierung den Prunk der Kirche nicht mehr leisten, sollte doch das Geld in die zurückgebliebenen Wirtschaft fließen, um den Fortschritt zu garantieren und damit den Wohlstand zu sichern. Der Staat, hier verstanden als der weltliche Gegenpol zur Kirche – im Sinne des Ideals, das Joseph II. anstrebte – stellte sich nun über alles, auch über

⁴ Benedikt Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs. Zwischen Absolutismus und halber Autonomie, Wien-Köln-Graz 1982.

⁵ Karl Heinz Burmeister, Geschichte Vorarlbergs. Ein Überblick, Wien 1980.

⁶ Eva Kimminich, Religiöse Volksbräuche im Räderwerk der Obrigkeit. Ein Beitrag aufklärerischer Reformprogramme am Oberrhein und in Vorarlberg, Frankfurt am Main 1989.

⁷ Reinhold Bernhard, Vorarlberg im Brennpunkt politischen und geistigen Wandels 1789–1801, Dornbirn 1984.

⁸ Hans Hollerweger, Die Reform des Gottesdienstes zur Zeit des Josephinismus in Österreich, Regensburg 1976.

⁹ Köhler, Habsburgische Kirchenpolitik.

die Kirche.¹⁰ Die Legitimation dazu nahm der Landesfürst aus der alten Vorstellung vom Schutzrecht über die katholische Religionsgemeinschaft. Der Herrscher stellte sich aber nicht nur über die Kirche, weil er sie reformieren wollte, sondern auch, weil sie ihm bei der Umsetzung seiner Ziele lästig hätte werden können, wollte er doch eine effizientere Verwaltung mit Zugriff auf das Vermögen dieser Glaubensgemeinschaft schaffen. Die Kirche hatte für Joseph II. aber trotz seiner aufgeklärten Denkweise ihre Berechtigung, glaubte er doch, dass sie den Menschen etwas nütze und ihnen helfe gute Staatsbürger zu werden.¹¹ So entschloss er sich diese einfach zeitgemäßer und rationaler zu gestalten. Die Maßnahmen des Monarchen richteten sich “gegen abergläubische Bilder, Vorstellungen und Handlungen, gegen übermäßigen Prunk und zeitraubende Verehrungskulte”.¹² Am 26. März 1781 startete Joseph II. sein Reformprogramm.

b. Überblick über die Reformbestimmungen Josephs II.

Eine ganze Reihe von Weisungen wurde vom Landesfürst erlassen. Aufgrund der Fülle dieser Neuerungen kann hier nur auf ein paar wenige eingegangen werden.

Anfangs betrafen die Bestimmungen nur den Klerus, die Bevölkerung kam mit diesen noch nicht in Berührung. So hat Joseph II. bereits 1782 durchgesetzt, dass alle Ordensniederlassungen in den habsburgischen Erblanden unabhängig von ausländischen Obrigkeiten gemacht werden müssen. Damit sollte der Kontakt zum Ausland unterbrochen werden, um sich aus dessen Abhängigkeit zu befreien. Doch schon im gleichen Jahr ergingen Erlässe, die die Bevölkerung direkt betrafen und daher für diese Arbeit umso wichtiger sind.¹³

Viele Klöster wurden zwischen 1780 und 1790 aufgehoben, darunter die in Viktorsberg, Valduna, St. Anna und Thalbach. Die vier genannten Stifte wurden mit besonderer Brutalität geräumt, die Ordensleute sind verjagt worden, das Inventar wurde versteigert und die Bücher sind einfach verbrannt worden. Verantwortlich für diese Räumungen war der Bregenzer Kreishauptmann Georg Andreas von Buol-Bernberg.¹⁴ Übrig blieben nur noch fünf Männer- und drei Frauenklöster. Der Ertrag des verschleuderten Klostersgutes floss in den neu gegründeten Religionsfonds, mit dem neue Pfarren gegründet und alte Pfarren erhalten wurden.¹⁵ Diese Neugründungen und

¹⁰ Kimminich, Religiöse Volksbräuche, S. 15ff.

¹¹ Köhler, Habsburgische Kirchenpolitik, S. 231.

¹² Kimminich, Religiöse Volksbräuche, S. 15ff.

¹³ Johann Erich Somweber, Die Reformen Maria Theresias und Joseph II. in Vorarlberg, phil. Diss., Wien 1931, S. 73.

¹⁴ Kimminich, Religiöse Volksbräuche, S. 67f.

Georg Andreas von Buol-Bernberg war von 1768 bis 1787 Landschreiber und Oberamtsrat in Bregenz. Danach war er Kreishauptmann in St. Lorenzen im Pustertal, bevor er 1789 dieselbe Stelle in Bregenz übernahm. Er starb am 10. Dezember 1789. Bernhard, Vorarlberg, S. 324.

¹⁵ Ebd., S. 43.

Renovierungen waren jedoch nicht in Vorarlberg geplant. Laut der Harder Chronik wurde „das Geld nach Schwaz in Tirol gebracht [...]“.¹⁶ Somit waren diese Schließungen für Vorarlberg ein ungeheurer wirtschaftlicher Verlust.

Auch viele Kirchen und Kapellen wurden im Zuge der Reformen geschlossen, es waren nicht weniger als 74 bis zum 28. Juni 1788. Das traf die Menschen oft besonders hart, denn für viele waren die nun weit entlegenen Gebetshäuser nur noch schwer zu erreichen.¹⁷

Neben diesen Bestimmungen gab es noch andere tiefe Einschnitte in die Ausführung religiöser Bräuche. Die Altäre wurden vereinfacht, der Kerzenverbrauch eingeschränkt und die Predigtgestaltung vorgeschrieben.¹⁸ Besonders harte Eingriffe gab es im Bereich der Friedhofsordnung und des Glockengeläuts. Das Wetter- und das Angelusläuten, der Glockenklang zum Zeichen des englischen Grußes, wurden bei Gewitter verboten, damit der Blitz nicht angezogen werde. Auch das Läuten „zum Feierabend, Rosenkranz und zur Vesper, an Samstagen und Vorabenden der Feiertage, an diesen selbst und an den Sonntagnachmittagen wurde verboten“.¹⁹ Das ist vor allem für die ländliche Bevölkerung schwer zu ertragen gewesen, war sie doch auf das Läuten als Zeichen der Zeitangabe angewiesen.²⁰

Die neue Friedhofsordnung erhitzte die Gemüter der Vorarlberger ebenso. Die Gräber sollten eingeebnet werden, die Kreuze und Grabdenkmäler sollten an der Friedhofsmauer angebracht werden, Familiengräber wurden ganz abgeschafft und statt eines Deckels auf dem Sarg gab die Verordnung vor, nur noch leinene Tücher darauf zu nageln.²¹

Prozessionen und Wallfahrten wurden im Zuge der Reform abgeschafft, denn sie waren wie viele andere religiöse Volksbräuche aus Sicht der josephinischen Regierung veraltete und ausufernde Frömmigkeitskulte. So schreibt etwa der Talvogt von Kirchzarten im Breisgau, der von der Freiburger Regierung zur Berichterstattung aufgefordert wurde, dass bei den Bittgängen nicht mehr die Andacht zähle, sondern nur mehr „gefressen und gesoffen“ werde und was die „ledigen Burschen“ in der Nacht so trieben, wisse er auch nicht. Sein Resümee lautete, dass Gott damit eher zur Rache als zur Barmherzigkeit gereizt werde.²²

¹⁶ Bruchstücke einer Harder Chronik aus den Jahren 1780–1804, mitgeteilt von Anna Hensler, zit. nach Bilgeri, *Geschichte Vorarlbergs*, S. 129.

¹⁷ Ebd., S. 129.

¹⁸ Bernhard, *Vorarlberg*, S. 43.

¹⁹ Bilgeri, *Geschichte Vorarlbergs*, S. 130f.

²⁰ Bernhard, *Vorarlberg*, S. 43; Bilgeri, *Geschichte Vorarlbergs*, S. 131.

²¹ Ebd., S. 43; Ebd., S. 129.

²² Bericht an die Freiburger Regierung, zit. nach Fritz Geier, *Die Durchführung der kirchlichen Reformen Josephs II. im vorderösterreichischen Breisgau*, Stuttgart 1905, S. 190.

2. Die Reaktionen auf die Reformbestimmungen

a. Die Resonanz der Bevölkerung

Die traditionell eingestellte Vorarlberger Bevölkerung stand den Geschehnissen dieser Jahre abweisend gegenüber, war sie doch von diesen rationalen Weisungen völlig überrumpelt. Bisher hatte sie sich, jedenfalls aus Sicht der Aufklärer, an "irrationalen und symbolischen Dimensionen orientiert".²³ Die Menschen wollten so leben wie bisher und hatten Angst, dass ihnen eine neue Form der religiösen Praxis aufgezwungen wird. In Rankweil und Sulz fürchtete die Einwohner gar die Abschaffung der katholischen Religion. Diese Angst kam vor allem daher, da Joseph II. mit seinem Toleranzpatent Sympathien für andere Religionen zeigte und in diesen Gemeinden Schulbücher protestantischer Autoren ausgegeben wurden.²⁴ Was die Bevölkerung aber besonders verärgerte, war die Art und Weise wie die Bestimmungen in die Tat umgesetzt wurden. Verantwortlich dafür waren die kaisertreuen Beamten, die im Zuge der Verwaltungsreform neu eingesetzt wurden und sehr viel Macht erhielten. Hier kommt hinzu, dass die Bestimmungen ganz verschieden interpretiert wurden und je nach Gesinnung des Beamten einmal härter, einmal weniger hart umgesetzt wurden.

Die Menschen wollten sich nicht unterwürfig zeigen und so begannen sie zu handeln. Als erste Aktion des Widerstandes verfassten Vertreter der Stände in Vorarlberg ein Memorandum an die zuständigen geistlichen Stellen, man wollte nämlich nicht noch mehr Bestimmungen umgesetzt sehen. In dieser Mitteilung wurde der Wunsch ausgedrückt, dass die üblichen Gottesdienste wieder abgehalten, Prozessionen und Wallfahrten wieder durchgeführt werden sollen, das Läuten fortgesetzt werden solle, usw., kurzum, einfach alle Bestimmungen, mit denen die Bevölkerung nicht einverstanden war, sollten rückgängig gemacht werden. Diese Wünsche wurden nicht erfüllt und so reagierte die Bevölkerung mit gewaltsamem Widerstand.²⁵

b. Der Unmut und Widerstand der Bevölkerung

Im März 1789 ist in fast allen Vorarlberger Gemeinden der

„Beschluss gefaßt worden, daß die alte Kirchenordnung mit allen Mitteln wiederhergestellt werden müsse; Pfarrer und Ortsvorsteher seien zur Unterschrift teils unter Bedrohung mit dem Verlust des Lebens und mit der Zerstörung der Besitzes zur Unterschrift [sic!] gezwungen worden. Keine Regierungsverordnung dürfe von nun an mehr befolgt werden.“²⁶

²³ Kimminich, Religiöse Volksbräuche, S. 67.

²⁴ Ebd., S. 78.

²⁵ Bernhard, Vorarlberg, S. 49f.

²⁶ Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, S. 133f.

Dieser Entscheid führte zu ersten Unruhen und aufrührerischen Aktionen in Vorarlberg. So wurden beispielsweise in Batschuns die Schulbücher und die Schulgerätschaften von der Bevölkerung verbrannt.²⁷ In Altenstadt und Göfis wurden versperrte Kapellen aufgebrochen und in Gisingen ist ein Schlosser an der Verriegelung einer Kapelle gehindert worden. In der Karwoche lauerten die Aufständischen den Betenden, die den neuen Bittweg nach Hohenems gingen, auf und entrissen ihnen die Fahne. Danach zogen sie triumphierend den traditionellen Prozessionsweg nach St. Arbogast.²⁸ Von jetzt an wurde jede neu versperrte Kapelle wieder aufgebrochen.²⁹ In Rankweil, Altenstadt, Zwischenwasser und Höchst wurden die Kapellen nicht nur aufgebrochen, sondern die verbotenen Votivtafeln, Bilder und Fahnen wieder angebracht.³⁰ Am selben Tag wurden in Rankweil der Ammann und der Lehrer gezwungen, eine Bündniserklärung zum "Schutze der wahren katholischen Religion"³¹ anzufertigen und zu unterschreiben. Auch in Altenstadt gab es eine Versammlung, bei der die alten katholischen Bräuche zurückgefordert wurden. Dort ging es sogar soweit, dass sich die Menschen verpflichteten die alte Form der religiösen Praxis - komme was wolle - auszuüben. Alle Messen sind wieder gefeiert worden und bei Gewitter wurde wieder geläutet.³² In Hard beteten die Menschen im Juni ohne Priester den Rosenkranz und die Glocken ertönten wie gewohnt. In Schruns stürmten einige Aufständische die Wohnung des Lehrers, doch dieser konnte fliehen und Hilfe finden. Bei diesen Tumulten in Schruns fielen sogar Schüsse, ebenso bei Unruhen in Gaschurn. Im Bregenzerwald wurde das Landgericht von der Bevölkerung aufgelöst. Mit dieser Maßnahme sorgten die Bregenzerwälder für Aufsehen. Die Folge waren Bestrebungen eines Pfarrers, die Fastenpredigt wieder zu gestatten. Damit wollte er Ruhe in die Bevölkerung bringen.³³

Am 8. Juli 1789 hatten die Aufständischen ihren ersten Erfolg zu verzeichnen, denn die Regierung zog einige Bestimmungen zurück, um für Ruhe zu sorgen, da sich die Beamten vor den Reaktionen der Bevölkerung ängstigten.³⁴ Am gleichen Tag schickte die Regierung einen Untersuchungskommissar nach Vorarlberg, um die Lage zu erkunden. Grund dafür, dass die Regierung nicht militärisch eingriff, war die Haltung des Hofkriegsrates. Dieser hielt es nicht für nötig die ihrem Landesfürsten großteils gut gesinnte Bevölkerung für ihre unaufgeklärte Denkweise mit Gewalt bestrafen.³⁵ Der Untersuchungskommissar Alois Graf von Sarnthein kam aber dennoch nicht alleine,

²⁷ Hollerweger, Reform des Gottesdienstes, S. 254f.

²⁸ Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, S. 134; Kimminich, Religiöse Volksbräuche, S. 78–81.

²⁹ Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, S. 134.

³⁰ Kimminich, Religiöse Volksbräuche, S. 79.

³¹ Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, S. 136.

³² Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, S. 137f.

³³ Bernhard, Vorarlberg, S. 51f.

³⁴ Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, S. 142.

³⁵ Somweber, Die Reformen, S. 80.

ihm wurden 100 Mann Militär als Unterstützung zur Seite gestellt.³⁶ Er bereiste das Land mit dem Auftrag, den Leuten gut zuzureden und schilderte nach seiner Reise seine Eindrücke wie folgt:

„Das Volk wünscht in Schul- und Kirchensachen alles auf vor 20 oder 30 Jahren in Uebung gewesenenen Andachten und Gebräuche zurückzusetzen. Dies beantragt es nicht nur, sondern führt es auch zum größten Teil wirklich aus. Daher werden in allen Vogteiämtern von Feldkirch und Bludenz untergeordneten Gemeinden die schon vor 15 bis 20 Jahren abgewürdigten Prozessionen nebst allen neueren sowohl in als außer Landes mit fliegenden Fahnen unter Läutung der Glocken wieder zurückgeführt, alle abgeschafften Feiertage mit allen Feierlichkeiten hervorgesuchet, die Vespern gehalten, bei Gewitter geläutet, die ausgemerzten Votivtafeln und gekleideten Bildnisse wieder aufgestellt, neue derlei Kleider mit vielen Unkosten herbeigeschafft und die Schule, Christenlehre, Segen und Singmessen ganz unterbrochen. Nur der eine oder andere Pfarrherr sucht sich dieser Verwirrung zu widersetzen und fleht um Beistand, wird aber vom Strome des niederen Pöbels zur Nachgiebigkeit hingerissen“.³⁷

Als Beginn der Unruhen wird die Widerstandprozession in Götzis im März 1789 gesehen, doch auch andere Begebenheiten trugen stark zum Widerstand der Bevölkerung bei. So erfuhren die Vorarlberger aus der Presse, die sie laut einem Gutachten von 1790 sehr eifrig lasen, dass es in anderen Gebieten der Monarchie ebenfalls Aufstände gab. In den Österreichischen Niederlanden kämpfte man für die Unabhängigkeit und auch in Flandern gab es Erhebungen. Der Erfolg der Belgier trieb den Widerstand in Vorarlberg voran und hatte somit keinen unerheblichen Einfluss auf diesen.³⁸ Die Französische Revolution hatte hingegen überhaupt keine Wirkung auf die Widerstandsbestrebungen der Vorarlberger, denn dort kämpften die Menschen für Reformen. In Vorarlberg kämpfte man hingegen nicht für eine große Revolution, sondern gegen die aufgeklärte Staatsgewalt.³⁹

In Dornbirn kam es wohl zu den schwersten Unruhen. Einige Aufwiegler versuchten immer wieder durch Aufmärsche und das Verfassen von Bittschriften ihre Wünsche durchzusetzen. Ende des Jahres 1790 fuhren sogar zwei Männer nach Rom, um persönlich beim Papst vorzusprechen. Der Papst tat aber nichts, außer den beiden seinen Segen mit nach Hause zu geben. Nach weiteren Aufständen in Dornbirn wurde vom Kreisamt das Militär eingesetzt und die Rädelsführer verhaftet. Daraufhin griff die

³⁶ Hollerweger, Reform des Gottesdienstes, S. 256.

³⁷ Gubernialakten Publicum Libell Sarntheims vom 17. Juli 1789, zit. nach Kimminich, Religiöse Volksbräuche, S. 80f.

³⁸ Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, S. 146f.

³⁹ Bernhard, Vorarlberg, S. 48.

Bevölkerung das Militär an und es gab mindestens einen Toten. In weiterer Folge ließ Kreishauptmann Ignaz Anton von Indermauer Bregenz militärisch schützen, denn ein Aufmarsch der Dornbirner war zu befürchten. Doch es kam nie zu einem derartigen Aufstand. Dornbirn wurde trotzdem im Laufe des Jahres 1790 militärisch überwacht und so konnten die Unruhen in den Griff gebracht werden.⁴⁰

c. Die Reaktion der Bischöfe

Der kirchliche Bereich in großen Teilen Vorarlbergs wurde von den Diözesen im Westen verwaltet. Der Süden des Landes war dem Bistum Chur und damit Bischof Dionys Graf von Rost⁴¹ unterstellt und der Norden Vorarlbergs gehörte zum Verwaltungsbezirk Konstanz, wo Bischof Maximilian Christoph von Rodt⁴² residierte. Ein kleiner Teil, nämlich das kleine Walsertal bis zum Arlberg, war dem Bistum Augsburg unterstellt, hatte aber auf die Gegenreformbewegungen keinen Einfluss und kommt daher für diese Untersuchung nicht in Betracht. Die anderen beiden Bischöfe beeinflussten die Entwicklung im Land aber wesentlich und so müssen ihre Reaktionen und Taten genauer unter die Lupe genommen werden. Anfangs standen beide Bischöfe Reformen positiv gegenüber, waren aber strikte Gegner des josephinischen Staatskirchentums.⁴³

Der Konstanzer Bischof Maximilian Christoph von Rodt verteidigte in seinem Hirtenbrief die Reformen Josephs II. und kritisierte die Maßnahmen der Aufständischen. Er forderte die Vorarlberger Bevölkerung auf, die Reformen zu akzeptieren. Als der Landesfürst einige Bestimmungen zurückzog, half der Bischof eine vernünftige Lösung für den Monarchen und die Bevölkerung zu finden, indem er als Vermittler auftrat. So konnte er der Bevölkerung sogar größtenteils die gewohnte alte Ordnung zurückbringen. Dieser Geisteswandel kam daher, da der Bischof eine Kommission nach Vorarlberg sandte, um die Verhältnisse dort zu untersuchen. Dabei erkannte er, dass nicht einzelne Unruhestifter und Hetzer für die Unruhen verantwortlich waren, sondern, dass sich die ganze Bevölkerung verletzt fühlte und hinter den Widerstandsbestrebungen stand.⁴⁴

Der konservative Dionys Graf von Rost stand schon vorher auf der Seite der Bevölkerung und sympathisierte mit den Aufständischen. Er geriet jedoch stark unter Druck, kontrollierte die Regierung doch seine Einkünfte und Besitzungen. Trotzdem äußerte es sich negativ zu den Reformen, was ihm eine Drohung von Seiten des Zentrums

⁴⁰ Ebd., S. 53f.

⁴¹ Dionys Graf von Rost amtierte von 1777 bis 1793 als Bischof von Chur. Ebd., S. 56.

⁴² Maximilian Christoph von Rodt war von 1775 bis 1800 Bischof von Konstanz. Kimminich, Religiöse Volksbräuche, S. 24.

⁴³ Hollerweger, Reform des Gottesdienstes, S. 251.

⁴⁴ Bernhard, Vorarlberg, S. 56f; Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, S. 132.

einbrachte. Er wurde angehalten, die erhitzten Gemüter in Vorarlberg zur Ruhe zu bringen, ansonsten werde über das Bistum Chur eine Temporalien Sperre verhängt. Der Bischof brach nach Vorarlberg auf und bereiste einige Pfarren. Während dieser Reisen kam er der Bevölkerung noch näher und die gegenseitige Sympathie wuchs. Das spiegelte sich auch im abschließend verfassten Memorandum des Bischofs wider, in dem er sich nicht scheute, Bitten zu formulieren und das josephinische Priesterseminar zu attackieren. Einige Forderungen fanden sogar Anklang in Wien und Joseph II. war teilweise zum Nachgeben bereit.⁴⁵

Welche Meinung der Papst in diesem Zusammenhang vertrat, ist schwer zu sagen, denn seine Bullen wurden zuerst von der Regierung überprüft, bevor sie veröffentlicht wurden. Damit verloren sie jegliche Wirkungsmöglichkeit, die der Bevölkerung vielleicht etwas genützt hätte.⁴⁶ Das einzige Indiz dafür, dass der Papst den Aufständischen kritisch gegenübergestanden sein könnte, ist die Tatsache, dass er die Dornbirner, die bei ihm vorsprachen, nicht unterstützte.

3. Die Durchführung der Reformbestimmungen – Die Misere der Beamten und Seelsorger

Die höhere Beamtenschaft, die meist Anhänger der Reformen war, hatte die Bestimmungen umzusetzen. Dabei sind zwei Personen besonders zu erwähnen, die bei der Bevölkerung unterschiedlicher nicht ankommen hätten können. Zum einen war da Kreishauptmann Karl von Schenk, der zwar der Regierung mit der Umsetzung der Bestimmungen nicht gefallen hatte, bei der Bevölkerung aber sehr gut ankam. Er wurde durch Georg Andreas von Buol-Bernberg ersetzt, der sehr hart und konsequent durchgriff, aber schon kurz nach seinem Amtsantritt einer Brustwassersucht erlag. Sein Nachfolger war Ignaz Anton von Indermauer. Er hatte bei der Bevölkerung kein gutes Ansehen, was ihm dann im Montafon das Leben kosten sollte.⁴⁷ Noch mehr im Kreuzfeuer als die Beamten standen die Geistlichen. Sie waren besonders von den Unruhen der Bevölkerung betroffen. Die Priester sahen sich in einer Zwickmühle. Sie gehörten zum konservativen Volk und standen auch auf dessen Seite. Doch der Druck der staatlichen Stellen zwang sie, die geforderten Bestimmungen auszuführen. Sehr viele Seelsorger befanden sich in dieser misslichen Lage, denn die meisten waren Gegner der josephinischen Reformen. Nur wenige Geistliche sympathisierten mit den Neuerungen. Das waren meist die jungen Priester, die ihre Ausbildung in josephinischen Seminaren erhalten hatten. Doch sie konnten sich nicht gegen die Bevöl-

⁴⁵ Bernhard, Vorarlberg, S. 56.

⁴⁶ Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, S. 132.

⁴⁷ Bernhard, Vorarlberg, S. 45; Kimminich, Religiöse Volksbräuche, S. 72.

kerung durchsetzen und haben so keinen großen Stellenwert für diese Zeit. Ein junger Geistlicher liefert mit seiner Konduitsliste zwar subjektive, trotzdem aber brauchbare Informationen über andere, den Reformen nicht gut gesinnte, konservative Priester. Darin drückt der junge Befürworter der josephinischen Neuerungen seine Meinung über einige Seelsorger in Vorarlberg aus. Manche bezeichnet er als dumm, andere als falsch oder bigott. Über zwei Priester lästert er, dass sie sich zu gerne in Wirtshäusern aufhalten. Diese Betrachtung gibt uns dennoch ein Bild von den Geistlichen in Vorarlberg. Die meisten waren sehr konservativ eingestellt, da verwundert es nicht, wenn diese den Reformbestimmungen schlecht gesinnt waren.⁴⁸

4. Die Auswirkungen des Widerstandes auf die Josephinische Kirchenreform

Die Unruhen wurden immer heftiger und die Beamten hatten Angst vor einer Revolution. Der Militäreinsatz hatte in Vorarlberg keinen Erfolg⁴⁹ und so machte der Landesfürst im Jänner 1790 einen Rückzieher. Das war ein erster Durchbruch für die Aufständischen. Am 28. Jänner erhielt das Kreisamt in Bregenz folgendes Dekret:

„Seine Majestät, Allerhöchstderselben väterliches Augenmerk unausgesetzt sowohl auf die ewige, als auf die zeitliche Wohlfahrt ihrer Unterthanen gerichtet ist, habe vermittelst einer allergnädigsten Entschliebung vom 25. dieses Monaths zu erklären geruhet, daß es Allerhöchstderselben Willen sey, ihrem Volke jene althergebrachten Andachtsübungen, zu welchen dasselbe ein besonderes Zutrauen heget, und in soferne die Herren Bischöfe, an welche sich deshalb in jedem vorkommenden Fall im ordnungsmäßigen Wege zu wenden ist, solche mit den reinen Begriffen der Religion vereinbarlich finden, auch noch in Zukunft allermildest zu gestatten“.⁵⁰

Daraus schöpften die Menschen die Hoffnung, die religiöse Praxis wieder in gewohnter Weise ausüben zu können. Ein Ende der Unruhen war aber noch nicht absehbar. Die Regierung war zu weiteren Schritten gezwungen. Der Bruder des zu diesem Zeitpunkt bereits sehr kranken Monarchen richtete in Vorarlberg einen außerordentlichen Landtag ein, wo der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben wurde, ihre Wünsche auszudrücken. Damit gelang es der Obrigkeit die Situation bis auf Weiteres unter Kontrolle zu halten.⁵¹ Mit dem Tod Josephs II. im Februar 1790 veränderte sich die Politik im Zentrum dann wesentlich. Der neue Regent Leopold II. suchte den Dialog mit den Menschen und entschärfte auf Wunsch der Vorarlberger Stände viele Reformen seines

⁴⁸ Bernhard, Vorarlberg, S. 45–48.

⁴⁹ Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, S. 161.

⁵⁰ Dekret von Gubernium Innsbruck an Kreisamt Bregenz vom 28. Jänner 1790, zit. nach Bernhard, Vorarlberg, S. 55.

⁵¹ Bilgeri, Geschichte Vorarlbergs, S. 162.

verstorbenen Bruders. Dabei konzentrierte er sich vor allem auf die Wünsche betreffend der Religionsausübung und etwaigen Wirtschaftsfragen. In vielen anderen Punkten konnte er nicht nachgeben, wäre damit doch die Politik des Fortschritts seiner Vorgänger umsonst gewesen.⁵²

Schlusswort

Der Widerstand der Vorarlberger Bevölkerung gegen die josephinischen Reformbestimmungen hatte seinen Ursprung in der traditionellen und konservativen Denkweise der Menschen. Hinzu kommt, dass das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Herrscherhaus schon über Jahrzehnte sehr angespannt war und sich die Vorarlberger nie unterwürfig zeigten. Ein Sprichwort verdeutlicht diese Ansicht der Menschen: „Eine weite Obrigkeit und eine naher Krautgarten ist das Beste“.⁵³ Damit ist zu erklären, warum die Herrschaftsintensivierung auf erbittlichen Widerstand gestoßen ist. Ein weiterer Grund dafür war die Nichtbeachtung des kulturellen und geistigen Lebens in Vorarlberg. Verbreitet war nur religiöse Trivalliteratur. Da ist es nicht verwunderlich, wenn die Menschen, die damit in ihren religiösen Ansichten tief verwurzelt waren, die Neuerungen nicht akzeptiert haben.

Wenn wir diese Vorzeichen betrachten, können wir auch verstehen, warum Joseph II. die Reformmaßnahmen mit Gewalt durchsetzen wollte, denn anders hätte er wohl keine Chance gehabt. Den Grund des Widerstandes aber allein in der harten Umsetzung der Reformen zu suchen ist schlichtweg falsch. Es ist auch nicht richtig, den Reformgedanken als solchen zu kritisieren. Denn viele Reformpläne waren absolut gerechtfertigt, ja sogar überfällig. Darüber hinaus war der Landesfürst gezwungen Reformen durchzuführen, denn es ging schließlich um die habsburgische Vormachstellung im Heiligen Römischen Reich und in ganz Europa.⁵⁴

Abschließend kann gesagt werden, dass Joseph II. gut daran tat, Vorarlberg kirchlich zu reformieren, auch wenn er schlussendlich scheiterte. Denn von seinem Reformstreben können die Menschen bis heute zehren. Aber auch die Reaktion der Vorarlberger muss verstanden werden, hatten sie doch ganz andere Wertvorstellungen wie das weitentfernte Wien. Die Bevölkerung in der Peripherie konnte die Entscheidungen im Zentrum also nicht verstehen, denn sie verwehrte schon lange vorher den Blick auf dieses.

⁵² Bernhard, Vorarlberg, S. 55.

⁵³ Karl Heinz Burmeister, Vorarlberg im 18. Jahrhundert, in: Vorderösterreich in der frühen Neuzeit, hrsg. v. Hans Maier/Volker Press, Sigmaringen 1989, S. 229241, hier S. 230238.

⁵⁴ Burmeister, Geschichte Vorarlbergs, S. 145.

Literatur

Bernhard, Reinhold, Vorarlberg im Brennpunkt politischen und geistigen Wandels 1789–1801, Dornbirn 1984.

Bilgeri, Benedikt, Geschichte Vorarlbergs. Zwischen Absolutismus und halber Autonomie, Wien-Köln-Graz 1982.

Burmeister, Karl Heinz, Geschichte Vorarlbergs. Ein Überblick, Wien 1980.

Burmeister, Karl Heinz, Vorarlberg im 18. Jahrhundert, in: Vorderösterreich in der frühen Neuzeit, hrsg. v. Maier, Hans/Press, Volker, Sigmaringen 1989, S. 229–241.

Geier, Fritz, Die Durchführung der kirchlichen Reformen Josephs II. im vorderösterreichischen Breisgau, Stuttgart 1905.

Hollerweger, Hans, Die Reform des Gottesdienstes zur Zeit des Josephinismus in Österreich, Regensburg 1976.

Kimminich, Eva, Religiöse Volksbräuche im Räderwerk der Obrigkeit. Ein Beitrag aufklärerischer Reformprogramme am Oberrhein und in Vorarlberg, Frankfurt am Main 1989.

Köhler, Joachim, Habsburgische Kirchenpolitik in Vorderösterreich, in: Vorderösterreich nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers? Die Habsburger im deutschen Südwesten, hrsg. v. Württembergischen Landesmuseum Stuttgart, Stuttgart 1999, S. 225–235.

Münkler, Herfried, Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005.

Reinalter, Helmut, Aufgeklärter Absolutismus und Josephinismus, in: Der Josephinismus. Bedeutung, Einflüsse und Wirkungen, hrsg. v. Reinalter, Helmut, Frankfurt am Main 1993, S. 11–21.

Somweber, Johann Erich, Die Reformen Maria Theresias und Joseph II. in Vorarlberg, phil. Diss., Wien 1931.

Tobias Bilgeri ist Student der Geschichte und Germanistik auf Lehramt im 5. Semester an der Universität Innsbruck. Tobias.Bilgeri@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Tobias Bilgeri, Josephinische Kirchenreform in Vorderösterreich. Die Reaktion der Vorarlberger Bevölkerung, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 277–290 [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Auftrag und Erkundung: Sigmund von Herberstein

Barbara Denicolo

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: Mag. Dr. Kurt Scharr

eingereicht im Semester: WS 2007/08

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung durch LV-Leiter: sehr gut

Abstract

Mission and inquisition: Sigmund von Herberstein

The following proseminar-paper is about Sigmund von Herberstein, an austrian diplomat of the Habsburgs and deals with one aspect in the various relations between Austria and Russia. It will handle the different aspects of the person, the envoy and the geographer Herberstein.

Einleitung

Sigmund Freiherr von Herberstein ist wohl eine der bekanntesten und wohl auch bedeutendsten Gestalten des habsburgischen Gesandtschaftswesens. Er wird oft sogar als Begründer der Russlandkunde, sowie der europäischen Diplomatie bezeichnet.¹ Im

¹ Bertold Picard, Das Gesandtschaftswesen Ostmitteleuropas in der frühen Neuzeit. Beiträge zur Geschichte der Diplomatie in der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts nach den Aufzeichnungen des Freiherrn Sigmund von Herberstein (Veröffentlichungen des Instituts für osteuropäische Geschichte und Südostforschung der Universität Wien 6), Wien-Köln-Weimar 1967, S. 11.

Dienst von Kaiser Maximilian I., Karl V. und Ferdinand I. erledigte er an die 60 Missionen, wobei ihn zwei nach Moskau führten.²

Anhand dieser beiden Reisen soll der Frage nachgegangen werden, ob Herberstein dieses Prädikat zu Recht trägt und was denn genau sein Verdienst war. Im Folgenden wird Sigmund von Herberstein als Person und als Gesandter vorgestellt, um zu zeigen, wie er aufgrund seiner persönlichen Charaktereigenschaften und Interessen sowie seiner Bildung geradezu prädestiniert für diese Rolle als Gesandter war. Daher wurden ihm auch so viele Missionen anvertraut, obwohl es eigentlich noch keine ständigen Berufsdiplomaten gab und er von Beruf Beamter war.³

Weiters soll auch auf den Zusammenhang zwischen „Auftrag und Erkundung“ näher eingegangen werden, indem gezeigt wird, wie Herberstein diesen Gegensatz überwunden und den Auftrag seines Herrn mit seinen eigenen geschichtlichen sowie geographischen Interessen verbunden hat. Aus dem Abschlussbericht an Ferdinand I. entstand auch sein Hauptwerk „*Rerum Moscoviticarum Commentarii*“, kurz genannt „*Moscovia*“.

1. Die Person Herberstein

Sigmund von Herberstein wurde am 24. August 1486 in Wippach am Karst als dritter Sohn des Schlosshauptmannes, Pflegers und Landrichters Leonhard von Herberstein und dessen Frau Barbara geboren.⁴ Die erste Bildung erhielt Herberstein vermutlich beim Dorf- oder Burgpfarrer. Dort lernte er Deutsch und Slowenisch, was ihm später den Zugang zu den slawischen Sprachen Tschechisch, Polnisch und Russisch erleichtern sollte. Aufgrund seiner schwächlichen Gesundheit, der auch eine Wallfahrt nach Loreto nicht abhelfen konnte, wurde er für eine Gelehrtenkarriere ausersehen. So kam er mit neun Jahren an die Domschule von Gurk zu einem mit ihm verwandten Dompropst, der ihn auch in die dortigen adeligen Kreise einführte. Bei einem kurzen Aufenthalt in den Bergen, infolge einer Pestepidemie in der Stadt, lernte er reiten, fechten und jagen. Dies sollte ihm später als Söldnerführer zu Gute kommen. Mit 13 Jahren kam er nach Wien: Zuerst an die Stadtschule bei St. Stephan und 1499 an die Universität, wo er die *artes liberales* studierte. Dort erhielt er durch die Humanisten Konrad Celtis und Johannes Cuspinian eine sehr gute Ausbildung unter anderem in Geographie, Geschichte, Literatur und der lateinischen Rhetorik, welche ihm in seiner Diplomatenlaufbahn große Vorteile verschaffte. Weiters lernte er Griechisch und daraufhin autodidaktisch das kyrillische Alphabet. Italienisch hatte er schon zuhause zu

² Wolfgang Geier, *Russische Kulturgeschichte in diplomatischen Reiseberichten aus vier Jahrhunderten*. Sigmund von Herberstein, Adam Olearius, Friedrich Christian Weber, August von Haxthausen (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 37), Wiesbaden 2004 S. VIII.

³ Geier, *Kulturgeschichte*, S. IX.

⁴ Picard, *Gesandtschaftswesen*, S. 15.

lernen begonnen, später kamen noch Spanisch und Französisch hinzu. 1502 erhielt er das Bakkalaureat der artes liberales und studierte anschließend noch zwei Jahre lang Rechtswissenschaften.⁵ 1506 zog Herberstein an den kaiserlichen Hof, um das Hofwesen kennen zu lernen und Kontakte zu knüpfen. Im selben Jahr noch begann er seinen Dienst in der kaiserlichen Armee und kämpfte gegen Ungarn und Venedig. Aufgrund seiner Verdienste als Söldnerführer und Fahnenträger wurde er 1514 zum Ritter des Ordens vom Goldenen Vlies geschlagen.⁶ Da es üblich war, dass jeder gebildete höhere Beamte bei Bedarf auch Botschafterdienste zu leisten hatte, übernahm er 1515 seine erste Mission, der aufgrund seiner Erfolge und seiner Loyalität unzählige weitere folgen sollten. 1517/1518 bzw. 1526/1527 reiste er nach Russland, um für Maximilian bzw. Karl V. Frieden zwischen Polen und Russland zu stiften. Als Dank für seine Dienste als Gesandter ermöglichten ihm seine Herren eine steile politische Karriere mit hohen Ämtern und Würden.⁷ 1549 erschien die erste Ausgabe der „rerum Moscoviticarum Comentariorum“, der 1557 die erste deutsche Übersetzung die „Moscovia“ folgte. 1566 starb Sigmund von Herberstein im Alter von 80 Jahren in Wien.⁸

2. Der Gesandte Herberstein

2.1 Gesandtschaftswesen

Diplomatie gilt heute im Allgemeinen als „Wahrnehmung der außenpolitischen Ziele eines Staates durch friedliche Mittel“⁹. Trotz eines Aufschwungs des Gesandtschaftswesens im 16. Jahrhundert, an dem Herberstein großen Anteil hatte, gab es zu dieser Zeit noch kein einheitliches Gesandtschafts- bzw. Völkerrecht, weshalb Herberstein auch kein Diplomat im heutigen Sinne war, sondern ein „legatus“ (Gesandter).¹⁰

Die Anfänge des modernen Gesandtschaftswesens lagen bereits im Italien des ausgehenden 15. Jahrhunderts. Die übergeordnete Autorität des Kaisers bzw. des Papstes

⁵ Hermann Wiesflecker, Sigmund von Herberstein, in: Gerhard Pferschy (Hrsg.), Sigmund von Herberstein. kaiserlicher Gesandter und Begründer der Russlandkunde und die europäische Diplomatie (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives), Graz 1989, S. 3–17, hier 3f.; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 18, 24; Geier, Kulturgeschichte, S. 47; Bertold Picard, Herberstein als habsburgischer Diplomat, in: Gerhard Pferschy (Hrsg.) Sigmund von Herberstein, Graz 1989, S. 101–116, hier S. 103.

⁶ Wiesflecker, Sigmund von Herberstein, S. 4, 9; Picard, Herberstein, S. 103; Geier, Kulturgeschichte, S. 48; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 18f. Wiesflecker, Sigmund von Herberstein, S. 3–17.

⁷ Wiesflecker, Sigmund von Herberstein, S. 5–10; Geier, Kulturgeschichte, S. 51; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 33–37.

⁸ Wiesflecker, Sigmund von Herberstein, S. 11

⁹ Walter Höflechner, Zur Entwicklung der europäischen Bündnissysteme und des Gesandtschaftswesens bis zur Zeit Herbersteins, in: Gerhard Pferschy (Hrsg.), Sigmund von Herberstein, S. 17–25, hier S. 18.

¹⁰ Höflechner, europäische Bündnissysteme, S. 18; Stanislaw Nahlik, Völkerrechtliche Aspekte der frühen Diplomatie, in: Gerhard Pferschy (Hrsg.), Sigmund von Herberstein, S. 43–61, hier S. 43; Andrea Lanzer, Das Gesandtschaftswesen im Westen zu Beginn des 16. Jh., in: Gerhard Pferschy (Hrsg.), Sigmund von Herberstein, S. 63–77, hier S. 63f.; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 11.

wurde zunehmend bedeutungslos, und somit mussten die einzelnen Herrscher auf gleicher Ebene selbst miteinander verhandeln, um Frieden und Stabilität zu gewährleisten. Es kam aufgrund gemeinsamer Interessen zu machtpolitischen Bündnissen, die allerdings nur von kurzer Dauer waren.¹¹

Im 15. und 16. Jahrhundert existierten bereits einige theoretische Werke über das Gesandtschaftswesen und dessen Recht. Laut Bernard du Rosier sollte sich der korrekte Gesandte dem „*ius gentium*“, dem römischen Recht, dem Natur- und Gewohnheitsrecht, sowie der „*religio*“, dem Kirchenrecht, sowie der Heiligen Schrift und schließlich den örtlichen Gepflogenheiten gemäß verhalten, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden.¹² Auch das Bild des idealen Diplomaten war bereits sehr ausdifferenziert. Besonders wichtig war ein gutes Aussehen, um Eindruck zu machen und nicht lächerlich zu wirken. Zudem benötigte er ausreichend finanzielle Mittel, damit er nicht für Bestechungen anfällig sei. Er sollte von hoher Geburt und gut erzogen sein, um an den Höfen mit Respekt behandelt zu werden. Nun erst folgten die erwarteten intellektuellen und moralischen Eigenschaften: Die Beherrschung mehrerer Sprachen, Talent als Redner und Verhandler, sowie Kenntnisse der Geschichte und der Geographie des Landes. Weiters sollte er klug und umsichtig sein, fleißig und maßvoll, sowie Festigkeit, Mut und Geistesgegenwart beweisen, indem er aufopferungsvoll, treu und ohne Fragen viele weite, gefährliche Reisen unternimmt und stets, von seiner Sache und der Gerechtigkeit des Herrn überzeugt, mit Leidenschaft hinter seiner Sache steht.¹³ Herberstein besaß fast alle dieser Eigenschaften und war somit ein idealer Gesandter.

Durch diese theoretischen Werke entwickelte sich nun langsam eine „*Ius legationis*“, die regelte, wer Gesandte senden bzw. empfangen durfte, sowie wer auf die Reise geschickt wurde. Denn zu Beginn war per definitionem jeder, der von irgendjemandem, also auch von niederen Feudalherren und Städten jeden Ranges, geschickt wurde, ein Gesandter.¹⁴ Sie genossen nach dem antiken Ideal der „*Sanctitas legatorum*“ auch gewisse Rechte und waren unantastbar. Als persönliche Vertreter ihrer Herrscher genossen sie Immunität. Sie hatten somit Anrecht auf ein Sondergericht.¹⁵ Die Beleidigung eines Gesandten war eine Beleidigung des Herrschers und daher strafbar. Von der Auslieferung des Täters an den Sender bis hin zur Kriegserklärung war alles möglich. Im Allgemeinen waren die Strafen für Vergehen an Gesandten höher als bei normalen Personen.¹⁶ Weiters genossen sie und ihr Gefolge bestimmte Privilegien, wie

¹¹ Höflechner, *europäische Bündnissysteme*, S. 17f.

¹² Nahlik, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 44, 47.

¹³ Nahlik, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 51f.; Picard, *Gesandtschaftswesen*, S. 161.

¹⁴ Nahlik, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 49.

¹⁵ Nahlik, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 54; Picard, *Gesandtschaftswesen*, S. 101–105.

¹⁶ Nahlik, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 57.

Zoll- und Steuerfreiheit oder Gerichtshoheit über ihre Untertanen. Weiters genossen sie das selbe Asylrecht und die Immunität der Wohnung wie Kirchen und Klöster.¹⁷

Mit der Zeit wurden anstatt „Ad-hoc-Gesandtschaften“ ständige Gesandtschaften eingerichtet, die aber ungleich mehr kosteten. Nun musste die Kosten, die zuvor noch der Empfänger oder der Gesandte selbst übernommen hatte, meist der Sendestaat übernehmen. Zudem wurden die Missionen aufgrund der gefragten Fähigkeiten zunehmend an immer dieselben Personen übertragen und das System dem der fortschrittlicheren romanischen Länder angeglichen, woran Herberstein maßgeblich beteiligt war. Er steht somit im Übergang zum Berufsdiplomatentum.¹⁸

2.2 Beziehungen zwischen dem römischen Reich unter Habsburg und Russland

Nachdem das tatarische Reich der Goldenen Horde zerfallen war, konnte im 15. Jahrhundert das Kiewer Reich der Rus wiederhergestellt werden und das Großfürstentum Moskau zu einer ernst zu nehmenden Macht aufsteigen. So entstand der Grundstock für das spätere russische Zarenreich. Unter Ivan III. (1462–1505) und Vasilij III. (1505–1533) begann eine Zeit der Reformen und der territorialen Expansion, sowie einer zunehmenden Orientierung an West- und Mitteleuropa. Moskau begann selbst, das Gesandtschaftswesen zu forcieren und Informationen über die Gebiete und Mächte einzuholen. Auch in Europa wurde man sich dieses Aufstieges bewusst und zeigte zunehmend Interesse an Russland.¹⁹

1491 besiegelte Kaiser Maximilian I. mit Großfürst Ivan III. eine Defensivallianz gegen die Türken, Polen und Ungarn, welche aber nie zum Tragen kam. Sie verlor an Bedeutung, bis nach Ivans Tod Vasilij III. im Jahre 1505 im Konflikt mit den Polen das Bündnis reaktivieren wollte. Doch Polen hatte sich 1493 mit Habsburg geeinigt und Maximilian die Vorherrschaft im Donauraum überlassen. König Sigismund war gerade im Begriff, dessen Nichte Bona Sforza zu heiraten. Als Gegenleistung für diese Verbindung löste der Kaiser die Allianz und stiftete zwischen Russland und Polen Frieden.²⁰

1514 schloss Maximilian durch den Diplomaten Georg Schnitzenpaumer mit Russland ein Bündnis gegen Polen. Er hatte aber nie vor, Russland gegen Polen zu unterstützen, sondern war immer auf eine Einigung mit den Jagiellonen aus, weil er fürchtete,

¹⁷ Nahlik, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 55; Picard, *Gesandtschaftswesen*, S. 101–105.

¹⁸ Nahlik, *Völkerrechtliche Aspekte*, S. 51.

¹⁹ Oleg F. Kudrjavcev, *Das ambivalente Bild Russlands. Sigismund von Herberstein und seine Vorgänger*, in: Frank Kämpfer /Reinhard Frötschner (Hrsg.), *450 Jahre Sigismund von Herbersteins "Rerum Moscoviticarum commentarii" 1549–1999. Jubiläumsvorträge (Schriften zur Geistesgeschichte des östlichen Europa 24)*, Wiesbaden 2002, S. 101–114, hier S. 102; Wolfgang Geier, *Kulturgeschichte*, S. 28ff., 33.

²⁰ Wiesflecker, *Siegmund von Herberstein*, S. 5.

Russland könnte zu mächtig werden. Doch aufgrund der Türkengefahr musste der Kaiser dennoch Frieden zwischen Polen und Russland stiften und schickte Herberstein mit diesem Auftrag nach Moskau. Großfürst Vasilij III. lehnte jedoch ab, weil Moskau inzwischen mit Polen verbündet war.

1525 kam es unter Erzherzog Ferdinand zu einer neuen Russlandgesandtschaft durch Herberstein, um erneut Frieden zu vermitteln und eine gemeinsame Liga gegen die Türken zu gründen²¹

2.3 Herbersteins Rolle und Aufgabe als habsburgischer Gesandter

In den Jahren von 1515 bis 1553 erfüllte Sigmund von Herberstein für Kaiser Maximilian I., Karl V. und Ferdinand I. 50 bis 60 diplomatische Missionen im Zuge der komplizierten Beziehungen zu Polen-Litauen, Ungarn und Böhmen, sowie deren Einverleibung und der Türkenabwehr. Seine Reisen führten ihn vor allem in den Osten, nach Böhmen, Siebenbürgen, Ungarn, Polen und einmal sogar zum osmanischen Sultan, aber auch nach Spanien, Dänemark, in die Schweiz und an viele Orte innerhalb des Hl. Römischen Reiches. Neben Vertretungen des Herrschers bei innenpolitischen Angelegenheiten vermittelte er in dynastischen Angelegenheiten, regelte Erbfolgen und arrangierte Hochzeiten. Er klärte die Verhältnisse zwischen Österreich, Polen sowie Moskau und suchte Verbündete gegen die Türken.²²

Üblicherweise bekam Herberstein seine Aufträge immer schriftlich. Sie wurden begleitet von weiteren Schreiben der Hofkanzlei: Zum einen der Instruktion, die den Anlass, den Auftrag und oft eine fertige Antrittsrede enthielt, weiters dem Kreditiv für den Adressaten, zur Versicherung, dass der Gesandte im Auftrag des Senders handle, sowie drittens der Vollmacht, in der sich der Sender verpflichtete, sich an die vom Gesandten geschlossenen Verträge zu halten. Herberstein, der stets genau informiert sein wollte, bat oft um Aufklärungen, Änderungen oder Zusätze.²³

In den Jahren 1517/1518 und 1526/1527 reiste Herberstein zwei Mal nach Moskau. Zweck der Reisen war der Rückzug Maximilians aus dem alten Bündnis mit Russland gegen Polen, bzw. ein Frieden zwischen Moskau und Polen im Zuge der Türkenabwehr zu verhandeln. Weiters erhoffte sich der Kaiser Informationen über Land und Leute,

²¹ Wijaczka, *moskovitische Frage*, S. 294–296, 299; Christine Harrauer, *Beobachtungen zu Darstellungsweise und Wahrheitsanspruch in der Moscovia Herbersteins*, in: *Landesbeschreibungen Mitteleuropas vom 15. bis 17. Jahrhundert. Vorträge der 2. internationalen Tagung des „Slawenkomitees“* (Schriften der Bundesrepublik Deutschland zur Förderung der slawischen Studien 5), Köln 1983, S. 183–205.

²² Picard, *Herberstein*, S. 101f.; Geier, *Kulturgeschichte*, S. 48–51; Picard, *Gesandtschaftswesen*, S. 37.

²³ Picard, *Herberstein*, S. 105–108; Picard, *Gesandtschaftswesen*, S. 64–70.

genaue Aufzeichnungen von Straßen, Flüssen, Dörfern, Entfernungen und anderen topographische Gegebenheiten, sowie die Erstellung von Karten.²⁴

Herberstein war auf seinen Reisen meist der einzige Gesandte, wenn er auch mit Gefolge reiste, das er teilweise selbst bestimmen konnte. Mit dabei waren ein Sekretär für die Organisation und die Protokolle, ein Schreiber, der für das Geld zuständige „Ausgeber“ oder Herold, sowie verschiedene andere erfahrene Männer ohne bestimmte Aufgabe, Dolmetscher, bewaffnete Diener, Köche und Knechte. Auch die Reiseroute wählte Herberstein selbst, daher waren seine Verbindungen in alle Welt nützlich.²⁵ So reiste er mit 15 Personen im Februar 1517 über Krakau und Grodno nach Wilna, weiter nach Nowgorod, wo er am 4. April ankam, und dann über Twer und Klein, um am 18. April nach 15 Wochen in Moskau einzutreffen. Nach sieben Monaten Aufenthalt kehrte er im November über Moshaisk, Wiasma, Smolensk, Orscha, Borisow, und Wilna nach Wien zurück. Er reiste auf den üblichen Reisewegen und Handelsstraßen, bevorzugt zu Pferd, wobei jeder mehrere mit sich führte, aber auch mit Kutschen, Booten, und Schlitten über gefrorene Flussläufe. Das Vorwärtskommen war sehr vom Wetter und der politischen Situation abhängig und zudem sehr beschwerlich. So dauerte die Reise von Wien nach Moskau beispielsweise 115 Tage, die Rückreise nach Innsbruck aber nur mehr 91 Tage. Herberstein erwähnte oft Sumpfgebiete, Eis- und Schneestürme, die nur mit großer Mühe zu überwinden waren. Sechs bis neun Meilen galten unter idealen Bedingungen als machbar, aber die realen Zeiten lagen deutlich darunter. Wegen schlechter Straßen, mangelnder oder zerstörter Brücken, Sümpfen, dichter Wälder, Seuchengebieten, Wetterkapriolen und der daraus resultierenden Wartezeiten und Umwegen waren zu Pferd vier bis fünf, auf Schlitten fünf bis sechs, und auf Wägen drei bis vier Meilen pro Tag realistisch.²⁶

Am Ziel angekommen erfolgten eine feierliche Begrüßung und die Zuweisung der Quartiere. Zeremonien und Ehrengelichschaften waren hierbei sehr wichtig, um Macht und Einfluss zu demonstrieren. In Moskau bekamen Herberstein und sein Gefolge ein eigenes Haus im Kreml. Auch an Unterhaltung und Zerstreung sollte den Fremden etwas geboten werden. Es wurden Bankette gegeben, die Sehenswürdigkeiten präsentiert oder Jagden veranstaltet.²⁷

Die Antrittsaudienz gestaltete sich durch eine feierliche Begrüßung, die Übergabe der Geschenke, die Vorlesung des Kreditivs und durch die Antrittsrede des Gesandten mit

²⁴ Picard, Herberstein, S. 106.

²⁵ Picard, Herberstein, S. 106f.; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 60–64, 74ff.

²⁶ Picard, Herberstein, S. 107; Wiesflecker, Siegmund von Herberstein, S. 6; Harrauer, Darstellungsweise und Wahrheitsanspruch; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 80–85; Walter Leitsch, Berichte über den Moskauer Staat in italienischer Sprache aus dem 16. Jahrhundert. Eine quellenkritische Studie mit besonderer Berücksichtigung der italienischen Übersetzung der *Moscovia* Herbersteins (Wiener Archiv für Geschichte des Slawentums und Osteuropas 15), Wien- Köln-Weimar 1993, S. 97.

²⁷ Picard, Gesandtschaftswesen, S. 89–95; Picard, Herberstein, S. 108.

Anlass und Auftrag der Mission. Herberstein hatte, ebenso wie jeder andere Legat gewisse Freiheiten in der Formulierung dieser Rede. Er liebte es, die Macht Habsburgs zu zeigen. Mit Hilfe seiner ausgefeilten Rhetorik stellte er die Beweggründe seines Herrn anhand von historischen Anspielungen, Bibelzitate, Vergleichen mit alltäglichen Dingen und pompösen Umschreibungen breit und möglichst plausibel dar. So gelang es ihm, den Hintergrund der Mission überzeugend zu rechtfertigen.²⁸

Die Verhandlungen fanden meist in den Gemächern des Fürsten oder den Zimmern der involvierten Hofleute statt. Die Sprache außerhalb des deutschen Sprachraumes war Latein, die Moskoviter und Türken hatten Dolmetscher. Herberstein erwies sich stets als schlauer Verhandler, indem er zunächst Verhandlungsbereitschaft zeigte und dann dem Gegenüber die Vorteile einer Zustimmung schmackhaft und ihn mit Schmeicheleien gefügig machte. Oft drohte er auch mit einem Abbruch der Verhandlungen und prophezeite Schaden und Unglück, oder half ganz einfach mit Geldgeschenken nach. Doch er führte während seines Aufenthalts nicht nur offizielle Verhandlungen, sondern besuchte auch einflussreiche Personen der Umgebung, die dann beim Herrscher ein gutes Wort für ihn einlegen sollten.²⁹

Fast täglich schrieb Herberstein ausführliche Berichte über seine Verhandlungspartner, die geführten Gespräche, den Herrscher, sowie dessen Machstellung, Gesundheit, Familie, Aktivitäten, Beziehungen und Vorhaben an den Hof in Wien. Zudem lieferte er generelle Informationen über die eigene Unterbringung, sowie über Land und Leute.

Er schilderte die Ereignisse, nahm kritisch dazu Stellung, skizzierte sein weiteres Vorgehen und bat um neue Anordnungen. Die Briefe wurden durch Kuriere, die Post, Kaufleute oder andere Gesandte transportiert. Zur Sicherheit wurden vielfach Codes verwendet.³⁰

Am Ende des Aufenthaltes erfolgte eine feierliche Abschlussaudienz, eine Zusammenfassung der Verhandlungen mit einer schriftlichen oder mündlichen Antwort des Herrschers oder einem Vertragsabschluss, mit reichlichen Geschenken an den Gesandten.³¹

Nachdem Herberstein zurückgekehrt war, hatte er noch einen genauen Abschlussbericht zu verfassen, der in mündlicher oder schriftlicher Form Natur abgegeben werden konnte.³²

²⁸ Picard, Herberstein, S. 108; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 109–113.

²⁹ Picard, Herberstein, S. 108f.; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 111–114, 117–120, 128f.

³⁰ Picard, Herberstein, S. 110; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 129 – 144.

³¹ Picard, Herberstein, S. 111; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 89, 115ff.

³² Picard, Herberstein, S. 103, 111; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 114ff.

2.4 Der Gesandte Herberstein

Herberstein brachte mit seinen Anlagen, seinem Charakter und seiner Bildung ideale Voraussetzungen für seinen Dienst als Gesandter mit, und entsprach so dem zuvor geschilderten Ideal genau. Somit war er prädestiniert für eine erfolgreiche diplomatische Karriere und zur Entdeckung eines beinahe unbekanntes Landes.³³

Obwohl er als Kind kränklich gewesen war und seine Tätigkeit oft wegen seiner Syphilis und seiner Rückenschmerzen einschränken musste, war er körperlich widerstandsfähig. Das ließ ihn Strapazen, Krankheiten und Seuchen leicht ertragen. Herberstein war gut aussehend, groß und hager, mit einer kräftigen Nase, einer hohen Stirn und dichtem Haar und Bart, voll Autorität und Würde.³⁴

Durch seine Herkunft aus einem mehrsprachigen Grenzgebiet sprach er sieben Sprachen. Zudem war er offen für andere Kulturen und Religionen. Zudem war er humanistisch gebildet und hatte ein breites Allgemeinwissen in Geschichte, Literatur und Geographie, Rechtskunde sowie durch seine Interessen einen genauen Blick für fremde Kulturen, Religionen und Menschen. Oft zitierte er Platon, Cicero, Vergil oder Horaz in seinen Reden und sein breites Geschichtswissen auch über andere Länder half ihm oft bei Verhandlungen. Dort glänzte er durch Überzeugungskraft und Härte, wohl dosierte Ironie, Selbstbeherrschung, Urteilskraft, Geistesgegenwart, Schlagfertigkeit und eine exzellente Rhetorik sowie eine feine Beobachtungsgabe und Menschenkenntnis. Seine Eleganz, sein adeliges Selbstverständnis, sein mutiges Auftreten, sein Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein sowie seine Toleranz und kritische Sachlichkeit, die er jedem entgegen zu bringen versuchte, ließen ihn überall die gewünschten Informationen bekommen. Er jedoch gab aus Loyalität selbst nie etwas Vertrauliches preis. Schließlich war er als Söldnerführer militärisch sowie durch die Führung der Familiengeschäfte administrativ erfahren.³⁵

Für Herberstein war Diplomatie keine Nebentätigkeit. Er schrieb beinahe täglich Berichte und war auf Verhandlungen immer sehr gut vorbereitet. Auch sein privater Briefwechsel diente meist der Diplomatie. Und obwohl er Beamter und kein Berufsdiplomat war, entwickelte er ein eigenes Standesbewusstsein. Er war stolz auf seine Fähigkeiten und seine Bildung und verlangte selbstbewusst die Ehre, die ihm seiner Meinung nach zustand³⁶

³³ Picard, Herberstein, S. 103, 111ff.; Christine Harrauer, Sigmund von Herberstein als Humanist, in: Kämpfer/Frötschner (Hrsg.), 450 Jahre Sigismund von Herberstein, S. 11–26, hier S. 15; Geier, Kulturgeschichte, S. 45.

³⁴ Picard, Herberstein, S. 103, 111ff.; Harrauer, Herberstein, S. 15; Geier, Kulturgeschichte, S. 45; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 20.

³⁵ Picard, Gesandtschaftswesen, S. 21–30; Picard, Herberstein, S. 103, 111ff.; Harrauer, Herberstein, S. 14f.; Geier, Kulturgeschichte, S. 45; Wiesflecker, Herberstein, S. 12.

³⁶ Picard, Herberstein, S. 111ff.; Picard, Gesandtschaftswesen, S. 1.

3. Der Geograph Herberstein

An seinem Hauptwerk über Russland „*Rerum Moscoviticarum Commentarii*“ lässt sich die Wechselwirkung zwischen Auftrag und Erkundung sehr gut nachvollziehen. Der Kaiser hatte ihm zwar aus politischen Gründen den Auftrag zur Informationsbeschaffung gegeben, doch Herberstein verband dies mit seinem persönlichen volkskundlichen Interesse. Als Kaiser Ferdinand Herberstein dazu drängte, den Abschlussbericht über die Moskaureisen, der wohl die Grundlage der *Moscovia* darstellt, zu veröffentlichen, kam er dieser Aufforderung nur allzu gerne nach. Er wusste, dass die meisten seiner Informationen über den Norden und den Nordosten in Mitteleuropa neu waren, und so auf großes Interesse stoßen würden. Somit spielte auch die Eitelkeit und Geltungssucht Herbersteins eine Rolle. Herberstein stellt daher auch seine eigene Person als fachkundigen Reisenden und Diplomaten voran und zeigt Bilder und Stiche von seinen Qualifikationen.³⁷

1549 erschien die erste lateinische Fassung. Herberstein benutzte darin oft absurde und eher seltene lateinische Wörter oder gar zwei verschiedene Vokabeln gleicher Bedeutung nebeneinander, vermutlich um aus Eitelkeit seinen großen lateinischen Wortschatz hervor zu streichen. 1551 erschien bereits eine weitere Auflage in Basel, wo auch wenig später die dritte veröffentlicht wurde. 1557 wurde zudem noch ein schlechter Nachdruck in Antwerpen herausgegeben. Unmittelbar nach der Erstausgabe wurde 1550 in Venedig von Giovanni Battista Pedrazzano eine italienische Ausgabe gedruckt. Daher ist Herberstein auch sehr wichtig für das Russlandbild im italienischen Sprachraum. 1557 folgte die erste deutsche Übersetzung, die von Herberstein selbst verfasst und mit neuen Zusammenfassungen bzw. Erweiterungen versehen worden war. Diese deutsche Ausgabe zeichnet sich durch eine mündliche, gehobene Umgangssprache aus, die in knappen Worten und in einem politisch neutralen Stil Herbersteins Ergebnisse zusammenfasst. 1563 folgte noch eine wortwörtlich übersetzte Ausgabe von Heinrich Pantaleon. Aber genau wie viele andere Editionen war diese sehr fehlerhaft, weil auch hier der Übersetzer nicht mit der Materie vertraut war. Die verschiedenen Ausgaben erschienen jeweils mit neuen Bildern, Übersetzungen, Karten und Plänen. Bis 1549 wurden bereits mehrere 100 Exemplare gedruckt, jedoch sind nur mehr 13 erhalten. Bis 1600 folgten an die zwanzig weitere Ausgaben in fünf Sprachen.³⁸

³⁷ Andreas Moritsch, Geographisches in Herbersteins *Moscovia*, in: Gerhard Pferschy (Hrsg.), Sigmund von Herberstein, S. 135–145, hier S. 142; Walter Leitsch, Probleme bei der Edition von Herbersteins *Moscovia*, in: Gerhard Pferschy (Hrsg.) Sigmund von Herberstein, S. 165–175, hier S. 165; Geier, Kulturgeschichte, S. 52–57; Xenja von Ertzdorff, Sigmund von Herberstein als Geschichtsschreiber und Erzähler in seiner deutschen Ausgabe der *Moscovia* (Wien 1557), in: Kämpfer/Frötschner (Hrsg.) 450 Jahre Sigmund von Herberstein, S. 27–48, hier S. 28.

³⁸ Ertzdorff, Herberstein als Geschichtsschreiber. S. 28; Leitsch, Berichte über den Moskauer Staat, S. 12–17, 38, 61, 101, 120; Harrauer, Herberstein; Hieronim Grala, Die Rezeption der „*Rerum Moscoviticarum*

Herbersteins Weltbild war von Ptolemaios und Herodot geprägt und er kannte die damaligen Karten bestens.³⁹ Doch seinem kritischen Auge blieben verschiedene Fehler nicht verborgen und so wuchs in ihm das Bedürfnis, einiges zu ändern und zu verbessern, um seinem Wahrheitsanspruch in Historiographie und Geographie zu genügen.⁴⁰ Denn Herberstein sah die Geschichte ganz in humanistischer Tradition als *Magistra vitae*, die der Wahrheitsfindung dienen soll. Er trug dem Rechnung, indem er eigene Beobachtungen und Berechnungen anstellte, auf einheimische Chroniken verwies, sich kritisch mit der vorhandenen Literatur auseinandersetzte, bei Bedarf andere Autoritäten widerlegte, eine kritische Auswahl aus den ihm vorliegenden Berichten traf und daneben auch zu Fabeln und Wundergeschichten Stellung nahm.⁴¹ Herberstein hatte eigentlich sehr wenig von Russland selbst gesehen, denn er war während seiner Aufenthalte kaum aus Moskau hinaus gekommen. So musste er sich vor allem für den Osten auf andere Quellen stützen: unermüdlich sammelte er landeskundliche Informationen aller Art entweder anhand von Wegbeschreibungen und Skizzen, Berichten von Augenzeugen und anderen Reisenden, oder eigenen genauen Beobachtungen, mit denen er oft Gehörtes bestätigen konnte. Bei ungenügender Informationslage gab er sich allerdings selbst gerne wilden Spekulationen und Phantasien hin. Einmal berichtet er sogar von winterschlafenden Menschen. Kritisch unterscheidet er auch in der Niederschrift zwischen dem, was er selbst erlebt, aus zweiter Hand von Augenzeugen oder erst aus dritter Hand vom Hörensagen erfahren hatte.⁴²

Herberstein sah sich in der antiken Tradition der *Commentarii* und *Memoirenliteratur* und erhob keinen Anspruch auf stilistische Hochwertigkeit, sondern wollte mittels Tagebucheintragungen eine klare Darstellung der Sachlage liefern.⁴³

Herberstein bietet in seinem Werk umfassende Informationen über Religion, Recht und Sitten der Bevölkerung, die Kampfweise des Heeres, das Hofleben, den Titel des Herrschers, die Geschichte des Landes, und seine Beziehungen zu den Ausländern, sowie das Post- und Geldwesen.⁴⁴

Am Beginn der *Moskovia* steht die „*praefatio*“. Sie soll den Leser hinführen, die Absicht des Autors kundtun und Aufmerksamkeit erwecken. Neben der Widmung an Ferdinand, der diese Publikation angeregt hatte, und anderen sowie anderen derartigen Erwähnungen ist dort auch der Geleitbrief Ferdinands zur zweiten Russlandreise mit

Commentarii“ des Sigismund von Herberstein in Polen-Litauen in der 2. Hälfte des 16. Jh., in: Kämpfer / Frötschner (Hrsg.) 450 Jahre Sigismund von Herberstein, S. 317–326, hier S. 317.

³⁹ Andreas Moritsch, *Geographisches*, S. 135.

⁴⁰ Harrauer, *Herberstein als Humanist*, S. 15.

⁴¹ Harrauer, *Darstellungsweise und Wahrheitsanspruch*.

⁴² Moritsch, *Geographisches*, S.135f., 143.

⁴³ Harrauer, *Herberstein als Humanist*, S. 15; Ertzdorff, *Herberstein als Geschichtsschreiber*, S. 32; Harrauer, *Darstellungsweise und Wahrheitsanspruch*.

⁴⁴ Leitsch, *Berichte über den Moskauer Staat*, S. 39.

dem besonderen Auftrag zur Beobachtung von Land und Leuten abgedruckt. Dann wendet sich Herberstein „ad lectorem“. Er rechtfertigt sich und seine Aussagen, mit Gewährsmännern sowie Zeugen. Zudem weist er auf seine reichhaltige Erfahrung mit solchen Reisen und seine genaue Beobachtungsgabe hin.

In der Narratio, im Hauptteil, gibt Herberstein einen Überblick über die slawischen Völker sowie Länder und versucht eine genaue Abgrenzung ihrer räumlichen Aufteilung durch Aussagen über Klima, Boden, sowie Flora und Fauna. Jedes Volk wird nach Lebensweise, Sitten, Bräuchen, Mentalität und Religion beschrieben. In diesem Zusammenhang zeichnete er eine Vielzahl russischer Namen auf und versuchte, sie phonetisch genau transkribiert wiederzugeben und sie etymologisch zu erklären.⁴⁵

Ausführlich schreibt er über den Ursprung des Zarentitels sowie über seine Bedeutung und seinen Rang. Richtigerweise nimmt er einen lautlichen Ursprung von den Begriffen caesar und Kaiser an.⁴⁶

Dann folgt eine genaue Schilderung des moskovitischen Herrschaftsgebiets, beginnend bei Moskau und dann immer weitere Kreise ziehend.

Anschließend kommt eine systematische Beschreibung der umliegenden Länder, Himmelsrichtung für Himmelsrichtung mit dem Gewässernetz als Grundgerüst. Flüsse waren damals die wichtigsten Verkehrswege und wurden als Abgrenzung benutzt, da es ja keine Berge gab.⁴⁷ Herberstein war sich dessen bewusst und nennt viermal so viele Flüsse, wie in Europa bekannt waren. Auch in der Topographie konnte Herberstein viel mehr Siedlungen nennen als bekannt waren und stellt somit oft die Erwähnung dar. Dabei legte er großen Wert auf Entfernungen, wobei seine Angaben über die Länge der Flüsse in etwa stimmen. Bei der Größe der Binnenseen jedoch hatte er sich verschätzt. Zudem wechseln die Maßeinheiten je nach Quelle, was einen Vergleich erschwert. Besonderes Interesse hatte er für die Fischarten in den Flüssen und ob die Frage, ob sie essbar oder gar wohlschmeckend seien.⁴⁸

Den Abschluss bilden die Wegbeschreibungen und Itinerarien beider Reisen sowie eine Vielzahl von Karten und Abbildungen.⁴⁹

Ferdinand, beeinflusst von der Reformation und dem Trienter Konzil, beauftragte Herberstein auch ausdrücklich, sich theologischen Fragen zu widmen.⁵⁰ In Bezug auf

⁴⁵ Moritsch, Geographisches, S. 136; Geier, Kulturgeschichte, S. 54–58.

⁴⁶ Leitsch, Berichte über den Moskauer Staat, S. 105.

⁴⁷ Leitsch, Berichte über den Moskauer Staat, S. 99.

⁴⁸ Moritsch, Geographisches, S. 137ff.

⁴⁹ Geier, Kulturgeschichte, S. 54.

⁵⁰ Frank Kämpfer, Siegmund von Herbersteins „Rerum Moscovitarum Commentarii“ als religionsgeschichtliche Quelle, in: Gerhard Pferschy (Hrsg.), Siegmund von Herberstein, S. 147–163, hier

die Religion lobt dieser, dass es keine Konflikte und keinen Wandel in Bezug auf den Glauben gäbe und eine Religionspraxis vorherrsche, wie zu den Zeiten der Apostel. Bischöfe besäßen keine weltlichen Herrschaften und jeder Priester müsse sich vor dem Zivilgericht verantworten. So sei die Bewahrung eines ursprünglichen Christentums trotz widriger Umstände durch einen intensiven Glauben, durch die starke Verehrung des Evangeliums und der Ikonen, Sittenstrenge und Fastengebote möglich gewesen und wichtig für die Stabilität der Gesellschaft. Auch zwei kleine Sammlungen religiöser Regeln in Form von Fragen und Antworten überliefert Herberstein.⁵¹ Trotzdem gab es auch im russischen Reich Zeichen des Verfalls, die er entweder nicht sehen konnte oder wollte.⁵² Dennoch wurde er diesbezüglich zu einer wichtigen Quelle für die Kirchengeschichtsschreibung.⁵³

In Bezug auf die Wirtschaft beschreibt Herberstein das Klima mit den harten russischen Wintern, die Bodenbeschaffenheit, die Flüsse, die Landwirtschaft mit Nutztierhaltung, Jagd, Fischerei und Pelzhandel, sowie die Städte und ihre Lage, ihre Bevölkerung, sowie deren Handelsbräuche. Besonders wichtig erschien ihm hierbei die Lage der Städte in Bezug zueinander. Auch die Wasserwege ersah er als wirtschaftlich bedeutend. Er klassifizierte sie anhand des Fischreichtums, der Befahrbarkeit, und der Verwendung zur Getreideverarbeitung. Immer steht der ökonomische Nutzen im Vordergrund, selten wird z. B. der Charakter des Ufers erwähnt. Die Pferde beschreibt er als klein aber ausdauernd. Zudem würden Ochsen, Kühe, Ziegen und Widder gehalten, Zwiebel, Knoblauch, Gurken und Melonen angebaut, nach Pelztieren gejagt und gefischt.⁵⁴

Auch der Entwicklung der Herrschaftsverhältnisse widmet sich Herberstein und beschreibt, indem er jeden Herrscher einzeln charakterisiert, wie die Moskauer Großfürsten in den Besitz ihrer Fürstentümer gekommen sind und ihr Gebiet durch Kriege vergrößert haben. Die große Macht des Herrschers über seine Untertanen, egal ob weltliche oder geistliche, sowie über ihr Leben und Besitz, ebenso wie die große Distanz zwischen diesen Ständen beeindruckten Herberstein. Das Volk werde vom Herrscher und den Adligen ausgebeutet und habe keinerlei Schutz vor deren Willkür.⁵⁵ Er berichtet auch genau über die Verwaltung des Reiches und erwähnt bereits eine Art

S. 148–160; Leitsch, Berichte über den Moskauer Staat, S. 65; Harrauer, Darstellungsweise und Wahrheitsanspruch.

⁵¹ Leitsch, Berichte über den Moskauer Staat, S. 106.

⁵² Frank Kämpfer, religionsgeschichtliche Quelle, S. 153.

⁵³ Kämpfer, religionsgeschichtliche Quelle, S. 160.

⁵⁴ Moritsch, Geographisches, S. 138; A.L.Choroskevic, Die Quellen Herbersteins und die Moscovia als Quelle zur politischen, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Rus im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts, in: Gerhard Pferschy (Hrsg.), Siegmund von Herberstein, S. 179–243, hier S. 212–231.

⁵⁵ Samuel H. Baron, Herberstein's Image of Russia and its Transmission through later Writers, in: Gerhard Pferschy (Hrsg.), Siegmund von Herberstein, S. 245–279, hier 274; Auerbach, „Moscovia“ als Lehrbuch, S. 392, 395; Moritsch, Geographisches, S. 138; Harrauer, Darstellungsweise und Wahrheitsanspruch.

von Fachministerien. Ein spezielles Interesse zeigte er auch für den Fürsten und dessen Hof sowie den Adel. Als Aufgaben des Zaren nennt er vor allem Repräsentationspflichten bei verschiedensten Anlässen.⁵⁶

Nicht zuletzt überliefert Herberstein schließlich interessante Details über die Vorbereitungen, den Verlauf und die Teilnehmer solcher Reisen, aber auch wie Gesandte in Russland empfangen und behandelt wurden.⁵⁷

Herberstein zeichnete ein eher negatives Bild von Russland. Das Gottesgnadentum des russischen Herrschers, seine unumschränkte Macht und die religiöse Verehrung, die ihm entgegengebracht wurde, die totale Gewalt über Menschen und Besitz, hielt er geringschätzig für eine Tyrannis und sprach somit dem Reich jede Existenzberechtigung ab. Das Staatswesen und die Gesellschaft seien unvollkommen, die Barbaren würden Kinder und Frauen schlecht behandeln. Er warnt vor der Gerissenheit und Unzuverlässigkeit der russischen Verhandlungspartner und hält jeden Bestechungsversuch für sinnlos, weil der Zar das Recht hatte, jedes offizielle Geschenk einzufordern. Auch warnt er vor der Misstrauen gegenüber Fremden seitens der Kirche und der Gläubigen. Negativ äußert er sich auch über die Unterwürfigkeit der Russen gegen über jedem, der höher gestellt war und die Arroganz mit denen die Adligen wiederum ihre Untertanen behandelten. Auch das Recht diene in Moskau nur dem politischen Nutzen, während es in Mitteleuropa das Ideal des unbestechlichen Richters gab, der ohne Stand und Einfluss sein Urteil fällt, was aber in der Praxis wohl auch im Europa des 16. Jahrhunderts nicht überall anzutreffen war.⁵⁸

Schluss

Herbersteins Zusammenstellung und Beschreibung übertraf alles Vergleichbare bei weitem und blieb lange unerreicht. Da er sich auf keine vergleichbaren Quellen stützen konnte, leistete er im wahrsten Sinne des Wortes Pionierarbeit. Trotz seiner guten Allgemeinbildung musste er oft Dinge beschreiben, von denen er kaum wusste, was sie waren. Seine Beschreibung Russlands blieb lange Zeit ausschlaggebend für das Bild Russlands in Westeuropa und gehört auch heute noch zum europäischen Kulturgut. Denn Herberstein konnte so manche falsche topographische Annahme seiner Zeit widerlegen. Durch ihn sind weiters viermal so viele Flüsse und Siedlungen, als bis dahin in Europa bekannt waren, überliefert. Zudem stellt er eine wichtige und oft die einzige Quelle der russischen Geschichtsschreibung, insbesondere der Kirchengeschichte, dar, weil er später verlorene Chroniken und Annalen aus russischen Klös-

⁵⁶ Choroskevic, Quellen Herbersteins, S. 225ff., 230f.; Geier, Kulturgeschichte, S. 58; Auerbach, „Moscovia“ als Lehrbuch, S. 388, 392.

⁵⁷ Harrauer, Darstellungsweise und Wahrheitsanspruch; Geier, Kulturgeschichte, S. 52.

⁵⁸ Kudrjavcev, Das ambivalente Bild Russlands, S. 102, 107; Auerbach, „Moscovia“ als Lehrbuch . S. 388, 393.

tern sowie russische Gesetzbücher eingearbeitet hat. Weiters überliefert Herberstein durch seine autobiographischen Zeugnisse und seine erhaltenen Briefsammlungen, wichtige Details aus dem Alltag eines Gesandten und prägt so auch das Bild vom Gesandtschaftswesen mit. Als kleiner unbedeutender Wermutstropfen in der reichen wissenschaftlichen Hinterlassenschaft des Sigmund von Herberstein erscheint da wohl der Umstand, dass er Grönland, welches damals zwischen Skandinavien und Russland vermutet wurde, trotz intensiver Bemühungen Zeit seines Lebens nicht finden konnte.⁵⁹

Literatur

Auerbach, Inge, Sigismund von Herbersteins „Moscovia“ als Lehrbuch, in: Kämpfer, Frank/Frötschner Reinhard (Hrsg.), 450 Jahre Sigismund von Herbersteins "Rerum Moscoviticarum Commentarii" 1549–1999. Jubiläumsvorträge (Schriften zur Geistesgeschichte des östlichen Europa 24), Wiesbaden 2002, S. 383–398.

Baron, Samuel H., Herberstein's Image of Russia and its Transmission through later Writers, in: Pferschy, Gerhard (Hrsg.), Sigmund von Herberstein. Kaiserlicher Gesandter und Begründer der Russlandkunde und die europäische Diplomatie (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives), Graz 1989, S. 245–279.

Choroskevic, A. L., Die Quellen Herbersteins und die Moscovia als Quelle zur politischen, Sozial und Wirtschaftsgeschichte der Rus im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts, in: Pferschy, Gerhard (Hrsg.), Sigmund von Herberstein. Kaiserlicher Gesandter und Begründer der Russlandkunde und die europäische Diplomatie (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives), Graz 1989, S. 179–243.

Ertzdorff, von, Xenja, Sigmund von Herberstein als Geschichtsschreiber und Erzähler in seiner deutschen Ausgabe der Moscovia (Wien 1557), in: Kämpfer, Frank/Frötschner Reinhard (Hrsg.) 450 Jahre Sigismund von Herbersteins "Rerum Moscoviticarum commentarii" 1549–1999. Jubiläumsvorträge (Schriften zur Geistesgeschichte des östlichen Europa 24), Wiesbaden 2002, S. 27–48.

Geier, Wolfgang, Russische Kulturgeschichte in diplomatischen Reiseberichten aus vier Jahrhunderten. Sigmund von Herberstein, Adam Olearius, Friedrich Christian Weber, August von Haxthausen (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 37), Wiesbaden 2004.

Grala, Hieronim, Die Rezeption der „Rerum Moscoviticarum Commentarii“ des Sigismund von Herberstein in Polen-Litauen in der 2. Hälfte des 16. Jh., in: Kämpfer, Frank/Frötschner Reinhard (Hrsg.), 450 Jahre Sigismund von Herbersteins "Rerum

⁵⁹ Leitsch, Berichte über den Moskauer Staat, S. 101; Moritsch, Geographisches, S. 135, 142.

Moscovitarum Commentarii" 1549–1999. Jubiläumsvorträge (Schriften zur Geistesgeschichte des östlichen Europa 24), Wiesbaden 2002, S. 317–326.

Harrauer, Christine, Beobachtungen zu Darstellungsweise und Wahrheitsanspruch in der *Moscovia* Herbersteins, in: Landesbeschreibungen Mitteleuropas vom 15. bis 17. Jahrhundert. Vorträge der 2. internationalen Tagung des „Slawenkomitees“ (Schriften der Bundesrepublik Deutschland zur Förderung der slawischen Studien 5), Köln 1983, S. 183–205.

Harrauer, Christine, Sigmund von Herberstein als Humanist, in: Kämpfer, Frank/Frötschner Reinhard (Hrsg.), 450 Jahre Sigismund von Herbersteins "Rerum Moscovitarum commentarii" 1549–1999. Jubiläumsvorträge (Schriften zur Geistesgeschichte des östlichen Europa 24), Wiesbaden 2002, S. 11–26.

Höflechner, Walter, Zur Entwicklung der europäischen Bündnissysteme und des Gesandtschaftswesens bis zur Zeit Herbersteins, in: Pferschy, Gerhard (Hrsg.), Sigmund von Herberstein. Kaiserlicher Gesandter und Begründer der Russlandkunde und die europäische Diplomatie (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives), Graz 1989. S. 17–25.

Kämpfer, Frank, Sigmund von Herbersteins „Rerum Moscovitarum Commentarii“ als religionsgeschichtliche Quelle, in: Pferschy, Gerhard (Hrsg.), Sigmund von Herberstein. Kaiserlicher Gesandter und Begründer der Russlandkunde und die europäische Diplomatie (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives), Graz 1989, S. 147–163.

Kudrjavcev, Oleg F., Das ambivalente Bild Russlands. Sigismund von Herberstein und seine Vorgänger, in: Kämpfer, Frank/Frötschner Reinhard (Hrsg.), 450 Jahre Sigismund von Herbersteins "Rerum Moscovitarum commentarii" 1549–1999. Jubiläumsvorträge (Schriften zur Geistesgeschichte des östlichen Europa 24), Wiesbaden, 2002, S. 101–114.

Lanzer, Andrea, Das Gesandtschaftswesen im Westen zu Beginn des 16. Jh., in: Pferschy, Gerhard (Hrsg.), Sigmund von Herberstein. Kaiserlicher Gesandter und Begründer der Russlandkunde und die europäische Diplomatie (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives), Graz 1989, S. 63–77.

Leitsch, Walter, Berichte über den Moskauer Staat in italienischer Sprache aus dem 16. Jh. Eine quellenkritische Studie mit besonderer Berücksichtigung der italienischen Übersetzung der *Moscovia* Herbersteins (Wiener Archiv für Geschichte des Slawentums und Osteuropas 15), Wien-Köln-Weimar 1993.

Leitsch, Walter, Probleme bei der Edition von Herbersteins *Moscovia*, in: Pferschy, Gerhard (Hrsg.), Sigmund von Herberstein. Kaiserlicher Gesandter und Begründer der

Russlandkunde und die europäische Diplomatie (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives), Graz 1989, S. 165–175.

Moritsch, Andreas, Geographisches in Herbersteins *Moscovia*, in: Pferschy, Gerhard (Hrsg.), Sigmund von Herberstein. Kaiserlicher Gesandter und Begründer der Russlandkunde und die europäische Diplomatie (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives), Graz 1989, S. 135–145.

Nahlik, Stanislaw E., Völkerrechtliche Aspekte der frühen Diplomatie, in: Pferschy, Gerhard (Hrsg.), Sigmund von Herberstein. Kaiserlicher Gesandter und Begründer der Russlandkunde und die europäische Diplomatie (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives), Graz 1989, S. 43–61.

Picard, Bertold (Hrsg.), Beschreibung Moskaus (1557) von Sigmund Freiherr von Herberstein (österreichische Diplomaten), Graz-Wien-Köln 1966.

Picard, Bertold, Das Gesandtschaftswesen Ostmitteleuropas in der frühen Neuzeit. Beiträge zur Geschichte der Diplomatie in der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts nach den Aufzeichnungen des Freiherrn Sigmund von Herberstein (Wiener Archiv für Geschichte des Slawentums und Osteuropas 6), Wien-Köln-Weimar 1967.

Picard, Bertold, Herberstein als habsburgischer Diplomat, in: Pferschy, Gerhard (Hrsg.), Sigmund von Herberstein. Kaiserlicher Gesandter und Begründer der Russlandkunde und die europäische Diplomatie (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives), Graz 1989, S. 101–116.

Seifert, Traudl, Sigismund zu Herberstein. Reise zu den Moskowitern 1526, München 1966.

Wiesflecker, Hermann, Der Mensch Sigmund von Herberstein, in: Pferschy, Gerhard (Hrsg.), Sigmund von Herberstein. Kaiserlicher Gesandter und Begründer der Russlandkunde und die europäische Diplomatie (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives), Graz 1989, S. 3–17.

Wijaczka, Jacek, Die moskovitische Frage in den diplomatischen Beziehungen Polen-Litauens zum Reich in der Zeit Kaiser Karls V. (1519–1556), in: Kämpfer, Frank/Frötschner Reinhard (Hrsg.), 450 Jahre Sigmund von Herbersteins "Rerum Moscoviticarum Commentarii" 1549–1999. Jubiläumsvorträge (Schriften zur Geistesgeschichte des östlichen Europa 24), Wiesbaden 2002. S. 293–310.

Barbara Denicolò ist Studentin der Geschichte im 5. Semester an der Universität Innsbruck. Barbara.Denicolo@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Barbara Denicolò, Auftrag und Erkundung: Sigmund von Herberstein, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 291–308, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Die Gesellschaft im antiken Sparta

Barbara Denicolo

Kerngebiet: Alte Geschichte

eingereicht bei: Mag^a. Irene Madreiter

eingereicht im Semester: SS 2008

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung durch LV-Leiterin: sehr gut/gut

Abstract

The society in ancient Sparta

The following paper is about the very special society in the ancient Sparta. It will show and explain the different groups like Spartans, Perioikoi and Helots and different undergroups.

Einleitung

Schon Thukydides (Der Peloponnesische Krieg 5,68,2¹) weist auf die legendäre "Geheimnistuerei" der Spartaner in inneren Angelegenheiten hin und dementsprechend schlecht ist auch die Gesellschaft Spartas durch zeitgenössische Quellen dokumentiert. Einerseits hatte Sparta keine eigene Geschichtsschreibung und die antike Historiographie legte mehr Wert auf Schlachten und Politik als auf Gesellschaft und Alltag. Andererseits lässt sich nachweisen, dass die Spartiaten ab dem 5. Jahrhundert v. Chr. Einzelheiten lieber für sich behielten und bewusst an ihrer Verklärung und Mythifi-

¹ Griechischer Originaltext [<http://el.wikisource.org/wiki/%CE%98%CE%BF%CF%85%-CE%BA%CF%85%CE%B4%CE%AF%CE%B4%CE%B7%CF%82>], eingesehen 17.3.2010.

zierung gearbeitet haben. Mehr Material bieten zwar spätere Autoren, diese sind aber bereits vom legendären Mythos Sparta eingenommen und haben daher nur einen umstrittenen Quellenwert.² Bereits in der Antike lassen sich also verschiedene Standpunkte gegenüber dem Stadtstaat feststellen. Während Xenophon in „der Staat der Spartaner“ klar für Sparta spricht und die innere Ordnung und Stabilität, die Gleichheit, die Freiheitsliebe, das einfache, ernsthafte Leben ohne Prunk sowie die Abhärtung, Ausdauer und Tapferkeit lobt, kritisieren Aristoteles, Plutarch und Pausanias vielmehr die einseitige Ausrichtung des Lebens auf den Krieg, sowie die Unmenschlichkeit, Unterdrückung und Kulturlosigkeit der Lakedaimonier.³

Die griechische Überlieferung berichtet von mehreren Grundelementen der spartanischen Gesellschaft und nennt die politische Stabilität, das Heer, als entscheidendes Instrument zur Durchsetzung der Interessen, sowie Feste, Feiern und die für ihre Schönheit berühmten Frauen. Dabei haben alle drei Grundelemente mit der spezifischen Gesellschaftsstruktur der Stadt zu tun. Die politische Stabilität beruht sicher zum Teil auf diesem soliden Dreiklassensystem und erst durch die Arbeit der Heloten konnten sich die Spartiaten derart dem Kriegshandwerk bzw. dem Lebensgenuss widmen.⁴

Daher soll nun, trotz der vielen Legenden und Unwahrheiten, die seit jeher im Umlauf sind, und der vielen verschiedenen Ansätze und Interpretationen in der Fachliteratur dieses spezifische Gesellschaftsmodell genauer betrachtet und die drei großen Klassen, Spartiaten, Perioiken und Heloten näher erklärt werden. Da auch heute noch manche Autoren von gewissen Vorstellungen eingenommen zu sein scheinen, war es oft nicht möglich, zwischen der Geschichte der Stadt und der ihres Bildes zu unterscheiden und die Fakten zu erkennen.

Auf die Geschichte Spartas und die Umstände, die zu dieser Entwicklung geführt haben bzw. auf den Niedergang dieses Systems, sowie auf die anderen Aspekte der Gesellschaft, Verfassung, Erziehung und Frauen kann in dieser Arbeit nur am Rande eingegangen werden.

Allgemeines

Der Stadtstaat Sparta lag im Süden der Peloponnes und bestand aus Messenien mit dem Fluss Pamisos und Lakonien mit dem Fluss Eurotas. Sparta lag im oberen Eurotastal und heißt übersetzt „die Gesäte“ oder „Verstreute“. Im Norden war das Land vom arkadischen Hochland Skiritis, im Westen vom Gebirge Taygetos und Osten vom Gebirge Parnon umgeben. Im Süden grenzte es an das Meer. Das Land bestand aus fruchtbaren Ebenen mit gutem Acker- und Weideland und viel Wasser. Es besaß zudem

² Ernst Baltrusch, Sparta. Geschichte, Gesellschaft, Kultur, München 1998, S. 116.

³ Baltrusch, Sparta, S. 11; Martin Dreher, Athen und Sparta, München 2001, S. 31f.

⁴ Baltrusch, Sparta, S. 11; Martin Dreher, Athen und Sparta, München 2001, S. 31f.

gute Verbindungen nach Norden und Süden und war wegen seiner Hügel leicht zu kontrollieren.⁵

Die dorische Besiedelung erfolgte vom Norden her, wo die zu Beginn recht kleine Bevölkerung im 10. und 9. Jahrhundert rasch anwuchs und daher im 8. Jahrhundert nach Süden vorstieß und die Einheimischen unterwarf, sie also zu unfreien „Heloten“ machte, auf die später noch eingegangen wird.⁶ Zu Beginn waren alle der gegründeten Siedlungen gleichrangig und unabhängig voneinander. Doch ca. 900 v. Chr. vereinigten sich die vier Dörfer Limnai, Kynosura, Mesoa und Pitane (um 700 v. Chr. stieß noch Amyklai dazu) zu einer Stadt, und begannen, die restlichen Dörfer zu beherrschen und sie in den Status abhängiger Bauern, der „Perioiken“ hinab zu drängen.⁷

Die Spartiaten lebten in der Stadt Sparta und ließen das umliegende Land von den Heloten bebauen, während die Perioiken hingegen an den Rändern der Ebenen in den Gebirgsgegenden lebten und keine Heloten besaßen.⁸ Dazu teilten sie das Land in gleiche Teile, die Kleroi, also „Lose“ genannt wurden, weil sie den Einzelnen vom Staat zugewiesen wurden.⁹ Die genaue Aufteilung ist nicht mehr ganz klar. Eine Überlieferung berichtet, der legendäre Lakedaimonische Gesetzgeber Lykurg habe das Land in 9.000 Güter für die Spartiaten und 30.000 für die Perioiken geteilt, doch auch andere Zahlen sind bekannt.¹⁰

Spartiaten

Oft werden die Begriffe „Spartaner“ und „Spartiate“ synonym verwendet. Jedoch bezeichnet der Begriff „Spartaner“ alle Bewohner Lakoniens, während der Begriff „Spartiate“ nur den Bewohner Spartas, den Vollbürger bezeichnet.¹¹ Dieser obersten Gruppe im Gesellschaftssystem soll nun die Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Sparta war im Verhältnis zu anderen griechischen Städten eine kleinere Stadt. Sie hatte um 700 v. Chr. ca. 10.000 Vollbürger, im 5. Jahrhundert noch 8.000, im 3. Jahrhundert noch an die Tausend. Keine Zahlen hingegen gibt es für die Perioiken und die Heloten,

⁵ Manfred Clauss, *Sparta. Eine Einführung in seine Geschichte und Zivilisation*, München 1983, S. 8, 15; Dreher, *Athen und Sparta*, S. 31f.; Baltrusch, *Sparta*, S. 13.

⁶ Clauss, *Sparta*, S. 16.

⁷ Robin Barrow, *Sparta*, London 1975, S. 17; Dreher, *Athen und Sparta*, S. 31f.

⁸ Victor Ehrenberg, *Spartiaten und Lakedaimonier*, in: *Sparta*, hrsg. v. Karl Christ, Darmstadt 1986, S. 144–194, hier S. 145, 161; Baltrusch, *Sparta*, S. 30f.

⁹ Ehrenberg, *Spartiaten und Lakedaimonier*, S. 163.

¹⁰ Paul Cartledge, *Sparta and Lakonia. A regional history 1300–362 B.C.*, London/Boston/Henley 1979, S. 167; K.-W. Welwei, *Spartiaten*, in: *Der Neue Pauly*, Brill Online, hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, [http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe_1118630] eingesehen 27.05.2008; Ehrenberg, *Spartiaten und Lakedaimonier*, S. 166.

¹¹ Clauss, *Sparta*, S. 95.

die später behandelt werden. Sicher ist nur, dass sie die Zahl der Spartiaten bei Weitem übertrafen.¹²

Die Spartiaten waren im Gegensatz zu den anderen Griechen reine Berufssoldaten, die von Kindheit an trainiert und abgehärtet wurden. Andere Städte holten sich bei Bedarf ihre Soldaten von den Feldern und aus den Werkstätten, für die Spartiaten allerdings war die gemeine Arbeit unter ihrer Würde. Sie ließen die Kleroi daher von den Heloten bearbeiten. So konnten sie den Staat ganz in den Mittelpunkt stellen und sich nur dem militärischen Training, dem Wettkampf und der Politik widmen und die Geselligkeit pflegen.¹³ Denn der Status des Vollbürgers bedeutete die Teilnahme an der Volksversammlung (Apella bzw. Ekklesia) sowie das aktive und passive Wahlrecht für alle Ämter und Institutionen.¹⁴

Um zu dieser privilegierten Schicht der Spartiaten zu gehören, mussten einige Voraussetzungen erfüllt werden. Erstens mussten beide Elternteile des Knaben spartanische Vollbürger sein. Wurde das Kind nach der Geburt von seinem Vater anerkannt – behinderte oder schwächliche Kinder wurden in den Bergen ausgesetzt –, wurde noch einmal durch den Ältestenrat, soweit eben feststellbar, seine körperliche und geistige Tauglichkeit geprüft, um ihm dann eines der Landgüter zuzuweisen.¹⁵

Ein Landgut, samt den darauf lebenden Heloten, die das Land bewirtschafteten und mit einem Teil ihrer Ernte ihren Herrn versorgten, waren Voraussetzung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Existenz als Vollbürger, denn es sicherte jedem Spartiaten und seiner Familie den Lebensunterhalt. Starb einer von ihnen, fiel das Land theoretisch wieder an den Staat zurück, wurde aber meistens wieder an die Nachkommen weitergegeben.¹⁶

Weiters musste ein jeder die Agoge, den gemeinsamen Ausbildungsweg in der spartanischen Lebensführung, durchlaufen und sich schließlich regelmäßig am politischen, militärischen und gesellschaftlichen Leben beteiligen und täglich am gemeinsamen Leben in den Zelt- und Mahlgemeinschaften, den Syskenien oder Syssitien, teilnehmen.¹⁷

Diese Syskenien waren aus der Zeltgemeinschaft bei Kriegszügen und Wanderungen entstandene Gruppen, in denen ca. 15 Männer ab 20 Jahren zusammen lebten, aßen und schliefen. Eine eigene Familie befreite nicht von der täglichen Teilnahme und selbst die Könige waren nicht davon ausgenommen. Wohl aber galten Krankheit, Opfergänge,

¹² Barrow, Sparta, S. 25; Clauss, Sparta, S. 106.

¹³ Cartledge, Sparta and Lakonia, S. 166.

¹⁴ Baltrusch, Sparta, S. 30f.

¹⁵ Barrow, Sparta, S. 23; Baltrusch, Sparta, S. 30f.

¹⁶ Barrow, Sparta, S. 22.

¹⁷ Barrow, Sparta, S. 23.

Jagd oder Altersgebrechen als Hinderungsgrund. Diese Gemeinschaften galten als stabilisierender Faktor der staatlichen Ordnung, verbanden sie doch Männer allen Alters und führten zu einem regen Erfahrungsaustausch.¹⁸

Die Kosten wurden durch die Teilnehmer selbst getragen, die, trotz unterschiedlicher finanzieller Möglichkeiten, alle denselben Beitrag zu leisten hatten, indem sie einen Anteil ihrer von den Heloten erwirtschafteten Produkte abgaben. Daher war der Besitz eines Landstückes mit Mindestertrag notwendig, um für diese Beiträge und die eigene Kriegsausrüstung aufkommen zu können. Für viele wurde die Teilnahme an den Syskenien aber eine große finanzielle Belastung. Konnte dieser Beitrag nicht mehr gezahlt werden, schied der Spartiate aus und verlor auch alle Bürgerrechte.¹⁹

Homoioi

Die Spartiaten nannten sich selbst Homoioi, die „Gleichen“, und zwar im Bezug auf Herkunft, Erziehung und Lebensweise. Zudem kämpften sie niemals als Einzelner, sondern immer für ein gemeinsames Ziel, den Staat.²⁰

Auch ein gewisser Ehrenkodex war mit dem Ideal der Homoioi verbunden, der vor allem auf Tapferkeit und gegen Feigheit ausgerichtet war. Machte sich einer der Spartiaten der „Atimia“ schuldig, indem er feiges Verhalten zeigte, wurde er öffentlich gedemütigt und aller politischen Rechte für verlustig erklärt. Er musste spezielle Kleider tragen und unrasiert bleiben. Niemand aß mehr mit ihm, niemand trainierte mit ihm, niemand wollte mehr jemanden aus seiner Familie heiraten.²¹

Trotz der gleichen Rechte gab es aber soziale, finanzielle und wirtschaftliche Unterschiede innerhalb der Spartiaten. Besonders in der Spätzeit wurden einige Familien immer einflussreicher und konnten durch Schenkungen, Erbschaften und besonders effektive Bewirtschaftung ihrer Güter immer mehr Land und Reichtum anhäufen. Mehrere Historiographen (v. a. Herodot, Thukydides, Xenophon) schildern eine ver-sippte Familiengruppe in Sparta, die dem Adel der anderen Poleis entsprechen konnte. Diese adeligen Familien stellten die Könige und Staatsgesandten und alle Olympiateilnehmer und bestimmten überhaupt die Geschicke der Politik. Sie führten ihre Abstammung auf Herakles zurück und nannten sich selbst Herakliden. Sie

¹⁸ Clauss, Sparta, S. 95, 151f.; Baltrusch, Sparta, S. 30f.; 68ff.; Cartledge, Sparta and Lakonia, S. 170–173, 83, 95.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Baltrusch, Sparta, S. 30f.; Paul Cartledge, Homoioi, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dn_p_e516850], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, eingesehen 27.5.2008.

²¹ Barrow, Sparta, S. 24; Dreher, Athen und Sparta, S. 121f.

heirateten vermehrt untereinander, um Besitz und Einfluss zusammenzuhalten, gingen aber gezielt auch Verbindungen nach außen ein, wenn sie der Poleis nützten.²²

Oliganthropie

Im Vergleich zu den Perioiken und den Heloten ging die Zahl der Spartiaten im Laufe der Zeit immer mehr zurück, es kam zu einem Männermangel, genannt Oliganthropie, was sich vor allem an den sinkenden Zahlen der Hopliten (Schwerbewaffneten) im Heer bemerkbar machte. Tatsächlich wird die Bevölkerung in der Frühzeit auf über 8000 Vollbürger, im 3. Jahrhundert aber auf weniger als 1000 geschätzt.²³ Viele Gründe werden hierfür von antiken wie modernen Autoren angeführt. Aristoteles z. B. führte diesen Umstand auf die zu großen Erb- und Besitzrechte der Frauen in Sparta zurück.²⁴

Heute wird unter anderem der Geburtenrückgang angeführt, welcher zum einen wegen des hohen Heiratsalters zu Stande kam, das bei den Frauen bei 20 und bei den Männern noch höher lag, zum anderen aber auch wegen der Männer, die die meiste Zeit im Krieg oder in den Männergemeinschaften verbrachten, in denen zudem auch Päderastie gepflegt wurde, und daher selten zuhause waren. Zudem sollen laut gängiger Literatur nur völlig gesunde Kinder aufgezogen, alle anderen jedoch im Gebirge ausgesetzt worden sein.²⁵

Weiters verarmten immer mehr Spartiaten und verloren durch den hohen Zensus auf diese Weise ihr Bürgerrecht. Die adeligen Familien waren darauf bedacht, durch Vererbung und Schenkung ihren Besitz zusammenzuhalten, ihre Macht zu konzentrieren und die Exklusivität ihrer Familie aufrecht erhalten. Daher versuchten sie, möglichst wenig Kinder zu zeugen. Das Risiko auszusterben nahmen sie dabei in Kauf.²⁶

Was schlussendlich zur Oliganthropie führte, ist nicht ganz klar, sicher ist nur, dass man lange nichts gegen das Problem tat. Denn erst im 4. und 3. Jahrhundert tauchen erste Belege dafür auf, dass das Problem erkannt wurde und Gegenmaßnahmen getroffen wurden, um das spartanische Leben zu schützen, die aber kaum Wirkung zeigten. Zu solchen Maßnahmen gehörten etwa zeitweise Polyandrie oder gar Abschaffung der Ehe, Vergünstigungen für kinderreiche Väter und Strafen für

²² Clauss, Sparta, S. 96ff.; Barrow, Sparta, S. 23; Dreher, Athen und Sparta, S. 39.

²³ Baltrusch, Sparta, S. 15.

²⁴ M. Meier, Sparta, Der Neue Pauly, Brill Online, [http://www.brillonline.nl/-subscriber/entry?entry=dnp_e12225020], hrsg. v. in: Cancik, H./Schneider, H./Landfester, M. (Hrsg.), eingesehen 27.5.2008.

²⁵ Dreher, Athen und Sparta, S. 171ff.; Clauss, Sparta, S. 98f.

²⁶ Ebd.

Unverheiratete sowie Luxusbeschränkungen und Reiseverbote, um verderbliche Einflüsse fernzuhalten.²⁷

Perioiken

Über die Perioiken, wörtlich die „rings um die Stadt Wohnenden“, gibt es kaum Kenntnisse, da sie von den Autoren, die sich nur auf Sparta fixierten, ignoriert wurden. Bereits in der Antike war ihre ethnische Herkunft daher unklar. Vermutlich entstand diese Gruppe aus den dorischen Einwanderern heraus, als Sparta sich als Zentrum Lakedaimoniens herausbildete.²⁸

Die Perioiken waren wie die Spartiaten ebenfalls Dorier, und gehörten somit ethnisch, sprachlich, politisch und auch militärisch dem lakedaimonischen System an, durchliefen aber nicht die Agoge und hatten keinen Zutritt zu den Syskenien. Somit besaßen sie auch kein Bürgerrecht und konnten nicht an der Volksversammlung teilnehmen oder politischen Institution angehören und hatten daher auch kein Mitspracherecht in der Außenpolitik oder in Kriegsfragen. Zudem durften sie nicht in Sparta selbst wohnen. Auch die Rechtssprechung und die Polizeigewalt über die Perioiken lagen in Sparta bei den „Ephoren“, einer Beamtschaft mit heute unbekannter Funktion. Als Gruppe mit weniger Rechten ergab sich daher eine praktische Untertänigkeit.²⁹

Im Kleinen allerdings genoss diese Gruppe relativ viele Freiheiten. Jede Stadt durfte sich selbst verwalten, wenn sie sich nicht gegen Sparta auflehnte oder gegen ihre Prinzipien vorging. Zudem dienten die Perioiken auf gleicher Stufe mit den Spartiaten im Heer. Ab dem Ende des 5. Jh. konnten sie auch höhere Stellen im Heer annehmen oder sich an den Olympischen Spielen beteiligen.³⁰

Die Perioiken lebten vor allem von der Landwirtschaft, die sie auf ihren schlechteren, von den Spartiaten verschmähten Landgütern betrieben. Sie betätigten sich aber auch im Handel, Handwerk, Fischfang und in der Viehzucht. Es gibt Vermutungen, dass alles was an Kunst und Handwerk produziert und gehandelt wurde und heute durch archäologische Funde erhalten ist, von den Perioiken stammte, da den Spartiaten jegliche Arbeit und Handel verboten war. Dennoch nahmen der Handel und das Handwerk eine untergeordnete Rolle ein.³¹

²⁷ Clauss, Sparta, S. 98f.; Baltrusch, Sparta, S. 70f.

²⁸ Clauss, Sparta, S. 106–109; Dreher, Athen und Sparta, S. 40; Ehrenberg, Spartiaten und Lakedaimonier, S. 172.

²⁹ Baltrusch, Sparta, S. 31f.; Ehrenberg, Spartiaten und Lakedaimonier, S. 172; Paul Cartledge, Perioikoi, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe914400>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

³⁰ Barrow, Sparta, S. 26; A. H. M. Jones, Sparta, Oxford 1967, S. 8; Clauss, Sparta, S. 106.

³¹ Dreher, Athen und Sparta, S. 40, 121f.; Ehrenberg, Spartiaten und Lakedaimonier, S. 172; Clauss, Sparta, S. 108; Baltrusch Sparta, S. 31f.

Im 4. Jahrhundert v. Chr. wird von ca. 100 Perioikenstädten berichtet, meist an den Bergflanken gelegen, von denen einigen nachweislich eine große Bedeutung zukam. Allerdings konnten archäologische Feldforschungen nur 22 – 17 lakonische und 5 messenische Städte – nachweisen.³² Sie standen ungefähr in einem Verhältnis zu Sparta, das dem einer abhängigen Kolonie zu ihrer Mutterstadt ähnelt. Ob Abgaben geleistet wurden, ist sich die Forschung nicht einig. Diese Städte entstanden zum einen durch die Siedlungstätigkeit der dorischen Einwanderer unabhängig von den Spartiaten. Zum anderen wurden sie später auch gezielt von diesen als Bollwerke gegen Heloten und benachbarte Völker sowie zur Abschirmung der Heloten von äußeren Einflüssen angelegt.³³ Die meisten von ihnen waren typische griechische Poleis, die über die übliche soziale Schichtung, mit einem Land besitzenden Adel an der Spitze, verfügten. Der Adel in den Perioikenstädten war dorisch, die Unterschicht hingegen stellte die Urbevölkerung.³⁴

Die Perioiken waren den Spartiaten größtenteils treu ergeben. Es gibt kaum Kenntnisse über Erhebungen. Durch diesen Gehorsam und ihre geleistete Arbeit waren sie fundamental für das Fortbestehen dieses Systems, denn, hätten sie sich mit den Heloten gegen die Spartiaten vereinigt, wären sie ihnen vollkommen überlegen gewesen. Warum sie sich allerdings nicht erhoben haben und ob und wie sie sich mit ihrer Stellung abgefunden haben, ist unklar. Vermutlich wäre ein Bündnis mit den Heloten wohl deshalb nicht in Frage gekommen, weil selbst die Perioiken sie als zu niedrig betrachteten, weil sie keine Dorier waren. Zudem waren sie Mitglieder eines starken und stabilen Staates und genossen als Gegenleistung für ihre Arbeit den Schutz der Spartiaten.³⁵

Zwischengruppen

Zwischen den beiden Klassen der Spartiaten und der Perioiken lassen sich noch einige Sondergruppen ausmachen. Von diesen Gruppen gibt es allerdings nur mehr fragmentarische Überlieferungen aus der späteren Zeit.³⁶

Die Hypomeiones, die „Minderen“ oder „Geringeren“, waren sozial und politisch abgestiegene Spartiaten, die die Beiträge zu den Syskenien nicht mehr zahlen konnten,

³² Cartledge, Perioikoi.

³³ Dreher, Athen und Sparta, S. 40; Jones, Sparta, S. 8; Ehrenberg, Spartiaten und Lakedaimonier, S. 172, 178; Cartledge, Sparta, S. 180ff.

³⁴ Cartledge, Sparta, S. 178f.; Ehrenberg, Spartiaten und Lakedaimonier, S. 178; Barrow, Sparta, S. 26.

³⁵ Clauss, Sparta, S. 109; Barrow, Sparta, S. 26ff.

³⁶ Clauss, Sparta, S. 102; Barrow, Sparta, S. 24.

oder ihre Länder verloren hatten. Diese Leute waren zwar frei, genossen aber nicht mehr das Bürgerrecht.³⁷

Die Neodamoden, die so genannten „Neubürger“, waren ebenfalls frei und ohne Bürgerrecht und den dazugehörigen politischen Rechten. Sie allerdings waren Aufsteiger, Heloten, die aufgrund ihrer treuen Dienste im Heer frei gelassen wurden und eigene Ländereien erhalten haben. Sie entsprachen in etwa den Perioiken, waren also in deren Sinne Neubürger. Sie hatten denselben militärischen Einsatz zu leisten wie die Spartiaten, übertrafen deren Zahl im Heer aber bei Weitem, wobei die Neodamoden aber nur die weniger ausgebildeten Soldaten stellten. Sie tauchten schlagartig um 400 v. Chr. auf, als im Zuge des Peloponnesischen Krieges der Bedarf an Kämpfern durch Spartiaten allein nicht mehr zu decken war, und verschwanden ebenso plötzlich nach 370/369; In diesem Jahr werden sie bei Xenophon zum letzten Mal erwähnt. Die externen Feldzüge Spartas gingen zurück, die Neodamoden bewährten sich militärisch immer weniger und es wurden zudem wieder mehr Heloten auf den Feldern gebraucht.³⁸

Eine weitere Gruppe waren die Mothakes oder Mothones, zu deutsch „Begleiter“, oder auch „Nährbrüder“ genannt, die weder Spartiaten noch Perioiken waren, sondern ebenfalls freie Bewohner Lakedaimoniens ohne Bürgerrecht. Sie waren meist Kinder eines spartiatischen Vaters und einer helotischen Mutter und entsprachen so nicht den Anforderungen der Gesellschaft. Sie waren illegitim und erhielten somit kein Landgut. Trotzdem nahmen sie an der Erziehung teil, als Begleiter der Spartiaten. Für diese illegitimen Kinder existierte auch der Begriff Nothoi.³⁹

Als Mothakes wurden aber auch die Söhne verarmter oder in Ungnade gefallener Spartiaten bezeichnet, sowie Söhne der Hypomeiones. Gelegentlich konnten diese auch das Bürgerrecht erlangen und politische Karriere machen, wenn sie ein Gönner mit einem Landgut ausstattete.⁴⁰

³⁷ Clauss, Sparta, S. 100; Dreher, Athen und Sparta, S. 121ff.; M., Meier, Hypomeiones, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe1222860>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

³⁸ Paul Cartledge, Neodamodeis, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe819760>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

³⁹ Clauss, Sparta, S. 102; Dreher, Athen und Sparta, S. 121f.; Paul Cartledge, Mothakes, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe810540>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008; G. Thür, Nothos, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe825260>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

⁴⁰ Dreher, Athen und Sparta, S. 121f.

Heloten⁴¹

Die größte Bevölkerungsgruppe im spartanischen System bildeten die Heloten. Über sie als unterste Schicht ist wohl am wenigsten bekannt, besonders über ihren Alltag weiß man so gut wie nichts. Auch der Ursprung der Bezeichnung ist nicht restlos geklärt. Das Wort kann entweder Gefangener bzw. Eroberter bedeuten, oder aber auch von einem Ort in Lakonien namens Helos hergeleitet werden.⁴²

Sie waren vermutlich die arkadische Urbevölkerung, die im 8. Jahrhundert von den einwandernden Doriern, den späteren Spartiaten, unterworfen wurde. Sie wurden nicht vertrieben, sondern durften auf ihren Höfen verbleiben, mussten dafür aber Abgaben an die Spartiaten leisten.⁴³

Heloten werden oft mit Sklaven gleichgesetzt, was allerdings nicht ganz zutreffend ist. Denn Kaufsklaven, wie sie in anderen griechischen Poleis bezeugt sind, gab es in Sparta kaum. Erstens gehörten sie nicht den Spartiaten persönlich, sondern dem Staat, der sie seinen Bürgern zusammen mit den Landgütern zur Nutzung zuteilte. Daher waren sie auch an den Boden gebunden und konnten nicht willkürlich verkauft werden. Somit konnte der einzelne Spartiate auch keinen seiner Heloten freilassen. Nur der Staat konnte eine Freilassung beschließen. Das tat er aber meist nur, wenn die Heloten zum Wehrdienst und Grenzschutz gebraucht wurden oder sich darin besonders verdient gemacht hatten.⁴⁴

Weiters konnten sie auch nicht willkürlich ausgebeutet werden, sondern hatten festgesetzte, wenn auch sehr hohe, Abgaben zu leisten. Die Angaben darüber gehen allerdings weit auseinander. Der Dichter Tyrtaios spricht zum Beispiel einmal von der Hälfte der Ernte, wobei die Produktionskosten nicht erstattet wurden.

Die Heloten hatten auch vielfach eigenen Besitz, wie zum Beispiel Boote für den Fischfang oder eigenes Werkzeug, mit dem sie auf dem ihnen zugedachten Land auch Gewinn erzielen konnten.⁴⁵ Schließlich mussten sie ihren Herren aber auch in den Krieg folgen und dienten meist als Leichtbewaffnete, seltener aber auch als Schwebewaffnete oder Ruderer.⁴⁶

Die Spartiaten ließen ihnen so manche Freiheit, war es doch ihr oberstes Ziel, die eigene Autarkie zu erhalten. Somit konnten die Heloten auf dem Land mit ihren

⁴¹ Olivia Pavel, Die Helotenfrage in der Geschichte Spartas, in: Sparta, hrsg. v. Karl Christ, Darmstadt 1986, S. 317–327.

⁴² Paul Cartledge, Heloten, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe507310>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.05.2008.

⁴³ Ehrenberg, Spartiaten und Lakedaimonier, S. 161.

⁴⁴ Clauss, Sparta, S. 110f.; Barrow, Sparta, S. 30; Dreher, Athen und Sparta, S. 41, 123; Jones, Sparta, S. 9.

⁴⁵ Clauss, Sparta, S. 112; Cartledge, Sparta, S. 164f., 177.

⁴⁶ Barrow, Sparta, S. 31; Baltrusch, Sparta, S. 32ff.

Familien relativ unbehelligt leben. Es war den Spartiaten nur wichtig, dass sie ihren Lebensunterhalt von den Heloten erhielten und frei von jeder Arbeit in der Stadt leben konnten. Diese Freiheit funktionierte sicherlich auf die Dauer auch besser als permanente Gewalt und Unterdrückung.⁴⁷

Über eine engere Beziehung zwischen Heloten und Spartiaten, wie sie oft zwischen Sklaven und Herren beschrieben wird, ist nichts bekannt. Die Existenz der *Mothakes* und der anderen Zwischengruppen spricht aber für die Existenz von engeren Verbindungen.⁴⁸ Besonders bei jenen, die in den Häusern der Spartiaten als Hauspersonal oder im Krieg als ihr Gefolge dienten, war diese Möglichkeit gegeben. Die Landwirtschaft betrieben die Heloten zudem auch nur für eine Familie, doch waren sie verpflichtet, bei Bedarf jedem Spartiaten Nahrung, Pferde oder Unterkunft zu gewähren. Zudem hatten die Heloten ein erbliches Nutzungsrecht auf das Land, das sie bewirtschafteten. Genauso wurden die Heloten innerhalb der Familien der Spartiaten weitervererbt.⁴⁹

Die Heloten waren das Fundament des spartanischen Systems und schufen durch die Produktion der benötigten Nahrungsmittel und ihre militärischen Leistungen die Voraussetzung für die politische und militärische Tätigkeit der Spartiaten. Während die Heloten für die Ernährung der Spartiaten zuständig waren, sorgten diese für die Sicherheit der Heloten.⁵⁰

Wichtig zu unterscheiden ist schließlich noch zwischen lakonischen und messenischen Heloten. Erst in der ersten Hälfte des 7. Jh. wurde Messenien wegen Landbedarfs für die wachsende Bevölkerung in mehreren Zügen erobert und seine Bewohner in das bereits bestehende System der Helotie eingefügt. Anders als die lakonischen Heloten, die allmählich in das System hineingewachsen waren, wurde in Messenien ein bereits gefestigtes Gemeinwesen zerstört. Weil die Messenier eine nationale und sprachliche Einheit bildeten, war die Gefahr eines Aufstandes immer gegeben. Sie konnten sich mit der Unterdrückung nicht abfinden und kämpften in mehreren Kriegen und Aufständen um ihre nationale Unabhängigkeit und Integrität. Sparta konterte mit extrem hohen Abgaben und erniedrigenden Überwachungsaktionen. Die Messenier waren zudem aufgrund der großen Entfernung von Sparta nicht im Heer integriert und konnten im Gegensatz zu den lakonischen Heloten daher auch kein Zugehörigkeitsgefühl entwickeln. Erst 371 v. Chr. nach der Niederlage der Spartaner bei Leuktra konnten die messenischen Heloten ihre Unabhängigkeit erlangen.⁵¹

⁴⁷ Claus, Sparta, S. 110f.; Barrow, Sparta, S. 31.

⁴⁸ Baltrusch, Sparta, S. 32ff.

⁴⁹ Claus, Sparta, S. 111ff.; Cartledge, Heloten.

⁵⁰ Barrow, Sparta, S. 31; Dreher, Athen und Sparta, S. 123.

⁵¹ Barrow, Sparta, S. 30; Baltrusch, Sparta, S. 32ff.; Dreher, Athen und Sparta, S. 41; Jones, Sparta, S. 9.

Von den lakonischen Heloten sind hingegen kaum Aufstände bezeugt. Sie scheinen sich mit ihrem Schicksal abgefunden und die Herrschaft Spartas akzeptiert zu haben, zudem konnten sie wegen der geographischen Lage leichter kontrolliert werden.⁵²

Aus dieser permanenten Bedrohung heraus entwickelte sich das gewaltvolle Verhältnis zwischen Spartiaten und Heloten, das in der Literatur als Helotenfurcht wiedergegeben wird.⁵³ Man ließ die Heloten bewusst in Angst und Ungewissheit und erklärte sie zu ständigen Staatsfeinden, indem man ihnen von den Ephoren jedes Jahr erneut den Krieg erklären ließ. Somit konnte ein jeder bei Bedarf einen Heloten töten, ohne gegen ein Gesetz zu verstoßen. Dies nutzten die Jünglinge zu militärischen Übungszwecken, indem sie jährlich bei Nacht und Nebel ausrückten und auffällig gewordene Heloten umbrachten.⁵⁴

Manche Autoren verbinden heute damit auch die Entwicklung Spartas zum Militärstaat, um die Heloten besser unter Kontrolle halten zu können.⁵⁵ Jedoch wird dieses Motiv von antiken wie von modernen Autoren überstrapaziert und auf alle Heloten generalisiert. Denn wenn antike Autoren von Unterdrückung und Demütigung der Heloten sprechen, werden sie wohl messenische Heloten gemeint haben, hingegen lakonische Heloten, wenn berichtet wird, dass Heloten bewaffnet, gut ausgebildet und gezielt im Kriegsdienst eingesetzt wurden. Sobald sie aus dem Krieg zurückkehrten, wurden manche auch freigelassen und zum Schutz des Landes an gefährdeten Grenzabschnitten angesiedelt. Sparta vertraute diesen freigelassenen Heloten und laut Strabon bestand dieses System bis in die römische Zeit fort. Sie gehörten dann zu den Neodamoden.⁵⁶

Schluss

Dieser Sonderweg, den Sparta ab Mitte des 6. Jahrhunderts eingeschlagen hat, hat Zeitgenossen und nachfolgende Generationen gleichermaßen beeindruckt. Sparta wurde und wird vielfach auch heute noch als Utopia angesehen. Weil es politische Stabilität, militärische Stärke, eine strenge Erziehung der Jugend, die besondere Stellung der Frau, sowie den Müßiggang der Bürger verband, galt es vielen als hehres Ideal.⁵⁷

Schon Platon sah in der spartanischen Erziehung und Disziplin ein Mittel zum besseren Leben und zu einer besseren Welt und schuf gemeinsam mit dem Elegiendichter Tyrtaios und dem Gesetzgeber Lykurg ein mythisches Sparta. Im 5. Jahrhundert galt Sparta bereits als Prototyp einer gemischten Verfassung, welche als Garant für Stabilität und Frieden galt. Auch die Stoiker idealisierten Sparta und lobten die bedin-

⁵² Baltrusch, Sparta, S. 32ff.; Cartledge, Heloten.

⁵³ Clauss, Sparta, S. 113ff.

⁵⁴ Barrow, Sparta, S. 30; Dreher, Athen und Sparta, S. 123; Jones, Sparta, S. 9.

⁵⁵ Barrow, Sparta, S. 29.

⁵⁶ Clauss, Sparta, S. 113f.; Barrow, Sparta, S. 29, 31; Dreher, Athen und Sparta, S. 123; Jones, Sparta, S. 9.

⁵⁷ Clauss, Sparta, S. 9.

gungslose Bindung seiner Bewohner an den Staat sowie deren Disziplin und Zufriedenheit mit dem einfachen Leben. In Rom war Cicero in seinem Werk „der Staat“ ein Verfechter Spartas und auch Plutarch glorifizierte in der späteren Zeit das spartanische Leben. Somit wurde bereits unmittelbar nach der Glanzzeit Spartas ein Bild geprägt und tradiert, das bis heute besteht.⁵⁸

Die Niederlage bei Leuktra 371 v. Chr., welche den Verlust der Hegemonialstellung mit sich brachte, sowie den Nimbus der Unbesiegbarkeit zerstörte, führte Sparta in die Isolation und in die historische Bedeutungslosigkeit.⁵⁹ Eine letzte Blüte erlebte Sparta schließlich nach der Eroberung durch die Römer in den ersten Jahrhunderten des Römischen Reiches, als viele Römer dorthin zogen, Villen und Thermenanlagen errichteten und alte Gebäude und Kultstätten renovierten. Das Helotentum wurde abgeschafft und die Perioiken gleichgestellt, die spartanische Erziehung allerdings blieb weiter aktuell.⁶⁰

In der Neuzeit bedienten sich Politiker aus beinahe allen Lagern dieses Modells, egal ob Monarchisten, Demokraten oder Sozialisten, und definierten sich über dessen Verklärung oder Ablehnung. Auch die Nationalsozialisten benutzten Sparta als Beispiel für erfolgreich bewahrte Erbgesundheit, die Rassenschichtung oder den Rassenstaat und betrieben mit der Schlacht bei den Thermopylen Kriegspropaganda.⁶¹

Literatur

Baltrusch, Ernst, Sparta. Geschichte, Gesellschaft, Kultur, München, 1998.

Barrow, Robin, Sparta, London 1975.

Cartledge, Paul Mothakes, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe810540>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

Cartledge, Paul, Heloten, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe507310>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

Cartledge, Paul, Neodamodeis, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe819760>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

⁵⁸ Clauss, Sparta, S. 9.

⁵⁹ Clauss, Sparta, S. 71–75.

⁶⁰ Clauss, Sparta, S. 89ff.

⁶¹ Baltrusch, Sparta, S. 116; V. Losemann, Sparta (RWG), in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe15301520>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

Cartledge, Paul, Perioikoi, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe914400>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

Cartledge, Paul, Sparta and Lakonia. A regional history 1300–362 B.C., London/Boston/Henley 1979.

Clauss, Manfred, Sparta. Eine Einführung in seine Geschichte und Zivilisation, München 1983.

Dreher, Martin, Athen und Sparta, München 2001.

Ehrenberg Victor, Spartiaten und Lakedaimonier, in: Sparta, hrsg. v. Karl Christ, Darmstadt, 1986, S. 144–194.

Wikisource.org, Θουκυδίδης, [<http://el.wikisource.org/wiki/%CE%98%CE%BF%CF%85%CE%BA%CF%85%CE%B4%CE%AF%CE%B4%CE%B7%CF%82>], eingesehen 17.3.2010.

Jones, A. H. M., Sparta, Oxford 1967.

Meier, M., Hypomeiones, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe12222860>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

Meier, M., Sparta, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe12225020>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

Paul Cartledge, Homoioi, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe516850>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, eingesehen 27.5.2008.

Pavel, Olivia, Die Helotenfrage in der Geschichte Spartas, in: Sparta, hrsg. v. Karl Christ, Darmstadt 1986, S. 317–327.

Thür, G., Nothos, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe825260>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

V. Losemann, Sparta (RWG), in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe15301520>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

Welwei, K.-W., Spartiaten, in: Der Neue Pauly, Brill Online, [<http://www.brillonline.nl/subscriber/entry?entry=dnpe1118630>], hrsg. v. Cancik/Schneider/Landfester, 2008, eingesehen 27.5.2008.

Barbara Denicolo ist Studentin der Geschichte im 5. Semester an der Universität Innsbruck. Barbara.Denicolo@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Barbara Denicolò, Die Gesellschaft im antiken Sparta, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 309–323, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Die adelige Frau im geistlichen Stand im Spätmittelalter am Beispiel der Markgräfin Dorothea von Brandenburg

Reinhard Domanegg

Kerngebiet: Mittelalter

eingereicht bei: MMag.^a Dr.ⁱⁿ Christina Antenhofer

eingereicht im: WS 2008/09

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung durch LV-Leiterin: sehr gut

Abstract

Aristocratic Women in Clergy in the Late Middle Ages

Today research on male monasticism is more progressed than that on female religiosity. During the last decades, however, new interest on the life of nuns and on female monasticism seems to rise, veered away from the long lasting cliché of monasteries as an institution of provision for aristocratic descendants. Of course, all over the course of the Middle Ages, numerous women – often even against their will – entered the clergy to maintain their secure livelihood and to increase their family's sphere of influence by a clerical carrier in abbeys. Respecting the results of the source's examination, Magrave Dorothea of Brandenburg does not fit this scheme, because she seems to have chosen the clergy on her own volition owing to her faith. She can serve as an example, that aristocratic women did also decide independently to live as nuns and to find a successful outline of their lives.

Einführung

„Hercz liber pruder habt mir's nit vor vebel, das ich euch iczund anschrey, denn ez ist not vorhanten; ich wolt sust schweigen, als vor, wie wol ir mich nit verlasen habt.“¹ schrieb Äbtissin Dorothea von Brandenburg am 3. September 1498 an ihren Bruder Friedrich, den amtierenden Markgrafen von Brandenburg. Die Vorsteherin des St. Klaraklosters zu Bamberg suchte in diesem Zusammenhang Hilfe bei ihrem Verwandten, denn die Not im Klarissenkloster bedurfte wohl einer dringenden Lösung. Als Äbtissin hatte sie ein Siechenhaus für ihr Kloster zu errichten, der Konvent war zahlenmäßig überbelegt und die Frauengemeinschaft hatte keine gesicherte Lebensgrundlage in alltäglichen Dingen. Diese Umstände sind wohl ein Indiz dafür, dass das genannte Kloster kaum als Versorgungsinstitut für adelige Frauen gelten konnte. Dennoch trat 1492 die adelige Markgräfin in diese Klarissengemeinschaft ein. Die Brandenburger Äbtissin scheint ganz und gar nicht in dieses gängige Erklärungsmodell zu passen und bedarf einer genaueren Betrachtung.

„In den letzten Jahren hat sich die Forschung verstärkt den Frauenklöstern und -stiften zugewandt, der ‚desolate Stand der Forschung über die Frauenklöster‘, der in den 80er Jahren konstatiert wurde, hat sich verbessert, ohne bereits überwunden zu sein [...].“² Dieser Befund aus dem Jahr 2000 stellt eine Momentaufnahme dar, wobei die Forschung diesbezüglich weiter gegangen ist. Vor allem im italienischen, französischen und englischen Bereich laufen mittlerweile verstärkte Forschungen in diesem Bereich und damit zusammenhängende Publikationen zur Frau im geistlichen Stand im Mittelalter.³ Im deutschen Sprachraum ist nach Eva Schlotheuber auf diesem Gebiet der Aufholbedarf besonders groß. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Untersuchungen über Frauen im geistlichen Stand im Mittelalter vielfach unter dem Aspekt der Versorgung von unverheirateten Adelstöchtern beschrieben wurden und deshalb vielfach wenig Neues aus dieser Perspektive erbracht werden konnte. Natürlich ist diese Zugangsweise legitim, geht doch aus statistischen Untersuchungen hervor, dass 75% der Adeligen im Spätmittelalter diesen familienpolitischen Schritt setzten. Was dabei aber bisher viel zu wenig Beachtung fand, sind „literarhistorische, frauengeschichtliche oder kulturanthropologische Ansätze, das religiös-kulturelle Leben der geistlichen Frauen in seinen verschiedenen Facetten und Ausdrucksmöglichkeiten zu erfassen.“⁴ Trotz intensiverer Erforschung des weiblichen Ordenslebens in den letzten Jahren

¹ Georg Steinhausen (Hrsg.), Denkmäler der deutschen Kulturgeschichte, Abt. 1: Briefe, Bd. 1: Deutsche Privatbriefe des Mittelalters, Bd. 1: Fürsten, Magnaten, Edle und Ritter, Berlin 1899, Nr. 499.

² Amalie Flössel/Anette Hettinger, Klosterfrauen, Beginen, Ketznerinnen. Religiöse Lebensformen von Frauen im Mittelalter (Historisches Seminar: NF 12), Idstein 2000, S. 16.

³ Gabriella Zarri, Introduzione. Il monachesimo femminile tra passato e presente, in: Gabriella Zarri (Hrsg.), Il monachesimo femminile in Italia dell' Alto Medioevo al secolo XVII a confronto con l' oggi (Scuola di memoria storica 6), Negarine di San Pietro in Cariano 1997, S. XI–XX, hier S. XIV.

⁴ Eva Schlotheuber, Klostereintritt und Bildung. Die Lebenswelt der Nonnen im späten Mittelalter (Spätmittelalter und Reformation: Neue Reihe 24), Tübingen 2004, S. 2f.

wurden bisher Quellengattungen wie Klosterchroniken, Rechnungen, Aufzeichnungen einzelner Nonnen und Äbtissinnen über Rechtshandlungen, Ausbildung der geistlichen Frauen innerhalb der eigenen Gemeinschaften, aber auch Klosterbibliotheken zu wenig oder kaum berücksichtigt. Insofern „führt [die] mangelnde Kenntnis der innerklösterlichen Organisation auch in der Literatur zu manchen Mißverständnissen. Vor allem aber sind die konkreten Beziehungen zwischen dem Kloster und seinem unmittelbaren sozialen Umfeld weitgehend ungeklärt.“⁵ Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangt auch die italienische Historikerin Vincenza Musardo Talò, wenn sie schreibt:

„Mentre la storia del monachesimo al maschile e dei vari ordini che lo sostanziano risulta ben documentata [...] non così è stato per il cenobismo femminile, che ha sempre sofferto di una stretta dipendenza culturale da quello maschile, pur con le vistose diversità connesse, sia nelle sue forme storiche di sviluppo, sia nei rapporti istituzionali, sociali, culturali ed economici, interni ed esterni alla realtà della clausura.“⁶

Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, eine Quelle aus dem klösterlichen Alltag, in diesem Fall ein Privatbrief der Äbtissin Dorothea von Brandenburg, auf die Situation der adeligen Frau im geistlichen Stand im Spätmittelalter hin zu prüfen und mögliche Erkenntnisse darüber aus dieser Quelle zu gewinnen. Denn nicht alle Frauen, welche den Ordensstand wählten, orientierten sich primär an einer reinen Lebens- und Standessicherung oder standen gar am Ende einer gescheiterten Heiratspolitik der Herkunftsfamilie. Wenig einsichtig scheint, dass adelige Frauen das geistliche Leben nicht auch aus freier Entscheidung gewählt haben sollten. Andererseits musste das anfängliche Versorgungsdenken dieser Frauen und deren Familien nicht ein Leben lang das einzige Motiv für ein Leben in Klausur geblieben sein. Motivationen können sich im Laufe einer menschlichen Biographie immer wieder ändern und können so durchwegs zu einem fruchtbaren und sinnvollen Lebensentwurf innerhalb einer klösterlichen Gemeinschaft führen. Anhand der vorliegenden Quelle wird der Versuch unternommen zu zeigen, dass manche adelige Frau auch aus freier Wahl in den geistlichen Stand trat, und dass das Versorgungsdenken nicht das primäre Motiv einer derartigen Lebensgestaltung sein musste.

In dieser Arbeit soll in einem ersten Schritt kurz auf das weibliche Religiosentum im Spätmittelalter eingegangen werden, um den geschichtlichen Hintergrund der Quelle zu beleuchten. In einem zweiten Moment wird auf die Biografie der Markgräfin Dorothea von Brandenburg eingegangen, damit im 3. Kapitel die vorliegende Quelle bearbeitet werden kann. Einerseits soll dabei in gebotener Kürze auf die Quellenart und auf die formalen Aspekte des mittelalterlichen Privatbriefes eingegangen werden, andererseits

⁵ Ebd., S. 2.

⁶ Vincenza Musardo Talò, *Il monachesimo femminile. La vita delle donne religiose nell' Occidente medievale*, Cinisello Balsamo (Milano) 2006, S. 7.

soll die Quelle nach inhaltlichen Aspekten geprüft und ausgewertet werden, um daraus mögliche Antworten auf die Fragestellung zu erhalten.

1. Die adelige Frau im geistlichen Stand im Spätmittelalter

Während bereits im 3. Jh. n. Chr. im Orient Frauenklöster ins Leben gerufen wurden, entstanden im Abendland mit den monastischen Gründungen Benedikts von Nursia (ca. 480–547) und seiner benediktinischen Ordensregel erst im 4. Jh. Männerklöster. Diesem Beispiel folgend gründete Benedikts Schwester Scholastika etwa zeitgleich Ordensgemeinschaften für Frauen, die nach der Regel Benedikts lebten. Schon in der Karolingerzeit entstanden sogenannte Frauenstifte von Kanonissen, die in der Regel ohne feste Ordenssatzungen und Klausur in geistlicher Gemeinschaft lebten und keine Verpflichtung zur Armut übernommen hatten. Die frühmittelalterlichen Frauenklöster in Deutschland stellten ursprünglich Kanonissenstifte dar und wurden erst im Zuge der Klosterreformen im Hochmittelalter in Benediktinerinnenklöster umgewandelt.⁷ Seit den Anfängen des weiblichen Religiosentums im Okzident traten vor allem adelige, unverheiratete oder verwitwete Frauen in den geistlichen Stand. Zahlreiche Klöster und Stifte, ausgestattet mit beachtlichem Grundbesitz, wurden von wohlhabenden adeligen Frauen gegründet.⁸ Schon seit dem frühen Mittelalter wählten unverheiratete oder verwitwete, adelige Frauen den geistlichen Stand als standesgemäße Lebensform oder gesicherte Versorgungsinstitution. „Kl[öster] und Stifte boten den F[rau]en des Adels die Möglichkeit zur Entfaltung künstlerischer, literarischer und wissenschaftl[icher] Fähigkeiten. Als Vorsteherin eines Kl[osters] oder als Äbt[issin] übten sie geistl[iche] und weltl[iche] Herrschaftsrechte aus.“⁹ Die Äbtissin als *praelatissa* konnte einen Vikar (*vicarius temporalia*) bestellen, wenn sie die volle geistliche und weltliche Jurisdiktion über ein Stift besaß. In einem solchen Falle trug sie neben Brustkreuz und Ring auch Stab und Mitra, was eigentlich bischöfliche Insignien darstellten.¹⁰

Etwa zeitgleich mit dem großen abendländischen Schisma (1377–1419), das erst durch das Konzil von Konstanz beendet wurde, verfiel die Klosterkultur in Männer- wie Frauenorden zunehmend. Die Konzilien von Konstanz und Basel mahnten unerlässliche Kirchenreformen ein; diese sollten nicht nur die Amtskirche, sondern auch den Diözesanklerus und das Ordensleben betreffen. Zu den gängigen Missständen in Klöstern jener Zeit gehörten: Die Verpflichtung zur Klausur wurde nicht mehr beachtet, das

⁷ Ulrich Faust, Frauenklöster in den benediktinischen Reformbewegungen des hohen und späten Mittelalters, in: Edeltraud Kluetting (Hrsg.), *Fromme Frauen – unbequeme Frauen? Weibliches Religiosentum im Mittelalter* (Hildesheimer Forschungen 3), Hildesheim (u.a.) 2006, S. 127–142, hier S. 127.

⁸ Flössel/Hettinger, *Klosterfrauen*, S. 20f., 25f. Ein Verweis auf die adeligen Klöster Sainte-Croix in Poitiers, Gandersheim, Quedlinburg und Essen muss an dieser Stelle genügen.

⁹ Margret Wensky, *Frau/Die Frau in der mittelalterlichen Gesellschaft*, in: Robert-Henri Bautier (Hrsg.), *Lexikon des Mittelalters*, Bd. 4, Stuttgart (u.a.) 1999, Sp. 862–865, hier Sp. 863.

¹⁰ Richard Puza, *Frau. Kanonisches Recht*, in: Robert-Henri Bautier (Hrsg.), *Lexikon des Mittelalters*, Bd. 4, Stuttgart (u.a.) 1999, Sp. 855–856, hier Sp. 856.

Armutsgelübde stellte selbst für Franziskaner und Klarissen keine Selbstverständlichkeit mehr dar; das Chorgebet und die Tischgemeinschaft gehörten nicht mehr zur täglichen Praxis. Statt der Ordenstracht wurde weltliche Kleidung – Schnabelschuhe und Seidenkleider – getragen, öffentliche Feste und Bäder besucht. Chorfrauen der Zisterzienserinnen führten eigene Haushalte mit blutsverwandten Nonnen als Mägde und Pflegerinnen und empfangen nicht nur Familienangehörige, sondern verschiedene männliche und weibliche Gäste im Kloster. Dennoch blieben nach Edith Ennen Verletzungen bezüglich des Keuschheitsgelübdes eher die Ausnahme.¹¹ Die adeligen Frauen im geistlichen Stand verfügten über regelmäßige Einkommen, die sie aus der Mitgift ihrer Herkunftsfamilien als Abfindungszahlungen für den geleisteten Erbverzicht bezogen. Dass die Klöster aber zu reinen Versorgungsanstalten für adelige Töchter verkamen, kann nicht als ausschließliches Phänomen des 15. Jh. bezeichnet werden, denn dies stellte schon seit dem frühen Mittelalter eine bekannte Praxis dar.

Um die Mitte des 15. Jh. spaltete sich der Franziskanerorden in Konventualen und Observanten; Letztere kehrten zur strengen Beobachtung der Ordensregel zurück. Genauso spaltete sich auch der Klarissenorden in zwei Linien: den Colettanerinnen mit einer abgemilderten Ordensregel und den Observantinnen. Allein die innere Reform der Orden reichte nicht aus, um gewisse Missstände abzustellen. So griffen zahlreiche Bischöfe in Frauenklöstern von außen ein, um die Reformen durchzusetzen und die Klausur wieder einzuführen. Im Zuge solcher Reformen entstanden in einigen Diözesen Konflikte zwischen dem jeweiligen Bischof und einzelnen Frauenklöstern, die sich vehement dagegen wehrten, ihre angestammten Rechte und Lebensformen von außen reformieren zu lassen. Der Brixner Bischof und Kardinal Nikolaus Cusanus (1401–1464), einer der bedeutendsten deutschen Humanisten, stieß auf erbitterten Widerstand im Kloster Sonnenburg bei Bruneck. Die Äbtissin Verena von Stuben weigerte sich, die verordneten, bischöflichen Reformen in ihrem Kloster einzuführen, denn das Kloster unterstand nicht der bischöflichen Jurisdiktion, sondern stellte kirchenrechtlich eine exemte Abtei dar. Genauso wenig akzeptierten die Klarissen in Brixen die von Cusanus verordneten Reformen und beriefen sich darauf, dem Ordensgeneral und nicht dem Brixner Bischof zu unterstehen.¹² Unterstützt wurden die beiden Klöster in diesem Zusammenhang vom Tiroler Landesfürsten Sigmund (1427–1496) und der adeligen Familie von Wolkenstein, deren Töchter in beiden Klöstern als Nonnen lebten.

¹¹ Edith Ennen, *Frauen im Mittelalter*, München 19914, S. 140f.

¹² Maria Senfter, *Das Klarissenkloster von Brixen. 1600–1800*, Diss., Innsbruck 1977, S. 15–19. Im Klarissenkloster Brixen widersetzte sich eine Gruppe von Nonnen um Maria von Wolkenstein, einer Tochter des Minnesängers Oswald, dem Bischof und der von ihm eingesetzten bürgerlichen Äbtissin. Des Weiteren waren sie weder bereit, die Klausur einzuhalten, noch den Kontakt zu ihren Herkunftsfamilien abzubrechen. Nach Senfter unterhielten die adeligen Klosterfrauen heimlichen Briefkontakt nach außen, weigerten sich das Kloster zu verlassen und leisteten passiven Widerstand. Es beeindruckte sie wenig, dass Cusanus das Klarissenkloster mit Bann und Interdikt belegte.

Nikolaus Cusanus löste den Konflikt gewaltsam in beiden Fällen – im Bezug auf Verena von Stuben sogar mit Waffengewalt.¹³ Diese zwei Beispiele zeugen von standesbewussten, adeligen Frauen, die ihre angestammten Rechte selbstbewusst zu verteidigen suchten.

2. Markgräfin Dorothea von Brandenburg

Dorothea von Brandenburg wurde am 12. Dezember 1471 als Tochter des Kurfürsten Albrecht Achilles von Brandenburg (1414–1486) und Annas von Sachsen (1437–1512) in Berlin geboren. Mit 15 Jahren gab sie ihrem Vater die Einwilligung mit Herzog Maximilian I., dem späteren Kaiser des Heiligen Römischen Reichs, an ihrer statt eine Verlobung abzuschließen – die Eheschließung kam aber nie zustande.¹⁴ In den Jahren 1489/90 unternahmen Dorotheas Brüder, die Markgrafen Friedrich (1460–1536) und Sigmund (1468–1495), den Versuch, eine Ehe mit König Wladislaw von Böhmen anzubahnen, was aber ebenfalls zu keinem Ergebnis führte. In dieser Zeit hielt sich Dorothea bereits als Postulantin im Kloster St. Klara zu Bamberg auf.¹⁵ Am 30. Oktober 1492 wurde sie eingekleidet bzw. in das Noviziat aufgenommen – zugleich mit ihrer adeligen Hofdame Sybilla von Wallenrode. Am 6. November 1493 legten die beiden Frauen ihre feierlichen Profess ab und banden sich so für immer an das Klarissenkloster. Zu diesem Anlass spendete Friedrich von Brandenburg 100 Gulden an das Kloster. Noch bevor Dorothea die Gelübde abgelegt hatte, erlaubte ein päpstliches Breve Alexanders VI. ihrer Mutter Anna von Sachsen, sich mehrere Male im Jahr nach Art der Nonnen im Bamberger Klarissenkloster aufzuhalten.¹⁶ Anhand der Briefe Dorotheas an ihre Herkunftsfamilie kann gezeigt werden, dass sie sich nie über den Klostereintritt oder über ihr Ordensleben beschwerte. Dies mag ein Zeichen dafür sein, dass sie aus freier Entscheidung in den geistlichen Stand trat – möglicherweise auch deshalb, um den Heiratsplänen der Brüder zu entkommen. Auf der anderen Seite fehlen Hinweise, dass die Markgrafen Friedrich und Sigmund von Brandenburg Dorotheas Entscheidung zu verhindern suchten.¹⁷

Die Markgräfin wurde Anfang des Jahres 1498 zur Äbtissin gewählt. Dafür brauchte sie eine Dispens wegen Altersdefekts, die sie durch eine päpstliche Bulle vom 12. April

¹³ Josef Gelmi, *Geschichte der Kirche in Tirol. Nord-, Ost- und Südtirol*, Innsbruck [u.a.] 2001, S. 75f.

¹⁴ Pius Wittmann, *Zur Geschichte des St. Klara-Klosters in Bamberg und dessen Äbtissin Dorothea, Markgräfin von Brandenburg*, in: *Diözesan-Archiv von Schwaben. Zugleich Organ für deutsche Kirchengeschichte*, Jg. 2, H. 9-12 (1885), hier H. 11, S. 81.

¹⁵ Cordula Nolte, *Familie, Hof und Herrschaft. Das verwandtschaftliche Beziehungs- und Kommunikationsnetz der Reichsfürsten am Beispiel der Markgrafen von Brandenburg-Ansbach (1440–1530)* (Mittelalter-Forschungen 11), Ostfildern 2005, S. 119.

¹⁶ Wittmann, *Geschichte*, S. 82f. Das besagte Breve Papst Alexanders VI. ist nach Wittmann auf den 27. Juni 1493 datiert.

¹⁷ Nolte, *Familie*, S. 119.

1498 auch erhielt.¹⁸ Wahrscheinlich bekam Dorothea von Brandenburg auch eine Dispens für ihre Amtszeit als Äbtissin, denn die Ordenssatzungen der Klarissen sahen seit jeher vor, dass alle drei Jahre eine Wahl stattfinden musste und nur mit entsprechender Dispens eine Wiederwahl bzw. durch Dispens eine begrenzte oder unbegrenzte Amtszeit einer Äbtissin möglich war.¹⁹ Im Jahr 1506 resignierte die Markgräfin als Äbtissin und lebte bis zu ihrem Tod am 13. Februar 1520 als einfache Nonne im Klarissenkloster.

3. Dorotheas Brief an ihren Bruder Friedrich im historischen Kontext

3.1 Die Quelle und deren Befund

Der Brief der Markgräfin Dorothea wurde am 3. September 1498 verfasst. Er ist an ihren Bruder Friedrich, amtierender Markgraf von Brandenburg-Ansbach adressiert und beinhaltet die Bitte um finanzielle Unterstützung bei der Errichtung eines Krankenzimmers im Kloster. Zudem bittet die Äbtissin um die Sicherstellung ihrer Aussteuer. Der Brief befindet sich als Original im Kreisarchiv in Bamberg und als Abschrift im Brandenburg-Preußischen Hausarchiv in Berlin.²⁰ Da Georg Steinhausen in seiner Quellenedition „Der deutsche Privatbrief“ (1899) nur Auszüge des Briefes edierte, wird der gesamte Brief nach Pius Wittmann wiedergegeben:

„Jesum mit seinen genaden mit sampt meinem armen gepet zu vor. hoh geporner furst, Hercz liber pruder! So ez auch woll ging das hort ich von herczen geren als von meinem Herczen liben pruder, den ich von herczen libt hab. Ich füg ewer lib zu wissen, das ich gesunt bin von den genaden gotes mit sampt meinem liben Convent, die mir gancz libe kint sind, dy mir nach allem meinem willen thvn; ich habs vmm got nye verdient, ich furcht mich so hard, das ich euch ez nit kann geschreiben vor groser betrubtnuß, das mir got mein belonvng wöll hie geben. Das ir wisst vnd alle menschen die ez gesehen haben, das ich nach keinen eren nye gervngen hab dießer welt, vnd hab versmecht dy ere dieser welt vnd pin in ein closter kumen, das ich got dem Herren dint vnd mein hercz mit nite anders bekümer, damit ich meinen belonvng fünd bei got meinem Herren; wie wol ich hof zu got meinem herren, er seh an, das ich mich im ergeben hab, er laß mich nit von im geschiden werden; er seh an, das ich in seiner gehorsam pin vnd vnter den, dy mir sein gesezt von dem stul der Romischen kyrchen. In das selb hab ich mein gemüt ergeben got meinem

¹⁸ Die päpstlich promulgierte Regel der Klarissen schrieb vor, dass nur jene Nonnen zur Äbtissin gewählt werden dürften, die mindestens 40 Jahre alt waren und seit der Profess mindestens acht Jahre im Kloster gelebt hatten. Senfter, Klarissenkloster, S. 27. Keine der beiden Auflagen konnte Dorothea zum Zeitpunkt ihrer Wahl erfüllen und musste um Dispens in Rom ansuchen. Hierbei kam ihr Friedrich durch seine Agenten in Rom zu Hilfe. Wittmann, Geschichte, S. 83.

¹⁹ Senfter, Klarissenkloster, S. 29.

²⁰ Steinhausen, Privatbrief, Nr. 499.

herren vnd beger²¹ von im was er wöll von mir, das im woll gefall von mir, seiner vnwürdigen dienerin, das will ich thvn, die weil ich leb. Denn ich pit ewer lib, das ir mein Vater wölt sein vnd pruder, denn ich sünst nymant hab, denn euch; denn ir seit allwegen mein geweßen, ir habt mich nye verlassen. Darvmm pin ich in hofvng, ir wert mich noch nit verlassen, hercz aller libster pruder; ich pit euch aus swesterlicher lib, das ir mir wöllt zu Hilf kumen. Ich hab einen sweren paw zu thvn, der ist mir von meinen Convent aufgelegt worden in vnserm closter von notdorft halben; denn wir haben kein gemacht, das wir ein krancke swester darin möchten behalten in einem sichtum²² vnd haben alle neurt [nur] ein stuben, da wir jnen sind. Hat man mir geratten, ich soll gut frevent anschreyen, das man mir helf zu einem gemacht, das ich den guten kinten zu Hilf köm, denn sye syend mir worden in großer armut. Das sy nit westen wo sy hin solten, denn das sy mich in Iren großen noten paten, das ich solt zu Hilf kumen vnd erwelten mich in hohen getrawen vmm lib zu einer muter jres Klosters, des ich lang nit wolt aufnehmen, als ich oben hab gemelt. Denn ich dy guten frvmen kint nit mocht lasen vnd hab mich ergeben in zu einer Dienerin vnd da pey in helfen, das sy mochten got lenger dinen in der heiligen Observancz, dar vmm ich pin kumen. Denn sy sind beladen mit vil personen, denn ir sind vber dy zal, das sy nit wol können auf kumen, denn sy haben dy zerung nit darnach; Sy sind vil mer schuld, denn sy das jar zu verczeren haben. Darvmm pit ich euch als mein hercz liben pruder, das ir mir zu hilf wöllt kumen mit 100 gulden, das ich das gemacht möchte auspringen den frvmen kinten zu gut. Wer Notdorft und auch mir selbßt, denn ich kein gemacht hab gehabt, dar jnen ich mich het mügen behelfen, wenn got eine kranckheit het vber mich verhengkt. Darvmm pit ich euch, ir wöllt nit lassen, denn ir vnnd ewer vnnd meine eltern soll da pey gedacht werden, in sunderheit vmm das obgemelt gelt, das an diesen paw dicz gotes haws kumt. Ich hof vnd wais, das euch die frvmen kint weren das ewig leben erwerben vmm got; denn ich wais, das ich frvme kint hab, das mir nit zweifelt, die got dem herren libt sind, ir wert destor lenger leben, das ir in hilf thvt. Hercz liber pruder, ich hab euch einmal geschriben von meiner verschreibung wegen, dy ir mir geben (?) habt, der zwey tausend gulden halben, dy ir mir alle Jar reichen seit. Des hat mir ewer lib hofmaister²³ zu gesagt, ich sol im ein Coppey schicken, so sey ewer lib genaigt ir wöllt mir in fertigen als er sein soll. Da hat mich gehindert leibes swacheit, wie wol ez pesser ist worden vnnd schickt euch dy koppey von dem prif, den ir mir geben habt. Dar In mügt ir wol prüfen, was mangel daran ist; der laut auf

²¹ Begehrt, in: Jacob Grimm/Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch, Bd. 1, München 1984, Sp. 1288.

²² Krankheit. Ebd., Bd. 16, Sp. 856.

²³ Der Hofmeister ist an einem fürstlichen Hofhalt der oberste Aufseher. Ebd., Bd. 10, Sp. 1693–1694.

ewer lib vnnd auf meinen pruder markgraf Sigmund seligen²⁴ und ist mit wol versichert; denn wenn ir mir ab gíngt wer mir swer – da got lang vor sey. – Ich weiß nit, wie mir mein lib vetern geraten, ewer lib sünn. Darvmm schrey ich euch an als meinen vater, der mich armes weißlein versehen ist vnnd getraw euch als meinen liben pruder, ir verlast mich nit. Ich will got getrewlich für euch piten! Denn was ich euch hab zugesagt, das verpring ich als gehoret ez meiner sel; ich hab mer sorg vmm euch denn ich hab vmm mich gegen got mit meinem gepet.

Hercz liber pruder habt mir's nit vor vebel, das ich euch iczund anschrey, denn ez ist not vorhanten; ich wolt sust schweigen, als vor, wie wol ir mich nit verlasen habt [et]c. Nit mer! Denn got spar euch gesunt!

Sagt ewer liben gemacheln, meiner liben swester, mein gepet gegen got meinen herren vnnd vil libs vnnd guts!

Mein liber Conuent entpewt euch sein demütig, willig gepet zu aller zeit als irem genedigen herren!

Datum auf Montag nach Egidy im 1498 [3. Sept.]

Swester Dorothea, M. z. B., unwürdige Apptissin zu sct. Clarn zu Bamberg²⁵

Der vorliegende Brief Dorotheas ist ein Supplikationsbrief an ihren Bruder Friedrich. Nach Cordula Nolte sollte in einem derartigen Schreiben bedacht werden, dass die Bittstellerin den Adressaten nicht nur als Bruder, sondern vor allem als Vater anfleht. Dorothea macht sich insofern in ihrer Bitte schwach, dass sie sich selbst als Waise bezeichnet und betont, dass sie niemanden außer Friedrich habe, an den sie sich in ihrer Notlage wenden könne. „Es gehört zu den supplikativen Gebärden, dass sich die Bittstellerin klein und hilflos macht, sowie jeden Eindruck der Selbstständigkeit vermeidet.“²⁶

Die Briefstruktur trägt die wesentlichen Merkmale eines spätmittelalterlichen Privatbriefes.²⁷ Auf die Eingangsformel folgt die *Salutatio*, worin Dorothea Friedrich als hochgeborenen Fürsten und herzlieben Bruder anspricht. Der Adressat als Bruder der Verfasserin wird in der zweiten Person Plural angesprochen. Im Hauptteil führt die Äbtissin ihre Anliegen aus und endet dann mit Wünschen an den Empfänger – konkret in diesem Fall mit den Grüßen an seine Ehefrau Sofia von Polen und der Zusage des

²⁴ Markgraf Sigmund von Brandenburg, Dorotheas Bruder, verstarb am 26.11.1495 in Heilsbronn. Detlev Schenicke, Europäische Stammtafeln. Neue Folge, Bd. 1,1 : Die fränkischen Könige und die Könige und Kaiser, Stammherzoge, Kurfürsten, Markgrafen und Herzoge des Heiligen Reichs Deutscher Nation, Marburg 1998., Nr. 129.

²⁵ Zit. n. Wittmann, Geschichte, S. 89f.

²⁶ Nolte, Familie, S. 347ff.

²⁷ Franz-Josef Schmale, Brief, Briefliteratur, Briefsammlungen/Lateinisches Mittelalter, in: Robert-Henri Bautier (Hrsg.), Lexikon des Mittelalters, Bd. 2, Stuttgart (u.a.) 1999, Sp. 652–659, hier Sp. 653.

dauernden Gebetes von Seiten Dorotheas und ihrer Klosterfrauen. Der Brief schließt mit dem Namen und mit den Titeln Dorotheas, sowie mit dem Datum.

3.2 Inhaltlicher Befund bezüglich Dorotheas Lebensumstände

Wie weitere von Georg Steinhausen²⁸ abgedruckte Privatbriefe belegen, unterhielt Dorothea von Brandenburg seit ihrem Eintritt in das Klarissenkloster zu Bamberg regen Kontakt zu ihrer Herkunftsfamilie – was für ein reformiertes Klarissenkloster der strengen Observantinnen am Ende des 15. Jh. nicht üblich war und bei Margarethe von Brandenburg (1453–1509), die im Klarissenkloster zu Hof lebte, nicht gestattet wurde. Margarethe wollte nicht in den geistlichen Stand treten, weshalb ihr Vater Albrecht Achilles mit der damaligen Äbtissin zu Hof vereinbarte, Margarethe in strenger Klausur zu halten und jeglichen Kontakt nach außen zu verhindern.²⁹

Naheliegender ist, dass Dorothea freiwillig in den Ordensstand trat³⁰ und offensichtlich über eine Dispens bezüglich des Kontakts mit ihrer Herkunftsfamilie verfügte. Nach Cordula Nolte erreichten Friedrich und Sigmund von Brandenburg mit Suppliken an den Papst, dass Dorothea teilweise vom Klausur-, Fasten- und Schweigegebot befreit wurde.³¹ Ihre Mutter hielt sich mit päpstlicher Dispens regelmäßig im Kloster der Klarissen zu Bamberg auf, ihr Bruder Friedrich wartete im Herbst 1498 – wie aus seinem Entwurf des Antwortschreibens auf den oben abgedruckten Brief hervorgeht – auf die päpstliche Erlaubnis, selbst das Kloster betreten zu dürfen.³²

Im vorliegenden Supplikationsbrief bittet die Äbtissin ihren Bruder um finanzielle Unterstützung zur Einrichtung eines Siechenhauses bzw. Krankenzimmers. Bei dieser Gelegenheit ersucht sie den Markgrafen Friedrich von Brandenburg alles zu veranlassen, ihre Mitgift, die in Form einer Leibrente in Höhe von 200 Gulden jährlich ausbezahlt wurde, sicherzustellen, denn ihr Bruder, Markgraf Sigmund von Brandenburg, verstarb bereits 1495, und Dorothea konnte sich offensichtlich nicht sicher sein, ob ihre Verwandten auch über den Tod Friedrichs hinaus ihre Leibrente ausbezahlen würden. Die Äbtissin beabsichtigt also auch, ihre persönlichen Einkünfte sicherzustellen und zu regeln. Inwiefern sie diese aber selbst beanspruchte und nicht der Ordensgemeinschaft zukommen ließ, geht aus der vorliegenden Quelle nicht hervor. Da Äbtissinnen meistens auch die Verwaltungsaufgaben der weltlichen Temporalien

²⁸ Steinhausen, Privatbriefe, Nr. 437, 445, 451, 457.

²⁹ Nolte, Familie, S. 122.

³⁰ Nach Cordula Nolte findet sich in den schriftlichen Quellen kein Hinweis darauf, dass Markgräfin Dorothea unfreiwillig in den Ordensstand trat. Zudem beschwerte sie sich niemals darüber, dass sie in den geistlichen Stand getreten ist. Ebd., S. 119.

³¹ Ebd., S. 122. Inwiefern Dorothea davon Gebrauch machte, lässt auch Cordula Nolte offen.

³² Steinhausen, Privatbriefe, Nr. 500.

übernahmen, trugen jene auch die Verantwortung für Notlagen in Frauenklöstern.³³ Dass Dorothea von Brandenburg keine schlechte Verwalterin sein konnte, geht aus dem Brief hervor, denn sie bat Friedrich um finanzielle Hilfe für ihre Klosterfrauen im Hinblick auf das Bauvorhaben und zur Deckung der klösterlichen Auslagen bezüglich Lebensmittel und Unterhalt.

Die markgräflische Äbtissin gesteht in ihrem Schreiben, dass ihr die Last des Amtes und die Verantwortung Angst machen und sie diese nur deshalb angenommen habe, weil sie die Klosterfrauen nach erfolgter Wahl eindringlich darum gebeten haben, die Wahl anzunehmen. Derartige Szenarien sind bei zahlreichen Äbtissinnenwahlen belegt, dies täuscht aber nicht darüber hinweg, in welch fürsorglichem und mütterlichem Stil Dorothea von ihren Mitschwestern schreibt. Nach Georg Hofmann befanden sich zur Zeit der Brandenburgerin mehrheitlich bürgerliche Frauen im Konvent – die vor ihr amtierende Äbtissin gehörte ebenfalls dem bürgerlichen Stand an.³⁴ Obwohl sich die Brandenburgerin ihrer adeligen Abstammung und ihres Standes bewusst war, spricht sie von ihren Mitschwestern in einer sehr respektvollen und fürsorglichen Art und setzt sich für deren Belange ein.

Aus dem vorliegenden Brief können auch Rückschlüsse auf die theologische Bildung der Äbtissin gemacht werden. Wenn sie schreibt, dass „euch [Friedrich] die frvmen kint weren das ewig leben erwerben vmm got [...] ir wert destor lenger leben, das ir in hilf thut“ ist Ausdruck einer fiskalistischen Sicht des Gebetes und der Glaubenswerke. Nur zwanzig Jahre später prangert Martin Luther derartigen religiösen Fiskalismus an und betont im Gegensatz zur Lehre der römischen Kirche, dass nicht die Glaubenswerke den Menschen gerecht machen würden, sondern ausschließlich die göttliche Gnade (*sola gratia*).

3.2 Die Verhältnisse im Kloster St. Klara nach dem Brief Dorotheas

Aus dem vorliegenden Schreiben der Bamberger Äbtissin geht hervor, dass das Kloster St. Klara nach der reformierten Ordensregel der strengen Observantinnen lebte.³⁵ Das Kloster dürfte über sehr schwache Einkünfte verfügt haben, denn offensichtlich konnte das Konvent den geistlichen Frauen aus klösterlichen Mitteln keinen gewissen Lebensstandard garantieren bzw. für deren Lebensunterhalt aufkommen. Immerhin fiel nach Cordula Nolte der Jahresunterhalt für Dorothea mit 200 Gulden verhältnismäßig niedrig

³³ Maria Teresa Guerra Medici, Sulla giurisdizione temporale e spirituale della abbadessa, in: Gabriella Zarri (Hrsg.), *Il monachesimo femminile in Italia dell' Alto Medioevo al secolo XVII a confronto con l' oggi* (Scuola di memoria storica 6), Negarine di San Pietro in Cariano 1997, S. 75–86, hier S. 85.

³⁴ Georg Hofmann, Markgräfin Dorothea von Brandenburg, Äbtissin St. Klaraklosters zu Bamberg, in: *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland*, Bd. 161 (1918), S. 741–745, hier S. 743.

³⁵ Im vorliegenden Brief schreibt die Markgräfin: „[...] das sy mochten got lenger dinen in der heiligen Observanz, dar vmm ich pin kumen.“

aus³⁶ und die bürgerlichen Frauen brachten mit hoher Wahrscheinlichkeit noch weniger an Mitgift in das Kloster ein. Zudem geht aus dem Schreiben Dorotheas hervor, dass der Konvent zur Zeit der markgräflichen Äbtissin zahlenmäßig überbelegt war.³⁷ In dieser aus finanzieller Sicht prekären Situation wird auch verständlich, dass die Nonnen Dorothea zur Äbtissin erwählten, da von ihr offensichtlich die Beseitigung der Notlage am ehesten erwartet werden konnte.³⁸ Zudem betont die Brandenburgerin immer wieder, dass die Frauen ihr vertrauen und in allem gehorsam sind.

Die Quelle belegt zudem, dass innerhalb des Konventes kein Krankenzimmer zur Verfügung stand und die Nonnen lediglich ein gemeinsames Dormitorium zur Verfügung hatten – die Äbtissin hatte offensichtlich kein eigenes Schlafzimmer, denn auch für sie stand im Krankheitsfall kein eigenes Zimmer zur Verfügung. Zudem war die Klosterstube der Aufenthalts- und Arbeitsraum der Schwesterngemeinschaft und insofern nicht geeignet als Siechenhaus.

Schlussbemerkung

Seit der Entstehung von Frauenklöstern im christlichen Okzident wählten zahlreiche adelige Frauen den geistlichen Stand als angemessene Versorgungsinstitution oder suchten erst nach gescheiterten Eheanbahnungen den Weg ins Kloster. Eine derartige Reduktion der Motivation für die Wahl des geistlichen Standes hat sich bisher auf diesen Forschungsbereich schädlich ausgewirkt, wie einleitend bereits näher ausgeführt wurde.³⁹

Am Beispiel der Markgräfin Dorothea von Brandenburg kann gezeigt werden, dass adelige Frauen auch aus persönlicher und freier Entscheidung den Weg in eine Konventgemeinschaft suchten und dass ein Lebensentwurf auch innerhalb der Klausur gelingen konnte. Sollten für die Markgräfin – was aber Cordula Nolte ausschließt – die gescheiterten Ehebemühungen Grund gewesen sein, in das Klarissenkloster zu Bamberg einzutreten, so kann auf jeden Fall gezeigt werden, dass Dorothea ihr Leben innerhalb der Gemeinschaft zu ihrer eigenen Zufriedenheit gestalten konnte. Zum einen kann das daran festgemacht werden, dass sie 1506 vorzeitig auf ihr Amt als Äbtissin verzichtete und als einfache Nonne bis zu ihrem Tod lebte. Zum anderen muss bedacht werden, dass die brandenburgische Markgräfin in ein verarmtes Kloster eintrat, in welchem größtenteils bürgerliche Frauen lebten. Dorothea war sich bei der Wahl zur Äbtissin ihrer Verantwortung bewusst und sorgte nach innen und nach außen für die

³⁶ Nolte, Familie, S. 120.

³⁷ Die Äbtissin schreibt: „Denn sy sind beladen mit vil personen, denn ir sind vber dy zal, das sy nit wol können auf kumen, denn sy haben dy zerung nit darnach; Sy sind vil mer schuld, denn sy das jar zu verczeren haben.“ Dass es Ende des 15. Jh. in finanzieller Hinsicht nicht gut um das Kloster bestellt war, bestätigt auch Georg Hofmann. Hofmann, Markgräfin, S. 743.

³⁸ Wittmann, Geschichte, S. 74.

³⁹ Schlotheuber, Klostereintritt, S. 2f.

Frauengemeinschaft. Sie ließ sich die Klosterprivilegien von Kaiser Maximilian bestätigen⁴⁰, erbaute mit finanzieller Hilfe ihres Bruders Friedrich ein Siechenhaus und setzte sich aktiv für den Lebensunterhalt ihrer Religiösen ein. Dorothea stand als Äbtissin im Kloster kein eigenes Schlafzimmer zur Verfügung, sie teilte das Dormitorium mit ihren Mitschwestern.

Schwer vorstellbar, dass bei diesem Beispiel einer adeligen Frau im geistlichen Stand das reine Versorgungsdenken im Vordergrund stand. Zudem kann in keiner Weise unterstellt werden, dass bei Dorothea ein missglückter Lebensentwurf einer enttäuschten Frau den Weg in das Klarissenkloster ebnet. Vielmehr kann aus der vorliegenden Quelle in Zusammenschau mit anderen Privatbriefen Dorotheas gezeigt werden, dass die Reduktion der Motive für die Wahl des geistlichen Standes auf Versorgungsdenken und standesgemäßes Auskommen in eine Sackgasse führt und den wissenschaftlichen Zugang zur Erforschung von Frauenklöstern und des weiblichen Religiosentums versperrt und nicht fruchtbar werden lässt.

Literatur

Ennen, Edith, *Frauen im Mittelalter*, München 1991⁴.

Faust, Ulrich, *Frauenklöster in den benediktinischen Reformbewegungen des hohen und späten Mittelalters*, in: Klüeting, Edeltraud (Hrsg.), *Fromme Frauen – unbequeme Frauen? Weibliches Religiosentum im Mittelalter* (Hildesheimer Forschungen 3), Hildesheim [u.a.] 2006, S. 127–142.

Flössel, Amalie/Hettinger, Anette, *Klosterfrauen, Beginen, Ketzerinnen. Religiöse Lebensformen von Frauen im Mittelalter* (Historisches Seminar: NF 12), Idstein 2000.

Guerra Medici, Maria Teresa, *Sulla giurisdizione temporale e spirituale della abbadessa*, in: Zarri, Gabriella (Hrsg.), *Il monachesimo femminile in Italia dell'Alto Medioevo al secolo XVII a confronto con l'oggi* (Scuola di memoria storica 6), Negarine di San Pietro in Cariano 1997, S. 75–86.

Gelmi, Josef, *Geschichte der Kirche in Tirol. Nord-, Ost- und Südtirol*, Innsbruck (u.a.) 2001.

Grimm, Jacob/Grimm, Wilhelm, *Deutsches Wörterbuch*, München 1984.

Hofmann, Georg, *Markgräfin Dorothea von Brandenburg, Äbtissin des St. Klara-klosters zu Bamberg*, in: *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland*, Bd. 161, 1918, S. 741–745.

Musardo Talò, Vincenza, *Il monachesimo femminile. La vita delle donne religiose nell'Occidente medievale*, Cinisello Balsamo, Milano 2006.

⁴⁰ Ebd., S. 83.

Nolte, Cordula, Familie, Hof und Herrschaft. Das verwandtschaftliche Beziehungs- und Kommunikationsnetz der Reichsfürsten am Beispiel der Markgrafen von Brandenburg-Ansbach (1440–1530) (Mittelalter-Forschungen 11), Ostfildern 2005.

Schlotheuber, Eva, Klostereintritt und Bildung. Die Lebenswelt der Nonnen im späten Mittelalter (Spätmittelalter und Reformation: Neue Reihe 24), Tübingen 2004.

Schmale, Franz-Josef, Brief, Briefliteratur, Briefsammlungen/Lateinisches Mittelalter, in: Bautier, Robert-Henri (Hrsg.), Lexikon des Mittelalters, Bd. 2, Stuttgart [u.a.] 1999, Sp. 652–659.

Schwennicke, Detlev, Europäische Stammtafeln. Neue Folge, Bd. 1,1: Die fränkischen Könige und die Könige und Kaiser, Stammherzoge, Kurfürsten, Markgrafen und Herzoge des Heiligen Reichs Deutscher Nation, Marburg 1998.

Senfter, Maria, Das Klarissenkloster von Brixen. 1600–1800, Diss., Innsbruck 1977.

Steinhausen, Georg (Hrsg.), Denkmäler der deutschen Kulturgeschichte, Abt. 1: Briefe, Bd. 1: Deutsche Privatbriefe des Mittelalters, Bd. 1: Fürsten, Magnaten, Edle und Ritter, Berlin 1899.

Wensky, Margret, Frau/Die Frau in der mittelalterlichen Gesellschaft, in: Bautier, Robert-Henri (Hrsg.), Lexikon des Mittelalters, Bd. 4, Stuttgart [u.a.] 1999, Sp. 862–865.

Wittmann, Pius, Zur Geschichte des St. Klara-Klosters in Bamberg und dessen Äbtissin Dorothea, Markgräfin von Brandenburg, in: Diözesan-Archiv von Schwaben. Zugleich Organ für deutsche Kirchengeschichte, Jg. 2, H. 9–12, 1885.

Zarri, Gabriella, Introduzione. Il monachesimo femminile tra passato e presente, in: Zarri, Gabriella (Hrsg.), Il monachesimo femminile in Italia dell'Alto Medioevo al secolo XVII a confronto con l'oggi (Scuola di memoria storica 6), Negarine di San Pietro in Cariano 1997, S. XI–XX.

Rainhard Domanegg ist Student der Geschichte im 5. Semester an der Universität Innsbruck, Absolvent der Diplomstudien Katholische Fachtheologie und Christliche Philosophie an der Universität Innsbruck. Rainhard.Domanegg@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Reinhard Domanegg, Die adelige Frau im geistlichen Stand im Spätmittelalter am Beispiel der Markgräfin Dorothea von Brandenburg, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 325–339, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.



Die Frau in Sparta im Vergleich mit der Frau im Dritten Reich

Nina Höflinger/Elisabeth Pernold

eingereicht bei: Mag^a. Irene Madreiter

eingereicht im Semester: SS 2009

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch die LV-Leiterin: sehr gut

Abstract

The Spartan women in comparison with women during the Third Reich

The following paper is a comparison between the life of women in ancient Sparta and women in Germany during the Nazi regime. It will examine the similarities and differences of these women. As will be shown, there were several analogies in the topics discussed.

Einleitung

Die Fragestellung dieser Proseminararbeit lautet: Was hat die Frau in Sparta gemein mit der Frau im Nationalsozialismus, was unterscheidet sie? Wir suchten einige Bereiche, die für Frauen typisch sind, heraus und stellten diesen Vergleich an, wobei einige Parallelen, aber auch Differenzen herauskamen. Bei jedem Thema wird zuerst geschildert, wie die Situation in Sparta war und anschließend jene im Dritten Reich. Elisabeth Pernold zeichnet verantwortlich für den Teil über Gesellschaft, Erziehung und Bildung, Sport und Nacktheit, Kleidung sowie Partnerschaft und Nachkommen, Nina Höflinger über Eheschließung, Ehe, Schönheit, Ernährung, Religion und Arbeitende Frauen. Die Erkenntnisse sollen durch einige Zitate, sogenannte Sprüche der Spartaner, untermauert werden. Die antike Quelle, welche in diese Proseminararbeit eingebaut

wurde, stammt aus Hesiods „Sämtlichen Gedichten“ und behandelt kurz die Schönheit jener Frau, wegen deren Entführung der Trojanische Krieg begann: Helena von Sparta.

Auch der Standpunkt von antiken Gelehrten wie Plutarch, Platon und Xenophon über die Sonderrolle der Spartanerinnen wird an einigen Stellen wiedergegeben. Weshalb genossen sie eine ähnliche Erziehung wie die Männer? Sie durften sich weder schminken noch parfümieren oder Schmuck tragen – und galten doch als die schönsten Frauen des antiken Griechenland, wie ist das möglich? Warum wurde die Frau in Lakonien besser behandelt und hatte mehr Rechte als ihre Geschlechtsgenossinnen anderswo? Wie brachten die Nazis die deutschen Frauen dazu, „Gebärmaschinen“ zu werden? Warum ließen sie die Doppelhehen zu? Diese Fragen soll die folgende Arbeit unter anderem klären.

Zuvor scheint es uns allerdings notwendig, die Frage nach dem Sinn eines Vergleichs zwischen spartanischen Frauen und den Frauen der NS-Zeit zu stellen. Zum einen lassen sich tatsächlich Parallelen in den oben genannten Themen finden, wie die Aufgabe, möglichst viele und kräftige Kinder für den Staat zu gebären oder die Betonung der Natürlichkeit in Bezug auf Kleidung und Aussehen. Auch die zweckmäßige Mehrfachehe, die in Sparta praktiziert wurde, fand im nationalsozialistischen Regime Zustimmung. Zum anderen hat auch Adolf Hitler sich sowohl in seinen Reden, als auch in seinem Werk „Mein Kampf“ auf die Antike und den „Rassenstaat Sparta“ im Besonderen bezogen, da er in ebendiesem die Bestätigung seiner eigenen „Rassenlehre“ sah.¹

Hauptteil

Der deutsche Dichter Johann Gottfried Herder (1744–1803) verfasste ein Gedicht über die legendäre Tapferkeit der spartanischen Frau, welches im Werk *Zerstreute Blätter* (Seite 81 der Ersten Sammlung) 1785 in Gotha vom Carl Wilhelm Ettinger Verlag publiziert wurde:

„Die Spartanerin.
Als die Spartische Mutter den Sohn, entflohen dem Treffen,
Waffenberaubet sah, stieß sie das Schwert ihm ins Herz,
Sprach: ‚Ich habe dich nicht, dich hat nicht Sparta geböhren!
Lieber Söhne-beraubt, als den Entflohenen zum Sohn.‘²

An diesem Vierzeiler erkennt man, wie sich Herder die typische Spartanerin vorstellte: als tapfere und stolze Frau. Nach seiner Vorstellung bevorzugte sie es, ihren Sohn am Schlachtfeld sterben zu sehen, als dass er fahnenflüchtig heimkehrte. Ersteres bedeutete

¹ Losemann, V. 1977, *Nationalsozialismus und Antike*, Reihe: *Historische Perspektiven* 7, Hamburg, S. 18.

² „Die Spartanerin“, in: [http://de.wikisource.org/wiki/Die_Spartanerin], eingesehen 29.7.2009.

für sie eine große Ehre, Letzteres eine fürchterliche Schande. Ob das Verhalten dieser imaginären Spartanerin mit jenem der realen Frauen Spartas übereinstimmte, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, ist aber wahrscheinlich, denn der Tod auf dem Schlachtfeld wurde in der archaischen Lyrik, zum Beispiel bei Tyrlaios oder Alkman, als männlich und heroisch erachtet.

1. „Die Herrschaft der Frau“ oder doch nur ein Leben für den Gatten?

Der griechische Schriftsteller Plutarch (45–125) prägte den Begriff *gynaikokratía* (14,2), was mit „Herrschaft der Frau“ übersetzt wird. Die Frauen in Sparta wurden zu Tapferkeit und Sehnsucht nach Ruhm erzogen; diese Erziehung könnte ein Grund dafür gewesen sein, warum die Spartanerinnen ihre Männer angeblich beherrschten.³ Eine Anekdote erzählt davon:

„Als eine Frau aus Attika Gorgo [Gemahlin des sagenumwobenen spartanischen Königs Lykurg] fragte: ‚Warum beherrscht ihr Spartanerinnen als einzige eure Männer?‘ erwiderte sie: ‚Weil wir auch als einzige Männer gebären!‘“⁴

Die Jungen, die sie gebären, wurden nach den Vorschriften des Staates erzogen. Sie sollten bereit sein, für Sparta ihr Leben zu lassen.⁵ Es war für eine Mutter ehrenvoll, wenn ihr Sohn für den Staat starb; dies verdeutlicht folgende Erzählung:

„Als ein Mann seiner Mutter den ehrenvollen Tod seines Bruders schilderte, sagte sie: ‚Ist es nicht eine Schande, daß du dir seine Reise nicht zunutze gemacht und ihn begleitet hast?‘“⁶

Durch dieses heroische Verhalten wurde die Spartanerin „zum Prototyp einer antiken Frau“.⁷

Die Rolle der Frau im Nationalsozialismus war eine ähnliche, denn auch sie musste „ihrem Land und Volk Kinder [...] schenken.“⁸ Für den Zweiten Weltkrieg brauchten die Nazis „Menschenmaterial“, somit bestand die Hauptaufgabe der Frauen darin, Kinder zu bekommen.⁹ Wie in Sparta wurden gesunde Nachkommen verlangt.¹⁰ Mit verschiedenen Methoden brachten die Nazis die Frauen zur „Fortpflanzung“: Sie

³ Thommen, L. 2003, Sparta. Verfassungs- und Sozialgeschichte einer griechischen Polis, Stuttgart/Weimar, S. 134.

⁴ Clauss, M., 1985, Sprüche der Spartaner, Frankfurt, S. 35.

⁵ Thommen 2003, S. 134.

⁶ Clauss 1985, S. 33.

⁷ Thommen 2003, I S. 34.

⁸ Fischnaller Scartezini, R.M. 1997, Die Frau im Nationalsozialismus. Die Instrumentalisierung durch die Ideologie, Innsbruck, S. 35.

⁹ Ebd., S. 39.

¹⁰ Ebd., S. 37.

erhielten Auszeichnungen und finanzielle Unterstützung, wohingegen der Zugang zu Berufen in höheren Positionen und zu Universitäten stark eingeschränkt wurde.¹¹ Dadurch waren die Frauen gezwungen, sich an „Heim und Herd“ zu betätigen und für Nachwuchs zu sorgen.

2. „Chor“ in Sparta vs. „Reichsbräuteschulen“ im Nationalsozialismus

Im „Chor“ wurden die spartanischen Mädchen aus der reichen Oberschicht – dementsprechend war er einigen wenigen vorbehalten – auf die Hochzeit und ihre „Rolle als Frau in der Gesellschaft“ vorbereitet. Der griechische Philosoph Platon (428/7–348/7) berichtet, dass die Mädchen in Sport und Musik ausgebildet wurden. Später sollten sie das Haus verwalten und die Kinder erziehen (nom. 805e–806b).¹² Die Spartanerinnen lebten allerdings nicht zurückgezogen, sondern sie durften am öffentlichen Leben teilnehmen – mehr als die Frauen anderer Gegenden.¹³ Laut Plutarch (Lyk. 14f.) gab es kaum Unterschiede zwischen der Erziehung der Knaben und jener der Mädchen; eine Differenz war, dass die Buben öffentlich, die Mädchen aber zu Hause erzogen wurden.¹⁴ Erstere durften zusehen, wenn die jungen Frauen tanzten; dabei sangen sie und verspotteten ihr Publikum. Dies sollte ihr Selbstvertrauen erhöhen, denn sie sollten „(wie die Männer) reden und denken lernen“. ¹⁵ Die Spartanerinnen „waren selbstbewußter als die Frauen in anderen Städten.“¹⁶

In der nationalsozialistischen Erziehung lernten die Mädchen, „bescheiden und genügsam zu sein, bodenständig und treu.“ Wie die Spartanerinnen sollten sie sich auf Heim und Kinder konzentrieren, anders als jene sich aber vom öffentlichen Leben weitgehend fernhalten. Um auf diese Aufgaben vorbereitet zu sein, entstanden „Reichsbräuteschulen“: „Putzen, Kochen, Säuglingspflege und andere Ertüchtigungen im Geiste Adolf Hitlers“ wurden den jungen Frauen dort beigebracht. Diese Einrichtung weist gewisse Ähnlichkeiten mit dem „Chor“ in Sparta auf, allerdings durften Mädchen aller Gesellschaftsschichten daran teilnehmen und nicht nur jene aus der reichen Oberschicht wie in Sparta. Weiters wurde den Mädchen im Tausendjährigen Reich beigebracht, dem Gatten zu dienen und ihm eine Gefährtin zu sein.¹⁷

3. Wer in Sparta Sport trieb, brauchte nicht viel anzuziehen

Antike Autoren wie der griechische Komödiendichter Aristophanes (450/444–380) (Aristoph. Lys. 78 ff.) und der legendenumrankte Dichter Homer (Od. 13,412)

¹¹ Ebd., S. 44.

¹² Thommen 2003, S. 135.

¹³ Clauss 1985, S. 31.

¹⁴ Thommen 2003, I S. 35.

¹⁵ Ebd., S. 135.

¹⁶ Clauss 1985, S. 31.

¹⁷ Fischnaller Scartezini 1997, S. 36.

berichten über die Schönheit der Frauen Spartas; wahrscheinlich ist dieser Topos auf ihr athletisches Äußeres zurückzuführen. Auch die Athener bewunderten sie dafür.¹⁸ In einem fragmentarischen Gedicht Hesiods wird die schönste Spartanerin, Helena, und das Werben einiger Fürsten um sie beschrieben. Dieses Gedicht ist in „Helenas Freier. Der Zeusplan“ enthalten, welches wiederum Teil der „Frauenkataloge“ ist.¹⁹ Zu den um sie werbenden Männern gehörten jene, die später im Trojanischen Krieg für ihre Rückkehr kämpfen sollten: unter anderen Odysseus, Menestheus, Aias und Elephenor.²⁰ Außerdem warb Agamemnon für seinen Bruder Menelaos; ersterer war durch seine Heirat mit Helenas Schwester Klytaimestra ihr Schwager.²¹

„Fragment 196
 Führer der lanzenschwingenden Männer
 unter all den Menschen sehr bekannt,
 und dem spitzen Speer
 glänzende Stadt wegen des Mädchens
 <der> die Schönheit zu eigen war
 Der goldenen Aphrodite.
 <die Leda gebar (?) und der Chariten Funkeln besaß sie.
 <Sie wuchs auf (?)> im Haus des Königs Tyndareos
 dunkeläugig
 [...]“²²

Hierbei handelt es sich eindeutig um Helena, denn sie entstammte einer Verbindung von Zeus und Leda, der Königin von Sparta. Diese nahm sie in das Haus ihres Gatten Tyndareos auf.²³

Hesiod (700 v. Chr.) „wurde in Askra in Bötien [...] geboren.“²⁴ Hesiod den Namen unter seine Werke. Er begründete die griechische Lehrdichtung, baute

¹⁸ Thommen 2003, S. 135.

¹⁹ Marg, W. 1984², Hes. F196. Sämtliche Gedichte. Theogonie. Erga. Frauenkataloge, Zürich, München, S. 486.

²⁰ Ebd., S. 494.

²¹ Ebd., S. 493.

²² Marg, 1984², S. 486f.

²³ Ebd., S. 493.

²⁴ „Hesiod“, in: [http://de.encyarta.msn.com/encyclopedia_761561050/Hesiod.html], eingesehen 20. 09. 2009.

Zunächst arbeitete er als Schafhirte, dann als Dichter. Als erster griechischer Schriftsteller setzte Hesiod den Namen unter seine Werke. Er begründete die griechische Lehrdichtung, baute moralische Standpunkte in seine Schriften ein und verlangte, dass Dichtung „wahr“ sein sollte – dadurch unterscheidet er sich von Homer, obwohl dessen Einfluss in seinen Werken erkennbar ist; zu jenen gehören die Theogonia (Göttergeburt), ein Epos über die griechische Mythologie, und zahlreiche Gedichte. Von anderen Werken sind nur mehr Titel und Fragmente erhalten und es ist ungewiss, ob sie von Hesiod oder seinen Schülern stammen.

Sport trieben in Sparta vor allem Jungfrauen bei „rituellen Handlungen und Initiationsriten im Heiligtum“: Aus der klassischen Zeit sind das Rennen, der Ausdauer- und Stärketest überliefert, später wurde das Angebot durch Ringen, Diskus- und Speerwurf erweitert. An einem Ausspruch des oben erwähnten Lykurgus erkennt man, warum die Mädchen Sport treiben sollten:

„Damit die Nachkommen [...] prächtig gedeihen, und damit sie selbst gekräftigt die Geburt ihrer Kinder ertragen [...] und vor allem, wenn es nötig ist, [sie] in der Lage sind, für sich, ihre Kinder und ihr Vaterland zu kämpfen.“²⁵

Als weiterer Topos gilt die Nacktheit der Spartanerinnen. Sie bekamen in der Literatur die Bezeichnung Schenkelzeigerinnen (*phainomeridas*); so schrieb Euripides (480 oder 485/4–406), der griechische Tragödiendichter, über entblößte Schenkel und offene Kleider beim Sport (Androm. 595 ff.). Die Mädchen verwendeten einen „kurzen, allenfalls geschlitzten Chiton, der zum Ausdruck ‚Phainomeriden‘ führte“. Verheiratete traten nicht nackt an, berichtet Plutarch (mor. 232c.), und ganz unverhüllt erschienen Mädchen auch nur zu „rituelle[n] Rennen und Initiationsrituale[n]“. Wahrscheinlich waren die Spartanerinnen beim Sport mehr entkleidet als ihre Geschlechtsgenossinnen anderswo, deshalb staunten die Gäste, die zusahen. Sie wunderten sich auch, da in Griechenland Wettläufe von Frauen normalerweise nicht Öffentlichkeitscharakter besaßen.²⁶ Lykurg verteidigte die Nacktheit der Mädchen beim Sport mit folgenden Worten:

„Damit sie, indem sie die gleichen Gewohnheiten wie die Männer einhalten, ihnen nicht in körperlicher Tüchtigkeit, Gesundheit, Ehrgeiz und Tapferkeit unterlegen sind [...].“²⁷

Unter Hitlers Herrschaft sollten sich Mädchen und Frauen ebenfalls sportlich betätigen. In den Jugendorganisationen der NSDAP wie „Jungmädels“, „Glaube und Schönheit“ oder dem „Bund Deutscher Mädels“ waren die Mädchen angehalten, gemeinsam Sport zu treiben und auch im Erwachsenenalter sollten sie fit bleiben, um auf ihre Rolle als Mutter vorbereitet zu sein.²⁸ Keine deutsche Frau durfte sich dieser Vorgabe widersetzen. Durch Gymnastik, Turnen, Leichtathletik und Mannschaftsspiele wurde ihre Muskulatur gestärkt, die Haltung verbessert und die Gesundheit gefördert.²⁹ Wie in Sparta trieben sie Sport, damit sie gesunde Kinder zur Welt brachten. „Neben einer Ablehnung des Leistungssports für die breite Mehrheit der Frauen wurden dennoch

²⁵ Clauss 1985, S. 32.

²⁶ Thommen 2003, S. 136.

²⁷ Clauss 1985, S. 32.

²⁸ Czech, M. 1994, Frauen und Sport im nationalsozialistischen Deutschland. Eine Untersuchung zur weiblichen Sportrealität in einem patriarchalen Herrschaftssystem, Berlin, S. 45.

²⁹ Czech, M. 1994, S. 46.

'Spitzenleistungen' eines geringen Anteils durchaus positiv bewertet.³⁰ Die Nationalsozialisten befürchteten, Spitzensport könne sich negativ auf die Fertilität der deutschen Frauen auswirken. Erzielten einige aber internationale Erfolge, so nutzten sie dies für Propagandazwecke.³¹ Zu jenen gehörten unter anderen „die Leichtathletinnen Gisela Mauermayer, Tilly Fleischer und die Skiläuferin Christl Cranz“.³²

4. Kleider machen Leute

Das griechische Wort *doriazein* bedeutet „sich anziehen wie ein spartanisches Mädchen“, dabei schwingt die negative Konnotation „Nacktheit“ mit. Die Bekleidung der Spartanerinnen unterschied sich von jener anderer Griechinnen aufgrund des Stoffes: Da sie viel Zeit im Freien verbrachten, benötigten sie warme Kleidung. Der dorische Peplos war deshalb aus Wolle und schwerer als der ionische, „[er] war in der Archaik von allen Frauen Griechenlands getragen worden.“³³ Der Peplos war „eine auf der Schulter mit Fibeln geheftete Stoffröhre mit Überschlag“, die „seitlich nicht zugenähte Form“ hieß „lakonisch“. Wenn sich die Trägerin des Peplos bewegte, wurde der Blick auf das Bein frei: Dies könnte der Grund für die Bezeichnung „Schenkelzeigerinnen“ sein, allerdings wurde diese (offene) Form des Peplos auch außerhalb Lakoniens getragen. Wahrscheinlicher ist deshalb, dass der Begriff *Phainomeriden* auf das Tragen des *Chitons* beim Sport zurückgeht, wobei auch dieses Kleidungsstück in anderen Gegenden ebenfalls beliebt war. Zur vollständigen Ausstattung gehörte weiters das *Himation*, ein Übergewand.³⁴ Wenn sich die Mode in Sparta auch nicht sehr von der Mode anderer Gebiete Griechenlands unterschied, so wies sie doch ein weiteres Charakteristikum auf: Sie galt nicht als modern – im Gegensatz zur ionischen.³⁵ Es gab zahlreiche Vorschriften, wie die Kleidung auszusehen hatte, so sollte sie beispielsweise einfach gehalten sein.³⁶

Angeblich war das Tragen von Schmuck und langen Haaren verboten, weiters soll es „ein Verbot von Parfumherstellung und Wollfärbung“ gegeben haben. Ausschließlich Hetären durften „blumige Kleider und goldenen Schmuck [...] tragen“. „Diese Restriktionen sind jedoch erst in zeitlich spätem Kontext bezeugt und zweifelhaft – zumal im Artemis Orthia-Heiligtum etliche Schmuckobjekte zutage gekommen sind“. Es ist anzunehmen, dass das Schmuck- und Parfumverbot nur für kurze Zeit (im 3. Jh. v. Chr.) galt. Zweifel scheinen auch am Verbot der Wollfärbung angebracht zu sein, da

³⁰ Czech, M. 1994, S. 48.

³¹ Ebd., S. 48.

³² Ebd., S. 89.

³³ Pomeroy, S. 2002, *Spartan Women*, New York, S. 134.

³⁴ Thommen 2003, S. 137.

³⁵ Pomeroy 2002, S. 134.

³⁶ Thommen 2003, S. 136.

die Kriegergewänder rot waren, ergo man damals Wolle färbte.³⁷ Die Haare der Spartanerinnen könnten kurz gewesen sein – ein Kontrast zu den langen der Männer. Diese Vorstellung stammt vielleicht „aus dem von Plutarch (Lyk. 15,5) geschilderten Hochzeitsritual, bei dem das Haar der Braut abgeschnitten [wurde]“³⁸. Wahrscheinlicher aber ist, dass die Haare lang getragen wurden, denn es war üblich, sie hinaufzubinden; dies beweisen weibliche Bronzestatuen mit Langhaarfrisuren und Haarbändern.³⁹

Für die Kleidung galt im Hitler-Deutschland Ähnliches wie in Sparta: Modern war sie wie damals nicht, so durften Frauen – auch bei schwerer Arbeit – keine Hosen tragen. Sie durften sich weder schminken noch herausputzen und sie mussten, wie in Sparta, einfach gekleidet sein.⁴⁰ Allerdings kam es dadurch so weit, dass der Reichsführer der SS, Heinrich Himmler (1900–1945), befürchtete, die deutschen Männer könnten wegen der fehlenden Attraktivität der Frauen homosexuell werden – darum plädierte er für mehr Weiblichkeit.⁴¹ Es gab ein Gebot für die Frauen in der Zeit des Nationalsozialismus, von dem man nicht weiß, ob es bereits im Staate der Lakedaimonier galt: Ihre Haare mussten lang sein und zum Dutt oder Gretchenkranz geflochten.⁴²

5. Ungewöhnliche Maßnahmen der Reproduktion

Der griechische Historiograph Xenophon (426–355) erzählt „von zwei besonderen Praktiken“ bezüglich der Partnerbeziehung, die „eine gewisse Bewegungsfreiheit für die spartanischen Frauen vermuten lassen“:⁴³

Erstens: Ein alter Mann, verheiratet mit einer jungen Frau, lässt sie mit einem musterhaften Mann „seine“ Kinder zeugen (Lak. pol. 1,7).

Zweitens: Ein Junggeselle sucht „eine verheiratete Frau (aus der Oberschicht!)“, um mit ihr für Nachkommen zu sorgen (1,8).⁴⁴

Der/die Ehepartner/in musste jeweils damit einverstanden sein. Die Frauen waren deshalb aber nicht sexuell freizügig, denn dieser kurzzeitige Partnertausch ging von ihm, nicht von ihr aus. Männer hatten „gemäß Xenophon ein Interesse an Söhnen, die nichts erben“ – dazu gehörten jene, die sie nicht selbst gezeugt hatten. Die Beschreibungen der griechischen Geschichtsschreiber Xenophon und Polybios (200–120) (12,6b,8) ließen das Bild der spartanischen Polyandrie entstehen, der Partnertausch war

³⁷ Ebd., S. 137.

³⁸ Ebd., S. 137.

³⁹ Thommen 2003, S. 137.

⁴⁰ Fischnaller Scartezini 1997, S. 62.

⁴¹ Ebd., S. 65.

⁴² Ebd., S. 62.

⁴³ Thommen 2003, S. 138.

⁴⁴ Ebd., S. 139.

jedoch eher „eine Notmaßnahme gegen Bürgermangel“ am Ende des Peloponnesischen Krieges; so verneint beispielsweise der griechische Historiograph Herodot (485–425) (5,40,2), dass Polyandrie in Sparta üblich war.⁴⁵

Für diesen Teil zeichnet Elisabeth Pernold verantwortlich.

6. Von „Raubehen“, „Fernehmen“ und „Mehrfachehen“

Plutarch (Lyk. 15,4-8) ist es, der die Hauptquelle für das Ritual der so genannten „Raubehe“ ist und diese beschreibt. Dieses Ritual geht folgendermaßen vonstatten: Der Vater der zukünftigen Braut entscheidet, wer er seine Tochter heiraten darf. Anschließend wird die jungfräuliche Braut von einer so genannten „Brautbedienerin“ geschoren und bekommt Männerkleidung und Schuhe angezogen. Danach legt sich die junge Frau in der dunklen Kammer auf Stroh und wartet darauf, dass ihr zukünftiger Gatte vom Gemeinschaftsmahl, an dem nur Männer teilnehmen, kommt und sich zu ihr legt, mit ihr verkehrt und anschließend wieder zu seinen Freunden zurück geht. Der Braut kommt dabei eine passive Rolle zuteil. Dieses Ritual dauerte über längere Zeit, denn einen gemeinsamen Haushalt gründete das Paar erst nach zehn „Dienstjahren“.⁴⁶

Darüber, was dieses Ritual bezwecken soll, gibt es verschiedene Theorien: Zum einen gibt es die Theorie, dass es zur „Übung der Enthaltbarkeit und der Förderung von zeugungskräftigen Körpern“ dient. Zum anderen besagt eine zweite Theorie, dass durch die Rasur der Braut und die Männerkleidung, die sie trägt, die Rollen getauscht und die Unterschiede der Geschlechter überlagert werden, wodurch sie zur Vollständigkeit gelangen können. Dies beruht auf dem Glauben, dass die Geschlechter vor langer Zeit eines waren, allerdings getrennt wurden. Eine weitere Theorie, die sich jedoch als falsch erwiesen hat, geht davon aus, dass der Mann sich langsam an die Frau gewöhnen soll, um dadurch die Homosexualität zu überwinden.⁴⁷

„Besondere“ Praktiken bei Ehe und Kindererzeugung dachten sich auch die Nazis aus: „[...] Fernehmen [wurden] eingeführt, damit die ‚Kriegskinder‘ nicht unehelich zur Welt [kamen].“ Dabei heiratete der Mann an der Front, in Abwesenheit der Frau, aber mit dem Kompanieführer als Standesbeamten, während sie den Bund der Ehe zu Hause einging, wobei der Bräutigam durch einen Stahlhelm ersetzt wurde. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wurden sogar „Eheschließungen mit Gefallenen“ durchgeführt.⁴⁸ Damals zählte ausschließlich die Kinderzahl, nicht die Moral: Männer durften polygam

⁴⁵ Thommen 2003, S. 139.

⁴⁶ Pomeroy, S. B. 2002, *Spartan Women*, New York, S. 137f.

⁴⁷ Pomeroy 2002, S. 138.

⁴⁸ Fischnaller Scartezini 1997, S. 44.

leben und es wurde mit der Idee geliebäugelt, für das „starke Geschlecht“ die „Doppel- oder Mehrfachehe“ einzuführen.⁴⁹

7. „Drum prüfe, wer sich ewig bindet“

Die Ehe in Sparta war, wie so lange danach noch, eine praktische, zweckmäßige Verbindung, bei der die Frau ihrem Gatten unterstand. Plutarch berichtet aber auch von einigen Beispielen aus Sparta, bei denen sich nicht nur gegenseitiger Respekt, sondern sogar Liebe zwischen den Ehepartnern entwickelte. Eine Mitgift war bei einer spartanischen Heirat nicht üblich:

„Als Lykurg gefragt wurde, warum er ein Gesetz gemacht habe, daß Mädchen ohne Mitgift zu verheiraten seien, antwortete er: ‚Damit nicht einige von ihnen wegen ihrer Armut unverheiratet bleiben und andere wegen ihres großen Reichtums um so eifriger umworben werden und somit jeder Mann auf den Charakter des Mädchens blickt und seine Wahl nach der Tugend trifft.‘⁵⁰

Im Gegensatz zum restlichen Griechenland waren die jungen Frauen in Sparta bei der Heirat schon um die 18 Jahre alt, was zur Folge hatte, dass sie bereits eine gewisse Selbständigkeit aufwiesen, aber auch Güter mit in die Ehe brachten. Denn dort war es Frauen gestattet, zu erben, wodurch sie angeblich sehr viel Landbesitz inne hatten. Laut Aristoteles betrug dieser Besitz zwei Fünftel des Landes. Für viele Männer war also eine Heirat mit einer spartanischen Frau ein durchaus lukratives Geschäft. Allerdings waren die Spartaner nicht nur ein recht kleines Volk, sie waren auch überaus misstrauisch gegenüber Fremden, was dazu führte, dass sie unter sich blieben und Ehen zwischen Verwandten keine Seltenheit waren. Auch die Oberschicht schottete sich sehr ab, was Hochzeiten betraf – so gab es angeblich nie mehr als 500 Paare in der Oberschicht. Dadurch konzentrierte sich natürlich auch der Reichtum auf wenige, reiche Familien.⁵¹

Während der Zeit des NS-Regimes wurde die bis dahin streng moralische, bürgerliche Ehe aufgeweicht – einerseits wurden die geltenden Ehegesetze gelockert und Doppel-ehen zugelassen und andererseits gab es Befehle an parteiinterne Männer zu sogenannten „biologischen Ehen“ mit BDM-Mädchen. Dafür sollen angeblich Tanzveranstaltungen, Jugendlager der BDM oder auch Parteitage genützt worden sein. So sollten zum Beispiel nach dem Nürnberger Parteitag um die 1.000 Mädchen schwanger

⁴⁹ Ebd., S. 47.

⁵⁰ Clauss 1985, S. 33.

⁵¹ Domanegg Prast, G. 1997, Die Frau im Nationalsozialismus, Die Bevormundung durch den Staat. Innsbruck, S. 85.

gewesen sein. Ganz nach dem Motto: „Ihr könnt nicht alle einen Mann kriegen, aber ihr könnt alle Mütter werden.“⁵²

8. Natürlichkeit als oberstes Ziel

Schon immer war Sparta für seine wunderschönen Frauen bekannt und auch Homer hatte diese Schönheit gelobt. Das kam daher, dass die Frauen sich von Kindheit an viel in der Öffentlichkeit aufhielten und es sich somit nicht leisten konnten, nicht zu recht gemacht und herausgeputzt zu sein. Schon junge Mädchen lernten, sich gegenseitig im Hinblick auf Schönheit kritisch zu bewerten und zu vergleichen. Da König Lykurgus den Frauen angeblich das Schminken verboten hatte, mussten diese andere Wege finden, um ihre natürlichen Vorzüge zur Geltung zu bringen. Dazu benutzten sie schon eine frühe Form des Spiegels, der das Gesicht, die Haare und den Hals zeigte. Diesen nützten die Frauen, um sich die Haare zu frisieren, ihre Gesichtshaut zu pflegen und auch bestimmte Gesichtsausdrücke und Gesten einzuüben. Das „Schminkverbot“ hatte aber auch noch einen anderen Vorteil, es verhinderte nämlich, dass sie sich mit giftigen Substanzen einrieben. In der Literatur wird das Haar der spartanischen Frauen immer als blond beschrieben, um dem der Helena möglichst ähnlich zu sein. Auch Körpergröße war bei den Spartanern wichtig in Bezug auf Schönheit – große Frauen galten daher als besonders schön und Götter wurden immer größer als Menschen dargestellt. Einer Legende nach soll König Archidamus sogar von den Ephoren abgesetzt worden sein, weil er eine kleine Frau geheiratet hatte und man annahm, dass ihre Kinder daher auch klein sein würden.⁵³

Obwohl es kein einheitliches nationalsozialistisches Frauenbild gab, lässt sich doch feststellen, dass bescheidene, sparsame, breithüftige, blonde Frauen ohne „Aufputz“, wie zum Beispiel Lippenstift, Puder oder hohe Absätze, allerdings höchst bereit für eine große Kinderschar, zu einem großen Teil idealisiert wurden. So kann man zum Beispiel in einer Zeitungsannonce aus der Zeitung „Münchener Neueste Nachrichten“ nachlesen:

„Zweiundfünfzig Jahre alter, rein arischer Arzt [...], wünscht sich männlichen Nachwuchs durch eine standesamtliche Heirat mit einer gesunden Arierin, jungfräulich, jung, bescheiden, sparsame Hausfrau, gewöhnt an schwere Arbeit, breithüftig, flache Absätze, keine Ohrringe, möglichst ohne Eigentum.“⁵⁴

Ähnlich wie den spartanischen Frauen wurde auch den deutschen das Schminken verboten. Bei den deutschen Frauen hatte das Tragen von Lippenstift und Puder zur Folge, dass ihnen unter anderem der Zutritt zu den Veranstaltungen der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“, kurz NSBO, verweigert wurde.

⁵² Domanegg Prast 1997, S. 85.

⁵³ Pomeroy 2002, S. 132f.

⁵⁴ Domanegg Prast 1997, S. 64.

Im Jahr 1943 wurden schließlich sogar Richtlinien für den „Reichsinnungsverband der Friseure“ festgelegt. So sollten Frauen mit Haaren, die länger als „fünfzehn Zentimeter im Durchschnitt“ waren, nicht mehr bedient werden.⁵⁵

9. Wein, Weib und Dionysos in Sparta

Die Spartanerinnen waren aber nicht nur die schönsten unter den Griechinnen, sie waren auch die gesündesten, was zu einem großen Teil mit ihrer Ernährung zusammenhing. Im Gegensatz zu anderen Frauen ihrer Zeit stand ihnen eine relativ große Auswahl an Speisen zur Verfügung und sie bekamen auch großzügige Portionen zugeteilt. Außerdem waren sie die einzigen Frauen in der griechischen Welt, denen es erlaubt war, Wein zu trinken – eigentlich ein Privileg der Männer. Auch war es ihnen gestattet, auf Feiern zu Gunsten des Dionysos teilzunehmen, da er in Sparta auch der Gott der Frauen war. Diese Teilnahme brachte den Spartanerinnen teilweise einen schlechten Ruf in Griechenland ein.⁵⁶

Von großzügigen Essensportionen konnten die Frauen während der NS-Zeit nur träumen. Ihr Alltag war zu einem großen Teil von der Beschaffung von Nahrungsmitteln zur Versorgung der Familie bestimmt. Das Problem dabei waren einerseits die rationierten Lebensmittel, die streng in die verschiedenen Warenkategorien wie Brot, Fleisch, Fett etc. geordnet waren und nur mit der entsprechenden Lebensmittelkarte gekauft werden konnten. Andererseits waren auch die zunehmend schlechtere Qualität der Lebensmittel, der herrschende Mangel an Konsumgütern und die verschiedenen Öffnungszeiten der Geschäfte Hindernisse im Versorgungsalltag. Auch auf den Weingenuss sollte die deutsche Frau verzichten, da jeglicher Alkoholkonsum absolut verpönt war.⁵⁷

10. Ora...

Wie in anderen Regionen Griechenlands wurde auch in Sparta der Polytheismus praktiziert, was an den vielen verschiedenen Schreinen erkennbar ist. Menschen aus den unteren Schichten übernahmen automatisch den Glauben ihrer Herren. Einigen Frauen war es auch erlaubt, diese Schreine zu weihen. An den Opfertafeln konnte man feststellen, dass es sich dabei hauptsächlich um ärmere Frauen handelte. Einen ganz besonderen Zugang zur Religion hatten die berühmten Kinderfrauen Spartas, denn sie feierten regelmäßig ein Fest zu Ehren der Artemis, das „Tithenidia“ genannt wurde. Dabei gingen die Ammen mit ihren Schützlingen in den Tempel, wo anschließend

⁵⁵ Domanegg Prast 1997, S. 64f.

⁵⁶ Pomeroy 2002, S. 133.

⁵⁷ Domanegg Prast 1997, S. 121f

Ziegen und Ferkel geopfert wurden. Es wurde gegessen, gesungen und auch getanzt, wozu man eigens angefertigte Masken trug.⁵⁸

Im Gegensatz zum Polytheismus in Sparta war Deutschland während des NS-Regimes von einem so genannten „Führerkult“ geprägt. Der Frau wurde dabei die Rolle der unerschütterlich Gläubigen – an Führer, Sieg und Tapferkeit der Soldaten – zugeordnet. Dieser beständige Glaube sollte einerseits den Soldaten an der Front weiter Mut und Hoffnung machen und andererseits den Frauen zu Hause helfen, den schwierigen Alltag zu meistern: „Der Glaube an eine bessere Zukunft gibt ihr Halt, wenn sie von heut auf morgen vor dem Nichts steht und unter den bescheidensten Umständen wieder von vorn anfangen muss.“⁵⁹

11. ...et labora

Wie vorhin schon erwähnt, arbeiteten viele Spartanerinnen als Kinderfrauen, welche in Griechenland dafür legendär waren, glückliche, mutige und schöne Kinder heranzuziehen. Spartanische Ammen wurden teilweise sogar in anderen Städten angeworben, was laut Plutarch (Lyk. 9,3) darauf hinweist, dass diese Kinderfrauen auf keinen Fall Helotinnen gewesen sein konnten, da diese nicht außerhalb Spartas verkauft wurden.⁶⁰

Es gibt eine Legende, die die spartanischen Ammen besonders lobt und hervorhebt: Es gab eine Kinderfrau, deren Schützling angeblich besonders hässlich war. Die Amme trug das Kind täglich zwei Meilen zum Menelaion, dem Heiligtum der Helena. Sie sollte dafür sorgen, dass das hässliche Kind doch noch hübsch werden würde, was nach einiger Zeit dann auch geschah.⁶¹

Den in der Welt ansonst weit verbreiteten Beruf der Prostituierten durften die Spartanerinnen allerdings nicht ausüben, da dies vom König Lykurgus angeblich strengstens untersagt worden war. Deshalb durften sie auch keinen Goldschmuck oder Schminke tragen. Dies galt natürlich nicht für andere Frauen, die sich in Sparta niederließen, und als der Reichtum in der Stadt wuchs, stieg auch das Interesse an diesen auswärtigen Frauen.⁶²

Während zu Beginn der NS-Herrschaft die Frauen von ihren Berufen zurück ins Heim und an den Herd gebracht wurden, wurde schon 1938 die einjährige Dienstpflicht für Frauen unter 25 Jahren eingeführt. Innerhalb dieses Jahres mussten die jungen Frauen in Haus- oder Landwirtschaften, sogenannten „Arbeitsmädchen“, mitarbeiten. Im Laufe der Jahre wurde die Situation auf dem Arbeitsmarkt durch den zunehmenden „Männer-

⁵⁸ Pomeroy 2002, S. 99.

⁵⁹ Domanegg Prast 1997, S. 169.

⁶⁰ Pomeroy 2002, S. 98f.

⁶¹ Ebd., S. 132.

⁶² Pomeroy 2002, S. 98.

mangel“ immer schwieriger und schließlich musste man dazu übergehen, Frauen in sogenannte „unweibliche“ Berufe einzuschulen. Beispiele dafür sind Frauen, die in Rüstungsbetrieben arbeiteten, aber auch als Briefträgerinnen, Schaffnerinnen oder Schornsteinfegerinnen. Ein weiterer Einsatzbereich, der nur mehr Frauen und Mädchen zugedacht war, war jener der Kellnerin, da dieser Beruf nicht den Auffassungen von einem „männlichen“ Beruf entsprach. Außerdem wurde festgelegt, dass diese „männer-ersetzenden“ Berufe auf keinen Fall gesundheitsschädigend sein oder gar die Mutterschaft gefährden dürften.

Schließlich wurde aus dem Reichsdienst für Frauen der sogenannte „Kriegshilfsdienst“, der die Arbeit in Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen, sowie in Behörden und Büros der Wehrmacht, vorsah. Als sich 1945 die Niederlage schon abzeichnete, wurden „Blitzmädel“ im Nachrichtendienst eingesetzt, als Marine- und Luftwaffenhelferinnen und schließlich sogar „Frauenbataillons“ gebildet:⁶³ „Ob Männer oder Frauen ist ganz wurscht: Eingesetzt muss alles werden.“⁶⁴

Für diesen Teil zeichnet Nina Höflinger verantwortlich.

Schluss

Diese Proseminararbeit zeigt auf, dass die Spartanerinnen mehr Rechte besaßen als die Frauen anderer Gebiete Griechenlands in der Antike. Sie hatten mehr Selbstbewusstsein, nahmen am öffentlichen Leben teil und wurden ähnlich wie die Knaben erzogen, um ihnen ebenbürtig zu sein, im Notfall das Land verteidigen zu können und um gesunde Kinder zu gebären. Auch im Nazi-Deutschland bestand die Hauptaufgabe der Frauen darin, für zahlreichen Nachwuchs zu sorgen; kämpfen sollten sie (außer in Notzeiten) hingegen nicht, aber sich dem Gatten unterordnen.

Die Frauen in Sparta waren weithin für ihre Schönheit bekannt und erregten Aufsehen wegen ihrer Freizügigkeit bei sportlichen Wettkämpfen. Allerdings durften sie sich womöglich weder schminken noch parfümieren oder Schmuck tragen. Wiederum gemein mit den Spartanerinnen war den deutschen Frauen im Dritten Reich das Verbot, modischen Firlefanz zu tragen und sich zu schminken. Nackt traten sie zu sportlicher Betätigung nicht an.

In Bezug auf Polygamie ähneln sich Sparta und der Nationalsozialismus, denn das oberste Gebot lautete für die Bevölkerung: möglichst viele Kinder zu zeugen; dafür ließen die Nazis die Doppelehe zu. Die Frauen in Sparta heirateten relativ spät und brachten meist Geld in die Ehe mit. Die „ideale“ Spartanerin war blond und groß – wiederum eine Gemeinsamkeit mit dem Tausendjährigen Reich, wo die Frauen

⁶³ Domanegg Prast 1997, S. 101-107.

⁶⁴ Schneider, W. 2001, Frauen unterm Hakenkreuz, Hamburg, S. 150.

außerdem noch bescheiden und breithüftig sein sollten. Den Spartanerinnen wurden große Essensportionen zugeteilt und sie durften Wein trinken, während sich die deutschen Frauen mit geringen Rationen begnügen mussten und Alkoholkonsum ihnen gänzlich untersagt war.

In Sparta verehrte man viele Götter, hingegen im Nazi-Deutschland trat der „Führer“ an deren Stelle. Die Frauen mussten unerschütterlich an ihn, den Sieg und an die Tapferkeit der Soldaten glauben. Viele Spartanerinnen verdienten ihren Unterhalt als Kinderfrauen, Prostitution durften sie jedoch nicht ausüben. Unter Hitler ersetzten die Frauen immer mehr die Männer an verschiedenen Arbeitsplätzen, da diese sich an der Front befanden. Die Frauen arbeiteten beispielsweise in Rüstungsbetrieben, Krankenhäusern und letztlich kämpften sie sogar. Dies hätte das „schwache Geschlecht“ in Sparta auch tun müssen, um das Vaterland zu verteidigen.

Letztendlich waren sowohl das Dritte Reich als auch Sparta dem Untergang geweiht, woran auch der Aufruf zum Kampf, zur Verteidigung und zur Aufopferung für „... Volk und Vaterland“ nichts ändern konnte. Am Ende dieser Herrschaften blieben die Frauen wiederaufbauend, pflegend und neue Hoffnung gebend.

Literatur

Clauss, Manfred [Hrsg.], Sprüche der Spartaner, Frankfurt 1985.

Czech, Michaela, Frauen und Sport im nationalsozialistischen Deutschland. Eine Untersuchung zur weiblichen Sportrealität in einem patriarchalen Herrschaftssystem, Berlin 1994.

Domanegg Prast, Gudrun, Die Frau im Nationalsozialismus. Die Bevormundung durch den Staat, Innsbruck 1997.

Fischnaller Scartezzini, Rose Mary, Die Frau im Nationalsozialismus. Die Instrumentalisierung durch die Ideologie, Innsbruck 1997.

„Hesiod“, in: http://de.encyarta.msn.com/encyclopedia_761561050/Hesiod.html

Losemann, Volker, Nationalsozialismus und Antike, Reihe: Historische Perspektiven 7, Hamburg 1977.

Marg Walter, Hesiod. Sämtliche Gedichte. Theogonie. Erga. Frauenkataloge, Zürich, München 1984².

Pomeroy, Sarah B, Spartan Women, New York 2002.

Redfield, James, The Women of Sparta, in: The Classical Journal, Vol. 73/Nr. 2, 1977/78, S. 146–161.

Schneider, Wolfgang, Frauen unterm Hakenkreuz, Hamburg 2001.

Thommen, Lukas, Sparta. Verfassungs- und Sozialgeschichte einer griechischen Polis, Stuttgart/Weimar 2003.

2008, „Die Spartanerin“, in: http://de.wikisource.org/wiki/Die_Spartanerin.

Nina Höflinger ist Studentin der Geschichte im 3. Semester an der Universität Innsbruck. Nina.Hoefflinger@student.uibk.ac.at

Elisabeth Pernold ist Studentin der Geschichte im 3. Semester an der Universität Innsbruck. Elisabeth.Pernold@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Nina Höflinger/Elisabeth Pernold, Die Frau in Sparta im Vergleich mit der Frau im Dritten Reich, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 341–354, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Somaliland – Chance für neue Staatlichkeit?

Bettina Hug

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Dr. Thomas Spielbüchler

eingereicht im Semester: WS 2008/2009

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiter: sehr gut

Somaliland – Chances for a new statehood?

This paper discusses the possible impact of an independent Somaliland on the development of the local area, the country of Somalia and the crisis region of the Horn of Africa. It will look at different positions in scientific discourse and point out the views of governmental and non-governmental organisations. Furthermore it presents the problems that could be caused by a secession as well as it's opportunities for the opposing parties involved.

Einleitung

Somaliland ist Teil eines sogenannten *failed state* – ein gescheiterter Staat, in dem es keine funktionierenden staatlichen Strukturen gibt. Es will sich vom Chaos und von der Anarchie, die in Somalia herrscht loslösen.

Die Problematik ist aktueller denn je, Piratenüberfälle im Golf von Aden und an der nordostafrikanischen Küste rücken Somalia wieder in den Mittelpunkt des Weltinteresses. Seit 1991 werden die Hoheitsgewässer vor der somalischen Küste kaum mehr überwacht und ausländische Schiffe können in größerem Umfang illegalen Fischfang vor Somalia betreiben. Die Piraten sind zum Teil frühere Fischer, die ihr Tun

damit rechtfertigen, dass die ausländischen Schiffe durch den Fischfang in den Hoheitsgewässern Somalias ihren Lebensunterhalt gefährden.¹ In Somalia haben sie kaum eine wirtschaftliche Perspektive. Seit 1991 gibt es in dem Staat in der Krisenregion am afrikanischen Horn keine nach innen anerkannte Regierung, das Land befindet sich in der Gewalt von Warlords und deren bewaffneten Milizen. Einzig im Norden des Landes, in der ehemaligen britischen Kolonie Somaliland, haben sich funktionierende staatliche Strukturen etabliert. Das Territorium hat sich 1991 für unabhängig erklärt und eine vom restlichen Somalia getrennte Entwicklung beschritten. Diese Unabhängigkeit wurde weder vom Staat Somalia noch von der internationalen Gemeinschaft anerkannt.

In der folgenden Darstellung gehe ich der Frage nach, wie sich die staatliche Unabhängigkeit Somalilands auf die Entwicklung der Region, des Landes und der Krisenregion des afrikanischen Horns auswirken könnte. Dabei werde ich unterschiedliche Positionen im wissenschaftlichen Diskurs aufzeigen und Stimmen von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zu Wort kommen lassen. Die Darstellung soll außerdem aufzeigen, welche Probleme durch eine Sezession entstehen könnten, aber auch welche Chancen durch eine Abspaltung für die Konfliktpartner greifbar werden könnten.

Im Folgenden werde ich kurz auf die Literatur eingehen, die zum betreffenden Thema erschienen ist und mir bei der Erstellung dieser Proseminararbeit nützlich war. Der darauffolgende Abschnitt skizziert die Rahmenhandlungen, in denen sich die Frage um die Unabhängigkeit Somalilands entwickelt hat. Der Hauptteil widmet sich der Staatsbildung in Somaliland und den Perspektiven, der sich einseitig für unabhängig erklärten Region.

Forschungsstand

Die Wissenschaft hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten ausgiebig mit der jüngeren Geschichte Somalias befasst. Dies gilt für politikwissenschaftliche Gesamtdarstellungen des somalischen Bürgerkriegs und Staatszerfalls (z. B. Brons, 2001), für die Analyse von bewaffneten Gruppierungen (Compagnon, 1998), für die Untersuchungen über das Eingreifen internationaler Gemeinschaften (Matthies, 2003) sowie für ethnologische Studien. Auch der Rekonstruktionsprozess von Staatlichkeit in Somaliland wurde und wird wissenschaftlich untersucht. (Heeger, 2003 und Heinrich/Kulesa, 2004) Diese beiden Werke befassen sich mit State- und Nation-Building und erklären die Prozesse anhand verschiedener Beispiele. Hilfreich war für mich überdies eine

¹ Illegale Fischerei profitiert von EU-Einsatz am Horn von Afrika, in: Die Presse, 20.11.2008, [<http://diepresse.com/home/panorama/welt/431803/index.do>], eingesehen 12.1.2009.

Arbeit von Rita Glavitz, die sich mit Strategien lokaler Akteure zum State- und Nation-Building in Somalia beschäftigt.

Bürgerkrieg und Staatszerfall in Somalia sind außerdem in einem größeren Zusammenhang zu sehen – in den vielschichtigen Verflechtungen in der Krisenregion am afrikanischen Horn. Volker Matthies betreibt an der Universität Hamburg Friedens- und Konfliktforschung und hat seinen regionalen Schwerpunkt auf Subsahara-Afrika gelegt. Er hat sich mit ausgiebiger Arbeit mit dem Konflikttherd am afrikanischen Horn und den beteiligten Staaten befasst.

Als hilfreiche Einstiegsliteratur erwies sich auch das Buch *Krisenherd Somalia – Das Land des Terrors und der Anarchie* von Michael Birnbaum, Journalist und Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Nairobi.

Ausgangspunkt für eine eigenständige Entwicklung in Somaliland

Seit dem Sturz des Diktators Siad Barre 1991 tobt in Somalia ein Bürgerkrieg. Es herrscht Chaos und Anarchie, der Einfluss der Übergangsregierung ist auf ein kleines Gebiet um die Stadt Baidoa beschränkt, ihre Legitimität wird angezweifelt.

Somalia, als Staat wie er heute besteht, gibt es erst seit 1960. Zuvor beherrschten verschiedene europäische Kolonialmächte die Region. Das Gebiet des Ogaden, der ebenfalls von Somalis bevölkert wird, wurde außerdem (und wird noch immer) von Äthiopien kontrolliert.² Während Italien im Zentrum und im Süden des heutigen Somalias tiefgreifend in die traditionellen Strukturen eingriff, interessierte sie Großbritannien, das das Gebiet des heutigen Somalilands (damals Britisch-Somaliland) besetzt hielt, hauptsächlich für die strategisch wichtige Küstenregion und ließ das dahinterliegende Wüstengebiet weitgehend unbeeinflusst. Die traditionellen Sozialstrukturen, welche die somalische Gesellschaft organisierten, blieben im britischen Teil also großteils unangetastet, in Italienisch-Somaliland mussten sie der kolonialen Verwaltung weichen.³ Bedenkt man, dass die politische Führung Somalilands auch heute noch zum Teil auf Ältestenräten und ähnlichen religiös-traditionellen Einrichtungen beruht, wird deutlich, dass erste Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung der beiden Gebiete ihren Ursprung bereits in der Kolonialherrschaft nahmen.

Im Jahr 1960 erreichten die besetzten Gebiete die Unabhängigkeit und schlossen sich zur Republik Somalia zusammen. Zwischen 1961 und 1969 galt Somalia im restlichen Afrika als Modelldemokratie und als Musterbeispiel für einen Nationalstaat. Die Bevölkerung setzte und setzt sich fast ausschließlich aus Somali zusammen, die noch

² Der Streit um den Ogaden, wo es auch Erdgasreserven gibt, ist einer der zentralen Konfliktpunkte der weit zurückliegenden Feindschaft zwischen Somalia und Äthiopien.

³ H. Maria Brons, *Society, Security, Sovereignty and the State: Somalia. From Statelessness to Statelessness?*, Utrecht 2001, S. 132f.

dazu alle muslimisch sind und vollständig der sunnitischen Glaubensrichtung im Islams angehören. Glavitza betrachtet die als vorteilhafter Faktor für die Integrationsprozesse des Nation-Building propagierte Homogenität der Bevölkerung kritisch. Sie bringt das anthropologische Konzept des lineage-Systems zur Sprache. Demnach spielen in der somalischen Gesellschaft Familien- und Klanzugehörigkeit eine zentrale Rolle.⁴ In Anlehnung an den Anthropologen Ioan Lewis werden im wissenschaftlichen Diskurs in Somalia sechs Klanfamilien unterschieden. Das Zugehörigkeitsgefühl zu einem Klan ist weitaus stärker als das zur Nation Somalia. Die rivalisierenden Klans, die in Somalia um die Oberherrschaft kämpfen, sind eines der zentralen Hindernisse für die Staatsbildung.⁵ Während es in Zentral- und Südsomalia eine fragmentierte Klanstruktur gibt, ist in Somaliland der Klan der *Ishaaq* dominierend. Es gibt allerdings auch Minderheiten der *Dir* und *Darood*. (Siehe Abb. 1) Die verschiedenen Klans leben in Somaliland relativ friedlich nebeneinander. Glavitza begründet dies mit den klanübergreifenden Friedenskonferenzen, die auf Drängen religiöser und traditioneller Autoritäten nach der Vertreibung der Truppen Siad Barres aus der Region stattgefunden haben.⁶ Während der Diktatur Barres organisierten sich die *Ishaaq* im 1981 gegründeten Somali National Movement (SNM) gegen den Diktator und wurden dabei von Äthiopien unterstützt. Barre ging brutalst gegen die *Ishaaq* vor, verteilte Landminen, Bombardierte Städte und vergiftete Brunnen.⁷

An einen friedlicher Neuaufbau des Landes ist seit fast zwei Jahrzehnten in Somalia nicht zu denken. Mit den gescheiterten internationalen Interventionen und der UN-Missionen United Nations Operation in Somalia (UNOSOM) in den 1990er Jahren hat auch die Weltgemeinschaft erfahren, dass ein intakter Staat funktionierende örtliche Strukturen verlangt und nur von unten her erfolgreich aufgebaut werden kann.⁸

Somaliland blieb in dieser Zeit von ausländischen Einfluss weitgehend unberührt und konnte eigene Mechanismen zur Konfliktlösung entwickeln, während der *top-down* Ansatz der UN-Intervention Warlords stärkte und traditionelle Konfliktlösungsmechanismen eher verhinderte.⁹ Im Norden Somalias haben sich in den letzten zwei

⁴ Rita Glavitza, *Failed Somalia? Prozesse und Strategien lokaler Akteure zum Nation- und State-Building* (Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und nachhaltige Entwicklung 2), Stadtschläining 2006, S. 11.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd. S. 21.

⁷ Carsten Heeger, *Somaliland (Somalia): Staatszerfall, Staatenbildung und Friedenskonsolidierung*, in: Mir A. Ferdowsi/Volker Matthies (Hrsg.), *Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften* (Eine Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden 15), Bonn 2003, 208–237, hier S. 211f.

⁸ Wolfgang Heinrich/Manfred Kulesa, *Dekonstruktion von Staaten als Chance für neue Staatlichkeit? Die Beispiele Somalia und Somaliland*, in: Jochen Hippler (Hrsg.), *Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktlösung?* (Eine Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden 17), Bonn 2004, S. 88–104, hier S. 96.

⁹ Heeger, *Somaliland*, S. 234.

Jahrzehnten zwei autonome Regionen entwickelt, die in Süd- und Zentralsomalia nicht vorhandene örtliche Strukturen wieder herstellen und zudem ein relativ hohes Maß an Sicherheit erlangen konnten: Puntland und die Republik Somaliland.

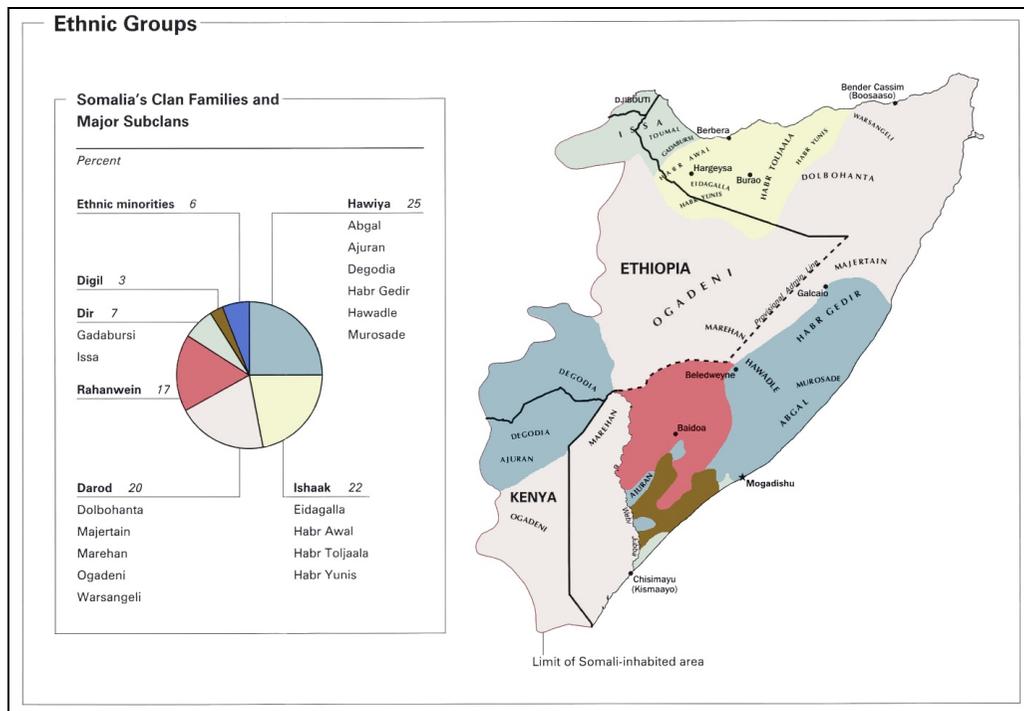


Abbildung 1: Geographische Verbreitung der Klanfamilien

(Des-)Integration und Staatsbildung in Somaliland

Im Unterschied zu Südsomalia ging im Nordwesten des Landes im Krieg gegen Siad Barre nur eine einzige Oppositionsbewegung – die bereits erwähnte SNM – als zur Macht autorisierte Siegerin hervor. Diese drängte bald auf die Vorantreibung eines politischen Prozesses unter Einbeziehung aller Klans. Matthies weist jedoch auf die Schwierigkeiten hin, mit denen die neu gegründete Regierung konfrontiert war: Streitigkeiten der Nomaden um Weidegründe, Auseinandersetzungen über Landrechte und machtpolitische Konflikte zwischen den Klans und innerhalb der SNM. Ein weiteres Problem für die Gesellschaft Somalilands' stellten die bewaffneten jungen Männer dar, die in den 1980er Jahren keine Schulbildung erhalten hatten, oft durch den Verlust von im Krieg gefallenen Familienmitgliedern sozial entwurzelt waren und sich in kriminellen Banden zusammenschlossen.¹⁰ Matthies argumentiert, dass die Unfähigkeit

¹⁰ Volker Matthies, *Kriege am Horn von Afrika. Historischer Befund und friedenswissenschaftliche Analyse (Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes 19)*, Berlin 2005, S. 171f.

der SNM, Recht und Ordnung zu gewährleisten, Klan- und Lineage-Älteste auf den Plan rief. In Anlehnung daran entwickelte sich im Laufe der 1990er Jahre ein System der Zusammenarbeit traditioneller und moderner Gesetzgebung.¹¹ Glavitza betont dabei die Bedeutung der traditionellen und religiösen Autoritäten, die – aus lokalen Klans stammend – ein Brücke zwischen Bevölkerung und moderner Staatlichkeit darstellten.¹² Wolfgang Heinrich und Manfred Kulesa beschreiben moderne Staatlichkeit in Somaliland, die 1993 auf der Grundlage eines breiten partizipatorischen Prozesses gebildet wurde. Der Staat besitzt durch die Zustimmung der ca. zwei Millionen Einwohner innere Souveränität. Die externe Souveränität, also die Anerkennung durch andere Staaten, besitzt er bis heute nicht. Die demokratische Regierungsform manifestiert sich in einem Parlament mit zwei Kammern, die von der Bevölkerung gewählt werden. Eine der Kammern wird von traditionellen islamischen Ältestenräten (*guurti*) gebildet. Die Sitze in den Kammern sind proportional unter den verschiedenen Klans aufgeteilt.¹³ Heinrich/Kulesa erwähnen des weiteren die Existenz einer Opposition, einer unabhängigen Justiz, einer kritischen Presse und öffentlich kontrollierter Sicherheitskräfte. Außerdem gibt es in Somaliland eine eigene Währung und Zentralbank, sowie eine funktionierende Privatwirtschaft.¹⁴ Die International Crisis Group (ICG) lobt den Demokratisierungsprozess in Somaliland, weist aber darauf hin, dass er nicht ohne Hindernisse stattfindet. In einem Bericht aus dem Jahr 2006 bringt Suliman Baldo, Afrika Programmdirektor der ICG, die mangelnde Transparenz der Regierungsfinanzen zur Sprache, bezeichnet die Gerichte als schwach und kritisiert das Wahlsystem, das große Klans gegenüber kleineren bevorzugen würde. Er erwähnt jedoch, dass in der Kammer der Ältestenräte auch Klans integriert würden, die bei Wahlen schlecht abschnitten.

Eine UN-Mission nahm im Jahr 2002 Kenntnis von der sich verbessernden Sicherheitslage. Ebenfalls begrüßte sie die Zusammenarbeit der regionalen Autoritäten mit den Vereinten Nationen.¹⁵ Im Dezember 2005 hat sich Präsident Dahir Rayale Kahin, der seit 2002 im Amt ist, bei der Afrikanischen Union um Mitgliedschaft beworben.¹⁶

Die Frage drängt sich auf, warum weder die Afrikanische Union noch die Vereinten Nationen Somaliland als unabhängigen Staat anerkennen und die positiven Entwicklungen in der Region somit nicht in der Art und Weise unterstützen, wie es sich Regierung und Bevölkerung in Somaliland wünschen. Die Begründung dafür bezieht

¹¹ Ebd. S. 172f.

¹² Glavitza, Somalia, S. 21f.

¹³ Glavitza, Somalia, S. 22.

¹⁴ Heinrich/Kulesa, Staatlichkeit, S. 99.

¹⁵ Berichte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, Absatz 29, (S/2002/189), [<http://www2.un.int/Countries/Somalia/1086721544.pdf>], 21.2.2002, eingesehen 12.1.2009.

¹⁶ Suliman Baldo, Somaliland: The Other Somalia with No War, [<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4200>], Nairobi 30.6.2006, eingesehen 12.1.2009.

sich auf das Argument der Unveränderbarkeit der kolonialen Grenzen und der Notwendigkeit, die nationale Einheit bewahren zu müssen. Heinrich/Kulesa korrigieren diese Argumentation in dem sie erläutern, dass es „nicht um die ‚nationale‘ Einheit, sondern um den Erhalt der territorialen Einheit“¹⁷ ginge. Befürchtet wird auch, dass, sollte sich Somaliland vom restlichen Somalia abspalten, Konflikte zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen, die bisher unter anderem auch das Streben nach einem unabhängigen Staat geent hat, in der Region ausbrechen könnten. Die Vereinten Nationen nennen bezüglich einer Unabhängigkeit Somalilands noch andere Problematiken. So kritisieren sie beispielsweise eine Richtlinie vom Jahr 2004 betreffend die Ausweisung illegaler Einwanderer, zu denen die Regierung auch Menschen aus dem restlichen Somalia zählt.¹⁸ Einen wichtigen Punkt bilden die teils gewalttätigen Streitigkeiten zwischen Somaliland und Puntland um die Grenzregionen *Sool* und *Sanaag*. Somaliland besteht auf die Grenzen des früheren Britisch Somaliland, das die beiden Regionen beinhaltete, die Ansprüche Puntlands basieren auf der Tatsache, dass die in der Region lebenden Klans hauptsächlich der Klanfamilie der *Darood* zugehörig sind, der dominierenden Gruppe in Puntland. Dazu ein Auszug aus einem Bericht des UN-Sicherheitsrates von 2004:

“On 21 December, the ‘Somaliland’ Parliament adopted a resolution, asserting ‘Somaliland’s’ authority over the Sool and Sanaag regions, which are also claimed by ‘Puntland’. [...] the ‘Puntland’ administration stated that it would not fail to use all means at its disposal to defend the security and territorial integrity of ‘Puntland’.”¹⁹

Die Vereinten Nationen unterstützen jedoch den Aufbau und Erhalt der justiziellen Administration in Somaliland²⁰ sowie die Organisation der Polizei und des Mine Action Center, eine Einrichtung zur Beseitigung der Minen, die Siad Barre im Bürgerkrieg gegen die SNM verteilt hatte.²¹ Trotz der genannten externen Missachtung der Unabhängigkeit Somalilands, unterhalten verschieden Länder politische Beziehungen zum Territorium. Somaliland erhält bereits seit 2003 finanzielle Unterstützung von der Europäischen Union.²² Die südafrikanische Zeitung *Mail and Guardian* berichtet im Februar 2006 über den Besuch einer Mission der Afrikanischen Union in Somaliland und zitiert deren Report:

¹⁷ Heinrich/Kulesa, *Staatlichkeit*, S. 99.

¹⁸ Berichte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, Absatz 34, (S/2004/115), [<http://www2.un.int/Countries/Somalia/1086752355.pdf>], 21.2.2002, eingesehen 12.1.2009.

¹⁹ Berichte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, Absatz 28, (S/2004/115).

²⁰ Ebd. Absatz 45.

²¹ Berichte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, Absatz 50–55 (S/2003/987), [<http://www2.un.int/Countries/Somalia/1086769554.pdf>], 21.2.2002, eingesehen 12.1.2009.

²² Global Policy Forum, *EU Breaks Ice on Financing Somaliland*, [<http://www.globalpolicy.org/nations/emerging/2003/0211euaid.htm>], 11.2.2003, eingesehen 12.1.2009.

“The AU [states] in its report that Somaliland's ‘case should not be linked to the notion of opening a Pandora's box.’²³ [...] The lack of recognition ties the hands of the authorities and people of Somaliland, as they cannot effectively and sustainably transact with the outside to pursue the reconstruction and development goals. Furthermore, given the acute humanitarian situation prevailing in Somaliland, the AU should mobilise financial resources to help alleviate the plight of the affected communities, especially those catering for the internally displaced persons and the returnees.’²⁴

Auch die Bush-Administration, so berichtet Ann Scott Tysen in einem Artikel in der Washington Post, diskutierte darüber ob die USA weiterhin das „shaky transitional government“ oder die „less volatile region of Somaliland“ unterstützen sollen.²⁵ Da die extreme Union Islamischer Gerichtshöfe ihre Kontrolle in Somalia immer weiter ausdehnt und die Übergangsregierung zurückdrängt – zudem werden im Süden Somalias Terroristen des radikal-islamischen Netzwerks al-Qaida vermutet –, ist ein Interesse seitens den USA an einem stabilen Partner in der Region einleuchtend.

Auch die International Crisis Group empfiehlt angesichts der Gefahr von kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen nationalistischen Kräften Somalias²⁶ und Sezessionisten Somalilands eine Unabhängigkeit der Region. Zudem weist sie darauf hin, dass die durch Stabilität und Frieden erreichten internationalen Unterstützungen dazu beigetragen haben, dass die Lebensqualität vieler Einwohner Somalilands um vieles besser ist als während der Zeit unter der Regierung Somalias, die weniger als zehn Prozent der Entwicklungsgelder in den Norden geschleust hat.²⁷ Würde Somaliland die Unabhängigkeit erreichen, hätte es als anerkannter Staat einen erweiterten Zugang zu internationalen Hilfsmitteln.

Bleibt die Frage ob Somaliland wirtschaftlich überhaupt überlebensfähig wäre. Viele Gegner einer Abspaltung argumentieren, dass Somaliland zu klein und zu arm sei, um überleben zu können. Die International Crisis Group widerspricht diesem Argument, in dem sie zum einen betont, dass die kleine aber funktionale Administration wenig Geld brauche, zum anderen sehe sie keinen Grund “why Somaliland could not

²³ Gemeint ist die Angst vor dem Bestreben anderer Gebiete Afrikas, die Grenzen zu verändern.

²⁴ Jean-Jacques Cornish, AU supports Somali split, in: Mail and Guardian, 10.2.2006, [<http://www.mg.co.za/article/2006-02-10-au-supports-somali-split>], eingesehen 12.1.2009.

²⁵ Ann Scott Tyson, U.S. Debating Shift of Support in Somali Conflict, in: The Washington Post, 04. 12. 2007, [<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/story/2007/12/03/ST2007120301577.html>], eingesehen 12.1.2009.

²⁶ Sowohl die Übergangsregierung als auch die radikalen Islamisten, die weite Teile des Landes kontrollieren, lehnen es ab, Somaliland als eigenen Staat freizugeben.

²⁷ Baldo (International Crisis Group).

successfully build on this remarkable track record of self-reliance with greater access to foreign investment and international financial support”.²⁸

Schluss

Es stellt sich die Frage, welche Perspektiven eine weiterhin geeinte Republik Somalia hat. Gäbe es, würde man Somaliland für seine Bemühungen um Staatlichkeit mit Unabhängigkeit oder signifikanter Autonomie belohnen, Aussichten auf Frieden in Somalia oder führte dies zu weiteren territorialen Zusammenbrüchen? Welche Auswirkungen hätte die Anerkennung Somalilands auf andere separatistischen Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent und wie würde sie die Entwicklung in der Krisenregion am Afrikanischen Horn beeinflussen?

Die International Crisis Group fordert eine breite Debatte solcher Fragen unter der Führung der Afrikanischen Union. Konkret schlägt sie vor, die AU möge einen Sonderbotschafter berufen, der alle relevanten Parteien in die Debatte um rechtliche, politische und die Sicherheit betreffende Dimensionen des Konflikts miteinbeziehen soll. Während dieses Prozesses soll die AU Somaliland einen „interim status analogous to the observer status it has granted 31 non-African states“ zusprechen. Die Konfliktparteien hätten somit, so die ICG, die Möglichkeit bis zu einer endgültigen Entscheidung als Mitgliedsstaaten aufzutreten.²⁹

Heinrich/Kulesa weisen darauf hin, dass sich eine langfristige Lösung für die Probleme in Somalia möglicherweise erst mit der Gründung eines Bundes der Staaten am Horn von Afrika, finden ließe. Zum Beispiel könnten sich die Staaten am Afrikanischen Horn an der UN-Friedenskonferenz von Addis Abeba orientieren, die im März 1993 stattfand und vom schwedischen Life and Peace Institute (LPI) gefördert wurde. Das Ungewöhnliche an der Konferenz war, dass eine große Zahl von VertreterInnen der somalischen Zivilbevölkerung als Beobachter beteiligt waren. Das daraus entstandene *Addis Abeba Agreement* war grundlegend für die Schaffung von Selbstverwaltungsstrukturen.³⁰

Für Somaliland gibt es letztendlich nur zwei mögliche Ergebnisse: ein vereintes Somalia (in föderativer oder einheitlicher Organisation) oder zwei unabhängige Nachbarn. Eine friedliche Einigung, die in der gegenwärtigen Situation leider sehr unwahrscheinlich erscheint, sollte jedenfalls stattfinden, bevor die kriegerische Auseinandersetzung zur einzigen vorstellbaren Option für beide Konfliktparteien wird.

²⁸ Ebd.

²⁹ Baldo (International Crisis Group).

³⁰ Heinrich/Kulesa, Staatlichkeit, S. 97f.

Quellen und Literatur

Baldo, Suliman (Afrika Programmdirektor der International Crisis Group), Somaliland: The Other Somalia with No War, [<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4200>], Nairobi 30.6.2006, eingesehen 12.1.2009.

Berichte des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, alle eingesehen 12.1.2009:

- S/2004/115, [<http://www2.un.int/Countries/Somalia/1086752355.pdf>], 12.2.2004;
- S/2003/987, [<http://www2.un.int/Countries/Somalia/1086769554.pdf>], 13.10.2003;
- S/2002/189, [<http://www2.un.int/Countries/Somalia/1086721544.pdf>], 21.2.2002.

Birnbaum, Michael, Krisenherd Somalia. Das Land des Terrors und der Anarchie, München 2002.

Brons, H. Maria, Society, Security, Sovereignty and the State: Somalia. From Statelessness to Statelessness?, Utrecht 2001.

Compagnon, Daniel, Somali Armed Units: The Interplay of Political Entrepreneurship and Clan-Based Factions, in: Clapham, African Guerillas, Oxford-Bloomington 1998.

Cornish, Jean-Jacques, AU supports Somali split, in : Mail and Guardian, 10.2.2006, [<http://www.mg.co.za/article/2006-02-10-au-supports-somali-split>], eingesehen 12.1.2009.

Glavitza, Rita, Failed Somalia? Prozesse und Strategien lokaler Akteure zum Nation- und State-Building (Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und nachhaltige Entwicklung 2), Stadtschlaining 2006.

Global Policy Forum, EU Breaks Ice on Financing Somaliland, [<http://www.globalpolicy.org/nations/emerging/2003/0211euaid.htm>], 11.2.2003, eingesehen 12.1.2009.

Heeger, Carsten, Somaliland (Somalia): Staatszerfall, Staatenbildung und Friedenskonsolidierung, in: Ferdowsi, Mir A./Matthies, Volker (Hrsg.), Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften (Eine Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden 15), Bonn 2003, 208–237.

Heinrich, Wolfgang/Kulesa, Manfred, Dekonstruktion von Staaten als Chance für neue Staatlichkeit? Die Beispiele Somalia und Somaliland, in: Hippler, Jochen (Hrsg.), Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktlösung? (Eine Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden 17), Bonn 2004, S. 88–104.

Illegale Fischerei profitiert von EU-Einsatz am Horn von Afrika, in: Die Presse, 20.11.2008, [<http://diepresse.com/home/panorama/welt/431803/index.do>], eingesehen 12.1.2009.

Matthies, Volker, Die UNO am Horn von Afrika, in: Schorlemer, Sabine von, Praxishandbuch UNO. Die Vereinten Nationen im Lichte globaler Herausforderungen, Berlin 2003.

Matthies, Volker, Kriege am Horn von Afrika. Historischer Befund und friedenswissenschaftliche Analyse (Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes 19), Berlin 2005.

Scott Tyson, Ann, U.S. Debating Shift of Support in Somali Conflict, in: The Washington Post, 4.12.2007, [<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/story/2007/12/03/ST2007120301577.html>], eingesehen 12.1.2009.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:

University of Texas, Geographische Verbreitung der Klanfamilien, [http://www.lib.utexas.edu/maps/africa/somalia_ethnic_grps_2002.jpg], eingesehen 16.1.2009.

Bettina Hug ist Studentin der Geschichte, Romanistik und Soziologie im 5. Semester an der Universität Innsbruck. Bettina.Hug@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Bettina Hug, Somaliland – Chance für neue Staatlichkeit?, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 357–367, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Migrationsbewegungen in Südtirol. Ein exemplarischer Überblick des Zeitraumes 1945–1955

Alexander Piff

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Univ.-Ass. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Eva Pfanzelter Sausgruber, M.A.

eingereicht im Semester: WS 2008/09

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch die LV-Leiterin: sehr gut

Abstract

Migration in the South Tyrol. An exemplarily overview of the decade 1945-1955

The intention of the following seminar-paper is to give an overview of three different waves of migration which had a determining effect on the social structure of the post war South Tyrol. Considering the “51%-Politik”, the “Rückoption” and the “Heimatferne” this paper examines interior as well as exterior movements. The author underlines the similar reception of these migrations in South Tyrol. The second intention is to correlate the three different migrations and examine possible reciprocal effects.

Einleitung

Die Region Südtirol war im 20. Jahrhundert Transformationen verschiedenster Art unterworfen. Die Bevölkerung des Landes blieb davon nicht unbetroffen. Begriffe wie Entnationalisierung, Nationalisierung oder Homogenisierung geben jedoch nur bedingt die komplexen Vorgänge der Bevölkerungsentwicklung in diesem Land wider. Jene Phänomene, die durch oben genannte Begriffe beschrieben werden, können nicht ohne größere politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge verstanden werden. Migrationsbewegungen stellen einen Kernaspekt der Bevölkerungszusammensetzung eines Landes dar, und müssen daher bei der Untersuchung einer Gesellschaft zeitlich und örtlich abgegrenzt mit einberechnet werden.

Im Zentrum dieser Proseminar-Arbeit soll die Untersuchung von drei ausgewählten Migrationsbewegungen in Südtirol zwischen 1945 und 1955 stehen: die italienische Zuwanderung nach 1945, die offizielle Rücksiedlung nach 1948/1949 und die „Heimatferne“ bis 1955. Dabei wird vor allem versucht, Zusammenhänge zwischen den drei für die Nachkriegsgesellschaft Südtirols charakteristischen Migrationswellen hervorstreichend bzw. ihre Unterschiede zu untersuchen. Bezüglich der Herangehensweise an die Thematik muss angemerkt werden, dass eine Orientierung an folgenden Thesen genommen wurde:

These A. Piff: Die Nachkriegsgesellschaft Südtirols war weder den italienischen Zuwanderern, noch den ehemaligen Optanten von 1939 wohl gesonnen. Vielmehr hinterließen beide Migrationsbewegungen ähnlich negative Eindrücke in der Vorstellung der Menschen.

Die Arbeitsmigration der Südtiroler nach 1945, die „Heimatferne“, hatte einen ihrer Ursprünge in den Migrationsbewegungen der italienischen Zuwanderung und der „Rückoption“ bzw. in den von ihnen verursachten Spannungen.¹

1. „Todesmarsch“ und die italienische „51%“-Politik

1.1. Verschiedene Begriffe – das selbe Phänomen

„Das brennende Problem Südtirols ist die Zuwanderung aus dem Süden Italiens, die unter Duldung der staatlichen Behörden und Förderung durch die politischen Parteien und Verbände vor sich geht.“²

¹ Die These stellt eine Erweiterung der von Sabine Falch in ihrer Dissertation vertretenen Ansicht, dass die Option im Zusammenhang mit der späteren „Heimatferne“ stand, dar. Sabine Falch, *Heimatfern. Die Südtiroler Arbeitsmigration der 1950er und 1960er Jahre* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 17), Innsbruck-Wien-München-Bozen 2002.

² Fritz Dörrenhaus, *Deutsche und Italiener in Südtirol*, in: *Erdkunde. Archiv für wissenschaftliche Geographie* 7 (1953), S. 185–216, hier S. 196.

„Todesmarsch“ und „51%“-Politik sind zwei Begriffe, die das gleiche Phänomen beschreiben, aber sich von ihrer Entwicklungsgeschichte bzw. von ihrer Intention her unterscheiden. Das Wort „Todesmarsch“ wurde 1953 von Kanonikus Michael Gamper für die Empfindung einer Gefahr durch die italienische Zuwanderung in Südtirol gebraucht und geprägt. Im Gegensatz dazu beschreibt der vom Historiker Rolf Steininger verwendete Begriff der „51%“-Politik die allgemeine politische Strategie der römischen Politik eine italienische Mehrheit in Südtirol zu schaffen. Allgemein kann gesagt werden, dass es sich bei dem durch die beiden Begriffe beschriebenen Phänomen um die italienische Zuwanderung in Südtirol von 1945 bis Ende der 1950er Jahre handelt. Um dieses entwickelte sich in der genannten Zeit ein regelrechter Streit, der von zwei großen Parteien – Italien auf der einen, deutsch- und ladinischsprachige Südtiroler und Österreich auf der anderen Seite – ausgefochten wurde. Auf zahlreichen Ebenen wurde die Diskussion um die verschiedenen Aspekte der Zuwanderungspolitik geführt: in der Presse, auf dem politischen Parkett und im alltäglichen gesellschaftlichen Leben. Die gegenseitigen Anschuldigungen und Rechtfertigungen hatten zur Folge, dass offizielle Statistiken durch zu hohe oder niedrige Zahlen für die Zuwanderung, oder durch die Weglassung von bestimmten Regionen in der Zählung verfälscht wurden.³ Der Hauptpunkt der Diskussion war die Frage, ob es sich bei dem Phänomen um eine von der Politik künstlich gesteuerte Zuwanderung, oder um das Recht auf Bewegungsfreiheit, wie es im Artikel 16 der italienischen Verfassung verankert ist, handle. Den Grund der Wanderbewegung sahen die Vertreter der Südtiroler Bevölkerung und Österreichs vor allem darin, dass durch eine italienische Mehrheit in Südtirol die Gefahr einer Volksabstimmung nicht mehr so gravierend sei bzw. dass die Autonomie für die deutschsprachigen Bewohner wirkungslos werden würde.⁴ Die im Pariser Vertrag 1946 verankerten Schutzbestimmungen für die deutschsprachige Bevölkerung in Südtirol wären damit nicht eingehalten worden. Dies führte schließlich zum Vorwurf des Vertragsbruches.⁵ Die Angst vor einer „[...] ethnischen Überfremdung und dem Verschwinden der deutschen Sprachgruppe [...]“⁶ war zu dieser Zeit folglich sehr präsent in Südtirol. Im folgenden Abschnitt soll nun etwas näher auf

³ Adolf Leidmaier, *Bevölkerung und Wirtschaft in Südtirol (Tiroler Wirtschaftsstudien)*, Innsbruck 1958, S. 54f.; Giorgio Mezzalana, *Der „ethnisch fremde Süden“: Die italienischen Einwanderer in der Nachkriegszeit*, in: *Nie nirgends daheim. Vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen in Südtirol*, hrsg. von Anton Holzer/Othmar Kiem/Giorgio Mezzalana/Michaele Ralsner/Carlo Romeo, Bozen 1991, S. 201–220, hier S. 205–209.

⁴ Raimund Obkircher, *Ethnische Spannungen und sozioökonomische Situation in Südtirol (1945–1999). Eine vergleichende Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsmarktsituation*, Dipl. Innsbruck 1999, S. 17; Südtiroler Landtagsabgeordnete stellen im Regionalrat einmütig fest: Pariser Vertrag nicht erfüllt. Dr. Magnago: Zuwanderung bedeutet Tod für Südtiroler Volksgruppe, in: *Dolomiten*, Nr. 289, 18. Dezember 1953, S. 1f.

⁵ Rolf Steininger, *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror in drei Bänden*, Bd. 1: 1947–1959 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 6), Bozen 1999, S. 235.

⁶ Obkircher, *Spannungen*, S. 17.

die zwei verschiedenen Sichtweisen und ihre Argumentationsbasen eingegangen werden.

Die Zuwanderung von zahlreichen Italienern nach 1945 erweckte in Südtirol bald den Eindruck, dass die faschistische Politik, die in ihrer Regierungszeit umfassende Italianisierungsmaßnahmen in Südtirol durchgeführt hatte, fortgeführt werden würde.⁷ Die anhaltende Zuwanderung wurde als die größte Gefahr für das „Volkstum“ in Südtirol empfunden.⁸ In der SVP (Südtiroler Volkspartei) und in Österreich war die „künstliche Zuwanderung“ ein Dauerthema. Für die „Unterwanderungspolitik“⁹ der Italiener schien der Begriff der „Majorisierung“ nun ebenso passend zu sein wie für die Bevölkerungspolitik der Faschisten in Südtirol zuvor.¹⁰ In einer Stellungnahme der SVP wird ersichtlich, wie die Partei zur damaligen Situation stand und wie sie diese bewältigen wollte:

Drei ausgewählte Stellungnahmen der SVP:

- „- Die künstliche Zuwanderung nach Südtirol sei bewusst geplant, um das Gebiet zu entnationalisieren;
- Die Italianisierung Südtirols erfolge, wie zur Zeit des Faschismus, durch Infiltration italienischer Arbeitskräfte in die großen Industriegebiete, in die öffentliche Verwaltung und in die Schlüsselpositionen der Behörden;
- Dieser ‚Todesmarsch‘¹¹ müsse durch die Übertragung gesetzlicher Kompetenzen an die lokalen politischen Institutionen aufgehalten werden.“¹²

Von italienischer Seite wurde der Vorwurf, dass es eine künstliche, staatlich gelenkte Zuwanderung in Südtirol gäbe, stets empört zurückgewiesen. In Rom berief sich die Regierung auf die Verfassung, die jedem Bürger das Recht einräumte, im Land seinen Wohn- und Arbeitsplatz selbst auszusuchen. Dort wurde die italienische Zuwanderung nach Südtirol als „natürliche Wanderungsbewegung im Zuge des Wiederaufbaues“¹³ verstanden. Auf italienischer Seite wurde den Anschuldigungen Folgendes entgegengebracht:

Drei ausgewählte Stellungnahmen von italienischer Seite:

⁷ In den Dolomiten vom 1. Dezember 1953 wird die Politik der italienischen Regierung (Zuwanderung, Wohnbaupraxis und -vergabe) auch als „stumme Italianisierungspolitik“ beschrieben. In dieser Bezeichnung ist ein eindeutiger Vergleich zu den Italianisierungsmaßnahmen der Faschisten erkennbar, nur dass die italienische Regierung jetzt (1953) das Ganze versteckt und im Geheimen vollziehen würde. Nach der Erklärung des Landeshauptmanns von Tirol. Das Echo der letzten Tage, in: Dolomiten, Nr. 275, 1. Dezember 1953, S. 4.

⁸ Steininger, Diplomatie, S. 235.

⁹ Ebd., S. 233ff.

¹⁰ Steininger, Diplomatie, S. 233.

¹¹ Siehe 1.3. Ein „Todesmarsch“?

¹² Zit. n. Mezzalira, Der fremde Süden, S. 205.

¹³ Zit. n. Mezzalira, Der fremde Süden, S. 201.

- „- Die ‚objektiven wirtschaftlichen Faktoren‘ würden an sich schon eine von der italienischen Regierung künstlich geförderte Einwanderung ausschließen;
- Gegenüber gesamtstaatlichen Größenordnungen seien die Wanderungsbewegungen nach Südtirol ‚ziemlich bescheiden und ganz normal‘;
 - Da die Bewegungsfreiheit der Staatsbürger ein in der Verfassung verankertes Recht sei, müsse man es auch schützen;“¹⁴

Damals wussten viele Südtiroler und Österreicher zwar, dass es sich bei den Äußerungen von Seiten der italienischen Politik um teils ungläubwürdige Aussagen handelte, das Gegenteil konnte aber nicht bewiesen werden.¹⁵

1.2. Umsetzung der Zuwanderungspolitik

Zentrales Instrument der italienischen Zuwanderung stellten die Arbeits- und öffentlichen Ämter dar, in denen die große Mehrheit der Angestellten Italiener waren. Zudem war Deutsch als Amtssprache verboten – noch 1953 durfte dort nur in italienischer Sprache verkehrt werden.¹⁶ Die Italiener bildeten im gesamten öffentlichen Dienst in Südtirol die Mehrheit.¹⁷ Für Südtiroler gab es im Land hingegen fast keinen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst und in der Industrie sowie oft keine Wohnung. Neben den Arbeitsämtern war die Wohnbaupraxis und -vergabe eine der wichtigsten Punkte zur Umsetzung der „Unterwanderungspolitik“.¹⁸ Der Großteil der staatlich subventionierten Neubauten wurde an die Masse der zugewanderten Italiener vergeben.¹⁹

Die Beweggründe vieler junger Südtiroler, die ihre Heimat auf der Suche nach besseren Wohn- und Arbeitsverhältnissen verließen, sind in der genannten Situation zu suchen (siehe 3. „Heimatferne“). Durch das wirtschaftspolitische Vorhaben der italienischen Politik, die Industrialisierung des Landes voranzutreiben, sollten Arbeitsplätze in Südtirol geschaffen werden. Der Umstand der fehlenden Arbeits- und Wohnplätze für Südtiroler wäre dadurch aber nicht verbessert worden, denn die Hauptmotivation dahinter war die Voraussetzung für eine starke italienische Zuwanderung zu schaffen und die neuen Ressourcen an die Zuwanderer zu verteilen.²⁰ So entwickelte der italienische Generalkonsul in Innsbruck, Mario Paulucci, 1954 eine erste Denkschrift,

¹⁴ Presidenza del Consiglio die Ministri – Ufficio per le zone di Confine, Dati sulla immgrazione in Alto Adige negli anni 1947–1953, Roma 1954, S. 1–19, zit. n. Mezzalira, Der fremde Süden, S. 204.

¹⁵ Steininger, Diplomatie, S. 234.

¹⁶ Die Sozialdemokraten: Pariser Abkommen eine Enttäuschung, in: Dolomiten, Nr. 282, 10. Dezember 1953, S.1f.

¹⁷ Steininger, Diplomatie, S. 233.

¹⁸ Ebd., S. 233.

¹⁹ 1959 trat die SVP wegen dem Volkwohnbaugesetz sogar aus der Regionalregierung aus. Falch, Heimatfern, S. 14.

²⁰ Dörrenhaus, Deutsche und Italiener, S. 196.

die sich mit der Strategie, eine italienische Mehrheit in Südtirol zu schaffen, beschäftigte. Paulucci nannte die Politik in seiner Denkschrift „51%-Politik“ (politica, del 51%).²¹ Er sah die Lösung des Südtirol-Problems in einer fortschreitenden Industrialisierung des Landes, welche eine vermehrte Zuwanderung italienischer Arbeitskräfte nötig machte (das Ziel: mehr als 51% Italiener in Südtirol). Paulucci wollte sein Vorhaben zuerst auf Bozen, hier vor allem auf die Bozner Industriezone und später auf andere Standorte ausweiten. Außerdem sollte der gesamte Plan zeitlich abgestuft sein, um den Schein vor Österreich und Südtirol zu wahren. Der Fokus der Unterstützung lag vorerst vor allem auf der Großindustrie²², nach einiger Zeit sollte auch die Klein- und Mittelindustrie gefördert werden.²³ Wie an Pauluccis Vorhaben ersichtlich wird, bildeten neben den politischen Aspekten auch wirtschaftliche Faktoren eine wichtige Voraussetzung für die italienische Zuwanderung.²⁴ Welchen Stellenwert Pauluccis „51%-Politik“ tatsächlich in der italienischen Regierung hatte, und ob diese genau so umgesetzt werden sollte, ist schwer zu sagen. Rolf Steininger betrachtet Pauluccis Plan als repräsentative Quelle für die damalige Strategie der italienischen Politik.²⁵

1.3. Ein „Todesmarsch“?

Von solchen Plänen war in der Bevölkerung nichts bekannt, allerdings wurde die Stimmung durch das zunehmende Gefühl der „Unterwanderung“ immer schlechter. Schließlich veröffentlichte Kanonikus Michael Gamper am 28. Oktober 1953 einen Artikel in den *Dolomiten*, in dem der Geistliche die Situation der Südtiroler (Bedrohung durch die italienische Zuwanderung) als einen „Todesmarsch“ bezeichnet. Gamper wusste nichts von einer italienischen „51%-Politik“ zu jener Zeit. Sein Artikel gilt jedoch als eine wichtige Quelle für die damalige Stimmung in Südtirol.²⁶ Dieser war zudem eine Reaktion auf verschiedene politische Ereignisse, von denen hier zwei kurz erwähnt werden sollen.

Das Jahr 1953 ist vor allem im Umfeld der Triester Frage, in der sich der damalige italienische Ministerpräsident Giuseppe Pella öffentlich für eine Volksabstimmung für das Gebiet um Triest ausgesprochen hatte, zu betrachten. Für die Südtiroler wirkte das Beharren Pellas, eine Volksabstimmung für Triest durchzuführen, wie eine Farce, weil

²¹ Steininger, *Diplomatie*, S. 234; Mario Paulucci (Innsbruck) an Ettore Staderini (Rom), 26. Jänner 1956. ASDMEA, AP, 1956, Italia, Alto Adige, busta 434, zit. n. Rolf Steininger, *Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente*, Innsbruck-Wien 1999, S. 188f.

²² Paulucci dachte dabei z. B. an Nato-Aufträge des Verteidigungsministeriums, die an Lancia vergeben werden sollten. Steininger, *Diplomatie*, S. 234.

²³ Steininger, *Diplomatie*, S. 234.

²⁴ Falch, *Heimatfern*, S. 30.

²⁵ Steininger, *Diplomatie*.

²⁶ Rolf Steininger, *Katakombenschulen und Todesmarsch*. Kanonikus Michael Gamper prägte vor 80 Jahren und vor 50 Jahren bleibende Begriffe, in: *Dolomiten*, Nr. 257, 8./9. November 2003, S. 9.

ihnen zuvor durch Argumente wie dem geographischen Faktor oder den verpassten Gelegenheiten zur „ethnischen Selbstbestimmung“²⁷ das Recht auf ein Plebiszit abgesprochen worden war. Gampers Artikel war außerdem eine unmittelbare Reaktion auf die Aussprache des damaligen italienischen Ministerpräsidenten Pella mit den Parlamentariern Karl von Braitenberg, Josef Raiffeiner, Otto von Guggenberg, Karl Tinzl und Toni Ebner am 23. Oktober 1953. Deren „Wunschzettel“ mit elf Forderungen an die römische Regierung (veröffentlicht am 24. Oktober in den *Dolomiten*) beinhaltete nämlich kein Wort über die italienische „Unterwanderung“ seit 1945.²⁸

Besonders der folgende Satz hat Bekanntheit erlangt und scheint die Stimmung in Südtirol prägnant wiederzugeben: „Es ist ein Todesmarsch, auf dem wir Südtiroler seit 1945 uns befinden, wenn nicht noch in letzter Stunde Rettung kommt.“²⁹ Der Begriff des „Todesmarsches“, welcher damals wie heute eher mit dem Holocaust und der Leidensgeschichte der Juden in Verbindung stand/steht, wurde bald als geflügeltes Wort für das Leiden der deutschsprachigen und der ladinischen Südtiroler, die durch die italienische „Unterwanderung“ seit 1945 viel ertragen hätten müssen, gebraucht. Zahlreiche deutschsprachige Zeitungen und Zeitschriften verwendeten den Begriff fortan in der Diskussion über Südtirol. Selbst die Politik griff das Wort in der Folgezeit immer öfter auf.³⁰

Es ist ein Todesmarsch, auf dem wir Südtiroler seit 1945 uns befinden, wenn nicht noch in letzter Stunde Rettung kommt. Daß ein so in seinem Leben bedrohtes Volk eine Botschaft, wie sie Ministerpräsident Pella verkündet hat, wie ein Evangelium aufnimmt, wen darf dies wundern? Die Botschaft gleicht der anderen, die wir bereits vor dreißig Jahren vernommen haben, als Woodrow Wilson gesagt: „Kein Volk darf unter eine Herrschaft gezwungen werden, unter der es nicht zu leben wünscht. Kein Gebiet darf den Besitzer wechseln, außer zu dem Zwecke, um denjenigen, die es bewohnen, gute Möglichkeiten zum Leben und zur Freiheit zu sichern.“

²⁷ Ethnische Selbstbestimmung meint die Entscheidungsfreiheit durch Gelegenheiten wie die „Option“ oder die „Rückoption“, welche die Wahl für eine italienische oder für eine deutsche Ethnizität ergeben hätten. Steininger, *Diplomatie*, S. 152.

²⁸ Ebd., S. 156.

²⁹ Siehe Bildausschnitt. Abphotographiert aus: Michael Gamper, Bemerkungen zu einem Kommentar, in: *Dolomiten*, Nr. 246, 28. Oktober 1953, S. 1.

³⁰ Steininger, *Diplomatie*, S. 159; Steininger, *Katakombenschulen*, S. 9.

Abbildung 1: Ausschnitt aus Gampers "Todesmarsch-Artikel" vom 28.10.1953 in den Dolomiten

1.4. Kein Erfolg, oder braucht es nur Geduld?

Die Diskussion über die italienische Zuwanderung nach 1945 wurde in den ersten Jahren der 1950er Jahre besonders emotional geführt. Die Südtiroler sahen in den Zuwanderern eine Bedrohung ihrer kulturellen Eigenheit(en) und Existenz(en). Daher wird es nicht überraschen, dass die von der italienischen Regierung propagierte Industrialisierung Südtirols mit Misstrauen betrachtet wurde. In den *Dolomiten* vom 10. Dezember 1953 wurde sogar darauf hingewiesen, dass Südtirol nicht die Voraussetzung für eine Industrialisierung/Technisierung hätte. Der Grund für die Ablehnung der Industrialisierung lag aber weniger in den realwirtschaftlichen Verhältnissen in Südtirol, als viel mehr in dem Wissen, dass durch eine fortschreitende Industrialisierung des Landes der Weg für eine massive italienische Zuwanderung geebnet werde. Zudem wurden die zugewanderten Italiener gerne wegen ihrer Arbeit als Industriearbeiter als kommunistisch gesinnt dargestellt. Damit schürte man ähnlich wie in den USA in der damaligen Mc-Carthy-Ära Angst vor einem Umsturz durch die Kommunisten in Südtirol.³¹

Die italienische Zuwanderung und der damit in Verbindung stehende Südtiroler „Todesmarsch“ endeten in den späten 1950er Jahren. Die Furcht vor dem Verlust des „Volkstums“ in Südtirol war, wie neuere Forschungsergebnisse beweisen, begründet.³² Zahlen aus jener Zeit, die Aufschluss über das genaue Ausmaß der italienischen Zuwanderung geben könnten, sind nur ansatzweise vorhanden. Die ersten zuverlässigeren Statistiken lassen sich erst für die Zeit nach 1955 feststellen.³³ Konzepte wie der „51%“-Plan von Paulucci waren nicht von Erfolg gekrönt, weil zahlreiche Personen in Südtirol und Österreich immer empfindlicher auf die „künstliche Zuwanderung“ reagierten.³⁴ Aber die Idee dahinter existierte weiter. Eine Aussage vom italienischen Außenministers Andreotti von 1960 macht das sehr deutlich: „Man muss etwas Geduld üben – in einer Generation wird sich die Lage zugunsten der Italiener gewandelt haben.“³⁵

³¹ Zuwanderung importiert Kommunismus, in: *Dolomiten*, Nr. 282, 10. Dezember 1953, S. 2.

³² Steininger, *Diplomatie*, S. 234.

³³ Mezzalana, *Der fremde Süden*, S. 205f.

³⁴ Steininger, *Diplomatie*, S. 235.

³⁵ Streng Vertraulich. Kripp (Rom) an Kreisky, 5. November 1960. ÖstA, AdR, BmfAA, II-Pol, Südtirol, Karton 66, zit. n. Steininger, *Diplomatie*, S. 235.

2. Die „Rückoption“ oder die legale Rücksiedlung

2.1. Das Optantendekret und die beginnende „Rückoption“

„Ob es die Durchführung des Optantendekretes betrifft, die Bestellung der Beamten, die Arbeitsvermittlung, es werden unaufhörlich Italiener in die Provinz Bozen gepumpt, und gleichzeitig mit jener Geschicklichkeit, die den Italienern eigen ist, deutsche Familien italianisiert.“³⁶

Etwa zur selben Zeit als sich die Bevölkerung Südtirols mit der beginnenden italienischen Zuwanderung beschäftigt sah, entstand in Südtirol und Österreich die Frage, was mit den ehemaligen „Deutschlandoptanten“ des Jahres 1939 passieren sollte. Viele von ihnen waren bereits während oder in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, also vor einer offiziellen Abmachung zwischen den von der Option betroffenen Ländern Italien, Deutschland und Österreich, illegal in die Heimat zurückgekehrt. Erst in den Jahren 1948/49 ergab sich für die ehemaligen Optanten, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Italien nicht mehr als italienische Staatsbürger betrachtet worden waren, die Möglichkeit ihren Status als „Displaced Persons“ (staatenlose Personen) zu ändern.³⁷ Das Pariser Abkommen (Gruber-De-Gasperi-Abkommen) vom 5. September 1946 sah als erste Lösung der Optantenfrage bereits die „Revision der Optionen“³⁸ vor. Innerhalb eines Jahres sollte die Frage der „Staatsbürgerschaftsoptanten“, deren Ursprung im Hitler- Mussolini-Abkommen lag, gelöst werden. Es dauerte aber fast noch eineinhalb Jahre bis es zur Einigung zwischen Österreich und Italien kam. Dieser Lösung, welche auch als „Optantendekret“ bekannt ist, waren bilaterale Verhandlungen zwischen Österreich und Italien vorausgegangen. In den ersten Monaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte Österreich noch die Hoffnungen gehegt, Südtirol anzugliedern. Dieses Vorhaben wurde jedoch wegen der anhaltenden italienischen Zuwanderung in Südtirol seit 1945 und der zunehmenden Gewissheit, dass das Land doch nicht zurück zu Österreich kommen werde, immer unrealistischer. Daher gewann der Gedanke der Stärkung der Südtiroler Volksgruppe durch die „Rückoption“ zunehmend an Popularität in der österreichischen Regierung.³⁹ Schließlich trat das „Optantendekret“ als Ergebnis der Verhandlungen zwischen Österreich und Italien am 5. Februar 1948 in Kraft. Ein kurzer Auszug (Artikel 2) aus dem besagten Dekret:

³⁶ Nach der Erklärung des Landeshauptmanns von Tirol. Das Echo der letzten Tage, in: Dolomiten, Nr. 275, 1. Dezember 1953, S. 3.

³⁷ Stefan Lechner, Rückoption und Rücksiedlung nach Südtirol, in: Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus, hrsg. von Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 5), Innsbruck 1989, S. 365–384, hier S. 365.

³⁸ Günther Pallaver, Alles retour. Rückoption und Rücksiedlung nach 1945, in: Das 20. Jahrhundert in Südtirol in fünf Bänden, Bd. 3: Totaler Krieg und schwerer Neubeginn. 1940–1959, hrsg. von Gottfried Solderer, Bozen 2001, S. 76–87, hier S. 76.

³⁹ Ebd., S. 80.

„Wer als italienischer Staatsbürger für die deutsche Staatsbürgerschaft optiert hat und diese auf Grund des Gesetzes vom 21.8.1939 Nr. 1241 und der italienisch-deutschen Abkommen des Jahres 1939 und der folgenden Jahre durch Aushändigung der in dem genannten Gesetze vorgesehenen Einbürgerungs-urkunde oder auf andere Weise erworben hat, [...] kann erklären, die Option zu widerrufen, auf die deutsche Staatsbürgerschaft zu verzichten und die italienische Staatsbürgerschaft zurückerwerben zu wollen.“⁴⁰

Jene „Deutschlandoptanten“, die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekretes in Italien (mit Südtirol) befanden, mussten bis zum 4. Mai 1948 ihre Erklärungen bzw. Gesuche zur „Rückoption“ abgeben. Für die Rückoptanten, die sich außerhalb Italiens befanden, wurde eine Frist von einem Jahr eingeräumt.⁴¹ In der Statistik wird zwischen drei verschiedenen Kategorien von Rückoptanten unterschieden:

- a. Einfache „Deutschlandoptanten“ : 52.875 Anträge
- b. Eingebürgerte, aber nicht umgesiedelte „Deutschlandoptanten“: 21.468 Anträge
- c. Eingebürgerte und umgesiedelte „Deutschlandoptanten“, egal ob diese in der Zwischenzeit wieder nach Südtirol zurückgekehrt waren: 28.980 Anträge⁴²

Zwischen den drei verschiedenen Kategorien gab es Differenzen bezüglich der positiven Bestätigung des Ansuchens: während bei der Kategorie a. alle Gesuche angenommen wurden, sahen sich zahlreiche Personen der Kategorien b. und c. mit Vorwürfen wie nationalsozialistischer Betätigung oder Kollaboration konfrontiert. Letztendlich wurden von der Kategorie b. 20.879 und von der Kategorie c. 22.075 Gesuche angenommen.⁴³ Unter den ehemaligen Optanten, die jetzt durch das Dekret die Möglichkeit zur „Rückoption“ hatten, lassen sich teilweise Unterschiede bezüglich des optierten Umzugsgebietes feststellen. Während für die „Deutschlandoptanten“ in Südtirol die „Rückoption“ nur erstrebenswert blieb, wenn sie nachher nicht staatenlos blieben bzw. wurden, war sie für österreichische Optanten weniger erstrebenswert. Vielfach waren die ungelösten Fragen der Arbeit und der Unterkunft im Rücksiedlungsgebiet die Hauptgründe für die Entscheidung im optierten Gebiet zu verbleiben.⁴⁴

2.2. Politischer Druck von zwei Seiten

Die Entscheidung zur „Rückoption“ verlief nicht ohne politischen Druck. Für Österreich stellten die verbliebenen Südtiroler Optanten eine wirtschaftliche Belastung dar.

⁴⁰ Zit. n. Josef Deflorian (erl.), Das Optantendekret. Italienischer Originaltext und Übersetzung (Unterlagensammlung 14), Innsbruck 1948, S. 11f.

⁴¹ Lechner, Rückoption, S. 365.

⁴² Lechner, Rückoption, S. 366.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd., S. 366f.

Zirka zwei Monate nach dem Inkrafttreten des „Optantendekretes“, d. h. im April 1948, wurde wegen mangelndem Interesse an der „Rückoption“ in der Nordtiroler Presse damit gedroht, dass die Nichoptierenden keinen Anspruch auf die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft hätten. Weitere vier Monate später (im August 1948) wurden die Drohungen noch deutlicher – den „Nicht-rückoptanten“ wurde mitgeteilt, falls sie sich nicht doch zur „Rückoption“ entschieden, dass sie sicher als staatenlos behandelt werden würden.⁴⁵ Trotz heftigster Proteste von Seiten der italienischen Regierung gegen solche Zeitungsmeldungen fasste der österreichische Ministerat in zwei Beschlüssen im November 1948 den Entschluss, „nur jene Südtiroler – wie seit August 1945 üblich – weiterhin wie Österreicher zu behandeln, die rückoptieren würden.“⁴⁶ Die italienische Regierung protestierte gegen den zwanghaften Charakter des Beschlusses und stellte bald darauf die weitere Behandlung der Rückoptionsgesuche bis zum März 1950 ein.⁴⁷ Erst damit konnte Österreich zu einer entsprechenden Regelung bewegt werden, die vorsah, dass mindestens 25% der Rückoptanten die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten sollten.⁴⁸ Weil aber bis 1952 erst 3.500 Gesuche erledigt waren, verzögerte Rom die Gewährung der Rückoptionsanträge abermals.⁴⁹ Ministerpräsident De Gasperi benützte die Wirksamkeit der Optantenfrage vor allem auch aus politischem Kalkül. Der Forderung nach Verschiebung der Brennergrenze, welche von den Südtirolern und Österreichern immer wieder nach Kriegsende vorgebracht worden war, konnte jetzt jene Frage der Optanten entgegengebracht werden. De Gasperi stellte die Option von 1939 vor den Alliierten als „Bekanntnis zum Nationalsozialismus“⁵⁰ hin und konnte damit die Forderungen der Südtiroler Bevölkerung und Österreichs entkräften bzw. die Legitimität ihrer Ansprüche anzweifeln.⁵¹

2.3. Fremde Heimat?

Trotz oder gerade wegen des politischen Brennpunktes, in dem sich die ehemaligen Optanten nun befanden, entschieden sich viele von diesen Personen nach dem Inkrafttreten des Dekrets zur legalen Rücksiedlung. Die Grenze markiert das „Optantendekret“ – jede Rückkehr davor war illegal. Als Beginn der legalen Rücksiedlung wird der erste offizielle Rückoptantentransport, der am 10. Juni 1949 Bozen erreichte, betrachtet. Das dort inzwischen tätige „Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten“ war die erste Anlaufstelle für die ehemaligen Optanten. In Südtirol fanden

⁴⁵ Tiroler Nachrichten und Tiroler Tageszeitung vom 16. April 1948 bzw. Tiroler Tageszeitung vom 5. August 1948, vgl. Lechner, Rückoption, S. 367f.

⁴⁶ Zit. n. Pallaver, Alles retour, S. 82.

⁴⁷ Lechner, Rückoption, S. 368.

⁴⁸ Pallaver, Alles retour, S. 82.

⁴⁹ Lechner, Rückoption, S. 368; Pallaver, Alles retour, S. 82.

⁵⁰ Zit. n. Pallaver, Alles retour, S. 80.

⁵¹ Ebd.

die Rückkehrer aber oft nicht die erwünschten Umstände vor, die soziale Wiedereingliederung verlief schleppend bis gar nicht. Die politische und wirtschaftliche Situation hatte sich in den vergangenen zehn Jahren in Südtirol, aber auch in ganz Europa stark verändert. Die Rückoptanten schienen nun für die Ansäßigen eine spürbare wirtschaftliche und soziale Belastung darzustellen. Allerdings spielten andere Motive eine bedeutendere Rolle. Für viele Südtiroler, unter denen sich auch ehemalige „Dableiber“ des Jahres 1939 befanden, verkörperten die Rückoptanten Verräter des „Volkstums“ und Anhänger der Nationalsozialisten. Die feindliche oder abwehrende Haltung, die den Rückoptanten gegenüber herrschte, drückte sich vor allem in der mangelnden Unterstützung der Bevölkerung aus. Selbst von offizieller politischer Seite war eine abwehrende Haltung spürbar. So gab es für die Rücksiedler weder ein spezielles Arbeitsprogramm, noch fanden diese in Südtirol leicht Arbeit.⁵² Der Umstand der Arbeitslosigkeit verschlechterte das Ansehen der Rücksiedler in der Bevölkerung umso mehr. Lediglich vereinzelt Initiativen wie das bereits genannte „Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten“ und der „GVS“ (Gesamtverband der Südtiroler in Österreich) unterstützten die Rückoptanten. Die italienische Regierung förderte solche Initiativen nicht.⁵³ Zudem kümmerte sie sich aus politischen Gründen nicht um „die brennenden Fragen der Wirtschaft“⁵⁴ während der Optionsfrist, was sich auf die wirtschaftliche Situation in Südtirol auswirkte.

3. Der Beginn der „Heimatferne“ (bis 1955)

3.1. „Heimatferne“ im Spannungsfeld der Um- und Rücksiedlung und der „51%-Politik

Der Begriff der „Heimatferne“ bezeichnet den Aufenthalt von Südtirolern im Ausland aus arbeits- und lebens-technischen Gründen. Im Laufe der Zeit wandelte sich der Begriff jedoch des öfteren. In diesem kurzen Abschnitt soll der Beginn der „Heimatferne“ nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu dem Punkt, an dem daraus ein Massenphänomen wurde (d. h. bis 1955), beleuchtet werden.⁵⁵

„In den turbulenten Jahren der ersten Nachkriegsjahre herrschte bei allen Südtirolern in Deutschland ebenso wie in Österreich [dies sind die ehemaligen Optanten von 1939, Anm. d. V.] der absolute Wille, in die alte Heimat, wo die Ernährungsverhältnisse bedeutend günstiger waren, zurückzukehren.“⁵⁶

⁵² Lechner, Rückoption, S. 377; Falch, Heimatfern, S. 14.

⁵³ Pallaver, Alles retour, S. 84.

⁵⁴ Lechner, Rückoption, S. 368f.

⁵⁵ Falch, Heimatfern, S. 9.

⁵⁶ Leidlmair, Bevölkerung, S. 82.

Migrationen basieren auf unterschiedlichen Faktoren, welche Auslöser für Zu- oder Abwanderungen sein können. In der Migrationsforschung werden diese als Push⁵⁷- und Pull⁵⁸-Faktoren bezeichnet. Wenn eine Gesellschaft relativ stabil ist, und deren Grundbedürfnisse gesättigt sind, so wird sie durch Pull-faktoren wie innere Sicherheit und gute Versorgung bald zum Ziel von Migrationsbewegungen. Das oben angeführte Zitat zeigt deutlich, dass sich Südtirol in der unmittelbaren Nachkriegszeit hinsichtlich der Grundversorgung der Bevölkerung im Vergleich zu Österreich oder Deutschland in einer relativ guten Lage befand. In Südtirol blieb aus diesem Grund die Zahl der im Ausland arbeits- und ausbildungssuchenden Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Jahre 1955 eher gering. Durch die sozialen und wirtschaftlichen Spannungen, deren Ursprünge im Umfeld der Zu- und Rückwanderungen aber auch in anderen Bereichen zu suchen sind, entschieden sich zahlreiche Menschen in Südtirol zeitverzögert zum Schritt der Arbeitsemigration bzw. zur Arbeitsmigration allgemein. Sabine Falch beschreibt in ihrer Dissertation „Heimatfern. Die Südtiroler Arbeitsmigration der 1950er und 1960er Jahre“ das erste Mal den Zusammenhang zwischen der Um- und Rücksiedlung („Option“ und „Rückoption“) und der späteren Arbeitsmigration, der „Heimatferne“. Die Autorin weist unter anderem darauf hin, dass die Bozner Industriezone z. B. zu Kriegsende 1945 noch eine bedeutende Rolle für die Rüstung inne hatte, die deutsch- und ladinischsprachigen Menschen aber noch zu 70 % in der Landwirtschaft tätig waren. Den Grund für die fehlende Nähe der deutsch- und ladinischsprachigen Menschen zur Industrie sieht Falch in den Begleitumständen der „Option“ von 1939 und der damit verbundenen Umsiedlung.⁵⁹ Sie verweist anschließend auf ein Zitat von Karl Seebacher um ihre These zu untermauern: „Von der Aussiedlung [durch die Option, Anm. d. V.] waren fast ausschließlich Arbeiter- und Angestelltenfamilien betroffen [...]“⁶⁰. Im Gegensatz dazu boten die Industriezonen des Landes und vor allem jene in Bozen hauptsächlich für italienischsprachige Männer Arbeitsplätze.⁶¹

Die anhaltende italienische Zuwanderung führte zu einer kontinuierlichen Verschlechterung der Wohn- und Arbeitsmarktsituation. Für die deutsch- bzw. ladinischsprachige Bevölkerungsgruppe wurde es immer schwieriger in der Industrie und im öffentlichen Dienst Fuß zu fassen (siehe 1.2). Die „51%“-Politik der italienischen

⁵⁷ Diese Faktoren veranlassen die Menschen zur Emigration. Beispiele hierfür: Verfolgung, Krieg, Hungersnot, usw.

⁵⁸ Diese Faktoren veranlassen die Menschen zur Immigration. Beispiele hierfür: Gute Versorgung, hohes Bildungsniveau, innere Sicherheit, usw.

⁵⁹ Falch, Heimatfern, S. 18.

⁶⁰ Karl Seebacher, Industrie und Industrielle in Südtirol. Werden, Wachsen und Wandel eines wichtigen Wirtschaftszweiges, Bozen 1996, S. 24.

⁶¹ Michaela Ralsler/Martha Verdorfer, Die Arbeitsplätze der Frauen: überall und nirgends, in: Nie nirgends daheim. Vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen in Südtirol, hrsg. von Anton Holzer/Othmar Kiem/Giorgio Mezzalana/Michaela Ralsler/Carlo Romeo, Bozen 1991, S. 99–127, hier S. 122.

Regierung hatte somit indirekten Einfluss auf die Entscheidung zur „Heimatferne“.

Einzelne Bevölkerungsgruppen waren von der Arbeitsmigration stärker betroffen als andere. Vor allem Angehörige von Rücksiedlerfamilien spürten die Konsequenzen der schlechten Arbeitsmarktsituation⁶², da sie kaum einen Bezug zur Industrie hatten. Ein beträchtlicher Teil der Rückoptanten versuchte zwar bereits kurz nach der Rücksiedlung von der Landwirtschaft in die Industrie zu wechseln, im Arbeitsamt fehlte aber eine Person, die entsprechende Stellen für deutsch- und ladinischsprachige Südtiroler vermittelt hätte (siehe ebenfalls 1.2.).⁶³ Daher verwundert es nicht, dass der Anteil der „Heimatfernen“/Arbeitsmigranten, welche aus Rücksiedlerfamilien kamen, besonders hoch war.⁶⁴

3.2. Gesellschaftlicher Umbruch

Südtirols Gesellschaftsstruktur hatte sich von 1910 bis 1951, wie Adolf Leidlmair 1958 in seinem Werk „Bevölkerung und Wirtschaft in Südtirol“ vermerkt, rein äußerlich kaum verändert. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen hinterließen jedoch ihre Spuren in der Gesellschaft. In der Zeit von 1910 bis 1951 nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter beispielsweise enorm ab, während die Zahl der Industriearbeiter und jener im nichtagrarisches Bereich um 60 % anstieg.⁶⁵ Insgesamt waren 1951 noch 42,6 % aller Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig, allerdings machte dabei die deutschsprachige und ladinische Bevölkerung den größten Teil aus.⁶⁶ Die Italiener in Südtirol hingegen waren wie bereits erwähnt, hauptsächlich in der Industrie und im öffentlichen Dienst tätig. Die Rückständigkeit der Landwirtschaft und das weit verbreitete Bildungsdefizit⁶⁷ unter den deutsch- und ladinischsprachigen Menschen führte dann neben den bereits erwähnten Einflüssen der italienischen Zuwanderung und der Südtiroler Rücksiedlung oft zur Entscheidung, sein Glück im Ausland oder auch in „Altitalien“ zu versuchen. Ab der Mitte der 1950er Jahre verschärfte sich die Situation durch die Zuwanderung qualifizierter Industriearbeiter und staatlicher Beamter aus Italien für diese Gruppe abermals. Bald wurde aus dem ursprünglich auf einzelne Personen begrenzten Phänomen ein Massenphänomen.⁶⁸

⁶² Die Situation erschien jedoch nur aus der subjektiven Perspektive der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung als schlecht. Für die italienischen Zuwanderer war die wirtschaftliche Situation nicht so schlecht. Die Fabriken stellten für die Zuwanderer „nicht nur einen sicheren Arbeitsplatz dar, sondern auch eine annehmbare Unterbringung, was das Wohnproblem angeht“. Mezzalana, *Der fremde Süden*, S. 210.

⁶³ Pallaver, *Alles retour*, S. 86.

⁶⁴ Falch, *Heimatfern*, S. 16.

⁶⁵ Leidlmair, *Bevölkerung*, S. 106.

⁶⁶ Falch, *Heimatfern*, S. 18.

⁶⁷ Nach der Zeit des Faschismus mussten die deutschen Schulen bzw. das deutsche Schulsystem gewissermaßen neu geschaffen werden. Falch, *Heimatfern*, S. 19.

⁶⁸ Ebd., S. 19f.

Schlussbemerkung

Sowohl die Zu- als auch die Abwanderer fanden in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Südtirol eine Gesellschaft vor, die gespalten war und keinen günstigen Ausgangspunkt für eine „Verwurzelung“ bot. Das Ausland und das Vaterland Italien mischten in der Diskussion um das kleine Land Südtirol mit. Anzeichen dieser teils sehr emotionalen Auseinandersetzungen sind in den Politisierungen der verschiedenen zu- und abziehenden Menschen zu finden. Während sich die italienischen Zuwanderer wegen ihrer Arbeit bald mit dem Stereotyp des kommunistischen Industriearbeiters konfrontiert sahen,⁶⁹ so waren es die ehemaligen Optanten von 1939, die im Zuge der „Rückoption“ als Verräter und Anhänger der Nationalsozialisten betrachtet wurden.⁷⁰ Beide Gruppen waren in der behandelten Zeit von 1945 bis 1955 stark von einer gesellschaftlichen „Ausgrenzungs“- (das Stereotyp vom italienischen Zuwanderer – als Folge der Ethnizität, aber auch des Berufsbildes; die Option von 1939 als „Bekanntnis zum Nationalsozialismus“) und „Unterlassungspolitik“ (keine Unterstützungen für Initiativen zur „Rückoption“ von Seiten des Staates, keine Lösung der dringenden Wirtschaftsfragen, etc.) betroffen. Die „Heimatferne“ auf der anderen Seite scheint im Umfeld der wirtschaftlichen und sozialen Situation eine logische Konsequenz gewesen zu sein. Die beiden erwähnten Zuwanderungen der „51%“-Politik und der „Rückoption“ hatten sicherlich Einfluss auf die Entscheidung zur „Heimatferne“, sie bildeten aber nur einen Aspekt der Arbeitsmigration. Vielmehr spielten auch wirtschaftliche Interessen und subjektive Momente eine Rolle. Südtirol war zwar hinsichtlich der Grundversorgung gut situiert, nur war der wirtschaftlich ertragreiche und zukunfts-trächtige Sekundärsektor in Südtirol großteils den italienischen Zuwanderern vorbehalten. Diese Situation sollte sich bis Anfang der 1970er Jahre nicht wesentlich verändern. Die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung hatte oft nur die Möglichkeit im primären Sektor Fuß zu fassen – im Unterschied zu Nordtirol hatte der Tertiärsektor (vor allem der Bereich Tourismus) noch keine so große Bedeutung inne.

Südtirol hatte in dem in der Arbeit behandelten Jahrzehnt von 1945 bis 1955 einige kulturelle, politische und soziale Wandlungen erlebt. Die drei herausgegriffenen Migrationsbewegungen dieser Zeit hatten enormen Einfluss auf die Gesellschaftsstruktur und fanden Einzug in den verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen: die migrierenden Personen wurden politisiert, instrumentalisiert, stereotypisiert, ignoriert oder einfach nur akzeptiert. Oftmals wurde aber im Laufe dieser sehr emotionalen Debatten einfach vergessen, dass hinter diesen Wanderbewegungen nach wie vor der Mensch steht, und nicht wie oft angenommen nur politisches, soziales oder wirtschaftliches Interesse. Durch den Vergleich der damaligen Migrationsbewegungen mit

⁶⁹ Vergleiche Punkt 1.4.

⁷⁰ Siehe 2.3.

heutigen ergeben sich durchaus Parallelen – auch die heutigen Zu- und Abwanderungen werden in der Bevölkerung nicht wertfrei rezipiert.

Mit Migration sind sehr komplexe kulturelle Vorgänge verbunden, sodass es vielleicht gar nicht möglich ist, immer neutral zu verbleiben. Die Wanderung an sich „transportiert“ neben dem Menschen selbst eine Vielzahl von Gefühlen und Empfindungen, die von Ablehnung, Hass oder Misstrauen bis hin zu Freundlichkeit, Liebe oder Zuneigung reichen können. Mit Wanderungsprozessen waren wahrscheinlich immer schon menschliche Regungen verbunden, die sich auf verschiedenste Ebenen projizieren können (Stichwörter: Inter- und Transkulturalität, Kulturtransfer, aber auch Kulturkampf, Fremdzuschreibungen, Stereotype). Negative Gefühle die sich entwickeln könnten, sollten aber nicht verurteilt, sondern vielmehr reflexiv betrachtet werden. Oft sind sie einfach nur Ausdruck von Distanz oder von kulturellen und sozialen Missverständnissen. Bei der Untersuchung von Migrationsbewegungen sollte außerdem vor allem die Tatsache mit berücksichtigt werden, dass die menschliche Wanderung, auch wenn sie künstlich forciert wurde oder als solche erscheint, ein ureigenstes Kulturmerkmal des Menschen ist.

Quellen und Literatur

Deflorian, Josef (erl.), Das Optatendekret. Italienischer Originaltext und Übersetzung (Unterlagensammlung 14), Innsbruck 1948.

Die Sozialdemokraten: Pariser Abkommen eine Enttäuschung, in: *Dolomiten*, Nr. 282, 10. Dezember 1953.

Dörrenhaus, Fritz, Deutsche und Italiener in Südtirol, in: *Erdkunde. Archiv für wissenschaftliche Geographie* 7 (1953), S. 185–216.

Falch, Sabine, Heimatfern. Die Südtiroler Arbeitsmigration der 1950er und 1960er Jahre (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 17), Innsbruck-Wien-München-Bozen 2002.

Gamper, Michael, Bemerkungen zu einem Kommentar, in: *Dolomiten*, Nr. 246, 28. Oktober 1953.

Lechner, Stefan, Rückoption und Rücksiedlung nach Südtirol, in: *Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus*, hrsg. von Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 5), Innsbruck 1989, S. 365–384.

Leidlmaier, Adolf, Bevölkerung und Wirtschaft in Südtirol (Tiroler Wirtschaftsstudien), Innsbruck 1958.

Mezzalana, Giorgio, Der „ethnisch fremde Süden“. Die italienischen Einwanderer in der Nachkriegszeit, in: *Nie nirgends daheim. Vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen in*

Südtirol, hrsg. von Anton Holzer/Othmar Kiem/Giorgio Mezzalira/Michaele Ralser/Carlo Romeo, Bozen 1991, S. 201–220.

Nach der Erklärung des Landeshauptmanns von Tirol. Das Echo der letzten Tage, in: *Dolomiten*, Nr. 275, 1. Dezember 1953.

Obkircher, Raimund, Ethnische Spannungen und sozioökonomische Situation in Südtirol (1945–1999). Eine vergleichende Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsmarktsituation, Dipl. Innsbruck 1999.

Pallaver, Günther, Alles retour. Rückoption und Rücksiedlung nach 1945, in: Das 20. Jahrhundert in Südtirol in fünf Bänden, Bd. 3: Totaler Krieg und schwerer Neubeginn. 1940-1959, hrsg. von Solderer, Gottfried, Bozen 2001, S. 76–87.

Ralser, Michaela/Verdorfer Martha, Die Arbeitsplätze der Frauen: überall und nirgends, in: Nie nirgends daheim. Vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen in Südtirol, hrsg. von Anton Holzer/Othmar Kiem/Giorgio Mezzalira/Michaele Ralser/Carlo Romeo, Bozen 1991, S. 99–127.

Seebacher, Karl, Industrie und Industrielle in Südtirol. Werden, Wachsen und Wandel eines wichtigen Wirtschaftszweiges, Bozen 1996.

Steininger, Rolf, Katakombenschulen und Todesmarsch. Kanonikus Michael Gamper prägte vor 80 Jahren und vor 50 Jahren bleibende Begriffe, in: *Dolomiten*, Nr. 257, 8./9. November 2003.

Steininger, Rolf, Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Innsbruck-Wien 1999.

Steininger, Rolf, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror in drei Bänden, Bd. 1: 1947-1959 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 6), Bozen 1999.

Südtiroler Landtagsabgeordnete stellen im Regionalrat einmütig fest: Pariser Vertrag nicht erfüllt. Dr. Magnago: Zuwanderung bedeutet Tod für Südtiroler Volksgruppe, in: *Dolomiten*, Nr. 289, 18. Dezember 1953.

Zuwanderung importiert Kommunismus, in: *Dolomiten*, Nr. 282, 10. Dezember 1953.

Alexander Piff ist Student der Europäischen Ethnologie (Volkskunde) im 7. Semester und Geschichte im 5. Semester an der Universität Innsbruck.

Alexander.Piff@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Alexander Piff, Migrationsbewegungen in Südtirol. Ein exemplarischer Überblick des Zeitraumes 1945–1955, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 367–384, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Die Rolle Ruandas im Ersten Kongokrieg

Andreas Staggl

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Dr. Thomas Spielbüchler

eingereicht im Semester: WS 2008

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch den LV-Leiter: sehr gut

Abstract

Rwanda and the First Congo War

The following paper is about the Rwanda's involvement in the First Congo War 1996-97. The connection between the genocide in Rwanda and the so-called African World War with approx. five million victims will be shown. In specific, the paper will focus on the refugee crisis after the genocide, the attacks from Hutu-Power forces from the refugee camps against Rwanda and domestic reasons for the involvement Rwanda's in the war. It will also be of interest what consequences the war had for the country in domestic and economic ways.

Einleitung

„For Africa, the genocide was only the beginning.”¹ Mit diesen Worten beschreibt der Bericht der Afrikanischen Union den Völkermord in Ruanda und die Ereignisse nach Beendigung des Genozids. Die letzten 15 Jahre waren von einem umfassenden Konfliktsystem in der Region der Großen Seen in Afrika geprägt. Nach dem Völkermord an den Tutsi in Ruanda 1994 kam es 1996 mit dem Ersten Kongokrieg zur Beseitigung des Langzeitdiktators Joseph Mobutu. Es folgte 1998 der Zweite Kongokrieg, an dem bis zu acht fremde Armeen im Kongo kämpften und an dem, Schätzungen zufolge, bis zu fünf Mio. Menschen direkt oder indirekt starben. Der Konflikt ist damit gemessen an den Opferzahlen der größte seit dem Zweiten Weltkrieg.

Diese Arbeit konzentriert sich auf den Ersten Kongokrieg 1996–1997. Die Ursachen dieses Konflikts liegen in der „Schreckensherrschaft“ Mobutus und v. a. in den Folgen des Völkermordes im benachbarten Ruanda. Viele Täter des Genozids konnten 1994 nach Zaire (heute: Demokratische Republik Kongo) flüchten und führten von dort aus ihren Kampf gegen die Tutsi-Minderheit in Ruanda weiter. Da Mobutu dies nicht unterband, intervenierte Ruanda gemeinsam mit Uganda, später auch Angola, und beseitigte zusammen mit zairischen Oppositionskräften unter der Führung Laurent Desire Kabilas, den diktatorisch regierenden Präsidenten. Nach der Machtergreifung Kabilas kam es wegen unterschiedlicher Interessen zum Bruch mit den einstigen Verbündeten Ruanda und Uganda. Diese versuchten nun Kabila zu stürzen. Andere afrikanische Staaten eilten dem neuen kongolesischen Präsidenten zur Hilfe. So entstand der aufgrund seiner Größe so genannte Erste Afrikanische Weltkrieg, bei dem es nicht zuletzt um den riesigen Rohstoffreichtum des Kongos ging. Der Erste Kongokrieg war somit quasi das Bindeglied zwischen dem Völkermord in Ruanda und eben diesem Afrikanischen Weltkrieg.

Diese Proseminararbeit fokussiert sich auf die Rolle Ruandas, da dieses kleine Land zentral für die Geschehnisse an den Großen Seen ist. Die zentrale Frage wird dabei lauten, was Ruanda zum Eingreifen im benachbarten Zaire bewog. Und weiter, welche Ziele es dabei verfolgte und welche Folgen der Krieg auf das Land hatte. Dabei wird zunächst auf die Rolle der Hutu-Flüchtlinge nach Zaire und die daraus resultierende Bedrohung Ruandas eingegangen. Weiters sollen auch innenpolitische Ursachen für einen Kriegseintritt besprochen werden. Im Kapitel drei wird auf die aktive Rolle Ruandas im Kriegsgeschehen eingegangen. Anschließend werden die Folgen des Krieges aufgezeigt. Dabei wird v. a. untersucht, ob das Land wirtschaftlichen Profit aus dem Engagement zog und wie der Konflikt zur innenpolitischen Machtbehauptung der Tutsi-Regierung rund um Paul Kagame beitrug.

¹ African Union, Rwanda: The Preventable Genocide, [http://www.africa-union.org/Official_documents/reports/Report_rowanda_genocide.pdf], 2004, eingesehen 9.2.2009, Kap. 20.1.

Gründe für das Einschreiten Ruandas

Bedrohung aus den Flüchtlingscamps in Zaire

Infolge des Sieges der RPF (Rwanda Patriotic Front) und der Beendigung des Völkermordes in Ruanda im Juli 1994, setzte eine Flüchtlingswelle in die benachbarten Länder ein. Dies betraf überwiegend Hutu, unter ihnen auch Täter des Genozids, die aus Angst vor Racheakten der nun herrschenden RPF und möglichen rechtlichen Folgen ihres Handelns während des Völkermordes, Ruanda verließen. Der RPF gehörten vorwiegend Tutsi, aber auch moderate Hutu an. Von diesen geschätzten zwei Mio. Flüchtlingen ließen sich ca. 850.000 rund um die Stadt Goma in der zairischen Provinz Nord-Kivu nieder.² Flüchtlingslager wurden unmittelbar hinter der ruandischen Grenze eingerichtet, was im Widerspruch zu UN- und OAU (Organization of African Unity)-Resolutionen erfolgte.³ Da sich unter den Flüchtlingen auch Täter des Genozids (ehemalige Soldaten – Ex-FAR⁴ – und Interhamwe, einer Hutu-Power Miliz, welche maßgeblich an den Ermordungen während des Genozids beteiligt war) unentwaffnet in den Lagern aufhielten, führte zu einer Eskalation der Situation. Begünstigt wurde diese „bewaffnete Flucht“ nicht zuletzt der von Frankreich angeführten Operation Turquoise, die gegen Ende des Völkermordes eine Pufferzone zwischen den Kriegsparteien errichtete und so die Flucht zahlreicher Täter ermöglichte.⁵ Diese so genannten Hutu-Power Kräfte, welche die Absicht hatten, die Herrschaft in Ruanda wiederzuerlangen und den Völkermord abzuschließen, konnten nach kurzer Zeit die Kontrolle über die Flüchtlingscamps erlangen. Den übrigen Insassen wurde es verboten, die Lager zu verlassen. Die Hilfskräfte standen vor dem Problem, dass Opfer und Täter nicht zu unterscheiden waren und sie beschlossen daher, weiterhin Hilfsleistungen zu verrichten. Obwohl klar war, dass Milizen die Lager kontrollierten, entschieden sich – mit Ausnahme der Ärzte ohne Grenzen – zahlreiche Ngos zur Fortsetzung ihrer Arbeit, wodurch der Untersuchungsbericht der AU über den Völkermord in Ruanda zum Schluss kommt, dass „many NGOs became in practice caterers to Ex-FAR and the militia.“⁶ Ohne dieser Tatsache zu widersprechen, kann und darf es nicht Aufgabe von Hilfsorganisationen sein, dieses Problem der Lager zu lösen.

Inzwischen schätzte man die Zahl der Soldaten und Milizen in den Camps auf 70.000, die vermehrt Angriffe auf die Grenzgebiete Ruandas tätigten. Die Hutu-Power Führer

² Zahlen African Union, Preventable Genocide, Kap. 19.1–19.3.

³ Dominic Johnson, Kongo. Kriege, Korruption und die Kunst des Überlebens, Frankfurt 2008, S. 71. Flüchtlingslager müssen mindestens 50 km vom Fluchtland entfernt sein.

⁴ Forces armées rwandesies; Reguläre Ruandische Armee vor der Machtübernahme der RPF.

⁵ Frankreich galt als Verbündeter des Hutu-Regimes in Kigali. Im Bürgerkrieg der Regierung gegen die lange Zeit im ugandischen Exil gewesenen und dadurch Englisch sprechende RPF nahm man zumindest durch Waffenlieferungen an die Hutu-Regierung teil.

⁶ African Union, Preventable Genocide, Kap. 19.22.

hatten Zugang zu Medien und verbargen ihre Ziele nicht. Deshalb muss man auch davon ausgehen, dass die Institutionen und Regierungen der Welt über die Problematik Bescheid wussten. Das RPF Regime unter Vize-Präsident und Verteidigungsminister Paul Kagame wies die internationale Staatengemeinschaft mehrmals auf das Problem hin. Die UN nahmen sich des Themas an, beschlossen jedoch nur, dass die Lager Gegenstandsbereich des UNHCR sei und diese die Kombattanten von den „wahren“ Flüchtlingen trennen und entwaffnen sollte. Das UNHCR stellte allerdings sofort klar, dass es dafür einfach nicht im Stande sei.⁷

Warum die internationale Staatengemeinschaft nicht eingriff, kann sich wohl mit ähnlichen Argumenten wie beim Nichteingreifen während des Völkermordes erklären lassen. Kurz gesagt: Die Länder der westlichen Welt hatten weiterhin keine nationalen Interessen an der Gegend, eine Mission war zu teuer und zu riskant, der öffentliche Druck zu gering. Die Ereignisse des Völkermordes hatten also zu keinem tieferen Wandel der jeweiligen Politiken geführt.

Die ruandische Regierung sah sich daher im Stich gelassen. Sie konnte die Angriffe auf ihr Gebiet und die ernst zunehmenden Drohungen aus den Lagern nicht ignorieren. Kagame hatte bei Interviews mehrmals betont, dass irgendjemand die Camps auflösen müsse. Sei es nicht die internationale Staatengemeinschaft, so müsse „den Job“ jemand anderer machen.⁸ Im Herbst 1996 war es schließlich soweit. Ruandische Truppen unter dem Deckmantel der ADFL (Alliance des forces démocratiques pour la libération du Congo) überschritten die Grenze und machten „den Job“. Der Erste Kongokrieg begann. Bemerkenswert ist, dass die westlichen Staaten die Invasion Ruandas als gerechtfertigt bezeichneten.⁹ Neben diesen externen Faktoren des Krieges, gab es auch interne Gründe.

Bedrohung der Tutsi in Zaire

Im Osten Zaires, genauer in den Kivu-Provinzen, lebt ein großer Anteil an Menschen mit ruandischer Herkunft. Diese werden Banyarwanda (Menschen aus Ruanda) genannt.¹⁰ Im Südkivu gibt es zudem das Volk der Banyamulenge, ebenfalls aus Ruanda abstammend und als Tutsi-Volk klassifiziert. Schon lange wurden diese Bevölkerungsgruppen in Zaire als Fremdkörper und Ausländer gesehen, wodurch es immer wieder zu Problemen kam. Mit den Flüchtlingsströmen als Folge des Völkermordes vergrößerte sich auch die Hutu-Tutsi Problematik, die zuvor ein weit

⁷ African Union, Preventable Genocide, Kap. 19.36.

⁸ African Union, Preventable Genocide, Kap. 19.37.

⁹ Timothy Longman, The Complex Reasons for Rwanda's Engagement in Congo, in: John F. Clark (Hrsg.), The African Stakes of the Congo War, New York 2002, S. 129–144, hier S. 134.

¹⁰ Schätzungen, dass ca. 1,75 Mio. (=50%) der Bewohner Nord-Kivus Banyarwanda sind, das Tutsi-Hutu Verhältnis entspricht ca. 20:80; African Union, Preventable Genocide, Kap. 20.13.

geringeres Ausmaß als in Ruanda selbst hatte.¹¹ Die Hutu-Power Kräfte in den Lagern attackierten nun auch die Tutsi-Bevölkerung Zaires. Es kam zu einer Allianz mit lokalen Herrschern, die ebenfalls gegen die Tutsi vorgingen. Diesen ging es v. a. um den Besitz der Tutsi, den sie bei einer Vertreibung einnehmen konnten. Nachdem der Vize-Gouverneur Südkivus im Oktober 1996 den Befehl zur Auslieferung aller Banyamulenge gab, kam es zur Rebellion. Diese mündete, wie oben bereits erwähnt, in die Gründung der ADFL und schließlich zum Krieg.

1981 wurde ihnen dennoch von der Regierung Mobutu die zairische Staatsbürgerschaft verliehen. Nach dem Ende des Kalten Krieges verlor Zaires Langzeit-Diktator Joseph Mobutu die Unterstützung der westlichen Mächte. Ein allmählicher Reform- und Demokratisierungsprozess setzte ein. Mobutu versuchte jedoch neue politische Gruppierungen als ethnisch motiviert zu klassifizieren und so die Ethnien gegeneinander auszuspielen. Die Situation in den Kivus verschlechterte sich zusehends.

Die ruandische Regierung sah sich mit dem Problem konfrontiert, dass die Tutsi Zaires sowohl durch die lokalen Behörden, als auch durch die Ex-FAR/Interhamwe Kräfte der Lager bedroht waren.

Innenpolitische Gründe

Nachdem die RPF 1994 die Macht in Ruanda erlangt hatte, stand sie vor dem Problem der demokratischen Legitimation. Obwohl 16 der 22 Regierungmitglieder – inklusive des Präsidenten Pasteur Bizumungu – Hutu waren, handelte es sich doch um eine Tutsi-Herrschaft. Nicht nur waren die Hutus im Kabinett Gegner der Hutu-Power und repräsentierten damit nur einen Teil der Hutu-Bevölkerung, sondern es existierte auch ein Gegenkabinett. Dieses aus Tutsis der RPF bestehende Gremium entschied über die wichtigen Probleme, die Hutu-Regierungsmitglieder sollten nur den Schein einer nicht-ethnischen Regierung wahren.¹² Deutlich wird dies bei der Person Paul Kagames. Der RPF-Führer nahm 1994 die Position des Vize-Präsidenten und Verteidigungsministers ein. Er gestaltete alle wichtigen Entscheidungen inklusive des Kongoeinsatzes. 2000 wurde er schließlich auch zum Präsidenten gewählt, Präsident Bizumungu hatte als Marionette ausgedient.

Das Verhältnis Hutu-Tutsi betrug auch nach dem Völkermord ca. 85-15%. Somit muss bezweifelt werden, dass die RPF-Regierung bei fairen demokratischen Wahlen einen Sieg einfahren hätte können. Ein Krieg würde auch ein Grund für das Hinauszögern von demokratischen Wahlen sein. In Krisenzeiten sah man sich nicht in der Lage, eine neue Verfassung auszuarbeiten und eine Wahl mit einem möglichen Regierungswechsel abzuwickeln. Die RPF konnte dadurch Zeit gewinnen.

¹¹ Johnson, Kongo, S. 71.

¹² African Union, Preventable Genocide, Kap. 17.17.

Ob auch wirtschaftliche Interessen ein Grund für das Eingreifen Ruandas waren, wird im Kapitel 4 gesondert behandelt.

Ruandas Beteiligung am Kriegsgeschehen

Im Oktober 1996 kam es in der Provinz Südkivu zum Aufstand der Banyamulenge. In Folge formierten sich vier Rebellengruppen (Oppositionsgruppen zur Diktatur Mobutus) zur ADFL unter der Führung Laurent Desire Kabilas mit dem Ziel, Präsident Mobutu zu stürzen. Unterstützt wurden die Rebellen dabei von regulären Truppen aus Ruanda, Uganda und zu Kriegsende auch aus Angola. In nur acht Monaten konnte das 2,3 Mio. km² große Land eingenommen und Mobutu gestürzt werden. Die zairische Armee war schwach und demoralisiert, der Staat bankrott und Mobutu selbst schwer krank. Entscheidend war auch, dass Mobutu keine größere Hilfe mehr aus dem Westen (allen voran Frankreich), welcher ihn während des Kalten Krieges unterstützte hatten, erhielt.¹³ Vielmehr soll hier aber geklärt werden, welche Rolle die ruandischen Truppen im Krieg spielten und warum sie an der Eroberung des ganzen Landes beteiligt, obwohl der primäre Kriegsgrund die Gefahr in den Kivu-Provinzen am östlichen Ende Zaires war.

Paul Kagame stellte in einem Interview mit der Washington Post am 9. Juli 1997 klar, dass die ruandische Armee die Rebellion plante, an den Kampfhandlungen direkt teilnahm, alle wichtigen Städte wie Kinshasa einnahm und die ADFL der Aktion ein kongolesisches Gesicht geben sollte.¹⁴ Ruanda verfolgte dabei vorrangig das Ziel, die Flüchtlingscamps aufzulösen. Dieses Vorhaben wurde sofort nach Ausbruch in Angriff genommen und führte zu einer großen Rückzugswelle der ehemaligen Flüchtlinge nach Ruanda.

Warum zogen aber ruandische Truppen bis nach Kinshasa? Warum war es ein Ziel der ruandischen Politik, Mobutu zu beseitigen?

Zwischenstaatliche Kriege in Afrika sind äußerst selten, die beiden Kongokriege bilden hier eine Ausnahme. Im Allgemeinen gilt das auch in der OAU-Charta formulierte Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines Staates, zu deren natürlich auch die Wahl des Präsidenten zählt. Kagame bestritt zu Beginn des Krieges jegliche Beteiligung seines Landes an den Kämpfen. Erst durch das genannte Interview im Juli 1997 setzte eine Umkehr ein. Dadurch, dass Ruanda aus den Flüchtlingslagern immer wieder bedroht und angegriffen wurde, scheint ein Eingreifen Kigalis in der Grenzregion als Akt der Selbstverteidigung legitim. Mobutu galt vor dem Völkermord

¹³ Herbert Weiss, Civil War in the Congo, in: *Society* Vol. 38 (2001), Mar/Apr, Issue 3, S. 67–71, hier S. 68. Weiss verweist hierbei auch auf die Gewaltakte der zairischen Armee, welche ein Eingreifen des Westens weiter erschwerte.

¹⁴ *Washington Post*, 9.7.1997.

lange Zeit als Verbündeter der Hutu-Regierung in Ruanda. Nach dem Genozid ließ er die Ex-FAR/Interhamwe Kräfte in den Lagern gewähren. In Ruanda war man der Meinung, dass ein Wandel der Politik in den Kivu-Provinzen, gerade der Schutz der zairischen Tutsi, nur ohne Mobutu möglich sei. Nach dem Einmarsch in Kinshasa wurde schließlich Laurent Desire Kabila neuer Präsident, zahlreiche Ruander unterstützten ihn dabei. Bereits 1997 kam es zum Bruch zwischen Kabila und seinen Beratern. Die Hutu-Rebellen im Osten des Landes konnten nicht komplett ausgeschaltet werden und begannen bald mit neuen Angriffen gegen die kongolesischen Tutsi und die Grenzregionen Ruandas. Kigali behielt deshalb seinen Machtanspruch im Nachbarland, insbesondere Militärbasen im Osten. Kabila sah die Chancen eines Friedens in den Kivu-Provinzen nur ohne ruandische Beteiligung; denn es sollte eine rein kongolesische Lösung geben. Die anderen Verbündeten Uganda und Angola spielten nur eine nebensächliche Rolle. Ruandische und kongolesische Interessen kollidierten. Es kam zum Bruch der einstigen Verbündeten.¹⁵ Die Ruander wurden des Landes verwiesen und bekämpften von nun an die von ihnen eingesetzte Kabila-Regierung; der Zweite Kongokrieg begann.

Wie war es möglich, dass die Armee des acht Mio. Einwohner großen Ruandas jene des 50 Mio. großen Zaire schlagen konnte? Die v. a. aus Tutsis bestehenden Truppen Kagames waren kampferprobt. Sie hatten im ugandischen Exil Museveni bei dessen Machtergreifung unterstützt und führten von 1990–1994 einen Krieg gegen die Hutu-Regierung Ruandas. Nach der Machtergreifung in Kigali spielte das Heer weiterhin eine große Rolle. Zum einem war die Machtabsicherung der neuen von Tutsis beherrschten Regierung keineswegs sicher, zum anderen zeichnete sich bereits die Gefahr aus den Flüchtlingscamps an. Die Militärausgaben betragen daher im Schnitt auch 4–5.5% des BIP, wodurch Ruanda nach Angola und Eritrea am drittmeisten aller afrikanischen Staaten in das Heer investierte.¹⁶ Stein Sundstøl Eriksen stellt deshalb auch fest: „Rwandan state was remarkably strong before the onset of the war.“¹⁷ Er bezieht diese Aussage nicht nur auf das Militär, sondern darauf dass es der Regierung gelungen war unmittelbar nach Beendigung des Genozids eine Verwaltung wieder aufzubauen. Ruanda war 1996 eine lokale Großmacht. Dies konnte nicht zuletzt durch die Kriegsteilnahme erreicht werden. Welche konkreten Konsequenzen die Invasion für Ruanda hatte, soll im nächsten Kapitel geschildert werden.

¹⁵ Johnson, Kongo, S. 83.

¹⁶ SIPRI yearbook 2003, zit. n. Stein Sundstøl Eriksen, The Congo War and the Prospects for State Formation: Rwanda and Uganda Compared, in: *Third World Quarterly* Vol. 26 (2005), Heft 7, S. 1097–1113, hier S. 1101.

¹⁷ Eriksen, Congo War, S. 1101.

Folgen des Krieges

Wirtschaft

In Ruanda gibt es praktisch keine Rohstoffe. Im Osten des Kongos hingegen sind Coltan, Diamanten, Gold und andere Mineralien vorhanden. Im Zuge der Kongokriege (besonders im Zweiten) besetzten ruandische Truppen weite Teile dieses Gebietes. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit Ruanda wirtschaftlichen Nutzen aus dem Krieg zog.

Es ist wenig bestritten, dass die primären Gründe für einen Kriegseintritt in den sicherheitspolitischen Gefahren liegen. Der Kriegseinsatz kostete den Staat jedoch große Summen an Geld. Es bestehen Vorwürfe, dass Ruanda die Bodenschätze des Kongos systematisch ausbeutete und sie vom eigenen Staatsgebiet aus weiter exportierten. Timothy Longman schätzt, dass das Land Coltan für ca. 20 Mio. \$ pro Jahr ausfuhr; die Exporte von Diamanten sollen von 166 Karat 1998 auf 30.500 Karat 2000 gestiegen sein.¹⁸ Stephen Jackson sieht die „Coltan-Produktion“ Ruandas bereits 1997/1998 auf dem Höhepunkt, verweist jedoch auf die dramatisch gestiegenen Erlöse aus dem Diamantenexport ab 2000.¹⁹ Natürlich gibt es keine Bestätigung für etwaige Zahlen, schon gar nicht von offizieller ruandischer Stelle. Wirtschaftliche Interessen würden allerdings das Bleiben der Truppen im Kongo nach der Zerstörung der Flüchtlingslager erklären, obgleich die Gefahr von Hutu-Power-Kräften nicht vollständig ausgeschaltet werden konnte und ein Verweilen auch darin zum Teil begründet werden kann.

Mungbalemwe Koyame und John Frank Clark kommen zum Schluss, dass etwaige wirtschaftliche Gewinne sich nicht im Wirtschaftswachstum Ruandas niederschlugen.²⁰ Dies ist verwunderlich, da auch Erlöse, die nicht in der offiziellen Exportstatistik aufscheinen, trotzdem die staatlichen Ausgaben erhöhen müssten. Das kann entweder damit zusammenhängen, dass sich führende Militärs und Politiker selbst bereicherten oder dass die Kriegsausgaben den Gewinn aus der Ausbeutung von Rohstoffen auffraßen. In diesem Sinne könnte man argumentieren, dass wirtschaftliche Interessen nicht als Kriegsgrund dienen, sondern lediglich als Bezahlung des Kriegeinsatzes. Prinzipiell muss man zudem feststellen, dass im Ersten Kongokrieg Ruanda noch mit Kabila verbündet und deshalb auch mit Beteiligung kongolesischer Firmen zu rechnen war und somit nicht im Alleingang plündern konnte. Im Zweiten Kongokrieg änderte sich dies.

¹⁸ Longman, Rwanda, S. 136.

¹⁹ Stephen Jackson, Making a Killing: Criminality & Coping in the Kivu War Economy, in: *Review of African Political Economy*, Vol. 29 (2002), No.93/94, S. 516–536, hier S. 525. Diamantenexporte stiegen von 1999 ca. 400.000\$ auf 1,8 Mio. 2000.

²⁰ Mungbalemwe Koyame/John F. Clark, The Economic Impact of the Congo War, in: John F. Clark (Hrsg.), *The African Stakes of the Congo War* New York 2002, S. 201–224, hier S. 212.

Innenpolitische Folgen

Die von der RPF geführte Regierung Ruandas galt trotz zahlreicher Hutu-Vertreter als Tutsi-Herrschaft. Eine freie demokratische Wahl hätte wahrscheinlich mit einer Niederlage geendet.²¹ Eine solche nicht abzuhalten vergrößerte jedoch den inneren und äußeren Druck auf das Regime. Regiert wurde das Land nach der Verfassung von 1991 und dem Arusha-Abkommen, das eine Machtteilung zwischen Tutsis und Hutus vorsah. Nach einer 22 monatigen Übergangsphase sollte es freie Wahlen geben. Durch den Kriegseintritt wurden die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und das Abhalten von Wahlen hinausgezögert. Erst 2003 kam es zu Wahlen, welche Kagame mit 95% bzw. bei den gleichzeitigen Parlamentswahlen die RPF mit 74% der Stimmen gewann. Die Wahlen werden von westlicher Seite als nicht fair eingestuft.²² Der RPF war es gelungen, in den Jahren von 1994 bis 2003 die politischen Oppositionskräfte praktisch auszuschalten. So ist jegliche Kritik am Modell des neuen Ruandas nach dem Genozid und am Befreiungscharakter der RPF-Machtübernahme verboten. Kurz vor der Wahl 2003 wurde deshalb die MDR (Mouvement Démocratique Républicain – Hutu-Partei und Nachfolgerin der PARMEHUTU) wegen divisionistischer Tendenzen verboten.²³ Außerdem wurde durch den Kriegseinsatz das ruandische Heer gestärkt, was die innere Machtsicherung erhöhte. Somit kann festgestellt werden, dass im Kongo erwirtschaftete Gewinne in das Militär flossen und somit zur innenpolitischen Stabilisierung beitrugen. Ein starkes Heer kann politische Gegner bekämpfen; führt in jedem Fall aber zu Einschüchterung der politischen Opposition.

Einen Aufschwung erhielt Ruanda auch durch internationale Hilfe. Entwicklungshilfe ist im Regelfall an demokratische Standards geknüpft. Die RPF-Regierung konnte jedoch durch Erfolge im Outputbereich, speziell durch Erfolge bei den Millennium Development Goals, weiterhin Fördergelder empfangen. Ruanda bekommt 55% mehr an Hilfe als der afrikanische Durchschnitt.²⁴ Ob Schuldgefühle der Geberländer aufgrund des Völkermordes dabei eine Rolle spielen, bleibt unbeantwortet.

Es bleibt festzustellen, dass der Einsatz im Kongokrieg die politische Übergangsphase zu Wahlen verlängerte und die Macht der Regierung absicherte. Das jährliche Wirt-

²¹ Kagame erklärte zwar, dass ethnische Zugehörigkeit in Ruanda keine Rolle mehr spielen sollte. Dies muss jedoch wegen des geschichtlichen Hintergrunds infrage gestellt werden.

²² Alexander Stroh, Legitimation durch Entwicklung? Das Beispiel Ruanda, in: *GIGA Focus Afrika*, Nr.11, 2007, S. 5.

²³ Alexander Stroh, Ruanda: Keine Zeit für Demokratie? Parlamentswahlen und andere Prioritäten, in: *GIGA Focus Afrika*, Nr.11, Hamburg 2008, S. 3.

²⁴ Zahlen aus An Ansoms, , Resurrection after Civil War and Genocide: Growth, Poverty and Inequality in post-conflict Rwanda, in: *The European Journal of Development Research* Vol. 17 (2005), No. 3, S. 495–508, hier S. 499.

schaftswachstum des Landes bewegte sich seit Ende des Völkermordes bis 2002 stabil um die 10%.²⁵

Schluss

Die Beteiligung Ruandas am Ersten Kongokrieg lässt sich v. a. aus sicherheitspolitischen Gründen erklären. Die Regierung in Kigali konnte die Angriffe der Ex-FAR/Interhamwe Kräfte nicht länger zulassen. Da die internationale Gemeinschaft sich weigerte einzuschreiten, schickte Ruanda selbst Truppen ins Nachbarland. Die Beschützung der Banyamulenge in Zaire spielt hierbei auch eine Rolle, wobei wohl eher untergeordnet. Ruanda war die treibende Kraft im Krieg, die ADFL unter Kabila sollte dem Zug lediglich ein zairisches Gesicht geben. Somit würde die Bevölkerung Zaires die Rebellen eher begrüßen. In Kigali war man der Ansicht, dass die Befriedung des Landes und die damit verbundene Ausschaltung der sicherheitspolitischen Gefahr nur ohne Präsident Kabila möglich seien. Man entschied sich somit das ganze Land zu erobern und eine Regierung unter Kabila zu installieren. Der Bruch mit dem neuen Präsidenten führte schließlich zum Zweiten Kongokrieg.

Inwieweit wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielten oder ob sich das Land durch den Krieg bereicherte, bleibt unsicher. Das Heer konnte jedoch gestärkt werden. Damit verbunden war auch die Machtabsicherung der Tutsi-Regierung in Kigali. Durch den Kriegseinsatz konnte auch Wahlen hinausgezögert werden. Die RPF nutzte die Zeit zur Machtkonsolidierung, indem sie politische Gegner ausschaltete und Erfolge im Bildungsbereich und in der Bekämpfung der Armut erzielen konnte. Dem Ansehen Ruandas in der westlichen Welt hat der Krieg mit Verweis auf die Entwicklungszahlungen nicht geschadet. Es bleiben die unglaublichen Opferzahlen, die der gesamte Konflikt an den Großen Seen gekostet hat: ca. fünf Millionen. Die Rolle Ruandas in diesem Konfliktsystem ist groß; der Kriegseintritt des Landes großteils gerechtfertigt. Die wahren Gründe für die Katastrophe sind im Völkermord von 1994, sowie der Herrschaft Mobutus, seiner Stützung durch den Westen im Kalten Krieg, und im Rohstoffreichtum des Landes und der damit verbundenen Reizung andere Länder, zu finden.

Literatur

African Union, Rwanda: The Preventable Genocide, [http://www.africa-union.org/Official_documents/reports/Report_rowanda_genocide.pdf], 21.1.04, eingesehen 31.3.09.

²⁵ Ebd. S. 497.

Ansoms, An, Resurrection after Civil War and Genocide: Growth, Poverty and Inequality in post-conflict Rwanda, in: *The European Journal of Development Research* Vol. 17 (2005), No. 3, S. 495–508.

Eriksen, Stein Sundstøl, The Congo War and the Prospects for State Formation: Rwanda and Uganda compared, in: *Third World Quarterly*, Vol. 26 (2005), No.7, S. 1097–1113.

Jackson, Stephen, Making a Killing: Criminality & Coping in the Kivu War Economy, in: *Review of African Political Economy* Vol. 29 (2002), No. 93/94, S. 51–536.

Johnson, Dominic, Kongo. Kriege, Korruption und die Kunst des Überlebens, New York 2008.

Koyame, Mungbalemwe/Clark, John Frank, in: Clark, John Frank (Hrsg.), *The African Stakes of the Congo War*, New York 2002, S. 201–233.

Longman, Timothy, The complex reasons for Rwanda's engagement in Congo, in: Clark, John Frank (Hrsg.), *The African Stakes of the Congo War*, New York 2002, S. 129–144.

Stroh, Alexander, Legitimation allein durch Entwicklung? Das Beispiel Entwicklung, in: *GIGA Focus Afrika*, Nr.11, Hamburg 2007.

Stroh, Alexander, Ruanda: Keine Zeit für Demokratie? Parlamentswahlen und andere Prioritäten, in: *GIGA Focus Afrika*, Nr. 11, Hamburg 2008.

Washington Post, 9.7.1997, S. 6.

Weiss, Herbert, Civil War in the Congo, in: *Society* Vol. 38 (2001), Mar/Apr, Issue 3, S. 67–71.

Andreas Staggl ist Student der Geschichte und Politikwissenschaft im 6. Semester an der Universität Innsbruck. Andreas.Staggl@student.uibk.ac.at.

Zitation dieses Beitrages

Andreas Staggl, Die Rolle Ruandas im Ersten Kongokrieg, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 385–395, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

Rubrik Seminar-Arbeiten



Universitäts- und Bildungspolitik in der Habsburger Monarchie: Der politische Hintergrund zur Errichtung des Unterrichts- und Cultusministeriums 1849

Gebhard Bendler

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Mazohl

eingereicht im Semester: SS 2007

Rubrik: SE-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV Leiterin: sehr gut

Abstract

University and Education Politics in the Habsburg Monarchy: The Political Background of the Establishment of the Ministry for Education and Culture in 1849

The following seminar-paper is about the political background of the establishment of the Austrian Ministry for Education and Culture in the year 1849. It will examine the impact of the revolution in 1848 on the development of a “modern” Austrian educational system.

Einleitung

„Bildungspolitik ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts“¹, so der deutsche CSU-Politiker Günther Beckstein. Dass Bildung und deren politische Institutionalisierung wichtig ist, hatten wohl schon andere vor ihm erkannt. Zum Beispiel im 19. Jahrhundert in Österreich. 1848 brach dort, wie in vielen anderen europäischen Staaten, eine bürgerliche Revolution aus. Diese Revolution beschleunigte die bereits begonnene Bildungsdiskussion und führte schließlich zur Errichtung des Unterrichts- und Cultusministeriums im Jahre 1849. Ziel dieser Untersuchung ist es, die politischen Hintergründe aus einer auf die unmittelbaren Ereignisse fokussierten Perspektive, zu beleuchten. Naturgemäß kann eine so kurze Arbeit die multikausalen politischen Zusammenhänge nur andeuten. Deshalb beschränkt sich der Aufsatz auf den Zeitraum von der Revolution 1848 bis zur Ernennung des Unterrichtsministers Leo Graf Thun Hohenstein im Sommer 1849. Die Quellenbasis bilden die Ministerratsprotokolle dieses Zeitraumes, wann immer darin das Bildungsministerium und dessen Einflussphäre zur Sprache kamen, wurde es in die Analyse aufgenommen. Im ersten Kapitel der Arbeit wird allerdings ein Ausflug unternommen. Es wird das preußische Bildungssystem aufgerollt, welches nicht nur dieser Untersuchung den Impuls gab, sondern auch vielen Reformen in jener Zeit. Es war das bildungspolitische Ideal, nach dem sich alle deutschen Staaten und etwas verspätet Österreich orientierten; diesem Modell galt es sich anzunähern.

I. Ausblick auf die preußische Bildungsreform im beginnenden 19. Jahrhundert

In Preußen wurde das gesamte Bildungssystem schon wesentlich früher radikal überarbeitet. Im Rahmen der von Freiherr vom und zum Stein² auf den Weg gebrachten Reformen, die dem mit der französischen Revolution erwachten Freiheitsstreben der Bürger mehr Raum geben wollten, sollte auch das Unterrichtswesen erneuert werden.³ Diese Aufgabe erhielt Wilhelm von Humboldt⁴. Er wurde 1809 zum Direktor für die Sektion der Kultur und des Unterrichts im Ministerium für Inneres nominiert und ist als Urheber für die folgende Modernisierung des Bildungsbereiches in Preußen zu bezeichnen.⁵ Noch im selben Jahr wurde in Berlin die Friedrich-Wilhelm-Universität gegründet, die aber erst im darauffolgenden Jahr den Betrieb aufnahm. Sie entwickelte

¹ Fachgespräch "Jedes Talent fördern – Perspektiven des gegliederten Schulwesens" am 18. Juni 2008, [http://www.csu-landtag.de/www/druckversion/1170_1695.asp], o. D., eingesehen 5.10.2009.

² Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (geb. 25. Oktober 1757 in Nassau; gest. 29. Juni 1831 in Cappenberg, Westfalen) war ein preußischer Beamter, Staatsmann und Reformier.

³ Clemens Menze, Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts, Hannover 1975, S. 19ff.

⁴ Friedrich Wilhelm Christian Carl Ferdinand von Humboldt (geb. 22. Juni 1767 in Potsdam; gest. 8. April 1835 in Tegel) war ein deutscher Gelehrter, Staatsmann und Mitbegründer der Universität Berlin.

⁵ Tilman Borsche, Wilhelm von Humboldt, München 1990, S. 83f.

sich zur Musteruniversität Preußens und diene den meisten anderen Staaten des deutschen Bundes als leuchtendes Vorbild.⁶

Schon in einer 1792 verfassten Schrift Humboldts wird seine Geisteshaltung, die sich in der Reorganisation des Bildungssektors manifestierte, deutlich:

„Der wahre Zweck des Menschen – nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welche die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt – ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste und unerlässliche Bedingung. [...] Gerade die aus der Vereinigung mehrerer entstehende Mannigfaltigkeit ist das höchste Gut, welches die Gesellschaft gibt, und diese Mannigfaltigkeit geht gewiß immer in dem Grade der Einnischung des Staates verloren. Es sind nicht mehr eigentlich die Mitglieder einer Nation, die mit sich in Gemeinschaft leben, sondern einzelne Untertanen, welche mit dem Staat, d.h. dem Geiste, welcher in einer Regierung herrscht, in Verhältnis kommen, und zwar in ein Verhältnis, in welchem schon die überlegene Macht des Staats das freie Spiel der Kräfte hemmt. Gleichförmige Ursachen haben gleichförmige Wirkungen. Je mehr also der Staat mitwirkt, desto ähnlicher ist nicht bloß alles Wirkende, sondern auch alles Gewirkte. [...] Wer aber für andere so räsoniert, den hat man, nicht mit Unrecht, in Verdacht, dass er die Menschen mißkennt und aus Menschen Maschinen machen will.“⁷

In diesem ideologischen Kontext steht auch die Forderung Humboldts nach absoluter Unabhängigkeit der Universität. Forschung und Lehre sollte frei sein von äußeren Einflüssen, frei von politischen sowie kirchlichen Zwängen und wirtschaftlichen Interessen. Die Wissenschaft dürfe ausschließlich der Suche nach Wahrheit und Erkenntnis aus reinem Selbstzweck dienen und habe sich nur diesem Prinzip unterzuordnen.⁸ Ebenso wurde den Studenten die Freiheit zugesprochen, ihre Professoren und die Abfolge des Besuchs der Pflichtgegenstände selbst auszuwählen. Unter den Schlagworten „Lehr- und Lernfreiheit“, die dann auch im Revolutionsjahr 1848 im Kaisertum Österreich besonders laut erschallten, wurde jenes Konzept subsumiert.⁹

Diese Denkansätze stehen in direkter Verbindung zu einer neuen Betrachtungsweise, zu einem anderen Verständnis von Wissenschaft. Wissen solle nicht mehr nur unref-

⁶ Ebd., S. 90.

⁷ Wilhelm von Humboldt, *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen*, Leipzig 1885, S. 22f.

⁸ Menze, *Bildungsreform*, S. 48f.

⁹ Hans Lentze, *Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein* (Sitzungsberichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse 239/2), Wien 1962, S. 26; Richard Meister, *Lehr- und Lernfreiheit in der Thunschen Universitätsreform und in der Gegenwart in Österreich*, in: *Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften* (1957), Nr. 15, S. 207–232, hier S. 208f.; Derselbe, *Entwicklung und Reform des österreichischen Studienwesens* (Sitzungsbericht der österreichischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse 239/1), Wien 1962, S. 68f.

lektierte Reproduktion von vorgefertigten Erkenntnissen sein, sondern im selbständigen und kritischen Forschen und Entdecken erworben bzw. nachvollzogen werden, um sich in eine eigene kognitive Erfahrung, in einen persönlichen Einblick, zu verwandeln. Die Wissenschaft dürfe nicht mehr nur eine reine Vorbereitung auf den Beruf geben oder dazu da sein, dem Staat fleißige Beamte zu züchten. Die Wissenschaft müsse zweckfrei, um ihrer selbst willen existieren, nur so könne sie frei sein. Nur zweckfrei gebildete Menschen können dem Staat vorbehaltlos und rein dienen, nur sie kämen als hervorragende Staatsbedienstete in Betracht, womit gegenüber dem absolutistischen Staat für die wissenschaftliche Freiheit argumentiert wurde.¹⁰

Die preußische Regierung gewährte den Universitäten die Autonomie und die damit verbundenen Rechte auf Selbstverwaltung und Selbstbestimmung, um dieses Programm umsetzen zu können. Es war eine Zeit, in der der Begriff „Freiheit“ hohe Wellen schlug und in Gelehrtenkreisen in aller Munde war. Der so genannte „politische Liberalismus“ war ein Kind der Aufklärung, wobei der Terminus wesentlich jünger ist als die geistige Strömung selbst. In Großbritannien und den USA dominierte diese Bewegung schon im 18. Jahrhundert große Bereiche des politischen und wirtschaftlichen Lebens.¹¹ In Kontinentaleuropa hingegen gelangten diese Ideen nicht so schnell zum Durchbruch. Erst die französische Revolution und die kleineren Revolutionen des 19. Jahrhunderts brachten sie auf Kurs. In den deutschen Staaten verbanden sich die Kultur der Romantik und der deutsche Idealismus mit der liberalen Denkschule; Liberalismus, Nationalismus und auch demokratische Vorstellungen, die zunächst noch mit dem Nationalismus in Einklang waren, gingen eine Symbiose ein.¹² Die auf dem Fundament der „Freiheit“ erbauten deutschen Universitäten wurden ein Hort des Liberalismus. Nachdem das Schreckgespenst Napoleon von der politischen Bühne verschwunden war, setzten die Regierungen der meisten deutschen Staaten wieder auf einen konservativen Kurs, die Restauration wurde eingeleitet.¹³ Die radikalen liberalen Auswüchse an vielen Universitäten waren den konservativen Kräften ein Dorn im Auge. Sie versuchten diese Tendenzen an den Hochschulen einzudämmen und die Ideale Humboldts wurden entschärft bzw. deren praktische Umsetzung nur halbherzig vollzogen. Schon Humboldts Nachfolger, der Beamte Friedrich Schuckmann¹⁴, warf die Autonomiebestrebungen der Universität über Bord und schränkte die für Professoren gültige

¹⁰ Menze, Bildungsreform, S. 53–58.

¹¹ Gerhard Göhler, Liberalismus im 19. Jahrhundert – eine Einführung, in: Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus, hrsg. v. Bernd Heidenreich, Wiesbaden 1999², S. 211–228, hier S. 211–215.

¹² Göhler, Liberalismus, S. 221–224.

¹³ Lentze, Die Universitätsreform, S. 27f.

¹⁴ (Kaspar) Friedrich von Schuckmann, ab 1834 Freiherr von Schuckmann (geb. 25. Dezember 1755 in Mölln; gest. 17. September 1834 in Berlin) war königlich preußischer Staatsminister (Innenminister) und Mitglied des Preußischen Staatesrates.

Zensurfreiheit ein.¹⁵ Mit den Karlsbader Beschlüssen 1819 wurde schließlich viel von dem liberalen Geist, den die Bildungsreform der Universität gebracht hatte, unterdrückt. Dennoch gediehen die subversiven Kräfte an den Hochschulen prächtig und so scheint es nicht verwunderlich, dass die Träger der Revolution 1848 in den deutschen Staaten wie in Österreich dem universitären Kreis zuzurechnen waren.

Ebenso wenig konnte die katholische Kirche als Sympathisant der neuen deutschen Universitäten bezeichnet werden. Ihr gelang es nicht, sich mit den modernen Ideen anzufreunden, aber auch von Seiten der Universitäten wurden gegenüber der katholischen Kirche Ressentiments gehegt.¹⁶ Zudem war die große Mehrheit der jungen deutschen Staaten evangelisch und somit waren auch die Universitäten de facto dementsprechend ausgerichtet, obwohl sie sich laut den humboldtschen Idealen laizistisch zeigen sollten. Die noch aus dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation verbliebenen katholischen Universitäten wurden geschlossen, woran die katholische Kirche Anstoß nahm.¹⁷

Mit der Umstrukturierung der Hochschulen wurde die Metamorphose des Professors vom „wandelnden Lexikon“ zum detailliert forschenden, Wissen erschließenden, Erkenntnis suchenden Wissenschaftler vollzogen. Forschung und Spezialisierung des Wissens fand vorerst vor allem auf der neu definierten philosophischen Fakultät statt. Dort war auch am ehesten das Ideal der Lernfreiheit verwirklicht.¹⁸ Humboldt vollzog eine massive Aufwertung dieser Institution. War sie vorher nur eine Vorbereitungseinrichtung für den Zugang zu den anderen Fakultäten, quasi ein geisteswissenschaftlicher Grundkurs, wo die Ausbildung in den „Septem Artes Liberales“ erfolgte, so wurde sie nun eine Forschungseinrichtung, der viel Bedeutung beigemessen wurde. Im Gegensatz zur Gegenwart hatte die philosophische Fakultät damals eine Führungsrolle an der Universität inne.¹⁹

Aber es wurde im Zuge dieses Reformwerks nicht nur an den Universitäten viel verändert, auch die Gymnasien waren betroffen. Die Schaffung des neuhumanistischen Gymnasiums war ebenso eine Leistung jener Zeit. Besonders lag Humboldt eine umfassende, universale Bildung der jungen Menschen am Herzen: „Das Menschenkind zum Menschen zu erziehen, das heißt ‚humanistisch‘, nicht den Schusterjungen zum Schustern, dies ist die Aufgabe der neuen allgemein bildenden staatlichen Schulen.“²⁰

Das Hauptaugenmerk der dortigen Ausbildung war auf die vier Hauptfächer Latein, Griechisch, Deutsch und Mathematik gerichtet. Ebenso fiel die Einführung des Abiturs

¹⁵ Menze, Bildungsreform, S. 101.

¹⁶ Lentze, Die Universitätsreform, S. 27.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd., S. 28.

¹⁹ Menze, Bildungsreform, S. 56–67.

²⁰ Wilhelm von Humboldt, zit. nach Menze, Bildungsreform, S. 23.

in die schulische Umgestaltung. Damit wurde eine Prüfung ins Leben gerufen, die einen einheitlichen Ausbildungsstandard für den Besuch der Universität sicherte, was die bisherige Aufnahmeprüfung an den Hochschulen obsolet machte und das Niveau hob.²¹

Es soll noch angeführt werden, warum die preußische Bildungsreform Relevanz für die Thematik des politischen Hintergrunds der österreichischen Bildungsreform hat. Zynisch und überspitzt formuliert, könnte behauptet werden, dass die Erneuerungen im österreichischen Unterrichtswesen nur eine Kopie des preußischen Reformwerks waren. In der Tat diente das preußische Werk als Vorbild und es lassen sich zahlreiche Parallelen finden. Etliche am Neugestaltungsprozess des österreichischen Bildungswesens Beteiligte wiesen sogar explizit darauf hin, dass eine Anpassung an das preußische Modell notwendig sei. Denn um den Anspruch auf die Vorherrschaft im deutschen Bund wieder geltend machen zu können, müsse Preußen zumindest auf dem Bildungssektor eingeholt werden.²² Es soll an dieser Stelle jedoch nicht der Eindruck entstehen, dass die Zustände an den preußischen Universitäten paradiesisch waren und einem goldenen Zeitalter der Wissenschaft entsprachen, welches über jeden Verdacht erhaben war. Theorie und Praxis sind bekanntermaßen weiter voneinander entfernt, als man wahrhaben möchte. Wie schon angesprochen war auch Preußen unmittelbar nach Erlass der Reformen in eine politisch reaktionäre Phase eingetreten, weshalb bald viel von dem liberalen Geist an den Universitäten verloren ging.²³

Ein zweiter Punkt, der für den politischen Hintergrund in Österreich von Bedeutsamkeit ist, war das an der preußischen Universität weitgehend verwirklichte Prinzip der Lehr- und Lernfreiheit. Dieses Ideal strebten auch die Professoren und Studierenden in Österreich an und erhoben dessen Umsetzung zu einer Hauptforderung in der Revolution von 1848. Dieser Grundsatz wurde auch zur Prämisse der vom ersten Unterrichtsminister des Habsburgerreiches, Freiherr von Sommaruga²⁴, eingeleiteten Bildungsreform.

II. Der Auslöser der Bildungsreform: die Revolution von 1848

Die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848 entstand aufgrund mehrerer gesellschaftlicher Prozesse, die sich Mitte des 19. Jahrhunderts zuspitzten. Der Impuls

²¹ Lentze, Die Universitätsreform, S. 24 f.

²² Ogris, Die Universitätsreform, S. 11; Lentze, Die Universitätsreform, S. 30; Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Band 4: Von 1848 bis zum Ende der Monarchie, Wien 1986, S. 221 f.

²³ Menze, Bildungsreform, S. 56–67.

²⁴ Biographische Angaben folgen weiter unten.

kam von außen, genauer gesagt aus Paris, doch der Funke war sehr bald auch auf das Habsburgerreich übergelungen. Im März musste der Hof dem Druck der Straße nachgeben und der unbeliebte Staatskanzler Metternich trat zurück und flüchtete nach England.²⁵

Was waren die Gründe für die Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung? Zweifellos war eine starke soziale Komponente für den Ausbruch der Revolution verantwortlich, ein Hauptthema war die Grundentlastung der Bauern, die dann auch tatsächlich vom neu entstandenen Reichstag beschlossen wurde. Aber nicht nur die Bauern zeigten Interesse an Änderungen, auch die sich formierende Arbeiterschaft integrierte sich in das politische Leben. Freilich steckte die Arbeiterbewegung in der Habsburgermonarchie noch in den Kinderschuhen und hatte noch keine kräftige politische Stimme, da Österreich im Gegensatz zu Westeuropa noch nicht gänzlich auf den Zug der Industrialisierung aufgesprungen war.

Das im Aufstieg begriffene Bürgertum war wirtschaftlich ein bedeutender Machtfaktor geworden und wollte nun auch mehr Mitspracherecht auf politischer Ebene. Die bürgerliche Schicht umfasste Gewerbetreibende und größtenteils Beamte, die über einen Hochschulabschluss verfügten, aber vom politischen Entscheidungsprozess gänzlich ausgeschlossen waren. Kunst und Presse unterlagen strikter Zensur im vormärzlichen „Polizeistaat“, freie Meinungsäußerung war ein Fremdwort, die Bürger und ihre gesellschaftlichen sowie kulturellen Ambitionen wurden ins Private zurückgedrängt. Das Studiensystem war gänzlich veraltet und hinkte den anderen deutschen Staaten weit hinterher. Die Universitäten waren schon in der Zeit Maria Theresias von autonomen Körperschaften, wie sie es z. B. in Preußen immer waren, zu staatlichen Einrichtungen umgewandelt worden und unter dieser staatlicher Bevormundung blieben sie auch.²⁶ Von Freiheit war dort keine Rede; es war ein mehr oder minder strikt überwachter, verschulter, regressiver Betrieb. 1848 mündete schließlich der Unmut darüber, der von den neuen liberalen Ideen noch gespeist wurde, in eine Revolution. Was war für die Regierung so beängstigend an dem neuen politischen Geist? Ob es die Teilnahme der Bürger an der Macht war, was die Staatskonferenz²⁷ störte? Was die Habsburgermonarchie auf jeden Fall bedroht hätte, wäre die Umsetzung der nationalen Bestrebungen gewesen. Der meist mit dem Liberalismus einhergehende Nationalismus bot erhebliches Gefahrenpotential für den Gesamtstaat. Die nationalen Ideen standen in krassem Widerspruch zu den Vorstellungen der konservativen Kräfte und bald auch zu jenen des Wirtschafts-

²⁵ Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie 1804–1914 (Österreichische Geschichte 6), Wien 2005, S. 277.

²⁶ Meister, Entwicklung, S. 6.

²⁷ Die Geheime Staatskonferenz war ein Rat, der nach der Machtübernahme des regierungsunfähigen Kaisers Ferdinand die Regierungsaufgaben wahrnahm. Sie ersetzte seit 1836 quasi den Kaiser.

bürgertums. Dieses wollte zwar mehr Mitspracherecht, aber keineswegs ein in kleine Nationalstaaten aufgeteiltes Reich, welches ihrer Meinung nach volkswirtschaftlich nicht mehr konkurrenzfähig gewesen wäre. Das Kabinett Schwarzenberg zum Beispiel, welches zunächst nach der Niederwerfung der Revolution die Fäden im Staat zog und beide genannten Interessensgruppen vertrat, war bemüht Österreich wieder zu einer Hauptrolle auf der internationalen Bühne zu verhelfen, und das war nur mit einem großen Territorialstaat zu bewerkstelligen.²⁸

III. Der Aufbaubeginn des Ministeriums für öffentlichen Unterricht

Die im vorigen Abschnitt dargestellten Ereignisse bilden die Kulisse zur Errichtung eines eigenständigen Unterrichtsministeriums. Mit der Revolution wollten Teile des Bürgertums die österreichische Monarchie auf einen konstitutionellen Weg bringen. Der Widerstand in der Bevölkerung war über Jahre gewachsen und so kam das Aufbegehren des Volkes nicht unerwartet für die Regierung. Metternich spielte schon einige Zeit vor Ausbruch der Revolution mit dem Gedanken, nötige Reformen auf den Weg zu bringen, um der Unzufriedenheit und dem aufkeimenden revolutionären Potential der Bürger den Wind aus den Segeln zu nehmen. Tatsächlich veranlasste er noch am 12. März 1848, dass Beratungen darüber angesetzt werden.²⁹ Doch dies kam zu spät! Die Bevölkerung konnte mit zaghaften, halbherzigen und überdies vage formulierten Konzessionen, die nur ein Tropfen auf dem heißen Stein waren, nicht mehr beruhigt werden. Zahlreiche Petitionen und Memoranden – von allen Seiten – wurden in den Märztagen an den Kaiser herangetragen. Eine mehrmals vorgebrachte Forderung war mit der Hebung des Unterrichts verbunden und auch die Studenten brachten eine Petition mit diesem und noch anderen Postulaten ein. Die angehenden Akademiker waren mit einem jugendlichen Idealismus beseelt, der vor Tatkraft strotzte und das alte verhasste System radikal verändern wollte. Sie drückten der Revolution ihren Stempel auf und waren maßgeblich am Auf- und Umbruch beteiligt. Am selben Tag an dem Metternich unter dem Druck des Aufbegehrens der Bevölkerung Zugeständnisse machen wollte, am 12. März, wurde Kaiser Ferdinand die an der Wiener Universität einstimmig beschlossene Petition der Studenten vorgelegt.³⁰ Das Credo dieser Bittschrift lautete Freiheit. Die darin vorgebrachten Wünsche waren: „Preß- und Redefreiheit zur Herstellung eines gegenseitigen Verständnisses und

²⁸ Zu gesamten Kapitel siehe Rumpler, Chance, S. 261–304; Robert Endres, Revolution in Österreich 1848, Wien 1947.

²⁹ Friedrich Walter, Die österreichische Zentralverwaltung, III. Abteilung: Von der Märzrevolution 1848 bis zur Dezemberversfassung 1867, 1. Band: Die Geschichte der Ministerien Kolowrat, Ficquelmont, Pillersdorf, Wessenberg-Doblhoff und Schwarzenberg, Wien 1964, S. 2f.

³⁰ Engelbrecht, Geschichte, S. 515.

Vertrauens zwischen Fürst und Volk³¹ und schon an zweiter Stelle stand der für diese Arbeit bedeutende Punkt „Hebung des Volksunterrichtes und insbesondere Einführung der Lehr- und Lernfreiheit“³². Des Weiteren wollten sie noch die „Gleichstellung der verschiedenen Glaubensgenossen in staatsbürgerlichem Rechte, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens [und eine] allgemeine Volksvertretung in und außer dem deutschen Bundestheile beim Bunde“³³.

Der Druck der Straße stieg stetig, sodass als letzte Lösung politisches Entgegenkommen blieb. Die Regierung stellte eine Verfassung in Aussicht und hob die Zensur auf. Im Zuge dieser Neuerungen wurde auch entschieden, dass die Hofstellen durch Ministerien ersetzt werden sollten. Im Protokoll der vorletzten Sitzung der Staatskonferenz findet sich dazu Folgendes:

„Es wurde übereinstimmend beschlossen, dass es mit Berücksichtigung des Ah. Patentes vom 15. März d. J. unerlässlich sei, einen verantwortlichen Ministerrat zu bilden. Dieser Ministerrat hätte zu bestehen aus dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Hauses, aus dem Minister des Inneren, aus dem Minister der Justiz, aus dem Minister der Finanzen und dem Minister des Krieges. Den Vorsitz im Ministerrat hat ein von Sr. Majestät zu bestimmender Ministerpräsident zu führen.“³⁴

An dieser Stelle war noch nicht die Rede von der Errichtung eines eigenen Unterrichtsministeriums, aber schon in der darauffolgenden und zugleich letzten Sitzung der Staatskonferenz wurde darüber nachgedacht.

Der neue Innenminister Freiherr v. Pillersdorf³⁵ „hätte insbesondere in Erwägung zu ziehen, in welcher Art und Weise das Polizei- und Studienwesen mit dem Ministerium des Inneren zu vereinbaren sei, oder ob es nicht rätlicher sein dürfte, ein eigenes Ministerium des Kultus und des öffentlichen Unterrichts zu kreieren.“³⁶

Letztlich wurde doch ein eigenes Ministerium des öffentlichen Unterrichts geschaffen, in welchem die bis dato verantwortliche Studienhofkommission aufgehen sollte. Damit sollte den Studenten klar gezeigt werden, dass ihren Angelegenheiten Rechnung getragen wird. Die Petitionen, in denen eine allgemeine Verbesserung der Bildungs-

³¹ Petition der am 12. März 1848 in der Aula der Wiener Universität versammelten Studierenden, zit. nach Engelbrecht, Geschichte, S. 515.

³² Ebd.

³³ Ebd.

³⁴ II. Staatskonferenz, Wien, 17. März 1848, in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, Abteilung I: Die Ministerien des Revolutionsjahres 1848 (20. März 1848–21. November 1848), hrsg. v. Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, bearbeitet v. Thomas Kleťečka, Wien 1996, S. 654.

³⁵ Franz Freiherr von Pillersdorf (geb. 1. März 1786 in Brünn; gest. 22. Februar 1862 in Wien) studierte Staats- und Rechtswissenschaften und war ein österreichischer Staatsmann.

³⁶ III. Staatskonferenz, Wien, 20. März 1848, in: Die Protokolle, S. 656.

situation verlangt wurde, schienen fürs Erste gefruchtet zu haben. Am 24. März 1848 konnte die Bevölkerung in der Wiener Zeitung lesen:

„In der Absicht, die Verbreitung und Vervollkommnung des Volks-Unterrichtes, so wie die vollständigere Entwicklung wissenschaftlicher, technischer und artistischer Studien zu befördern, haben Se. Majestät der Kaiser die Errichtung eines eigenen Ministeriums des öffentlichen Unterrichts zu beschließen geruhet.“³⁷

Am Vortag war der Erlass dazu erfolgt. Darin stand auch, dass „Seine Majestät“ „mit Allerhöchster Entschließung vom 27. März 1848 den zweyten Präsidenten des niederösterreichischen Appellations-Gerichtes, Freyherrn von Sommaruga zum Minister des öffentlichen Unterrichtes zu ernennen geruhet“³⁸ haben.

Wer war dieser Sommaruga? Der aus einem lombardischen Adelsgeschlecht entstammende Franz Freiherr von Sommaruga wurde im Jahre 1780 in Wien geboren. Nachdem er Jura studiert hatte, erlangte er die Professur im kanonischen und bürgerlichen Recht. Der umfassend humanistisch gebildete Rechtsgelehrte war durch die „Gabe eines gediegenen Vortrages zum Lehrer der Jugend wie Wenige berufen, und dieser Beruf wurde auch von den damaligen Leitern des Unterrichtswesens erkannt [...]“³⁹. Im Jahre 1806 erteilte ihn der Ruf auf einen Lehrstuhl in Lemberg. Wegen seiner hervorragenden Qualitäten als Lehrer entschloss sich Kaiser Franz, ihn als Erzieher für seine Söhne heranzuziehen. Nach Ausübung dieser Tätigkeit kehrte er wieder in die Justiz zurück. Unter anderem war er am „Obersten Gerichtshofe“⁴⁰, in der „Hof-Commission in Justizsachen“⁴¹ und in der „Justiz-Section des k.k. Staatsrathes“⁴², wo er entscheidend an der Ausarbeitung von Gesetzen mitwirkte, beschäftigt. Ins Alter gekommen, zog er es vor, den Posten im Staatsrat gegen ein „gemüthlicheres“ Richteramt einzutauschen. Er wurde zweiter Präsident des niederösterreichischen Appellationsgerichtes.⁴³

Warum wurde der 68-jährige Sommaruga mit dem Unterrichtsressort betraut? Der Akt zur Ernennung gibt keinerlei Aufschluss darüber.⁴⁴ Nahe liegend ist, dass er durch seine

³⁷ *Wiener Zeitung*, Nr. 84, 24. März 1848, S. 385.

³⁸ Erlaß [sic!] des k.k. Ministeriums des Inneren vom 23. März 1848, an sämtliche Länderstellen, zit. nach Engelbrecht, *Geschichte*, S. 515.

³⁹ Constantin von Wurzbach, Franz Sommaruga, in: *Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich*, Bd. 35, Wien 1877, S. 276–279, hier 276f.

⁴⁰ Ebd. S. 278.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd.

⁴³ Zu kompletten Abschnitt über Sommaruga ebenda S. 276–279.

⁴⁴ Musil, *Zur Geschichte des österreichischen Unterrichtsministeriums 1848–1948*, in: *100 Jahre Unterrichtsministerium 1848–1948. Festschrift des Bundesministeriums für Unterricht in Wien*, hrsg. v. Egon Lobenstein, Wien 1948, S. 7–14, hier S. 9.

Tätigkeit als Erzieher der Söhne des Kaisers Franz I. und wegen seiner politischen Einstellung, die teilweise mit den liberalen Ideen der Aufständischen d'accord ging, zum Zug kam. Er war seit 1841 Vorstandsmitglied im „Juridisch-politischen Leseverein“.⁴⁵ In dieser Gesellschaft waren zahlreiche renommierte Juristen und Staatsbedienstete. Unter anderem wurde dort Literatur aus dem In- und Ausland gelesen, welche die Zensur nicht passierte. Diese Vereine waren in den Augen der Obrigkeit revolutionäre Katalysatoren: eine „Pflanzschule für die Zwecke der Propaganda“⁴⁶. Die Regierung wollte sich wahrscheinlich durch die Ernennung eines Mannes dieses Formats bei der unzufriedenen Öffentlichkeit beliebt machen.⁴⁷ Auf der anderen Seite darf nicht in Vergessenheit geraten, dass Sommaruga auch Hofrat in der Staatskonferenz war und dadurch genauso ein Teil des alten Systems, das ihm Vertrauen schenkte.⁴⁸ Außerdem arbeitete er seit 1845 in der Studienhofkommission, der Vorgängerin des Unterrichtsministeriums, mit.⁴⁹ Dort hatte war ein Arbeitsausschuss eingerichtet worden, der sich mit Überlegungen zu einer Unterrichtsreform und deren Planung auseinandersetzen sollte. Obwohl also schon seit den 1840er Jahren in der Studienhofkommission eine Umstrukturierung der Universitäten und im Schulwesen in Erwägung gezogen wurde, brachten erst die revolutionären Ereignisse den zur Umsetzung nötigen Druck. In diesem Ausschuss waren noch andere bekannte Namen der späteren Bildungsreform vertreten: Der Philosophieprofessor Franz Exner⁵⁰ aus Prag und der Vizedirektor an der medizinischen Fakultät in Wien, Ernst Freiherr von Feuchtersleben⁵¹.⁵² Oder sollte Sommaruga vielleicht dieses Amt bekleiden, weil er selbst an den Universitäten Wien und Lemberg als Dozent gewirkt hat und deshalb praktische Erfahrung mit dem Hochschulbetrieb hatte? Friedrich Walter schreibt jedenfalls, dass Sommaruga „aus seiner richterlichen Laufbahn keinerlei fachlichen Kenntnisse für sein neues Amt mitbrachte“⁵³ und seine Berufung deshalb rein politische Ursachen gehabt hätte.

Ein Grund warum auch aus den Staatskonferenz- bzw. Ministerratsprotokollen nichts darüber hervorgeht, weshalb Sommaruga für das Bildungsministerium in Frage käme, könnte die geringe Bedeutung sein, die dem Unterrichtsministerium im Vergleich zu den anderen Ministerien beigemessen wurde. Dies zeigt sich schon in der beschrie-

⁴⁵ Rumpler, Chance, S. 274.

⁴⁶ Wilhelm Brauneder, Leseverein und Rechtskultur. Der juridisch-politische Leseverein zu Wien 1840 bis 1990, Wien 1992, S. 150.

⁴⁷ Walter, Zentralverwaltung, S. 7.

⁴⁸ Rumpler, Chance, S. 274.

⁴⁹ Ebd., S. 334.

⁵⁰ Franz Serafin Exner (geb. 28. August 1802 in Wien; gest. 21. Juni 1853 in Padua) war Professor der Philosophie und bedeutender Universitäts- und Schulreformer.

⁵¹ Ernst Maria Johann Karl Freiherr von Feuchtersleben (geb. 29. April 1806 in Wien; gest. 3. September 1849 ebenda) war ein österreichischer Philosoph; er arbeitete als Arzt, Lyriker und Essayist.

⁵² Rumpler, Chance, S. 334.

⁵³ Walter, Zentralverwaltung, S. 8.

benen Debatte, ob überhaupt ein eigenes Ministerium eingerichtet werden sollte. Im historischen Kontext betrachtet, ist die geringe Bedeutung durchaus verständlich, zumal schon die Studienhofkommission den übrigen Verwaltungsstellen rechtlich nicht ebenbürtig war und immer eine untergeordnete Rolle spielte.⁵⁴ Indizien für diese Annahme finden sich beim Studium der Ministerratsprotokolle der Jahre 1848 bis 1849 häufig. Als Schlüsselressorts galten Krieg, Inneres, Äußeres, Finanzen und Justiz. Sie waren ja auch vor den neuen Ministerien die Zentralstellen im Staat. Und nach wie vor sind in der politischen und öffentlichen Wahrnehmung dieselben ministeriellen Geschäftsbereiche, ausgenommen Krieg bzw. mittlerweile Verteidigung, die bedeutendsten in Österreich.

In einer Rede Sommarugas vor den Studenten der Wiener Universität am 30. März 1848 wird das Programm deutlich, auf welchem die zu initiiierende Reform basieren sollte. Die Forderungen der Studenten auf dem Bildungssektor scheinen Gehör gefunden zu haben:

„In allen Zweigen der Volksbildung wird zu Umgestaltung geschritten werden. Besonnenheit und weise Erwägung muß diese Umgestaltung entwerfen und durchführen. Wir wollen ein Gebäude aufführen von fester Dauer, ähnlich – so sehr es nur immer die Verhältnisse des Vaterlandes gestatten – jener blühenden Hochschulen Deutschlands, die wir als Vorbilder gründlicher wissenschaftlicher Ausbildung verehren. Lern- und Lehrfreiheit, durch keine Schranke als jene constitutioneller Gesetze gebunden, wird ihre Grundlage sein.“⁵⁵

Das zentrale Anliegen des Ministeriums Sommaruga war die Neugestaltung des antiquierten universitären Bereichs. Am 5. April holte er zahlreiche Fachmänner an Bord, um den Vorsätzen Taten folgen zu lassen.⁵⁶ Es handelte sich dabei durchwegs um kreative Köpfe mit frischen, modernen Ideen – allesamt talentierte Universitätsprofessoren. Die zwei wichtigsten Namen darunter, die im weiteren Verlauf der Reform immer wieder hervortreten und die auch an höheren politischen Positionen im Ministerium zu finden sein werden, sind Feuchtersleben und Exner. Letzterer war Philosophieprofessor in Prag und wie bereits erwähnt schon in der Studienhofkommission maßgeblich an Reformplänen beteiligt. Exner war ein glühender Verehrer des humboldtschen Reformwerks und 1848 sicherlich als fortschrittlicher Liberaler zu bezeichnen.⁵⁷ Es ist gewiss nicht falsch, ihn als den wahren Vater der künftigen Reform zu bezeichnen, denn er war im Ministerium die federführende Kraft bei den Entwürfen

⁵⁴ Engelbrecht, S. 515.

⁵⁵ Rede des Unterrichtsministers Franz Freiherr von Sommaruga in der Aula der Wiener Universität am 30. März 1848, zit. nach Engelbrecht, Geschichte, S. 516.

⁵⁶ Meister, Entwicklung, S. 69f.

⁵⁷ Für biographische Information siehe Constantin von Wurzbach, Franz Exner, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 4, Wien 1858, S. 115–122, hier S. 115f.

und Plänen, die dann auf höherer politischer Ebene umgesetzt wurden. Auf Feuchtersleben wird an späterer Stelle noch eingegangen.

Die Berufung jenes fähigen Personenkreises wird in der Literatur als die größte Leistung Sommarugas gewertet. Der Exaktheit wegen soll hier nicht unterschlagen werden, dass die Studienhofkommission das letzte Mal am 29. April tagte und erst ab diesem Zeitpunkt wurde sie vom im Aufbau begriffenen Bildungsministerium absorbiert.⁵⁸ Damit war der Wandel von Studienhofkommission zu Unterrichtsministerium komplett vollzogen. Bis dahin war Sommaruga zwar schon de jure Unterrichtsminister, aber de facto eigentlich nur der neue Leiter der Studienhofkommission gewesen.

IV. Das Unterrichtsministerium in den Kabinetten Kolowrat, Ficquelmont und Pillersdorf

Das provisorische Ministerium Kolowrat⁵⁹ begann schon kurz nach seiner Installation auseinander zu bröckeln. Die Ministerposten hatten in die Jahre gekommene Herren inne, welche im „alten“ System ihre Sozialisierungen erfahren hatten und noch immer darin verhaftet waren. Allesamt waren sie Träger des vormärzlichen Staates gewesen, der von der Revolution beseitigt werden wollte und in welchem gerade sie die höchsten Regierungsämter besetzten. Neben Sommaruga konnte nur der ehemalige Leiter der Vereinigten Hofkanzlei, Innenminister Pillersdorf, als nicht erkonservativ eingestuft werden.⁶⁰

Einigen von ihnen ermangelte es bereits an einer soliden gesundheitlichen Konstitution. Zugegeben, auch für ein jüngeres Kabinett hätte die Erledigung der gestellten Aufgaben eine kaum zu bewältigende Herausforderung bedeutet. Den Auftakt im Rücktrittsreigen machte der provisorische Ministerpräsident Graf Kolowrat selbst. Der 71-jährige erklärte am 17. April, also nicht einmal ein Monat nach seiner Bestellung, er habe sich in einer über fünfzig Jahre andauernden Dienstzeit dermaßen verausgabt, dass er den Anforderungen seines Amtes nicht mehr gewachsen sei.⁶¹ Sein provisorischer Nachfolger wurde Außenminister Graf Ficquelmont⁶², der das Ressort der äußeren Angelegenheiten aber dennoch beibehielt. Schon am übernächsten Tag nach der

⁵⁸ Musil, Zur Geschichte, S. 9.

⁵⁹ Graf Franz Anton von Kolowrat-Liebsteinsky (geb. 31. Januar 1778 in Prag; gest. 4. April 1861 in Wien) war Mitglied der Staatskonferenz, er galt als gemäßigt liberaler Staatsmann.

⁶⁰ Walter, Zentralverwaltung, S. 6ff; Stefan Lippert, Felix Fürst zu Schwarzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1998, S. 119.

⁶¹ Walter, Zentralverwaltung, S. 17.

⁶² Karl Ludwig Graf von Ficquelmont (geb. 23. März 1777 auf Schloss Dieuze bei Nancy; gest. 7. April 1857 in Venedig) war General und Staatsmann.

Neubesetzung der Präsidualstelle reichte Justizminister Graf Taaffe⁶³ sein Rücktrittsgesuch ein. Aus dem Ministerratsprotokoll des 19. April ergeht folgende Erklärung:

„Als er [Taaffe] nämlich das ihm von der Ah. Gnade anvertraute Amt eines Justizministers übernahm, hielt er sich für muthig genug, die Beschwerden und Angriffe, die ihn erwarteten, durch längere Zeit zu besiegen. Allein seine in der letzten Zeit herabgesunkene Gesundheit setzt ihn außer Stande, die fortgesetzten Verunglimpfungen der Presse und die Störung durch die Gassentumulte fernerhin zu ertragen. So habe er die verflossene Nacht um 12 Uhr in seiner Wohnung das Stürmen des Haustores, das Einwerfen der Fenster und die Katzenmusik bestehen müssen, was für seine Familie noch mehr als für ihn betrübend gewesen sei. Daher habe er Sr. Majestät das mündliche Ansuchen gemacht, die Ministerstelle niederlegen zu dürfen. [...] er müsse doch dringend um die Abnahme des Departements, wäre es auch nur interimial, wozu vielleicht der Minister des Unterrichts sich herbeilassen würde, bitten, umso mehr, als er auch von einer sich nennenden ständischen Deputation beleidigende Zumutungen erfahren habe. Se. Majestät hätten ihm erlaubt und aufgetragen, im Ministerrate einen Vorschlag für seinen Nachfolger zu machen, was durch die Bezeichnung des Baron Sommaruga und des Vizeministerpräsidenten Baron Gärtner in Erfüllung brächte.“⁶⁴

Noch in derselben Sitzung des Ministerrates wurde das Justizministerium interimistisch Sommaruga übertragen. Am nächsten Tag schon wurde darüber verhandelt, ihn fix auf diesem Posten zu belassen und das Gremium machte ihm das Angebot dafür. Er nahm dazu Stellung und erklärte, dass

„[...] nachdem er seine Kräfte zur Versehung des für ihn ungleich schwierigeren Postens eines Unterrichtsministers, Sr Majestät zur Disposition gestellt habe, er um so bereitwilliger [...] die Funktion eines Justizministers auf sich nehmen würde, da die juristischen Laufbahn sowohl durch szientifische Vorbildung als durch als durch vieljährige praktische Dienstleistung sein eigentlicher Beruf sei, während er sich im Unterrichtswesen zum Teil wie in einem fremden Element bewege.“⁶⁵

Sommaruga fügte im gleichen Atemzug noch hinzu, dass er „für den Fall seines künftigen gänzlichen Ausscheidens aus dem Ministerium“⁶⁶ die Rückkehr zu seinem

⁶³ Eduard Graf Taaffe (geb. 24. Februar 1833 in Wien; gest. 29. November 1895 in Ellischau, Böhmen) war ein österreichischer Staatsmann, der zudem das Amt des Landespräsidenten in Salzburg, Oberösterreich und Tirol bekleidete. Er machte sich als konservativer Sozialreformer einen Namen.

⁶⁴ Protokoll des Ministerrates Nr. 15, Wien, 19. April 1848, in: Die Protokolle, S. 84.

⁶⁵ Protokoll des Ministerrates Nr. 16, Wien, 20. März 1848, in: Die Protokolle, S. 88.

⁶⁶ Ebd., S. 89.

vorigen Posten als zweiter Präsident des Appellationsgerichtes gesichert haben wollte. In dieser „Absicherungs-Klausel“ wird erneut die ungewisse Lage in jenem Sturmjahr und die damit verbundene Instabilität des gesamten Kabinetts ersichtlich. Vielleicht spielte Sommaruga auch schon zu diesem Zeitpunkt, wie viele seiner Kollegen, mit dem Gedanken an einen Rücktritt oder befürchtete den Sturz der Regierung? Er hatte sich ja ein Jahr zuvor bewusst aus den höheren staatlichen Funktionen zurückgezogen, um am Appellationsgericht ein ruhigeres Richteramt zu versehen. Schließlich zählte er damals schon 67 Lenze. Inzwischen war er noch älter geworden und befand sich wieder an einer leitenden Stelle, ausgerechnet in einer Zeit voller Wirrnisse, einer Zeit des Umbruchs, die äußerst schwierige Aufgaben, verbunden mit sehr viel Arbeit, verhielt.

Wie aus dem vorigen Zitat hervorgeht, nahm Sommaruga das ihm zugedachte Amt an. Die Frage der Wiederbesetzung des Justizportefeuilles war damit geklärt, aber wer sollte nun Unterrichtsminister werden?

Innenminister Baron Pillersdorf bot sich in derselben Sitzung dafür an. Er legte dar,

„dass er es dankbar als einen Beweis der Ah. Gnade ansehen [würde], wenn ihm dieses Ministerium unter gleichzeitiger Enthebung vom Ministerium des Inneren übertragen würde. Er habe im bisherigen Laufe seiner Gestion die Überzeugung gewonnen, daß ihm die physische und moralische Kraft gebreche, um den vielfachen und dringenden Anforderungen an den Leiter des Ministeriums des Inneren nur einigermaßen genügend entsprechen.“⁶⁷

Er hätte auch schon einen geeigneten Nachfolger parat: Albert Graf Montecuccoli⁶⁸, ein Mann, der über reichlich Erfahrung, die nötige Intelligenz sowie – im Gegensatz zu Pillersdorf – über ein „kräftige[s] Mannesalter“⁶⁹ verfüge.

„Baron Pillersdorf würde durch Übernahme des Unterrichtswesens zu einem Fache zurückkehren, das er immer mit Liebe gepflegt habe [...]“⁷⁰ Selbstverständlich erkläre er sich bereit, dem zukünftigen Innenminister am Anfang seiner neuen Aufgabe tatkräftig zur Seite zu stehen.⁷¹ Der übrige Ministerrat erkannte die schwierige Aufgabe, die Pillersdorf mit dem Innenministerium zum Teil hatte, und die missliche Lage, in die er durch die momentanen Verhältnisse versetzt war. Die Kollegen gaben aber zu bedenken, dass ein Wechsel in dieser kritischen Situation des konstitutionellen Staatsumbaus äußerst schädlich sei. Es wurde Pillersdorf nahe gelegt, zu einem

⁶⁷ Protokoll des Ministerrates Nr. 16, Wien, 20. März 1848, in: Die Protokolle, S. 89.

⁶⁸ Albert Raimund Zeno Graf Montecuccoli (geb. 1. Juli 1802 in Wien; gest. 19. August 1852 ebenda) war ein österreichischer Staatsmann. Er entstammte einer oberitalienischen Familie und trat nach dem Studium in den Staatsdienst ein. Für weitere biographische Information siehe: Constantin von Wurzbach, Albert Montecuccoli, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 19, Wien 1869, S. 41–50.

⁶⁹ Protokoll des Ministerrates Nr. 16, Wien, 20. März 1848, in: Die Protokolle, S. 89.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Ebd.

späteren, günstigeren Zeitpunkt sein Ressort zu tauschen und Montecuccoli in der Zwischenzeit das Unterrichtsministerium anzuvertrauen.⁷² Pillersdorf konnte sich trotz weiteren Beharrens mit seinem Wunsch nicht durchsetzen. Aus diesen Forderungen Pillersdorfs wird wiederum deutlich, dass das Unterrichtsministerium als ein im Vergleich zum Innenministerium leichter zu bewältigendes Amt aufgefasst wurde, was auch der Realität entsprochen haben dürfte. Abermals zeigt ein in derselben Ministerratsitzung kundgetanes Rücktrittsgesuch, und zwar des Kriegsministers Zanini⁷³, das im Gegensatz zu Pillersdorfs Bemühungen erfolgreich war, wie turbulent jene Zeit sich gestaltete und wie wenig begehrt die Ministerposten waren.

Es wurde schließlich kein neuer Bildungsminister ernannt und die interimistische Betreuung oblag vorerst noch dem bisherigen Amtsinhaber Sommaruga. Er hatte von da an das Justiz- sowie das Bildungsressort über. Da letzteres erst im Aufbau begriffen war, war er mit diesem ausgedehnten Aufgabenbereich überlastet.⁷⁴ Um diesen unbefriedigenden Zustand zu beseitigen, sollte so schnell wie möglich ein neuer Unterrichtsminister gefunden werden. Im Ministerrat vom 7. Mai 1848 wurde das Thema wieder aufgegriffen. Ein Slawe, genauer gesagt ein Tscheche, sollte neuer Unterrichtsminister werden. Dadurch verhoffte man sich in dem herrschenden nationalen Klima die Tschechen dem Gesamtstaat gegenüber gnädig stimmen zu können. Böhmen, „dieß große und wichtige Reich“⁷⁵ solle „seine Interessen hinreichend vertreten sehe[n]“. Es wurde beschlossen, das Ressort dem „gelehrten Geschichtsschreiber“⁷⁶ Franz Palacky⁷⁷ zu offerieren, der „als Schriftsteller und eifriger Vertreter der böhmischen Interessen unter seinen Landsleuten hohes Vertrauen und Achtung erworben habe, so wie ihm dieses auch in der ganzen gebildeten Welt zuerkannt werde“⁷⁸. Der Historiker wurde nach Wien gebeten, wo er dann mit dem neuen provisorischen Kabinettschef Pillersdorf – der vormalige Ministerpräsident Ficquelmont war aufgrund von öffentlichen Protesten gegen seine Person zurückgetreten⁷⁹ – darüber in Verhandlung trat.⁸⁰ Die Sitzung des 9. Mai wurde mit der „Bitte des zum Unterrichtsminister bestimmten Anton (sic!) [gemeint ist Franz] Palacky um eine

⁷² Ebd., S. 89f.

⁷³ Peter Zanini (geb. 1786 in Stein in Niederösterreich, gest. 11. September 1855 in Wien) war Feldmarschalleutnant und Kriegsminister im Jahre 1848. Für weitere biographische Information siehe: Constantin von Wurzbach, Peter Zanini, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 59/60, Wien 1890, S. 167f.

⁷⁴ Walter, Zentralverwaltung, S. 76.

⁷⁵ Protokoll des Ministerrates Nr. 30, Wien, 7. Mai 1848, in: Die Protokolle, S. 176.

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Tschechisch: František Palacký (geb. 14. Juni 1798 in Hodslavice; gest. 26. Mai 1876 in Prag).

⁷⁸ Protokoll des Ministerrates Nr. 30, Wien, 7. Mai 1848, in: Die Protokolle, S. 176f.

⁷⁹ Walter, Zentralverwaltung, S. 69.

⁸⁰ Die Protokolle, S. 183, Anm. 2.

Bedenkzeit bis morgen⁸¹ eröffnet. Schon am nächsten Tag musste der Vorsitzende des Ministerrates, Pillersdorf, eine Absage verkünden. Palacky habe in einem Brief

„die Erklärung abgegeben, daß er durch die Ah. Gnade und das Vertrauen sich sehr gerührt fühle, ebenso aber offen bekennen müsse, daß er in dem gegenwärtigen Momente die Übernahme des Ministeriums für das allgemeine nicht nutzbringend ansehen könne und deshalb sich für verpflichtet erachte, die Bitte zu stellen, es von dieser Ernennung [...] abkommen zu lassen. Damit glaube er dem Staate und Ew. Majestät einen besseren Dienst zu leisten, als mit seinem Eintritte, wo seine Wirksamkeit sich nicht vollkommen bewähren dürfte.“⁸²

Dies war ein herber Schlag, denn man war sich der Zusage sicher gewesen. Der Kaiser hatte das Handschreiben zur Ernennung bereits unterzeichnet gehabt und es sollte noch pro forma bis zur endgültigen Zusage unter Verschluss gehalten werden.⁸³ Wahrscheinlich um die für Pillersdorf daraufhin entstandenen Peinlichkeiten zu schmälern, entschärfte er das Absageschreiben Palackys in seiner Widergabe vor dem Kabinett. Tatsächlich fand sich in dem Brief Palackys keines der milden Worte, die dem Ministerrat serviert worden waren. Mit aller Klar- und Direktheit legte er seine Gründe unverblümt dar. Das Schreiben glich einem liberalistischen und austroslawistischen Manifest:

„Er habe keinen anderen Ehrgeiz als den, ein ehrlicher Mann zu sein. Ehrlichkeit fordere aber vor allem Offenheit und Rückhaltlosigkeit [...]. Solle er Minister sein, so müsse er vor allem darauf Bedacht nehmen, ob [...] sein politisches Glaubensbekenntnis der einzunehmenden Stellung angemessen sei.“⁸⁴

Und er legte seine Überzeugung dar:

„Ich bin ein entschiedener Liberaler, d.i. ich dringe darauf, dass im gesamten Volksleben fortan die Freiheit das oberste Gesetz die Regel bilde; ich will jedoch diese Freiheit in der Art , daß sie nie eine kräftige Regierung nicht nur nicht ausschließe, sondern vielmehr begründen und befestigen helfe“⁸⁵.

Weiters forderte er darin noch, und zwar in einem ausgesprochen harschen Ton, die Gleichstellung der tschechischen Nation mit den anderen der Monarchie und eine Föderalisierung des Habsburgerreiches mit größtmöglicher Autonomie der einzelnen Länder. Er erkannte auch, dass die Tschechen auf die Habsburgermonarchie genauso

⁸¹ Protokoll des Ministerrates Nr. 32, Wien, 9. Mai 1848, in: Die Protokolle, S. 183.

⁸² Protokoll des Ministerrates Nr. 33, Wien, 10. Mai 1848, in: Die Protokolle, S. 197.

⁸³ Walter, Zentralverwaltung, S. 76.

⁸⁴ Schreiben von Palacky, 10. März 1848, zit. nach Walter, Zentralverwaltung, S. 77.

⁸⁵ Schreiben von Palacky, 10. März 1848, zit. nach Walter, Zentralverwaltung, S. 77.

angewiesen wären, wie die Habsburgermonarchie auf sie. Palacky war der Überzeugung, dass die tschechischsprachigen Böhmen in einem womöglich künftig geeinigten Deutschland niemals einen sicheren Platz finden könnten. Er war sich aber auch bewusst, dass keine europäische Großmacht an einem souveränen tschechischen Staat Gefallen finden würde. Aus diesem Grund war Palacky ein Anhänger der Idee, Österreich in ein föderatives Reich umzubauen, wo die kleinen slawischen Nationen Unterschlupf finden würden.⁸⁶

Die demonstrative Ablehnung wird aber erst in Anbetracht der unmittelbaren Vorgeschichte richtig verständlich. Palacky, der heutzutage noch als tschechischer Nationalheld verehrt wird, war gekränkt durch den Verfassungsentwurf Pillersdorfs. Das als „Verfassung des österreichischen Kaiserstaates“ am 25. April präsentierte Dokument, sollte den Wunsch der aufgebrachten Bevölkerung nach einer Konstitution so schnell wie möglich befriedigen.⁸⁷ Der springende Punkt war nun der, dass den Böhmen vorher eine eigene Verwaltung zugesichert worden war und den Ungarn sogar eine eigene Verfassung.⁸⁸ Die Regierung hielt sich aber nicht an die den Böhmen gemachte Zusage, denn die neue Verfassung galt für den gesamten Staat mit Ausnahme der Länder der ungarischen Krone und Lombardo-Venetiens. Sie hatte den Magyaren also ihre weitreichenden Forderungen erfüllt, den Böhmen aber ihre vergleichsweise bescheidenen Anliegen nicht.

Auf jeden Fall war die Neubesetzung des Unterrichtsministeriums damit auf unbestimmte Zeit vertagt und Sommaruga musste weiterhin mit der Doppelbelastung leben.

Die überhastig ausgearbeitete Verfassungsurkunde war für viele eine herbe Enttäuschung und gab der Revolution neuen Zündstoff. Was die Menschen vor allem empörte, war das Wahlgesetz für den von der Bevölkerung geforderten und vom Kaiser in Aussicht gestellten Reichstag. Das beschlossene Zensus-Wahlrecht hätte großen Teilen der Bürger keine Möglichkeit zur Wahl der Mitglieder des zukünftigen Parlaments gegeben.⁸⁹ Die Revolution erhob sich von neuem und war Mitte Mai auf ihrem Höhepunkt angelangt. Die Bevölkerung, ihnen voran die Studenten, war wieder auf den Barrikaden. Das schwache Kabinett musste den demokratischen Forderungen, unter anderen nach dem „allgemeinen Wahlrecht“ und einem Einkammerparlament, nachgeben.⁹⁰ Infolge resignierte das Ministerium Pillersdorf und legte dem Kaiser dar, die letzten Vorkommnisse hätten

⁸⁶ Näheres dazu bietet: Jiri Koralka, *Tschechen im Habsburgerreich und in Europa. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern*, Wien 1991, S. 49–70.

⁸⁷ Endres, *Revolution*, S. 96–104.

⁸⁸ Rumpler, *Chance*, S. 280.

⁸⁹ Endres, *Revolution*, S. 97 f.

⁹⁰ Ebd. S. 103f.

„die Kraft und die Mittel gelähmt, wodurch ihre Dienste der Krone zur Stütze dienen konnten; ihr Pflichtgefühl habe ihnen daher die unabänderliche Nothwendigkeit auferlegt, die ihnen anvertrauten Ministerien in die Hände Seiner Majestät niederzulegen, um den Monarchen in den Stand zu setzen, sich mit Räthen zu umgeben, welche sich einer allgemeinen und künftigen Unterstützung erfreuten“⁹¹.

Das Kabinett Pillesdorf erklärte sich aber geschlossen bereit, seinen Posten nicht zu verlassen, bis neue Minister gefunden wären.⁹² Der Hof, mitsamt Kaiser, flüchtete vor dieser neuen Revolutionswelle nach Innsbruck. Es wurde dem galizischen Gouverneur Graf Stadion⁹³ der Vorsitz in einem neuen Ministerium vorgeschlagen.⁹⁴ Dieser befand jedoch die Zeit noch nicht für reif genug, um eine Regierung der starken Hand zu bilden. Der unentschlossene Pillersdorf stand also weiterhin einem Ministerium vor, welches durch die Abwesenheit des Hofes in seiner Handlungsfähigkeit noch weiter eingeschränkt war. Wenn man die Ministerratsprotokolle dieser Zeit verfolgt, scheint es ums Bildungsministerium in diesem explosiven Klima ruhig geworden zu sein. Dem war aber nicht so. Es wurde eifrig an der Reform gebastelt und es erschienen einige Erlässe, die gravierende Modifikationen im Bildungswesen vorsahen; darauf hier näher einzugehen würde aber den Rahmen dieser Arbeit sprengen.⁹⁵ Im Ministerrat des 24. Mai erging noch ein Bescheid, der die Schließung der Wiener Universität, des Polytechnischen Instituts und der Akademie der bildenden Künste beschloss.⁹⁶ Das Ministerium wollte noch einmal versuchen die revolutionäre Kraft der Studenten zu brechen. Es wollte das mittlerweile wieder eingelebte gemäßigte Klima nützen, denn die Revolution hatte seit der Flucht des Kaisers an Intensität verloren. Ein Richtungstreit war in der Opposition ausgebrochen. Die Protestbewegung wurde in zwei Lager geteilt. Die Studenten waren nunmehr zu den radikalen Rädelsführern des Aufstandes, zum Sprachrohr der Kleinbürger und Arbeiter avanciert und wollten mehr, vor allem mehr Demokratie. Die moderaten liberalen Elemente der Erhebung, das Großbürgertum, waren hingegen mit den bisherigen Ergebnissen bereits zufrieden; ihnen ging die Flucht des Kaisers zu weit. Sie wollten keinen Umsturz, „nur“ ein

⁹¹ Protokoll des Ministerrates Nr.39, Wien, 16.Mai 1848, in: Die Protokolle, S. 221.

⁹² Walter, Zentralverwaltung, S. 87.

⁹³ Franz Seraph Stadion, Graf von Warthausen und Thannhausen (geb. 27. Juli 1806 in Wien; gest. 8. Juni 1853 in Wien) war ein österreichischer Beamter und Politiker. Er galt als konservativer Reformler.

⁹⁴ Walter, Zentralverwaltung, S. 89, 125, 159, 165.

⁹⁵ Einen guten Überblick über die Reform bietet: Lentze, Die Universitätsreform, S. 28–39; und: Walter Goldinger, Die Zentralverwaltung in Cisleithanien – die zivile gemeinsame Zentralverwaltung, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd.II: Verwaltung und Rechtswesen, hrsg. v. Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch, S. 100–189, hier S. 130ff.

⁹⁶ Endres, Revolution, S. 100.

monarchisch-konstitutionelles Österreich. Ihre besitzbürgerlichen Interessen waren in dem bisherigen Großreich besser gewahrt als in kleinen Nationalstaaten.⁹⁷

Diese veränderte Grundstimmung gebrauchte nun die Regierung, um gegen die Studenten, welche bereits Sympathien eingeübt hatten, vorzugehen. Sie schloss – wie gesagt – die Universität und wollte die Akademische Legion, den militärischen Arm der Studentenschaft, auflösen. Die Entschließung des Unterrichtsministeriums, aber vor allem die zu zögerlich angeordnete Verfügung über die gewaltsame Auflösung der Legion stieß auf wenig Gegenliebe, nicht nur bei den Studenten! Pillersdorf machte abermals einen Rückzieher und beließ die Legion, zu stark war ihr Widerstand und der ihrer zahlreichen Anhänger. Das unschlüssig und wankelmütig zwischen Revolution und Reaktion oszillierende, amtsmüde Kabinett – das ja eigentlich schon zurückgetreten war – geriet damit endgültig ins politische Abseits. Weder konnte es durch seine mangelnde Durchsetzungskraft die Reaktion und den Hof überzeugen, noch durch die bescheidene Reformfreudigkeit bei den „Liberalen“ brillieren. Der „Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten Wiens für Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung und Wahrung der Rechte der Völker“, kurz „Sicherheitsausschuß“, diktierte von da an das in der Hofburg isolierte Ministerium. Es sollte noch bis zum 8. Juli dauern, bis ein Mann für die Bildung eines neuen Ministeriums gefunden war.⁹⁸

V. Das Unterrichtsministerium im Kabinett Wessenberg

Dr. Anton Freiherr von Doblhoff-Dier⁹⁹, der unter Pillersdorf Handelsminister gewesen war und als einziger Minister dem geflüchteten Hof nach Innsbruck nachgefolgt war, bekam den Auftrag zur neuen Regierungsbildung. Er errichtete ein Kabinett von „echten“, „vollblütigen“ Liberalen. Er selbst wurde schließlich Innenminister und provisorischer Bildungsminister, da der eigentlich dafür vorgesehene ehemalige Philosophieprofessor Exner ablehnte. Exner wollte sich in seiner Reformtätigkeit niemals durch die Versehung eines höheren politischen Amtes manipulieren lassen bzw. irgendwelchen Zwängen aussetzen. Er bemühte sich, seine Arbeit möglichst unabhängig und dadurch „rein“ zu verrichten. Als Mitarbeiter stand er dem Ministerium jedoch weiterhin zur Verfügung.¹⁰⁰ Dem Minister Doblhoff wurde Dr. Ernst Freiherr von Feuchtersleben, der frühere Vizedirektor der medizinisch-chirurgischen Studien an der Wiener Universität und nunmehrige Mitarbeiter im Unterrichtsministerium unter Sommaruga, als Unterstaatssekretär, der von da an de facto die Geschäfte im

⁹⁷ Zur Lagerspaltung siehe Rumpler, Chance, S. 282, 284.

⁹⁸ Zu diesem Absatz siehe Endres, Revolution, S. 100–104; Heinrich Friedjung, Österreich von 1848–1860, Bd. 1: Die Jahre der Revolution und der Reform 1848 bis 1851, Stuttgart-Berlin 1908, S. 29.

⁹⁹ Anton Freiherr von Doblhoff-Dier (geb. 10. November 1800 in Görz; gest. 16. April 1872 in Wien) war ein österreichischer Politiker.

¹⁰⁰ Salomon Frankfurter, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Unterrichtsreform, Wien 1893, S. 53.

Unterrichtsministerium führte, beigestellt. Das Präsidium und das Außenministerium bekam Johann Philipp Freiherr von Wessenberg¹⁰¹, Alexander Freiherr von Bach¹⁰² wurde Justizminister, Philipp Freiherr von Krauß¹⁰³ oblag weiterhin provisorisch das Finanzressort, der Geschäftsbereich des Krieges blieb ebenso bei Theodor Graf Baillet-Latour¹⁰⁴, Theodor Hornbostel¹⁰⁵ wurde Ackerbau, Handel und Gewerbe zugedacht und Ernst Schwarzer von Heldenstamm¹⁰⁶ nahm das Aufgabenfeld öffentliche Arbeiten an.¹⁰⁷ Am 18. Juli schließlich war das Ministerium fix konstituiert und da erschien in der Wiener Zeitung der erste Teil des „Entwurf[s] der Grundzüge des öffentlichen Unterrichtswesens in Oesterreich“. Es war quasi der Rechenschaftsbericht des an diesem Tag abgedankten Unterrichtsministeriums Sommaruga. Er trug ganz klar die Handschrift Exners.¹⁰⁸ Dieser fortschrittliche Entwurf war die „Roadmap“, nach der sich die zukünftige Reform, die unter dem Minister Thun endlich Gestalt annehmen sollte, orientierte. Feuchtersleben, selbst vom Reformgeist durchdrungen, nahm die Ideen Exners auf, und richtete sein Wirken nach den Reformplänen Exners aus, um „den begonnenen Bauplan im Sinne der öffentlichen Meinung und eigener Überzeugung zu vollenden“¹⁰⁹. Eine pathetische Rede vor Studenten gibt uns einen profunden Einblick in die Gesinnung Feuchterslebens. Er spricht über das Studium im Allgemeinen:

„Nicht durch Verordnungen von oben, nicht durch knechtischen Zwang kann Bildung erzielt werden – nur freie, selbstständige Tätigkeit nach aufwärts kann und wird sie erringen. Die großen Tage, die unserem Vaterland die Freiheit gegeben, mit deren Andenken auch das Ihre ewig fortleben wird, haben Sie aus Schülern zu akademischen Bürgern gemacht.“¹¹⁰

¹⁰¹ Johann Philipp Freiherr von Wessenberg-Ampringen (geb. November 1773 in Dresden; gest. 1. August 1858 in Freiburg/Breisgau) war ein Staatsmann. Für weitere biographische Information siehe: Constantin von Wurzbach, Johann Philipp Freiherr von Wessenberg-Ampringen, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 55/56, Wien 1887, S. 161–169.

¹⁰² Alexander Freiherr von Bach (geb. 4. Jänner 1813 in Loosdorf, NÖ; gest. 12. November 1893 in Unterwaltersdorf, NÖ) war ein österreichischer Jurist und Politiker.

¹⁰³ Philipp Freiherr von Krauß (geb. 28. März 1792 in Lemberg; gest. 26. Juni 1861 in Wien) war Sohn eines österreichischen Beamten und trat nach beendeten Rechtsstudien in den Staatsdienst ein.

¹⁰⁴ Theodor Graf Baillet de Latour (geb. 15. Juni 1780 in Linz; gest. 6. Oktober 1848 in Wien) war ein österreichischer Offizier und Politiker.

¹⁰⁵ Theodor Friedrich Hornbostel, ab 1860 von Hornbostel (geb. 29. Oktober 1815 in Wien; gest. 2. Juni 1888 in Wien) war als Seidenfabrikant und Politiker tätig.

¹⁰⁶ Ernst Schwarzer von Heldenstamm (geb. 15. oder 18. August 1808 in Fulnek in Mähren; gest. 18.03.1860) war unter anderem Redakteur und Verleger (Leiter der Allgemeinen Österreichischen Zeitung). Er wurde in das Frankfurter Parlament gewählt.

¹⁰⁷ Zur Bildung des Kabinetts Wessenberg siehe Walter, Zentralverwaltung, S. 182–185.

¹⁰⁸ Meister, Entwicklung, S. 91.

¹⁰⁹ Freiherr von Feuchtersleben, zit. nach Musil, Zur Geschichte, S. 11.

¹¹⁰ Ernst von Feuchtersleben, Pädagogische Schriften, Paderborn 1963, S. 108ff.

Weiters thematisiert er darin die akademische Legion und betont, dass sein Bereich ausschließlich die Wissenschaft sei und ihn die Legion nichts angehe. Beide Bereiche würden aber ungestört im Einklang weiter existieren und sich weiterentwickeln. Das neue Studienjahr werde beginnen, die Pforten der Universitäten würden wieder öffnen, es gelte nun, sie wieder würdig zu füllen und zu frequentieren. Damit spricht er die Vorkommnisse im Mai an, als die alte Regierung, die Universität geschlossen hatte und die akademische Legion auflösen wollte.

Feuchtersleben präsentiert sich in der Rede als ein idealistischer, den Studenten freundschaftlich und ausgesprochen hilfsbereit, ja großzügig gegenüberstehender Mensch, dem tatsächlich viel an der Universität und an Bildung allgemein zu liegen scheint und der Feuer und Flamme für den Fortschritt ist. So fährt er fort:

„Nicht als Vorstand im bürokratischen Sinne – als Vertreter Ihrer Interessen, als Freund und Teilnehmer spreche ich in Ihrer Mitte, und bitte Sie, gemeinschaftlich mit mir unsere – gemeinschaftliche Aufgabe zu lösen. Wie ich mich heute an Sie, so wenden auch Sie sich unmittelbar an mich – mit Wünschen, Fragen und Bestrebungen. Betrachten Sie das Ministerium des öffentlichen Unterrichts als das, was es ist: die Repräsentation der heiligsten Volksangelegenheit, der Bildung, der Wissenschaft.“¹¹¹

Seine Hymne auf die Solidarität mit den Studenten reißt auch danach noch nicht ab. Immer wieder wiederholt er die Vokabeln, welche Gemeinschaft und Zusammenarbeit beschwören. Mehrmals kommt die Aufforderung, mit jeglicher Sorge zu ihm zu kommen.

Im Gegensatz zu Sommaruga, der die Neugestaltung des gesamten Unterrichtswesen beabsichtigte, aber letztendlich entscheidenden politischen Weichenstellungen aus dem Weg ging oder auf später verschob, gingen die Bemühungen Feuchtersleben gerade davon aus. Er wollte das Verhältnis zwischen Schule und Staat sowie Schule und Kirche klar regeln. Außerdem war ihm viel an der Gleichberechtigung der verschiedenen Nationen und deren Sprachen im Unterrichtswesen gelegen.¹¹²

Seine liberale Einstellung sollte eigentlich – genauso wie diejenige der gleich bzw. ähnlich Gesinnten Kabinettsmitglieder – auf positive Resonanz in der Bevölkerung stoßen. Aber nicht mehr lange sollte Feuchtersleben die Gelegenheit beschieden sein, seine Tatkraft unter Beweis zu stellen. Am 22. Juli wurde der konstituierende Reichstag, das erste Parlament, in Wien eröffnet.¹¹³ Doch schon bald richtete sich die Revolution gegen ihre eigenen Kinder. Den radikal-demokratischen und meist auch

¹¹¹ Ebd.

¹¹² Meister, *Entwicklung*, S. 74f.

¹¹³ Rumpler, *Chance*, S. 283.

zugleich nationalen Kreisen war der Reichstag zu weit – in modernem Jargon – nach rechts in eine gemäßigte Richtung gerutscht und ebenso die liberale Regierung.¹¹⁴ Die Regierung wollte ungern den Gesamtstaat und die Monarchie preisgeben, die meisten Radikalen schon; sie wollten sozialen Ausgleich und eine Demokratie. Anfang Oktober, nur zwei Monate nach Antritt des neuen Kabinetts, spitzte sich die Lage zu. Es kam soweit, dass Kriegsminister Latour von den aufgebrachtten Massen gelyncht wurde. Der Hof und der Großteil des Kabinetts flüchteten wieder und die Revolution wurde von den Truppen des Oberkommandanten der kaiserlichen Armee, Fürst Alfred Windisch-Graetz, wenig später gewaltsam niedergeschlagen. Auch der engagierte Unterstaatssekretär Feuchtersleben ging verstört aus Wien weg und reichte tief resigniert seinen Rücktritt ein. Der einzige Minister, der in Wien ausharrte und die Stellung hielt, war Finanzminister Krauß. Er verwaltete alleine alle Ministerien und war daher auch vom 11. Oktober bis zum 21. November 1848 provisorischer Unterrichtsminister. Der im September unter Feuchtersleben zum Ministerialrat und Leiter des Reformprojekts erhobene Exner verblieb ebenso in Wien und leitete die Geschäfte des Ministeriums.¹¹⁵ Die Bildung einer neuen Regierung war nötig geworden. Der alte, amtsmüde Ministerpräsident Wessenberg, der mit dem Hof nach Olmütz geflüchtet war, drängte darauf. Laut Krauß sollte in der prekären Lage erneut ein „volkstümliches Ministerium“¹¹⁶, das nur aus Liberalen bestehen konnte, installiert werden. Doch er wurde nicht gefragt, die Reaktion hatte andere Pläne, sie wollte dem revolutionären Treiben endgültig ein Ende setzen. Die „radikal-konservative“ Seite, ihr voran der einflussreiche ehemalige Hofkammerpräsident Carl Freiherr von Kübeck¹¹⁷, wollte Windischgraetz zum Diktator erheben. Dieser nahm den ihm angebotenen Titel jedoch nicht an; nichtsdestotrotz erhielt er aber quasi die Vollmachten eines Diktators. Schließlich brachte Windischgraetz, bestärkt durch Wessenberg, ein innenpolitisch weitgehend unbeschriebenes Blatt als Regierungschef ins Gespräch, Windischgraetz' Schwager Fürst Felix von Schwarzenberg^{118 119}.

VI. Das Unterrichtsministerium im Kabinett Schwarzenberg bis zur Ernennung Graf Leo Thun-Hohensteins

Fürst Felix von Schwarzenberg wurde am 19. Oktober vom habsburgischen Familienrat, vorerst noch inoffiziell, zum neuen Ministerpräsidenten und Außen-

¹¹⁴ Ebd., S.284f.

¹¹⁵ Lentze, Die Universitätsreform, S. 31f.

¹¹⁶ Andreas Gottsmann, Der Reichstag von Kremsier und die Regierung Schwarzenberg, Wien-München 1995, S. 22.

¹¹⁷ Carl Friedrich Freiherr Kübeck von Kübau (geb. 1780 in Iglau/Mähren; gest. 11. September 1877).

¹¹⁸ Felix Prinz (genannt Fürst) zu Schwarzenberg (geb. 2. Oktober 1800 in Böhmisches-Krumau; gest. 5. April 1852 in Wien) wirkte als österreichischer Staatsmann, Diplomat und Offizier.

¹¹⁹ Zu den Oktoberereignissen siehe: Gottsmann, Der Reichstag, S. 22–26; Endres, Revolution, S. 139–156.

minister ernannt.¹²⁰ Schwarzenberg war alles andere als liberal, aber dennoch wurde er von den konservativen Kräften als zu liberal angesehen. Verdächtig erschien, dass er den ihnen verhassten Reichstag nicht sofort auflöste, sondern nur vertagte. Der Diplomat Schwarzenberg war ein kluger Taktiker; er verstand es, sich einigermaßen liberal zu geben und erkannte, dass allein mit den erzkonservativen Kräften kein Staat zu machen sei. In diesem Sinne schreibt er an seinen Schwager Windischgraetz:

„Ich kenne in der Monarchie nicht 12 Männer unseres Standes, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen mit Nutzen im Oberhause Platz nehmen könnten [...]. Ich muß leider auf meiner Absicht beharren, daß von unserer Aristokratie als solcher nichts zu erwarten ist, und dass ich deshalb kein anderes Element des Widerstandes gegen die Revolution sehe als den Besitz.“¹²¹

Der reformkonservative Schwarzenberg stellte ein ausgewogenes Kabinett aus „reformistischen Konservativen, konservativen Liberalen und zentralistischen Bürokraten“¹²² zusammen. Innenminister wurde der vormalige Gouverneur von Galizien, Franz Graf Stadion, der sich noch als ausgesprochen liberaler Zentralist entpuppen sollte. Eigentlich hatte er Stadion überhaupt kein Ministeramt in Aussicht gestellt und dafür Bach vorgesehen, der im Begriff war eine Wandlung vom demokratischen Saulus zum monarchischen Paulus zu vollziehen.¹²³ Windischgraetz war aber dagegen, denn für ihn sollte er immer der radikale Revolutionär bleiben; er plädierte für Stadion. Schließlich einigten sie sich auf einen Kompromiss, Bach durfte weiterhin das Amt des Justizministers bekleiden. Der treu ausharrende Beamte Krauß sollte ebenso seinen Posten als Finanzminister beibehalten; der konstitutionell, aber monarchistisch eingestellte moderate Liberale war nicht unumstritten. Kübeck wäre eher in Frage gekommen, aber er war zu konservativ. Das Handelsressort sollte der weitsichtige, wirtschaftlich und technisch hoch gebildete evangelische Karl Ludwig Freiherr von Bruck¹²⁴ versehen. Für das Landeskultur- und Montanwesen zog Schwarzenberg den Reichstagsabgeordneten und Bergbauunternehmer Ferdinand Freiherr von Thinnfeld¹²⁵ heran, dieses Ministerium, das kurz „Ackerbauministerium“ genannt wurde, ersetzte das Ministerium für öffentliche Arbeit. Der Geschäftsbereich des Krieges wurde dem politisch unbedeutenden Generalmajor Franz Freiherr von

¹²⁰ Rumpler, Chance, S. 307.

¹²¹ Schwarzenberg an Windisch-Graetz, 11. und 13. 2. 1849, zit. nach Gottsmann, Der Reichstag, S. 26, Anm. 57.

¹²² Rumpler, Chance, S. 305.

¹²³ Rudolf Kiszling, Fürst Felix zu Schwarzenberg. Der politische Lehrmeister Kaiser Franz Josephs, Graz-Köln 1952, S. 45–52.

¹²⁴ Karl Ludwig Bruck, seit 1844 Ritter von Bruck, seit 1849 Freiherr von Bruck (geb. 8. Oktober 1798 in Elberfeld, Rheinland; gest. 23. April 1860 in Wien).

¹²⁵ Ferdinand Joseph Johann Freiherr von Thinnfeld (geb. 24. April 1793 in Graz; gest. 8. April in Feistritz).

Cordon¹²⁶ übertragen. Es sollte den hohen Militärs kein selbstbewusster, starker Minister vorgesetzt werden. Es blieb das Unterrichtsministerium: Exner weigerte sich nach wie vor Ministerwürden zu erlangen, also wurde der promovierte Jurist und Historiker Alexander von Helfert auserkoren. Helfert wurde 1820 in Prag geboren und erreichte schon im jungen Alter von 27 Jahren die Professorenwürde an der Universität Krakau. Ein Jahr danach durfte er als Delegierter in den österreichischen Reichstag einziehen. Genauso wie Leo Graf Thun war er ein Anhänger der Mittelpartei Stadions, aus welcher dann die „feudalen Konservativen“ hervorgingen.¹²⁷ Stadion soll es anscheinend auch gewesen sein, der ihn für den Posten ins Gespräch gebracht hatte.¹²⁸ Helfert wurde unbestritten als konservativ eingeschätzt und hatte sich im Kampf gegen die Revolution hervorgetan. Der gläubige Katholik weigerte sich aber in die Regierung einzutreten, jedoch erklärte er sich bald bereit, zumindest als Unterstaatssekretär für Bildungsangelegenheiten zu fungieren und dem zurückgetretenen Feuchtersleben nachzuzufolgen.¹²⁹ Provisorischer Unterrichtsminister wurde der Innenminister, doch die Geschäfte führte Helfert. In der Bildungspolitik Helferts kam seine supranationale, föderalistische Haltung durch. Er setzte die Bestrebungen Feuchtersleben nach der Gleichstellung der Nationen im Bildungsbereich und der damit verbundenen Ausbildung in ihren Sprachen fort. In seine Wirkungszeit fällt auch die von Exner veranlasste Berufung des protestantischen preußischen Gymnasiallehrers und Altphilologie-Professors Hermann Bonitz¹³⁰, der den Organisationsentwurf der Gymnasien entscheidend mitgestalten sollte.¹³¹

Alle Posten im Ministerium waren mit moderaten Politikern besetzt. Stadion, Krauß, Bach, Thinnfeld und Bruck im liberalen Sinne, Helfert und Cordon im konservativen. Die Wahl der Regierungsmitglieder bestimmten in erster Linie ihre fachlichen Kompetenzen und erst in zweiter Linie politische Beweggründe.¹³²

Der Konservativismus Schwarzenbergs wollte ein einheitliches, starkes Österreich, das nicht auf einem feudalen Fundament stünde; er wollte einen modernen, reorganisierten Staat. Eine weitere Bedingung des Regierungsantritts Schwarzenbergs war der Thronwechsel. Der führungsschwache Kaiser Ferdinand dankte zugunsten seines Neffen Franz Joseph ab. Mit dem neuen Monarchen begann eine neue Ära. Ob der neue, jugendliche Kaiser schon zu diesem Zeitpunkt bewusst vorhatte, den Kurs des Neoabsolutismus einzuschlagen, darf bezweifelt werden. Auf jeden Fall setzte mit

¹²⁶ Franz Freiherr von Cordon (geb. 1796 in Wien; gest. 1878).

¹²⁷ Christoph Thienen-Adlerflycht, Leo Thun im Vormärz. Grundlagen des böhmischen Konservativismus im Kaisertum Österreich, Graz-Wien-Köln 1957, S. 192.

¹²⁸ Musil, Zur Geschichte, S. 12.

¹²⁹ Zur Regierungsbildung siehe Lippert, Felix Fürst zu Schwarzenberg, S. 172–175.

¹³⁰ Hermann Bonitz (geb. 29. Juli 1814 in Langensalza; gest. 25. Juli 1888 in Berlin).

¹³¹ Meister, Entwicklung, S. 75.

¹³² Lippert, Felix Fürst zu Schwarzenberg, S. 172–175.

seiner Thronbesteigung und mit der Regierung ein Kurswechsel ein, der unter dem Slogan „Revolution von oben“ subsumiert werden kann.

Was passierte unterdessen im Bildungsministerium?

Helfert blieb auf dem von seinen Vorgängern eingeschlagenen Weg. Exner konnte seine Reformpläne nahtlos fortsetzen. In der Tat war der Einfluss Helferts beschränkt; Exner gab den Kurs vor. Worüber wurde im Ministerrat bezüglich des Bildungswesens diskutiert?

Die erste bildungspolitische Debatte befasste sich damit, ob es unter Anbetracht der revolutionären Beteiligung der Studenten und den damit einhergehenden Vorkommnissen in der Aula der Wiener Universität, wo sich die radikale studentische Bewegung in den Sturmtagen versammelte und die Synonym für dieselbe wurde, angebracht sei, eine Abordnung der Wiener Universität zur kaiserlichen Audienz vorzulassen. Es wurde befunden, dass der als konservativ bekannte Universitätslehrkörper nichts mit den radikalen Studenten gemein habe und einer Audienz deshalb nichts im Wege stehen dürfe. Ein weiterer Tagesordnungspunkt in dieser Sitzung war der angekündigte Wiederbeginn der Fakultätsstudien. Feldmarschallleutnant Baron Welden erhob Bedenken und schlug vor, die Fakultätsstudien noch nicht zu öffnen, da den Studierenden damit wieder eine Organisationsplattform für den Aufstand geboten würde.¹³³

„Graf Stadion äußerte hierüber, er verkenne nicht die Gefahr, welche daraus für die öffentliche Ruhe entstehen könnte, wenn man alle die gefährlichen Elemente, welche die ‚Wiener Aula‘ bildeten, sich hier wieder versammeln und ungestört gewähren ließe. Davon sei aber keine Rede [...]. Allein die gänzliche Schließung der Fakultätsstudien im laufenden Jahre wäre doch eine harte, nachteilige und unnötige Maßregel. Hart, weil sie viele Unschuldige, namentlich unter den Hörern der Rechte treffen würde, bei welchen ein guter Geist vorherrschend war, nachteilig, weil so viele Studierende ein Jahr ohne Beschäftigung zubrachten, wobei sie sich ganz ungestört dem politischen Treiben in den Städten und auf dem flachen Land widmen könnten [...].“¹³⁴

Die Wiedereröffnung der Fakultätsstudien war also beschlossene Sache, zumal sich die anderen Minister der Meinung Stadions anschlossen. Im Ministerrat am 27. Dezembers wurde als Wiederbeginn der 1. April 1849 verlautbart. Es durften sich jedoch nur Inländer und bei einigen Studien sogar nur Ober- und Niederösterreicher imma-

¹³³ Protokoll des Ministerrates Nr. 7, Wien, 25. Dezember 1848, in: Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, Abteilung II: Das Ministerium Schwarzenberg, Bd. 1 (5. Dezember 1848–7. Jänner 1850), hrsg. v. Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, bearbeitet v. Thomas Kleťečka, Wien 2002, S. 46f.

¹³⁴ Ebd., S. 47.

trikulieren, „wenn sie sich über ihre tadellose Haltung in politischer und moralischer Beziehung ausweisen können“¹³⁵. Ausgenommen von der Wiedereröffnung sollten bis auf weiteres „die Akademie der bildenden Künste“ sowie das „polytechnische Institut“ bleiben, „weil sich die Schüler dieser Anstalten als die tätigsten Werkzeuge der Revolutionspartei bewiesen haben“¹³⁶. Ebenso wurde beschlossen, die letzten Reste der akademischen Legion endgültig aufzulösen.

Im größeren politischen Rahmen standen die Verhandlungen über eine Verfassung, die der föderalistisch eingestellte Reichstag ausarbeiten sollte, auf dem Programm. Die Regierung unter Schwarzenberg setzte aber auf ein anderes Pferd, nämlich auf den Zentralismus. Nach Meinung Schwarzenbergs würde nur ein zentralistisch organisierter Gesamtstaat einem Zerfall trotzen können. Ebenso versuchte der Reichstag, die Souveränität des Kaisers zu unterminieren, was Franz Joseph I. und Schwarzenberg klarerweise nicht dulden wollten. Kurzum: Der Verfassungsentwurf des Reichstages wurde abgelehnt, eine von Stadion ausgearbeitete Verfassung noch am gleichen Tag, und zwar am 4. März 1849, oktroyiert. Der Reichstag wurde gewaltsam aufgelöst.¹³⁷ In der von der Regierung aufgezwungenen Konstitution sollten der Bevölkerung Grundrechte verliehen werden, die auch für das Erziehungswesen von maßgeblicher Bedeutung waren. So heißt es im kaiserlichen Patent unter Paragraph drei: „Die Wissenschaft und Lehre ist frei.“¹³⁸ Und im darauf folgenden Paragraphen:

„Für allgemeine Volksbildung soll durch öffentliche Anstalten, und zwar in den Landestheilen, in denen eine gemischte Bevölkerung wohnt, der Art gesorgt werden, daß auch die Volksstämme, welche die Minderheit ausmachen, die erforderlichen Mittel zur Pflege ihrer Sprache und zur Ausbildung in derselben erhalten. Der Religionsunterricht in den Volksschulen wird von der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft besorgt. Der Staat führt über das Unterrichts- und Erziehungswesen die Oberaufsicht.“¹³⁹

Es wurden also trotz der staatlichen „Vormundschaft“ über das Unterrichtswesen Wissenschaft und Kirche viele Freiheiten gewährt und den nationalen Minderheiten mehr Rechte eingeräumt. Prinzipiell wurde auch der Privatunterricht gestattet. Obwohl diese Verfassung nie in Kraft trat und später Österreich von Kaiser Franz Joseph auf einen neoabsolutistischen Kurs gebracht wurde, bildeten dennoch auch in Zukunft diese

¹³⁵ Ebd., S. 59.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Gottsmann, *Der Reichstag*, S. 100–103; Walter, *Zentralverwaltung*, S. 320–324; Friedjung, *Österreich von 1848–1860*, S. 151–165; Rumpler, *Chance*, S. 313ff; Ernst C. Helbling, *Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte*, Wien 1956, S. 350–353.

¹³⁸ Kaiserliches Patent vom 4. März 1849 über die, durch die constitutionelle Staatsform gewährleisteten, politischen Rechte, in: *Reichsgesetzblatt*, Nr. 151, 1849, S. 165f.

¹³⁹ Ebd.

Grundsätze die Leitlinie für die schließlich unter dem Minister Thun vollendete Reform.

In derselben Sitzung des Ministerrates, in der das Verfassungsoktroi beschlossen wurde, machte erstmals auch Stadion seinem Unmut über die Ausübung zweier Ämter Luft. Er fragte beim Kaiser an, ob es ihm gestattet sei einen anderen Unterrichtsminister vorzuschlagen, „nachdem es ihm unmöglich sei, unter so schwierigen Konjunkturen zwei Ministerien noch länger fortzuführen“¹⁴⁰ Es erfolgte jedoch noch keine Nennung von Kandidaten. Am 9. März wiederholte Stadion noch einmal, welche Last auf ihm liege. Der Ministerpräsident Schwarzenberg betonte daraufhin, dass es notwendig sei, einen Ungarn ins Ministerium aufzunehmen. Es stelle sich nur die Frage, welches Ressort ihm überlassen werden solle? Kultus, Bildung oder doch ein anderes? Er sei schon mit dem ehemaligen ungarischen Hofkanzler, Georg Graf Apponyi¹⁴¹, in Verhandlungen getreten, doch dieser sei bei schlechter Gesundheit, weshalb er ihm den umfangreich gebildeten Grafen Emil Dessewffy an seiner Stelle empfohlen habe.¹⁴² Bei ihm handelte es sich um einen durch sein konservatives politisches Profil in der Reaktion hochgeschätzten Mann.¹⁴³ Justizminister Bach gab aber zu bedenken,

„daß diesem Minister speziell den öffentlichen Unterricht anzuvertrauen auf großen Widerspruch stoßen dürfte. Als früher Palacký zum Unterrichtsminister ernannt wurde (was aber nicht zur öffentlichen Kenntnis kam), erhoben sich bereits viele Stimmen dagegen. Gegen einen ungarischen Unterrichtsminister, bei welchem Ministerium gerade die Nationalitätsfrage praktisch hervortritt, würde nicht nur von slawischer, sondern auch von deutscher Seite nur noch mehr angekämpft werden“¹⁴⁴

Wegen der virulenten Nationalitätenfrage musste die Suche nach einem geeigneten Unterrichtsminister fortgesetzt werden. In der Sitzung des 21. März wurde das Thema zum wiederholten Male von Stadion auf den Verhandlungstisch gebracht, aber man konnte sich auf keine geeignete Person einigen.¹⁴⁵ Stadion erkrankte bald darauf und musste den Sitzungen fern bleiben. Der Gesundheitszustand des Grafen besserte sich nicht und so erfolgte am 17. Mai der Austritt aus der Regierung.¹⁴⁶ Dies bedeutete auch eine Umbildung des Kabinetts, aber es wurden nicht gleich neue Gesichter an Bord geholt, sondern die vakant gewordenen Stellen interimistisch mit Ferdinand von

¹⁴⁰ Ministerrat Nr. 28, Olmütz, 4. März 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 150.

¹⁴¹ Georg Graf Apponyi (geb. 29. Dezember 1808) war Hofkanzler, Kämmerer und geheimer Rat.

¹⁴² Ministerrat Nr. 30, Wien, 9. März 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 157.

¹⁴³ Emil Graf Dessewffy von Cernek und Tárkó (geb. 24. Februar 1812 in Eperies); weitere biographische Information: Constantin von Wurzbach, Emil Graf Dessewffy, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 3, Wien 1857, S. 260f.

¹⁴⁴ Ministerrat Nr. 30, Wien, 9. März 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 157f.

¹⁴⁵ Vgl. Ministerrat Nr. 37, Wien, 21. März 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 182.

¹⁴⁶ Die Protokolle, II. Abt., S. LXVII.

Thinnfeld und Alexander Bach besetzt. Letzterer wurde Innenminister und der andere Unterrichtsminister. Die Regierung war immer noch der Hoffnung, dass Stadion bald wieder zurückkehren würde, weshalb sie noch keine definitive Lösung anstrebte. Schwarzenberg wollte noch zwei Monate abwarten, bis Nägel mit Köpfen gemacht würden.¹⁴⁷ Schon bald darauf drängten Justizminister Bach und Landeskulturminister Thinnfeld auf eine baldige Besetzung der von ihnen vorübergehend vertretenen Ministerien. Bach brachte auch zur Sprache, dass durch die Loslösung der Kultusagenden vom Innenministerium dieses entscheidend geschmälert und dadurch erleichtert werden könne. Die Kultusangelgenheiten waren nämlich immer noch im Innenministerium integriert! Es solle dafür ein eigenes Ministerium geschaffen werden, das man ohne weiteres einem Ungarn anvertrauen könne, meinte Bach in der Ministerratssitzung vom 18. Mai 1849. Dort wurden auch neue Namen für die fixe Besetzung des Unterrichtsministeriums genannt, nämlich Schmerling und Baumgartner.¹⁴⁸ Der bedeutende Mathematiker und Physiker Baumgartner war bereits als Minister im Ministerium Pillersdorf vertreten. Er galt als gemäßigt liberal. Schmerling war zunächst Hauptvertreter der österreichischen „Großdeutschen“ in der Frankfurter Paulskirche und hatte dort als Reichsminister schon administrative Erfahrung sammeln können. Der angesehene Liberale hatte mittlerweile einen leichten Richtungsschwenk in Richtung Schwarzenbergs Konservativismus vollzogen.¹⁴⁹

Die Frage einer Ausscheidung des Kultussektors aus dem Innenministerium wurde wieder in der Sitzung vom 27. Juli aufgegriffen. Mittlerweile war ein Teil des Ministerrats soweit, dass er dem Unterrichtsministerium den Kultusbereich einverleiben wollte. Als Einwand dagegen wurde eingebracht, „dass die Führung der Kultusangelegenheiten durch den Minister des Inneren den politischen Einfluß des letzteren erhöhe und auch für die weltlichen Interessen der Geistlichkeit förderlicher [...]“¹⁵⁰ wäre. Bach sprach sich hingegen mit schlagenden Argumenten für eine Vereinigung aus.¹⁵¹ Der Justizminister und interimistische Innenminister wurde am nächsten Tag definitiv zum Innenminister ernannt und wird, wenn man das Arbeitspensum eines Innenministers betrachtet, gute Gründe gehabt haben diesen Bereich abzutreten.

Endlich also war es soweit, die durch das endgültige Ausscheiden Stadions nötig gewordene Regierungsumbildung wurde am 28. Juli 1849 vollzogen.

Unter anderem wurde jener Mann berufen, der für die Vollendung der von Sommaruga auf den Weg gebrachten Bildungsreform verantwortlich sein sollte und mit dem sich

¹⁴⁷ Ministerrat Nr. 69, Wien, 15. Mai 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 296.

¹⁴⁸ Ministerrat Nr. 72, Wien, 18. Mai 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 309.

¹⁴⁹ Lippert, Felix Fürst zu Schwarzenberg, S. 218.

¹⁵⁰ Ministerrat Nr. 128, Wien, 27. Juli 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 528.

¹⁵¹ Ebd.

der Kreis dieser Arbeit wieder schließt: Graf Leo Thun-Hohenstein¹⁵² wurde das Amt des Ministers für Kultus und Unterricht übertragen. Wie man bereits am Namen des Ministeriums ablesen kann, hat man sich dazu entschieden Kultus und Unterricht zu vereinen.¹⁵³

VII. Die Beweggründe der Berufung Leo Thun-Hohensteins

Aus den Ministerratsprotokollen geht zur Berufung Leo Thun Hohensteins nichts hervor. Exner soll jedoch eine große Rolle dabei gespielt haben. Er hatte den politischen Werdegang Thuns in Prag hautnah mitverfolgt. Thun soll sogar Vorlesungen bei Professor Exner besucht haben, da ihn seine Lehren angesprochen hätten. Exner glaubte, dass Thun über das politische Potential verfügen würde, welches zur Umsetzung seiner Reformpläne nötig war. Ebenso wusste er, dass Thun mit dem philosophischen Fundament, auf welchem sein Reformwerk stand, vertraut war und Gefallen daran fand. Laut dem Güntherianer¹⁵⁴ Alois Flir¹⁵⁵, sei Exners Einfluss im Ministerium nach der Erkrankung Stadions dermaßen gewachsen, dass er die Nominierung Thuns in die Wege geleitet habe.¹⁵⁶

Auch Stadion soll sich für Thun eingesetzt haben. Er soll ihn sogar vorgeschlagen haben. Die beiden kannten sich bereits näher. Als Stadion Gouverneur in Galizien war, arbeitete Thun als Gubernialrat in seiner Regierung. Die beiden schienen sehr angetan voneinander gewesen zu sein, denn die fünf Monate, in denen sie gemeinsam wirkten, zählten zu den glücklichsten in Thuns Beamtenlaufbahn. Thun bewunderte den Pragmatiker Stadion. Dass die Bewunderung bzw. der Respekt nicht einseitig war, zeigt eine spätere Feststellung Stadions. Er behauptete, dass sein in Galizien initiiertes Reformwerk einen Abschluss gefunden hätte, wenn sie ihm Thun nicht genommen und nach Böhmen abberufen hätten.¹⁵⁷

Helmut Rumpler schreibt, dass Schwarzenberg den böhmischen Grafen Leo Thun-Hohenstein zur Beruhigung der konservativen Hofpartei um den entmachteten Windisch-Graetz geholt habe.¹⁵⁸ Da Schmerling als Liberaler galt und nunmehr die

¹⁵² Leopold Graf von Thun und Hohenstein (genannt Leo von Thun-Hohenstein; geb. 7. April 1811 in Tetschen; gest. 17. Dezember 1888 in Wien).

¹⁵³ Ministerrat Nr. 129, Schönbrunn, 28. Juli 1849, in: Die Protokolle, II. Abt., S. 530ff.

¹⁵⁴ Anhänger des Philosophen Anton Günther (1783–1863).

¹⁵⁵ Alois Flir wirkte als Theologe und Schriftsteller. Er war Abgeordneter des Frankfurter Reichsparlaments im Jahre 1848. Für weitere biographische Information siehe: Constantin von Wurzbach, Alois Flir, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 4, Wien 1858, S. 267.

¹⁵⁶ Christoph Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Absolutismus, in: Ulrich E. Zellenberg (Hrsg.), Konservative Profile. Ideen und Praxis in der Politik zwischen Feldmarschall Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock, Graz-Stuttgart 2003, S. 103–168, hier S. 140.

¹⁵⁷ Thienen-Adlerflycht, Leo Thun im Vormärz, S. 190.

¹⁵⁸ Rumpler, Chance, S. 321.

„liberale“ Ausrichtung im Kabinett das Übergewicht zu kriegen drohte, brauchte man zur Kompensation einen Konservativen. Wenngleich die Definition der Ausrichtung hinkt und man von gemäßigt liberal bzw. monarchistisch-liberal oder dergleichen sprechen müsste und damit noch immer dem Sachverhalt nicht gerecht werden würde. Auch was den Konservativismus Thuns anbelangt, ist dieser alles andere als widerspruchsfrei. In der Verfassungsfrage und in seiner Reformtätigkeit benahm er sich keineswegs konservativ und hätte einen glaubwürdigen „Liberalen“ abgeben können.

Dass Windisch-Graetz von der Person Thuns überzeugt war und nichts gegen seine Bestellung auszusetzen hatte, zeigt schon sein loyales Verhalten Thun gegenüber während dessen Gubernialpräsidentschaft in Böhmen. Thun versuchte nämlich während der kurzen, stürmischen Regierungsperiode des Ministeriums Pillersdorf eine provisorische Regierung in Prag zu errichten, wofür er dann vom Kabinett Wessenberg des Amtes enthoben wurde.¹⁵⁹ Windisch-Graetz, damals noch General in Prag, billigte, ja unterstützte sogar dieses Unternehmen.¹⁶⁰ Er hielt nichts auf die Regierung in Wien und war von der „reinsten und edlen Absicht“¹⁶¹ Thuns überzeugt.

Als letzter in der Frage nach den Beweggründen zur Berufung Thuns muss Schmerling genannt werden. In seinen Tagebüchern bedauert er es, dass gerade er „den Grafen Thun ins Ministerium brachte, der in der Folge als Schöpfer des Konkordates eine so traurige Berühmtheit erlangte“¹⁶². Er hätte es sich niemals erdenken können, dass

„ein in allen Kreisen, insbesondere des Mittelstandes durch ungemein feines Wesen und Interesse an allem, was den Fortschritt bedeutet, gerechte Anerkennung gefunden, eine so ultramontane Richtung einschlagen würde“¹⁶³. „Graf Thun habe sich uns damals als Kavalier präsentiert, der über seine Standesgenossen hinaus an Einsicht und Kenntnissen und Interessen für alles Bedeutende hervorragte und hat sich in unserem Kreise der allgemeinen Achtung erfreut. Ich konnte nicht anders denken, als dass er, ein durchaus wissenschaftlich gebildeter und für alle Ideale begeisterter Mann, auch als Minister erfolgreich wirken würde.“¹⁶⁴

In wie weit der jugendliche Kaiser auf die Besetzung des Unterrichtsministeriums Einfluss hatte, geht aus keiner der durchgesehenen Quellen und auch nicht aus der bearbeiteten Literatur hervor. Einzig wird der Kaiser in diesem Zusammenhang bei

¹⁵⁹ Walter, Zentralverwaltung, S 138–149.

¹⁶⁰ Ebd, S.143f.

¹⁶¹ Vortrag Windisch-Graetz' vom 30. Mai 1848, zit. nach Walter, Zentralverwaltung, S. 144.

¹⁶² Schmerlings unveröffentlichte Tagebücher, zit. nach Christoph Thienen-Adlerflycht, Graf Leo Thun-Hohenstein, S. 140.

¹⁶³ Ebd, S. 140f.

¹⁶⁴ Ebd.

Josef Musil erwähnt. Angeblich auf sein Drängen hin, sollte das bisher provisorisch besetzte Ressort endgültig von einem definitiven Minister versehen werden.¹⁶⁵

Quellen und Literatur

Borsche, Tilman, Wilhelm von Humboldt, München 1990.

Brauneder, Wilhelm, Leseverein und Rechtskultur. Der juristisch-politische Leseverein zu Wien 1840 bis 1990, Wien 1992.

Endres, Robert, Revolution in Österreich 1848, Wien 1947.

Engelbrecht, Helmut, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs, Bd. 4: Von 1848 bis zum Ende der Monarchie, Wien 1986.

Fachgespräch "Jedes Talent fördern – Perspektiven des gegliederten Schulwesens" am 18. Juni 2008, [http://www.csu-landtag.de/www/druckversion/1170_1695.asp], eingesehen 5.10.2009.

Feuchtersleben, Ernst von, Pädagogische Schriften, Paderborn 1963.

Frankfurter, Salomon, Graf Leo Thun-Hohenstein, Franz Exner und Hermann Bonitz. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Unterrichtsreform, Wien 1893.

Friedjung, Heinrich, Österreich von 1848–1860, Bd. 1: Die Jahre der Revolution und der Reform 1848 bis 1851, Stuttgart-Berlin 1908.

Göhler, Gerhard, Liberalismus im 19. Jahrhundert – eine Einführung, in: Politische Theorien des 19. Jahrhunderts. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus, hrsg. v. Bernd Heidenreich, Wiesbaden 1992, S. 211–228.

Goldinger, Walter, Die Zentralverwaltung in Cisleithanien – die zivile gemeinsame Zentralverwaltung, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. II: Verwaltung und Rechtswesen, hrsg. v. Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch, S. 100–189.

Gottsmann, Andreas, Der Reichstag von Kremsier und die Regierung Schwarzenbergs. Die Verfassungsdiskussion des Jahres 1848 im Spannungsfeld zwischen Reaktion und nationaler Frage, Wien-München 1995.

Helbling, Ernst C., Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, Wien 1956.

Humboldt, Wilhelm von, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen, Leipzig 1885.

¹⁶⁵ Musil, Zur Geschichte, S. 12.

Kiszling, Rudolf, Fürst Felix zu Schwarzenberg. Der politische Lehrmeister Kaiser Franz Josephs, Graz-Köln 1952.

Kletečka, Thomas (Bearb.), Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, Abteilung I: Die Ministerien des Revolutionsjahres 1848 (20. März 1848–21. November 1848), hrsg. v. Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1996.

Derselbe (Bearb.), Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867, Abteilung II: Das Ministerium Schwarzenberg, Bd. 1 (5. Dezember 1848–7. Jänner 1850), hrsg. v. Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 2002.

Koralka, Jiri, Tschechen im Habsburgerreich und in Europa. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern, Wien 1991.

Lentze, Hans, Die Universitätsreform des Ministers Graf Leo Thun-Hohenstein (Sitzungsberichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse 239/2), Wien 1962.

Lippert, Stefan, Felix Fürst zu Schwarzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart 1998.

Meister, Richard, Entwicklung und Reform des österreichischen Studienwesens (Sitzungsbericht der österreichischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse 239/1), Wien 1962.

Derselbe, Lehr- und Lernfreiheit in der Thunschen Universitätsreform und in der Gegenwart in Österreich, in: *Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften* (1957), Nr. 15, S. 207–232.

Menze, Clemens, Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts, Hannover 1975.

Musil, Josef, Zur Geschichte des österreichischen Unterrichtsministeriums 1848–1948, in: 100 Jahre Unterrichtsministerium 1848–1948. Festschrift des Bundesministeriums für Unterricht in Wien, hrsg. v. Egon Lobenstein, Wien 1948, S. 7–14.

Ogris, Werner, Die Universitätsreform des Ministers Leo Thun-Hohenstein, Wien 1949. *Reichsgesetzblatt*, Nr. 151, 1849.

Rumpler, Helmut, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie 1804–1914 (Österreichische Geschichte 6), Wien 2005.

Thienen-Adlerflycht Christoph, Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Absolutismus, in: *Konservative Profile. Ideen und*

Praxis in der Politik zwischen Feldmarschall Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock, hrsg. v. Ulrich E. Zellenberg, Graz-Stuttgart 2003, S. 103–168.

Derselbe, Leo Thun im Vormärz. Grundlagen des böhmischen Konservativismus im Kaisertum Österreich, Graz-Wien-Köln 1957.

Walter, Friedrich, Die österreichische Zentralverwaltung, III. Abteilung: Von der Märzrevolution 1848 bis zur Dezemberverfassung 1867, 1. Band: Die Geschichte der Ministerien Kolowrat, Fiquelmont, Pillersdorf, Wessenberg-Doblhoff und Schwarzenberg, Wien 1964.

Wiener Zeitung, Nr. 84, 24. März 1848.

Wurzbach, Biographisches Lexikon.

Gebhard Bendler studierte von 2004 bis 2009 Geschichte, Spanisch und Deutsch an den Universitäten Innsbruck, Valladolid (E), und Regensburg (D).

Gebhard.Bendler@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Gebhard Bendler, Der politische Hintergrund zur Errichtung des Unterrichts- und Cultusministeriums 1949, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 399–432, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.



„Magnum beneficium est pax“. Die Sehnsucht nach Frieden im Mittelalter

Barbara Denicolo

Kerngebiet: Mittelalter

eingereicht bei: tit.ao.Univ.Prof. Dr. Alois Niederstätter

eingereicht im Semester: SS 2009

Rubrik: SE-Arbeit

Benotung durch LV-Leiter: sehr gut

„Magnum beneficium est pax“. The desire for peace in the Middle Ages

The following seminar-paper is about the desire for peace in the Middle Ages as a reaction to the increasing fights in the aristocracy. It will show the evolution from the beginning with the Peaces of God in France to the Eternal Peace for the Holy Roman Empire constituted in Worms in 1495.

Einleitung

„Magnum beneficium est pax“¹, schrieb der frühchristliche Philosoph und Theologe Augustinus (354–430) in seinem Werk „De civitate Dei“, „eine große Wohltat ist der Friede“, und spricht wohl jedem Menschen auch heute noch aus dem Herzen. Doch die Schaffung von Frieden erwies sich als äußerst schwierig, zu schwierig für einen Einzelnen. Daher wurden Herrscher aufgrund ihrer Macht mit der Friedenswahrung

¹ Augustinus, De Civitate Dei, 3,9, [<http://www.hs-augsburg.de/~harsch/Chronologia/Lspost05/Augustinus/degcd00.html>], Jänner 2010. zit. nach: Norbert Ohler, Krieg und Frieden im Mittelalter (Becksche Reihe 1226), München 1997, S. 16f.

betrault und sahen es auch als ihre oberste Pflicht und Daseinsberechtigung an, für Frieden zu Sorgen, notfalls auch mit Gewalt.

Die frühmittelalterlichen Strukturen der Konfliktregelung sahen vor, dass Konflikte unter den Beteiligten selbst gelöst wurden, wobei der Geschädigte Anspruch auf Rache und/oder Entschädigung hatte.² Der Grund dafür war das mangelhafte Justizwesen, das bis in die Neuzeit hinein nicht fähig war, dem Einzelnen in solchen Fällen Recht zu verschaffen. Selbsthilfe durch Gewalt war somit ein notwendiges und legales Rechtsmittel. Doch diese Fälle von „Fehde“ nahmen unkontrollierbar zu und wurden immer öfter zum eigenen Vorteil missbraucht. Sie wurden effizienter und verheerender und verstärkten so auch die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die Menschen.³ Im Laufe des 11. Jahrhunderts war schließlich klar, dass das ausartende Fehdewesen einer Regulierung bedurfte. Diese daraus entstandene „Friedensbewegung“ lief quer durch alle Schichten und äußerste sich erstmals in den Gottesfrieden von Frankreich, griff aber schon bald auf das Römische Reich über. Einmal aufgekommen erfuhr die Friedensidee eine ständige Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung, ging zudem vom geistlichen Machtbereich auf den weltlichen über und mündete schließlich im absoluten Verbot der Fehde und der Einrichtung des Reichskammergerichts durch den Ewigen Landfrieden zu Worms von 1495, einem der ersten Reichsgrundgesetze des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, mit dem Ziel die Fehde zu bekämpfen und einen inneren Frieden für das Reich zu schaffen, indem man anstatt der gewaltsamen Austragung von Rechtsstreitigkeiten die friedliche Beilegung durchsetzte.⁴

Doch dieses Einzelereignis war nur der Höhepunkt eines langen und sehr schwierigen Prozesses, der schon im 10. Jahrhundert seinen Anfang genommen hatte. Diese Entwicklung der Friedensidee soll in folgender Arbeit dargestellt werden: Erstens soll die Fehde als eine der treibenden Kräfte dieser Friedensentwicklung erklärt werden. Genauso wichtig erscheint es dann, die Gottesfriedensbewegung mit einzubeziehen, da darin bereits viele Ideen und Konzepte grundgelegt sind, die in den folgenden Jahrhunderten weiterentwickelt wurden. Der Ewige Landfrieden bildet den Abschluss der Ausführungen und ist die Bündelung aller in beinahe 500 Jahren gesammelten Fortschritte.

² Hanna Vollrath, Probleme um die Landfrieden. Fragen an Geschichte und Rechtsgeschichte, in: Arno Buschmann/Elmar Wadle (Hrsg.), Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98), Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 11–29, hier S. 15–21; Ernst-Dieter Hehl, Die Sorge für den Landfrieden als Fall des gerechten Krieges, in: v. Arno Buschmann/Elmar Wadle (Hrsg.), Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98), Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 55–72, hier S. 61.

³ Vollrath, Probleme um die Landfrieden, S. 11–15.

⁴ Mattias G. Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“. Über die Entwicklung des Fehderechts im 15. Jahrhundert bis zum Absoluten Fehdeverbot von 1495 (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte 34), Aalen 2007, S. 1–5.

Besonderer Wert wird in dieser Arbeit – wie schon bereits erwähnt – auf die Entwicklung der Friedensidee gelegt: Vom Ausgangspunkt, dem Problem der Fehde, über die ersten Versuche, dem Problem entgegenzutreten anhand der Gottesfrieden, dem Übergreifen auf das Römische Reich und auf den weltlichen Machtbereich, über die Schwierigkeiten, die sich beim Zusammenprall von Theorie und Praxis, Reformschriften und hehren Ansätzen, sowie den jeweiligen Machtinteressen von Kaiser und Fürsten auftraten, bis hin zu den langsamen Fortschritten, die schließlich zu einem gänzlichen Fehdeverbot führten.

Die Friedensbestrebungen der Städte, die Gründung von Schutz- und Verteidigungsbünden, wie dem Rheinischen Bund oder der Hanse, als eigene und besondere Formen des Landfriedens, werden hier nicht berücksichtigt. Ihre Aufgaben und Ziele erklärten sich nicht durch die allgemeine Situation im Reich, sondern nur durch die eigenen wirtschaftlichen Vorteile. Sie hatten weder eigene Friedensvorstellungen, noch versuchten sie, die des Reiches zu realisieren.⁵

Fehde: eine Definition

Als Ausgangspunkt für diese tiefgreifende Friedensbewegung galt vor allem die Fehde und ihr Missbrauch, sowie die daraus entstandenen sozialen und wirtschaftlichen Probleme. Daher sollte auch hier, um die Bedeutung und den Sinn der Landfriedensbewegung besser erfassen zu können, die Fehde erklärt werden.

Der Begriff „Fehde“ findet sich erstmals in germanisch-fränkischer Zeit im Wort „Faihidho“ und später latinisiert in „faida“ mit der Bedeutung von „Feindschaft“ und „Feindseligkeit“, aber auch in der Bedeutung von „sich bekämpfen“. Im Mittelhochdeutschen wandelt sich das Wort zu „vede“, „fehe“, „vehede“ oder „gevehde“ und entspricht dann im 15. Jahrhundert mit „vehde und veintschaft“ oder „inimicitia“ in etwa der heutigen, in der Geschichtswissenschaft gebräuchlichen Definition.⁶ Die Fehde als eigenmächtige Reaktion auf tatsächliches oder vermeintliches Unrecht war im Mittelalter als Teil des germanischen Stammesrechts ein anerkanntes Verfahren der Rechtsverwirklichung und grundlegend für den Alltag und das Selbstverständnis der Zeit.⁷ Ihr Ziel bestand vor allem in einer möglichst umfassenden Schädigung des Gegners, entweder zur eigenen Genugtuung, oder um ihn zum Einlenken zu zwingen, oder auch zur Erfüllung der eigenen Ansprüche.⁸ Eine Fehde musste jedoch nicht zwingend gewaltsam vonstattengehen, sondern tat oft auch nur als Drohung ihre Wirkung. Dennoch äußerte sich der Großteil der Fehden in typischen Handlungen wie

⁵ Heinz Angermeier, *Königtum und Landfriede im deutschen Spätmittelalter*, München 1966, S. 37–47.

⁶ Fischer, *Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“*, S. 9f.

⁷ Fischer, *Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“*, S.11, 58f.

⁸ Fischer, *Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“*, S. 12ff.

Rauben, Brandschatzen, Pfänden von Privatbesitz oder Geiselnahmen. Fehde und Krieg waren im Mittelalter auch weitgehend synonym. Ein Krieg galt somit lediglich als eine umfassendere, größere Fehde. Die Fehde war somit vor allem im Spätmittelalter ein bedeutendes politisches Instrument der Territorialisierung.⁹ Dieses Rechtsmittel wurde zunehmend missbraucht und die Angst vor einer unkontrollierbaren Ausuferung, sowie vor den Folgen der Kriege wuchs. Daher gab es schon seit dem ersten Auftreten der Fehde auch Versuche, sie zu bekämpfen: In der fränkischen Zeit durch Stammesrechte und später u. a. durch den Einsatz von Vermittlern (*mediatores*), Bündnissen, Schiedsgerichten und Einungen.¹⁰

Gottesfriedenbewegung

Bei vielen Autoren gelten die Gottesfrieden als Vorläufer der Landfrieden. Daher soll auch die Gottesfriedensbewegung hier Platz finden, um grundlegende Punkte der Landfriedensbewegung danach besser darstellen zu können.

Die Gottesfriedensbewegung entstand im Zuge von Unruhen und gesellschaftlichen Veränderungen gegen Ende des 10. Jahrhunderts in Südfrankreich in der Hoffnung, den inneren Frieden wiederherstellen zu können. Sie sollten Schutz für bestimmte unbewaffnete Personenkreise und ihren Lebensunterhalt, sowie für bestimmte Objekte und Stätten bzw. Orte garantieren.¹¹ Norbert Ohler z. B. definiert in „Krieg und Frieden im Mittelalter“, den Sinn und Zweck so: „Durch die Wiederherstellung des Rechts sollten die Kriminalität eingedämmt, die Waffen tragende Schicht gezügelt, und das Fehdeunwesen bekämpft werden.“¹²

Die genauen Auslöser, Träger und Ziele dieser Bewegung sind nicht eindeutig geklärt: Jeder Frieden entstand aus lokaler Notwendigkeit heraus und war nicht nur ein politisches Instrument, sondern immer auch eine vom Volk mitgetragene Bewegung mit sozialem Hintergrund. Durch religiösen Eifer, Milleniarismus, Endzeiterwartung, Reliquienkult und Heiligenverehrung war jeder Einzelne auch im Adel und Klerus von

⁹ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 12ff., 20; Vgl. dazu auch: Wolfgang Sellert, Geiselnahme und Pfändung als Gegenstand spätmittelalterlicher Landfrieden. in: Arno Buschmann/Elmar Wadle (Hrsg.), Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98), Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 231–244.

¹⁰ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 23.

¹¹ Hans-Werner Goetz, Die Gottesfriedensbewegung im Licht neuerer Forschung, in: Arno Buschmann/Elmar Wadle (Hrsg.), Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98), Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 31–54, 36f., 49f.; Ohler, Krieg und Frieden, S. 299–302.

¹² Ohler, Krieg und Frieden, S. 299.

der Sehnsucht nach Frieden erfüllt. Dieses Grundbedürfnis wurde dann von offizieller Seite instrumentalisiert und weitergetragen.¹³

Obwohl Gottesfrieden primär eine kirchliche Einrichtung waren, beteiligten sich auch Fürsten und Könige und förderten dadurch die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien. Die Kirche benötigte die Frieden primär zum Schutz der Kirchen und Geistlichen und schützte erst später durch das Verbot von Vieh- und Erntediebstahl auch die Bauern als Nahrungsproduzenten. Die Grundherren profitierten ebenfalls, da die feudalen Rechte gewahrt und ihre Erträge geschützt wurden.¹⁴

Gottesfrieden sollten nicht die Fehde an sich bekämpfen, die ja bei Unrecht durchaus legitim war, sondern nur die durch den Missbrauch entstandenen Schäden regulieren. Daher sollten sie auch nicht mit dem weltlichen Recht konkurrieren, sondern es durch kirchliche Sanktionen unterstützen und ihm neue Geltung verschaffen. Denn die Frieden, geschlossen vor Gott und in sakralem Kontext, wurden auch zu einer Voraussetzung für das Seelenheil.¹⁵

Das erste erhaltene Beispiel ist der Friede der Charroux in der Grafschaft Poitiers von 989. Darin werden drei Vergehen mit kirchenrechtlicher Verurteilung bedacht: das gewaltsame Eindringen in Kirchen und Kirchenraub, der Viehdiebstahl bei Bauern und Armen und der Angriff von waffenlosen Geistlichen. Diese drei Punkte waren grundlegend für alle späteren Frieden.¹⁶

Ab 1030 begann eine neue Phase der Friedensbewegung, die der „Treuga“ und „Pax Dei“, wobei die beiden Komponenten nie getrennt, sondern immer zusammen und ergänzend auftraten.¹⁷ Zusätzlich zu obgenannten drei Punkten wurde durch die „Treuga Dei“ eine gottgewollte Waffenruhe ausgerufen, bestimmte Zeiten unter Schutz gestellt und alle kriegerischen Handlungen verboten: so z. B. an kirchlichen Hochfesten und ihren Vigilien, in der Fastenzeit, an bestimmten Heiligenfesten und jeweils von Donnerstag bis Sonntag. Insgesamt also an ca. 260 Tagen im Jahr.¹⁸

In der Pax wurden hingegen bestimmte Personengruppen, die sich nicht selbst verteidigen konnten, weil sie keine Waffen trugen oder tragen durften, besser geschützt: Frauen, Bauern, Fischer und Jäger, reisende Kaufleute, Juden, Kleriker, Ordensleute und Pilger, Reisende, Markt- und Messebesucher, Studenten oder Geladene zur Königswahl. Aber auch ihr Lebensunterhalt wurde in den Schutz aufgenommen, genauso wie die Gegenstände, die sie dazu benötigten, sowie die Orte, an denen sie sich aufhielten:

¹³ Ohler, Krieg und Frieden, S. 299–302.

¹⁴ Goetz, Die Gottesfriedensbewegung, S. 37ff.

¹⁵ Goetz, Die Gottesfriedensbewegung, S. 41–44.

¹⁶ Goetz, Die Gottesfriedensbewegung, S. 36f.

¹⁷ Goetz, Die Gottesfriedensbewegung, S. 49f.

¹⁸ Goetz, Die Gottesfriedensbewegung, S. 36f.; Ohler, Krieg und Frieden, S. 299–303.

z. B. Kirchen, Klöster, Spitäler und Friedhöfe, ländliche Siedlungen, Märkte und Gerichte, Wohn- und Gasthäuser, Äcker, Obstbäume und Weinstöcke, Tiere und Werkzeuge, Mühlen, Schmieden, Land- und Wasserstraßen, Brücken, Schiffe und Fähren.¹⁹

Obwohl die Bewegung in Frankreich entstand und für dort die meisten Beispiele nachweisbar sind, ließ sie sich schon nach kurzer Zeit im Römischen Reich beobachten. Bereits am Übergang vom 11. zum 12. Jahrhundert sind mehrere regionale Frieden nachweisbar: 1083 der Gottesfriede von Köln oder 1085 der von Bamberg. 1103 wurde ein erster sogenannter Reichslandfriede in Mainz durch Kaiser Heinrich IV. erlassen.²⁰

Die Landfriedensbewegung

Der Begriff „Landfrieden“

Das Wort „fride“ kommt aus dem Altgermanischen und bedeutet „Friede“, „Befriedung“, „Freude“, „frei“ oder auch „Freund“. Es meint also den Frieden im Sinne von Schonung, Schutz, Freundschaft bzw. Versöhnung. Im germanischen Recht war der Friede ein „Zustand der unverletzten Rechtsordnung als Grundlage des Lebens der Gemeinschaft“.

Im Mittelhochdeutschen kam nun durch die lateinische „pax“ auch die Bedeutung von völkerrechtlichem Friedensvertrag, Übereinkunft oder Waffenstillstand dazu. Friede ist somit also die „Herstellung eines vertragsmäßigen Zustandes zwischen (zwei) Kriegsführenden“, kann aber auch „Wohllollen“, „Versöhnung“ oder „Erlaubnis“ bedeuten.²¹

Entstehung und Ziel der Landfrieden

Fehden fügten Kirchen und Menschen, sowie ihrem Besitz Schaden zu, behinderten die Glaubenspraxis und gefährdeten somit die existenziellen Grundlagen der Bevölkerung. Daher musste die Fehde eingedämmt, begrenzt, oder teilweise verboten werden, indem alternative Lösungen bereitgestellt wurden. Die Regelung einzelner Konflikte von Fall zu Fall durch die Gottesfriedensbewegung war nicht mehr ausreichend und ein genereller Wandel bei der Konfliktlösung wurde notwendig. Die Friedenssicherung sollte nun nicht mehr rückwirkend und auf konkrete Konflikte bezogen, sondern bereits vorausschauend auf alle möglichen zukünftigen Konflikte entwickelt werden. Die theoretische Untermauerung erfolgte durch geeignete Instanzen und Organe sowie

¹⁹ Ohler, Krieg und Frieden, S. 299–303; Elmar Wadle, Landfrieden, Strafe, Recht. Zwölf Studien zum Mittelalter (Schriften zur europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte 37), Berlin 2001, S. 109–118.

²⁰ Goetz, Die Gottesfriedensbewegung, S. 50–54; Siehe Mainzer Reichslandfrieden: Wadle, Landfrieden, Strafe, Recht, S. 56–60, 70ff.

²¹ Ohler, Krieg und Frieden, S. 14ff.

wissenschaftliche Erkenntnisse: z. B. die kirchliche Lehre vom gerechten Krieg oder die stärkere Rezeption des römischen Rechts.²²

Die Landfriedensbewegung hat ihre inhaltlichen Ursprünge in den Gottesfrieden und entwickelte sich besonders unter Kaiser Heinrich IV. (1084–1106) auch rasch im römischen Reich: Der Lütticher Friede 1082 stand wohl am Beginn der deutschen Friedensbewegung, dann folgte 1083 der Gottesfriede im Erzbistum Köln und 1085 der Mainzer Gottesfriede, und schließlich 1103 der Reichsfriede von Mainz, als erstes von weltlicher Hand erlassenes Beispiel.²³

Auch in diesem Fall sind Hintergrund und Anlass nicht eindeutig geklärt. Besonders belastend für die Menschen war sicherlich der Unfrieden durch die zahlreichen Fehden, und die dadurch bedingte soziale Unsicherheit. Ein Wandel der religiösen und geistigen Ansichten durch den Investiturstreit trug ebenfalls dazu bei. Meistens waren aber die Interessen der Stände ausschlaggebend: Die Städte agierten zum Wohle der Bürger, die Adeligen zum Wohl ihres Geschlechts und die Kirche zum Schutz des kirchlichen Gutes. Eine innere Befriedung des Reiches war daher auch notwendig, um den zunehmenden Bedrohungen an den Grenzen und den Verpflichtungen bei den Kreuzzügen entgegentreten zu können. Laut Ernst Schubert ist auch die regionale Einung ein Motiv der Landfriedensbewegung. Dieser Beweggrund war oft sogar stärker als die Autorität des Friedens selbst oder die des Königs.²⁴

Genauso uneindeutig ist auch, ob die Frieden Einungen oder Gebote waren. Sie mussten von allen Parteien beschworen werden, selbst der König schwur nicht als Fürst sondern als Person. Alle Parteien waren zumindest theoretisch gleichwertig und durch Eid gebunden, die Strafen galten für alle gleichermaßen. Jeder verpflichtete sich, die Sanktionen anzunehmen und sie von den anderen vollstrecken zu lassen. Für nicht unmittelbar Beteiligte war es aber dennoch ein Gebot, ein Gesetz, das vom Herrscher erlassen wurde.²⁵

Landfrieden handelten als rechtliche Person und wurden durch einen Hauptmann oder Obmann vertreten, meistens einem vom König eingesetzten Hochadeligen. Diesen unterstützten mehrere Beisitzer oder Geschworene („conservatores paci“, „coniurati“),

²² Wadle, Landfrieden, Strafe, Recht, S. 118–122.

²³ Wadle, Landfrieden, Strafe, Recht, S. 41–56; Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 26f.

²⁴ Ernst Schubert, Die Landfrieden als interterritoriale Gestaltung, in: Arno Buschmann/Elmar Wadle (Hrsg.), Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98), Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 123–152, hier S. 124f., 139–143.

²⁵ Schubert, Die Landfrieden als interterritoriale Gestaltung, S. 129; Ohler, Krieg und Frieden, S. 299–302.

die sich in einem speziellen Amtseid verpflichteten, Arm und Reich ein gerechter Richter zu sein.²⁶

Das oberste Ziel der Landfrieden war ebenfalls anfangs nur die Bekämpfung und Eindämmung der Fehde, nicht aber ihr völliges Verbot. Denn die Fehde war ja in Ermangelung eines funktionierenden Gerichtswesens als Rechtsmittel notwendig. Die zwei Formen Pax und Treuga, die den Gottesfrieden zugrunde lagen, wurden hierzu übernommen. Es wurde durch diese Bindung an Regeln versucht, die Fehde zu einer formalisierten Gewaltanwendung zu machen. Solche Regeln und Auflagen erleichterten auch die nur allzu schwierige Unterscheidung zwischen zulässiger und unzulässiger Fehde. Zulässig war eine Fehde nur, wenn sie den Regeln der Fehdeführung entsprach und nach einer tatsächlichen Rechtsverletzung ausgesprochen wurde. Durch diese zunehmende Abgrenzung wurde nun auch eine Strafe für unrechtmäßige Fehden notwendig: die Acht, also allgemeine Recht- und Friedlosigkeit. Unter Strafe oder sogar Acht fielen mit der Zeit auch „Friedensverstöße“ ganz allgemeinkrimineller Art, sowie auch Missachtungen anderer ordnungspolitischer Verordnungen, die immer mehr Eingang in die umfangreichen Regelsammlungen namens „Landfrieden“ fanden. Der „Ewige Landfriede“ schließlich machte durch das Reichskammergericht die Fehde zumindest theoretisch obsolet.²⁷

Anlaufschwierigkeiten

Die Landfriedensbewegung als ein zunehmend politisches Werkzeug stieß auf stärkeren Widerstand als zu Beginn die Gottesfrieden. Denn die Macht der weltlichen Autoritäten beruhte auf komplizierteren Vorstellungen und war somit unsicherer als die der Kirche, die mit Bannandrohung, Exkommunikation oder anderen kirchlichen Sanktionen den Einzelnen besser erreichen konnte. Häufig lassen sich daher bei Friedensaufrichtungen liturgische Inszenierungen feststellen, die die Macht des Friedensgebers festigen sollten, da Rituale und Zeremonielle für die Öffentlichkeit bindender waren, als ein reiner Ordnungszwang. Zudem gab es starke Konflikte zwischen den neuen Regelungen und dem überkommenen Rechtssystem: Die in den Frieden gefassten Grundsätze mussten zunächst von den Richtern und den Menschen akzeptiert werden. Dann erst konnten konkrete, für den Einzelfall bindende Regeln durch die jeweiligen Gerichtsinstanzen abgeleitet werden. Dabei bestand eine relativ große Freiheit, denn nicht die Gleichheit und Einförmigkeit der Regelungen war entscheidend, sondern die Übereinstimmung mit der Grundidee. Daher wird heute davon ausgegangen, dass noch längere Zeit nach den ersten Friedensaufrichtungen die niedergeschriebenen Regeln nicht bindend waren, solange nur im Sinne des Landfriedens Recht gesprochen wurde. Ergänzungen,

²⁶ Schubert, Die Landfrieden als interterritoriale Gestaltung, S. 137–143.

²⁷ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfriede“, S. 25, 28–31, 63ff.

Reduktionen und Veränderungen waren also erlaubt, wenn sie dem Einzelfall dienlich waren. Die Frieden konnten also nicht gleich eine unumschränkte Geltung beanspruchen, sondern es war wohl eher eine, durch die Rezeption des römisch-kanonischen Rechts begünstigte, schrittweise Umorientierung, denn eine sofortige, komplette Befolgung der Regeln.²⁸

Die Entwicklung bis 1495

Das Fehdeproblem wurde aufgrund seiner Tragweite bald zum Gegenstand einer ständigen Reichsreform, die aber, auch dem Namen nach, damals nicht einen Umsturz der Verhältnisse, sondern eine Wiederherstellung eines ursprünglichen, vorbildlichen Zustandes anstrebte.²⁹

Der Mainzer Reichsfrieden von 1235

Der unter Kaiser Friedrich II. 1235 erlassene Mainzer Reichsfrieden sei hier das erste Beispiel. Die rechtspraktische Bedeutung des Friedens war zwar relativ gering, dennoch bildete er eine zentrale Grundlage der Landfriedensbewegung, da wesentliche Regelungen bis ins 15. Jahrhundert in Geltung waren.³⁰

Treibende Beweggründe waren dabei wohl das Machstreben und der Reformwille des Kaisers. So wird ausdrücklich erwähnt, der Friede stärke die Macht des Herrschers. Friedrich wollte aber auch den alten und „überkommenen“, tradierten, germanischen Rechtsvorstellungen eine rational begründete Rechtsordnung, basierend auf dem römisch-kanonischen Recht der gelehrten Juristen, entgegenstellen.³¹

Die Bekämpfung der Fehde stand im Mittelpunkt. Denn das römische Recht kannte die Fehde nicht und ließ Selbsthilfe nur in Ausnahmefällen zu, doch im Reich war sie durch die germanisch-deutschen Rechtsvorstellungen tief verwurzelt. Die Fehde wurde nun als solche anerkannt, aber zugleich wurden die in dieser Zeit bereits bekannten Regeln, welche die Fehde berechenbarer machen sollten, zusammengefasst und verschriftlicht. Eine Fehde war demnach nur nach einem erfolgten gerichtlichen Klärungsversuch erlaubt, d. h. in Fällen sogenannter „Rechtsverweigerung“, einem falschen oder ungerechten Urteil, oder wenn der Angeklagte sich dem Urteil entzog. Selbsthilfe als Notwehr war also erlaubt, aber eine deutliche Unterscheidung von Notwehr und Fehde war wichtig. Bei einer unrechtmäßigen Fehde verlor der Fehdeführer seinen Anspruch und

²⁸ Elmar Wadle, Landfriedensrecht in der Praxis, in: Arno Buschmann/Elmar Wadle (Hrsg.), Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98), Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 73–94, S. 82ff.

²⁹ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 66.

³⁰ Angermeier, Königtum und Landfriede, S. 29–33.

³¹ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 39f.

musste den angerichteten Schaden doppelt bezahlen.³² Die Pfändung von Privateigentum des Gegners wurde in allen Fällen als Raub verurteilt und verboten.³³

Die territoriale Gerichtsbarkeit blieb allerdings unangetastet. Jedoch wurde mit dem Reichshofgericht eine ständige, von der territorialen Gerichtsbarkeit unabhängige Reichsinstanz geschaffen. Eine Trennung von Gericht und Exekution im Friedenswesen gab es aber noch nicht.³⁴

Die Goldene Bulle von 1356

Obwohl die Goldene Bulle eher für die Regelung der Kaiserwahl durch die Kurfürsten bekannt sein dürfte, ist sie ebenfalls ein wichtiger Schritt zum Ewigen Landfrieden. Ihre Bestimmungen waren teilweise bis ins 16. Jahrhundert geltend, formal verlor sie ihre Gültigkeit erst 1806.³⁵

Von den 31 Kapiteln³⁶ ist das 17. Kapitel „De diffidationibus“ relevant: Im Vergleich zum Mainzer Reichsfrieden finden sich jedoch keine Neuerungen, nur Präzisierungen. Wichtige Punkte des Mainzer Reichsfriedens wurden nicht aufgenommen, daher wird einerseits angenommen, dieser habe parallel weitergegolten, andererseits wird auch von einem Rückschritt gesprochen. Die praktische Bedeutung der Bulle kann aufgrund mangelnder Quellen nicht benannt werden.³⁷

Die Goldene Bulle enthält keine Bestimmungen für gerichtliche Institutionen und erscheint somit wenig konkret. Karl IV. gibt die Aburteilung an die Territorialgerichte ab, weil das Reich eine Wahrung der Regeln nicht garantieren konnte, und förderte so indirekt die Territorialisierung. Denn die Fürsten versuchten nun, die Fehde innerhalb ihrer Gebiete einzudämmen, um ihre Macht zu stärken. Untereinander bedienten sie sich ihrer noch mehr und benutzten sie zudem als Druckmittel gegen aufmüpfige Niederadelige, denen die Fehde gegen ihre Herren ja verboten worden war.³⁸

³² Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 32–38, 41f.

³³ Sellert, Geiselnahme und Pfändung, S. 235f.

³⁴ Angermeier, Königtum und Landfriede, S. 29–33.

³⁵ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 43f.

³⁶ Wolfgang D. Fritz (Hrsg.), Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356 (Monumenta Germaniae Historica, Fontes iuris Germanici in usum scholarum separatim editi 11), Weimar 1972.

³⁷ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 44ff., 49ff., 55ff.; Arno Buschmann, Landfriede und Landfriedensordnung im Hoch- und Spätmittelalter. Zur Struktur des mittelalterlichen Landfriedensrecht. in: Arno Buschmann/Elmar Wadle (Hrsg.), Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98), Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 95–121, S. 98–104.

³⁸ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 44ff., 52–58.

Das Fehdeproblem in den Reichsreformschriften

Im Spätmittelalter begann nun das Fehdeproblem auch theoretisch in den so genannten Reichsreformschriften abgehandelt und als primäres Ziel auf dem Weg zu einer Reichsreform angesehen zu werden.

So sprach z. B. Kardinal Nikolaus von Kues (1401–1464) in seinem Werk „De concordantia catholica“ von den Fehden des Adels als einem zentralen Zeichen des Reichszerfalls, besonders im rechtskulturellen Bereich. Durch diesen allgemeinen Bedeutungsverlust des Rechts und seiner mangelhafter Pflege und Durchsetzung, gäbe es keine Reichsgewalt mehr, die die Einhaltung der mittlerweile bedeutungslos gewordenen Gesetze kontrolliere. Er forderte daher eine wirksamere Rechtspflege, ein absolutes Fehdeverbot, sowie die Behebung der Mängel in der kaiserlichen Reichsjustizverfassung durch die Einrichtung eines Reichsgerichtes und die Einteilung des Landes in Gerichtsbezirke. Ein stehendes Heer sollte zudem den Frieden sichern und die Urteilsvollstreckung überwachen.³⁹

Auch die „Reformatio Sigismundi“ von 1439, entstanden unter Kaiser Sigismund, schlug in dieselbe Kerbe und forderte eine neue Landfriedensordnung, deren Missachtung zu Rechtlosigkeit führe. Reichsvikare sollten als Wahrer des Rechts, Urteilsgewalt und Vermittlung fungieren. Dieses präventive Reformwerk zielte vor allem auf die Verhinderung von Fehden ab, indem die Landesfürsten jeweils ein funktionierendes Rechtssystem garantieren sollten.

Der Lübecker Bischof Johannes Schele verband Vorschläge zu einer kirchlichen und weltlichen Reform. Dabei wollte er nicht die Fehde, sondern nur deren Missbrauch bekämpfen. Sie sollte durch eine gerichtliche Schlichtung ersetzt werden, aber weiter zulässig bleiben, wenn das Verfahren scheiterte.⁴⁰

Unter König Friedrich III. (1440–1486) erschien die Schrift des Magdeburger Domherren Heinrich Toke. Auch er sah die Reichsreform und Fehdebekämpfung nur als einen Teil der Kirchenreform an. Er lieferte drei konkrete Vorschläge zur Reichsreform: Erstens die Verkündung eines allgemeinen Reichsfriedens, wobei sich der König an der Landfriedenspolitik Rudolfs I. von Habsburg orientieren sollte. Zweitens die Schaffung eines vom Hof unabhängigen zentralen Reichsgerichtes mit ständigem Sitz in einer Stadt, wobei der König höchstens die Hälfte der Richter stellen dürfe, und auch die Reichsstände und Rechtsgelehrten mit einbeziehen müsse; Drittens eine allgemeine Reichssteuer zur Finanzierung, sowie die Einteilung des Reiches in Kreise.⁴¹

³⁹ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 74–90.

⁴⁰ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 103f.

⁴¹ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 145–149.

Auch der Professor für kanonisches Recht in Basel, Peter von Andlau, hielt die Fehde für den zentralen Ausdruck der Missstände im Reich und für die Folge der mangelnden Rechtspflege durch Kaiser und Fürsten, die sich in Form von schleppenden Prozessen und zu schwachen Urteilstvollstreckungen, unqualifiziertem Personal, mangelnder Rezeption des Römisch-kanonischen Rechts und des Codex Justinianus, sowie allgemeiner Unsicherheit durch mangelnde Schriftlichkeit der durchwegs mündlich tradierten Rechtsgewohnheiten zeigten.⁴²

Das Fehdeproblem in politischen Reformversuchen

Was in den theoretischen Werken der Philosophen und Rechtsgelehrten entwickelt wurde, fand auch auf politischer Ebene in mehreren Reformversuchen seine praktische Erprobung.

So entwarf König Sigismund 1425 einen zeitlich begrenzten Landfrieden für die kommende Reichsversammlung in Wien, in dem er die mutwillige Fehde zwar verbieten, sie aber bei Rechtsverweigerung zulassen wollte. Dadurch sollte der Mainzer Reichsfrieden wieder mehr Bedeutung erhalten und ein Krieg gegen die Hussiten ermöglicht werden. Jedoch erwiesen sich regionale Friedensbündnisse und Einungen für eine Verabschiedung hinderlich.⁴³

Bereits 1431 erließ Sigismund auf dem Reichstag von Nürnberg ein neues Friedensgebot, das wie ein Waffenstillstand für eineinhalb Jahre jegliche Fehde verbot. Es kritisierte weder die Fehde noch ihre Folgen, sondern wies nur auf ihre negativen Folgen für die Hussitenkriege hin. Denn wenn die Fehden ruhten, konnten mehr Ressourcen für den Kreuzzug aufgebracht werden. Doch das Gebot war wegen der fehlenden Durchführungsbestimmungen zum Scheitern verurteilt.⁴⁴

1434 übergab Sigismund ein neues „16 Artikel“ umfassendes Reformprojekt den Reichsständen für den kommenden Reichstag zu Frankfurt zur Beratung und Beschließung. Er forderte hierin eine immerwährende Ordnung, eine Sicherstellung der gerichtlichen Hilfe für jedermann und damit die Ersetzung der Fehde. Denn auch ihm galt die Fehde als Grund der Missstände. Weiters forderte er eine Trennung von weltlicher und geistlicher Gerichtsbarkeit, um die Friedensgewalt auf sich zu konzentrieren und die Reichsacht und Aberacht als kaiserliche Sanktion zu stärken. Allerdings waren diese Artikel nur Reformanregungen ohne inhaltliche Tiefe und scheiterten am Desinteresse vieler Reichsstände und der mangelnden Diskussionsgrundlage.⁴⁵

⁴² Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 154–159.

⁴³ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 105f.

⁴⁴ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 106–126.

⁴⁵ Ebd.

Auf dem Reichstag zu Eger brachten 1437 die Fürsten ihrerseits einen Vorschlag ein. Sie forderten kein generelles Verbot der Fehde, sondern nur eine Ersetzung der Selbsthilfe durch die Gerichte und eine innere Befriedung des Reiches, wobei die Fehde als letzte Möglichkeit aber immer noch zulässig sein sollte. Jedoch verlangten sie ein Schiedsgericht ohne kaiserlichen Einfluss und eine eigenmächtige Gerichtsbarkeit. Auch dieser Versuch war daher zum Scheitern verurteilt, die Interessen von Kaiser und Fürsten waren zu unterschiedlich.⁴⁶

Unter Kaiser Sigmund ging die Initiative von der Zentralgewalt zunehmend auf die Fürsten über, die ihre politischen Ziele unter dem Deckmantel der Friedenswahrung verfolgten.⁴⁷ Im Frühjahr 1438 folgte unter König Albrecht II. (1438–1439) ein neuer kurfürstlicher Entwurf eines Reichsfriedens auf dem Reichstag zu Nürnberg. Auch dieser war ein Rückschritt zu seinem Vorgänger und trat hinter dem Mainzer Reichsfrieden zurück. Die Fehde blieb weiterhin erlaubt, war aber an die traditionellen Regeln der Goldenen Bulle gebunden. Ein weiterer Rückgriff auf die Gottesfrieden forderte einen absoluten Frieden für Kaufleute, Geistliche, Bauern und kirchliche Orte. Brandstiftung als Fehdehandlung wurde gänzlich verboten. Für das Justizwesen lassen sich nicht einmal Reformansätze entdecken, denn es fehlte weiterhin an einer von allen Seiten anerkannten Gerichtsbarkeit.⁴⁸

Für den Reichstag zu Nürnberg im Herbst 1438 erschien nun von Seiten der Kurfürsten erstmals der Entwurf eines zeitlich unbegrenztes Verbots der Fehde für alle Menschen und der Einführung eines vom Kaiser unabhängigen Schiedsgerichts. Wer Landfriedensbruch beging, sollte vierfache Entschädigung leisten, sowie recht- und friedlos sein. Die Fehde wurde allerdings noch geduldet, falls der Rechtsweg misslang, blieb aber erstmals eine verwerfliche, illegale Handlung. Die Gerichte sollten mit gelehrten Juristen besetzt, und das Reich in vier Bezirke mit je einem Hauptmann unterteilt werden. Gleichzeitig wurden weitere unterstützende Maßnahmen vorgeschlagen, um Schwierigkeiten wie das unüberschaubare Gerichtswesen und mögliche Zuständigkeitsstreitigkeiten zu überwinden.⁴⁹

Sogleich folgte der königliche Gegenvorschlag eines ewigen Landfriedens, worin die kurfürstlichen Vorschläge weitgehend übernommen wurden. Jedoch enthielt er eine wichtige Änderung: Nicht nur die Fürsten sollten über die Besetzung der Hauptmänner entscheiden dürfen, sondern auch der König. Zudem brachten noch einige reichsstädtische Gesandte ihre Vorschläge eines absoluten Fehdeverbotes ein, die sich

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Angermeier, *Königtum und Landfriede*, S. 47–53.

⁴⁸ Fischer, *Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“*, S. 127–130.

⁴⁹ Fischer, *Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“*, S. 130–142.

ebenfalls im Wesentlichen an die gleichen Punkte hielten, aber die Einteilung in Kreise ablehnten.⁵⁰

Der Reichstag war somit zum Scheitern verurteilt: Die Beteiligung war gering und die Situation aussichtslos festgefahren, da die ausgeprägten Eigeninteressen der Parteien und ihre unvereinbaren Standpunkte eine Einigung immer noch ausschlossen.⁵¹

Unter Friedrich III. (1440–1486) verschärfte sich das Problem weiter und die Gewalt nahm zu. Interterritoriale Auseinandersetzungen erstreckten sich oft über mehrere Jahre.⁵² Daher erfolgte 1442 die sog. „Reformation Friedrichs III.“ oder „Frankfurter Friedensordnung“ als Reaktion auf die Reformbewegung und die große Unzufriedenheit im Reich. Aber wiederum war nicht eine Abschaffung der Fehde, sondern nur Beseitigung des Missbrauchs das Ziel. Ein absoluter Friede sollte nur für Kaufleute, Bauern, Geistliche und Kirchen gelten. Auch im Justizwesen waren keine Neuerungen vorgesehen. Die Fehde sollte nach missglücktem Rechtsweg weiter zulässig bleiben.⁵³

Im Angesicht der Türkengefahr wurde eine Befriedung im Inneren als Voraussetzung für eine erfolgreiche Verteidigung aber immer dringender. Daher erließ Friedrich 1467 auf dem Reichstag zu Nürnberg einen Reichsfrieden mit fünfjährigem absoluten Fehdeverbot. Eine Justizreform blieb abermals aus. 1471 wurde auf dem Reichstag zu Nürnberg ein erneuter Reichsfrieden für vier Jahre erlassen. Er entsprach seinem Vorgänger und wurde wieder wegen der Türkengefahr und auf Initiative der Fürsten erlassen. Er enthielt eine genaue Beschreibung der Handlungen, die unter Landfriedensbruch fielen. Auch hier war der Effekt vermutlich gering, weil eine Justizreform fehlte. Auf dem Augsburger Reichstag wurde 1474 der Reichsfrieden um weitere sechs Jahre verlängert, was schließlich einem von 1467 bis 1480 durchgehend währenden Fehdeverbot entsprach.⁵⁴

Der ewige Landfrieden von 1495

Als Textgrundlage für den Ewigen Landfrieden diente der von den Fürsten angeregte Frankfurter Reichsfrieden von 1486. Der Kaiser war nur wegen der äußeren Bedrohungen seitens Frankreichs, Ungarns und der Türken zu Verhandlungen bereit. In der Tradition von 1467 wurde ein zehnjähriges Fehdeverbot erlassen und der Entwurf einer Kammergerichtsordnung vorgelegt. Die Fürsten forderten eine effektivere und kontinu-

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Ebd.

⁵² Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 143f.

⁵³ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 162–173.

⁵⁴ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 173–195.

ierlichere Rechtsprechung mit Hilfe einer ortsfesten Gerichtsbarkeit, einer gesicherten Finanzierung und drei Sitzungen pro Woche.⁵⁵

1495 gab Maximilian I. seinen Widerstand auf und schlug vor, den Frankfurter Reichsfrieden von 1486 „auf ewig zeit“ zu erstrecken und die Reichsjustiz zu reformieren. Die Reichsstände bereiteten einen Entwurf vor, bei dem der Landfrieden nun das am wenigsten umstrittene Thema war, und die Gerichtsreform im Mittelpunkt stand. Streitfragen waren nun die Kammergerichtsordnung, also die Einrichtung eines Reichskammergerichts, die Institutionalisierung des Reichstags als zentrales Verfassungsorgan mit einer effizienten Exekutionsordnung, sowie die Einführung des „Gemeinen Pfennigs“ als Reichssteuer zur Finanzierung.⁵⁶

Der Ewige Landfriede umfasst also zwei wichtige Teile: das Fehdeverbot und die Kammergerichtsordnung. Das Fehdeverbot des Wormser Friedens war weitgehend eine wörtliche Wiederholung des Friedens von 1486. Es war aber erstmals ein uneingeschränktes Verbot, das nicht nur zukünftige, sondern alle bereits laufenden oder angesagten Fehden verbot. Bei Zuwiderhandeln drohte die Reichsacht und der Verlust jeglichen Besitzes und Lehens sowie andere, jedoch nicht näher beschriebene, Strafen. Das Verbot richtete sich an jedermann, besonders aber an die Reichsstände. Die Fürsten hatten natürlich bereits vorher versucht, die Fehde innerhalb ihres Landes einzudämmen, aber unter ihnen war sie als Mittel der Territorialisierung durchaus noch gängig. Somit war es den Ständen nun verboten, Märkte, Dörfer und Städte einzunehmen und Rittern untersagt, sich gegen ihre Herren aufzulehnen.⁵⁷

Der entscheidende Fortschritt zur endgültigen Ersetzung der Fehde durch eine obligatorische gerichtliche Streitentscheidung war die Schaffung von Alternativen zur Fehde durch die Kammergerichtsordnung: Mit der Gründung des Reichskammergerichts entstand nun erstmals eine dauerhafte Institution zur Wahrung des Landfriedens. Streitigkeiten konnten nun nach den Bestimmungen der Kammergerichtsordnung, oder aber auch auf dem ordentlichen Rechtsweg der landesherrschaftlichen Territorialgerichte ausgetragen werden. Auch für die Verfolgung und Ahndung von Landfriedensbrüchen war das Reichskammergericht zuständig. Es war dazu befugt, im Namen des Königs die Reichsacht zu verhängen, und ohne Standesunterschiede für die Verfolgung, Festnahme, Verurteilung und Vollstreckung zu sorgen.⁵⁸

Doch das Ziel, durch Recht und Gerechtigkeit für Frieden zu sorgen, war schwierig zu erreichen. Das Reichskammergericht musste sich erst institutionalisieren und die

⁵⁵ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 217–222.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Wadle, Landfrieden, Strafe, Recht, S. 183–187; Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 222–231.

⁵⁸ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 233 – 239; Wadle, Landfrieden, Strafe, Recht, S. 183–187.

Rechtsorgane waren unzureichend ausgebildet. Die unruhigen sozialen und politischen Verhältnisse der Reformationszeit, wie Glaubenskämpfe, Bauernkriege, Raubrittertum, sowie die konfliktreiche Ausbildung der modernen Territorialgewalt taten ihr Übriges. Eine Exekutionsordnung wurde erst 1555 auf dem Augsburger Reichstag etabliert, indem den Reichskreisen die Vollstreckung der Reichskammergerichtsurteile übertragen wurde.⁵⁹

Schluss

Der Ewige Landfriede ist wohl das bekannteste Ergebnis der dargestellten Friedensbewegung und klarerweise von großer Bedeutung für Europa. Daher kommen Wissenschaftler nicht umhin, dieses eine Ereignis mit großen Worten zu loben und seine Bedeutung hervor zu streichen. Doch die Entwicklung, die dazu geführt hat, die vielen Versuche und Teilerfolge dürfen dabei aber nicht vernachlässigt werden.

Zusammenfassend lassen sich aus dieser Entwicklung nach Matthias G. Fischer einige Voraussetzungen herausarbeiten, die zeigen, wie es zum Wormser Frieden kommen konnte:

Erstens die sukzessive Konzentration auf ein absolutes Fehdeverbot: War Anfangs noch die Eindämmung und Regulierung der Fehde eine Herausforderung, wurde ein totales Verbot mit der Zeit selbstverständlich. Bis zum Ende hin war nur mehr das Problem der Durchführung, nämlich eine annehmbare Gerichtsordnung und ihre Durchsetzung, ein Thema.⁶⁰

Zweitens der Übergang vom germanischen Recht zum gelehrten römisch-kanonischen Recht: Entscheidungen und Urteile wurden nicht mehr durch die Gerichtsversammlung und durch Konsensfindung getroffen, sondern von einer autoritativ entscheidenden und professionell ausgebildeten Kraft anhand der Bewertung von Sachverhalten und einer schriftlichen Norm. Die Macht ging dadurch zusehends an den Staat und an die Rechtsgelehrten über. Dazu beigetragen haben sicherlich der Druck von Außen und die Notwendigkeit, die Grenzen zu sichern, sowie die Züge gegen Hussiten und Türken, die alle verfügbaren militärischen Ressourcen erforderten.⁶¹

Die Gegenwart verdankt dieser Friedensbewegung einiges, was heute selbstverständlich erscheint. Sie markiert den Beginn der Ausbildung des Strafrechts und der Straf-

⁵⁹ Wadle, Landfrieden, Strafe, Recht, S.195f.

⁶⁰ Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 204–213, 239ff.

⁶¹ Wadle, Landfriedensrecht in der Praxis, S.73–94; Fischer, Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“, S. 196–203.

gerichtsbarkeit, den Ausbau gerichtlicher Verfahren und der Verbesserung der Justiz, der Ausbildung öffentlicher Gewalt und Formierung frühstaatlicher Systeme.⁶²

Landfrieden sind aber auch für die Forschung wichtige Quellen in Bezug auf mittelalterliche Rechtsbilder und Ansichten von Herrschaftsorganisation und Herrschaftspraxis, sie sind sogar die zentrale Rechtsquellenart des Hochmittelalters. Dennoch dürfen Landfrieden nicht wie moderne Gesetzestexte gelesen werden, denn es gab – wie heute übrigens auch – große Unterschiede zwischen den Theorien und den praktischen Maßnahmen. Daher ist und bleibt die Effektivität und die Durchführung der Landfrieden eine große Frage, da die Texte ja nur ideale Soll-Texte waren. Die tatsächlichen Auswirkungen und Ergebnisse lassen sich aufgrund mangelnder Quellen nicht erschließen.⁶³

Literatur

Angermeier, Heinz, *Königtum und Landfriede im deutschen Spätmittelalter*, München 1966.

Buschmann, Arno, *Landfriede und Landfriedensordnung im Hoch- und Spätmittelalter. Zur Struktur des mittelalterlichen Landfriedensrechts*, in: Buschmann, Arno/Wadle, Elmar (Hrsg.), *Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98)*, Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 95–121.

Fischer, Matthias G., *Reichsreform und „Ewiger Landfrieden“*. Über die Entwicklung des Fehderechts im 15. Jahrhundert bis zum Absoluten Fehdeverbot von 1495 (*Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte 34*), Aalen 2007.

Fritz, Wolfgang D. (Hrsg.), *Die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. vom Jahre 1356 (Monumenta Germaniae Historica, Fontes iuris Germanici in usum scholarum separatim editi 11)*, Weimar 1972.

Goetz, Hans-Werner, *Die Gottesfriedensbewegung im Licht neuerer Forschung*, in: Buschmann, Arno/Wadle, Elmar (Hrsg.), *Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98)*, Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 31–54.

Hehl, Ernst-Dieter, *Die Sorge für den Landfrieden als Fall des gerechten Krieges*, in: Buschmann, Arno/Wadle, Elmar (Hrsg.), *Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit*

⁶² Wadle, *Landfrieden, Strafe, Recht*, S. 109–118; Goetz, *Die Gottesfriedensbewegung*, S. 51–54.

⁶³ Vollrath, *Probleme um die Landfrieden*, S. 11–15; Hehl, *Die Sorge für den Landfrieden als Fall des gerechten Krieges*, S. 55; Buschmann, *Landfriede und Landfriedensordnung*, S. 95–98.

(Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98), Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 55–72.

Ohler, Norbert, Krieg und Frieden im Mittelalter (Beck'sche Reihe 1226), München 1997.

Schubert, Ernst, Die Landfrieden als interterritoriale Gestaltung, in: Buschmann, Arno/Wadle, Elmar (Hrsg.), Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98), Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 123–152.

Sellert, Wolfgang, Geiselnahme und Pfändung als Gegenstand spätmittelalterlicher Landfrieden, in: Buschmann, Arno/Wadle, Elmar (Hrsg.), Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98), Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 231–244.

Vollrath, Hanna, Probleme um die Landfrieden. Fragen an Geschichte und Rechtsgeschichte, in: Buschmann, Arno/Wadle, Elmar (Hrsg.), Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98), Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 11–29.

Wadle, Elmar, Landfrieden, Strafe, Recht. Zwölf Studien zum Mittelalter (Schriften zur europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte 37), Berlin 2001.

Wadle, Elmar, Landfriedensrecht in der Praxis, in: Buschmann, Arno/Wadle, Elmar (Hrsg.), Landfrieden. Anspruch und Wirklichkeit (Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, Neue Folge 98), Paderborn-Wien-München-Zürich 2002, S. 73–94.

Barbara Denicolò ist Studentin der Geschichte im 5. Semester an der Universität Innsbruck. Barbara.Denicolo@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Barbara Denicolò, „Magnum beneficium est pax“. Die Sehnsucht nach Frieden im Mittelalter, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 433–450, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.



Antike Schlachtenbeschreibungen im Vergleich

Aline Kummer

Kerngebiet: Alte Geschichte

eingereicht bei: o.Univ.-Prof. Dr. Reinhold Bichler

eingereicht im Semester: SS 2008

Rubrik: SE-Arbeit

Benotung durch LV-Leiter: sehr gut

Abstract

A comparison of ancient battle descriptions

The following seminar-paper contains a critical analysis of battle descriptions from several authors. The reports will be examined from certain points of view, the results and observations regarding common grounds or differences will then be given a reference for the relating passages.

Einleitung

Die vorliegende Quellenarbeit soll eine kritische Analyse der im Seminar behandelten Schlachtenbeschreibungen verschiedener antiker Autoren darstellen. Dabei werden die Berichte unter bestimmten Gesichtspunkten betrachtet, die Ergebnisse der Überlegungen zu Gemeinsamkeiten oder Unterschieden herausgearbeitet und anhand von Textstellen belegt. Bei den erörterten Beschreibungen handelt es sich um Darstellungen von Xenophon, Thukydides und Caesar als Zeitzeugenberichte über die Schlachten von Kunaxa, Mantinea und Pharsalos und um die nachträglichen Schilderungen einiger Schlachten Alexanders des Großen durch Arrian, Curtius Rufus, Plutarch und Diodor. Die Schwerpunkte der Untersuchung bilden die Betrachtung der Berichte mit Fokus auf

die möglichen Intentionen der Autoren und die Überlegung, welche Rolle die Charakterisierung von Freund und Feind in den Beschreibungen spielt. Die jeweilige Vorgehensweise der Analyse wird in den einzelnen Kapiteln separat erklärt.

1. Untersuchung im Hinblick auf die Autoren

Im folgenden Abschnitt werden bestimmte Schlachtenschilderungen verschiedener Autoren betrachtet, wobei untersucht werden soll, ob die einzelnen Beschreibungen gewissen Stereotypen folgen und in wieweit die Verfasser individuelle Strategien zeigen, um eine beeindruckende Wirkung für das Publikum zu erzielen. Ein weiterer Gesichtspunkt der Analyse ist die jeweilige Glaubwürdigkeit der Überlieferungen. Hierbei wird ermittelt, ob es sich bei den Angaben der Autoren um die Vermittlung von authentischer Information oder um Schilderungen aus ihrer eigenen spezifischen Sicht handelt. Anschließend werden auch die Möglichkeiten für exakte Rekonstruktionen der jeweiligen Schlachtverläufe besprochen. Diese Untersuchungen beziehen sich zuerst auf die Berichte von Augenzeugen und Zeitgenossen und danach werden die indirekten Überlieferungen am Beispiel der Alexanderschlachten durchleuchtet. Aus den Unterschieden zwischen diesen zwei Darstellungsarten wird schließlich ein Vergleich gezogen.

1.1. Augenzeugen und Zeitgenossen

Xenophon und Kunaxa

Xenophon, aus seiner Vaterstadt Athen verbannt und nun in spartanischen Diensten, schildert im ersten Buch seines Hauptwerks „Anabasis“ die Geschehnisse der Schlacht bei Kunaxa (401 v. Chr.). Dort standen sich Kyros und sein Bruder der persische Großkönig Artaxerxes gegenüber. Gleich zu Beginn der Ausführungen steht die Rede des Kyros, der das griechische Söldnerheer anführt, im Kriegsrat. Sie ist offensichtlich, wie auch die weiteren Reden, die im Text folgen, eine Konstruktion des Verfassers. Als guter Historiograph gestaltet er diese Reden adäquat sowie auf die Situation angepasst und verwendet sie – in direkter Rede wiedergegeben – somit als Stilmittel, um sein Handeln in persischen Diensten zu legitimieren, aber vor allem, um seine persönliche Anwesenheit zu unterstreichen. Allerdings sind nicht ausnahmslos alle Angaben von größter Genauigkeit: „Alle, welche sich mit ihm [Kyros] unterhielten, legten ihm nahe, nicht mitzukämpfen, sondern sich in ihrem Rücken zu halten. Bei dieser Gelegenheit stellte Klearch dem Kyros ungefähr folgende Frage: ‚Glaubst du denn, Kyros, dein Bruder werde mit dir kämpfen?‘“¹ Möglicherweise möchte Xenophon mit diesem „ungefähr“ den Vorwurf eines übertriebenen Erinnerungsvermögens verhindern und zugleich glaubwürdiger erscheinen. Darüber hinaus erheben die genauen Zahlen-

¹ Xenophon, Anabasis. Der Zug der Zehntausend, I, 7,9, hrsg. v. Walter Müri, München 1990.

angaben, sowohl Entfernungen und Zeit als auch die Heeresgröße betreffend, den Anspruch die persönliche Teilnahme Xenophons zu beweisen: „In der Mitte dieser Marschstrecke befand sich nämlich ein tiefer, künstlicher Graben, 5 Klafter breit, 3 Klafter tief. Der Graben zog sich durch die ganze Ebene hin, zwölf Parasangen weit bis zur Medischen Mauer.“² Bei Angaben, die aus seiner Position im griechischen Heer nicht persönlich zu erheben sind, wie beispielsweise die zahlenmäßige Aufstellung des gegnerischen Heeres, gibt er, um seine Glaubwürdigkeit zu verstärken, immer einzelne Informationsquellen an: „Bei den Feinden seien es 1.200.000 und 200 Sichelwagen, hieß es. [...] Das meldeten dem Kyros die, welche vor der Schlacht vom Großkönig zu Kyros übergingen, und die Feinde, welche nach der Schlacht gefangen wurden, bestätigen es.“³ Auch für den Bericht über die Verwundung des Artaxerxes durch Kyros verweist Xenophon mit Ktesias auf eine legitimierende Quelle:

„Mit ihnen zusammen erspähte er [Kyros] den Großkönig und den Haufen um ihn, und alsbald konnte er nicht mehr an sich halten, sondern mit den Worten: ‚ich sehe meinen Mann!‘ stürzte er sich auf ihn, traf ihn an der Brust und verwundete ihn durch den Panzer hindurch; so erzählt der Arzt Ktesias, der nach seiner eigenen Aussage auch die Wunde heilte. [...] Wieviele auf der Seite des Großkönigs umkamen, berichtet Ktesias; denn er war in seiner Nähe.“⁴

Eine weitere Maßnahme in Xenophons Erzählungen, die dazu dienen soll das Publikum zu beeindrucken, stellt seine namentliche Erwähnung: „Es befand sich im Heer ein gewisser Xenophon aus Athen [...]“⁵ und darüberhinaus die Hervorhebung seiner persönlichen Nähe zur Hauptperson Kyros dar: „Als ihn Xenophon aus Athen vom griechischen Heere aus sah, ritt er heran, so daß er mit ihm zusammentreffen mußte, und fragte, ob er etwas zu befehlen habe.“⁶ In der weiteren Folge nennt sich Xenophon noch zwei weitere Male in der dritten Person:

„Während er das sagte, hörte er [Kyros], wie ein Lärm durch die Schlachtreihen ging, und fragte, was es für ein Lärm sei. Xenophon antwortete, die Losung gehe eben zum zweiten Male durch. Kyros wunderte sich, wer es befohlen habe, und fragte, welches die Losung sei. ‚Zeus der Retter und Sieg!‘ antwortete Xenophon.“⁷

Diese Angaben, sowie auch die übertrieben hohen Zahlenangaben des gegnerischen Heeres (das Verhältnis zu den Griechen beträgt 1:8), die vor allem für diese Zeit absolut unglaubwürdig sind, vermitteln eindeutig Xenophons spezifische Sicht und können

² Xenophon, I, 7,14f.

³ Xenophon, I, 7,11 und 7,13.

⁴ Xenophon, I, 8,26f.

⁵ Xenophon, III, 1,4.

⁶ Xenophon, I, 8,15.

⁷ Xenophon, I, 7,16.

kaum als authentische Informationen gewertet werden. Auch die Ordnung der Heere nach Ethnien, wie sie erstmals bei Herodot vorkommt, die im Kampf selbst aber nur mehr eine große Menge bildet, kann nicht in ein dynamisches Bild umgesetzt werden und soll wohl einfach zusätzlich die Größe des Heeres verdeutlichen: „Alle marschierten stammweise, jeder Volksstamm für sich in dichtem Karree.“⁸ Außerdem kann Xenophon hier als Augenzeuge nicht wirklich in der Lage sein, zu erzählen, was im Zentrum oder am linken Flügel der Front geschieht, da er selbst am rechten Flügel stationiert war und keine Chance hatte, die Schlacht zu überblicken. Hingegen als relativ sichere Auskunft können durchaus die Faktizität der Schlacht, einzelne Schauplätze, die Akteure, die zeitliche Abfolge, Angaben über die Landschaft und verschiedene Riten gewertet werden. Xenophons Selbstdarstellung sowie auch der geschilderte Schlachtverlauf sind wieder eher unglaubwürdige Argumente, da er Begebenheiten beschreibt, die er als Grieche selbst nicht gesehen haben kann und wahrscheinlich im Nachhinein mit Hilfe von anderen Augenzeugen rekonstruiert hat, wie etwa die Schilderung vom Tod des Kyros, wovon die Griechen gar nichts wussten: „Die Griechen blieben nun wo sie waren, legten die Waffen nieder und ruhten. Und zugleich wunderten sie sich, daß Kyros sich nirgends zeige noch jemand von ihm her komme. Sie wußten ja nichts von seinem Tode [...].“⁹ Auch der eingefügte Nachruf auf Kyros soll als stilistisches Hilfsmittel Xenophons Abwesenheit bei wichtigen Situationen kompensieren. Aufgrund dieser äußerst bedenklichen Situation, kann eine exakte Rekonstruktion des Schlachtverlaufs anhand von Xenophons Bericht kaum funktionieren.

Thukydides und Mantinea

Thukydides beschreibt die Schlacht bei Mantinea (418 v. Chr.) im Konflikt zwischen Sparta und Argos (mit Unterstützung von Athen) als eine der bedeutendsten Landschlachten des Peloponnesischen Krieges.¹⁰ Er verwendet in seiner Schilderung häufig das Präsens, womöglich um die Handlung für den Leser aktuell erscheinen zu lassen, und indirekte Zitate der Akteure. Thukydides bezieht zur Problematik der genauen Zahlenangaben selbst Stellung:

„Zahlen sei's von Einzelvölkern hüben und drüben oder insgesamt anzugeben wäre mir unmöglich mit Genauigkeit: unwißbar war die Anzahl der Spartaner, weil sie so geheimtun in Dingen ihres Staats, unglaublich die der andern wegen der menschlichen Prahlerei mit der Größe des eignen Staats.“¹¹

⁸ Xenophon, I, 8,9.

⁹ Xenophon, I, 10,16.

¹⁰ Thukydides, Geschichte des Peloponnesischen Krieges, V (Schlacht bei Mantinea), 74, übers. v. Georg Peter Landmann, München 1981.

¹¹ Thukydides, V, 68.

Dennoch gibt er schließlich ein Rechenbeispiel an, mit dem man die ungefähre Zahl der beteiligten Spartaner nachprüfen könnte und man kommt folglich auf etwa 3.600 Mann.¹² Er schreibt relativ neutral und versucht beide Seiten in ausgeglichener Weise zu kritisieren. In den nur sehr kurzen, von ihm zusammengefassten Reden der Heerführer an ihre Truppen, baut er mit Anspielungen auf eine bereits widerfahrene Knechtschaft und ein bereits früher erlittenes Unrecht die Argumentation mit der Vergangenheit ein.¹³ Was die Beschreibung der spartanischen Heeresaufstellung¹⁴ angeht, wirkt Thukydides plausibel, indem er lediglich Angaben über die erste Schlachtreihe gibt. Sein Bericht erhält damit eine bestimmte Glaubwürdigkeit und er kann so kompensieren, dass er selbst nicht dabei war. Dieses Prinzip seiner Vorgehensweise für die Schilderung erklärt er bereits im ersten Buch seines Werkes, dem Methodenkapitel, wo er bemüht ist, was Taten und Ereignisse betrifft, Angaben von Augenzeugen zu berücksichtigen und zu versuchen, beide Konfliktseiten gleichermaßen zu beschreiben:

„Was nun in Reden beide Gegner [...] vorgebracht haben [...], davon den genauen Wortlaut im Gedächtnis zu behalten war schwierig, sowohl für mich, was ich selber anhörte, als auch für meine Zeugen, die mir von anderswo solche berichteten. Wie aber meiner Meinung nach jeder Einzelne über den jeweils vorliegenden Fall am ehesten sprechen musste, so sind die Reden wiedergegeben unter möglichst engem Anschluss an den Gesamtsinn des wirklich Gesagten.“¹⁵

Thukydides lässt den Anteil des Schlachtenberichts im Verhältnis zur Vorgeschichte relativ knapp ausfallen. Er arbeitet mit allgemeinen Informationen über die spartanische Kriegsführung und muss aus einer gewissen Distanz berichten. Außerdem kann er sich bei der Charakterisierung der Hauptgegner selbst einbringen und stellt insgesamt mit seiner recht trockenen bzw. unspektakulären Erzählweise sowie den relativ vorsichtigen Angaben den Anspruch der Authentizität: „So verlief die Schlacht, oder doch ziemlich genau so [...]“.¹⁶

Caesar und Pharsalos

Caesar berichtet in seinem Werk „De bello civili“ von der offenen Feldschlacht bei Pharsalos (48 v. Chr.) gegen Pompeius. Das direkte Kampfgeschehen nimmt in Caesars Erzählung nur etwa ein Viertel ein. Die übrigen Anteile bilden circa zu gleichen Teilen die Vorgeschichte, die Charakterisierung und die Reden der Gegner, die Aufstellung

¹² Thukydides, V, 68.

¹³ Thukydides, V, 69.

¹⁴ Thukydides, V, 67.

¹⁵ Thukydides, Der Peloponnesische Krieg, I, 22,1 – (Auswahl Griechisch/Deutsch – Reclam), Übersetzung und Anmerkungen von Helmuth Vretska und Werner Rinner, Stuttgart 2005, S. 7.

¹⁶ Thukydides, V, 74.

der Truppen, sowie eine Schilderung der Geschehnisse nach der Schlacht mit Angaben über die Gefallenenzahlen. Er spricht, wie Xenophon, in seinem Bericht von sich selbst in der dritten Person und gestaltet damit die Beschreibung für den Leser etwas neutraler.¹⁷ Er erwähnt also kaum Details oder zu exakte Zahlenangaben, was wiederum ein Garant für die Richtigkeit der Schilderungen sein soll. Zusätzlich baut er sehr viele direkte Reden einzelner Protagonisten, wie seines Gegners Pompeius¹⁸, des Überläufers Labienus¹⁹ und die Ansprache eines gewissen Veteranen und Centurios namens Crastinus²⁰ ein, die die Handlung durch Einblicke in beide Konfrontationsparteien lebendiger erscheinen lassen. Dabei stellt sich allerdings die Frage, woher Caesar die Informationen für seine Angaben bezieht. Er will plausibel erscheinen und gibt daher eine Quellenreferenz an: „wie man später erfuhr [...]“.²¹ Da er aber keine genauen Quellen oder Namen nennt, handelt es sich dabei wohl um größtenteils von ihm selbst konstruierte Reden, um seine eigene Person positiver hervorzuheben und Pompeius als überheblich zu charakterisieren: „So werden wir ohne Gefahr für die Legionen und fast ohne eigene Wunden den Krieg beenden. Und weil wir an Reiterei so überlegen sind, ist das keine schwere Aufgabe!“²² Auch der Überläufer Labienus heißt diesen Plan mit Informationen über Caesars Heer gut und „nach diesen Worten schwur er, nur als Sieger ins Lager zurückzukehren, und drang in die übrigen das gleiche zu tun.“²³ Diese Pompeius und seinen Anhängern zugeschriebene Hybris benutzt Caesar gezielt, um dem Leser den für Pompeius negativen Ausgang der Schlacht anzudeuten. Dabei geht er auch auf dessen „Kriegstaktik der Passivität“ ein, wofür er wieder nur ungenaue Quellen nennt:

„Aber Pompeius hatte seinen Soldaten vorher befohlen, Cäsars Angriff nur aufzufangen, sich selbst nicht vom Platz zu rühren und dessen Heer sich entfalten zu lassen. Man erzählte, er habe das auf Drängen des Gaius Triarius getan, damit der erste Ansturm und die Wucht der Feinde gebrochen und ihre Front zersprengt werde [...]“.²⁴

Für dessen Truppenaufstellung nennt sich Caesar selbst als Augenzeuge: „Als sich Cäsar dem Lager des Pompeius näherte, beobachtete er, daß dessen Heer in folgender Weise zum Kampfe angetreten war [...]“.²⁵ Ob die Angaben über die Truppenstärke tatsächlich der Realität entsprechen, ist schwer zu sagen. Viel eher handelt es sich um

¹⁷ Es ist mit „unsere Soldaten“ in Kapitel 96 auch eine nicht neutrale Bezeichnung vorhanden.

¹⁸ Caesar, Gaius Iulius, *Comentarii de bello civili*. Der Bürgerkrieg, III, 86, übers. v. Georg Dorminger, Heimeran 1957.

¹⁹ Caesar, *De bello civili*, III, 87.

²⁰ Caesar, *De bello civili*, III, 91.

²¹ Caesar, *De bello civili*, III, 86,1.

²² Caesar, *De bello civili*, III, 86.

²³ Caesar, *De bello civili*, III, 87.

²⁴ Caesar, *De bello civili*, III, 92.

²⁵ Caesar, *De bello civili*, III, 88,1.

typische Normzahlen der römischen Heerführung. Ebenso vorsichtig sind die Gefallenenzahlen in Pompeius' Heer zu betrachten, zu denen Caesar keine genauen Angaben machen kann: „Von den Pompejanern waren, wie es schien, ungefähr 15.000 gefallen [...]“²⁶

1.2. Schilderungen aus zweiter Hand – Die Alexander-Schlachten

Arrian

Arrian, der als wichtigster Alexanderhistoriker gilt, erhebt in seinem Werk „Anabasis Alexandrou“, das als Hommage an Xenophon angelegt ist, den Anspruch ein plausibles Bild von Alexander zu zeichnen, das anders sein soll als bereits überliefert. Er stützt seine Angaben in rechtfertigender Weise auf die Darstellungen des Ptolemaios: „Ptolemaios begleitete damals Alexander bei der Verfolgung des Dareios. [...] wie er berichtet, [...]“²⁷ und des Feldherrn Aristobulos: „wie Aristobulos berichtet, fand man nämlich später schriftliche Aufzeichnungen über die Heeresaufstellung, so wie sie Dareios vorgesehen hatte.“²⁸ Er will mit der Anführung dieser beiden Augenzeugen das Vertrauen der Leser erlangen.²⁹ Daneben gibt er auch andere Quellen an, die aber nicht genannt werden.³⁰ Das Problem dabei ist allerdings, dass die Berichte diesen anderen Autoren, wie Nearchos, Ptolemaios oder Kallisthenes, nicht vorliegen und es möglich ist, dass Arrian diese Angaben nur für eine erhöhte Glaubwürdigkeit angegeben hat. Durch die indirekt wiedergegebenen Reden Alexanders an seine Truppen vermindert Arrian den Aspekt der Dramatik etwas und wandelt ihn eher in eine dem Leser vermittelte Authentizität um, wobei er seinen Handlungsspielraum als gestaltender Autor, etwa mit der Erwähnung Xenophons durch Alexander bei der Schlacht von Issos, weiterhin ausnützt: „Sogar an Xenophon und die zehntausend mit ihm soll er erinnert haben.“³¹ Diese Anlehnung soll dem Leser gleich zu Beginn der Schilderung den siegreichen Ausgang für die Griechen und Makedonen unter Alexander andeuten: „Sie [die Zehntausend] seien weder an Zahl noch an Ruhm, der ihnen vorausging, mit ihnen selbst zu vergleichen [...] vielmehr hätten sie in höchster Gefahr lediglich unter dem Kommando des Xenophon ein improvisiertes Heer gebildet.“³² Die genauen Zahlenangaben über die Heeresaufstellung und die Zuordnungen der einzelnen Heerführer, die sogar namentlich genannt werden, sollen dem Leser ein realistisches Bild der Schlacht verschaffen und es hat den Anschein, als ob es ihm ebenso das Gefühl

²⁶ Caesar, *De bello civili*, III, 99.

²⁷ Arrian, Flavius, *Anabasis. Der Alexanderzug, Die Schlacht von Issos*, 11, übers. v. G. Wirth/O. v. Hinüber, München 1985.

²⁸ Arrian, *Anabasis*, III (Die Schlacht von Gaugamela), 11.

²⁹ Arrian, *Anabasis*, V (Die Schlacht am Hydaspes), 14f.

³⁰ Arrian, V, 14.

³¹ Arrian, *Issos*, 7.

³² Arrian, *Issos*, 7.

geben soll dabei gewesen zu sein. Diese eher auf das Abenteuerliche bedachte Darbietung lässt eine genaue Rekonstruktion des Verlaufs unwahrscheinlich erscheinen, da der Autor vermehrt auf spannungsaufbauende Elemente setzt. Arrian bringt außerdem an einigen Stellen seine eigene Meinung ein, wie etwa in dem Schlachtbericht über Gaugamela: „Mir scheint, Alexander hat sich dabei folgendes ganz genau überlegt [...]“. ³³ Offensichtlich scheint ihm hier eine Wertung von Alexanders Verhalten angebracht. Auch bei der Schlacht von Gaugamela finden sich zwei Berichte über die Schlachtaufstellung. In letzterem sind die Schilderung der Völkerschaften in Formation und ein Quellennachweis enthalten, die beiden scheinen aber eher nicht aus der gleichen Quelle zu stammen. Wahrscheinlich hat Arrian zwei verschiedene Traditionen, die ähnlichen Mustern folgen, als Grundlage für seine Beschreibung verwendet.

Curtius Rufus

Der Römer Curtius Rufus gilt neben Arrian, mit dessen Ausführungen sich viele der seinen decken, als die zweite große Quelle zu Alexander. Er versucht mit äußerst detailreichen Schilderungen die Aufmerksamkeit und das Interesse der Leserschaft zu wecken und sie gleichzeitig zu beeindrucken. Bemerkenswert ist auch, dass er bereits das Wissen über die Folgegeschichte mit einbaut. So etwa in der geschilderten Rede Alexanders unmittelbar vor der Issos-Schlacht, wenn er angeblich motivierend für einen Sieg sagt: „Baktrien und Indien würden makedonische Provinzen sein.“ ³⁴ Außerdem ist in der Rede, die in typisch römischer Ausdrucksweise verfasst ist, ein gewisser Sarkasmus festzustellen. Es werden nämlich Befreiung und Unterjochung in einem Atemzug erwähnt: „Sie seien die Befreier des Erdkreises, und wenn sie dereinst die Marken des Herkules und des Vater Bacchus passiert hätten, würden sie nicht nur den Persern, sondern allen Völkern ihr Joch auflegen.“ ³⁵ Dabei kann es sich kaum um eine authentische Information handeln. Dies spiegelt eindeutig die spezifische Sichtweise von Curtius wider, der eine Bewertung Alexanders als Befreier oder Eroberer offen lässt. Somit kann man die Geschichtsschreibung des Curtius als stark fiktional bezeichnen, denn höchst unwahrscheinlich ist daneben noch, dass Alexander, der zu allen Völkern sprechen soll, sämtliche Sprachen beherrscht. Selbst die Möglichkeit von Dolmetschern lässt die Rede nicht realistischer, sondern im Sinne eines Stilmittels extra vom Autor geschaffen erscheinen. Auffallend bei der Beschreibung der Schlacht von Gaugamela ist, dass Curtius diesmal in direkter Rede sogar Dareios zu Wort kommen lässt – wohl um seiner ohnehin merklich ausgeschmückte Erzählung Dynamik zu verleihen, während Alexanders Hauptrede indirekt wiedergegeben ist. Die Rede des Dareios nimmt außerdem einen weitaus größeren Teil ein, als die Alexanders, von der

³³ Arrian, Issos, 10 (S. 213).

³⁴ Curtius Rufus, Alexander Geschichte, III, 10,5, übers. v. J. Sibelius/H. Weismann, bearb. v. G. John, Essen-Stuttgart 1987.

³⁵ Curtius, III, 10,5.

er realistischerweise selbst anmerkt: „Seine Ansprache konnte übrigens das Heer nicht verstehen, da der Lärm von beiden Heeren den Gebrauch der Ohren unmöglich machte.“³⁶ Curtius verzichtet bei Gaugamela in seiner ausführlichen Beschreibung des griechischen Heeres auf Zahlenangaben³⁷, wobei offen bleibt, ob ihm keine ausreichenden Quellen zur Verfügung standen, oder ob er sie der Authentizität wegen ausgelassen hat. Das Ende der Schilderungen schließt er mit einem persönlichen Schlusskommentar ab. Mit seiner stark empathischen und wenig objektiven Erzählungsweise dient Curtius gleichermaßen als Quelle für die Geisteswelt der römischen Kaiserzeit. Die negative Charakterisierung Alexanders, an dessen Tüchtigkeit vor allem in der Rede des Dareios gekratzt wird, stellt eigentlich ein Element aus der griechischen Literatur über persische Herrscher dar, wird aber im zeitlichen Kontext des römischen Prinzipats (in der Diskussion um die Zuwendung an verstorbene Kaiser) von Curtius als gedanklicher Perspektivenwechsel zur persischen Mentalität aufgegriffen. So findet sich rhetorisch die Freiheit auf einmal bei den Persern, anstatt bei den Griechen, womit Alexander quasi zum Despoten wird. Der Autor bringt also mit einer Rede indirekt seine eigene Sichtweise ein.

Plutarch

Plutarch behauptet für die Schlacht am Hydaspes Briefe von Alexander³⁸ als Quelle benutzt zu haben und stellt will so den Anspruch auf Authentizität untermauern, da eine Schilderung offenbar aus erster Hand als zuverlässig gilt. Allerdings handelt es sich bei diesen vermeintlich vertrauenswürdigen Quellen laut Forschungsmeinung um fiktive Briefe, die relativ bald nach Alexanders Tod entstanden sind. So lag um 100 n. Chr., also zu Plutarchs Zeit, eine ganze Briefserie in Romanform vor. Eine weitere Quelle, die er nennt, ist ein gewisser Oneisikritos³⁹, von dem aber weiter nichts Genaueres bekannt wird, genauso wie von den genannten „meisten anderen Geschichtsschreiber[n]“⁴⁰. Außerdem bezieht er sich für das Aition der Stadt Bukephalia, die hier nach seinem Hund benannt worden sein soll, zusätzlich auf Informationen von zwei gewissen Männern namens Sotion und Potamon: „Diese Nachricht stammt von Sotion, der sie von Potamon aus Lesbos gehört haben will.“⁴¹ Vergleicht man diese Stelle mit Arrian, so findet man dort Alexanders Pferd als Namensgeber für die Stadt.⁴² Plutarch verzichtet auf malerische Details und gibt scheinbar nur Daten an, die ihm gesichert scheinen oder zumindest schon einmal genannt wurden.

³⁶ Curtius, IV, 13,38.

³⁷ Curtius, IV, 13,26–32.

³⁸ Plutarch, Alexander, 60, Die großen Griechen und Römer. Doppelbiographien, übers. v. Eduard Eyth, Neu-Isenburg 2008.

³⁹ Plutarch, Alexander, 60.

⁴⁰ Plutarch, Alexander, 60.

⁴¹ Plutarch, Alexander, 61.

⁴² Arrian, V, 19.

Diodor

Diodor gibt in seiner Universalgeschichte in 40 Büchern als Quellen für seine Beschreibungen die Konsul-Listen von Athen an, was durch die damit verbundene Datierung seine Glaubwürdigkeit steigert. Er bringt im Gegensatz zu Arrian nur teilweise episodische Handlungen und wirkt ohne Ausschmückungen authentischer.

1.3. Unterschiede in den Darstellungen und Rekonstruktionsmöglichkeit

Augenzeugen und Zeitgenossen schildern in den Berichten ihre subjektiv wahrgenommenen Erfahrungen innerhalb der großen und eigentlich von einem einzelnen Standpunkt aus unüberschaubaren Schlachten. Es werden hauptsächlich die Ereignisse des unmittelbaren Umfeldes detailreich wiedergegeben. Für die Schilderungen der gegnerischen Heere sowie des gesamten Schlachtverlaufs können nur ungenaue Angaben gemacht werden, die sich beispielsweise bei Xenophon in Nachrufen auf die Gefallenen Akteure niederschlagen, was seine Abwesenheit und die daraus resultierende Unwissenheit über bestimmte Vorgänge verschleiern soll. Caesar stützt seine unsicheren Angaben auf Erzählungen, um dem Anspruch auf Vollständigkeit gerecht zu werden. Nur Thukydides gesteht seinen Informationsmangel ein. Klar ist, dass ein Augenzeuge auf keinen Fall die gesamte Schlacht in ihrer Dynamik überblicken kann. So müssen auch die Reden bezüglich ihres Realitätsgehaltes mit Vorsicht behandelt werden. Als Stilmittel eingesetzt, werden sie von Caesar und Thukydides sachgemäß am Vorabend der Schlacht gehalten, während Xenophon und die Sekundärberichterstatter über die Alexanderschlachten Reden, die unmittelbar vor der Schlacht und sogar währenddessen gehalten werden, wiedergeben. Letztere allerdings greifen dafür und auch für ihre Gesamtdarstellungen, die eher Romanen gleichen, auf die von ihnen bezeichneten Quellen zurück, die eine offenere Sichtweise ermöglichen. Arrian nimmt für seine Angaben sogar vergleichend Bezug auf Xenophon, womit dessen Schilderungen durchaus eine indirekte Legitimierung erhalten könnten. Man muss aber bedenken, dass die Beschreibungen der Autoren, die aus späterer Distanz zurückblicken, oft von den jeweiligen Zeitumständen geprägt werden. Besonders deutlich wird dies bei Curtius Rufus, der seine persönliche durch die Zeit des Prinzipats geprägte Sichtweise nicht verbergen kann, was natürlich die inhaltliche Richtigkeit beeinflusst. Allen Autoren ist zwar der Anspruch auf Authentizität gemeinsam, jedoch scheitert eine exakte Rekonstruktion, die über starre Elemente wie den Schauplatz und die gegenüberstehenden Parteien hinausgeht, ausnahmslos an den angeführten Bedenken bezüglich der Glaubwürdigkeit der Quellen.

2. Untersuchung in Hinblick auf das Freund-Feind-Verhältnis

In diesem Abschnitt sollen nun die bereits in den vorigen Kapiteln behandelten Schlachten erneut untersucht werden. Jetzt wird das dargestellte Freund-Feind-Verhältnis der einzelnen Auseinandersetzungen analysiert. Hierbei stellt sich vor allem die Frage, wie der jeweilige Feind im Gegensatz zum eigenen Verband charakterisiert wird. Zunächst bezieht sich diese Untersuchung auf Schlachten gegen Könige im Orient, also Kunaxa und die drei Alexanderschlachten. Danach werden mit Mantinea und Pharsalos jeweils ein innergriechischer und ein innerrömischer Machtkampf genauer betrachtet. Schließlich folgt wieder das Ziehen eines Vergleichs, der die Unterschiede der Darstellungen verdeutlichen soll.

2.1. Schlachten gegen Könige im „Orient“

Kunaxa

Xenophons Anabasis hat neben den bereits genannten Strukturen und dem Leitbild der Freiheit, die aufgrund ihres Gegensatzes zur Despotie im Osten besonders angepriesen wird, das Ideal der guten Menschenführung zum Hauptthema. Diesem Leitbild soll Kyros entsprechen, der, während die Perser im Gegensatz zu den als frei und tapfer charakterisierten Griechen eigentlich als Barbaren dargestellt werden, eine positive Typisierung erhält, indem er seinen eigenen Besitz für die Freiheit der Griechen geben würde. Auf dieses bei den Griechen hochgeschätzte Motiv der Freiheit, greift Xenophon für die eingangs gehaltene Aufmunterungsrede des Kyros an das griechische Heer zurück:

„Ihr Griechen, nicht aus Mangel an Einheimischen habe ich euch als Bundesgenossen mitgeführt, sondern in der Überzeugung, daß ihr tüchtiger und einer großen Zahl von Barbaren überlegen seid, deswegen habe ich euch dazu genommen. Erweist euch nun würdig eurer Freiheit, die ihr erworben habt und derentwegen ich euch glücklich preise.“⁴³

Kyros wird als vertrauenswürdiger Mann präsentiert und von Xenophon quasi geadelt, indem er der erste ist, der als ideale Führungsperson geschildert wird. Er erscheint durch die Beschreibungen fast schon als Grieche und genießt große Verehrung: „Daher bin ich der Meinung [...], daß niemand, weder Grieche noch Barbar, von mehr Menschen verehrt worden ist. Dafür diene auch folgendes als Beweis: von Kyros, der noch ein Untertan war, trat keiner zum Großkönig über.“⁴⁴ Hervorgehoben werden andererseits auch die Barbarenklischees, derer sich Xenophon ebenfalls in der Rede des Persers bedient: „Die Menge unserer Gegner ist groß, und sie werden unter lautem

⁴³ Xenophon, I, 7,3.

⁴⁴ Xenophon, I, 9,28.

Geschrei angreifen. Wenn ihr das aushaltet, so muß ich mich, glaube ich, in allem Übrigen nur schämen, sobald ihr die Art unserer Landesbewohner kennenlernt.“⁴⁵ Das persische Heer wird darüber hinaus als zehnmal größere Übermacht geschildert:

„Hier also ergab sich bei der erwähnten Musterung als Zahl der griechischen Schwerebewaffneten 10.400, der Leichtbewaffneten 2.500, der Barbaren unter Kyros 100.000, dazu ungefähr 20 Sichelwagen. Bei den Feinden seien es 1.200.000 und 200 Sichelwagen, hieß es. Dazu kamen noch 6.000 Reiter unter Artageres, die unmittelbar vor dem Großkönig aufgestellt waren.“⁴⁶

Die so entstandene Feindzahl in einem Größenverhältnis von 1:8, lässt die gegnerische Front angeblich so breit werden, dass sich Artaxerxes, obwohl er in der Mitte seiner Front steht, weit außerhalb des linken Randes von Kyros' Front befindet:

„Obgleich Klearch den großen Haufen in der Mitte sah und von Kyros hörte, der Großkönig stehe außerhalb des linken griechischen Flügels – so sehr war der Großkönig an Truppenzahl überlegen, daß er, in der Mitte der Seinen haltend, außerhalb des linken Flügels des Kyros zu stehen kam – wollte Klearch dennoch den rechten Flügel nicht vom Flusse abziehen, aus Furcht, er könnte von beiden Seiten umfasst werden.“⁴⁷

Diese Angst einer Umzingelung soll zusätzlich die unvorstellbare Größe der Gegnerzahl unterstreichen und den späteren Sieg der Griechen glanzvoller erscheinen lassen: „Und mit den 600 [Reitern] angreifend, siegte er über die vor dem Großkönig Aufgestellten und trieb die 6.000 in die Flucht.“⁴⁸ Weiters werden die griechischen Söldner als autonome Einheit dargestellt. Der rechte Flügel, an dem sie stationiert sind, ist in der griechischen Wertung der wichtigste und ehrenvollste Platz auf einem Schlachtfeld. Sie greifen selbständig an, nachdem sie ebenfalls eigenständig den Pään (den griechischen Kriegsgesang) anstimmen und es scheint, als hätte Kyros im Prinzip nicht den Oberbefehl über die Griechen: „Die beiden Fronten waren nicht mehr als drei oder vier Stadien voneinander entfernt, als die Griechen den Pään anstimmten und zum Angriff auf die Feinde sich in Bewegung setzten.“⁴⁹ Durch diese selbständige schlachteröffnende Aktion der Griechen kommt es zu einem ersten Rückzug der Perser, trotz ihrer eigentlichen zahlenmäßigen Überlegenheit. Die Angabe, dass bei der geordneten Verfolgung und den anschließenden kleineren Gefechten kein Grieche verletzt worden sein soll: „wie denn auch sonst kein Grieche in diesem Kampfe Schaden nahm; nur auf dem linken Flügel soll einer von einem Pfeil getroffen worden sein“⁵⁰ und die

⁴⁵ Xenophon, I, 7,4.

⁴⁶ Xenophon, I, 7,10f.

⁴⁷ Xenophon, I, 8,13.

⁴⁸ Xenophon, I, 8,24.

⁴⁹ Xenophon, I, 8,17.

⁵⁰ Xenophon, I, 8,20.

Betonung, dass die Griechen die Schlacht sogar ohne stärkende Mahlzeiten gewonnen hatten: „So waren die meisten Griechen ohne Abendessen, und gefrühstückt hatten sie auch nicht. Denn bevor das Heer zum Frühstück angehalten hatte, war ja der Großkönig erschienen“⁵¹, verleiht den griechischen Soldaten gegenüber den anderen Völkern in einen heldenhaften Status.

Issos

Für die Schlacht von Issos (333 v. Chr.) zwischen Alexander und Dareios liegen, wie bereits erwähnt, mit Arrian und Curtius Rufus zwei Quellen vor. Zunächst sollen die Darstellungen Arrians behandelt werden.

Arrian benutzt am Anfang eine indirekte Rede Alexanders an seine Truppen als Stilmittel, um den Anschauungen der griechischen Kulturphilosophie, was die östlichen Völker angeht, gerecht zu werden. Dabei bringt er die zwar zahlenmäßige Überlegenheit des Gegners zur Sprache, betont aber deren fehlenden Mut und ihre charakteristische Verweichlichung, die dessen günstige Standortwahl für die Schlacht zunichtemache:

„[...] während sich die zahlenmäßige Überlegenheit für den Gegner als nutzlos erweisen müsse, da er weder an Kraft noch an Mut ihnen gleichwertig sei. Denn nunmehr gerieten Makedonen mit Persern und Medern aneinander, Völkern, die schon seit geraumer Zeit verweichlicht seien, während sie selbst sich in allen kriegerischen Mühen und Gefahren seit langem ihre Übung erworben hätten. [...] Von den Barbaren wiederum aber stünden [...] die robustesten und kriegslustigsten Stämme ganz Europas, den am wenigsten leistungsfähigen und schlappsten Völkern Asiens gegenüber.“⁵²

Außerdem versucht er das Bild des freien Griechen in Gegenüberstellung mit dem unfreien Perser, als Sklave für Geld, zu bestätigen:

„Und im übrigen würden in diesem Kampf sich freie Menschen und Sklaven gegenüberstehen. [...] Vielmehr setzten die auf der Seite des Dareios ja nur für Geld – und nicht einmal viel – ihr Leben aufs Spiel, während die auf der eigenen Seite für Hellas kämpften, und dies freiwillig.“⁵³

Es wird betont, dass eine enorme Zahl an Gegnern zu schlagen sei, nämlich: „alles, was an Persern und Medern überhaupt etwas taugt, alle Völker, die, diesen unterm, Asien bewohnen, und dazu noch den Großkönig persönlich.“⁵⁴ Das soll zwar die große Herausforderung und Gefährlichkeit der Aktion hervorheben, steht aber gleichzeitig

⁵¹ Xenophon, I, 10,19.

⁵² Arrian, Issos, 7.

⁵³ Arrian, Issos, 7.

⁵⁴ Arrian, Issos, 7.

etwas im Widerspruch mit der Beschreibung der Verweichlichung und Mutlosigkeit. Die Stelle wirkt überflüssig, da es offensichtlich Arrians Intention ist, dem Leser von vornherein klar zu machen, dass Alexander die Schlacht ohne Probleme gewinnen wird, wie auch die Erinnerung an Xenophon, der mit weitaus weniger Truppen siegriech gewesen war, in Alexanders Rede zeigen soll. Während also Alexander sozusagen als Inbegriff eines idealen Griechen charakterisiert wird, fällt die Beschreibung des Dareios, der dem Bild des grausamen Barbaren gerecht werden soll: „er [ließ] alle Makedonen, die er dort als Kranke zurückgelassen vorfand, unter grausamen Verstümmelungen umbringen“⁵⁵, ziemlich negativ aus: „Alexander [merkte] sofort, daß das Verhalten des Dareios von Angst bestimmt war.“⁵⁶ Er gilt hier als Feigling, der noch vor seinen Truppen selbst die Flucht ergreift: „Es kam an dieser Stelle zu einem heftigen Reiterkampf, und die Perser gaben nicht eher nach, als bis sie merkten, daß Dareios bereits auf der Flucht war [...] Dareios selbst hatte sich eiligst, wie er war, auf seinem Wagen als einer der ersten aus dem Staube gemacht [...]“⁵⁷, und Arrian macht sich in der Folge auch über seine hastige Flucht lustig: „er [verließ] das Fahrzeug unter Zurücklassung von Schild und Mantel, ja er vergaß sogar seinen Bogen aus dem Wagen mitzunehmen.“⁵⁸ Es soll der Eindruck erweckt werden, dass Dareios total unfähig gewesen sei, sein persisches Heer zum Sieg zu führen, da sie sich vom Beginn bis zum Ende der Schlacht, ganz im Gegenteil zum taktierenden und vor allem heldenhaften Alexander, nicht vom Fleck bewegten: „er [stürmte] selbst mit seinen Leuten rechts im Galopp als erster in den Fluß [...]. Und in der Tat, alles rollte ab, wie Alexander vermutet hatte.“⁵⁹ Alexander wird so idealisiert, dass er sogar Zeit hat, in dem Konflikt mit Dareios, auch noch zwischenzeitlich gegen die Bergkiliker zu Felde zu ziehen.⁶⁰ Wenn man diese Beschreibung in ihrer Gesamtheit allerdings genauer betrachtet, könnte durchaus der Eindruck entstehen, dass die Leistung des griechischen Heeres durch das allgemein abwertende Bild der persischen Gegner gemildert wird. Andererseits könnten diese Seitenhiebe auf die Perser auch ganz einfach den ethnischen Unterschied verdeutlichen, der die Griechen als Volk idealisiert: „müheles wurden die Perser von den Abhängen verjagt [...]“⁶¹

Auch Curtius Rufus hat eine ähnliche Konzeption der Schlacht bei Issos, wobei er genauere Ausführungen und mehr Detailreichtum als Arrian aufweist. Er gibt die Reden der Anführer ebenfalls indirekt wieder und während bei Arrian nur Alexander eine Rede hält, lässt er auch Dareios, den er zugleich als großtuerisch bezeichnet, zu Wort kommen und Alexander kritisieren:

⁵⁵ Arrian, Issos, 7.

⁵⁶ Arrian, Issos, 10.

⁵⁷ Arrian, Issos, 11.

⁵⁸ Arrian, Issos, 11.

⁵⁹ Arrian, Issos, 10.

⁶⁰ Vgl. Arrian, Issos, 6.

⁶¹ Arrian, Issos, 9.

„in der Tat habe sich der vorher so furchtbare und [...] von eitler Zuversicht geblähte König jetzt [...] von einem tollkühnen in einen vorsichtigen Mann verwandelt [...] ähnlich dem feigen Wilde, das sich bei dem Geräusch Vorübergehender in den Schlupfwinkeln der Wälder verberge. Jetzt täusche er gar seine Soldaten durch eine vorgeschützte Krankheit.“⁶²

Diese Aussagen, die die Überheblichkeit des Dareios widerspiegeln sollen, dienen als Signal dafür, dass der Ausgang der Schlacht bereits klar ist. Denn ganz im Gegenteil zu dieser Rede benutzt Curtius das Stilmittel der Wandelbarkeit des Glücks, indem er Alexanders Besorgnis schildert. In Bezug auf Dareios' Grausamkeit besteht zu Arrian der Unterschied, dass Dareios die gebrandmarkten Gefangenen nicht tötet, sondern an Alexander zurückschickt, was man einerseits als Zeichen einer mildereren Darstellung bei Curtius deuten könnte, andererseits wird durch das Zurückschicken der Verstümmelten ein deutlich barbarischer Sarkasmus ausgedrückt. Deutlich wird auch ein Unterschied bei der Heeresbeschreibung, wonach die Perser nach Kampfeinheiten gegliedert sind und die Griechen nach Ethnien und jeweiligem Kommandeur. Ein weiterer, bildhafter als bei Arrian geschilderter Gegensatz zwischen den Fronten ist die rechtzeitige Vorbereitung und Ordnung der Griechen, die bereits in der Nacht vor der Schlacht erfolgt, während die Perser in Hektik ausbrechen, da sie durch Ungehorsam eine Unordnung verursachen und unter keinem einheitlichen Oberbefehl stehen:

„In diesem Heer, das bunt durcheinandergewürfelt war und nicht unter einem einheitlichen Oberbefehl stand, war durch die mannigfache Verwirrung alles in Unordnung geraten. [...] indem die einen aus Furcht seinen Befehl nicht auszuführen wagten, die andern ihn vergeblich ausführten; denn wo die Teile wanken, gerät das Ganze in Verwirrung.“⁶³

Wie Arrian bedient sich auch Curtius typisch griechischer Klischees über andere Völker, was die abgestufte Charakterisierung der Illyrer und Thraker zeigt, deren Motivation für den Kampf lediglich materielle Güter darstellen würden:

„Die Illyrer aber und Thraker, die von Raub zu leben gewohnt waren, hieß er hinschauen auf die in Gold und Purpur schimmernden Reihen der Feinde, die nur Beute für sie, keine Waffen trügen. Darauflosgehen sollten sie, und sie, die Männer, jenen weibischen Memmen ihr Gold entreißen.“⁶⁴

Die Charakterisierung des Dareios und die Schilderung seiner Flucht sind bei Curtius nicht so negativ wie bei Arrian, da Darios entsprechend seiner eher passiven Verhaltensbeschreibung erst die Flucht antritt, als sein Wagen fällt:

⁶² Curtius, III, 8,10f.

⁶³ Curtius, III, 8,26.

⁶⁴ Curtius, III, 10,9f.

„Und schon war es fast soweit, daß die Rosse, die Dareios zogen, von Speer durchbohrt und durch den Schmerz wild gemacht, am Joche rissen und den König vom Wagen schleuderten: Da sprang der König aus Furcht, lebendig in die Hand der Feinde zu geraten, herab und ließ sich auf ein Pferd heben, das ihm zu eben diesem Zwecke folgte.“⁶⁵

Auch bezüglich der Aufstellung der Heere finden sich bei Curtius andere Angaben: Während Arrian Bezug auf Xenophon nimmt und Dareios in der Mitte des persischen Heeres platziert, steht er bei Curtius am linken Flügel genau gegenüber von Alexander. Beide sprechen zwar von unterschiedlichen Gegnerzahlen (bei Arrian 600.000 und bei Curtius 120.000)⁶⁶, stimmen jedoch bei der Zahl der griechischen Söldner mit 30.000 und bei den Gefallenenzahlen von 10.000 Reitern und 100.000 Mann seitens der Perser überein.⁶⁷ Gemäß dem heroisierenden Bild der Griechen sind laut Curtius bei diesen hohen Verlusten der Perser nur etwa 200 Gefallene auf griechischer Seite zu beklagen: „So geringe Opfer kostete ihn [Alexander] der gewaltige Sieg.“⁶⁸ Auch die Initiative beim Kampfbeginn wird unterschiedlich bewertet: Während bei Arrian Alexander den Angriff startet, wonach ein sofortiger Erfolg erkennbar gewesen sei, beginnt bei Curtius die persische Kavallerie am rechten Flügel die Schlacht: „Bereits war man in Schußweite gelangt, als die persische Reiterei wild auf den linken Flügel einstürmte.“⁶⁹ Ebenso wird das Schicksal der persischen Frauen bei Curtius wesentlich ausführlicher beleuchtet.

Im Vergleich der beiden Quellen wird klar, dass eine exakte Rekonstruktion des Schlachtverlaufs wohl nicht möglich ist, da die Informationen der beiden Autoren zwar an den wesentlichen Stellen übereinstimmen, sich aber in manchen Einzelheiten doch unterscheiden. Beide, sowohl Arrian als auch Curtius Rufus, bauen Reden der Anführer und zahlenmäßige Angaben in ihre Berichte ein und beschreiben den griechischen Sieg unter Verwendung spektakulärer kleinerer Schlachtepisoden, die, wie bereits in der Analyse zu den Autoren bemerkt wurde, spannungserregend wirken sollen, als notwendiges Schicksal.

Gaugamela

Auch über die Schlacht bei Gaugamela (331 v. Chr.) liegen Texte von Arrian und Curtius Rufus vor, die im Folgenden behandelt werden. Da die Beschreibungen aller drei Alexanderschlachten eine durchgehende inhaltliche Struktur aufweisen, die sich

⁶⁵ Curtius, III, 11,11.

⁶⁶ Curtius, III, 9,1–7; Arrian, Issos, 8.

⁶⁷ Curtius, III, 9,2.

⁶⁸ Curtius, III, 11,27.

⁶⁹ Curtius, III, 11,1.

nur in den spezifischen Abläufen unterscheiden, wird dabei nun hauptsächlich auf diese speziellen Einzelheiten eingegangen.

Arrian beschreibt die Größe des persischen Heeres mit einer Gesamtzahl von 1.040.200 Mann, das gegen nur 47.000 Griechen in den Kampf zieht.⁷⁰ Dieses Verhältnis von 1:22 scheint aber – an Xenophons Angaben von Kunaxa erinnernd – mehr als unrealistisch. Bei der Entscheidung über den von seinem Feldherrn Parmenion vorgeschlagenen Nachtangriff, wird Alexander noch einmal als ehrenvoller Mann stilisiert: „Er aber antwortete [...], es sei schändlich, sich einen Sieg erstehlen zu wollen; einem Alexander jedenfalls zieme es, offen und ohne Betrug zu siegen.“⁷¹ Es scheint, als müsse ein offensichtlicher Beweis (bei Tageslicht) für die Unterlegenheit des Dareios erbracht werden und Alexander wegen seines souveränen Tons, mit dem er die Argumente gegen einen Nachtangriff vorbrachte, gelobt werden. Allgemein fällt auf, dass die griechischen Truppen viel ausführlicher beschrieben werden; zumal auch die Details ihrer Aufstellung sehr genau wiedergegeben sind.⁷² Wie bereits bei der Schlacht von Issos flieht Dareios erneut: „Da nun fühlte Dareios, längst schon voller Angst, alles Schreckliche auf sich hereinbrechen: Als erster wandte er sich zur Flucht.“⁷³ Anschließend beschreibt Arrian, dass mit dem Angriff des rechten Flügels der Perser gegen Parmenion, erstmals im ganzen Kampfgeschehen, eine kritische Situation für die Griechen eintritt: „Als so zum ersten Mal die Sache für die Makedonen eine gefährliche Wendung zu nehmen drohte, [...] kam es zum erbittertsten Reiterkampf der ganzen Schlacht.“⁷⁴ Wieder soll stilistisch die trotz der zahlenmäßigen Minderheit vorherrschende Überlegenheit der Griechen zum Ausdruck gebracht werden. Der finale Zusammenstoß der beiden Heeresteile dient Arrian quasi als spannungsgeladener Showdown, mit dem er den Leser ein letztes Mal fesseln will. Da die Flucht des Dareios starke Übereinstimmungen mit jener in Issos aufweist: „der Wagen des Dareios fiel zum zweitenmal in Alexanders Hand, und ebenso wurden Schild und Bogen ein zweitesmal erbeutet“⁷⁵, könnte es sich dabei um eine spotthaft wiederholende Hervorhebung von Dareios' Mutlosigkeit handeln. Das kann wiederum ein Hinweis dafür sein, dass nicht nur dieser spezielle Teil, sondern der Großteil des Schlachtverlaufs eher der beschönigenden – und was die Perser betrifft teilweise satirischen – Sicht Arrians entspricht, anstatt historischer Authentizität.

Die Ausführungen von Curtius Rufus sind dagegen, wenn auch trotzdem etwas unrealistisch, um einiges glaubwürdiger. So spricht er beim persischen Heer von

⁷⁰ Arrian, III, 8.

⁷¹ Arrian, III, 10.

⁷² Arrian, III, 11.

⁷³ Arrian, III, 14.

⁷⁴ Arrian, III, 15.

⁷⁵ Arrian, III, 15.

insgesamt 245.000 Kriegern⁷⁶, anstatt von über einer Million, wie Arrian. Die Zahl der Griechen wird dabei – vielleicht bewusst – nicht genannt, um ein authentischeres Abbild zu schaffen. Während bei Arrian Alexander den Griechen ein Kampfgeschrei erst in einer angebrachten Situation gestattet, erwähnt Curtius ein solches seitens der Makedonen vor Schlachtbeginn:

„Schon hatte das hellere Tageslicht, nachdem der Nebel sich gelöst hatte, die feindliche Schlachtordnung enthüllt, und die Makedonen erhoben, sei es aus Mut oder des Wartens müde, ein gewaltiges Schlachtengeschrei. Von den Persern wurde es erwidert, so dass die umliegenden Wälder und Täler von seinem furchtbaren Widerhall erdröhnten.“⁷⁷

Curtius Rufus, der, wie bereits erwähnt, eher zu einem fiktionalen Erzählstil tendiert, zeichnet mit der Beschreibung der Skythen und Baktrianer ein ähnliches Perserbild, wie Xenophon bei der Schlacht von Kunaxa: „Bei Tag dagegen werde man zunächst den furchtbaren Gestalten der Skythen und Baktrianer begegnen mit ihren struppigen Gesichtern und ungeschorenen Haaren, sowie ihren Riesenleibern.“⁷⁸ Hingegen wird in der Alexanderrede betont, dass die Griechen keine Angst vor ihnen unbekanntem Völkern hätten: „Sie sollten sich nur nicht vor den bloßen Namen unbekannter Völkerschaften fürchten, denn zur Entscheidung des Kampfes trage es nichts bei, welche unter ihnen Skythen oder Kadusier hießen. Eben deshalb, weil sie unbekannt seien, seien sie auch unbedeutend.“⁷⁹ Weiters erwähnt Curtius zahlreiche Verwundete auf beiden Seiten und er schildert die Flucht des Dareios wesentlich anders als Arrian. Hier fliehen zuerst die persischen Truppen, dann erst Dareios selbst, weil er nun alleine ist. Zudem wird seine Situation, die ihn schließlich zu dieser Flucht veranlasst, verständlich gemacht: „Während er jedoch noch zwischen Hoffnung und Verzweiflung hin und her schwankte, wichen allmählich die Perser und ihre Reihen lösten sich. [...] und es war schon kein Kampf mehr, sondern ein Morden, als auch Dareios seinen Wagen zur Flucht wandte.“⁸⁰ Außerdem erhält Dareios insgesamt eine bessere Charakterisierung, zumal auch er gleichzeitig mit Alexander die Schlacht eröffnet. Alexander wird diesmal nicht ganz so glanzvoll dargestellt, da er im Gegensatz zum vorherigen Zusammentreffen viel mehr Glück für seinen Erfolg benötigt. Die Schlacht von Gaugamela bildet somit auch einen Wendepunkt im Charakter Alexanders, der nicht besonders souverän wirkt. Schließlich unterscheiden sich auch die Gefallenenzahlen bei Arrian und Curtius beträchtlich. Arrian erwähnt hierbei 300.000 gefallene Perser und 100 Griechen⁸¹, Curtius spricht von „nur“ 40.000 Toten auf persischer Seite und ganzen 300 bei den

⁷⁶ Curtius, IV, 12,13.

⁷⁷ Curtius, IV, 12,23.

⁷⁸ Curtius, IV, 13,5.

⁷⁹ Curtius, IV, 14,3.

⁸⁰ Curtius, IV, 15,31f.

⁸¹ Arrian, III, 15.

Griechen.⁸² Allerdings handelt es sich bei diesen differierenden Zahlen höchstwahrscheinlich wieder um Fiktion, was neben den merkbar hinzugedichteten Einzelheiten eine exakte Rekonstruktion der Schlacht und ihres Verlaufs mehr oder weniger ausschließt.

Hydaspes

Für die letzte große Schlacht Alexanders am Hydaspes (326 v. Chr.) gegen den Inder Poros bieten sich vier Texte zur Analyse an. Indische Quellen sind nicht erhalten.

Arrian folgt auch hier wieder seinem Schema und beschreibt, teilweise mit indirekten Kommentaren, die verschiedenen beteiligten Völker, Kommandeure und ihre Manöver, Einzelheiten der Zweikämpfe sowie die Flucht der unterlegenen Partei, während aber dieses Mal Reden und Ansprachen insgesamt – bis auf eine kurze direkte Anweisung – fehlen. Auffallend ist bei dieser Schlachtenbeschreibung Alexanders Umgang mit der völlig neuen Situation der 200 Elefanten beim Gegner. Es seien nämlich in Poros' riesigem, gut gerüstetem Heer „die Elefanten allein [...], die das Anlandgehen der Pferde unmöglich machen. Das übrige Heer dagegen bedeutet keine Schwierigkeit.“⁸³ Dabei kommt auch Alexanders sich bereits in der Schlacht von Gaugamela herausbildender Übermut erneut zum Vorschein. Außerdem ist als besonders eindrücklicher Punkt zu erwähnen, dass Poros hier ganz im Gegensatz zu Dareios als ebenbürtiger und tapferer Gegner charakterisiert wird:

„Poros selbst hatte im Kampf nicht nur als Heerführer, sondern auch als tapferer Einzelkämpfer Bedeutendes geleistet. [...] er [...] floh nicht wie Dareios, der persische Großkönig, den Seinen voran als erster aus der Schlacht, sondern hielt es aus, solange indische Truppen noch irgendeinen Widerstand leisteten, bis zu diesem Augenblick selbst unaufhörlich im Kampf [...]“⁸⁴

Darüber hinaus, so Arrian „bewunderte [Alexander] die Tatsache, daß er in seiner Haltung keine Unterwürfigkeit zeigte, sondern als Held auf einen Helden zutrat, nachdem er als König gegen einen König heldenhaft um sein Reich gekämpft hatte.“⁸⁵ Ein besonderes Augenmerk wird von Arrian wieder auf die Heergröße Alexanders von 11.000 Mann gelegt, mit welcher er das gegnerische Heer von etwa 34.500 Mann schlagen will. Diesmal ist das Verhältnis von 1:3 wesentlich vorstellbarer, wogegen die Gefallenenzahlen von ca. 23.000 bei den Indern und nur 310 bei Alexander wieder utopisch sind.⁸⁶

⁸² Curtius, IV, 16,26.

⁸³ Arrian, V, 11.

⁸⁴ Arrian, V, 18.

⁸⁵ Arrian, V, 19.

⁸⁶ Arrian, V, 18.

Hier lassen sich wieder Unterschiede zwischen den Ausführungen von Curtius Rufus und Arrian finden; wie etwa die reduzierte Elefantenzahl von 85. Eine gänzliche Abweichung in der Erzählung ist, dass Arrian erwähnt, am gegenüberliegenden Ufer würden aufgestellte Posten dem Poros sofort Meldung des Übersetzens Alexanders machen: „die feindlichen Posten, die diese Invasion auf sich zukommen sahen, jagten dementsprechend, was die Pferde hergaben, jeder für sich zu Poros“⁸⁷, während hingegen Curtius berichtet: „Das Ufer, auf das man losfuhr, war leer von Feinden, da Poros‘ Aufmerksamkeit noch allein auf Ptolemaios gerichtet war.“⁸⁸ Allerdings erfolgt bei Curtius wenig später ebenfalls eine Meldung über das Ufer voller feindlicher Truppen an Poros⁸⁹, was nur die Reihenfolge der Abläufe in Frage stellt, nicht aber die Faktizität der Nachricht. Ebenso verfließt die klare Trennung Arrians in ein Vor- und ein Hauptgefecht bei Curtius zu einem großen Kampf. Ein weiterer Unterschied ist, dass es laut Arrian „bei der Landung [...] zu einem Kampf der Inder unter dem Porossohn mit Alexander und seiner Reiterei gekommen“⁹⁰ sei, Curtius aber erwähnt der „Anführer dieser vorausgesandte Truppen war sein eigener Bruder Sages [...]“⁹¹. Auch ein wesentlicher Teil in der Taktik Alexanders wird verschieden wiedergegeben. So spricht Arrian von einer Abwehrstellung der Phalanx und Curtius berichtet, die Phalanx befinde sich in der Position des Angriffs.⁹² Auch diese zum Teil komplett gegensätzlichen Aussagen machen die bereits behandelte Möglichkeit einer exakten Rekonstruktion unwahrscheinlich. Die Ansicht Alexanders, er habe es mit einem ebenbürtigen Gegner zu tun, findet man aber auch bei Curtius: „Endlich sehe ich eine Gefahr, die meinem Mut gleichkommt.“⁹³

Plutarchs und Diodors Angaben zur Feindzahl sind denen von Arrian mit rund 22.000 sehr ähnlich. König Poros wird bei Plutarch, wie in den anderen beiden Berichten, als außergewöhnlich groß beschrieben: „Poros [soll] die gewöhnliche Höhe eines Reiters, welche vier Ellen beträgt, noch überragt habe[n], so daß er durch die gewaltige Größe seiner Person vollkommen mit seinem Elefanten im Verhältnis stand.“⁹⁴, und auch seine Freilassung nach der Niederlage mit der damit verbundenen Rückgabe seiner Herrschaft und weiteren Landstrichen stimmt in den Überlieferungen überein.⁹⁵ Poros wird so in einen besonderen Status eines orientalischen Königs erhoben, der – ganz anders als Dareios – sehr ehrenvoll erscheint und auf eine Stufe mit Alexander gestellt wird.

⁸⁷ Arrian, V, 13.

⁸⁸ Curtius, VIII, 13,27.

⁸⁹ Curtius, VIII, 14,1.

⁹⁰ Arrian, V, 14.

⁹¹ Curtius, VIII, 14,2.

⁹² Arrian, V, 11; Curtius, VIII, 14,18.

⁹³ Curtius, VIII, 14,14.

⁹⁴ Plutarch, Alexander, 60; Arrian, V, 19.

⁹⁵ Arrian, V, 19; Curtius, VIII, 14,45; Plutarch, Alexander, 60; Diodor, XVII, 89, übers. v. C. Bradford Welles, hrsg. v. William Heinemann, London 1963.

2.2. Innergriechische bzw. römische Machtkämpfe/Bürgerkriege

Mantineia

Thukydides charakterisiert die beteiligten Parteien Sparta und Athen in seinen konstruierten Reden, die nur ungefähre Angaben enthalten, wobei er ein größeres Augenmerk auf die Beschreibung der Mentalität der Spartaner richtet. Dabei spielt die lange Tradition des Kampfes eine große Rolle, was in den Zusprüchen unmittelbar vor der Schlacht klar wird:

„[...] während die Spartaner truppweise und nach ihrem kriegerischen Brauch sich gegenseitig anbefahlen, als tapfre Männer, was sie gelernt, nicht zu vergessen, überzeugt, daß langjährig eingeübtes Tun mehr Heil verspricht als im Augenblick schön geredete Mahnsprüche.“⁹⁶

Thukydides lässt hier das Klischee der lakonischen Kürze bzw. Wortkargheit der Spartaner hervortreten. Die weitere Schilderung von Sparta ist auf die Ordnung, straffe Organisation und die Bewahrung der Traditionen gerichtet: „Da galt kein langes Besinnen bei der Aufstellung, gleich ordneten sie sich voll Eifer in ihre Reihen, der König Agis gab alle Anweisungen nach dem Brauch.“⁹⁷ Die Darstellung der Spartaner zu Schlachtbeginn: „Dann folgte der Zusammenstoß, wobei [...] die Spartaner langsam [...] gleichmäßig im Takt marschierend an den Feind kämen [...]“⁹⁸ soll andeuten, wer den Kampf letztendlich gewinnen wird. Das Ableiten des Gewässers im Vorfeld zeugt von einer gewissen Kriegstaktik, aber eigentlich ist Agis gar kein souveräner Feldherr. Die schnelle Ordnung der Spartaner beim plötzlichen Ansturm der Gegner kann nur durch ihre Disziplin schnell genug erreicht werden: „So völlig und gründlich in der Kriegskunst unterlegen, zeigten sich die Spartaner damals, daß sie trotz allem dank ihrer Tapferkeit die Stärkeren waren.“⁹⁹ Den Athenern und Mantineiern wird hingegen – bis auf das Argument der Ausweitung der *arché* – kaum Beachtung hinsichtlich ihrer Charakterisierung geschenkt. Die Gefallenenzahlen, die Thukydides zum Schluss nennt, betragen auf der Seite Mantineias 1.100 und „bei den Spartanern waren die Verbündeten nie so bedrängt, daß sie nennenswerten Verlust gehabt hätten; über sie selbst war es schwer, die Wahrheit zu erfahren, es hieß es wären etwa 300 gefallen.“¹⁰⁰ Dass diese Angabe zur Gesamtzahl der Spartaner nur ein Zehntel ausmacht, soll ein weiteres Mal lediglich deren Großartigkeit zum Ausdruck bringen, was die Wahrscheinlichkeit für eine exakte Rekonstruktion der Schlacht um einiges schmälert.

⁹⁶ Thukydides, V, 69.

⁹⁷ Thukydides, V, 66.

⁹⁸ Thukydides, V, 70.

⁹⁹ Thukydides, V, 72.

¹⁰⁰ Thukydides, V, 74.

Pharsalos

Caesar benutzt, wie bereits erwähnt, die Charakterisierung seines Gegners Pompeius, um seine eigene Person in ein besonders gutes Licht zu rücken. So zeigt sich die Hybris, die Überheblichkeit der Gegner schon früh: „Im Geiste sahen sie sich schon als Sieger, weil sie glaubten, daß ein so erfahrener Feldherr in einer so bedeutsamen Sache keine leeren Versicherungen mache.“¹⁰¹ Durch diese und Caesars zusätzliche Angabe: „Pompeius hatte, wie man später erfuhr, auf das Drängen all seiner Anhänger hin, sich dazu entschlossen, zum Entscheidungskampfe anzutreten“¹⁰² wird der Gegner zudem als zögerlich beschrieben, um seine eigene Souveränität – bei der gut durchdachten Planung, dem systematischen Truppenaufbau und seiner aktiven Beteiligung – in den Vordergrund zu stellen. Allerdings handelt es sich dabei um gezielte stilistische Konstruktionen des Autors, deren Wahrheitsgehalt kaum sehr hoch sein kann, sowie auch die Wiedergabe des exakten Handlungsablaufs kaum realitätsgetreu möglich ist. Auffallend ist bei der Beschreibung der Heeresaufstellungen die zahlenmäßige Unterlegenheit Caesars in einem Verhältnis von 1:2. So berichtet er für die 110 Kohorten der Feinde: „Es waren insgesamt 45.000 Mann“¹⁰³, während er selbst „achtzig Kohorten hatte [...] in Stellung gehen lassen, deren Gesamtzahl sich auf 22.000 Mann belief.“¹⁰⁴ Der errungene Sieg soll somit noch eindrucksvoller erscheinen, obwohl Caesar bereits vorher durch die abwertende Beschreibung des Pompeius einen für sich erfolgreichen Ausgang signalisiert. Bei der Anordnung der beiden Heere fällt auf, wie sich Pompeius und Caesar begegnen: „Er selbst [Caesar] postierte sich Pompeius gegenüber.“¹⁰⁵ Damit kommt zum Vorschein, dass es sich bei der Konfrontation eigentlich ursprünglich lediglich um einen persönlichen Konflikt zwischen den beiden handelt. Ein wichtiges Element bei der Begründung von Caesars letztendlichem Sieg ist, dass die Taktik seines Heeres, wie man ähnlich bei den Angaben des Thukydides über das spartanische Heer erfährt, dem „militärische[n] Brauche“¹⁰⁶ folgt und auf „alter Erfahrung und Kampfübung“¹⁰⁷ beruht. Eine ebenso wichtige Rolle spielt dabei auch die Kampfbegeisterung, wie Caesar weiter beschreibt: „weil allen Menschen ein bestimmter innerer Antrieb und Drang, der durch Kampfesbegeisterung angefacht wird, von Natur aus angeboren ist.“¹⁰⁸ Einen anderen wichtigen Punkt der Erzählung bildet die Flucht des Pompeius: „Als aber Pompeius seine Reiterei geworfen und gerade die Truppe, auf die er die größte Hoffnung setzte, im panischen Schrecken sah, hatte er zu den übrigen kein

¹⁰¹ Caesar, *De bello civili*, III, 87.

¹⁰² Caesar, *De bello civili*, III, 86,1.

¹⁰³ Caesar, *De bello civili*, III, 88.

¹⁰⁴ Caesar, *De bello civili*, III, 89.

¹⁰⁵ Caesar, *De bello civili*, III, 89.

¹⁰⁶ Caesar, *De bello civili*, III, 90,1.

¹⁰⁷ Caesar, *De bello civili*, III, 93.

¹⁰⁸ Caesar, *De bello civili*, III, 92.

Vertrauen mehr, verließ das Schlachtfeld, ritt unverzüglich ins Lager [...].¹⁰⁹ Hier erinnert sie ansatzweise an die Flucht des Poros bei Arrian, die weitere Flucht aus dem Lager allerdings weist fast schon zynische Elemente – wie sie auch bei der Flucht des Dareios zu finden sind – auf, denn dort

„wurde Pompeius zufällig eines Pferdes habhaft, legte die Feldherrnabzeichen ab, sprengte durch das hintere Tor aus dem Lager und ritt sofort eiligst nach Larisa. Aber auch hier machte er nicht halt, sondern ritt mit unveränderter Geschwindigkeit weiter. Er [...] unterbrach seinen Ritt nicht einmal bei Nacht, [...] immer wieder, wie es hieß, klagend, daß er sich so schwer in seiner Erwartung getäuscht habe, daß gerade die, von denen er sich den Sieg erhoffte, die Flucht begonnen hätten und er von diesen geradezu verraten erscheine.“¹¹⁰

Diese Aussagen, sowie die Beschreibung der sich ergebenden Gefolgsleute des Pompeius, die ihn „mit ausgestreckten Armen zur Erde geworfen, unter Tränen um Gnade an[flehten]“¹¹¹ sind aber nicht gesichert. Betrachtet man die Gefallenenzahlen auf Pompeius' Seite von 15.000, so scheinen diese Daten zwar recht authentisch, allerdings nur, wenn die zuvor genannte Zahl der eigenen Opfer „höchstens zweihundert“¹¹² außer Acht gelassen wird.

2.3. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Schilderungen

In allen Beschreibungen wird die gegnerische Partei als charakterlich schwächer und kriegstechnisch unterlegener als die eigene bzw. siegende dargestellt. Egal, ob aus dem Orient oder dem eigenen Herkunftsland, der Feind erhält immer eine negative Beschreibung. Entweder stehen sich im Orient tapfere Griechen und rüpelhafte Barbaren gegenüber, oder es entscheidet die Tradition der Kriegskunst gegen die taktische Unfähigkeit über den Ausgang des Kampfes. Die Ausnahme bilden hierbei wohl die Spartaner bei Thukydides, die fehlende Taktik und Tradition trotzdem für ein siegreiches Ende vereinigen können. Aber letztendlich sind es die Ideale wie Tapferkeit und Mut, die über Sieg oder Niederlage entscheiden. Immer ist schon vorher durch gezielte Anmerkungen der Autoren klar, wer die Schlacht gewinnen wird. Eine durchgehende Übereinstimmung findet sich auch in den übertriebenen Größenverhältnissen der eigenen Truppen zur Stärke des zu besiegenden Heeres, wobei sie je nach Gegner unterschiedlich realistisch erscheinen können. So werden die orientalischen Heere, vor allem bei Kunaxa, Issos und Gaugamela stets viel größer dargestellt, als Gegnertruppen desselben Volksstammes, bei denen das Verhältnis, wie etwa bei Caesar das Doppelte beträgt. Daran knüpfen auch die Gefallenenzahlen an, wobei die Feinde folglich viel

¹⁰⁹ Caesar, De bello civili, III, 94.

¹¹⁰ Caesar, De bello civili, III, 96.

¹¹¹ Caesar, De bello civili, III, 98.

¹¹² Caesar, De bello civili, III, 99,1.

mehr Opfer zu beklagen haben als die eigene, somit heldenhafte Truppe. Ein weiteres Element, das man sowohl bei Gegnern aus dem Orient als auch bei Bürgerkriegen findet, ist die Flucht des feindlichen Anführers. Sowohl Arrian als auch Caesar stimmen in einer spöttischen Beschreibung des Fliehenden überein. In der Zusammenschau sind also mehr Gemeinsamkeiten als eventuelle gravierende Unterschiede auszumachen.

3. Resümee

Insgesamt folgen die verschiedenen Autoren, ob sie als Zeitgenossen, Augenzeugen oder erst als spätere unbeteiligte Erzähler berichten, einer bestimmten Struktur, welche die Schlachtordnungen der eigenen und gegnerischen Truppen einschließlich der Völker, die Bewaffnung sowie die zahlenmäßige Größe der Heere beinhaltet. Durchgehend sind ebenso Vorgeschichten wie detaillierte Situationsschilderungen während des Kampfgeschehens ersichtlich. Ungeachtet der verschiedenen interpretierbaren Einzelheiten bleiben die Faktizität der Schlachten an sich und die Situation der involvierten Heerführer unbestritten. Da es sich bei den Beschreibungen allerdings hauptsächlich um literarisch geformte Berichte handelt, werden die realen Ereignisse für das tradierte Bild den Absichten der jeweiligen Autoren untergeordnet. Das Ergebnis dieser Subordination sind stark stereotypisierte und teilweise utopische Erzählungen, deren Wahrheitsgehalt großteils nur vage bestimmbar ist. Eine exakte Rekonstruktion, die den Detailreichtum der Schilderungen beinhaltet, ist somit aufgrund der Quellenlage und der Inszenierungen der Autoren für alle behandelten Schlachten unmöglich.

Quellenverzeichnis

Arrian, Flavius, *Anabasis*. Der Alexanderzug, übers. v. G. Wirth/O. v. Hinüber, München 1985.

Caesar, Gaius Iulius, *Commentarii de bello civili*. Der Bürgerkrieg, übers. v. Georg Dorminger, Heimeran 1957.

Curtius Rufus, *Alexandergeschichte*, übers. v. J. Sibelius/H. Weismann, bearb. v. G. John, Essen-Stuttgart 1987.

Diodorus of Sicily, (in 12 Bänden) übers. v. C. Bradford Welles, hrsg. v. William Heinemann, London 1963.

Plutarch, *Die großen Griechen und Römer*. Doppelbiographien, übers. v. Eduard Eyth, Neu-Isenburg 2008.

Thukydides, *Geschichte des Peloponnesischen Krieges*, übers. v. Georg Peter Landmann, München 1981.

Thukydides, Der Peloponnesische Krieg. Auswahl Griechisch/Deutsch (Reclam), Übersetzung und Anmerkungen von Helmuth Vretska und Werner Rinner, Stuttgart 2005.

Xenophon, Anabasis. Der Zug der Zehntausend, hrsg. v. Walter Müri, München 1990.

Aline Kummer ist Studentin der Geschichte und Alten Geschichte im 9. und 5. Semester an der Universität Innsbruck. Aline.Kummer@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Aline Kummer, Antike Schlachtenbeschreibungen im Vergleich, in: *historia.scribere 2* (2010), S. 453–475, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.



Das Innsbrucker Riesenrundgemälde

Aline Kummer

Kerngebiet: Österreichische Geschichte

eingereicht bei: o.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Mazohl

ao.Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sybille Karin Moser-Ernst

eingereicht im Semester: SS 2007

Rubrik: SE-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiterinnen: gut–sehr gut

Abstract

The cyclorama of Innsbruck

The following seminar-paper shall offer a general overview of the construction and continuation of the cyclorama of Innsbruck. Initially the term of panorama painting will be defined, followed by the history of the painting, the life stories of the artists and an explanation of the depicted scenes. Using contemporary newspaper articles, the facts and views in the development of the cyclorama will be illustrated.

Einleitung

Das Innsbrucker Riesenrundgemälde wird trotz seiner Schließung zur Restauration im Jahr 2009 – seine Wiedereröffnung wird im neuen Berg-Isel-Museum stattfinden – auch künftig eine der wichtigsten Sehenswürdigkeiten der Stadt bleiben. An seinem alten Standort im Stadtteil Saggen erfreute es sich jährlich einer hohen Besucherzahl. Doch die zur Verfügung stehenden Prospekte geben nur spärlich Auskunft über die ereignis-

reiche Geschichte des Panoramas und einige, damit verbundene interessante Einheiten.

Die vorliegende Arbeit soll einen allgemeinen Überblick über die Entstehung und das Bestehen des Innsbrucker Riesenrundgemäldes geben. Zunächst wird dabei der Begriff des Panoramabildes erklärt. Anschließend wird auf die Geschichte des Gemäldes, die Biographien der beteiligten Maler, sowie auf das Bild selbst und die dargestellte Schlacht¹ eingegangen. Unter Zuhilfenahme von zeitgenössischen Zeitungsberichten aus verschiedenen Abschnitten seines Bestehens, sollen die jeweiligen Umstände und Ansichten in der Entwicklung des Innsbrucker Panoramas veranschaulicht werden. Die anschließende Begriffsanalyse wird darin oft verwendete Worte auf die Aktualität ihrer Bedeutung prüfen.

Schließlich folgt eine mit Kommentaren versehene Auswahl der wesentlichen Ausschnitte des Riesenrundgemäldes, die den Schlachtablauf im Vergleich mit den historiographischen Überlieferungen dokumentieren soll.

1. Das Panoramabild

Durch ein Panoramabild hat der Betrachter einen 360° Rundblick, denn das Bild wird auf einen Rundhorizont gemalt. Es kann als illusionistisches Schaubild bezeichnet werden. Das Gebäude in dem es sich befindet, muss extra dafür errichtet werden. In der Mitte des Raumes steht eine Plattform auf der der Besucher sich frei bewegen kann. Um ihn herum ist das Bild abgebildet. Zwischen dem Betrachter und der bemalten Leinwand sind im Falle des Innsbrucker Riesenrundgemäldes sieben Meter. Diese werden durch einen sogenannten falschen Vordergrund ausgefüllt. Dort wird ein Gelände simuliert, das in das Bild übergeht. Da das menschliche Auge bei einer Entfernung von sieben Metern nicht mehr im Stande ist, den Unterschied zwischen Zweidimensional und Dreidimensional zu unterscheiden, ist die Täuschung perfekt.²

Panoramabilder tauchen erstmalig in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf. Zur Mitte des Jahrhunderts nimmt dieser Trend wieder ab bis es in den frühen 1870er Jahren zu einer erneuten Panorama-Welle kommt. Das Innsbrucker Panorama gehört in die zweite Generation der Panoramen, und auch hier eher schon in den Auslauf. Dies

¹ Ob es sich bei den Kämpfen am Berg Isel 1809 um Schlachten oder um Treffen gehandelt hat, ist umstritten. Viktor Schemfil bezeichnet in seiner Darstellung "Der Tiroler Freiheitskrieg 1809", (hrsg. v. Bernhard Mertelseder) die Kämpfe am Berg Isel als "Treffen".

² Arno Gisinger, Die große Erzählung. Das Innsbrucker Panorama als Projektionsfläche für Heimatsehnsucht, in: Sehnsucht Heimat. Katalog zur Ausstellung im Salzlager Hall/Kunsthalle Tirol, hrsg. v. Benedikt Erhard, Innsbruck 1998, S. 38.

kann auch damit begründet werden, dass Ende des 19. Jahrhunderts in Innsbruck schon erste ‚laufende Bilder‘ gezeigt wurden: der Film war in Anmarsch.³

2. Das Innsbrucker Riesenrundgemälde

2.1. Zur Entstehung

1893 war eine große Tiroler Landesausstellung. Josef Calasanz Platter, Schriftsteller und Sekretär des Tiroler Fremdenverkehrsverbandes und Dr. Anton Kofler, Sekretär der Tiroler Handelskammer schlugen vor, ein Kolossalgemälde errichten zu lassen. Thema sollte der Tiroler Freiheitskampf von 1809 sein. Ort und Finanzierung konnten schnell geklärt werden.

Bis zur Internationalen Sport- und Erziehungsausstellung 1896 sollte das Projekt verwirklicht worden sein. Als Maler wurde der bekannte Alpen- und Panoramamaler Michael Zeno Diemer (1867–1939) aus München auserwählt.⁴

Bekannt wurde er mit zahlreichen Aquarellen von den Alpen. 1893 schuf er für die Weltausstellung in Chicago ein riesiges Gletscherdiorama. Er bevorzugte besonders zur Panoramamalerei. Diemer begann schließlich 1894 mit den Vorbereitungen für das Berg-Isel-Riesenrundgemälde. Er begann mit dem Studium des historischen Hintergrunds. Als Grundlage dienten ihm die Forschungen von Oberst Freiherrn von Maretich und von Militärintendant Schmid. Auch die Stadt Innsbruck musste er mehrmals besuchen, um sich ein genaues Bild machen zu können.

Neben der künstlerischen Gesamtleitung hatte Diemer auch die Ausführung der Berglandschaft und der Hauptgruppe mit Andreas Hofer übernommen. Albin Egger Lienz war ein Studienfreund Diemers. Dieser teilte ihm auch seine Bedenken, welche die Einbeziehung der Landschaft in die Schlachtenszenerie betrafen, mit. Dies hat Diemer vermutlich zu noch sorgfältigeren Vorbereitungen getrieben.

In einem persönlichen Brief an Diemer vom 29. April 1894 schrieb Egger Lienz:

„Wie stehts mit der Panorama-Angelegenheit? Ich war vor etlichen Wochen einer Geschäftsangelegenheit wegen in Innsbruck und wanderte auf den Berg Isel, welcher ja eigentlich kein Berg ist, und hielt Rundschau. Ich halte die Aufgabe, die da für Dich gestellt ist, für nicht sehr dankbar, da die Scenerie eigentlich nicht großartig ist, sondern viel Wald und Wiesen sind, wo eigentlich der Kampfplatz hauptsächlich war. Allerdings müssten die Stadt und die nördlichen Kalkalpen sehr gut stehen. Und ich glaube, daß die Innsbrucker sehr

³ Gisinger, Erzählung, S. 42.

⁴ Franz Caramelle, Das Innsbrucker Riesenrundgemälde, in: Tirol – immer einen Urlaub wert, hrsg. v. Heimatwerbung-Tirol, Innsbruck 1983/84, S. 3–20, hier S. 4.

auf historische Richtigkeit der Handlung und der Gegend sehen, aber ich zweifle nicht, unter Deiner Hand wird entschieden etwas Tüchtiges hervorgehen.“⁵

Diemer vermochte den Münchner Zimmermeister und bekannten Panorama Erbauer David Niederhofer für das Projekt in Innsbruck zu gewinnen. Und während Diemer mit den ersten Aufnahmen am Iselberg begann, legte Niederhofer den Grundriss für das Gebäude fest. Die Stadt Innsbruck hatte den geeigneten Platz im Saggen am Rennweg zur Verfügung gestellt. Am 21. November 1895 erhielt er die Baubewilligung, jedoch mit der Auflage, dass der Bau höchstens zehn Jahre dauern dürfe und ein jährlicher Zins von 100 Gulden zu bezahlen sei. Schließlich war Niederhofer acht Wochen lang mit 30 Gesellen intensiv an der Errichtung des Holzgebäudes beschäftigt. Im Winter 1896 konnte die Rotunde ihrer weiteren Bestimmung übergeben werden.⁶

Die Vorbereitungen wurden immer detaillierter.

„1895 durchzog er [Diemer] mit dem Fahrrad Tirol, fertigte eine Unmenge von Landschaftsskizzen an, übte sich in Trachtenkunde, las Aufzeichnungen über die Tiroler Freiheitskriege, erfragte historische Überlieferungen und Legenden aus den im Volk tief verwurzelten Bergiselschlachten, studierte die Wesensmerkmale und Physiognomien der Menschentypen aus den verschiedenen Landesteilen Tirols und sammelte Militaria aus Napoleonischer Zeit.“⁷

Das Panorama stellt einen bestimmten Zeitpunkt dar, nämlich exakt 15 Uhr und 23 Minuten des 13. August 1809.⁸

Landschaft, Berge und Bäume entstanden in gemeinsamer Arbeit mit dem Tiroler Maler Franz Burger, der sich als Spezialist für Landschafts- und Architekturdarstellung erwies. Dies entsprach auch seinem persönlichen Anliegen als Maler. Bereits zwei bis drei Jahre nach Beendigung seines Studiums beschäftigte sich Burger mit der Bewältigung großflächiger Panoramabilder und entwarf parallel dazu viele Alpenpanoramen. Die gleichzeitige Beschäftigung mit der Photographie ermöglichte eine unglaubliche Realistik in der Wiedergabe der Landschaftsmalerei.⁹

Um die Größe machte sich Diemer keine Sorgen, da er erst 1895 ein ähnliches Projekt in München fertiggestellt hatte, ‚Die Schlacht von Orleans‘. Im Frühjahr 1895 hatte er an einem Rundgemälde über die Erstürmung von Bazeilles während der Schlacht von

⁵ Bernhard Sandbichler, *Europa Erlesen Tirol*, Klagenfurt 2000, S. 30.

⁶ Vgl. Kerstin Pfeiffer, *Franz Burger. Leben und Werk. Exkurs über das Innsbrucker Rundgemälde "Die Schlacht am Berg Isel, 13 Aug. 1809"*, Diss., Innsbruck 1987, S. 125f.

⁷ Caramelle, *Riesenrundgemälde*, S. 4.

⁸ Herbert Rosendorfer, *Das Wichtigste ist das Riesenrundgemälde*, in: *Andreas Hofer 1809*, hrsg. v. Bernhard Sandbichler, Innsbruck 2002, S. 128–131, hier S. 128.

⁹ Pfeiffer, *Burger*, S. 134f.

Sedan mitgearbeitet. Das größte Problem war die Zeit. Bis 1896 sollte das Bild fertig gestellt sein. Daher hatte er auch einen exakt ausgearbeiteten Terminplan. Im Sommer 1895 mietete er sich für die Vorarbeiten ein Haus in Igls. In einem Münchner Atelier wurde ein 1:10 Modell des Panoramas gebaut. Zu sehen waren die wichtigsten Szenen, Schlachtengruppen sowie Hintergründe und Landschaftsausblicke.¹⁰

Nicht nur die Münchner Auftraggeber begutachteten seine Entwürfe. Auch Franz von Defregger gab den Entwürfen seinen Segen. Diemer schrieb dazu in seinen Erinnerungen:

„Franz von Defregger, der von den Innsbrucker Auftraggebern bestimmt war, die Arbeit zu überwachen, kam öfters in mein Atelier und unterstützte meine Arbeit in willkommenster Weise; er gab mir wertvolle Ratschläge und lieh mir alte Tiroler Kostüme.“¹¹

Diemer hatte sich auch um gute Mitarbeiter bemüht: W. Flauscher, A. Niedermair und A. Pötzold aus München und Burger aus Innsbruck. Letzterer hatte zusammen mit Diemer bereits am Schlachtenbild von Orleans mitgearbeitet.

Bereits im Jänner 1896 konnte die Riesenleinwand aufgezogen werden. Aufgrund der enormen Größe des Panoramas wurde das Leinen in Bahnen angefertigt. Hier waren es 3,5 Meter breite und ungefähr 10,5 Meter lange Streifen, die maschinell aneinander genäht werden mussten. Das untere Ende des Panoramas wurde zum Zweck der Spannung mit ca. 100 Steinen beschwert und zusätzlich nähte man ein starkes Rohr ein.¹²

Nun konnten endlich die Maler ans Werk gehen. Sollte es ihnen nicht gelingen bis zum vereinbarten Termin mit dem Gemälde fertig zu werden, drohte ihnen eine saftige Konventionalstrafe. Noch im Winter begannen sie mit der Grundierung. Die Arbeiten waren durchaus anstrengend, wie Diemer in seinen Erinnerungen treffend beschrieb¹³:

„Tagsüber malte ich fleißig an der Erstürmung von Bazeilles in dem Panoramagebäude auf der Theresienhöhe, und abends bis Mitternacht saß ich an den Detailzeichnungen der Bergiselschlacht, die ich jeden Sonntag nach Innsbruck brachte, wo meine dortigen Mitarbeiter [...] sie durch das Gitter auf die große Leinwand übertrugen. So pendelte ich im Winter 1895/96 ständig zwischen Sedan und Bergisel hin und her. [...] Die Berglandschaft malte ich ganz allein, ebenso die Hauptgruppe mit Andreas Hofer und seiner Umgebung.“

¹⁰ Caramelle, Riesenrundgemälde, S. 4.

¹¹ Caramelle, Riesenrundgemälde, S. 5.

¹² Pfeiffer, Burger, S. 127f.

¹³ Caramelle, Riesenrundgemälde, S. 5.

Franz Burger erwarb sich mit der sauberen Durchführung der Stadt Innsbruck und den Wiltener Kirchen ein besonderes Verdienst.“¹⁴

Es wurde ein Sektor nach dem anderen auf große Blätter skizziert, so dass sich ein Landschaftsausschnitt direkt an den nächsten anschloss, bis der vollständige Rundumblick von 360° abgezeichnet war. Bei diesem Vorgang galt es, Wert auf eine absolut richtige Wiedergabe alles Sichtbaren zu legen. Unter spezieller Berücksichtigung stand dabei eine exakte Perspektive. Um in den Kurven der Leinwand ohne Verzerrung zeichnen zu können wurde außerdem eine fünf Meter lange Bambusstange zur Hilfe genommen. Ein ebenso genaues Studium der Lichtverhältnisse und zahllose Sitzungen für Portrait- und Uniformstudien vervollständigten.¹⁵ Die Stelle, an der das Riesenleinwandstück zusammengenäht ist, wird im fertigen Bild schließlich von einem Baum kaschiert.¹⁶

Die Wochen waren äußerst hektisch, denn der Fertigstellungstermin war Pfingsten. Um noch rechtzeitig fertig zu werden, wurden Hilfsarbeiter eingestellt und Nachtschichten eingelegt. Aber es traten Schwierigkeiten auf: einer der Helfer, der mit den besonderen Bedingungen der Panoramenmalerei noch nicht vertraut war und darüber hinaus von den militärischen Ausführungen von Oberst Maretich etwas verwirrt gewesen sein dürfte, brachte die Fronten der Kämpfenden durcheinander. Plötzlich standen die Tiroler dort, wo eigentlich die Franzosen hätten sein sollen; das warf den Zeitplan zurück. Aber trotzdem gelang die Arbeit in Rekordzeit.¹⁷

Am Abend des 12. Juni 1896, einen Tag vor Pfingsten war das Bild fertig: 4.726 kg Farbe, 5.000 kg Leinen und eine reine Malzeit von nur drei Monaten.

Bereits am 13. Juni wurde das Bild feierlich eröffnet und für den Eintrittspreis von einer Krone konnte das Panorama den ganzen Tag besichtigt werden.¹⁸ Am selben Tag fand auch die 100-Jahr-Jubiläumsfeier der Weihe Tirols an Herz-Jesu statt. Die Innsbrucker Nachrichten schrieben an diesem Tag:

„Es ist dies ein Rundbild, wie es herrlicher und prächtiger nirgends gefunden werden dürfte. Der Besucher ist geradezu überrascht, entzückt, wenn er das Panorama betritt. Die Illusion ist so vollkommen, dass er vergisst, dass er in einem geschlossenen Raume sich befindet. Wenn ja, so kann man es hier sagen, dass der Künstler sich selbst übertroffen hat. Der geistige Urheber dieses Unternehmens, Schriftsteller J.C. Platter, hat in dem Maler Herrn Diemer einen

¹⁴ Caramelle, Riesenrundgemälde, S. 5.

¹⁵ Pfeiffer, Burger, S. 131.

¹⁶ Rosendorfer, Riesenrundgemälde, S. 128.

¹⁷ Stephan Oettermann, Das Panorama. Die Geschichte eines Massenmediums, Frankfurt am Main 1980, S. 240.

¹⁸ Vgl. Pfeiffer, Burger, S. 136.

Interpreten seiner Ideen gefunden, wie er einen besseren sich nicht wünschen kann.¹⁹

Das Bild wurde viel besucht und war Anziehungspunkt für Einheimische und Touristen. Doch bereits im Winter 1896/97 drückten schwere Schneelasten das Dach ein und beschädigten das Bild erheblich. Franz Burger behob diese Schäden jedoch rasch wieder. Nicht nur höhere Gewalt, sondern auch die wechselnden Besitzer zogen es in arge Mitleidenschaft. Das Interesse des Publikums flaute immer mehr ab und das Bild verwarhlöste zunehmend. Um dem Bild neuen Aufschwung zu gewähren, wurde beschlossen, es auf der Weltausstellung in London 1907 zu zeigen. Noch im selben Jahr brannte das Gebäude des Rundgemäldes ab (es wurde unter anderem auch Brandstiftung vermutet) und der bisher bestehende Panorama-Verein, der sich nach der Eröffnung gebildet hatte, wurde aufgelöst.²⁰

In London hatte das Bild einen enormen Erfolg und wurde sogar mit der Goldmedaille ausgezeichnet. Um die Rückkehr nach Innsbruck zu gewährleisten, ließen die damaligen Besitzer, Dr. Max Gleich und Anton von Guggenberg, ein neues Heim für das Gemälde errichten. Der Neubau wurde von Baumeister Josef Retter aus Innsbruck konzipiert und hatte den Standort genau dort, wo es heute noch steht: an der Kettenbrücke. Einen größeren Besuchererfolg konnte das Panorama im Jahre 1909 verzeichnen, anlässlich der Hundertjahrfeier des Tiroler Freiheitskampfes. Dennoch war dem Rundgemälde in den folgenden Jahren kein reger Besuch beschieden. In der Zwischenzeit war der Erste Weltkrieg ausgebrochen und wegen der Gefahr durch feindliche Fliegerangriffe nahmen die Besitzer das Gemälde ab. Man brachte es 1915 nach Wien, wo es längere Zeit in der Hofburg aufbewahrt wurde. Schließlich wurde das Panorama anlässlich der Kriegsausstellung 1917 auf dem Pratergelände, in einem eigens hierfür errichteten Panoramagebäude ausgestellt.²¹

Aber auch dort blieben die großen Besucherzahlen aus. Die Ideen für das weitere Schicksal des Gemäldes waren zahlreich: Zuerst gab es den Vorschlag, das Bild zu übermalen und eine Szene aus dem Ersten Weltkrieg darzustellen. Dann sollte es nach Amerika verkauft werden. Zum Glück wurden all diese Pläne verworfen und es wurde ‚nur‘ etliche Jahre in der Wiener Hofburg deponiert.²²

Am 10. März 1924 fand im Panorama-Gebäude bei der Hungerburgbahnstation die Versteigerung des Berg-Isel-Panoramas (Gebäude, Grundstück und Rundbild) mit einem Rufpreis von 150 Millionen Kronen statt. Es waren zahlreiche Leute zugegen,

¹⁹ *Innsbrucker Nachrichten*, Nr. 134, 13. Juni 1896, S. 3.

²⁰ Vgl. *Die Stimme Österreichs. Zeitschrift für Österreicher und Freunde im Ausland* 4 (1950), Heft 30, S. 1.

²¹ Pfeiffer, Burger, S. 144.

²² Caramelle, Riesenrundgemälde, S. 6.

aber es steigerten bloß zwei Interessenten millionenweise in die Höhe: Oberst Fritz Föbl namens des Alt-Kaiserjägerklubs und der Weinhändler und Wirt ‚Zum Goldenen Adler‘ Johann Hackl. Diesem gelang es schließlich das Objekt samt Bild um 261 Millionen Kronen zu ersteigern und es nach Innsbruck zurückzuholen.²³

Ihm ist es auch zu verdanken, dass das Werk unter großem Kostenaufwand²⁴ instand gesetzt und wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Ab dem 17. August 1924 konnte das Riesenrundgemälde von der Öffentlichkeit bewundert werden.²⁵

Am 6. Juni 1930 schrieb Diemer in einem Brief über die dennoch ungünstige Situation des Riesenrundgemäldes folgendermaßen:

„Sehr geehrter Herr! Im Besitze Ihres Briefes vom 4. Juni erkläre ich mich gerne bereit, auf den Besuch des Berg Isel Schlacht-Panorama’s hinzuweisen, so weit es in meinen Kräften steht und hab es auch schon oft getan. Von Besuchern Innsbrucks erhielt ich jedoch sehr oft die Mitteilung, daß Sie nichts von dem Schaustück gewußt hätten und anscheinend nicht die richtige Werbung dafür gemacht wird. So viel mir erzählt wird ist es meistens unter den Sehenswürdigkeiten Innsbrucks nicht aufgeführt. Das wäre freilich nach meiner Ansicht das Wichtigste. Wegen des Panorama’s reist niemand nach Innsbruck. Aber wer dort ist, wird es besuchen bei entsprechendem Hinweis.

Mit vorzüglicher Hochachtung

M Zeno Diemer“²⁶

Am 4. Juli 1932 antwortete Diemer auf einen Brief bezüglich des Riesenpanoramas, worin es offensichtlich um ein Problem mit der Beleuchtung desselbigen ging:

„Der Glaube, daß durch Abdämpfung des Lichteinfalls die störende Glanzwirkung gemildert würde ist ein Irrtum, der allgemein verbreitet ist. Nicht die Stärke des Lichtes sondern die Richtung desselben zum Bilde verursacht den „Blindglanz“; durch Abdämpfung der Lichtquelle würde nur das ganze Panorama schlechter beleuchtet sein, die Störung bliebe aber gleich. Man ka[nn] z.B. direkt die [Sonne] auf ein Gemälde scheinen lassen, ohne daß es glänzt, [wenn] nur das Licht im richtigen Winkel einfällt. [Wenn] man in einem [Zimmer] ein Gemälde gegenüber einem Fenster aufhängt, wird es immer schlecht wirken und [schimmern], auch [wenn] man die Fenster noch so sehr

²³ *Tiroler Anzeiger*, Nr. 59, 11. März 1924, S. 5.

²⁴ Pfeiffer, Burger, S. 147.

²⁵ Caramelle, Riesenrundgemälde, S. 6.

²⁶ M. Zeno Diemer, Briefe betreffend das Panorama „Schlacht am Bergisel“ 1809, Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, FB 104762 (XXIII).

verhüllt, [nimmt] man aber das Bild und hängt es an eine seitlich beleuchtete Wand, [dann] ist alles in Ordnung. Entschuldigen Sie daß ich so weitläufig werde, der Zweck meiner Ausführungen ist nur, Ihnen dringend anzuraten, ja keinerlei Experimente mit Abdichtung der Fenster u.s.w vorzunehmen, es wäre um jeden Schilling schade, der für diese aussichtslosen Versuche verausgabt würde. Ich sehe ja [vollkommen] ein, daß die Herstellung einer [Trommel] jetzt eine zu kostspielige Sache wäre, aber lieber die Sache lassen wie sie ist, als für Versuche Geld ausgeben, die nichts nützen [können]. *

Im übrigen hoffe ich alles weitere mündlich mit Ihnen besprechen zu [können].

* Einen billigeren Notbehelf könnte man durch Aufhängung eines Stückes Leinwand gegenüber der Andreas Hofer-Gruppe machen, aber es wäre nur eine halbe Sache.²⁷

1934 stellte sich erneut bzw. immer noch die Frage der Rentabilität des Objektes und die Besitzer erwogen einen eventuellen Verkauf nach Italien.²⁸

Während des Zweiten Weltkrieges musste das Riesenrundgemälde wieder geschlossen werden. Doch bereits am 5. Mai 1948 wurde die feierliche Wiedereröffnung gefeiert.²⁹

1949 wurden von Seiten des Denkmalamtes die historische Bedeutung und der künstlerische Wert des Berg-Isel-Panoramas bestätigt.³⁰ Jedoch erst 1974 wurde das Innsbrucker Riesenrundgemälde unter Denkmalschutz gestellt.³¹

In den 1980er Jahren wurde es dann nochmals restauriert. So ist etwa aus den Aufzeichnungen des Denkmalamtes von 1984 zu ersehen, dass die Leinwand des Gemäldes an den Aufhängepunkten eingerissen war und dringend konserviert werden musste. In den Folgejahren machten weitere Risse in der Leinwand, Schäden an der Aufhängung und vor allem schwere Verschmutzungen eine Restaurierung dringend notwendig.³²

Dieses Riesenrundgemälde, das aus der sogenannten zweiten Generation der Panoramen des ausgehenden 19. Jahrhunderts stammt, ist heute in Österreich das einzige noch bestehende mit historischem Inhalt. Nur 28 Panoramen sind weltweit bekannt. Seine internationale Bedeutung erhält das Gemälde in Innsbruck auch dadurch, dass es die Historien- und Landschaftsmalerei so hervorragend kombiniert. Es

²⁷ Ebd.

²⁸ Pfeiffer, Burger, S. 147.

²⁹ Tageszeitungen vom 16. August 1924.

³⁰ Pfeiffer, Burger, S. 148.

³¹ Gisinger, Die große Erzählung, S. 42.

³² Kulturberichte aus Tirol: 39, Nr. 313/314, Juli 1985; 40, Nr. 319/320, Mai 1986; 42, Nr. 333/334, April 1988 (Bestand des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum).

stellt einerseits eine für das Land wichtige Schlacht dar und andererseits zeigt es die wunderbare Umgebung Innsbrucks.³³

2.2. Bildbeschreibung

Der Besucher des Riesenrundgemäldes steht beim Betrachten des Bildes genau in der Mitte des Rundgemäldes auf einem Podium. Der genaue Standpunkt der Maler war der Berg-Isel, genauer gesagt, 100 Schritte nordöstlich des Buchhofes. Ein erster Blick beim Betreten des Podiums fällt auf die Kalkalpen die Innsbruck im Norden umschließen. Die Solsteinkette, der südliche Zug des Karwendelgebirges, die senkrecht ansteigende Martinswand sowie der Hechenberg sind erkennbar. Als nächstes kommt der Solstein, das vordere und hintere Brandjoch und auch die sagenumwobene Frau Hitt.

Ein Nebelstreifen auf halber Höhe vermischt sich mit den Rauchwolken der brennenden Höfe (Kerschbuch-, Allerheiligen-, Eltzetaler- und Planötzenhof). Am Fuße der Berge ist die lange Pappelallee der Oberinntalerstraße zu erkennen. Hier befindet sich auch der Standpunkt der Oberinntaler und Obervintschgauer. Diese unterstehen der Führung von Martin Firler, Josef Marbergers und von Pemmelsburg. Oberstleutnant von Habermann hat ungefähr hundert Schritte davor mit seinen bayrischen Soldaten Stellung genommen. Zwei Haubitzen, die unter Oberleutnant Weishaupt stehen, befinden sich am linken Flügel. Daneben wird das erste leichte Bataillon Habermann durch Major Fick kommandiert. Seine Reserven rücken durch den Tiergarten nach. Das zweite Bataillon des zweiten Infanterie-Regiments. Die Hauptstellung der Bayern ist diesseits des Inn erkennbar. Bei der Innkrümmung laufen aufgelöste Scharen der Kompanie des zweiten Bataillon des fünften Infanterie-Regiments Preysing und des siebten leichten Bataillon Treuberg gegen den nicht sichtbaren Husselhof. Weiter rechts steht das zweite Chevaulegers-Regiment in Bereitschaft. Diesen folgend steht eine Gruppe von zwölf Geschützen, die ihr Feuer Richtung Berg Isel gerichtet haben. Vor der Wiltener Pfarrkirche rücken Abteilungen des 14. Infanterie-Regiments, Teile des 5. Infanterie-Regiments des und einige Abteilungen des 9. Infanterie-Regiments vor. Sie gehen am Marschall Lefébvre, der rechts neben der Straße steht, vorbei. Generalmajor von Sibein gibt beim Wiltener Kloster den Befehl zur Besetzung des Klosters. Vor dem Landesgerichtsgebäude stehen vier Haubitzen die auf die Buchhütte schießen.

Im Hintergrund liegen Innsbruck und das Dorf Wilten, das um 1809 nur aus einer Straße besteht. Das Trainlager ist dort aufgeschlagen, wo heute der Bahnhof zu finden ist. An der Sill, bei der Bartholomäuskapelle stehen zwei weitere Haubitzen, die auf den Lemmenhof schießen. Eine Granate schlägt gerade in einen Föhrenstamm. Im Schutze

³³ Herta Arnold-Öttl, Museumsführer Innsbruck, hrsg. v. den Museen der Stadt Innsbruck, Innsbruck 1996, S. 23.

des Waldes stürmt gerade die Schützenabteilung und die siebte Kompanie des zweiten Bataillons des neunten Infanterie-Regiments gegen die Tirolerscharen. Es handelt sich hierbei um genau jene Stelle, wo heute das Museum, das Denkmal und die Schießstätte zu finden sind. Hier befinden sich auch die Tiroler Bauern in schwerer Bedrängnis. Wir erkennen einen Sarntaler Fahnenträger, der um Verstärkung ruft, da das Häuflein Tiroler dem Angriff nicht länger stand halten kann. Am Boden liegen zwei tote Bayern. Dem folgen einige Wipptaler mit ihren violetten Röcken, Sterzinger und eine Gruppe Sarntaler.

Weiter unten, an der Sillbrücke, rückt gerade der Schützenmajor Speckbacher mit dem Landsturm von Igls, Lans und Tulfes an. Ein Teil verteidigt die Brücke, während der andere vom Waldrand aus die heranrückenden Bayern bekämpft. Diese rücken auf den Ambraser Feldern von den Sillhöfen, sowie neben dem Dorf Ambras immer mehr Richtung Paschberg vor. Zur Unterstützung des Angriffs stehen zwei Geschütze vor dem Dorf und im Hintergrund stehen drei Eskadronen Chevaulegers in Bereitschaft. Darüber thront die Bettelwurfspitze. Wenden wir den Blick weiter rechts, sehen wir gegen das Unterinntal bis ins rot glühende Kaisergebirge. Anschließend daran das Kellerjoch bei Schwaz, davor das Schloss Ambras und die brennenden Coret- und Lemmenhöfe. Hier stürmen die Meraner unter Kommandant Tschöll den Paschberg hinunter. Etwas weiter links befindet sich eine Gruppe Sarntaler Schützen mit hochroten Jacken, gleich neben der Feuerlinie der Pustertaler. Hier steht auch der Schützenhauptmann Peter Mayr, Wirt an der Mahr, der mit hochgehobenem Säbel seine Leute aus dem Eisacktal anführt. Jene mit den gelben Röcken, sind die Schützen aus dem Eggental.

Mit Blick Richtung Hügel, spendet gerade ein Geistlicher einem Sterbenden Trost. Neben dem Haus, ein Häuflein Sachsen, die sich den Tirolern ergeben mussten. Hier führt der Thalguter seine Schützen aus Algund und Lana im Sturm an der Hütte vorbei. Hinter dem Zaun sehen wir eine Gruppe Passeirer. Mit dabei, ein ergrauter Greis. An ihm sollen erkennbar sein, dass selbst sie ihre letzten Kräfte zur Verteidigung aufbieten. Am Zaun reicht eine junge Frau einem Verwundeten ein Glas Wein. Mit der anderen Hand presst sie gegen ihr durchlöcherter Weinfässchen, damit der Inhalt nicht ausläuft.

Eine Figur darf natürlich nicht fehlen: Andreas Hofer. Er befindet sich auf der Anhöhe. Von hier aus erteilt er persönlich seine Befehle. Links von ihm stehen zwei Klosterherren. Rechts von ihm sein Adjutant Purtscher und der Landeschützenmajor Graf Hendl. Ein Bursche hält das Pferd Hofers. Ein anderer schwingt begeistert die Fahne, obwohl nicht weit weg von ihm eine Granate einschlägt. Der Schützenhauptmann Georg Laner steht ohne Deckung mitten im Geschehen und versucht seine Leute zum Aushalten anzuregen. Schützenmajor Graf Mahr reitet auf einem Schimmel ins Geschehen. Ihm folgen seine Vintschgauer Landsleute.

Den Blick weiter zum Berg-Isel-Hohlweg gerichtet, können die Bayern des neunten Infanterie-Regiments dem Angriff der Kompanien von Natters, Mutters, Steinach, Stubai zusammen mit österreichischen Soldaten nicht mehr standhalten. Auch im Wald können die Schützen den letzten verzweifelten Vorstoß des Marschall Lefébvre zurückweisen. Ein Handgemenge im Vordergrund. Es sind die Eisacktaler unter Anführung des Kapuziners Joachim Haspinger, die gegen die dritte Kompanie des neunten bayrischen Infanterie-Regiments stürmen. Der Oberleutnant Hildel mit der Pistole und auch Leutnant von Schrottenberg versuchen sich gegen die Eisacktaler zu wehren.

Die vierte Kompanie des neunten Infanterie-Regiments ist am Kratzerbrunnen. Die fünfte und sechste Kompanie stürmt am bereits brennenden Wörndle-Ansitz vorbei. Die erste und zweite Kompanie des 14. Regiments kämpft am Waldrand beim Sarntheinhof gegen die Tiroler. Die dritte Kompanie eilt zu deren Unterstützung herbei.

Darüber strahlt die vergoldete Abendsonne, die im Oberinntal den Tag beendet.³⁴

3. Kurzbiographien der beteiligten Maler

3.1. Michael Zeno Diemer

Geboren wurde er am 8. Februar 1867 in München. 1884 starb sein Vater und Gönner ermöglichten ihm den Besuch der Kunstakademie. Er wurde Schüler von Hackl und Liezen-Mayer.

1887 reiste er nach Venedig und im folgenden Jahr zu Studienaufenthalten an die Küste von Genua, La Spezia, Neapel, Sorrent und Capri.³⁵

Bekannt wurde er vor allem durch seine Aquarelle mit Gebirgslandschaften.³⁶ 1891 reiste er nach London wo er ein 150 Meter langes Landschaftspanorama von Heidelberg für die dortige Deutsche Ausstellung anfertigte.³⁷ 1892 entstand das Bild ‚Das Jüngste Gericht von Drontheim‘ das ihm einen Namen in der Historienmalerei verschaffte. Es wurde im folgenden Jahr auf der Berliner Ausstellung gezeigt. Auch für die Weltausstellung in Chicago malte er ein Bild: in diesem Zusammenhang gestaltete er zusammen mit Wieland ein Diorama mit Gletschern. Darauf folgten Schlachtenpanoramen von Orleans (1895), Bazeilles (1896) und Berg Isel (1896).

³⁴ Österreichische Alpenpost. Die Schlacht am Berg Isel bei Innsbruck, vom 13. August 1809 in Wort und Bild, 10. Februar 1904.

³⁵ Boye Meyer-Friese, Michael Zeno Diemer, in: Saur Allgemeines Künstlerlexikon, Die bildenden Künstler aller Zeiten und Völker 27, hrsg. Günter Meißner, München-Leipzig 2000, S. 244.

³⁶ Maria Marri Tonelli, Il lago di Garda illustrato da Zeno Diemer, Cierre Edizioni, Grafo, Il Sommelago 1995, S. 78.

³⁷ Meyer-Friese, Diemer, S. 244.

Als er in den 1890er Jahren das Gebiet des Gardasees für sich entdeckte, entstanden verschiedene Aquarelle. Er fand hier das Wasser als sein wahres Motiv. Es folgten Bilder von Segelbooten, Hochseeschiffen, die bei hohem Wellengang den Hafen zu erreichen versuchen. Auch die Kartographie beschäftigte ihn. Es entstanden die Reliefkarte von Tirol (1900) und die der bayrischen Hochebene (1908).³⁸ Er malte in jeder Technik und beherrschte neben den normalen Bildgrößen auch das große Format. Er schuf zahlreiche Panoramen und erhielt Aufträge zu aktuellen Geschehnissen, wie der Landung des Zeppelin- Luftschiffes in München am 1. April 1909, aber auch mit Historienmalerei. Seine Gemälde sind von eindringlicher Farbigkeit und lassen auf eine genaue Naturbeobachtung schließen.³⁹

Aber auch Historienbilder malte er weiter: ‚Die Meeresschlacht von Saint-Iago‘ oder das Diorama ‚Am Abend nach der Schlacht‘. Er war oft auf Reisen: Island, Palästina, Ägypten und das Osmanische Reich. 1911/12 arbeitete er am Panoramagemälde der ‚Schlacht von Borodino‘. Er erhielt bereits zu Lebzeiten viele Anerkennungen und Ehrungen.

Am 27. Februar 1939 starb er in Oberammergau.⁴⁰

3.2. Franz Burger

Geboren wurde er am 30. Mai 1857 in Matrei in Osttirol. Sein Vater war Jakob Burger. Er stammte aus Ultach-Bauern in Vorarlberg. Seine Mutter Maria Mayrhofer war aus Brixen am Eisack. Da sein Vater durch die Arbeit als Steuerkontrollor oft den Wohnort wechseln musste, zog auch Franz Burger in seiner Jugendzeit häufig umher: Sand in Taufers, Kufstein, Fügen im Zillertal, Kitzbühel. In Kitzbühel wurde das Talent des jungen Franz Burger vom Maler Karl Schlöffner aus Darmstadt entdeckt. Dieser riet dem Vater, seinem Jungen eine künstlerische Ausbildung zukommen zu lassen. Nach dem Gymnasium besuchte er von 1877 bis 1880 die gewerbliche Zeichen- und Modellierschule in Innsbruck unter Direktor Johann Deininger, Anton Rour und Heinrich Fuß. 1880 gelang es ihm, trotz knapper Geldmittel, nach München zu kommen. Er lernte dort zuerst in der Naturklasse bei Karl Raupp und ab 1881 an der Akademie unter Gabl, Herterich, Lindenschmidt und von Liezenmayr. Sie vermochten ihm die beste Tradition der Münchner Malkultur zu vermitteln. Die Ausbildung absolvierte er mit Auszeichnung und trat dann in Defreggers Komponierschule ein. Dort blieb er bis 1892. Als sein Vater starb, musste er für sich selbst aufkommen. Er verdiente Geld mit Portraitaufträgen und erhielt durch seine Arbeit bei Defregger das Tiroler Landesstipendium. Es entstanden Werke wie ‚Der erste Schulgang‘, das 1896 auf der Ausstellung in Inns-

³⁸ Marri Tonelli, lago di Garda, S. 78.

³⁹ Meyer-Friese, Diemer, S. 244.

⁴⁰ Marri Tonelli, lago di Garda, S. 78.

bruck mit der goldenen Medaille ausgezeichnet wurde, einige Portraits von Innsbrucker Bürgern, Landschaften, kunstgewerbliche Entwürfe und weitere Werke. In dieser Zeit malte er auch am Innsbrucker Riesenrundgemälde im Auftrag von Diemer.

Er heiratete Maria Obwaller aus Kitzbühel und erhielt 1898 eine Lehrstelle an der Staatsgewerbeschule in Innsbruck. Dort arbeitete er bis 1925. 1909 heiratete er zum zweiten Mal. Aus der Ehe mit Marie Kößler aus Stulfes stammen zwei Kinder, Albert und Elfriede.

Durch seine Genre- und Historienbilder aus Tirols Volksleben und Geschichte wurde er besonders bekannt. Viele Bilder entstanden auch in Zusammenarbeit mit seinem Freund Zeno Diemer aus München. Mit ihm malte er unter anderem ein Panorama der ‚Schlacht bei Orleans‘ und 1895/96 das Berg-Isel-Schlacht Panorama in Innsbruck. Ein großes Diorama von den Dolomiten malte er für eine Ausstellung in Paris.

Ein weiteres bekanntes Bild entstand im Auftrag des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand: ‚Speckbacher erobert am 13. August 1809 die Sillbrücke‘. Gedacht war es für die Wiener Hofburg.

Franz Burger starb schließlich am 27. Juli 1940.⁴¹

3.3. Albin Egger-Lienz

Geboren wurde er am 28. Jänner 1868 in Stribach/Dölsach bei Lienz in Osttirol. Er war der uneheliche Sohn von Maria Trojer und Georg Egger. Die Taufe erhielt er auf den Namen Ingenuin Albuin Egger. Ab 1881 fand er in Maler Hugo Engl seinen Förderer.⁴²

1893 schloss er sein Studium an der Akademie in München ab.⁴³ Dort war er Schüler von Karl Raupp, Gabriel von Hackl und Wilhelm von Lindenschmit. Erwähnenswert ist seine Freundschaft zu anderen bekannten Malern, wie zum Beispiel mit Franz von Defregger oder Michael Zeno Diemer.⁴⁴

1899 übersiedelte er nach Wien, wo er 12 Jahre lang lebte.⁴⁵ Seit 1900 war er ordentliches Mitglied der Genossenschaft bildender Künstler in Wien und Mitbegründer des Hagenbundes. In den Jahren von 1902 bis 1905 erteilte er auch Privatunterricht. Er eröffnete 1903 eine Malschule nur für Damen in Wien und wurde 1909 Mitglied der Wiener Secession, aus der er jedoch bereits 1911 wieder austrat. Schließlich verließ er Wien und zog nach Hall bei Innsbruck. Dort knüpfte er Kontakt zu Innsbrucker

⁴¹ Otto von Lutterotti, Ein Gedenkblatt für Franz Burger, in: *Tiroler Heimatblätter*, Nr. 7/8/9, Innsbruck 1941, S. 105ff.

⁴² Gert Ammann, Albin Egger-Lienz, in: Saur Allgemeines Künstlerlexikon, Die bildenden Künstler aller Zeiten und Völker 32, hrsg. v. Günter Meißner, München-Leipzig 2002, S. 337.

⁴³ Hans Leb, Albin Egger Lienz. Profil einer Deutung, Wien-Villach 1949, S. 8.

⁴⁴ Ammann, Egger-Lienz, S. 337.

⁴⁵ Leb, Egger Lienz, S. 8.

Autoren und Künstlern des Brennerkreises um Ludwig von Ficker. Egger-Lienz nahm dann bereits ein Jahr später die Lehrtätigkeit an der Hochschule der Bildenden Künste in Weimar auf. Aber auch dort blieb er nicht lange. 1913 zog er ins heutige Südtirol, nach St. Justina bei Bozen. Dort wurde er unter anderem 1915 zu den Standschützen einberufen und war von 1916/17 Kriegsmaler in Folgaria und Trient. 1920 erhielt er ein Angebot für die Lehrtätigkeit an der Akademie der Bildenden Künste in Wien. Dieses lehnte er jedoch ab und erwarb das Bozner Bürgerrecht. In den ersten 20er Jahren replizierte er frühere Motive in Öl, Aquarell und Pastell. Zu seinen letzten Arbeiten gehören ‚Die Familie‘, ‚Toter Christus‘ und die ‚Pietà‘. Zu den bekanntesten Bildern zählen sicher ‚Haspinger Anno Neun‘ (1909 für die Gemeinde St. Martin in Gries gemalt), ‚Das Kreuz‘ (1901) und ‚Der Totentanz‘ (1906).⁴⁶

Gestorben ist Albin Egger-Lienz am 4. November 1926 in Rentsch bei Bozen. Auf eigenen Wunsch wurde er in Lienz in Osttirol begraben.⁴⁷

Die größten Sammlungen an Werken von Albin Egger Lienz befinden sich im Museum der Stadt Lienz auf Schloss Bruck, im Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum und im Museum Leopold in Wien.

Auf Schloss Bruck sind Hauptwerke wie ‚Haspinger Anno Neun‘ (1908/09), ‚Das Meer Katwijk‘ (1913), ‚Die Alten‘ (1914), oder ‚Kriegsfrauen‘ (1918/22) verwahrt.⁴⁸

3.4. Franz von Defregger

Geboren wurde der Maler am 30. April 1835 in Stronach im Pustertal.⁴⁹ Sein Vater war ein angesehenener und für dortige Verhältnisse wohlhabender Mann. Auch Durch einen epidemischen Typhus starben Defreggers Mutter und einige seiner zehn Geschwister.⁵⁰ 1853 nach dem Tod des Vaters übernahm er den elterlichen Hof in Stronach. Franz von Defregger wollte jedoch auswandern. Als die Emigrationspläne allerdings scheiterten, verkaufte er den Hof und entschloss sich Künstler zu werden. So begann er ab 1860 eine Bildschnitzerlehre bei Michael Stolz in Innsbruck. Dieser gab ihm dann die Empfehlung bei Karl Theodor von Piloty in München zu studieren. 1863-65 verbrachte er einen Studienaufenthalt in Paris. Defregger kehrte dann nach München zurück und später nach Osttirol. Er wurde an der Akademie bei Piloty aufgenommen und studierte dort von 1867-70. In dieser Zeit entstand sein Werk ‚Speckbacher und sein Sohn Anderl‘ das heute im Ferdinandeum zu bewundern ist. Der Einfluss Pilotys ist auch an seiner späteren Bildwelt zu erkennen, wie etwa im Alltagsleben aus der Bauernwelt oder genrehaften Darstellungen zur Tiroler Geschichte. Ab 1872 lebte er für drei Jahre

⁴⁶ Ammann, Egger-Lienz, S. 338.

⁴⁷ Leb, Egger Lienz, S. 8.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Gert Ammann, Tiroler Landesausstellung Franz von Defregger und sein Kreis, Lienz 1987, S. 8.

in Bozen um dann wieder nach München zurückzukehren. In dieser Zeit entstanden jene Motive aus dem Tiroler Volks- und Bauernleben, die ihn populär machten: ‚Das letzte Aufgebot‘ (1872), ‚Der Besuch‘ (1875), ‚Das Tischgebet‘ (1874) oder ‚Die Heimkehr der Sieger‘ (1876).

1878 wird er dann von Herzog Ludwig II. zum Professor für Historienmalerei in Komponierklasse der Münchner Kunstakademie ernannt. 1880 ließ er eine repräsentative Villa in der Königinstrasse in München bauen. Er erhielt zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen, die in der Verleihung des bayerischen Kronordens 1883 verbunden mit einem Adelstitel gipfelten. 1910 legte Defregger die Leitung der Komponierklasse schließlich nieder. Trotz berühmter Werke konnte er an die Leistungen seiner Früh- und Hauptschaffenszeit nicht anschließen. Die Malerei von 1900 setzte völlig neue Maßstäbe. Er starb am 2. Februar 1921 in München.⁵¹

4. Das Schlachtengeschehen – Die Kämpfe am 13. August 1809

Am 6. Juli 1809 hatten die Österreicher in Wagram bei Wien gegen Napoleon verloren.

Die erbitterte Entscheidungsschlacht der Tiroler gegen etwa eine Viertelmillion Bayern und Sachsen ereignete sich am 13. August auf den Hängen zwischen Paschberg und Natterer Boden, die als "Berg-Isel" zusammengefasst werden.

Es gab einen sehr verlustreichen Rückzug des napoleonischen Marschalls Lefèbvre von Sterzing nach Innsbruck. Auf diesem ließ er unter anderem das weitläufige Zollgebäude und das Lagerhaus auf dem Pass Lueg niederbrennen. Die Schützen aus dem Stubai- und Wipptal konnten von Matrei an, im Schutz des Waldes, die vorbeimarschierenden Truppen unter Beschuss nehmen. Auch die drei nachrückenden Kompanien unter der Führung von Speckbacher und Schützen aus der Umgebung Innsbrucks taten das ihre, um die Zahl der Gegner deutlich zu dezimieren. Nach dem Abzug der bayrischen Regierungskommission am 10. August sammelte sich in Innsbrucker Nachbardörfern der Landsturm. Für den Grenzschutz am Arlberg und am Zeinisjoch, auf dem Fernpass und auf dem Seefelder Sattel sorgten die Oberinntaler, Lechtaler sowie die Telfser und Seefelder.

Einige tausend Tiroler unter der Führung Martin Firlers hatten am 11. August versucht, von Kranebitten und den südlich gelegenen Wäldern aus einen Angriff zu starten. Im Zuge des enttäuschenden Rückschlags brannte jedoch der Planötzenhof oberhalb von Hötting nieder. Trotz des Fehlens an Proviant und Munition konnten Andreas Hofer, der am 11. August in Matrei am Brenner eingetroffen war, durch seine Appelle und Speckbacher, durch seine persönliche Werbung, die bereits auf dem Heimweg befind-

⁵¹ Günther Dankl, Franz von Defregger, in: Saur Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker 25, hrsg. v. Günter Meißner, München- Leipzig 2000, S. 197.

lichen Bauern zum Bleiben überzeugen und so sammelte sich der Landsturm erneut auf dem Schönberg.

Die Nacht zum 13. August verbrachten etwa 17.000 Mann auf dem Gelände vom Matreier Wald bis zu den Feldern von Mutters und warteten auf das von Hofer für den nächsten Tag angekündigte entscheidende Gefecht.

Am nächsten Morgen

„führte Peter Mayr seine Kompanien (je eine aus Brixen, Velthurns, Pfeffersberg, Albeins, Schabs, Sterzing, Tiers, Jenesien, Mölten, Terlan, Tisens, Ritten, Sarntal, Enneberg, zwei von Kastelruth, drei aus dem Passeiertal, den Landsturm von Gröden, als Reserve zehn Wipptaler Kompanien, vier aus dem Stubaital und den Landsturm von Ranggen) über die Brennerstraße gegen Innsbruck.“⁵²

Die genannten Schützen aus dem Sarntal, sowie jene aus dem Puster-, Eggen- und Eisacktal sind auf dem Innsbrucker Panorama aufgrund der Darstellung an ihren Trachten zu erkennen.⁵³

In einem um Mutters, Natters und den Eichhof weit gespannten Bogen stationierte Pater Haspinger seinen Teil des Aufgebots, nämlich „je eine Kompanie von Villanders, Stubai, Schlanders, Burgeis, Martell, Algund, Lana, Tisens, und Ulten, vier von Latsch, je drei von Schnals und Kastelbell und zwei von Meran [...]“⁵⁴ Das Zentrum der Verteidigung war mit diesen beiden Truppen gebildet und umfasst 7.000 Mann. Ein linker Flügel aus etwa 1.500 Mann unter der Führung von Bucher setzte sich aus den Kompanien von „[...] Natters, Mutters, Hörtenberg, Axams, Innsbruck, Hötting, Götzens, Längenfeld, Umhausen, Sonnenburg, Oberperfuß, Sellrain, Kematen und Wilten [...]“⁵⁵ zusammen.

Die Truppe Peter Mayrs wurde nach einem überraschenden Zusammentreffen mit dem von Deroy kommandierten Teil der französischen Streitkräfte zum Rückzug auf die bewaldete Kuppe des Berg Isels gezwungen. Ebenso musste auch der im ersten Ansturm erfolgreiche Pater Haspinger mit seinen Leuten wieder Deckung im Wald suchen.

Der rechte Flügel „mit den Kompanien aus Igls, Patsch, Ampaß, Rinn, Tulfes, Amras, Lans, Sistrans, Aldrans, Thaur, Tux, Volders, Wattens, Weer, Weerberg, Schwaz und St. Margarethen [...]“⁵⁶ unter der Führung von Joseph Speckbacher und unterstützt

⁵² Werner Köfler, Die Kämpfe am Bergisel 1809 (Militärhistorische Schriftenreihe 20), Wien 1996, S. 42.

⁵³ siehe Anhang.

⁵⁴ Köfler, Kämpfe, S. 42.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Ebd., S. 43.

durch Valentin Tschöll, der „[...] drei Kompanien von Algund, je eine von Riffian, Partschins, Meran, Schenna, Tirol, Naturns, Marling, Vöran und zwei von Mais [...]“⁵⁷ befehligte, hatte eine Stärke von 3.500 Mann und konnte die Bayern bis an die Sillbrücke zurückdrängen.

Gegen zwei Uhr nachmittags befahl Marschall Lefebvre „[...] einen neuen Sturm auf die ganze Front des tirolischen Zentrums, beziehungsweise auf den Bergisel und auf den Paschberg [...]“⁵⁸ Generalleutnant Deroy wurde beauftragt von Wilten aus den Vogelherd am Berg Isel sowie das Plateau nördlich des Raisacher Hofes einzunehmen und schließlich den Lemmenhof nieder zu brennen.⁵⁹ Dieser brennende Hof ist auf dem Riesenrundgemälde abgebildet. Freiherr Maretich von Riv-Alpon äußert sich zu den Geschehnissen folgendermaßen:

„Wurde schon in den Vormittagsstunden von beiden Theilen mit Hartnäckigkeit und Erbitterung gefochten, so schlug man sich jetzt mit verdoppelter Kraft und Wuth und anhaltender, heftiger, auch blutiger waren die Zusammenstöße. Der Kampf wüthete ‚wahrhaft grauenhaft‘ und wurde fast auf allen Punkten der ganzen langen Linie bis zum mörderischen Handgemenge gesteigert.“⁶⁰

Bereits zu Mittag waren an allen Fronten die letzten Reserven eingesetzt worden und obwohl ein erneuter gemeinsamer Ansturm von Haspinger und Mayr misslang, der einen gegnerischen Vorstoß ermöglichte und die Tiroler kurzweilig von Berg Isel-Plateau vertrieb, konnten die von Andreas Hofer zusammengetrommelten letzten Mannschaftsreserven aus dem Stubai- und Silltal gemeinsam mit Peter Mayr „[...] den Feind wieder über den Hohlweg ins Inntal [hinunterjagen].“⁶¹ Gegen 20 Uhr schließlich kamen die Kämpfe nach zwölfstündiger Dauer zum Stillstand und es ließ sich eine Bilanz von etwa 100 Toten und 220 Verletzten auf der Tiroler Seite und mindestens 200 Toten und 250 Verletzten unter den Bayern verzeichnen. Die Bauern verließen den Kampfplatz und bezogen ihr Nachtquartier in den umliegenden Dörfern. Im bayrischen Lager wurde nach dieser offensichtlichen Niederlage der Abzug befohlen.⁶²

5. Zeitungsberichte zum Innsbrucker Riesenrundgemälde

Die folgende chronologische Auflistung von zeitgenössischen Zeitungsberichten aus dem Bestand des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum soll die jeweils verschiedenen

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Gedeon Freiherr Maretich von Riv-Alpon, Die vierte Berg Isel – Schlacht am 13. August 1809. Gefechte in der Umgebung von Innsbruck am 11., 13. und 14. August, sowie im Unterinntale bis 17. August 1809, Innsbruck 1899, S. 222.

⁵⁹ Maretich von Riv-Alpon, Berg Isel – Schlacht, S. 222.

⁶⁰ Ebenda, S. 223.

⁶¹ Köfler, Kämpfe, S. 44.

⁶² Ebenda.

Abschnitte der Entstehung und des Bestehens des Innsbrucker Riesenrundgemäldes und die allgemeinen Reaktionen darauf beleuchten.

Die ausgewählten Berichte entstammen in alphabetischer Reihenfolge den nachstehenden Zeitungen: Innsbrucker Nachrichten, Neue Tiroler Zeitung, Tiroler Anzeiger, Tiroler Nachrichten, Tiroler Tageszeitung, und Volkszeitung.

Die Auswahl bezieht sich zunächst auf Berichte aus dem Eröffnungsjahr 1896. Von der Dokumentation des Fortschritts der Vorbereitungen bis zur feierlichen Eröffnung selbst. Weiters folgen Artikel aus den Jahren 1924 und 1948, die den Besitzerwechsel und die Wiedereröffnung bekunden, sowie ein Report des Jahres 1934, zur Zeit der Rentabilitätsfrage. Schließlich befindet sich unter den angeführten Quellen auch noch ein Bericht aus dem Jahr 1974, in dem das Panorama unter Denkmalschutz gestellt wurde.

INNSBRUCKER NACHRICHTEN (Nr. 20/ S.3) Samstag, 25. Jänner 1896

(Vom Panorama der Berg Isel- Schlacht.) Auf dem Ausstellungsplatze geht nun der stattliche Bau des Panoramas von der Berg Isel-Schlacht rasch seiner Vollendung entgegen. Der wackere Zimmermeister David Riederhofer von München hat seit acht Wochen mit 30 Gesellen an dem Gebäude eifrig gearbeitet und dasselbe jetzt mitten im Winter fertiggestellt, so dass demnächst schon die Kunstmalers mit Herrn Diemer an der Spitze ihre Arbeiten an Ort und Stelle beginnen können. Die mehr als 1000 Quadratmeter große Leinwand für das Riesen-Gemälde ist von Raffel nach Innsbruck unterwegs, die sämtlichen Skizzen für das Rundbild wurden von den Künstlern in der Hauptsache bereits fertiggestellt. Gegenwärtig ist man im Gebäude mit Aufstellung der Oefen beschäftigt, damit sodann nach Ankunft der Leinwand die beanspruchenden Ausführung des 96 Meter in der Länge und über 10 Meter in der Höhe messenden Schlachtenbildes beginnen können. Unlängst weilten die Herren kais. Rath Dr. Kofler und Platter in München bei Professor v. Defregger der über Ersuchen der genannten Herren bereitwilligst seine künstlerischen reichen Kenntnisse und Erfahrungen gerade auf dem Gebiete der Kämpfe von „Anno Neun“ dem Unternehmen zur Verfügung stellte, sowie auch in liebenswürdigster Weise sich bereit erklärte, Herrn Diemer mit alten echten Tiroler Volkstrachten wie auch überhaupt mit Rath und That bei der Ausführung des schönen Werkes zur Seite zu stehen. Es ist also die Verwirklichung der seinerzeit vom Schriftsteller I.C. Platter ausgegangenen und durch mehrere Jahre verfolgten Panorama-Idee in jeder Hinsicht im besten Gange und Innsbruck wird dadurch eine neue Sehenswürdigkeit erhalten, wie eine zweite in dieser Art in unseren sämtlichen Alpenländern nicht zu finden ist. Besondere Anerkennung dafür, dass die Sache nun so weit gediehen ist, gebührt Herrn kais. Rath Dr. Kofler, dessen energischer Intervention es gelang, die bis zuletzt der Ausführung des Panoramas entgegengegangenen Hindernisse glücklich aus dem Wege zu räumen.

INNSBRUCKER NACHRICHTEN (Nr. 86/ S. 2) Mittwoch, 15. April 1896

(Das Panorama von der Bergisel- Schlacht) auf dem hiesigen Ausstellungsplatze schreitet in seiner Ausführung rasch vorwärts und wir sicher bis zur Eröffnung der internationalen Ausstellung vollendet sein. Der Beschauer des Panoramas erhöht seinen Standpunkt unweit vom Buchhof und von dort aus entfaltet sich das imposante Rundbild mit der Stadt, dem Innfluss und den Bergen ringsumher, während auf allen Seiten die letzten Kämpfe des denkwürdigen Schlachttages wüthen. Von der Ebene herauf stürmen unter persönlicher Anführung des Franzosen Marschalls Lefebre in Waffen die Baiern vor, die Kanone auf den Wiltener Feldern unten glaubt man förmlich donnern zu hören und dahinter steht die baierische Cavallerie, zur Attake bereit, ohne indes selbst thätig eingreifen zu können, da die Tiroler oben an den Höhen den letzten Ansturm der tapferen Baiern erwarten und ihn, zum theile in heftigem Handgemenge, energisch zurückwerfen, während die Liesingburg, der Garnthein-Hof und der jetzige Lemmenhof, sowie jenseits des Innflusses der Planötzenhof [...] in Flammen aufgehen. Selbstverständlich muss den Malern bei der Ausführung des Colossal-Rundbildes einige künstlerische Freiheit (z.B. betreffs Näherrückung der Personen Hofers und Haspingers) gestattet sein, doch wird dabei immerhin, soweit nur irgend möglich, den historischen Thatsachen Rechnung getragen. Dafür bürgt wohl schon die werkhätige Beihilfe, welche so sachkundige Männer, wie u. a. Herr Oberst Maretich von Riv-Alpon in uneigennütziger, eifriger Weise den Künstlern angedeihen lassen. Letztere, nämlich die Herren: Burger, Flaucher und Niedermaier, sind unter der Oberleitung des Herrn M. Z. Diemer gegenwärtig mit der Ausführung der zum Theil schon weit vorgeschrittenen Schlachtscenen beschäftigt, während die Gebirgslandschaft im großen und ganzen bereits fertiggestellt erscheint und einen geradezu prächtigen Anblick gewährt. Vor ein paar Tagen wurde das Panorama von Prof. von Deferegger besichtigt, wobei sich der berühmte Meister durchaus sehr günstig über dasselbe ausgesprochen hat.

INNSBRUCKER NACHRICHTEN (Nr. 134/ S. 3) Samstag, 13. Juni 1896

(Ausschnitt)

Eines ganz hervorragenden Objectes auf dem Ausstellungsplatze sei schließlich gedacht, das eine kostbare Aequisation für unsere Stadt bedeutet, das ist das Panorama der Schlacht auf dem Berg Isel. Es ist dies ein Rundbild, wie es herrlicher und prächtiger nirgends gefunden werden dürfte. Der Besucher ist geradezu überrascht, entzückt, wenn er das Panorama betritt. Die Illusion ist so vollkommen, dass er vergisst, dass er in einem geschlossenen Raume sich befindet. Wenn ja, so kann man es hier

sagen, dass der Künstler sich selbst übertroffen hat. Der geistige Urheber dieses Unternehmens, Schriftsteller J.C. Platter, hat in dem Maler Herrn Diemer einen Interpreten seiner Ideen gefunden, wie er einen besseren sich nicht wünschen kann.

INNSBRUCKER NACHRICHTEN (Nr. 149/ S. 4) Donnerstag, 2. Juli 1896

Das Panorama der Berg Isel-Schlacht am Ausstellungsplatze.

Es ist ein trüber, regnerischer Sonntagmorgen; ich will nur zum Zeitvertreib das Panorama auf dem Ausstellungsplatze ansehen, zahle mein Entrée, steige die wenigen Stufen der Doppeltreppe empor und komme auf eine ringsum freie Estrade. Mir ists, als sei ich in tiefen Schlaf versenkt und träume. Plötzlich ists Abend geworden, ich stehe am Berg Isel in der Nähe des Buchhofes an einem jener schwülen, heißen Sommertage, an denen abends die Luft noch sehnsüchtig zittert und bebt unter den letzten heißen Sommerküssen. Da und dort hängen noch Glutfunken am Geschröf, während an andern Stellen das Felsgezack geisterbleich emporstarrt in den Abendhimmel oder die bläulichen, wallenden Dämmerungsschleier herniedersinken.

Da drunten liegt das Kloster Wilten mit seinen weitläufigen Gebäuden, nicht weit davon entfernt die Pfarrkirche, dahinter Wilten selbst und die Stadt. Doch halt! Die Bauten am Berg Isel, das Monument sind fort, drunten vor der Triumphpforte sehe ich nur wenige Häuser, dazwischen leere Felder, auch der Schienenweg fehlt, Büchsenhausen liegt einsam über der Stadt, alles so deutlich und klar und doch so seltsam verwandelt. Ich habe jenes Doppelgefühl, wobei die Empfindung der bewussten Traumillusion und Wirklichkeit sich mischen. Die Wiltener Felder sind mit Truppen bedeckt, geschichtliche Erinnerungen erwachen, das Zeitenrad dreht sich um einige Speichen rückwärts, ich fühle, was vorgeht, rings wüthet ein Kampf um Vaterland und Leben, ich bin beinahe um ein Jahrhundert zurückversetzt, blutroth, lorbeerumkränzt taucht es empor: 1809!

Es ist der Abend des verhängnisvollen 13. Aug, den ganzen Tag schon hat der Kampf getobt, und noch immer strömen neue französisch-baierische Truppen heran, die Räder der Kanone graben tiefe Furchen in die Felder, über der Thalsole liegt ein Nebel von Pulverdampf, die weißblauen baierischen Soldaten stürmen in geschlossenen Massen am Fuße des Berg Isels heran; da links hat ein Trupp schon die Höhe erklommen, in fliegender Hast, in der wahnsinnigen Mordgier der Schlacht stürmen sie vor, von oben herab fliegen die Kugeln, die Todessense klirrt mit grellen Schall – es hat einem das Herz durchbohrt – man hört nicht auf den heißen Todesschrei, mit dumpfem Schläge fällt der Körper hin und die anderen stürmen über ihn hinweg – da noch einer, ein Dritter, Vierter stürzt nieder und färbt den Rasen mit seinem Herzblute, aber die andern

sehen es nicht, sie schauen hinauf nach dem blutigen bleichen Gespenste, über den todtbringenden Rohren, das sie an sich zieht, dem Wahnsinnbilde des Ruhmes...

Drunten aber an der Heeresstraße vor der Wiltener Stiftskirche befindet sich die Seele des gewaltigen Mordens, da steht er, der starrköpfige Herzog von Danzig, Lefebvre, und dirigiert unermüdlich neue Scharen an die todtbringenden Hänge des Berg Isel ohne dringende Nothwendigkeit, denn er will ja doch durchs Unterinntal abziehen, aber vorerst sollte dem Bauernvolk der starre Nacken gebeugt werden. Auch Lefebvre blickt hinauf nach dem trügerischen, blutigen Phantom des Ruhmes, den er nicht erreichen sollte, und blind opfert er ihm Menschenhekatomben. Es ist ein letzter, furchtbarer Ansturm, den das bayerische Infanterie-Regiment macht, besonders der erste Trupp der Soldaten, einen jungen Officier an der Spitze, scheint ganz nahe, die Säbel blitzen und ihnen entgegen stürmt mit lautem Kampfrufe Pater Haspinger mit seinen Eisackthalern, die nächste Secunde bringt den Zusammenstoß; schon sinkt mancher getroffen nieder, den Hintergrund des furchtbar lebendigen Bildes bildet der brennende Reselehof. Ringsum ist alles mit Militär überdeckt, durch den Hohlweg klimmen neue Truppen empor, aber sie können sich gegenüber den mit Macht sich entgegenwerfenden Schützen von Stubai, Steinach, Mutters und Natters nicht halten.

Auf der südlichen Höhe steht der Generalstab der Tiroler, Hofer blickt ruhig auf das Gefecht, während seine Umgebung in hastiger Bewegung Befehle einholt und Ordres vertheilt. Bei Hofer steht die bekannte Gestalt seines Adjutanten Burtscher, und Graf Händel, heftig gesticulierend, daneben Trommler und Fahnenträger, alles in buntem Durcheinander. Ein Zaun bietet den Bauern schwache Deckung, auf der einen Seite feuern sie auf die Bayern, eine Granate schlägt in der Nähe ein, drei bis vier von den tapfern Burggräflern stürzen getroffen hin, andere sind verwundet, mitten in den Kugelregen drängt sich eine Marketenderin und reicht den erschöpften mit der einen Hand ein Glas Wein, während ihre Linke die Löcher des Fässchens zu schließen bemüht ist, welche die Kugeln bohrt. Ein anderes Dirndl kniet bei einem Burschen, der im Sterben liegt, sie denkt nicht an die eigene Gefahr, der Schmerz um ihren Liebsten lässt sie auf die rings tobende Schlacht vergessen.

Links steht ein Häuflein gefangener Sachsen mit gesenkten Köpfen, ein Priester reicht einem Sterbenden die Wegzehrung; neben der Hütte aber stürmt auch einer der Hauptanführer vor, es ist Thalgueter, der seine Algunder den bereits über den Zaun vorstürmenden Leuten nachführt. Da drunten die kühne Schar von Sarnthalern, Ennebergern und Eggenthalern braucht nothwendig die Unterstützung gegen die emporstürmenden Infanteristen des 9. bayerischen Regiments. Eine Granate fährt in eine Fichte, dass die Splitter herumfliegen und die Feuerfunken sprühen wie Leuchtkugeln; mancher Tiroler thut den letzten Athemzug, ein Sarner-Fähnrich schreit zurück um Verstärkung. Mir wird Angst um die wenigen Leute, die gegen die anstürmende Uebermacht so weit vorgeschoben sind und doch mit tollkühner Ruhe feuern.

Doch es kommen schon neue Bauernscharen nach unter dem Wirte von der Mahr, dem tapferen Peter Mair. Fern drüben am Paschberg schlagen die Feuergarben des brennenden Lemmenhofes zum Himmel, drunten an der Sillbrücke dringen Bauernscharen vor, das muss der kühne Speckbacher sein, auch diesmal werden die Feinde weichen müssen, schon klingt das Abendläuten – da gellt ein schriller Pfiff, ich höre draußen einen Schnellzug vorbeirasseln – dahin ists mit dem Träume von 1809, das Kirchengeläute tönt feierlich und ernst in den stillen Raum – es ist wohl eine von den Processionen – Gott sei Dank, wir haben Frieden, aber die ehernen Zungen der Glocken erzählen immer und immer wieder die blutigen Geschichten von 1809.

Durch das Panorama der Berg Isel-Schlacht ist unsere Stadt um eine hervorragende Sehenswürdigkeit bereichert, jeder Fremde und wohl noch mehr jeder Tiroler wird nicht versäumen, sich das herrliche Werk anzusehen, das uns eine der ruhmvollsten Heldentahten unserer Vorahnen darstellt. Unsere Stadt ist dem verdienstvollen Schöpfer dieser Idee, Herrn J.C. Platter, entschieden zu großem Danke verpflichtet, volle Anerkennung verdienen aber auch die ausführenden Künstler, in erster Linie Herr Zeno Diemer, der die Hauptgruppe malte und da und dort dem Ganzen einheitliche Vollendung gab, sowie auch die übrigen Maler, welche beteiligt waren, sind das die Herren Burger, Flaucher und Niedermair. Die Wirkung ist in allen Theilen frappant natürlich und plastisch, dass es schwer wird zu entscheiden, wo die Malerei beginnt und die Wirklichkeit endet. Es sei noch erwähnt, dass der Eintrittspreis (1 Krone) im Verhältnis zum Gebotenen mäßig genannt zu werden verdient. Das Panorama ist den ganzen Tag geöffnet.

OESTERREICHISCHE ALPENPOST (Nr. 3/ 6. Jahrgang) Innsbruck, 10. Februar 1904
Die Schlacht am Berg Isel bei Innsbruck vom 13. August 1809 in Wort und Bild.

Die in letzter Zeit in gewissen Kreisen aufgetauchte Idee, das prachtvolle Innsbrucker Panorama der Berg Isel-Schlacht in der Weltausstellung in St. Louis auszustellen, gibt uns heute Anlaß, wieder einmal dieses Ruhmesblatt der tirolischen Geschichte in Wort und Bild in Erinnerung zu bringen. So sehr wir an die Möglichkeit der Durchführung dieser ausgezeichneten Idee zweifeln, so können wir doch nicht umhin, den Satz auszusprechen: Wenn Tirol das Panorama der Berg Isel-Schlacht allein in St. Louis aufstellen würde, so würde dadurch mehr Reklame für das Land gemacht sein, wie durch Tausende von Werken der Kunst und des Kunstgewerbes, denn in diesem Riesengemälde haben wir die interessantesten und ergreifendsten Momente der Geschichte Tirols vereinigt: Volkstrachten, Volkstypen, die Nationalhelden, den Befreiungskampf eines Bergvolkes und die Pracht der Tiroler Bergwelt.

Unter den Bildern bzw. dem Bilderzyklus, welche die Tiroler Kämpfe von 1809 verherrlichen, gehört nebst den unsterblichen Meisterwerken Defreggers unstreitig das Kolossal-Rundgemälde (Panorama) der Schlacht am Berg Isel vom 13. August in Innsbruck zu den instruktivsten und erhebensten. Es ist ein ewiges Verdienst unseres emsigen heimatlichen Schriftstellers I. C. Platter, im Jahre 1893 die Anregung zu diesem Werke gegeben zu haben. Jedoch kam das Projekt erst im Herbst 1895 zur Verwirklichung: Baumeister D. Niederhofer aus München stellte in zwei Monaten das Gebäude her und Kunstmaler M. Zeno Diemer (der Autor der Schlachtenpanoramen von Orleans und Bazeilles) brachte es fertig, in der kurzen Zeit von Anfang März bis 11. Juni 1896 – allerdings unter der Mitarbeiterschaft des Malers Franz Burger aus Innsbruck und der Münchner Maler W. Flaucher, A. Niedermeier und A. Pätzold das über 1000 m² große Rundgemälde auszuführen. K. u. k. Oberst Freiherr v. Maretich stellte den Künstlern seine neuesten, geschichtlichen Forschungen zur Verfügung. Über den kulturhistorischen und pädagogischen Wert dieses herrlichen Bildes brauchen wir wohl kein Wort zu verlieren, wollen aber im folgenden in aller Kürze dasselbe zu schildern versuchen.

Der Standpunkt des Beschauers ist der Berg Isel, und zwar befindet sich derselbe ungefähr 100 Schritte nordöstlich des Buchhofes. Beim Betreten des Podiums fesselt unsern Blick sofort die imposante Felsmauer der Kalkalpen im Norden von Innsbruck; zuförderst ist es die Solsteinkette, der südliche Zug des Karwendelgebirges. Am westlichen Ausläufer desselben erhebt sich die senkrecht ansteigende Martinswand, den Anfang bildend zu einer glänzenden Gipfelkette, die erst bei Hall ihren Abschluß findet. In dieser erblicken wir zuerst den Hechenberg, der durch einen tief eingeschnittenen Grat vom Solstein getrennt ist; hieran reihen sich das vordere und das hintere Brandjoch, worauf der Grat wieder absinkt zum Sattel mit der sagenberühmten Frau Hitt, einem kleinen, jedoch weithin sichtbaren Felszacken. In halber Höhe des Berges lagert ein Nebelstreifen, wie er gewöhnlich nach einem Gewitterregen beobachtet wird. In diese langgezogene Dunstschicht mischen sich die Rauchwolken des brennenden Kerschbuch-, Allerheiligen-, Eltztaler- und Planötzen-Hofes. In der Ebene zieht sich die lange Pappelallee der Oberinntalerstraße gegen Kranebitten (gerade an der Martinswand) hin. Auf dem Höhenzuge dortselbst kennzeichnet der Rauch des Kleingewehrfeuers den Standpunkt der Oberinntaler und Obervintschgauer, die hier unter der Führung Martin Firlers, Josef Marbergers und von Pemmelsburgs Stellung genommen. Etwa hundert Schritte davor in der Ebene erblicken wir die bayrische Gefechtslinie unter Oberstleutnant von Habermann. Am linken Flügel zwei Haubitzen unter Oberleutnant Weishaupt, anschließend daran das I. leichte Bataillon Habermann, kommandiert durch Major Fick, dessen Reserven mit einer Eskadron des Dragoner-Regts. eben durch den Tiergarten nachrücken. Auf dem rechten Flügel auf der Bodenerhebung das II. Bataillon des 2. Inf.-Regts. (Kronprinz) unter Major Obermeier. Weiter im Vordergrund diesseits des Inn die Hauptstellung der Bayern. Am äußersten rechten

Flügel bei der Innkrümmung eilen aufgelöste Scharen (Komp. des II. Bat. 5. Inf.-Regts. Preysing und des VII. leichten Bat. Treuberg) gegen den (nicht sichtbaren) Husselhof; zwei Geschütze sind in lebhaftem Feuer gegen die Gallwiese. Uns nach rechts wendend, sehen wir das 2. Chevaulegers-Regiment in Bereitschaft stehen. Jetzt folgt eine Gruppe von zwölf Geschützen, die ihr mörderisches Feuer direkt gegen den Berg Isel gerichtet haben. Auf und neben der Landstraße vor der Wiltener Pfarrkirche rücken Abteilungen des 14. (4. Kompagnie), des 5. (I. Bat.) und des 9. (8. Kompagnie) Infanterie-Regiments nach, eben den Marschall Lefévre, der mit dem Stabe rechts der Straße hält, passierend. Weiter rückwärts beim Wiltener Kloster gibt eben Generalmajor von Sibein den Befehl zur Besetzung des Klosters. Vor dem Landesgerichtsgebäude Sonnenburg sind vier Haubitzen aufgefahren, die ihre todbringenden Geschosse gegen die Buchhütte schleudern. Im Hintergrunde liegt Innsbruck, vor der Triumphpforte das Dorf Wilten, das 1809 nur eine Straße hatte. An der Stelle des heutigen Bahnhofes war damals das Trainlager aufgeschlagen. Bei der Bartholomäuskapelle an der Sill finden wir weitere zwei Haubitzen, die ihr Feuer gegen den Lemmenhof gerichtet haben. Im Vordergrund schlägt eben eine Granate in einen Föhrenstamm: aus dem Waldesdunkel stürmt bayrische Infanterie (Schützenabteilung und 7. Kompagnie des II. Bat. 9. Inf.-Regts.) gegen die Tirolerscharen; es ist dies die Stelle, auf welcher heute das Museum, das Denkmal und die Schießstätte stehen. Dem Beschauer zunächst finden wir eine Tiroler Schützenlinie in schwerer Bedrängnis; es sind Bauern aus verschiedenen Tälern. Hier ein Sarntaler Fahnenträger, der um Verstärkung zurückruft, da sonst das Häuflein dem Angriff der Übermacht nicht länger standhalten kann; dort zwei tote Bayern, Zeugen des schon um die Mittagsstunde abgewehrten blutigen Ansturmes. Es folgen nun einige Wipptaler mit violetten Röcken, Sterzinger und eine Gruppe Sarntaler. Tief hinunter reicht nun unser Blick bis zur Sillbrücke, über die gerade der Schützenmajor Speckbacher mit dem Teil des Landsturmes von Igls, Lans und Tulfes anrückt, die Brücke verteidigend, während der andere Teil vom Waldrand aus durch lebhaftes Feuer den Ansturm der Bayern zu vereiteln sucht, die auf den Ambraser Feldern von den Sillhöfen (I. Bat. 10.) her sowie neben Dorf Ambras (1. Komp. 14. Inf.-Regts.) gegen den Paschberg vordringen. Vor den Dörfe sind zwei Geschütze zur Unterstützung des Angriffes in Tätigkeit, im Hintergrunde stehen drei Eskadronen Chevaulegers in Bereitschaft. Hoch darüber baut sich in majestätischer Ruhe die Bettelwurfspitze auf, rechts reicht unser Bild weit hinweg über Hall gegen Unterinntal und das im Abendrot erglühende Kaisergebirge. Hieran schließt sich das Kellerjoch bei Schwaz; davor Schloß Ambras und der brennende Coret- (Lemmen-) Hof. Eben stürmen hier die Meraner unter Kommandant Tschöll den Paschberg hinunter. Links im Vordergrund, wo eben die Granate eingeschlagen, eine Gruppe Sarntaler Schützen mit hochroten Jacken, daneben die Feuerlinie der Pustertaler. Der Schützenhauptmann mit emporgehobenem Säbel ist der Peter

Mayr, Wirt an der Mahr; ihm folgen seine Leute aus dem Eisaktal, ferner solche vom Eggental, an ihren gelben Röcken erkenntlich.

Oben auf dem Hügel spendet ein Geistlicher einem Sterbenden den letzten Trost; am Hause daneben steht ein Häuflein gefangener Sachsen, die nach tapferer Verteidigung die Waffen strecken mußten. Der tapfere Thalguter führt eben seine Schützen im Sturm an der Hütte vorüber; es sind Leute von Algund und Lana. Dem Beschauer zunächst hinter einem Zaune, der nur schwache Deckung bietet, eine Abteilung Passeirer, die ein mörderisches Feuer unterhalten; alte Greise mit silbergrauem Haar, selbst sie bieten ihre schwachen Kräfte auf zur letzten verzweifelten Abwehr; hier reicht eben eine Dirne einem Verwundeten ein Glas Wein, während sie die andere Hand auf die von feindlichen Kugeln ins Fäßchen geschlagenen Löcher preßt, damit der Inhalt nicht verloren gehe.

Auf der Höhe oben ist soeben der Oberkommandant Andreas Hofer erschienen, um von hier aus persönlich seine Anordnungen zu treffen. Die imponierende Ruhe, die der biedere Sandwirt stets bewahrte, bildet auch hier einen eigenartigen Gegensatz zu der Lebhaftigkeit seiner Umgebung. Zu seiner Linken die schon erwähnten zwei Klosterherren, rechts sein Adjutant Purtscher und der Landesschützen-Major Graf Hendl. Neben den Trommlerbuben hält ein Bursche Hofers Pferd. Begeistert schwingt ein anderer die Fahne, trotzdem hart vor ihm eine Granate einschlägt; daneben ohne Deckung dem feindlichen Kugelregen trotzend, der Schützenhauptmann Georg Laner, mit feuriger Geberde seine tapferen Passeirer zum Aushalten anspornend. Auf einem Schimmel reitend, führt Schützenmajor Graf Mahr die Vintschgauer ins Treffen.

Nun reicht der Blick zurück zum Berg Isel-Hohlweg, wo die tapfer vorstürmenden Bayern des 9. Inf.-Regts. (1. und 2. Komp.) den wie ein Bergstrom hervorbrechenden Kompagnien derer von Natters, Mutters, Steinach, Stubai im Vereine mit österreichischen Soldaten nicht mehr Stand halten können; ebenso geht es auf den Feldern, wo allenthalben aus dem Walde hervorstürmende Schützen den letzten verzweifelten Vorstoß des Marschalls Lefévre zurückweisen. Im Vordergrund fesselt uns hier vor allem das mörderische Handgemenge der Eisaktaler, die unter persönlicher Anführung des Kapuziners Joachim Haspinger gegen die 3. Komp. des 9. bayr. Inf.-Regts. vorstürmen. Der Oberleutnant Hildel (mit der Pistole) und Leutnant von Schrottenberg werfen sich an der Spitze dieser Kompagnien dem heldenkühnen Pater vergebens entgegen.

Beim Kratzerbrunnen erscheint eben die 4. Komp. des 9. Inf.-Regts., während die 5. und 6. neben dem brennenden Wörndle-Ansitz vorbeistürmen.

Beim Sarntheinhof befinden sich die 1. und die 2. Kompagnie des 14. Regiments im hartnäckigen Gefechte gegen die am Waldrande befindlichen Tiroler, während die 3. Kompagnie zur Unterstützung ihrer hartbedrängten Brüder herbeieilt.

Über diese bewegte Gruppe hinweg schweift der Blick in das von der goldenen Abendsonne verklärte Oberinntal, aus dessen Hintergrund die Heiterwand hervorlugt.

TIROLER ANZEIGER (Nr. 59/ S. 5) Dienstag, 11. März 1924

Die Versteigerung des Berg-Isel-Panoramas.

Gestern, 3 Uhr nachmittags, fand im Panorama-Gebäude bei der Hungerburgstation die Versteigerung des Berg-Isel-Panoramas (Gebäude, Grundstück und Rundbild, das sich verpackt im Hofdepot in Wien befindet) bei einem Ausrufspreis von 150 Millionen Kronen statt. Es waren wohl zahlreiche Leute vorhanden, aber es steigerten sich bloß zwei Interessenten millionenweise in die Höhe, Oberst Fritz Föbl namens des Alt-Kaiserjägerklubs und Weinhändler Johann Hackl. Dieser erstand schließlich das Objekt samt Bild um 261 Millionen. Es ist zu hoffen, dass nun das Rundgemälde in Innsbruck wieder zur Ausstellung kommt.

INNSBRUCKER NACHRICHTEN (Nr. 187/ S. 3) Samstag, 16. August 1924

Wiedereröffnung des Berg Isel-Panoramas.

Es wird uns geschrieben: Sonntag, den 17. August, öffnen sich nach langen Jahren wieder die Pforten des großen Rundbaues an der Kettenbrücke, in dem in den letzten Wochen rege bauliche Tätigkeit entfaltet wurde. Herr J. Hackl, der ehemalige Wirt zum „Gold. Adler“, hat das Riesengemälde Zeno Diemers käuflich erworben und so dem Lande wiedergewonnen, nachdem übertriebener Spekulationsgeist das vaterländische Gemälde zu Geschäftszwecken sogar nach Amerika zu verschleppen versucht hatte. Zugleich mit dem Bilde erwarb Herr Hackl auch das mittlerweile in einen trostlosen zustand verfallene Gebäude, das in letzter Zeit als Garage und Viehstall verwendet wurde und dem man auch die ganze Inneneinrichtung genommen hatte. Innerhalb des kurzen Zeitraumes von fünf Wochen brachte nun die Baufirma Josef Hais das verwairstete Gebäude in den früheren Zustand, wobei das größte Verdienst dem Polier der Firma Heinrich Wachter gebührt, der vor Jahren den Dachstuhl und die Bühne aufstellte und nun im Verein mit seinen beiden Söhnen und seinen übrigen wackeren Zimmerleuten das schwierige und nicht gefahrlose Werk der Wiederaufrichtung des Ganzen glatt und reibungslos zustandebrachte. Das Bild hat eine Höhe von 16 Metern und ein Gewicht von 7500 Kilogramm und mußte mittels eines eigens hierzu konstruierten massiven Schienenwagens aufgerollt werden.

TIROLER ANZEIGER (Nr. 187/ S. 8) Samstag, 16. August 1924

Wiedereröffnung des Panoramas von der Berg-Isel-Schlacht 1809.

Man schreibt uns: Sonntag, den 17. August, öffnen sich nach langen Jahren wieder die Pforten des großen Rundbaues an der Kettenbrücke, in dem in den letzten Wochen ein äußerst bauliche Tätigkeit entfaltet wurde. Herr J. Hackl, der bestbekannte ehemalige Wirt „Zum Goldenen Adler“, hat das Riesengemälde Zeno Diemers käuflich erworben und so dem Lande wiedergewonnen, nachdem übertriebener Spekulationsgeist das vaterländische Gemälde rein zu Geschäftszwecken sogar nach Amerika zu verschleppen versucht hatte, von wo es höchstwahrscheinlich wohl nicht mehr zurückgekehrt wäre. Zugleich mit dem Bilde erwarb Herr Hackl auch das mittlerweile in einen trostlosen Zustand verfallene Gebäude, welches in letzter Zeit als Garage und Viehstall verwendet wurde und dem man auch die ganze Inneneinrichtung genommen hatte.

Innerhalb des kurzen Zeitraumes von fünf Wochen brachte nun die Baufirma Josef Haid das verwahrloste Gebäude in den früheren Zustand, wobei das größte Verdienst dem Polier der Firma, Herrn Heinrich Wachter, gebührt, der vor Jahren den Dachstuhl und die Bühne aufstellte und nun im Vereine mit seinen beiden Söhnen und seinen übrigen wackeren Zimmerleuten das schwierige und nicht gefahrlose Werk der Wiederaufrichtung des Ganzen glatt und reibungslos zustande brachte. Wenn man bedenkt, daß das Bild eine Höhe von 16 Metern und ein Gewicht von 7500 Kilogramm hat und mittels eines eigens hierzu konstruierten massiven Schienenwagens aufgerollt werden mußte und wenn man gleichzeitig in Erwägung zieht, daß der Polier ohne Plan, sozusagen nur aus der Erinnerung zu arbeiten gezwungen war, dann sieht man, welch saures Stück Arbeit Herr Wachter mit seinen wackeren Könnern in der kurzen Zeit vollendet hat. Die nötigen Spenglerarbeiten wurden von Meister Franek ausgeführt, den großen Tuschschirm spannte die Firma Brix. Sein neu bearbeiteter, im Wagnerschen Universitätsverlag erschienener Führer macht uns mit den Einzelheiten des Rundgemäldes bekannt und streift in Kürze auch die vielfach abenteuerliche Geschichte des Panoramas seit der Entstehung.

INNSBRUCKER NACHRICHTEN (Nr. 193/ S. 3) Samstag, 23. August 1924

„Wiedereröffnung des Berg-Isel- Panoramas“.

Der Verfasser des in den „Innsbrucker Nachrichten“ erschienen Artikels über die Wiederherstellung des historischen Berg-Isel Panoramas muß jedenfalls von den Tatsachen und großen Hindernissen beim Ausbau des Rundgemäldes nicht orientiert gewesen sein, nachdem die Baufirma Josef Haid & Co, Kapuzinergasse Nr. 34, gegenüber ihren wirklichen Leistungen nicht in gebührender Weise durch den Artikel beachtet wurde. Einwandfrei sei nun folgendes festgestellt: Den Ausbau des Panoramas hat die Firma Josef Haid & Co in Regie übernommen und nach zwei Wochen geriet der eigentliche Bauherr in Zahlungsschwierigkeiten, so daß der Baut laut Vertrag eingestellt werden sollte. Die Firma Josef Haid & Co wollte jedoch die Baueinstellung vermeiden

und arbeitete mit voller Energie aus eigenen Mitteln weiter, um das schon im Werden und Neuaufrichten gestellte und für Tirol wertvolle Werk, nicht wieder der Vergessenheit anheim fallen zu lassen. Die Firma Josef Haid & Co arbeitete nicht fünf Wochen, sondern zehn Wochen, und zwar mit 15 bis 20 Arbeitern. Die gesamten Rekonstruierungsarbeiten, Uebernahme des Bildes, wurden lediglich von Seite der Baufirma Josef Haid & Co finanziert. Die investierten Baukosten belaufen sich auf zirka 250 Millionen Kronen, wofür der Firma Haid & Co 150 Millionen Kronen aus den Eintrittspreisen bis 1. Jänner 1925 sukzessive zugesichert wurden. Mit den restlichen 100 Millionen Kronen ist die Baufirma Josef Haid & Co in Ausgleich gestellt und dürfte die Quote demnächst bekanntgegeben werden. Zudem trägt die Firma Josef Haid & Co noch die laufenden Kosten, die zur Propaganda und Instandhaltung des Betriebes notwendig sind. Die Ausführung und Vollendung des Baues, ohne die vertraglichen Zahlungen zu erhalten, geschah einerseits hauptsächlich aus dem Grunde, dem Lande Tirol das Gemälde zu erhalten und aus Kameradschaft zum Bauherrn. Leider wurde die gute Absicht und die Bereitwilligkeit des Bauunternehmens schlecht gelohnt. Es ist unrichtig, daß das Bild eine Höhe von 16 Metern hat, sondern 10.50 Meter, desgleichen wiegt das Bild nicht 7500 Kilogramm, sondern 3600 Kilogramm. Auch ist unwahr, daß dem Polier seine Behelfe und Pläne zur Verfügung gestanden sind. Derselbe ist jeden Tag von Seite der Bauleitung der Firma Josef Haid & Co über die Arbeiten instruiert worden und wo es notwendig war, wurden auch Pläne angefertigt, die demselben zur Verfügung standen. Es ist richtig, daß Heinrich Wachter bei der Firma Haid & Co vier Jahre Zimmerpolier ist, aber nicht als selbstständige Firma fungiert, sondern lediglich nur Angestellter derselben ist. Es wäre wohl zu wünschen, daß sich das der tirolischen Heimat wieder erworbene Erinnerungswerk eines regen Besuches durch Einheimische und Fremde erfreut und so der alte Geist unserer Väter gebührend geehrt wird und neu auflebt. Die Einigkeit der Tapferen Tiroler Scharen, die uns das Iselpanorama in wahrheitsgemäßer Bildsprache schildert, sei ein Vorbild für unsere Jetztzeit, sei Pfad, auf den unser Volk die geraubt Freiheit wieder findet.

INNSBRUCKER NACHRICHTEN (Nr. 212/ S.12) Samstag, 15. September 1934

Die Meister des Rundgemäldes „Die Schlacht am Berg Isel“.

Zur Geschichte des Rundgemäldes, „Die Schlacht am Berg Isel“ erhalten wir von berufener, unterrichteter Seite folgende interessante, ergänzende Mitteilungen: „Der Gedanke, ein Rundgemälde der Schlacht am Berg Isel in Innsbruck erstehen zu lassen, tauchte um das Jahr 1890 auf. Der Tatkraft des Regierungsrates Dr. Anton Kofler ist er zu danken, daß das Panorama endlich zustande kam und mit der Sportausstellung 1896 eröffnet werden konnte. Der Schriftsteller J.C. Platter hat zwar als einer der ersten die

Anregung gebracht, ein solches Panorama auszuführen, zur Gestaltung des Bildes selbst hatte er keine Beziehung. Nachdem Herr Doktor Kofler von den Unternehmern der Innsbrucker Sportausstellung, Herrn Grünwald und Mortier, die Finanzierung zugesichert erhalten hatte, und der Münchner Baumeister Niederhofer sich erboten hatte, das Gebäude auf sein Risiko herzustellen, wurde der Maler M. Zeno Diemer in München (der drei Jahre vorher die Tiroler Abteilung auf der Weltausstellung in Chicago mit dem großen Gletscherdiorama zur vollen Zufriedenheit ausgeführt hatte), mit der Ausführung des Rundgemäldes der Schlacht am Berg Isse beauftragt. Der Entwurf stammt von Zeno Diemer allein. Die Ansicht, daß Franz von Defregger Entwürfe hierzu gemacht hätte, entspricht nicht der Wahrheit; Defregger hat lediglich auf Wunsch der Auftraggeber die Skizze des Rundgemäldes begutachtet und sich lobend darüber ausgesprochen. Außerdem hat Defregger einige seiner historischen Kostüme zur Nachbildung den ausführenden Malern zur Verfügung gestellt.

Als erster Mitarbeiter stand von Anfang Professor Franz Burger - Innsbruck dem Schöpfer des Panoramas, mit dem er als Studienfreund befreundet war, treu zur Seite. Bei der Ausführung im großen wirkten dann noch mit, die Herren Flaucher, Niedermaier und Pätzold. Kriegsgeschichtlicher Berater war Oberst von Maretich. Das erste Panoramagebäude wurde auf dem Ausstellungsgelände am Bahnviadukt errichtet. Das Bild war im Jahre 1906 auf der österreichischen Ausstellung in London aufgestellt, kam im Kriegsjahr 1917 nach Wien zu einer Kaiserjägerausstellung und ist seit den letzten Jahren wieder in Innsbruck aufgestellt. – Als Professor M. Zeno Diemer vor einigen Jahren das Berg-Isel-Panorama in Innsbruck besuchte, hörte er dort zu seinem Erstaunen, daß „der Maler des Bildes, Zeno Diemer, vor einigen Jahren gestorben sei,“ eine weitverbreitete Ansicht, die erfreulicherweise nicht zutrifft. Professor Diemer ist in voller Rüstigkeit tätig und hat erst in diesem Frühjahr mit einem Riesengemälde, „Deutschland aus der Vogelschau“, auf einer Ausstellung in Berlin einen großen Erfolg erzielt.“

TIROLER TAGESZEITUNG (Nr. 103/ S. 3) Mittwoch, 5. Mai 1948

Das Berg-Isel Rundgemälde bei der Mühlauer Brücke wird heute wieder eröffnet. Das Panorama, das erstmals am 13. Juni 1896 mit der Internationalen Ausstellung in Innsbruck gezeigt wurde, stammt von Kunstmaler Prof. Michael Zeno Diemer, der auch die Schlachtenpanoramen von Orleans und Berzailles entwarf. Mitarbeiter waren die Maler Franz Burger, Flaucher, Niedermaier und Pezzey. Die historischen Grundlagen der denkwürdigen Schlacht vom 13. August 1809 wurden von Oberst Freiherr von Maretich ausgearbeitet. Nach einem wechselvollen Schicksal – 1907 ist das Gebäude abgebrannt – ging das Panorama 1925 in den Besitz des Kaufmannes Josef Wanker in Innsbruck über, der auch eine Restauration dazubaute. Mitbesitzer sind die Geschwister

Kreiner und nunmehr im Erbwege Frau Isabella Prohaska. Im Jahre 1931 wurde das Gemälde von Kunstmaler Sturm, Prädler, restauriert.

TIROLER NACHRICHTEN (Nr. 103/ S. 3) Mittwoch, 5. Mai 1948

Berg-Isel-Panorama eröffnet

Das weltbekannte Berg-Isel-Rundgemälde, das heute wieder eröffnet wird, bildet eine der hervorragendsten Sehenswürdigkeiten Innsbrucks, ein herrliches Werk, das eine der ruhmvollsten Heldentaten unserer Vorfahren darstellt.

Im Jahre 1894 ging von dem Innsbrucker Schriftsteller J.C. Platter die Anregung aus, in der Landeshauptstadt ein Riesengemälde errichten zu lassen, welches eine der denkwürdigsten Schlachten am Berg Isel, die vom 13. August 1809, zum Vorwurf haben sollte. Nach verschiedenen Projekten kam die Sache endlich im Herbst 1895 zur Verwirklichung. Der Kunstmaler Prof. Michael Zeno Diemer, der Autor der Schlachtenpanoramen von Orleans und Berzailles, brachte es fertig, das über 100 Quadratmeter große Rundgemälde auszuführen. Das Panorama wurde am 13. Juni 1896 gleichzeitig mit der Internationalen Ausstellung, die in der heute noch bestehenden Ausstellungshalle in der Ing.-Etzel-Straße stattfand, eröffnet. Es bildete sich ein eigener Panoramavererein, der als Besitzer des Rundgemäldes bis zum Jahre 1907, in welchem das Gebäude abbrannte, aufschien. Das wertvolle Gemälde befand sich zu dieser Zeit gerade auf der Weltausstellung in London, wo es mit der goldenen Medaille ausgezeichnet wurde.

Das Gemälde ist 10 Meter hoch, hat ein Gewicht von 7500 kg und wurde mittels eines eigens hiefür konstruierten Maschinenwagens aufgerollt. Der Besucher ist geradezu überrascht, wenn er das Panorama betritt. Die Illusion ist so vollkommen, daß er vergisst, sich in einem geschlossenen Raum zu befinden. Der Beschauer erhält seinen Standplatz unweit des Buchhofes und von dort aus entfaltet sich das eindrucksvolle Rundbild mit der Stadt, dem Inn, den Heimatbergen vom Tschirgant bis zum Wilden Kaiser, während auf allen Seiten die letzten Kämpfe des denkwürdigen Schlachttages wüten. Die Wirkung ist in allen Teilen so natürlich und plastisch, daß es schwer wird, zu unterscheiden, wo die Malerei beginnt und die Wirklichkeit endet.

E.F.

Runggaldier

TIROLER NEUE ZEITUNG (Nr. 84/ S. 3) Mittwoch, 5. Mai 1948

Das Berg-Isel-Panorama

Am Mittwoch wird diese weltbekannte Sehenswürdigkeit wieder dem Besuch freigegeben

Innsbruck. Am Mittwoch, den 5. Mai, öffnet das weltbekannte Berg-Isel-Panorama wieder seine Tore. Anlässlich dieser Wiedereröffnung wird es sicherlich auch die Leser interessieren, etwas über die Geschichte dieses Rundgemäldes, das eine der hervorragendsten Sehenswürdigkeiten Innsbrucks ist, Näheres zu erfahren. Vom Innsbrucker Schriftsteller Plattner ging im Jahre 1894 die Anregung aus, in der Landeshauptstadt ein Riesenrundgemälde errichten zu lassen, welches eine der denkwürdigsten Schlachten am Berg Isel, die vom 13. August 1809, zum Vorbild haben sollte. Im Herbst des darauffolgenden Jahres wurde dieses Projekt Wirklichkeit, und der Gemeinderat erteilte Baumeister Niederhofer die Bewilligung, ein Gebäude zur Unterbringung eines Panoramas zu errichten. Damals erstand dieses Gemälde östlich des Ausstellungsplatzes auf den Anlagen, die heute von der Bundesbahndirektion eingenommen werden. Kunstmaler Professor Michael Zeno Diemer, der sich schon bei den Panoramen von Orleans und Berzailles bestens bewährt hatte, wurde diese Aufgabe übertragen. Selbstverständlich wurde dem Maler eine gewisse künstlerische Freiheit gewährt, doch wurde dabei soweit nur irgend möglich den historischen Tatsachen Rechnung getragen. Am 13. Juni 1896 wurde das Panorama gleichzeitig mit der Internationalen Ausstellung eröffnet. Im Jahre 1907 brannte das Gebäude ab, doch befand sich zu dieser Zeit das wertvolle Gemälde gerade auf der Weltausstellung in London, wo es mit der Goldenen Medaille ausgezeichnet wurde. Dr. Max Gleich und Anton von Guggenberg erwarben das Gemälde und errichteten auch das bei der Talstation der Hungerburgbahn befindliche Gebäude.

Wegen Fliegergefahr wurde im Jahre 1914 das Gemälde nach Wien gebracht und in der Hofburg aufbewahrt. Erst mehrere Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges kehrte es wieder in die Heimat zurück, und im August 1924 konnten wieder die Pforten des Panoramas geöffnet werden. Es bestand sogar einmal die Gefahr, dass dieses wunderbare Gemälde nach Amerika entführt werden sollte, doch zerschlugen sich Gott sei Dank diese Verhandlungen. Derzeit befindet sich dieses Riesenrundgemälde im Besitz von Josef Wanker und Frau Isabella Prohaska, die in anerkennenswerter Weise darangegangen sind, die Besichtigung des Gemäldes, das 1931 vom Maler Sturm, Pradl, ausgebessert wurde, wieder zu ermöglichen.

Das Riesenrundbild hat eine Höhe von zehn Meter und wiegt 7500 Kilogramm. Es ist eine Panorama, wie es herrlicher und prächtiger nirgends gefunden werden dürfte. Die Illusion ist derart vollkommen, dass der Besucher vergißt, daß er sich in einem geschlossenen Raum befindet und sich unwillkürlich auf einem Platz in der Nähe des Buchhofes zu befinden glaubt, von wo aus er das eindrucksvolle Rundbild der Stadt, der umliegenden Berge und der letzten Kämpfe des denkwürdigen Tages vor sich abrollen sieht. Die Wirkung ist in allen teilen so natürlich und drastisch, daß es schwer

wird, zu unterscheiden, wo die Malerei beginnt und die Wirklichkeit endet. Geschichtliche Erinnerungen erwachen, und man fühlt sich zurückversetzt in das Jahr 1809, das heldenhaft emporsteigt.

TIROLER NEUE ZEITUNG (Nr. 85/ S. 3) Donnerstag, 6. Mai 1948

Das Berg-Isel-Panorama eröffnet

Innsbruck, 5. Mai. Eines der hervorragendsten und bekanntesten Tiroler Kulturdenkmäler ist das Berg-Isel-Panorama, das heute wieder seine Pforten öffnete. Künstlerisch wie historisch wertvoll, bildete das weltbekannte und bei der Londoner Weltausstellung ausgezeichnete Rundgemälde schon seit einem halben Jahrhundert einen besonderen Anziehungspunkt des Fremdenverkehrs, nicht zuletzt auch wegen seiner schönen Lage in Saggen und der gemütlichen Gastwirtschaft. Täglich von 9 Uhr bis 18 Uhr (auch an Feiertagen) werden von nun an Führungen stattfinden, verbunden mit einem kurzen Vortrag und historischen Ueberblick des Herrn Zohetbauer, der die Berg-Isel-Schlacht so lebendig zu schildern versteht, als wäre er Augenzeuge dieses denkwürdigen Ereignisses. Möge das renovierte und sauber hergerichtete Panorama reichen Zuspruch finden und dazu beitragen, Tiroler Kunst und Vergangenheit unserer heimischen Bevölkerung und dem Auslande näherzubringen.

VOLKSZEITUNG (Nr. 104/ S. 3) Freitag, 7. Mai 1948

Innsbruck um eine alte Sehenswürdigkeit reicher!

Nach wechselvollen, durch die Kriegsereignisse bedingten Schicksalen ist eine Sehenswürdigkeit Innsbrucks wieder an ihren alten Platz zurückgekehrt: Das bekannte Berg-Isel-Rundgemälde, welches die Schlacht um die Freiheit Tirols vom 13. August 1809 darstellt, das nunmehr wieder an seinem alten Platz im Rundbau an der Hungerburg-Talstation der Öffentlichkeit zugänglich ist.

Für den Mittwochvormittag war die Innsbrucker Presse von den derzeitigen Besitzern – Herrn Kaufmann Josef Wanker und Frau Magister Prohaska – zu einer Besichtigung eingeladen worden.

Das Panorama ist selbst für den, der mancherlei gesehen hat, eine Ueberraschung. Ein Riesenrundbild, 10 Meter hoch, mit einem Gesamtgewicht von 7500 Kilogramm, bietet sich den Blicken. Man glaubt auf dem Berg Isel zu stehen, sieht die Landschaft des Inntales in einer Tiefe von 110 Kilometern plastisch vor sich und in sie hinein komponiert das Geschehen der denkwürdigen Kämpfe, die sich unerhört plastisch dem Beschauer darbieten. Wenn gesagt wird, daß es schwer sei, zu unterscheiden, wo die

Malerei aufhöre und die Wirklichkeit beginne, so ist diese Feststellung in keiner Hinsicht übertrieben. Der Beschauer ist überwältigt.

Zwar hat uns Menschen von heute ein Krieg gänzlich anderer Ausmaße heimgesucht; vielleicht mögen uns jene Vorgänge im Vergleich klein und bescheiden erscheinen. Aber auch sie machen deutlich, daß selbst solche heute beschiedenen Auseinandersetzungen Menschenopfer genug kosteten. Sie gingen damals wie heute um das höchste Gut, das Menschen beschieden sein kann: um die Freiheit. Und wenn man mit dieser lebensvollen Darstellung einen Blick hineintun darf in das Freiheitsringen Tirols vor 140 Jahren, dann drängt sich einem der Vergleich mit dem gewaltigen Freiheitskampf von selbst auf den die Welt heute führt und von dem die Weitschauenden sagen, daß er nur gewonnen werden kann, wenn soziale Sicherheit dem Frieden den Weg ebnet und in einer Atmosphäre des Vertrauens die großen Probleme der Welt und der sie beherrschenden Spannungen allmählich gelöst werden können. Dies Streben aber führt über eine nationale Begrenzungen hinaus und muß insbesondere Europa zur Einheit zusammenschmieden, das so lange unter leidvoller Zersplitterung dulden mußte.

Blick in die Vergangenheit, Lehre für die Zukunft. Mögen recht viele Tiroler angesichts des alten Bildes dieser Zusammenhänge eingedenk sein.

NEUE TIROLER ZEITUNG (Nr. 187/ S.4) Dienstag, 13. August 1974

Vor 165 Jahren denkwürdige Kämpfe auf dem Bergisel

1000 Quadratmeter Schlacht

Innsbruck (ai.). – Heute vor 165 Jahren hallte der Bergisel von der gedenkwürdigen Schlacht wider. Packend sind diese Szenen im Riesenrundgemälde an der Hungerburg wiedergegeben. Man fühlt, wie sich das Zeitrad um einige Speichen zurückdreht, wenn man vor dem Riesenrundpanorama steht. Der Standpunkt des Beschauers ist unweit des Buchhofes. Von dort entfaltet sich das eindrucksvolle Rundbild der Stadt und der Schlacht.

Das Riesenrundgemälde gilt in Fremdenkreisen als weltbekannte Innsbrucker Sehenswürdigkeit. Es gehört zum Pflichtbesuch der Schulklassen, die Tirols Landeshauptstadt kennenlernen. Eindrucksvoller als in Geschichtsbüchern läßt sich an dieser Stelle das historische Geschehen rund um den Bergisel empfinden. Das 1000-m²-Schlachtenpanorama erinnert an den blutvollen Kampf um Tirols Freiheit.

Beim näheren Betrachten dieser Zeitungsberichte fällt auf, dass sich die jeweiligen Autoren offensichtlich nicht immer die Mühe gemacht haben, ihre Quellen sorgfältig zu prüfen. So findet sich bereits im Bericht der Innsbrucker Nachrichten (Nr. 187/ S. 3) vom 16. August 1924 ein erster Fehler in der Höhenangabe des Gemäldes, gleichzeitig

wird dort erstmals sein Gewicht erwähnt. Dieselben Angaben werden am selben Tag vom Tiroler Anzeiger (Nr. 187/ S. 8) angeführt, was auf eine mögliche gemeinsame Quelle hinweist, die aber augenscheinlich falsche Informationen beinhaltet. Ebendiese Falschmeldungen werden allerdings eine Woche später in der Ausgabe der Innsbrucker Nachrichten (Nr. 193/ S. 3) am 23. August berichtigt, wobei der Autor dieses Artikels zwar die Angaben über die Höhe korrigiert, aber dafür die Gewichtsangabe, die er auszubessern meint, verfälscht. Schließlich rund 20 Jahre später lässt sich der Autor des Beitrages in den Tiroler Nachrichten (Nr. 103/ S. 3) vom 5. Mai 1948 nicht mehr durch etwaige Scheinkorrekturen verwirren und führt letztlich die tatsächlichen Maße des Riesenrundgemäldes an.

6. Begriffsanalysen

Auffallend an Zeitungsberichten wie diesen ist, dass sehr viele Eigenschaftswörter gebraucht werden. Etwa Beschreibungen, die heute, in Berichten dieser Art schwer zu finden sind. Die ‚wackeren Zimmermeister‘ werden heute nicht als wacker bezeichnet. Liegt das daran, dass die Zimmermeister heute weniger ‚wacker‘ sein müssen oder wir für die Arbeit eines Zimmermeisters den Begriff ‚wacker‘ nicht als angemessen ansehen? Gibt es doch viele andere Berufe, wo mehr Mut gebraucht wird? So änderte sich auch der Inhalt der Begriffe die früher gebraucht wurden. Auffallend sind Bezeichnungen wie ‚tapfere Baiern‘, ‚Vaterländisches Gemälde‘, ‚Tirolische Heimat‘, ‚tapfere Tiroler Scharen‘, ‚Freiheit‘ oder ‚ruhmvollste Heldentaten‘. Begriffe wie ‚tapfere Baiern‘ stechen hier hervor. Hat ‚tapfer‘ heute noch dieselbe Bedeutung wie damals?

Die folgende Analyse hat den Zweck, die zeitgenössische Bedeutung der Schlüsselbegriffe „Vaterland“, „Freiheit“, „Heimat“ und „Tapferkeit“, die in den oben angeführten Zeitungsberichten über das Innsbrucker Riesenrundgemälde benutzt worden sind, zu ergründen und eventuelle Unterschiede zum Sinngehalt im 21. Jahrhundert herauszustellen.

6.1. Vaterland

Einige dieser Begriffe haben wir genauer unter die Lupe genommen. So zum Beispiel den Begriff ‚Vaterland‘: Rudolf G. Binding schrieb 1939 das Buch ‚Von Freiheit und Vaterland‘.⁶³ Es ist dies das „Vermächtnis des Frontsoldaten und Dichters an seinen Sohn“.⁶⁴ Der Begriff Vaterland war für die Männer von 1809 sehr wichtig, ebenso aber auch für jene im Ersten beziehungsweise Zweiten Weltkrieg. Binding verbindet Vaterland mit Freiheit.⁶⁵ So schreibt er:

⁶³ Rudolf G. Binding, Von Freiheit und Vaterland, München 1939, S. 27.

⁶⁴ Binding, Freiheit, S. 7.

⁶⁵ Binding, Freiheit, S. 27f.

„Die Freiheit, die dir in deinem Vaterlande gehört und die du zu wahren hast, ist kein von anderen Völkern übernommener Begriff oder eine Anschauung oder eine Forderung etwa der französischen Revolution – noch eine liberale Erfindung oder eine Utopie, sondern nichts Geringeres als deutsche Manneseigenschaft von alters her. [...] Freiheit und Vaterland – wer diese Worte im Munde führen darf, muß für sie sterben können.“⁶⁶

Im Meyers Lexikon von 1981 ist unter dem Begriff Vaterland folgendes zu lesen: ‚Vaterland (lat. Patria)‘. Eigentlich das Land der Vorfahren, auch die [weitere] Heimat, mit der meist Gefühle des Patriotismus verbunden sind.“⁶⁷

Der Versuch, im Meyers Lexikon aus dem Jahr 1889 und im Zedler Lexikon aus dem 18. Jahrhundert den Begriff Tapferkeit nachzuforschen, bleibt leider ohne Ergebnis. In beiden Lexika ist der Begriff als eigenständiges Wort nicht vorhanden. Es ist anzunehmen, dass der Begriff Vaterland in der heutigen Gesellschaft immer mehr an Wichtigkeit verliert, vor allem mit dem Hintergrund, dass sich die europäischen Staaten unter dem Begriff einer Union vereinen.

6.2. Freiheit

„Freiheit, in allgemeinsten Bedeutung soviel wie Selbständigkeit, Unabhängigkeit von äußern Zwang.“⁶⁸ Das ist im Brockhaus Ende des 19. Jahrhunderts zu lesen. Zum Vergleich hier noch ein Auszug aus dem Meyers Lexikon aus derselben Zeit:

„Freiheit, im gewöhnlichen Sprachgebrauch der Ausdruck für den Zustand der Unabhängigkeit; so spricht man vom freien Schwung eines Pendels, vom freien Fall der Körper, vom freien Verkehr etc. Beide Merkmale der F.: Abwesenheit des Zwanges und Willkür der Bewegung, behielt man bei, als man den Begriff der F. im politischen und moralischen Sinn nahm. Die politische F. besteht darin, daß die Staatsgesellschaft nicht von der Willkür anderer, sondern von dem zum Gesetz erhobenen Gesamtwillen aller abhängt, also nicht Abwesenheit aller Schranken, sondern nur der von der Willkür und Selbstsucht anderer gezogenen, nicht die Erlaubnis, alles zu thun, was man will, sondern die willige Unterwerfung des eignen Willens unter den Gesamtwillen des Staats ist. Ebenso wenig kann die sittliche, richtiger geistige F. in die Abwesenheit aller bestimmenden Bewegungsgründe des Willens oder in das Vermögen gesetzt werden, allen Willensbestimmungen zu widerstehen. Das Sittengesetz liegt in

⁶⁶ Binding, Freiheit, S. 27.

⁶⁷ Meyers Lexikon in 8 Bänden, Band 8, ‚Vaterland‘, hrsg. v. Bibliographisches Institut AG, Mannheim 1981, S. 278.

⁶⁸ Die Retro-Bibliothek. Nachschlagewerke zum Ende des 19. Jahrhunderts, Brockhaus‘ Konversationslexikon, [<http://www.retrobibliothek.de/retrobib/seite.html?id=126685>], o.D., eingesehen 24.11.2009.

der Vernunft vor und macht sich geltend als Regel des Handelns; die Meinung, als ob wir die Macht hätten, nach Willkür entweder das Gesetz zu erfüllen, oder es zu übertreten, ist eine Täuschung, indem man die physische Möglichkeit der Handlung mit der moralischen verwechselt und glaubt, man habe die letztere, weil man die erstere hat. Das Wollen in einzelnen Fällen hängt ab von unserm ganzen sittlichen Zustand, in welchem wir uns befinden; es ist Selbsttäuschung, wenn man meint, man könne in jedem einzelnen Fall das Gute oder auch das Böse nach Belieben wollen; eine solche Wahl findet nur in den wenigen Fällen statt, wo die Gründe für das eine oder das andre im Gleichgewicht zu stehen scheinen, und auch dann erfolgt die Entscheidung erst, wenn durch Nachdenken oder nähere Prüfung die Macht der Beweggründe sich auf die eine oder die andre Seite neigt. Wenn nun aber die F. unsers Geistes nicht in dem Vermögen einer willkürlichen, von keinen Beweggründen abhängigen Wahl besteht, so kann sie nichts andres sein als das Vermögen des Menschen, sich unabhängig von allen seinem wahren geistigen Wesen, seinem Ich, fremden Bestimmungsgründen, rein durch sich selbst, d. h. nach den ihm als Geist innewohnenden Gesetzen, zu bestimmen, mit andern Worten, sich mit voller Selbständigkeit als Geist zu offenbaren. Diese F. ist nichts andres als das Vermögen des Menschen, die sinnlichen Antriebe zu beherrschen und sein Wollen, ja sein gesamtes Geistesleben ebensowenig der Laune des Ungefährs wie einer physischen Notwendigkeit unterzuordnen, das Vermögen, vernünftig und nach dem Gesetz der Vollkommenheit zu leben, nicht, wie das Tier, einem blinden Trieb oder, wie z. B. der Ehrgeizige, Habsüchtige etc., einer beherrschenden Leidenschaft zu unterliegen. Die griechischen Weisen erkannten dieses, indem sie sagten: „Nur der Weise ist frei, der Thor ist ein Sklave.“⁶⁹

In einem etwa um 100 Jahre aktuelleren Lexikon aus von 1981 gibt es unter Freiheit mehrere Unterscheidungen. Da steht einmal der Begriff „Freiheit“, unter dem, wie auch 100 und 200 Jahre vorher, die Unabhängigkeit jeglichen Zwanges verstanden wird. Dann folgt der Begriff in der Geschichte. In der Antike handelte es sich um eine politische Bezeichnung, der die Bürger einer Polis charakterisierte. Auch in der Neuzeit wird der Ausdruck wieder politisiert. In der Soziologie wird von einem Bedürfnis nach Freiheit ausgegangen. Im Mittelalter stand der Begriff „Freiheit“ eng verbunden mit den Rechten des Menschen in Verbindung. Der Schutz der persönlichen Freiheit ist in Österreich in der Verfassung seit dem 1. Oktober 1862 verankert.⁷⁰

⁶⁹ Die Retro-Bibliothek. Nachschlagewerke zum Ende des 19. Jahrhunderts, Meyers Konversationslexikon, [<http://www.retrobibliothek.de/retrobib/seite.html?id=106090#Freiheit>], o.D., eingesehen 24.11.2009.

⁷⁰ Meyers Lexikon in 8 Bänden, Band 3, „Freiheit, Freiheit der Person“, S. 154f.

6.3. Heimat

In einem Lexikon aus dem Jahre 1889 steht:

„Heimat, Bezeichnung für den Geburtsort, auch für den Ort, wo jemand sein Heim, d. h. seine Wohnung, hat. In der Rechtssprache versteht man unter H. (Heimatsrecht, Indigenat) die Ortsangehörigkeit oder Gemeindeangehörigkeit einer Person, welche nicht ohne weiteres mit dem Gemeindebürgerrecht zusammenfällt, indem das Heimatsrecht an und für sich nur ein Einwohner- (Einsassen-, Gemeindegossen-) Recht ist. Auch die Staatsangehörigkeit (s. d.) wird Heimatsrecht genannt, wozu für die Angehörigen des Deutschen Reichs noch die Reichsangehörigkeit oder das Bundesindigenat (s. d.) hinzukommt. Die Vorbedingung für die Erlangung und für den Besitz der Reichsangehörigkeit ist die Staatsangehörigkeit, d. h. die Unterthanenschaft in einem zum Reiche gehörigen Bundesstaat (Landesindigenat). Neuerdings wird der Ausdruck H. wohl auch als gleichbedeutend mit Unterstützungswohnsitz (s. d.) gebraucht, obgleich dies eigentlich zwei ganz verschiedene Begriffe sind. Man versteht nämlich unter H. schlechthin nicht selten den Anspruch auf öffentliche Unterstützung und Armenpflege in einer bestimmten Gemeinde. Dieser ist nach dem preußischen und nunmehr deutschen System ein Ausfluß des Aufenthalts, während er früher begründet wurde und noch jetzt in Bayern begründet wird durch das Heimatsrecht, d. h. dadurch, daß jemand einer Gemeinde angehört, nicht bloß in ihrem Bezirk sich aufhält oder eine gewisse Zeit hindurch aufgehalten hat.“⁷¹

Aber auch aus dem aktuellen Lexikon ist kein Unterschied zu erkennen. „Heimat, ist, abgesehen vom gesetzlich Definierten, ein Begriff mit individueller Bedeutung.

6.4. Tapferkeit

In einem Lexikon aus dem 19. Jahrhundert ist zu lesen:

„Tapferkeit kommt mit dem Mut (s. d.) darin überein, daß sie wie dieser die Gefahr nicht scheut, aber nicht wie dieser eine aus körperlicher Organisation entsprungene, sondern auf Bewußtsein und Willen beruhende Eigenschaft ist und daher weder, wie die Tollkühnheit (s. d.), aus Unkenntnis, noch, wie die Verwegenheit, aus Geringschätzung der Gefahr, sondern im Bewußtsein der Pflicht derselben nicht achtet.“⁷²

⁷¹ Zeno.org, Meyers Großes Konversations-Lexikon, Heimat <http://www.zeno.org/Meyers-1905/A/Heimat>], o.D., eingesehen 24.11.2009.

⁷² Die Retro-Bibliothek. Nachschlagewerke zum Ende des 19. Jahrhunderts, Meyers Konversationslexikon, [<http://www.retrobibliothek.de/retrobib/seite.html?id=115531>], o.D., eingesehen 24.11.2009.

Im Vergleich dazu wird der Begriff „Tapferkeit“ im Zedler Universallexikon aus dem 18. Jahrhundert wie folgt definiert:

„[Tapferkeit] ist jene Geschicklichkeit eines Menschen, da er einer bevorstehenden Gefahr zu entgehen genügsame Macht besitzt: Es wird dazu eine gedoppelte Machte erfordert: eine äußerliche, und zwar die Stärke des Leibes, und eine innerliche des Gemüths, welche auf Klugheit und Courage oder Mut beruhet.“⁷³

7. Ausschnitte aus dem Innsbrucker Riesenrundgemälde

Im folgenden Anhang sind [in der ursprünglichen Fassung dieser Arbeit] Ausschnitte aus dem Innsbrucker Riesenrundgemälde zu sehen, die auf bestimmte Aspekte der Schlacht und des Schlachtengeschehens aufmerksam machen sollen. Die Reihenfolge der Bilder entspricht einem Rundumblick in Richtung Osten und stellt den Anblick dar, der sich dem Besucher des Panoramas beim Betreten bietet. (Die jeweils mit einem * angeführten Bildbeschreibungen und Erläuterungen sind entnommen aus Franz Caramelle, Das Innsbrucker Riesenrundgemälde, aus: Heimatwerbung-Tirol (Hrsg.), Tirol – immer einen Urlaub wert, Innsbruck 1983/84.)

Unterstützend dazu hier noch die von Michael Zeno Diemer persönlich verfasste Beschreibung des Bildes:

„Der Standpunkt des Beschauers ist der Berg Isel, und zwar befindet sich derselbe ungefähr 100 Schritte nordöstlich des Buchhofes. Beim Betreten des Podiums fesselt unsern Blick sofort die imposante Felsmauer der Kalkalpen im Norden von Innsbruck; zuvörderst ist es die Sollsteinkette, der südliche Zug des Karwendelgebirges. Am westlichen Ausläufer desselben erhebt sich die senkrecht ansteigende Martinswand [...], den Anfang bildend zu einer glänzenden Gipfelkette, die erst bei Hall ihren Abschluss findet. In dieser erblicken wir zuerst den Höheberg, der durch einen tief eingeschnittenen Grat vom [...] Solstein getrennt ist; hieran reihen sich das vordere und hintere Brandjoch [...], worauf der Grat wieder absinkt zum Sattel mit der sagenberühmten Frau Hütt [...], einem kleinen, jedoch weithin sichtbaren Felszacken.

In halber Höhe des Berges lagert ein Nebelstreifen, wie er gewöhnlich nach einem Gewitterregen beobachtet wird. In diese langgezogene Dunstschicht mischen sich die Rauchwolken des brennenden Kerschbuch- [...], Allerheiligen- [...], Etzetaler- und Planötzenhofes [...].

⁷³ Zedlers Großes Universallexicon, [<http://mdz10.bib-bvb.de/~zedler/zedler2007/suchen/suchergebnisse.html?suchmodus=standard>], Suchbegriff Tapferkeit, o.D., eingesehen 8.10.2007.

In der Ebene zieht sich die lange Pappelallee der Oberinntalerstraße gegen Kranebitten [...] (gerade an der Martinswand). Auf dem Höhenzuge dortselbst kennzeichnet der Rauch des Kleingewehrfeuers den Standpunkt der Oberinntaler und Obervintschgauer, die hier unter der Führung Martin Firlers, Josef Marbergers und von Pemmelsburgs Stellung genommen haben. Etwa 100 Schritte davor in der Ebene erblicken wir die bayrische Gefechtslinie unter Oberstlieutenant von Habermann. Am linken Flügel 2 Haubitzen unter Oberlieutenant Weishaupt, anschließend daran das I. leichte Bataillon Habermann, kommandiert durch Major Fick, dessen Reserven mit einer Eskadron des 2. Dragoner-Regts. eben durch den Tiergarten nachrücken. Auf dem rechten Flügel auf der Bodenerhebung das II. Bataillon des 2. Inf.-Regts. (Kronprinz) unter Major Obermeier. Weiter im Vordergrunde diesseits des Inn die Hauptstellung der Bayern. Am äußersten rechten Flügel bei der Innkrümmung [...] eilen aufgelöste Scharen (Komp. des II. Bat. 5. Inf.-Regts. Preysing und des VII. leichten Bat. Treuberg) gegen den (nicht sichtbaren) Husselhof; zwei Geschütze sind in lebhaftem Feuer gegen die Gallwiese. Uns nach rechts wendend, sehen wir das 2. Chevaulegers-Regiment [...] in Bereitschaft stehen. Jetzt folgt eine Gruppe von 12 Geschützen, die ihr mörderisches Feuer direkt gegen den Berg Isel gerichtet haben. Auf und neben der Landstraße vor der Wiltener Pfarrkirche [...] rücken Abteilungen des 14. (4. Kompagnie), des 5. (I. Bat.) und des 9. (8. Kompagnie) Infanterie-Regiments nach, eben den [...] Marschall Lefévre, der mit dem Stabe rechts der Straße hält, passierend. Weiter rückwärts beim Wiltauer Kloster [...] gibt eben Generalmajor von Sibein den Befehl zur Besetzung des Klosters. Vor dem Landgerichtsgebäude Sonnenburg [...] sind 4 Haubitzen aufgeföhren, die ihre todbringenden Geschosse gegen die Buchhütte schleudern. Im Hintergrunde liegt Innsbruck [...], vor der Triumphpforte [...] das Dorf Wilten, das 1809 nur eine Straße hatte. An der Stelle des heutigen Bahnhofs war damals das Trainlager aufgeschlagen. Bei der Bartholomäuskapelle [...] an der Sill finden wir weitere zwei Haubitzen, die ihr Feuer gegen den Lemmenhof gerichtet haben. Im Vordergrunde schlägt eben eine Granate in einen Föhrenstamm [...]; aus dem Waldesdunkel stürmt bayrische Infanterie (Schützenabteilung und 7. Kompagnie des II. Bat. 9. Inf.-Regts.) gegen die Tirolerscharen; es ist dies die Stelle, auf welcher heute das Museum, das Denkmal und die Schießstätte stehen. Dem Beschauer zunächst finden wir eine Tiroler Schützenlinie in schwerer Bedrängnis; es sind Bauern aus verschiedenen Tälern. Hier ein Sarntaler Fahnenträger, der um Verstärkung zurückruft, da das Häuflein sonst dem Angriff der Uebermacht nicht länger standhalten kann; dort zwei tote Bayern, Zeugen des schon um die Mittagsstunde abgewehrten blutigen Ansturmes. Es folgen nun einige Wipptaler mit violetten Röcken, Sterzinger und

eine Gruppe Sarntaler. Tief hinunter reicht nun unser Blick bis zur Sillbrücke [...], über die gerade der Schützenmajor Speckbacher mit dem Teil des Landsturmes von Igls, Lans und Tulfes anrückt, die Brücke verteidigend, während der andere Teil vom Waldrand aus durch lebhaftes Feuer den Ansturm der Bayern zu vereiteln sucht, die auf den Amraser Feldern von den Sillhöfen [...] (I. Bat. 10.) her, sowie neben Dorf Amras (1. Komp. 14. Inf.-Regts.) gegen den Paschberg vordringen. Vor dem Dorfe sind 2 Geschütze zur Unterstützung des Angriffes in Tätigkeit, im Hintergrunde stehen 3 Eskadronen Chevaulegers in Bereitschaft.

Hoch darüber baut sich in majestätischer Ruhe die Bettelwurfspitze [...] auf, rechts reicht unser Blick weit hinweg über [...] Hall gegen Unterinntal und das im Abendrot erglühende Kaisergebirge. Hieran schließt sich das Kellerjoch [...] bei Schwaz; davor Schloß Amras [...] und der brennende Coret-(Lemmen-)Hof [...]. Eben stürmen hier die Meraner unter Kommandant Tschöll den Paschberg hinunter. Links im Vordergrund, wo eben die Granate eingeschlagen, eine Gruppe Sarntaler Schützen mit hochroten Jacken [...], daneben die Feuerlinie der Pustertaler. Der Schützenhauptmann mit emporgehobenem Säbel ist der edle Peter Mayr, Wirt an der Mahr [...]; ihm folgen seine Leute aus dem Eisacktal, ferner solche von Eggental [...], an ihren gelben Röcken erkenntlich.

Oben auf dem Hügel spendet ein Geistlicher einem Sterbenden den letzten Trost; am Hause daneben steht ein Häuflein gefangener Sachsen [...], die nach tapferer Verteidigung die Waffen strecken mußten. Der tapfere Thalguter [...] führt eben seine Schützen im Sturm an der Hütte vorüber; es sind Leute von Allgund und Lana. Dem Beschauer zunächst hinter einem Zaune, der nur schwache Deckung bietet, eine Abteilung Passeirer, die ein mörderisches Feuer unterhalten; alte Greise mit silbergrauem Haar, selbst sie bieten ihre schwachen Kräfte auf zur letzten verzweifelten Abwehr; hier reicht eben eine Dirne einem Verwundeten ein Glas Wein [...], während sie die andere Hand auf die von feindlichen Kugeln in Fäßchen geschlagenen Löcher preßt, damit der Inhalt nicht verloren gehe.

Oben auf dem Hügel ist soeben der Oberkommandant Andreas Hofer [...] erschienen, um von hier aus persönlich seine Anordnungen zu treffen. Die imponierende Ruhe, die der biedere Sandwirt stets bewahrte, bildet auch hier einen eigenartigen Gegensatz zu der Lebhaftigkeit seiner Umgebung. Zu seiner Linken die schon erwähnten zwei Klosterherren, rechts sein Adjutant Purtscher [...] und der Landeschützen-Major Graf Hendl [...]. Neben den Trommlerbuben hält ein Bursche Hofers Pferd. Begeistert schwingt ein anderer die Fahne, trotzdem hart vor ihm eine Granate einschlägt; daneben ohne Deckung dem feindlichen Kugelregen trotzend, der Schützenhauptmann Georg

Laner [...], mit feuriger Geberde seine tapfern Pässeirer zum Aushalten anspornend. Auf einem Schimmel reitend, führt Schützenmajor Graf Mohr [...] die Vintschgauer ins Treffen.

Nun reicht der Blick zurück zum Berg Isel Hohlweg [...], wo die tapfer vorstürmenden Bayern des 9. Inf.-Regts. (1. und 2. Komp.) den wie ein Bergstrom hervorbrechenden Kompagnien derer von Natters, Mutters, Steinach, Stubai im Vereine mit österreichischen Soldaten [...] nicht mehr Stand halten können; ebenso geht es auf den Feldern, wo allenthalben aus dem Walde hervorstürmende Schützen den letzten verzweifelten Vorstoß des Marschalls Lefébvre zurückweisen. Im Vordergrund fesselt uns hier vor allem das mörderische Handgemenge der Eisacktaler, die unter persönlicher Anführung des Kapuziners Joachim Haspinger [...] gegen die 3. Komp. des 9. bayer. Inf.-Regts. vorstürmen. Der Oberleutnant Hildel (mit der Pistole) und Leutnant von Schrottenberg werfen sich an der Spitze dieser Kompagnien dem heldenkühnen Pater vergebens entgegen.

Beim Kratzerbrunnen [...] erscheint eben die 4. Komp. des 9. Inf.-Regts., während die 5. und 6. neben dem brennenden Wörndle-Ansitz [...] vorbeistürmen.

Beim Sartheinhof [...] befinden sich die 1. und 2. Kompagnie des 14. Regiments im hartnäckigen Gefechte gegen die am Waldrande befindlichen Tiroler, während die 3. Kompagnie zur Unterstützung ihrer hartbedrängten Brüder herbeieilt.

Ueber diese bewegte Gruppe hinweg schweift der Blick in das von der goldenen Abendsonne verklärte Oberinntal, aus dessen Hintergrund die Heiterwand [...] hervorlugt.“ 74

8. Resümee

Es ist deutlich geworden, dass das Innsbrucker Riesenpanorama eine sehr ereignisreiche und prägende Geschichte vorweist, die seine Bedeutung und Besonderheit zwischen Besitzerwechsel, Öffnungen, Schließungen sowie Wiedereröffnungen bis in die Gegenwart begründet.

Die verwendeten Zeitungsartikel haben geholfen einen Einblick in diese Geschichte zu gewinnen und mehr über den Stellenwert des Gemäldes zu verschiedenen Zeitpunkten, sowie die möglichen Fehlerquellen im zeitgenössischen Zeitungsjournalismus zu erfahren.

⁷⁴ Michael Zeno Diemer, Panorama der Schlacht am Berg Isel (Innsbruck) am 13. August 1809. Kolossalrundgemälde von Michael Zeno Diemer, Innsbruck 1903, S. 8–12.

Eine Begriffsanalyse hat gezeigt, dass sich die ausgewählten Bezeichnungen in ihrer damaligen Bedeutung nicht wesentlich von der heutigen unterscheiden und es bleibt zu sagen, dass ‚Vaterland‘, ‚Freiheit‘, ‚Heimat‘ und ‚Tapferkeit‘ auch heute noch, ob nun begründet oder nicht, im Bezug auf die Geschehnisse von 1809, eine nicht ganz unbedeutende Rolle im Bewusstsein vieler Tiroler spielen.

Beim Betrachten der Ausschnitte des Riesenrundgemäldes kann man aufgrund der exakten und detailgetreuen Ausführung wohl jedenfalls den Stellenwert dieses Panoramas als wichtiges, denkmalgeschütztes Kulturgut verstehen und auch den Beweggrund für die Schaffung eines ewigen Erinnerungsbildes nachvollziehen, wenn eine poetische Auseinandersetzung mit dem ‚Befreiungskampf Tirols‘ erfolgt:

„Wohlan, nur fleißig, liebe Kinder!
Denn solches Werk gefällt nun Gott,
Es lohnt sich Heldentod nicht minder,
Als Knechtschaft unter Feindesspott.“⁷⁵

Quellen und Literatur

Wörterbücher und Nachschlagewerke:

Meyers Lexikon in 8 Bänden, Mannheim 1981.

Literatur:

Ammann, Gert, Albin Egger-Lienz, in: Saur Allgemeines Künstlerlexikon, Die bildenden Künstler aller Zeiten und Völker 32, hrsg. von Günter Meißner, München-Leipzig 2002.

Ammann, Gert, Tiroler Landesausstellung Franz von Defregger und sein Kreis, Lienz 1987.

Arnold-Öttl, Herta, Museumsführer Innsbruck, hrsg. v. den Museen der Stadt Innsbruck, Innsbruck 1996.

Baur, Johann Friedrich, Andreas Hofer oder der Befreiungskampf Tirols am 13. August im Jahre 1809 am Berg Isel in 30 Gesängen, Innsbruck 1893.

Binding, Rudolf G., Von Freiheit und Vaterland, München 1939.

⁷⁵ Johann Friedrich Baur, Andreas Hofer oder der Befreiungskampf Tirols am 13. August im Jahre 1809 am Berg Isel in 30 Gesängen, Innsbruck 1893, S. 69.

Caramelle, Franz, Das Innsbrucker Riesenrundgemälde, in: Tirol – immer einen Urlaub wert, hrsg. v. Heimatwerbung-Tirol, Innsbruck 1983/84, S. 3–20.

Dankl, Günther, Franz von Defregger, in: Saur Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker 25, hrsg. von Günter Meißner, München-Leipzig 2000.

Diemer, Michael Zeno, Panorama der Schlacht am Berg Isel (Innsbruck) am 13. August 1809. Kolossalrundgemälde von Michael Zeno Diemer, Innsbruck 1903.

Gisinger, Arno, Die große Erzählung. Das Innsbrucker Panorama als Projektionsfläche für Heimatsehnsucht, in: Sehnsucht Heimat. Katalog zur Ausstellung im Salzlager Hall/Kunsthalle Tirol, hrsg. v. Benedikt Erhard, Innsbruck 1998.

Köfler, Werner, Die Kämpfe am Bergisel 1809 (Militärhistorische Schriftenreihe 20), Wien ³1996.

Leb, Hans, Albin Egger Lienz. Profil einer Deutung, Wien-Villach 1949.

Lutterotti, Otto von, Ein Gedenkblatt für Franz Burger, in: Tiroler Heimatblätter, Nr. 7/8/9, Innsbruck 1941.

Maretich von Riv-Alpon, Gedeon Freiherr, Die vierte Berg Isel – Schlacht am 13. August 1809. Gefechte in der Umgebung von Innsbruck am 11., 13. und 14. August, sowie im Unterinntale bis 17. August 1809, Innsbruck 1899.

Marri Tonelli, Maria, Il lago di Garda illustrato da Zeno Diemer, Cierre Edizioni, Grafo, Il Sommolago 1995.

Meyer-Friese, Boye, Michael Zeno Diemer, in: Saur Allgemeines Künstlerlexikon, Die bildenden Künstler aller Zeiten und Völker 27, hrsg. von Günter Meißner, München-Leipzig 2000.

Oettermann, Stephan, Das Panorama – Die Geschichte eines Massenmediums, Frankfurt am Main 1980.

Pfeiffer, Kerstin, Franz Burger. Leben und Werk. Exkurs über das Innsbrucker Rundgemälde "Die Schlacht am Berg Isel, 13 Aug. 1809", Diss., Innsbruck 1987.

Rosendorfer, Herbert, Das Wichtigste ist das Riesenrundgemälde, in: Andreas Hofer 1809. Eine Geschichte von Treue und Verrat, hrsg. von Bernhard Sandbichler, Innsbruck 2002, S. 128–131.

Sandbichler, Bernhard, Europa Erlesen Tirol, Klagenfurt 2000.

Quellen:

Diemer, M. Zeno, Briefe betreffend das Panorama "Schlacht am Bergisel" 1809, Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, FB 104762 (XXIII).

Kulturberichte aus Tirol (Bestand des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum):

313/314 (39. Jahrgang, Juli 1985);

319/320 (40. Jahrgang, Mai 1986);

333/334 (42. Jahrgang, April 1988).

Zeitungen:

Innsbrucker Nachrichten, Nr. 20, Samstag, 25. Jänner 1896.

Innsbrucker Nachrichten, Nr. 86, Mittwoch, 15. April 1896.

Innsbrucker Nachrichten, Nr. 134, Samstag, 13. Juni 1896.

Innsbrucker Nachrichten, Nr. 149, Donnerstag, 2. Juli 1896.

Innsbrucker Nachrichten, Nr. 187, Samstag, 16. August 1924.

Innsbrucker Nachrichten, Nr. 193, Samstag, 23. August 1924.

Innsbrucker Nachrichten, Nr. 212, Samstag, 15. September 1934.

Tiroler Anzeiger, Nr. 59, Dienstag, 11. März 1924.

Tiroler Anzeiger, Nr. 187, Samstag, 16. August 1924.

Tiroler Nachrichten, Nr. 103, Mittwoch, 5. Mai 1948.

Tiroler Neue Zeitung, Nr. 84, Mittwoch, 5. Mai 1948.

Tiroler Neue Zeitung, Nr. 85, Donnerstag, 6. Mai 1948.

Neue Tiroler Zeitung, Nr. 187, Dienstag, 13. August 1974.

Tiroler Tageszeitung, Nr. 103, Mittwoch, 5. Mai 1948.

Volkszeitung, Nr. 104, Freitag, 7. Mai 1948.

Österreichische Alpenpost, Die Schlacht am Berg Isel bei Innsbruck, vom 13. August 1809 in Wort und Bild, 10. Februar 1904.

Die Stimme Österreichs (Zeitschrift für Österreicher und Freunde im Ausland), 4. Jg., Heft 30, 1950.

Internetquellen:

Die Retro-Bibliothek. Nachschlagewerke zum Ende des 19. Jahrhunderts, Brockhaus Konversationslexikon und Meyers Konversationslexikon [<http://www.retrobibliothek.de/retrobib/index>], o.D., eingesehen 24.11.2009.

Zedlers Großes Universallexicon, [<http://mdz10.bib-bvb.de/~zedler/zedler2007/suchen/suchergebnisse.html?suchmodus=standard>], o.D., eingesehen 8.10.2007.

Zeno.org, Meyers Großes Konversations-Lexikon, [<http://www.zeno.org/Meyers-1905/A/Heimat>], o.D., eingesehen 24.11.2009.

Aline Kummer ist Studentin der Geschichte und Alten Geschichte im 9. und 5. Semester an der Universität Innsbruck. Aline.Kummer@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Aline Kummer, Das Innsbrucker Riesenrundgemälde, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 477–522, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

Rubrik Varia



Rezension: Peter Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890 – 1914 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft), Göttingen 2007, 400 S.

Marcel Amoser

Kerngebiet: Neuzeit

eingereicht bei: Priv. Doz. Dr. Robert Rebitsch

eingereicht im Semester: SS 2009

Rubrik: Varia

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiter: sehr gut

Mit der Dissertation Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im deutschen Kaiserreich 1890–1914 liefert Peter Walkenhorst eine genaue Analyse der radikalnationalistischen Agitationsverbände, von deren Entstehung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Der Ansatz, der dabei Verwendung findet, entspricht dem der neueren Nationalismusforschung und geht von einem konstruktivistischen Nationsverständnis aus.¹ Als Quellengrundlage dienen Walkenhorst unter anderem zahlreiche Zeit- und Flugschriften, Reden, Vorträge, Akten, Protokolle, Korrespondenzen der radikalnationalistischen Agitationsverbände sowie reflektierende Artikel in der Tagespresse und Berichte des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses, die repräsentativen Einblick auf den Einfluss und die Wahrnehmung des radikalen Nationalismus in den Bereichen Politik und Öffentlichkeit geben. Ziel der Analyse ist dabei die Aufschlüsselung des ideologischen Fundaments der radikalen Nationalisten in dessen hierfür konstitutiven Deutungsmustern, sowie die Darstellung ihrer, von stetem Wandel und Radikalisierung geprägten, agitatorischen Tätigkeiten und den von ihnen erreichten

¹ Für nähere Infos: Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M. 2005, sowie Ernest Gellner, Nationalismus und Moderne, Berlin 1991, und Eric Hobsbawms, Nation und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a. M. 1991.

meinungsbildenden Einfluss auf die Öffentlichkeit und auf politische Akteure im Bezug auf deren konkreten politischen Entscheidungen.

Anfangs wird auf die Umstände, die für die Formierung radikalnationalistischer Verbände entscheidend waren, eingegangen. Die Auffassung, mit dem deutschen Kaiserreich in den Grenzen von 1871/72 einen unvollendeten Nationalstaat vorzufinden, dessen Kalkül ein ethnisch-kulturelles Nationsverständnis zu Grunde lag, bildete den Ausgangspunkt für den Zusammenschluss in diese Richtung denkender Personen in radikalnationalistische Organisationen. Ziel war es, durch Germanisierung und Expansion, die Utopie eines homogenen Staates zu erreichen, dessen Zusammensetzung dem Ideal der ethnischen Konformität entsprach und zu dem alle dem deutschen Volke Zugehörigen innerhalb der Grenzen eines Staates zu vereinen.

Die Pensionierung Bismarcks, die ein Machtvakuum zur Folge hatte, zog zahlreiche Gründungen radikalnationalistischer Verbände nach sich. Dazu gehörten unter anderem der Alldeutsche Verband, der Ostmarkenverein, der Flottenverein und die Kolonialgesellschaft. Die Zielsetzungen der Vereine waren geprägt von Heterogenität, jedoch griffen sie alle auf bestimmte Deutungsmuster zurück, aus denen sich deren agitatorische Symbolik und Termini herleiten lassen. Diesbezüglich widmet sich Walkenhorst in einem weiteren Kapitel den für die radikalen Nationalisten zentralen Begriffen Nation, Volk, Rasse mit denen versucht wurde, die öffentliche Meinung zu lenken. Präzise werden die Ursprünge und Bedeutungsinhalte der wichtigsten Begriffe erläutert. Aufgrund der unklaren definitorischen Abgrenzungen konnten die Begriffe in einem breiten Kontext verwendet werden und boten somit großes propagandistisches Potential. Auf Grundlage der Homogenitätsutopie fand auch der Terminus „Volksgemeinschaft“ als ethnischer Orientierungspunkt und Identifikationsbasis Einzug in die publizistischen Tätigkeiten der radikalnationalistischen Verbände.

Auch wird aufgezeigt, dass die zunehmende Verwendung des Rassenbegriffes auf Basis sozialdarwinistischer Deutungsmuster einherging mit dem Trend, soziale Phänomene auf biologische Ursachen zurückzuführen. Aus der sozialdarwinistischen Idee, nur die stärksten Rassen könnten überleben, ergaben sich schließlich auch rassenhygienische Vorstellungen, in denen jedes fremde Volk schadhaft für den Volkskörper ist und somit Maßnahmen zur Abwehr eben dieser absolut legitim seien.

Der Begriff des Volkskörpers als Metapher für das deutsche Volk entstand ebenso aus dem Kontext zunehmender Bedeutung der Naturwissenschaften hinsichtlich der Erklärung gesellschaftlicher Phänomene. Der Terminus wurde auch zur Rechtfertigung vorhandener sozialer Ungleichheiten verwendet. So hatte jede Klasse eine spezifische Funktion zu erfüllen, damit der Volkskörper überleben kann.

Auf Basis dieser funktionalistischen Arbeitsteilung wurde auch das vorhandene Geschlechterverhältnis als legitim erachtet. Die Rolle der Frau in den radikalnationa-

listischen Verbänden wird im folgenden Kapitel beleuchtet. So sieht Walkenhorst in dem zunehmenden Selbstwertgefühl der Frauen, welches aus dem Bewusstsein entstand, durch die biologische Reproduktion einen wichtigen und unersetzbaren Beitrag für das deutsche Volk zu leisten, einen wichtigen Indikator für die zunehmenden Forderungen nach politischer Partizipation.

Als Nächstes widmet sich Walkenhorst den innen- und außenpolitischen Forderungen der radikalen Nationalisten, deren Zielsetzung ebenso aus deren Weltanschauung resultiert. Demnach ergab sich in außenpolitischer Hinsicht das oberste Postulat der Expansion. Grundlage dieser Zielsetzung bildete die Weltreichslehre in Zusammenhang mit der Lebensraumideologie, wodurch sich die unbedingte Erforderlichkeit imperialistischer Tätigkeiten für das Fortbestehen des deutschen Volkes ergab. Da die radikalen Nationalisten ihre Forderungen in den konkreten politischen Entwicklungen nicht realisiert sahen, ergab sich eine zunehmend antigouvernementale und radikalere Stoßrichtung.

Innenpolitisches Ziel der radikalen Nationalisten war es, gemäß dem Homogenitätsideal, die Germanisierung fremder Völker innerhalb der deutschen Reichsgrenzen sowie die Förderung des Deutschtums im Ausland voranzutreiben. Walkenhorst widmet sich dabei in diesem Kapitel exemplarisch der Polenfrage und dem Antisemitismus. Als sich die mangelnde Realisierbarkeit einer vollständigen Assimilation herauskristallisierte, kam es auch in diesem Bereich zu einer sukzessiven Radikalisierung. So gab es sogar radikalnationalistische Vertreter, welche die Option einer ethnischen Säuberung vertraten.

Aus den innen- und außenpolitischen Entwicklungen resultierend wurde der Krieg in zunehmender Weise als *Ultima Ratio* angesehen, die postulierten Ziele doch noch zu erreichen, die unabdingbar für das Fortbestehen des deutschen Volkes waren. Um einen siegreichen Ausgang zu gewährleisten, sollten sämtliche humanitären und materiellen Ressourcen mobilisiert und sämtliche Lebensaspekte dem nationalen Ziel untergeordnet werden. So spitzte sich der radikale Nationalismus sukzessive zu einer von zunehmendem Militarismus geprägten und einer verstärkt in totalitären Zügen behafteten Ideologie zu.

Abschließend geht Walkenhorst auf die Zusammensetzung der radikalnationalistischen Agitationsverbände ein und untersucht deren tatsächliche politische Relevanz. Er kommt dabei zu dem Fazit, dass ihr Einfluss auf konkrete politische Entscheidungen als marginal anzusehen ist, was aus der mangelnden parteipolitischen Verwurzelung resultiert, jedoch große Wirkung auf die Verankerung radikalnationalistischer Deutungsmuster in der politischen Kultur hatte. Schlussendlich widmet sich der Autor in einem Vergleich der Frage, inwieweit das Phänomen radikaler Nationalismus auch in anderen Ländern existent war. Er kommt dabei zum Ergebnis, dass der radikale Nationalismus

ein transnationales Phänomen war, jedoch nationsspezifische Besonderheiten ein kausales Erklärungsschema für die Entwicklung von eben diesem unmöglich machen.

Zuallerletzt werden in einem kurzen Ausblick die von zunehmender Radikalisierung und Militarisierung geprägten Nachkriegsjahre geschildert, sowie die Voraussetzungen für die Etablierung des radikalen Nationalismus in der breiten Masse bis hin zum Nationalsozialismus.

Die sehr genaue Analyse des radikalen Nationalismus von Peter Walkenhorst wurde stilistisch äußerst ansprechend umgesetzt. Der Aufbau des Werkes ist jedoch als ambivalent zu bezeichnen. Zwar bauen die Kapitel logisch aufeinander auf und behalten jederzeit den gedanklichen roten Faden bei, jedoch trüben die letzten Kapitel dieses Bild. So wirken die einzelnen Teile des letzten Kapitels unzusammenhängend aneinander gereiht. Die dort behandelten Aspekte geben zwar einen informativen Überblick über den radikalen Nationalismus auf internationaler Ebene und über die Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, jedoch wirkt der Schluss zu abrupt und rundet das Werk zu wenig ab.

Zum Inhalt des Werkes ist positiv anzumerken, dass viele ältere Erkenntnisse der Nationalismusforschung einer kritischen Reflexion unterworfen und zurechtgerückt wurden. So entkräftigt Walkenhorst die Annahme, der radikale Nationalismus im deutschen Kaiserreich sei eine Gegenbewegung zur Moderne. Samt diesen Modifikationen bietet das Werk den neuesten Stand der Nationalismusforschung. Aufschlussreich ist auch die detaillierte Analyse einiger der wichtigsten Begriffe der radikalnationalistischen Agitation sowie die Aufarbeitung der verschiedensten Deutungsmuster, die den Forderungen der radikalen Nationalisten zu Grunde lagen und aus denen sich ein umfassendes Weltbild konstituierte. Dabei bleibt die Nachvollziehbarkeit stets vorhanden. Die Relativierung des radikalnationalistischen Phänomens und dessen Positionierung als internationale Erscheinung wirken einem möglicherweise aufkeimenden Trugschluss entgegen, der radikale Nationalismus sei ein Spezifikum eines Teils der Gesellschaft des deutschen Nationalstaates und hätte als logische Konsequenz den Nationalsozialismus hervorgebracht. Auch ist die differenzierte Darstellung der Rolle des Antisemitismus im radikalen Nationalismus, die den Kausalschluss von radikalem Nationalismus und einer dem jüdischen Volke feindlichen Gesinnung entkräftet, positiv hervorzuheben. Trotz der ansonsten gelungenen Aufbereitung der Thematik ist allerdings anzumerken, dass das Werk von inhaltlichen Wiederholungen durchzogen ist. Es ist jedoch dem spannenden Schreibstil zu verdanken, dass dieser Kritikpunkt den Gesamteindruck nicht weiter trübt. Interessant wäre es außerdem gewesen, die Zeitspanne etwas umfangreicher anzusetzen und den radikalen Nationalismus in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg intensiver zu analysieren und diesem Thema nicht nur in einem kurzen Exkurs zu begegnen, da sich der radikale Nationalismus während der Zwischenkriegszeit auf breiter Bevölkerungsbasis etablieren konnte. Die spezifischen Bedin-

gungen hierfür hätten dabei näher beleuchtet werden können. Eine etwas intensivere Auseinandersetzung mit den Reaktionen seitens der in der Regierung tätigen Personen und der zivilen meinungsbildenden Schichten wäre ebenso wünschenswert gewesen. Dies hätte nämlich ein noch differenzierteres Bild bezüglich des Einflusses und der Resonanzen auf die Agitation der radikalnationalistischen Verbände ermöglicht. So wird in der Arbeit zwar des Öfteren angemerkt, dass verschiedene radikalnationalistische Deutungsmuster auch von einzelnen Regierungsvertretern bzw. hohen Militärs rezipiert wurden, jedoch fehlen meist konkrete Schilderungen. Die Relation zwischen den radikalen Nationalisten und deren Kritikern gemessen an der Gesamtzahl der im deutschen Kaiserreich lebenden Bevölkerung hätten ebenso einer etwas deutlicheren Hervorhebung bedurft.

Alles in allem sind die Kritikpunkte jedoch marginal in Relation zu dem ansonsten positiven Gesamteindruck. So ist das Werk als ein äußerst interessanter Beitrag zur Nationalismusforschung weiter zu empfehlen.

Marcel Amoser ist Student der Soziologie im 2. und der Geschichte im 5. Semester an der Universität Innsbruck. Marcel.Amoser@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Marcel Amoser, Rezension Rezension: Peter Walkenhorst, Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890 – 1914 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft), Göttingen 2007, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 479–531, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).



Syrakus: Sakrale Bauwerke und ihr kulturhistorischer Hintergrund

Martina Zerlauth

Kerngebiet: Mittelalter

eingereicht bei: Dr.ⁱⁿ Christina Antenhofer

eingereicht im Semester: SS 2009

Rubrik: Varia

Benotung dieser Arbeit durch LV-Leiter: sehr gut

Abstract

Syracus: Religious buildings and their historico-cultural background

The following paper gives a historical view about the Dome of Syracuse, from its beginning as a Greek temple, its change into a roman sanctuary and then the transformation into a church. It also describes the architecture in- and outside the Dome, giving a perfect cross-section of its history. Crypt of Marcian, Church and Catacombs of St. John give a view on early Christian life on Sicily. Besides the description of these objects the intention was to give a short introduction to the beginning of Christianization and martyrdom.

Einleitung

Im Rahmen einer Sizilien-Exkursion wurden der Dom von Syrakus und seine Wurzeln als griechischer Tempel, seine Umwandlung in ein römisches Heiligtum und schließlich seine heutige Bestimmung als katholische Kirche im folgenden Beitrag präsentiert. Ebenso wurde die Geschichte der Kirche des Hl. Johannes des Täufers und der Krypta des Hl. Marcianus nachgezeichnet. Anhand der nahe liegenden Grabanlagen des Hl.

Johannes wurden sowohl die Anfänge des Christentums als auch die Geschichte des Märtyrertums angesprochen. Der Schwerpunkt der Lehrveranstaltung lag im Herausarbeiten der Rolle Siziliens als Bindeglied zwischen Europa und Afrika. Die folgend beschriebenen Bauwerke illustrieren in herausragender Weise den Westen Siziliens mit der Stadt Syrakus als Schnittstelle zwischen Afrika und Europa. Ursprünglich wurde die Insel Ortygia, auf der die Altstadt von Syrakus erbaut wurde und auf dessen höchstem Punkt der Dom steht, von Oikisten aus dem griechischen Raum besiedelt.

1. Der Dom Santa Maria delle Colonne – Vom griechischen Athenatempel zur christlichen Kathedrale

Der Dom von Syrakus, genannt ‚Santa Maria delle Colonne‘ ist ein hervorragendes Beispiel, an dem die verschiedenen Geschichtsepochen Siziliens dargestellt werden können. Der Name ‚von den Säulen‘ beinhaltet bereits seinen baulich ältesten Teil. Zur Zeit der Besiedlung durch griechische Einwanderer wurde im 7. Jh. v. Chr. an dieser Stelle der erste Tempel zu Ehren der Athena errichtet. Es bestand jedoch wahrscheinlich schon vorher auf diesem Platz ein Heiligtum der indigenen Bevölkerung Siziliens, von Herodot als Sikuler bezeichnet. Funde aus der Bronzezeit um 1200 v. Chr. scheinen dies zu belegen.

Die Gewohnheit, Tempel, bzw. Kirchen auf ‚geheiltem Boden‘ zu errichten, hat eine lange Tradition. Gewisse Plätze haben offensichtlich eine Ausstrahlung, die für alle Kulturen anziehend wirkt. Die Kontinuität der Errichtung von Heiligtümern auf immer demselben Platz basiert jedoch nicht allein auf religiösen Überlegungen, sondern muss auch als eine Demonstration politischer und kultureller Macht gesehen werden. Die Lage des Doms von Syrakus auf dem höchsten Punkt der Insel Ortygia unterstreicht diese Machtposition noch in besonderer Weise.

Man kann an diesem Bauwerk verfolgen, wie ein heidnischer Tempel ‚christianisiert‘ und zu einer Kirche umgebaut wurde, wobei auch die Überlegung zu beachten ist, dass sich die vorhandenen Säulen des Tempels als sehr stabiles Baumaterial anboten.

2.1. Das Heiligtum der Griechen und Römer

Im Jahr 480 v. Chr. wurde in der Regierungszeit von Gelon nach der Schlacht von Himera, bei der die karthagisch-phönizischen Truppen eine Niederlage erlitten hatten, ein Siegestempel für die Göttin Athena im dorischen Stil errichtet. Gelon hatte 485 einen Aufstand der syrakusanischen Unterschichten niedergeschlagen und war seither der neue Herrscher der Stadt. Aus einem Bericht von Cicero weiß man, wie dieser Siegestempel ausgesehen hat. Auf dem Dach des Tempels stand eine vergoldete Statue der Athena, die den Seeleuten den sicheren Weg in den Hafen von Syrakus wies. Im Inneren der Cella, dem Hauptraum des Tempels, befanden sich die Bilder der Herrscher

der Stadt Syrakus und auf einem Wandgemälde war die Schlacht des Agathokles gegen die Karthager bei Himera dargestellt. Nach der Einnahme der Stadt durch die Römer im 3. Jh. v. Chr. wurde der Tempel der römischen Göttin Minerva geweiht. Die Kunstschätze des Tempels wurden wie die ganze Stadt Syrakus geplündert und vermutlich nach Rom gebracht. Von diesem kulturellen Aderlass hat sich die Stadt nie mehr zur Gänze erholt.

2.2. Umwandlung in eine christliche Kirche

Die genaue Datierung, wann der Tempel in eine christliche Kirche umgewandelt wurde, ist nicht möglich. Vermutlich geschah dies schon in frühchristlicher Zeit. Wobei die Christianisierung von Sizilien erst im 3. Jh. n. Chr. belegt ist. Dokumentiert ist die Erhebung zur Kathedrale durch den Bischof Zosimus von Syrakus im 7. Jh. n. Chr.

2.3. Bauliche Veränderungen

Die Räume zwischen den Säulen wurden bis auf je ein Fenster pro Seite zugemauert, die Querwände des Tempels, sowohl zwischen Cella und Pronaos, der offenen Vorhalle des Tempels wurden entfernt. Weiters wurden in die Cellawände auf jeder Seite acht Bögen geschnitten. Nun wurden alle Teile mit einem Tonnengewölbe verbunden, sodass eine dreischiffige Basilika entstand. Im Unterschied zu heidnischen Tempeln, die immer von der Ostseite her betreten wurden, musste für die Verwendung als christliche Kirche der Eingang auf die Westseite verlegt werden.

Während der arabischen Herrschaft über Syrakus wurde die Kirche als Moschee genutzt. Dies änderte sich mit dem Sieg von Roger I. über die Muslime. Der Dom wurde wieder zu einer christlichen Kirche geweiht.

In der Zeit der Normannenherrschaft wurde der Dom neu gestaltet. Neben der Erneuerung der Fassade wurde eine Aufstockung des Innenraums vorgenommen, in den Fenster eingelassen wurden, um den Innenraum zu erhellen. Zwei schwere Erdbeben in den Jahren 1542 und 1693 hinterließen große Schäden am Bau.

Im 18. Jh. wurde der Domplatz neu gestaltet und mit ihm der Dom, der sein heutiges Aussehen in dieser Zeit bekam. Die Fassade gestaltete der italienische Barockbaumeister Andrea Palma, sie gilt als sein bedeutendstes Werk. Die Ausgestaltung ist ein ideales Beispiel für den sizilianischen Barockstil, der sich durch besonders auffälligen Schmuck, die Darstellung lachender Gesichter und Putten auszeichnet.

Die einzelnen Bauphasen kann man am besten auf der Nordseite des Doms sehen, wenn man die Kirche durch den Seitenausgang verlässt. Man erkennt die Stufen des Tempels, die darauf ruhenden Säulen mit dorischen Kapitellen, ebenso das Gebälk und die teilweise erhaltenen Triglyphen des Tempels. Weiters sieht man die Füllwände aus der Zeit

der Christianisierung, Zinnen aus dem Mittelalter, den normannischen Aufbau des Mittelschiffs, das Seitenportal im Stil der Renaissance und den barocken Vorbau.

2.4. Das Innere der Kirche

Auffallend treten die dorischen Säulen, die Reste des antiken Tempels aus den Seitenwänden hervor. Besonders gut zu sehen ist dies an der Südseite, wo mehrere Seitenkapellen eingefügt wurden.

Die Kapellen im südlichen Seitenschiff

(1) Die Taufkapelle. Das Taufbecken ist eine antike Alabastervase aus dem Athentempel und gelangte vom alten Dom ‚San Giovanni Evangelista‘ im 7. Jh. n. Chr. hierher. Der Sockel mit sieben Bronzelöwen stammt aus dem 13. Jh. Die Wandmosaiken sind die Reste des Kirchenschmucks, der früher auch die ganze Apsis umfasste.

(2) Diese Kapelle ist der Schutzpatronin von Syrakus, der Hl. Lucia geweiht. Der Voralter und die Statue der Heiligen sind aus Silber gefertigt. Dieses Material gilt als Symbol für das Licht und für Gott geweihte Jungfrauen. Die Statue der Hl. Lucia befindet sich in einem verschlossenen Schrein über dem Altar und wird nur an den Festtagen zu Ehren der Patronin den Gläubigen präsentiert. Diese Tage sind der 13. Dezember und der 1. Sonntag im Mai.

(3) Die Sakramentskapelle stammt aus der Mitte des 17. Jh. Die Fresken im Gewölbe stellen Szenen aus dem Alten Testament dar, den Voralter ziert ein Relief mit der Darstellung des ‚Letzten Abendmahls‘ aus dem 18. Jh. Aus dieser Zeit stammen auch der Tabernakel und die Marmoralustrade.

(4) Die Kreuzkapelle bildet den Abschluss des rechten Seitenschiffs. Sie entstand an Stelle der Apsis, die im 17. Jh. durch ein Erdbeben zerstört wurde. Diese Kapelle war ursprünglich als Grabstätte für die Bischöfe von Syrakus geplant. Die Gemälde stellen die zwei heiligen Bischöfe von Syrakus, den Hl. Zosimus und den Hl. Marcian dar.

Der Altarraum

Interessant ist der Altartisch des barocken Hauptaltars. Es handelt sich dabei um einen Monolith, der im Athenaheiligtum als Türsturz des Tempeltors Verwendung fand.

Das Mittelschiff

Das Mittelschiff ist in seiner Ausdehnung identisch mit der Cella des heidnischen Tempels. Die aus der Normannenzeit stammende Erhöhung mit den Fenstern ist gut auszumachen. Unter dem Aufbau verläuft eine Inschrift, die besagt, dass Syrakus nach Antiochia die ‚erste Tochter der wahren Religion‘ gewesen sei. Der Legende nach entsandte Petrus einen Mann aus Antiochien Namens Marcian, um in Syrakus eine

christliche Gemeinde zu begründen. Dies scheint mehr Legitimierung als historische Wahrheit zu sein.

Das nördliche Seitenschiff

Hier kann man die ehemalige Länge der Cella gut erkennen, da hier noch alle zwölf Säulen vorhanden sind. Ebenso ist die Apsis aus byzantinischer Zeit erhalten geblieben. In der Mitte befindet sich der Seitenausgang des Doms, der auf die Nordseite der Kirche hinausführt.

3. Die Kirche San Giovanni Evangelista

Diese Kirche war die erste Bischofskirche von Syrakus und befindet sich auf dem Festland. Ihre Position übernahm ab dem 7. Jh. die Kirche ‚Santa Maria delle Colonne‘ auf der Insel Ortygia. Der erste Bau wurde von den Arabern zerstört. Zur Zeit der Normannen wurde die Kirche wieder aufgebaut, heute ist noch die schöne Rosette im normannisch-arabisch-byzantinischen Baustil erhalten, der übrige Teil fiel einem Erdbeben zum Opfer. Die aus den Resten wieder errichtete kleine Kirche wurde in den Napoleonischen Kriegen neuerlich zerstört. Erhalten ist noch die schön gestaltete Apsis und Teile der Säulen des Mittelschiffs. Heute bilden diese Elemente der Kirche in Verbindung mit wunderschöner Flora den Rahmen für romantische Hochzeiten.

4. Die Krypta San Marziano

Der Name Krypta stammt aus dem Griechischen und bedeutet die Verborgene, auch Gruft und bezeichnet begehbare Grabstätten in christlichen Kirchen. Oft waren sie auch Aufbewahrungsort von Reliquien und Gräber von Märtyrern und wurden zu Pilgerzielen der Gläubigen.

Über eine Treppe am westlichen Ende des Doms gelangt man zur Krypta des Hl. Marcian. Er war der erste Bischof von Syrakus und starb Mitte des 3. Jh. den Märtyrertod. Dieser Ort ist einer der ältesten christlichen Kultstätten auf Sizilien. Der Legende nach hat Petrus in Syrakus nach Antiochia die zweite Christengemeinde schon um 44 n. Chr. gegründet. Dafür gibt es keine gesicherten Überlieferungen. Ein Steinaltar zeigt die Stelle an, an der der Völkerapostel Paulus auf seinem Weg nach Rom gepredigt haben soll. Für den Aufenthalt des Paulus finden sich Hinweise in den Briefen des Hl. Johannes Chrysostomos. Johannes von Antiochien lebte allerdings erst im 4. Jh.. Die Anwesenheit des Hl. Paulus auf Sizilien ist somit nicht mit Sicherheit nachzuweisen, es liegen immerhin 300 Jahre zwischen dem Ereignis und den Briefen.

Die vier Pfeiler in der Mitte der Krypta stammen aus der Normannenzeit und zeigen auf den Kapitellen die Symbole der vier Evangelisten: Mathäus als Engel, Markus als Löwe, Lukas als Stier und Johannes als Adler. Die Wandfresken stammen aus der Zeit zwischen dem 5. und 17. Jh.. n. Chr.

5. Die Katakomben von San Giovanni

Von der Krypta aus gelangt man in die Katakomben von San Giovanni. Sie sind die jüngsten Anlagen der Stadt Syrakus. Die älteren Katakomben sind leider nicht öffentlich zugänglich. Der Name ‚Katakomben‘ leitet sich von einem römischen Flurnamen für einen Steinbruch an der Via Appia ab und wurde erst ab dem 9. Jh. n. Chr. für unterirdische Grabkammern verwendet.

Katakomben waren unterirdische Begräbnisstätten für Christen, aber auch Juden und Andersgläubige durften bis zum 6. Jh. n. Chr. in diesen Räumen bestattet werden, erst dann begann eine strikte Trennung der Religionen. Die Feuerbestattung war den Christen nicht erlaubt. Katakomben wurden jedoch nie als Verstecke und geheime Versammlungsorte genutzt, die Bestattungsplätze waren allgemein bekannt.

Die Grabanlagen von San Giovanni entstanden im 4. Jh. n. Chr. Sie enthalten Tausende von Gräbern, die Fresken sind spärlich und nicht gut erhalten. In den Katakomben aufbewahrte Reliquien wurden zum Schutz vor Barbareneinfällen von dort weggebracht und in Kirchen verwahrt. Im 9. Jh. n. Chr. wurden die Grabstätten von Räufern nach Schätzen durchwühlt und verwüstet. In der Zeit des Zweiten Weltkriegs wurden diese Katakomben als Luftschutzkeller verwendet.

6. Überblick über die Geschichte der Christianisierung Siziliens und die Verbindungen in den nordafrikanischen, griechischen und lateinischen Raum

Die Verbindung Siziliens mit dem afrikanischen Kontinent besteht aus religionsgeschichtlicher Sicht darin, dass die Insel vor allem in den Anfängen des Christentums stets zwischen dem Einfluss von Rom und den Strömungen aus dem nordafrikanischen und byzantinischen Raum stand. Ursprünglich wurden die Christen als jüdische Erneuerungsbewegung angesehen und es kann angenommen werden, dass vor den Missionsreisen des Apostels Paulus die neue Lehre ausschließlich für Juden gedacht war. Erst mit Paulus wurden Nichtjuden mit der Lehre konfrontiert, die sog. ‚Heidenmission‘ entstand. So kam es erst allmählich zu einer Abspaltung von der jüdischen Religion. Die endgültige Trennung vom Judentum und damit das Ende des Urchristentums fällt mit dem Bar-Kochba-Aufstand des Jahres 135 zusammen.

Viele Auseinandersetzungen zwischen Rom, Jerusalem, dem kleinasiatischen und dem nordafrikanischen Raum drehten sich in den Anfängen des Christentums vor allem um die Person Jesu und seine Göttlichkeit. Dieser Konflikt hatte auch Auswirkungen auf Sizilien. Christliche Mönche kamen aus Nordafrika und Ägypten auf die Insel. Viele auf Grund von gegensätzlichen Ansichten in Glaubensfragen, andere weil sie von den Vandalen im 5. und 6. Jh. n. Chr. vertrieben wurden. Mit der Ausbreitung des Islams im 8. Jh. n. Chr. flohen viele Mönche aus Syrien, Palästina und Ägypten und ließen sich

auf Sizilien nieder. Dies hatte eine neuerliche Hellenisierung der Insel zur Folge. Sizilien gehörte schon seit der Trennung des Imperium Romanum zum Byzantinischen Kaiserreich. Nun wurde der orthodoxe Einfluss noch stärker.

Außerdem kam es im 7. Jh., besonders im Osten von Sizilien zu einer starken Zuwanderung aus dem griechischen Raum. Es entstanden griechische Klöster mit griechischsprachigem Klerus. Außerdem sympathisierten die Großgrundbesitzer der Insel mehr mit Konstantinopel als mit Rom.

Für Sizilien von großer Bedeutung war der Bischof von Rom, Papst Gregor der Große. [Er bekleidete das Amt von 590 bis 604 n. Chr.] Seine Familie besaß große Landgüter auf Sizilien, deren Erträge der Papst zu einem großen Teil den Armen der Stadt Rom zukommen ließ. Allein auf Sizilien gründete Gregor der Große sieben Mönchsklöster, auch um die lateinische Kirche auf der Insel zu stärken. Viele seiner zahlreich erhaltenen Briefe und Schriften befassen sich mit Sizilien und geben umfassenden Einblick in die Kirchenpolitik und die ökonomischen Gegebenheiten der Insel zur damaligen Zeit.

Die normannischen Herrscher, obwohl selbst römisch-katholisch, befürworteten zu Anfang den orthodoxen Ritus und die griechische Sprache in der Liturgie. So sollte eine gewisse Unabhängigkeit von Rom demonstriert werden. Der orthodoxe Einfluss wurde jedoch mit der Zeit zurückgedrängt und Sizilien gelangte nach und nach in den Einflussbereich des römischen Papstes.

7. Christenverfolgung und Märtyrertum

Nachdem in der Anfangszeit die Anhänger von Jesus als jüdische Erneuerungssekte gesehen wurden, kam es zu keinen expliziten Verfolgungen. Mit dem Auftreten und der Lehrtätigkeit von Paulus kam allerdings Unruhe in die Gemeinden und es begannen sich schon bald Konflikte mit dem Römischen Reich anzubahnen. Besonders den Juden war die neue Lehre suspekt, sie fürchteten eine Glaubensspaltung und beschwerten sich laut Apostelgeschichte 17,5-7 über die Anhänger Jesu: „Diese alle handeln gegen des Kaisers Gesetze, indem sie sagen, ein Anderer sei König, nämlich Jesus.“ Darin lag ein wesentlicher Grund für die Verfolgung von Christen. Obwohl in Rom jeder private Kult erlaubt war, stießen sich die Römer daran, dass ein nach römischem Recht Verurteilter und Gekreuzigter von seinen Anhängern als einziger Gott verehrt wurde.

Die Idee des christlichen Märtyrertums war den Römern absolut fremd und machte die Anhänger Jesu suspekt. Die Abwertung des Lebens und gleichzeitige Aufwertung des Todes war für die antik geprägte Bevölkerung unverständlich und rief Ablehnung hervor. Lebensfeindlichkeit war in Rom unbekannt. Auf Grund dieser Andersartigkeit und der Weigerung der Christen, aber auch der Juden und später der Manichäer, einer persischen Sekte, die asketisch und sexualfeindlich geprägt war, den Kaiser als Gott zu

verehren und dem Staatskult genüge zu tun, wurden sie häufig verfolgt. Die Christenverfolgungen nahmen jedoch niemals jenes Ausmaß an, das ihnen in der christlichen Überlieferung und Literatur beigemessen wird.

Folgend eine kurze Chronologie der wichtigsten Christenverfolgungen:

49 n. Chr. weist Kaiser Claudius Christen aus Rom aus, wie Sueton vermerkt. Deren Nichtanpassung an die polytheistische Welt der Römer wird als Bedrohung gesehen.

64 n. Chr. kommt es zum Brand von Rom unter Kaiser Nero. Die vermutete Brandstiftung und deren Ahndung beschreibt Tacitus so: „Man verhaftete zuerst Leute die bekannten, dann auf ihre Anzeige hin eine riesige Menge. Sie wurden nicht gerade der Brandstiftung, wohl aber des allgemeinen Menschenhasses überführt. Die Todgeweihten benutzte man zum Schauspiel. Man steckte sie in Tierfelle und ließ sie von Hunden zerfleischen, man schlug sie ans Kreuz oder zündete die an und ließ sie nach Einbruch der Dunkelheit als Fackeln brennen.“ Diese Verfolgung blieb auf Rom begrenzt. Die Kirchenväter berichten, auch Petrus und Paulus seien dabei hingerichtet worden, historische Quellen dazu fehlen allerdings.

249–251 n. Chr. kommt es zur ersten systematischen Verfolgung im ganzen Römischen Reich. Dies hat in Bezug auf das Christentum im Wesentlichen drei Folgen: Die neue Religion gewinnt an Bekanntheit, die Vorsteher organisieren sich und arbeiten eine Strategie gegen die Verfolgungen aus und weiters kommt es zu intensivem Gedankenaustausch innerhalb der Gemeindevorsteher über das Problem der Wiederaufnahme von abtrünnigen Glaubensbrüdern.

253–260 n. Chr. erlässt Kaiser Valerian ein Versammlungsverbot und geht gezielt gegen die Vorsteher der Kirche vor, um die Hierarchie zu zerschlagen.

284–311 n. Chr. Nach Einführung der Tetrarchie wird unter Diokletian und Galerius das Kaisertum stark sakralisiert, die Christenverfolgungen erreichen in dieser Zeit ihren Höhepunkt. Dies bedeutete ein reichsweites Verbot von Gottesdiensten, Zerstörung von Kirchen, Verbrennung christlicher Schriften sowie die Inhaftierung und das Ämterverbot von christlichen Staatsbeamten. Damit verbunden war der Verlust von wichtigen Bürgerrechten. Es kam zu Einkerkierungen und Anwendung von Folter, die Todesstrafe wurde für die Verweigerung des Kaiserkults verhängt. Nach dem Tod von Diokletian verebbte im weströmischen Reich die Verfolgung allmählich, Galerius in Ostrom setzte die blutigen Verfolgungen fort.

312 n. Chr. kommt es mit Kaiser Konstantin zur Wende, nachdem er an der Milvischen Brücke eine Schlacht um die Nachfolge gewinnt und dies der Legende nach mit Hilfe eines Himmelszeichens gelingt. Offensichtlich ist Konstantin dazu übergegangen, die Christen als Machtstabilisatoren für sich einzusetzen und seine Alleinherrschaft zu unterstützen. Auf Grund dieser Überlegungen kommt es 313 zur sog. ‚Mailänder Ver-

einbarung': „Wir geben den Christen und Anderen die politische Ermächtigung, derjenigen Religion zu folgen, die sie wollen.“ Die Grundtendenz der christlichen Lehre hatte für die römische Politik einen großen Vorteil: die Christen lebten in dem Glauben an ein Jenseits, das sie für alle Benachteiligungen und Beschwerden des irdischen Lebens entschädigen sollte. Ebenso beinhaltete ihre Lehre, dass ein Mensch als Mittler zwischen dem Diesseits und der Erlösung nach dem Tod fungierte. Dadurch waren sie als Untertanen einfacher zu leiten und weniger unzufrieden. Nach dem Aufstieg des Christentums zur Staatsreligion änderte sich das anfangs ausgesprochen friedfertige Wesen der Lehre und es setzte ab ~ 400 n. Chr. eine gewaltsame Christianisierung im Römischen Reich ein.

Fazit

Der Dom von Syrakus, genannt St. Maria Delle Colonne, die Kirche des Hl. Johannes des Evangelisten, die Krypta des Hl. Marcian und die Katakomben von San Giovanni stellen einen perfekten kulturhistorischen Querschnitt der abwechslungsreichen Geschichte Siziliens dar. Diese Gebäude und Anlagen erlauben einen Blick auf das wechselvolle Schicksal der Stadt Syrakus, beginnend mit der griechischen und römischen Antike bis hin zu den Anfängen des Christentums und dessen Aufstieg. Mit der Normannenherrschaft wurde die Vorrangstellung der römisch-katholischen Kirche bis herauf zur Gegenwart beibehalten. Heute bekennen sich fast 97 % der sizilianischen Bevölkerung zum römisch-katholischen Glauben.

Literatur und Internetressourcen

Bock, Emil/Robert Goebel, Die Katakomben. Bilder aus der Welt des frühen Christentums, Stuttgart 1961.

Bonacasa-Carra, Rosa Maria, Christliche und byzantinische Kultur auf Sizilien, in: Sizilien. Von Odysseus bis Garibaldi, hrsg. von Kunst- und Ausstellungshalle der BRD GmbH und Regione Siciliana, Bonn 2008.

Boscarino, Salvatore, Sicilia barocca. Architettura e città 1610–1760, Rom ²1986.

Carnabuci, Brigit, Sizilien. Griechische Tempel, römische Villen, normannische Dome und barocke Städte im Zentrum des Mittelmeeres, Ostfildern ⁵2009.

Die Katakomben des Hl. Johannes, Syrakus, hrsg. von Archäologisches Institut Universität Innsbruck, Innsbruck 1927.

Gehrke, Hans-Joachim/Helmuth Schneider, Geschichte der Antike, Stuttgart-Weimar 2006².

Graubner, Will, Kleine Geschichte Siziliens, München-Berlin 1988.

Wirbelauer, Eckhard, Antike, München 2004.

Dall'Orto, Giovanni, File: 2413 – Siracusa – S. Giovanni Evangelista, 17. 10. 2008, [http://commons.wikimedia.org/wiki/File:2413_-_Siracusa_-_S._Giovanni_Evangelista_-_Foto_Giovanni_Dall%27Orto_-_17-Oct-2008.jpg], eingesehen 23. 6. 2009.

Langer, Claus-Dirk, Meine Pixelbilder im Netz. Syrakus, 2000-2001, [http://www.stadt-bild-meissen.de/meipxl/Durch_Sizilien/Syrakus/syrakus.html], o. D., eingesehen 23. 6. 2009.

Levandoski, Judy, Catholic Encyclopedia: Sicily, [<http://www.newadvent.org/cathen/13772a.htm>], o. D., eingesehen 8. 7. 2009.

Veitschegger, Karl, 2000 Jahre Kirchen- u. Papstgeschichte I. Zeittafel von Christi Geburt bis 1000, [<http://members.aon.at/veitschegger/texte/historia.htm>], 21. 9. 2008, eingesehen 8. 7. 2009.

Wikipedia, Leo der Große, [http://de.wikipedia.org/wiki/Leo_der_Gro%C3%9Fe], 15. 8. 2009, eingesehen 1. 9. 2009.

Wikipedia, Kirchengeschichte Siziliens, [http://de.wikipedia.org/wiki/Kirchengeschichte_Siziliens], 27. 8. 2009, eingesehen 31. 8. 2009.

Wikipedia, Christenverfolgungen im Römischen Reich, [http://de.wikipedia.org/wiki/Christenverfolgungen_im_R%C3%B6mischen_Reich], 11. 8. 2009, eingesehen 31. 8. 2009.

Martina Zerlauth ist Studentin des Diplomstudiums Geschichte im 6. Semester an der Universität Innsbruck. Martina.Zerlauth@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Martina Zerlauth, Syrakus: Sakrale Bauwerke und ihr Kulturhistorischer Hintergrund, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 533–542, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.

